Kanton Basel-Stadt

Jahresbericht 2013

bestehend aus

der Jahresrechnung

dem 167. Bericht des Appellations-Gerichts über die Justizverwaltung

dem 26. Bericht der Ombudsstelle

an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Inhaltsverzeichnis

1 Die Einleitung **7**
1.1 Wichtigstes in Kürze . . . 8
1.2 Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen . . . 14
1.2.1 Weltwirtschaft . . . 14
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft . . . 15

2 Der Rechenschaftsbericht zur Planung **17**
2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates . . . 18
2.1.1 Überblick . . . 18
2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken . . . 19
2.1.3 Als Region zusammenwachsen . . . 24
2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen . . . 27
2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen . . . 32
2.2 Finanzentwicklung . . . 41
2.3 Entwicklung der Departemente . . . 45
2.3.1 Präsidialdepartement . . . 45
2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement . . . 50
2.3.3 Erziehungsdepartement . . . 53
2.3.4 Finanzdepartement . . . 57
2.3.5 Gesundheitsdepartement . . . 60
2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement . . . 63
2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt . . . 67
2.3.8 Gerichte . . . 70
2.3.9 Behörden und Parlament . . . 72

3 Die Jahresrechnung **75**
3.1 Erfolgsrechnung . . . 76
3.2 Bilanz . . . 77
3.3 Investitionsrechnung . . . 78
3.4 Geldflussrechnung . . . 79
3.5 Eigenkapitalnachweis . . . 80
3.6 Anhang . . . 81
3.6.1 Allgemeine Erläuterungen . . . 81
3.6.2 Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung . . . 92
3.6.3 Weitere Erläuterungen . . . 120
3.7 Bericht der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung . . . 131

4 Der Kanton **133**
4.1 Jahresrechnung Kanton . . . 134
4.1.1 Personalentwicklung . . . 135
4.2 Jahresrechnung Zweckgebundene Positionen . . . 144
4.2.1 Präsidialdepartement . . . 146
4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement . . . 188
4.2.3 Erziehungsdepartement . . . 222
4.2.4 Finanzdepartement . . . 260
4.2.5 Gesundheitsdepartement . . . 276
4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement . . . 294
4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt . . . 316
4.2.8 Gerichte . . . 342

4.2.9 Behörden und Parlament . . . 368
4.2.10 Regierungsrat und Übriges . . . 381
4.3 Konsolidierung Stammhaus . . . 387
4.4 Jahresrechnung Nichtzweckgebundene Positionen . . . 388
4.4.1 Finanzdepartement . . . 389
4.4.2 Gesundheitsdepartement . . . 394
4.4.3 Justiz- und Sicherheitsdepartement . . . 394

5 Die Investitionen 395
5.1 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben . . . 396
5.1.1 Investitionsplafonds . . . 396
5.1.2 Die grössten Vorhaben . . . 397
5.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur . . . 397
5.1.4 Öffentlicher Verkehr . . . 398
5.1.5 Hochbauten im Verwaltungsvermögen . . . 398
5.1.6 Informatik . . . 399
5.1.7 Bildung . . . 399
5.1.8 Kultur . . . 399
5.1.9 Übrige . . . 400
5.2 Investitionsübersichtsliste . . . 400
5.2.1 Ausschöpfung der Plafonds . . . 400
5.2.2 Investitionsübersichtsliste . . . 401

6 Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen 417
6.1 Beiträge an eigene Institutionen . . . 418
6.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen . . . 419

7 Die gesonderten Berichte 427
7.1 Staatsanwaltschaft . . . 428
7.1.1 Allgemeines . . . 428
7.1.2 Abteilungen . . . 429
7.2 Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen . . . 436
7.3 Rekurskommissionen . . . 437
7.3.1 Baurekurskommission . . . 437
7.3.2 Steuerrekurskommission . . . 437
7.3.3 Personalrekurskommission . . . 438
7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen . . . 439

8 Die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt 441
8.1 Stand des Beteiligungsmanagements . . . 442
8.2 Beteiligungsspiegel . . . 444
8.3 Rechtsform und öffentliche Aufgabe der Beteiligungen . . . 447
8.4 Zahlungsströme zwischen Kanton und Beteiligungen . . . 449
8.5 Wahlorgan und Vergütung der Kantonsvertretungen . . . 452
8.6 Weitere Informationen . . . 454

9 Die konsolidierte Jahresrechnung 455
9.1 Konsolidierte Jahresrechnung . . . 456
9.1.1 Überblick . . . 456
9.1.2 Erfolgsrechnung Konsolidierte Jahresrechnung . . . 456
9.1.3 Bilanz Konsolidierte Jahresrechnung . . . 457
9.1.4 Eigenkapitalnachweis Konsolidierte Jahresrechnung . . . 458
9.1.5 Anhang zur Konsolidierten Jahresrechnung . . . 459
9.2 Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Jahresrechnung . . . 468

10 Das Glossar 471

11 Die weiteren Berichte zum Jahresbericht im Internet 489

1 Die Einleitung

1.1 Wichtigstes in Kürze

Die Rechnung 2013 des Kantons Basel-Stadt schliesst um 78.5 Millionen besser ab als budgetiert Die Rechnung 2013 des Kantons Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 85.4 Millionen Franken. Budgetiert war ein Plus von 6.8 Millionen Franken. Das Ergebnis ist geprägt von Sonderfaktoren wie der Teilauflösung von Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt aufgrund einer tieferen Deckungslücke oder höheren Einnahmen aus dem Mehrwertabgabefonds. Tiefere Steuererträge und höhere Abschreibungen werden durch eine Unterschreitung der Betriebsbudgets der Departemente und ein besser als erwartetes Finanzergebnis fast kompensiert.
Auch der Finanzierungssaldo fällt positiv aus, sodass die Nettoschulden um 16.6 Millionen Franken abgebaut werden können. Die Nettoschuldenquote sinkt von 3.5‰ im Jahre 2012 auf 3.4‰ im Jahre 2013.
Mit der Rechnung 2013 wurde zum ersten Mal der neue Rechnungslegungsstandard HRM2 in Anlehnung an IPSAS angewandt. Dies führt zu verschiedenen Änderungen in der Darstellung der Rechnungsergebnisse.

Rechnung besser als budgetiert Der Kanton Basel-Stadt hat im Jahr 2013 einen Überschuss von 85.4 Millionen Franken erzielt. Das Budget ist von einem Überschuss von 6.8 Millionen Franken ausgegangen. Verschiedene, zum Teil gegenläufige Entwicklungen und Sonderfaktoren führen zu diesem Überschuss. So konnten als ein erster Sonderfaktor die Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt um 39.9 Millionen Franken teilaufgelöst werden, weil sich die Deckungslücke der Pensionskasse aufgrund der positiven Entwicklung an den Aktienmärkten verkleinert hat. Als weiterer Sonderfaktor überstiegen die Einnahmen des Mehrwertabgabefonds aufgrund von grossen Bauprojekten das Budget um 20.1 Millionen Franken. Daneben haben die Departemente ihr Betriebsbudget um rund 16 Millionen Franken unterschritten, davon 14.5 Millionen Franken beim Personalaufwand.
Der Steuerertrag fiel insgesamt um 36.7 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert, der Anteil der direkten Bundessteuer dagegen um 25.3 Millionen Franken höher. Abschreibungen auf Grossinvestitionen und Investitionsbeiträgen sowie Wertberichtigungen belasten die Rechnung um 44.5 Millionen Franken stärker als erwartet, dagegen fällt das Finanzergebnis insgesamt um 62.2 Millionen Franken besser aus als budgetiert. Verantwortlich dafür sind vor allem das Ergebnis der Liegenschaften im Finanzvermögen, der tiefere Zinsaufwand aufgrund der historisch tiefen Zinsniveaus und höhere Beteiligungserträge.

Volatile Steuererträge Die Steuererträge fallen nicht nur tiefer aus als budgetiert, sondern liegen auch um 30.5 Millionen Franken unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dieser Rückgang sowohl gegenüber Budget aber auch gegenüber der Rechnung des Vorjahres setzt sich aus stark gegenläufigen Entwicklungen in den einzelnen Steuerarten zusammen. So sind die Einkommenssteuern um rund 118 Millionen Franken tiefer als budgetiert und rund 109 Millionen Franken tiefer als im Vorjahr. Dagegen sind die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen rund 54 Millionen Franken höher als budgetiert und rund 40 Millionen Franken höher als in der Rechnung des Vorjahres. Weiter sind die Erbschafts- und Schenkungssteuern rund 38 Millionen Franken besser als budgetiert und rund 43 Millionen Franken höher als im Vorjahr.
Der Rückgang bei den Einkommenssteuern von rund 70 Mio. Franken ist auf die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II zurückzuführen, die deutlich höher ausgefallen sind, als ursprünglich erwartet. Der Steuerausfall ergibt sich aus der Teilbesteuerung von Dividenden, einem Rückgang der Anzahl Selbständigerwerbender und aufgrund des Kapitaleinlageprinzips. Gegenüber der Rechnung des Vorjahres wirkt sich mit rund 20 Millionen Franken auch die erste Tranche der erneuten Steuersenkung bei den Einkommenssteuern aus.

Steigende Investitionsausgaben, aber tiefere Nettoinvestitionen Die geplanten Investitionen in den Investitionsbereichen wurden zu 86.3% ausgeschöpft und liegen mit 270 Millionen Franken rund 60 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Die Nettoinvestitionen liegen mit 156.6 Millionen Franken trotzdem nur bei rund der Hälfte des budgetierten Wertes. Hauptgrund dafür ist allerdings der Verkaufserlös des Spitalgebäudes an das Universitäts-Kinderspital beider Basel von rund 80 Millionen Franken. Gleichzeitig erhöhen sich die Darlehen und Beteiligungen des Kantons mit 91.0

Millionen Franken etwas stärker als budgetiert, was den Saldo der Investitionsrechnung entsprechend belastet. Zu nennen sind hier das Darlehen an die Basler Verkehrs-Betriebe zur Finanzierung der Flexitiy-Trams und die Beteiligungserhöhung in Zusammenhang mit der Übergabe des Spitalgebäudes an das Universitäts-Kinderspital beider Basel. Entlastend wirkt sich die Rückzahlungstranche der Pensionskassen-Destinatäre aufgrund der laufenden Regelung aus.

Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert Der Finanzierungssaldo fiel positiv aus und beträgt 16.6 Millionen Franken, budgetiert war ein negativer Saldo von -178.7 Millionen Franken. Die Nettoschulden konnten entsprechend abgebaut werden und liegen neu bei 2'034.2 Millionen Franken. Die Nettoschuldenquote sinkt von 3.5 Promille im Vorjahr auf 3.4 Promille. Entsprechend liegt der Selbstfinanzierungsgrad leicht über 100% und erreicht im Jahr 2013 einen Wert von 106.7%. Damit konnten die Investitionen entgegen den Erwartungen aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Gesamtstaatliche Kennzahlen im Überblick

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'462.0	-2'552.0	-2'476.5	75.4	3.0	-14.5	-0.6
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'573.9	2'542.3	2'527.8	-14.6	-0.6	-46.1	-1.8
Abschreibung Grossinvestitionen, -investitionsbeiträge	-120.4	-130.2	-174.7	-44.5	-34.2	-54.3	-45.1
Betriebsergebnis (Erfolgsrechnung)	**-8.5**	**-139.8**	**-123.4**	**16.4**	**11.7**	**-114.9**	**...**
Finanzergebnis	**191.6**	**146.6**	**208.8**	**62.2**	**42.4**	**17.3**	**9.0**
Gesamtergebnis	**183.0**	**6.8**	**85.4**	**78.5**	**...**	**-97.6**	**-53.3**
- Abschreibung Grossinvestitionen	-114.5	-123.3	-161.1	-37.8	-30.7	-46.6	-40.7
- Abschreibung Kleininvestitionen	-4.5	-4.9	-4.9	0.0	0.1	-0.4	-8.7
- Amortisation PK-Spezialfinanzierung Destinatäre	0.0	-52.3	0.0	52.3	100.0	0.0	0.0
- Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-5.8	-6.9	-9.3	-2.4	-35.3	-3.5	-59.0
- Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	8.6	8.6	0.0	8.6	0.0
-/+ Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	-11.9	-11.9	0.0	-11.9	0.0
-/+ Veränderungen Eigenkapital	-61.9	0.0	-0.2	-0.2	0.0	61.7	99.7
Selbstfinanzierung	**369.7**	**194.2**	**264.2**	**70.0**	**36.0**	**-105.5**	**-28.5**
Investitionsausgaben	-256.9	-339.3	-291.6	47.6	14.0	-34.7	-13.5
Investitionseinnahmen	47.9	28.3	135.1	106.8	377.4	87.2	182.0
Nettoinvestitionen	**-209.1**	**-311.0**	**-156.6**	**154.4**	**49.6**	**52.4**	**25.1**
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-363.8	-61.9	-91.0	-29.1	-47.0	272.8	75.0
Saldo Investitionsrechnung	**-572.8**	**-372.9**	**-247.6**	**125.3**	**33.6**	**325.2**	**56.8**
Finanzierungssaldo	**-203.1**	**-178.7**	**16.6**	**195.3**	**109.3**	**219.7**	**108.2**
Selbstfinanzierungsgrad in %	**64.5**	**52.1**	**106.7**				
Nettoschulden	**-2'050.8**	**-2'370.1**	**-2'034.2**	**335.9**	**14.2**	**16.6**	**0.8**
Nettoschuldenquote in ‰ BIP Schweiz	3.5	3.9	3.4				

Ausblick weniger optimistisch – restriktivere Ausgabenpolitik ... Die weltweite langsame Erholung der Konjunktur im Jahre 2013 wird aller Voraussicht nach im Jahre 2014 anhalten und sich tendenziell positiv auf die Rechnung 2014 und folgende auswirken. Aber da die Erholung nicht auf einem robusten Fundament beruht und viele Länder ihre Verschuldungsprobleme noch nicht gelöst haben sowie die sehr expansive Geldpolitik aller wichtigen Zentralbanken nicht auf ewig so weitergeführt werden kann, bestehen nach wie vor grössere Unsicherheiten, wie sich die Wirtschaft weiterentwickeln wird.
Auch wenn die Steuereinnahmen der juristischen Personen mittelfristig leicht steigen werden, geht der Regierungsrat davon aus, dass aufgrund der noch wirksam werdenden Einkommenssteuersenkungen und den erwähnten Ausfällen aufgrund des Kapitaleinlageprinzips und der privilegierten Di-

videndenbesteuerung der Handlungsspielraum zu klein sein wird, um die geplanten hohen Investitionen und die Kosten der Pensionskassenrevision tragen zu können, ohne die maximale Nettoschuldenquote zu erreichen. Es wird deshalb notwendig sein, für die Jahre 2015-2018 vorübergehend eine noch restriktivere Ausgabenpolitik als in den vergangenen Jahren vorzusehen.

... und stärkere Priorisierung bei Investitionsausgaben Die hohen Investitionsausgaben in den Lebens- und Wirtschaftsstandort Basel-Stadt, die gemäss Investitionsplanung in den nächsten Jahren auf den Kanton zukommen, können in den nächsten Jahren nicht mehr aus eigener Kraft finanziert werden. Sie werden deshalb nur mittels Neuverschuldung realisiert werden können. Da die geplanten Investitionen unseren Standort nachhaltig stärken und durch den kontinuierlichen Schuldenabbau der letzten Jahre auch neuer Handlungsspielraum erarbeitet wurde, erachtet der Regierungsrat eine gewisse Neuverschuldung weiterhin als vertretbar. Trotzdem muss in den kommenden Jahren bei den Investitionen eine verstärkte Priorisierung vorgenommen werden, um den Handlungsspielraum nicht zuletzt auch bei unvorhergesehenen Ereignissen aufrechtzuerhalten und damit die Schuldenbremse auch in einer solchen Situation nicht wirksam wird.

Was ist neu mit HRM2 in Anlehnung an IPSAS Mit dem vorliegenden Bericht wurde auch im Jahresbericht die Umstellung der kantonalen Rechnungslegung auf HRM2 in Anlehnung an IPSAS vollzogen. Somit werden die Auswirkungen der Umstellung auf die neue Rechnungslegung sowie die begrifflichen Änderungen aufgrund des neuen Finanzhaushaltgesetzes erstmals auch im Jahresbericht sichtbar.
Die neue Rechnungslegung verfolgt das Ziel, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln muss (Grundsatz von true and fair view). Sie hat des Weiteren eine erhöhte Transparenz zum Ziel, die eine bessere Vergleichbarkeit der Rechnungsergebnisse von Bund und Kantonen (Zürich, Genf, Bern) ermöglichen soll. Neu ist, dass eine gestufte Erfolgsrechnung ausgewiesen wird, die zwischen Betriebsergebnis und Finanzergebnis unterscheidet. Im Kanton Basel-Stadt wird zusätzlich auch das Betriebsergebnis unterteilt in Zweckgebundenes Betriebsergebnis, Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis und Abschreibungen. Die neuen Rechnungslegungsregeln führen auch zu einem deutlich umfangreicheren Anhang zur Rechnung des Stammhauses.

Beteiligungsbericht und konsolidierte Rechnung Mit vorliegendem Jahresbericht wird erstmals in Kapitel 8 ein umfassender Überblick über den Bestand der Beteiligungen des Kantons gegeben. Daneben wird neu eine konsolidierte Rechnung präsentiert. Sie ist in Kapitel 9 zu finden und gibt einen Überblick über die finanzielle Situation des Kantons inklusive seiner grossen Beteiligungen.

Wichtigste Veränderungen zwischen Jahresrechnung 2013 und Budget 2013 respektive Jahresrechnung 2012

in Mio. Franken, + entlastend/- belastend	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/R12 abs.
Zweckgebundenes Betriebsergebnis		
Entlastungen:		
Teilauflösung Pensionskasse Basel-Stadt Rückstellung	39.9	
Rückstellung Pensionskasse UKBB 2012		28.7
Mehrwertabgabefonds	20.1	20.1
Personalaufwand	14.5	
Standortförderungsfonds, Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	7.0	
Prämienverbilligung	6.2	8.2
Gemeinwirtschaftliche Leistungen öffentliche Spitäler	5.6	12.5
Höhere Verzeigungen Staatsanwaltschaft	4.0	
Familienmietzinsbeiträge	2.8	
Entschädigungen an Verkehrsbetriebe	2.2	1.1
Belastungen:		
Bussen	-6.1	-2.1
Sozialhilfe	-5.8	-5.1
Debitorenverluste Staatsanwaltschaft	-5.8	
Gerichtskosten und -gebühren	-5.5	-7.1
Teilauflösung Pensionskasse Basel-Stadt Rückstellung		-4.5
Ergänzungsleistungen netto	-4.1	-2.9
Personalaufwand		-3.0
Familienmietzinsbeiträge		-2.9
Saldo übrige Positionen	0.4	-57.5
Veränderung Zweckgebundenes Betriebsergebnis	**75.4**	**-14.5**
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis		
Entlastungen:		
Anteil direkte Bundessteuer	25.3	15.5
Belastungen:		
Steuerertrag	-36.7	-30.5
Aufwertungsgewinn Spitäler 2012		-20.1
Rheinhäfen		-16.2
Saldo übrige Positionen	-3.3	5.2
Veränderung Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	**-14.6**	**-46.1**
Veränderung Abschreibungen Grossinvestitionen, Investitionsbeiträge	**-44.5**	**-54.3**
Veränderung Betriebsergebnis	**16.4**	**-114.9**
Finanzergebnis		
Entlastungen:		
Liegenschaften FV	34.0	19.0
Zinsaufwand	17.8	
Ertrag öffentlicher Unternehmen (Basler Kantonalbank, Industrielle Werke Basel)	12.5	12.2
Belastungen:		
Saldo übrige Positionen	-2.1	-13.9
Veränderung Finanzergebnis	**62.2**	**17.3**
Veränderung Gesamtergebnis	**78.5**	**-97.6**

Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2013 und Budget 2013 Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget 2013 erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Gesamtergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein

Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis, Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen sowie das Finanzergebnis. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen von und an den Bund enthalten.

Das Zweckgebundene Betriebsergebnis ist um 75.4 Millionen Franken besser ausgefallen als budgetiert. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurück zu führen:

Entlastungen:

- Der Personalaufwand fällt um 54.4 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Zurückhaltung bei Stellenbesetzungen (14.5 Millionen Franken) und eine Teilauflösung der Rückstellung der Pensionskasse Basel-Stadt Deckungslücke (39.9 Millionen Franken) sind für diese Abweichung verantwortlich.
- Die Einnahmen des Mehrwertabgabefonds übersteigen aufgrund von grossen Bauprojekten das Budget um 20.1 Millionen Franken. Zum Zeitpunkt der Budgetierung war unklar, wann diese Mehreinnahmen anfallen werden.
- Durch Projektverschiebungen und tieferen Kosten bei mehreren Projekten fallen die Ausgaben des Standortförderungsfonds und des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um rund 7.0 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert.
- Das Budget für die Prämienverbilligungen netto wurde um 6.2 Millionen Franken aufgrund der einmaligen Auflösung der im Vorjahr getätigten Rückstellung für die Uneinbringlichkeit von Prämien nicht ausgeschöpft.
- Das Budget für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der öffentlichen Spitäler wurde vor allem durch einen tieferen Aufwand bei den Tageskliniken und Langzeitpatienten im Spital um rund 5.6 Millionen Franken nicht ausgeschöpft.
- Aufgrund der Einführung der eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnungen fehlten Erfahrungswerte um die Positionen Bussen, Geldstrafen, Gebühren und Rückerstattungen Dritter bei der Staatsanwaltschaft exakt zu budgetieren (4 Millionen Franken).
- Tiefere Familienmietzinsbeiträge (2.8 Millionen Franken) und tiefere Entschädigungen an die Verkehrsbetriebe (2.2 Millionen Franken) stellen weitere Budgetunterschreitungen dar.

Belastungen:

- Die Busseneinnahmen haben den budgetierten Wert um rund 6.1 Millionen Franken nicht erreicht.
- Das Budget der Sozialhilfe wurde um rund 5.8 Millionen Franken überschritten, während die Ausgaben für die Ergänzungsleistungen um 4.1 Millionen Franken höher als budgetiert ausfielen.
- Die Debitorenverluste der Staatsanwaltschaft fallen um 5.8 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Dies ist insbesondere auf die Einführung der neuen eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnungen per 1. Januar 2011 zurück zu führen. Es fehlten deshalb Erfahrungsgrundlagen für die Budgetierung.
- Die Gerichtskosten und -gebühren fallen um rund 5.5 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Hierbei handelt es sich um eine strukturelle Unterfinanzierung der Gerichte, welche im Rahmen des Budgets 2014 bereinigt wurde.

Das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis verschlechtert sich gegenüber dem Budget um 14.6 Millionen Franken. Dabei sind die folgenden Faktoren zu erwähnen:

Entlastungen:

- Der Anteil an der direkten Bundessteuer fällt gegenüber dem Budget um 25.3 Millionen Franken höher aus.

Belastungen:

- Die Steuererträge fallen im Vergleich zum Budget um 36.7 Millionen Franken tiefer aus. Deutliche Mindereinnahmen bei den direkten Steuern der natürlichen Personen konnten durch höhere Einnahmen bei den juristischen Personen und bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern zumindest teilweise ausgeglichen werden.

Die Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen überschreiten das Budget um 44.5 Millionen Franken. Dies ist grösstenteils auf die Anwendung der neuen Rechnungslegungsstandards gemäss HRM2 zurück zu führen. Zudem führte eine Wertveränderung des Neubaus des Universitäts-Kinderspitals beider Basel im Rahmen der Übertragung zu einer Abschreibung von 10.3 Millionen Franken.

Das Finanzergebnis fällt um 62.2 Millionen Franken besser aus als budgetiert. Ein tieferer Zinsaufwand, Wertberichtigungen von Anlagen des Finanzvermögens, höhere Beteiligungserträge der Basler Kantonalbank und der Industriellen Werke Basel auf Basis der Unternehmensergebnisse 2012 sowie ein tieferer Liegenschaftenaufwand sind für dieses Ergebnis verantwortlich.

Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2013 und Rechnung 2012 Das Zweckgebundene Betriebsergebnis verschlechtert sich im Vergleich zur Vorjahresrechnung um 14.5 Millionen Franken. Die Berücksichtigung der Rückstellung Pensionskasse 2012 der UKBB, höhere Einnahmen des Mehrwertabgabefonds, tiefere Ausgaben für die Prämienverbilligungen und tiefere Risikobeiträge Krankenkasse stehen höhere Personal- und Sozialhilfeausgaben gegenüber.

Das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis fällt um 46.1 Millionen Franken schlechter aus als im Vorjahr. Hierfür sind insbesondere tiefere Steuererträge verantwortlich. Zudem fallen die einmaligen Effekte Aufwertungsgewinne Spitäler und Rheinhäfen im Jahr 2013 nicht mehr an. Der Anteil an der direkten Bundessteuer hat sich im Vergleich zum Vorjahresergebnis erhöht.

Die Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen fallen um 54.3 Millionen Franken höher aus als im Vorjahr. Dies ist insbesondere auf die Anwendung der neuen Rechnungslegungsstandards zurück zu führen. Zudem führte eine Wertveränderung des Neubaus des Universitäts-Kinderspitals beider Basel im Rahmen der Übertragung zu einer Abschreibung von 10.3 Millionen Franken.

Im Vergleich zum Vorjahr verbessert sich schliesslich das Finanzergebnis um 17.3 Millionen Franken. Wertberichtigungen der Liegenschaften FV und höhere Erträge der öffentlichen Unternehmen (Basler Kantonalbank, Industrielle Werke Basel) sind hauptsächlich für diese Veränderung verantwortlich.

1.2 Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

1.2.1 Weltwirtschaft

Das Jahr 2013 war wirtschaftlich gesehen ein positives Jahr. Dennoch ist das Bild der Weltkonjunktur am Jahresende 2013 ein zweideutiges: Zwar erholte sich die Wirtschaft weltweit und insbesondere auch im Euroraum spürbar. Aber die Erholung erwies sich als langsam, zögerlich und nach Wirtschaftsräumen sehr uneinheitlich. BAKBASEL prognostiziert, dass die Weltwirtschaft im Jahre 2013 um 2.2% gewachsen sein dürfte (2012: 2.3%).

In den USA konnte sich die Konjunktur 2013 trotz der Sanierung der Staatsfinanzen und dem „Government Shutdown“ relativ robust behaupten. Mittels Steuererhöhungen und automatischen Ausgabenkürzungen wurde das hohe Defizit in Prozent des BIP von rund 9% auf unter 7% gesenkt. Der Herbst war durch den politischen Streit um das staatliche Budget und die Anhebung der Schuldenobergrenze geprägt. Dieser mündete im Oktober gar in einen „Government Shutdown", ehe sich die Parteien schliesslich doch noch einigten. Trotz dieser beiden Faktoren erholte sich die US-Konjunktur 2013. Auch wenn ein grosser Teil des Zuwachses auf Lagerinvestitionen zurückzuführen ist, erscheint die Konjunktur dank solide expandierender Konsum- und Investitionsausgaben gefestigt.

In Japan sorgten die ausgesprochen expansive Geldpolitik und die staatlichen Konjunkturprogramme für Auftrieb. Wie nachhaltig der Aufschwung sein wird, wird sich allerdings erst noch weisen. Während die Exporte von der Tieferbewertung des Yen gestützt werden, entfachten die inländische Nachfrage und hier insbesondere die Unternehmensinvestitionen bislang nur verhaltene Aufwärtsdynamik.

Demgegenüber verbesserte sich im Euroraum die Wirtschaftslage nur langsam. Dennoch überwiegt zurzeit das positive Bild. Auch der Einkaufsmanagerindex der Eurozone verbesserte sich bis Jahresende 2013, er lag allerdings mit 52.1 Punkten im Dezember 2013 nur knapp über der Expansionsschwelle von 50 Punkten, was ein Zeichen für eine einsetzende Erholung ist (Ende 2012: 47.2 Punkten). Für das Gesamtjahr 2013 geht BAKBASEL für die Eurozone von einem Nullwachstum des Bruttoinlandsprodukts aus.

Des Weiteren zeigten viele der wachstumsstarken Schwellenländer, die in den Krisenjahren seit 2007 der Weltwirtschaft stützende Impulse geben konnten, im Jahre 2013 nicht mehr den gleichen Wirtschaftsschwung. Konjunkturelle und strukturelle Faktoren dürften für die Verlangsamung verantwortlich sein. Zum einen dämpfte die verhaltene Industrieländer-Konjunktur das Exportwachstum vieler Schwellenländer. Zum anderen wirkte sich die Straffung der zuvor expansiven Geldpolitik wegen steigender Inflationsgefahren negativ aus. Die demografische Alterung und versäumte Wirtschaftsreformen bremsten des Weiteren das Wachstum.

Diese Unterschiede in der Entwicklung der Wirtschaftsräume werden auch auf den Arbeitsmärkten sichtbar. Während die Arbeitslosenquote zum Beispiel in den USA im Jahre 2013 rückläufig war und sich gegen Ende Jahr auf rund 7% belief, nahm die Arbeitslosigkeit im Euroraum zwar nicht mehr noch weiter zu, stabilisierte sich aber mit gut 12% auf einem sehr hohen Niveau.

Die Ölpreise waren im Jahresverlauf 2013 nicht sehr volatil, sondern bewegten sich in einem relativ engen Preisband von 110-115 US-Dollar (pro Fass Nordsee-Brent). Auch die übrigen Rohstoffpreise für Industrie- sowie für Agrarrohstoffe entwickelten sich seitwärts.

Alle wichtigen Zentralbanken verfolgten auch im Jahre 2013 eine expansive Geldpolitik. Die europäische Zentralbank hat die Leitzinsen im November überraschend aufgrund der schleppenden Erholung in der Eurozone und der deflationären Tendenzen in einigen Ländern weiter auf einen neuen historischen Tiefststand von 0.25 Prozent gesenkt. Die übrigen wichtigen Notenbanken beliessen die Leitzinsen auf unverändert tiefen Niveaus. Auch die Schweizerische Nationalbank unternahm keine geldpolitischen Schritte und bekräftigte Mitte Dezember 2013 erneut ihr Festhalten am Mindestkurs des Euros zum Schweizer Franken von 1.20. Die US-Notenbank Fed hat entgegen den Erwartungen vieler Marktteilnehmenden das Tapering, d.h. die schrittweise Reduktion der monatlichen Anleihenkäufe durch die US-Notenbank, doch noch im Dezember beschlossen. Das bedeutet,

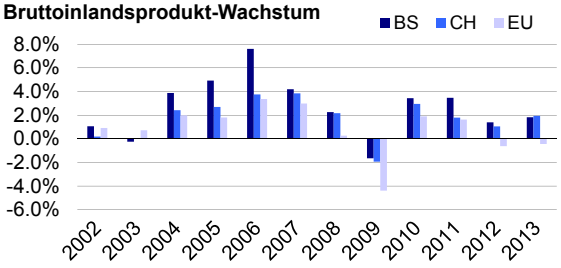
dass sie graduell aus dem Quantitative-Easing-Programm aussteigen wird und dass der Zinsnormalisierungsprozess formell gestartet wurde.

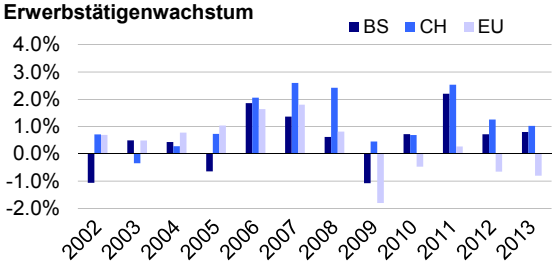
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

Die Schweizer Konjunktur zeigte sich auch 2013 von ihrer besten Seite dank der nach wie vor robusten Binnennachfrage und der teilweisen Krisenresistenz der Exportwirtschaft. Insgesamt dürfte gemäss BAKBASEL die **Schweizer Wirtschaft** im Jahr 2013 um 1.9% (2012: 1.0%) gewachsen sein, eine im Vergleich zu den Euro-Nachbarstaaten klar überdurchschnittliche Entwicklung.

Die kontinuierliche Zuwanderung, die tiefen Zinsen und die fehlende Inflation förderten inlandorientierte Wirtschaftssektoren wie Bau sowie öffentliche und private Dienstleistungen. Die gesunde Finanzlage der Schweiz - dank wirksamer Schuldenbremse und keiner überbordenden Verschuldung im Privatsektor - machten in den letzten Jahren weder im öffentlichen noch im privaten Sektor gravierende Einschnitte notwendig. Die Frankenstärke und die verhaltene Entwicklung in der EU hinterliessen zwar ihre Spuren bei den Exporten, aber sie sind nicht, wie teilweise befürchtet, eingebrochen. Das ist in erster Linie der von der Schweizerischen Nationalbank verfolgten Untergrenze des Schweizer Franken zum Euro von 1.20 zu verdanken. Allerdings bestehen in der Exportwirtschaft erhebliche Unterschiede nach Branchen. Zu den robusten Branchen gehörten die Pharma- oder Uhrenindustrie.

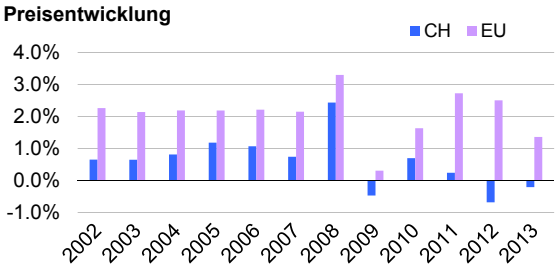
Die Konsumentenstimmung war in der Schweiz im Jahre 2013 durchwachsen und hat sich seit Herbst 2013 deutlich aufgehellt. Die Haushalte schätzen insbesondere die allgemeinen Wirtschaftsaussichten deutlich zuversichtlicher ein. Daneben werden auch die Aussichten für die persönliche finanzielle Lage und für eine allmählich sinkende Arbeitslosigkeit leicht besser als in der letzten Umfrage beurteilt. Diese Aufhellung der Konsumentenstimmung steht nicht im Einklang mit den harten Fakten. So nahm die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 2013 zu, so dass auch die Arbeitslosenquote von 2.9% im Jahre 2012 auf 3.2% im Jahre 2013 stieg. Entsprechend dieser Arbeitsmarktlage hat auch die **Zahl der Erwerbstätigen** in der Schweiz nur minimal um 1.0% zugenommen, was im Vergleich zum 2012 mit 1.3% ein Rückgang ist.

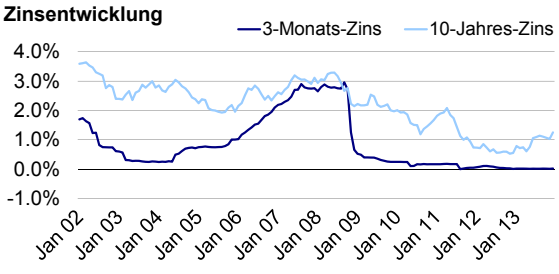




Die **Teuerung** entwickelt sich in der Schweiz im Jahre 2013 negativ: Die Preise gingen im Durchschnitt um 0.2% zurück, was in erster Linie auf die Frankenstärke zurückzuführen ist. Gemäss dem vom Bundesamt für Statistik berechneten Landesindex der Konsumentenpreise lag die Teuerung im November und im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat jedoch wieder knapp im positiven Bereich. Der preissenkende Effekt des starken Schweizer Frankens (über sinkende Importpreise) dürfte somit mehrheitlich zu Ende sein.

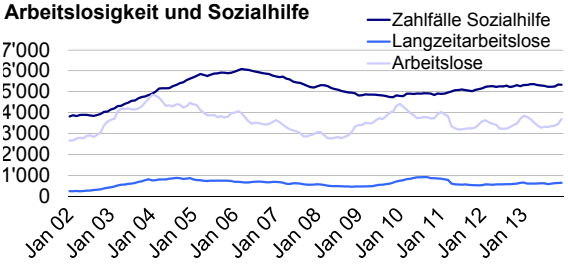
Als eine Massnahme gegen die Stärke des Frankens hat die Schweizerische Nationalbank das Zielband für den **Dreimonats-Libor** 2013 bei 0-0.25% belassen. Der Dreimonats-Libor blieb im Jahresverlauf 2013 unverändert und lag im Dezember 2013 praktisch bei 0%. Die Zinsen auf dem **Kapitalmarkt** nahmen im Jahre 2013 in den meisten Laufzeitbereichen deutlich zu, was auf die Erholung der Weltwirtschaft zurückzuführen ist. Die Rendite auf Bundesanleihen mit einer 10-jährigen Laufzeit nahmen im Jahresverlauf um 0.7 Prozentpunkte von 0.56% auf 1.25% zu.

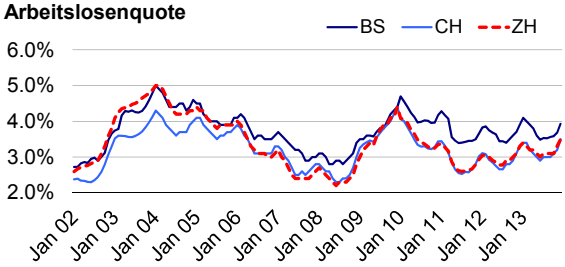




Die **Basler Wirtschaft** entwickelte sich in diesem Umfeld im Jahre 2013 vergleichsweise gut. Allerdings wuchs das BIP des Kantons mit 1.8% leicht unter dem schweizerischen Durchschnitt von 1.9%. Das Wachstum der Chemie-Pharma lag mit 2.2% deutlich unter dem langfristigen Trend. Die Chemie litt insbesondere weiterhin unter der starken internationalen Konkurrenz und entwickelte sich entsprechend rückläufig. In der pharmazeutischen Industrie wirkten sich die verhaltene Erholung der Weltwirtschaft sowie die Senkung der inländischen Medikamentenpreise aus.

Die **Arbeitslosenzahlen** nahmen im Jahre 2013 im Vergleich zum Vorjahr geringfügig zu. Waren 2012 im Durchschnitt 3'435 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen, waren es 2013 3'504 Personen. Die Arbeitslosenquote verharrte bei 3.7%. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahm auch leicht zu, und zwar von im Durchschnitt 570 auf 611 Personen. Ebenso nahmen auch die **Zahlfälle der Sozialhilfe** im Jahre 2013 im Durchschnitt zu, und zwar von 5'254 auf 5'307.





2 Der Rechenschaftsbericht zur Planung

2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates

2.1.1 Überblick

Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2013-2017

Leitsatz	Schwerpunkt
Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	
	Wirtschaftsstandort stärken
	Basel als Wissenszentrum positionieren
Als Region zusammenwachsen	
	Basel ist Zentrum des Metropolitanraums
	Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
Basel als urbanes Zentrum festigen	
	Urbane Standortqualität
	Kulturstadt mit Ausstrahlung
Nachhaltig Lebensqualität schaffen	
	Chancengleichheit
	Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen
	Lebensqualität und Sicherheit

Der Legislaturplan 2013-2017 ist der zweite Bericht im neuen Konzept und beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammer um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen leiten sich Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit ab, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

Auf den nachfolgenden Seiten folgt im Rahmen der einzelnen Schwerpunkte eine aktuelle Berichterstattung zu den Zielen und den zugehörigen Massnahmen.

Bei den Zielen handelt sich um qualitative Einschätzungen des derzeitigen Zielerreichungsstands, die sich teilweise auch auf Indikatoren abstützen. Die Indikatoren sind auf der Internetseite des Statistischen Amts aufgeschaltet, um die jeweils aktuellste Datenlage abbilden zu können. Die Texte zu den einzelnen Massnahmen bilanzieren kurz die entsprechenden Aktivitäten im Berichtsjahr.

2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.** Das überdurchschnittliche BIP-Wachstum des Kantons ist insbesondere auf den guten Geschäftsverlauf der Life-Sciences-Branche zurückzuführen. Auch die Versicherungsbranche entwickelt sich positiv, und die Logistikbranche weist eine stabile Entwicklung auf. Die BIP-Prognosen sind für die ganze Schweiz gut und für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft weiterhin überdurchschnittlich. Die Zahl der von BaselArea unterstützten Ansiedlungen in Basel-Stadt und Basel-Landschaft nahm zu, wobei diese Zahl sehr volatil ist. In den Ansiedlungsgesprächen ist bei den Unternehmen eine gewisse Zurückhaltung aufgrund unsicherer Entwicklungen bei der Besteuerung von gemischten Gesellschaften und bei migrationspolitischen Rahmenbedingungen spürbar. Die leicht sinkenden Steuereinnahmen juristischer Personen sind auf die umgesetzten Satzreduktionen zurückzuführen.
- **Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen sowie sportlichen und kulturellen Grossveranstaltungen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.** Die Weltmessen und die Art Basel, internationale Sportveranstaltungen sowie Festivals mit grosser Ausstrahlung tragen zum weltweiten Ruf von Basel bei. Ergänzend ziehen Angebote mit nationaler oder regionaler Anziehung wie Offspace-Orte und innovative Gastronomie ein urbanes und jüngeres Publikum an. Die Anzahl Flugdestinationen und Hotelbetten nahmen weiter zu. Gleichzeitig ist eine Zunahme des Geschäftstourismus (exkl. Messen) feststellbar. Weitere Hotelkapazitäten sind im Aufbau. Mit dem Konzept zur Kongressförderung wurden Grundlagen geschaffen, um den Kongressstandort weiter zu stärken. Da der finanzielle Anreiz bei Kongressen im Vergleich zu Messen für die Messegesellschaft geringer ist, Kongresse jedoch für die Tourismusbranche und den Standort wichtig sind, sollen Entwicklung und Durchführung von Kongressen mit öffentlichen Mitteln stärker gefördert werden.
- **Der Kanton Basel-Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.** Die Vorlage zur „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur“ wurde auf Bundesebene vom Parlament verabschiedet, Anfangs 2014 wird das Stimmvolk darüber entscheiden. Gemeinsam mit der SBB wurde für die Entwicklung der Bahninfrastruktur im Raum Basel eine Gesamtperspektive ausgearbeitet. In Abstimmung mit dem Masterplan 3Land und der Stadteilentwicklung in Klybeck-Kleinhüningen wurden das Projekt eines trimodalen Containerterminals und der Bau eines dritten Hafenbeckens vorangetrieben. Die Schweizer Transport- und Logistikbranche sprach sich Ende 2013 einhellig für Basel-Nord als Standort eines Grossterminals aus. Für den geplanten Bahnanschluss des EuroAirports fand eine breit angelegte trinationale Mitwirkung statt. Die Stationierung eines zusätzlichen Flugzeugs der Gesellschaft easyJet am EuroAirport ermöglicht für den Winterflugplan 2013/2014 ein Streckennetz mit mehr als 70 Destinationen in ganz Europa. Mit dem Bau eines neuen Luftfrachtzentrums wurde begonnen. Zum Ausbau der Osttangente führte der Bund seine Überlegungen weiter, auch in Zusammenhang mit der Prüfung eines möglichen unterirdischen Autobahnrings um Basel.
- **Die Life-Sciences-Region positioniert sich als bedeutendste in Europa und weltweit als eine der führenden.** Die Entwicklung der Life-Sciences-Industrie, die im Kanton Basel-Stadt im Vergleich zu Genf und Zürich ein klar überdurchschnittliches Wachstum aufweist, deutet auf eine gute Positionierung der Life-Sciences-Region hin. Mit Hilfe eines Standorts des Nationalen Innovationsparks sollen Grundlagen für eine weiterhin hohe Dynamik des Forschungs- und Wirtschaftsstandorts Basel gelegt werden. Die im Rahmen der aktualisierten Life-Sciences-Strategie gut aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit der politischen Partner verstärkt jene Faktoren, welche die Region gut positionieren. Weitgehend aus dem Kanton verschwunden ist hingegen die chemische Industrie. Damit ist ein wichtiges Kapitel der Geschichte des kontinuierlichen und erfolgreichen Strukturwandels nun annährend zu einem Abschluss gekommen.
- **Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln**

sich im Kanton an. Die Zahl der Neugründungen von Unternehmen ist sehr schwankend. Der Stadtkanton hat diesbezüglich schwierigere Voraussetzungen als vergleichsweise andere Städte. Die Problematik der Grenznähe und der damit gewissermassen abgeschnittenen Nachfrage in der funktionalen Region sowie das weitgehende Fehlen einer eidgenössischen technischen Hochschule wirken in dieser Beziehung hemmend. Dennoch ist die Entwicklung im „Technologiepark Basel“ und im „Basel Inkubator“ positiv. Zudem sind Rückmeldungen der Unternehmen zur Standortqualität durchwegs positiv. Hervorgehoben werden in den regelmässig stattfindenden Gesprächen die guten Dienstleistungen der Steuerbehörden und die effiziente Praxis bei Arbeitsbewilligungen. Auch die verhältnismässig wenigen Anfragen beim KMU-Desk bestätigen den Eindruck eines hohen Zufriedenheitsgrads bei KMU.

- **Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine kundenorientierte und effiziente Verwaltung, die den Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen optimale Dienstleistungen erbringt.** Die Rückmeldungen der Unternehmen (vgl. Ziel 5) und die Bevölkerungsbefragung zeichnen ein grundsätzlich positives Bild der Verwaltung. Dennoch gilt es die Leistungen laufend zu verbessern, um das Niveau zu halten und den steigenden Ansprüchen der Kundschaft gerecht zu werden. Eines dieser Bedürfnisse ist der internetbasierte Zugang zu staatlichen Dienstleistungen, das beispielsweise mit der Modernisierung des kantonalen Bewilligungswesens aufgenommen wird. Bewilligungen werden heute über eine eigens dafür eingerichtete elektronische Internetplattform beantragt. Zukünftig soll das Bewilligungswesen weiter gestrafft werden. Neben den elektronischen Entwicklungen bleibt der persönliche Kundenkontakt weiterhin zentral. Dafür stehen weiterhin diverse Anlaufstellen zur Verfügung.

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Anforderungen an den Standort im weltweiten Wettbewerb kennen** Die Bestandespflege wird auf Basis eines nationalen und internationalen Benchmarks bis im Frühjahr 2014 überarbeitet und weiterentwickelt. Die Beziehungen zu den Unternehmen werden auf Stufe Regierungsrat, Departementsvorsteher und zuständiger Dienststelle systematisiert und mit neuen Plattformen ergänzt. Im Rahmen branchenspezifischer Projekte steht der Kanton im Kontakt mit verschiedenen Institutionen. Die Kenntnisse der Standortfaktoren wichtiger Konkurrenzregionen werden in den kommenden Jahren ausgebaut.

- **Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben** Der Kanton hat im Steuerjahr 2013 den maximalen Gewinnsteuersatz ein weiteres Mal um 0.5 Prozentpunkte auf 20.0% gesenkt. Im Mittelpunkt stand die aktive Mitarbeit an der Unternehmenssteuerreform III, welche zum Ziel hat, dass die Schweiz auch nach der Abschaffung der Steuerprivilegien steuerlich konkurrenzfähig bleibt und die notwendigen Steuereinnahmen erhalten bleiben. Diese Lösung muss international akzeptiert sein.

- **Rekrutierung und Ausbildung von Fachpersonal** Für die Anstellung der notwendigen Fachkräfte wurden den Unternehmen auch im kontingentierten Bereich genügend Arbeitsbewilligungen zur Verfügung gestellt. Für Dienstleistungserbringungen wurde die Bewilligungserteilung wegen fehlenden Kontingenten in einigen Fällen verweigert oder in eine nächste Bewilligungsperiode verschoben.

- **Leistungsfähige Standortvermarktung** Die Wirtschaftsförderung BaselArea überarbeitete ihre Strategie und lancierte mehrere Pilotprojekte, mit denen Erfahrungen gesammelt werden sollen. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft genehmigten die Finanzierung der BaselArea für die Jahre 2014 bis 2017.

- **Stärkung der regionalen Funktionen von BaselArea** Die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Kantonen Jura und Aargau (für das Fricktal) wurde vereinbart.

- **Stärkung des Standorts Basel durch Städtepartnerschaften** Die formellen Partnerschaften mit Massachusetts, Shanghai und Miami Beach wurden im Jahr 2013 weiterentwickelt und konkretisiert. Im Rahmen des Sisterstate Agreements mit Massachusetts wurden die Beziehungen zwischen den Universitäten und den Alumni-Organisationen erweitert. Die Städtepartnerschaft mit Shanghai generierte mit der Eröffnung der China Business Platform sowie dem Confuzius Institute einen Mehrwert.

Auch im Bereich der Spitzenmedizin und Bildung wurden weitere Kooperationen vorangetrieben. Bei der Städtepartnerschaft mit Miami Beach stand die Kontaktaufnahme mit dem neuen Bürgermeister sowie ein offizieller Empfang anlässlich der Art Basel Miami Beach im Vordergrund.

- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Neben den wiederkehrenden Grossanlässen (Weltmessen, internationale Sportanlässe und Festivals) wurden im Jahr 2013 mehrere einmalige Anlässe für die Standortvermarktung genutzt. Hierzu zählen einerseits die Hallenrad-Weltmeisterschaften sowie die TV-Produktion Musikantenstadl. Im Weiteren wurden die Vorbereitungen für die Badminton Europameisterschaften in den Teamwettbewerben sowie den OSZE-Kongress vorangetrieben.

- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Ende 2013 wurde dem Regierungsrat das Konzept für eine Stärkung der Kongressaktivitäten unterbreitet.

- **Akquisition von Grossveranstaltungen** Die Akquisition von Grossveranstaltungen erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Fachressorts in den Bereichen Sport und Kultur. Aktuell sind mehrere Bewerbungen für internationale Sportanlässe in Arbeit. Grundsätzlich ist die Akquisition von Grossanlässen aufgrund der bevorstehenden Sanierung der St. Jakobshalle und dem Stadtcasino beeinträchtigt.

- **Fussgängerorientierungssystem** Eine interdepartementale Arbeitsgruppe erarbeitete das Vorprojekt und erstellte die Kostenschätzung für ein neues, bedürfnisgerechtes Fussgängerorientierungssystem Basel-Stadt. Darauf aufbauend wurde ein Ratschlagsentwurf erstellt.

- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen** Basel bietet exzellente Bahnverbindungen an die Wirtschaftszentren der Schweiz. Die Inbetriebnahme des Katzenbergtunnels Ende 2012 auf der Oberrheinstrecke Karlsruhe-Basel verbesserte die Pünktlichkeit der ICE-Verbindungen nach Deutschland. Richtung Mittelmeer fährt seit Juli 2013 ein direkter TGV Basel-Marseille. Der EuroAirport weitete bis Ende 2013 sein Angebot auf 70 Destinationen aus.

- **Weiterentwicklung der Rheinhäfen** Das Projekt des trimodalen Containerterminals Basel Nord (mit Hafenbecken 3) bildet das Schlüsselprojekt und die Grundvoraussetzung für die Zukunftssicherung des Logistikstandorts Kleinhüningen und für die künftige schrittweise Öffnung der Rheinufer im Hafen Kleinhüningen für städtebauliche Perspektiven. An der Terminalkonferenz des Bundesamts für Verkehr im Dezember 2013 forderte die gesamtschweizerische Verlader-, Logistik- und Transportbranche die Realisierung des trimodalen Terminals Basel Nord. Damit erlangte das Terminalprojekt nationale Bedeutung.

- **Implementierung und Weiterentwicklung der regional abgestimmten Life-Sciences-Strategie** Die Life-Sciences-Strategie wird zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft und der Handelskammer beider Basel weiterentwickelt. Im August 2013 wurden an der Bad Schauenburg-Tagung die Schwerpunkte (Schweizer Innovationspark, Bündelung der Kräfte in der Region) aufdatiert und verfeinert. Weiter wird am Aufbau eines international bedeutenden Kongresses im Bereich Life Sciences in Basel gearbeitet. Bisherige Fortschritte wurden dokumentiert und werden weiter bearbeitet.

- **Dynamik in den wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten ermöglichen** Die im kantonalen Richtplan ausgewiesenen wirtschaftlichen Schwerpunktgebiete werden weiter in ihrer Entwicklung begleitet. Für die Areale Novartis, Roche, Rosental, Äusseres St. Johann und Dreispitz liefen Vorbereitungen für planungsrechtliche Verfahren im kommenden Jahr. Beim Areal Klybeck steht der Kanton in Kontakt mit den Eigentümern. Mit dem Ziel, attraktive Flächen für die Wirtschaft zu sichern, liess der Kanton eine Studie erarbeiten, welche auch als Grundlage für künftige Massnahmen dient.

- **Förderung von Unternehmertum und Innovation** Wegen der hohen Auslastung des im Sommer 2011 eröffneten Technologieparks Basel stimmte der Regierungsrat einer Erweiterung der Fläche zu. Ab Sommer 2014 werden insgesamt rund 100 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Zusammen mit dem Basel Inkubator, der sich unmittelbar neben den Räumen des Technologieparks befindet, bietet Basel innovativen Jungunternehmen aus dem Technologiebereich eine optimale Infrastruktur.

- **Optimierung Bewilligungswesen** Im Auftrag des Impulsprogramms E-Government wurde das Lösungskonzept zum Baukasten StarterKit 1 erarbeitet, das die Fachstellen bei der Einführung der elektronischen Bewilligungserteilung unterstützt. Die Anzahl Grossfirmen und KMUs, die ihre Arbeitsbewilligungen via Firmenzugang abwickeln, wurde von zwölf auf über 30 ausgeweitet. Die Nutzungszahlen der Bewilligungsplattform auf der kantonalen Webseite erhöhten sich im vierten Jahr wiederum um ca. 3%.
- **E-Gov-Impulsprogramm** Im Rahmen des Impulsprogramms E-Government wurden im Jahr 2013 erste Basisdienste in Betrieb genommen, die es den Dienststellen des Kantons erlauben, elektronische Behördengänge anzubieten. Als erstes Pilotprojekt wurde bei der Motorfahrzeugkontrolle die Bestellung und Bezahlung von Parkkarten per Internet realisiert.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren"- Ziele

- **Mit den öffentlich finanzierten Hochschulen und privaten Partnern bietet Basel die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung.** Die für die Fachhochschule Nordwestschweiz eingerichtete vierkantonale Organisation spielte sich gut ein. Auch die bikantonal getragene Universität ist erfolgreich, wie u.a. der jährliche Leistungsbericht zeigt. Die in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft verabschiedete Parlamentsvorlage für die Jahre 2014-2017 sieht auch im schwierigeren finanziellen Umfeld steigende Beiträge vor; die Umsetzung der universitären „Strategie 2014" ist damit möglich. Weiter zeigt die Zusammenarbeit der Universität mit dem assoziierten Friedrich Miescher Institute of Biomedical Research und dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut den erwarteten Mehrwert. Das zusammen mit dem ETH-Bereich gegründete Departement für Biosysteme entwickelt sich vorbildlich und bietet dem Basler Hochschulraum qualitätsvolle innovative Impulse.
- **Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren Basel als Zentrum der Wissensregion.** Dank genügend finanzieller Ausstattung hält und entwickelt die Universität ihr hohes Niveau auch im weltweiten Vergleich. Der Ausländeranteil von rund 20% ist ein Zeichen für die gute Qualität. Die begabten ausländischen Studierenden wirken v.a. in der Master- und Doktoratsstufe positiv auf das Niveau der Bildungsinstitution. Allerdings ist die Studierendenzahl von 13'000, die vom Regierungsrat im „Szenario Midi" entwickelt wurde, bald erreicht. Zudem stösst die Universität an infrastrukturelle Grenzen: Bereits wurden Nationalfonds-Projekte und Förderprofessuren zurückgewiesen, da keine freien Labors vorhanden waren. Die Musikhochschule als Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz hat einen ausgezeichneten weltweiten Ruf. Sie steht damit aber auch in einem Spannungsfeld: Regionale Anwärterinnen und Anwärter müssen Überdurchschnittliches leisten, um im sehr fordernden internationalen Konkurrenzumfeld zu bestehen.
- **Das regionale universitär-medizinische Zentrum positioniert sich mit hochstehender Lehre und seiner innovationsfördernden translationalen Grundlagenforschung sowie patientenorientierten klinischen Forschung international in den vorderen Rängen.** Die Zusammenarbeit zwischen dem Universitätsspital Basel und der Universität Basel wurden verstärkt. Detaillierte Aussagen zur Zielerreichung erfolgen im Jahresbericht 2014.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren"- Massnahmen

- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich** Seit April 2012 wird die vom Kanton Basel-Stadt lancierte Plattform für Innovation und Unternehmertum „i-net innovation networks", welche die Technologiefelder Nanotechnologie, Life Sciences (mit Biovalley Basel), Medizinaltechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Umwelt- und Energietechnologien abdeckt, auch von den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Jura getragen und vom Bund bis 2015 mitfinanziert. Im Jahr 2013 wurde das Angebot an spezifischen Dienstleistungen in den Bereichen Vernetzung, Innovation und Geschäftsentwicklung stark ausgebaut.
- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für**

die Hochschulen Das für die Fachhochschule Nordwestschweiz umgebaute Zollfreilager auf dem Dreispitzareal kann ab Januar 2014 bezogen werden. Der Neubau der Hochschule für Gestaltung und Kunst läuft planmässig. Auf dem Schällemätteli wurde im August 2013 mit dem Neubau Biozentrum begonnen. Auf dem Campus Rosental läuft ein Wettbewerb für den Neubau des Universitären Zentrums für Zahnmedizin und der Umweltwissenschaften der Uni Basel.

- **Hochschul- und Universitätsentwicklung** Die Wahl des Basler Erziehungsdirektors zum Präsidenten der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz erhöhte den Einfluss des Kantons auf nationaler Ebene. Auf kantonaler Ebene wurde die Zusammenarbeit mit der forschenden Industrie und dem ETH-Bereich intensiviert. Das ETH-Departement für Biosysteme in Basel entwickelte sich über die Erwartungen gut. Die Fachhochschule Nordwestschweiz und die Universität Basel verstärkten ihre Zusammenarbeit, mit dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut und dem Friedrich Miescher Institute of Biomedical Research der Novartis schloss die Universität formelle Assoziationsverträge ab. Das Anliegen der erweiterten Trägerschaft der Universität weist über die Legislaturperiode hinaus.
- **Förderung von Kindern im Vorschulalter und Bildungswege in der Volksschule sowie auf der Sekundarstufe II** Der Ausbau der Förderung von Kindern im Vorschulalter und von Tagesstrukturen an der Primarstufe verbessert die Voraussetzungen für den Schulerfolg. Die Bildungswege an den Volksschulen selbst erhalten Anschluss an die Strukturen der übrigen Schweiz und werden in Kooperation mit den Kantonen der Nordwestschweiz qualitativ weiterentwickelt. Das Zentrum für Frühförderung wurde im Bereich Logopädie ausgebaut und organisatorisch neu dem Kinder- und Jugenddienst zugeordnet.
- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken** Die universitären Spitäler und Kliniken leisten im Rahmen der spezialisierten und hochspezialisierten Medizin (HSM) sowie der klinischen Forschung und Lehre einen wichtigen Beitrag zur Positionierung des Kantons im Bereich Life Sciences. Das Universitätsspital verfügt über die Zulassung in allen HSM-Disziplinen mit Ausnahme gewisser Transplantationen. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken weisen ein umfassendes und hochspezialisiertes Behandlungsangebot auf. Das Felix Platter-Spital ist neu ein Universitäres Zentrum für Altersmedizin und Rehabilitation.
- **Clinical Research Center** Nach erfolgter Gründung des Departementes für Klinische Forschung wurde mit der Wahl der Leitung die Gründungsphase abgeschlossen.

2.1.3 Als Region zusammenwachsen

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.** Das Verständnis für die Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und für den Metropolitanraum gilt es in der Bevölkerung und auf Bundesebene zu fördern. Im vergangenen Jahr standen dazu die Projekte der IBA Basel 2020, INTERREG IV-Programme, das trinationale Kulturaustauschprojekt „Triptic“ und die Abgabe der zweiten Generation des Agglomerationsprogramms Basel im Vordergrund. Die Prioritäten im Agglomerationsprogramm sind das Herzstück Regio-S-Bahn und die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint-Louis. Innerhalb der Schweiz soll die Kooperation mit dem Kanton Jura helfen, durch gezielte Projekte die Sprachbarriere innerhalb der Nordwestschweiz abzubauen. Weiter sind folgende Schwerpunktthemen bundesrelevant: Unternehmenssteuerreform III, Neuer Finanzausgleich, Verkehrsprojekte, trimodaler Logistikterminal, Life-Sciences- und Innovationsstandort Basel.
- **Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.** Zur Sicherung einer guten Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts bei gleichzeitiger Umsetzung einer stadtgerechten Mobilität wurden die Arbeiten an einem Umsetzungskonzept zum Reduktionsziel, das im §13 des Umweltschutzgesetzes festgeschriebenen ist, aufgenommen. Zur weiteren Bearbeitung des Velorichtplans fand eine öffentliche Vernehmlassung statt. Der Ausbau des Trams Erlenmatt wurde vom Grossen Rat beschlossen, und die ebenfalls vom Grossen Rat beschlossene flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Basel befindet sich in Umsetzung. Im Rahmen der europäischen Mobilitätswoche fand im Dreiland eine Sensibilisierung für verschiedene Mobilitätsformen statt. Der Regierungsrat sieht zur Verbesserung der Verkehrssituation weitere Massnahmen in den Quartieren vor. Die Gesamtmenge des motorisierten Individualverkehrs auf den städtischen Strassen war leicht rückläufig.

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Gemeinsam über die Grenzen wachsen** Die IBA Basel 2020, das momentan umfangreichste Projekt mit grenzüberschreitender Dimension, entfaltete eine grosse Dynamik: Die derzeit 43 Projekte wurden in der von August bis Oktober 2013 dauernden Projektschau öffentlich gezeigt. Ein umfangreiches Rahmenprogramm dazu verankerte die IBA in Öffentlichkeit und Fachkreisen. Der Grosse Rat bewilligte die Mittel für die Phase 2014-2017.
- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der Regierungsrat legte das ÖV-Programm 2014-2017 vor. Der Grosse Rat beschloss im Oktober 2013 den Baukredit für das Tram Erlenmatt. Weitere Vorprojekte (Tram 3 nach Saint-Louis, Margarethenstich) als Bausteine des Ausbauprogramms Tramnetz 2020 sind fertiggestellt. Die Umsetzung von Angebotsausbauten im Busnetz wurde auf den Fahrplanwechsel Ende 2013 vorbereitet.
- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Das fussgängerfreundliche Verkehrskonzept Innenstadt ist zur Umsetzung bereit. Der Grosse Rat genehmigte einen Projektierungskredit für ein automatisiertes Veloparking am Badischen Bahnhof. An der Mobilitätswoche Basel Dreiland beteiligte sich der Kanton intensiv. Im Rahmen der aktuell laufenden Arbeiten zum Teilrichtplan Velo wird das Veloroutennetz optimiert. Zudem ist Basel Pilotstadt für den Test von fuss- und veloverkehrsfreundlicheren Lösungen an Lichtsignalanlagen.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Der Bund prüft in Abstimmung mit dem Kanton ein Konzept für einen etappierten Ausbau der Autobahnen im Raum Basel. Der Umbau der Achse Luzernerring/Wasgenring ist weiter fortgeschritten, die Leistungsfähigkeit an den Knoten wird sich mit diesem Vorhaben verbessern. Die Lichtsignalanlagen sichern einen optimalen Verkehrsfluss und die erforderliche Priorität für den öffentlichen Verkehr.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.** Der Kanton nahm eine klare Priorisierung bei den institutionellen Kooperationen im Metropolitanraum Basel vor. Die Aktivitäten sind auf die Kooperationen innerhalb der Nordwestschweiz und die Agglomeration sowie den Metropolitanraum Oberrhein fokussiert. Zudem wurde mit der Schaffung der Metropolitankonferenz die Interessensvertretung in Bundesbern gestärkt. Damit werden Interessen im Raum Basel, die über mehrere Kantonsgrenzen und über drei Länder hinweg gehen, gebündelt und gemeinsam vertreten (bspw. Verkehrsanliegen, Rahmenbedingungen für die Life-Sciences-Branche, Medikamentenpreise, Universitätsstandort Basel, Unternehmenssteuerreform/Innovationsboxen). Als Zentrum des Metropolitanraums Basel könnte der Kanton noch mehr Ausstrahlung entwickeln.
- **Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.** Das Bildungssystem profitierte im vergangenen Jahr von zahlreichen Konvergenzprozessen. Die zentralen, von der Politik in Auftrag gegebenen Projekte wie HarmoS, Sonderpädagogikkonkordat und Lehrplan 21 sind im Kanton planmässig, wenn auch nicht unumstritten unterwegs. Erstmals wurden in den Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz mit den „P-Checks“ gemeinsame Leistungstests durchgeführt. Die Projektorganisationen der Schulharmonisierung wurden Ende 2013 in die Stammorganisationen überführt. Die Verantwortung für die Projektorganisation liegt nun bei den Bereichen Volksschulleitung sowie Mittelschulen und Berufsbildung. Im gleichen Sinn fand auch bei den Gemeindeschulen Bettingen/Riehen per Ende 2013 eine Konsolidierung statt. Die interkantonale Zusammenarbeit funktioniert im gesamtschweizerischen Vergleich gut. Besonders eng ist die Kooperation zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft, welche in Zukunft über weitgehend identische Schulsysteme verfügen.
- **Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und steuert das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.** Die Agglomeration Basel verfasste eine gemeinsame Stellungnahme zur Verteilung der Bundesgelder für die zweite Generation des Agglomerationsprogramms und vertrat ihre Interessen auf Bundesebene mit Nachdruck. Der Erarbeitungsprozess für die dritte Generation des Agglomerationsprogramms lief an. Insbesondere mit der Schaffung einer trinationalen Trägerschaft für das Agglomerationsprogramm Basel wird die Verankerung grenzüberschreitend verstärkt. Mit dem Elsass und mit Baden-Württemberg laufen Diskussionen zur Verstärkung der Zusammenarbeit betreffend Angebotsplanung der Regio-S-Bahn. Unter Federführung des Bundesamts für Verkehr und des Landes Baden-Württemberg werden für die Hochrheinstrecke Verbesserungen des Angebots (Fahrplan, Tarif, allenfalls Elektrifizierung oder neue Fahrzeuge) geprüft. Der Tarifverbund Nordwestschweiz richtete eine eigene Geschäftsstelle ein. Im Herbst 2013 wurden erste Anträge für Projekte zur Finanzierung aus dem neu eingerichteten Pendlerfonds eingereicht.
- **Die integrierte Gesundheitsversorgung garantiert unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine optimale medizinische Versorgung in einem anzustrebenden regionalen Gesundheitsversorgungsraum.** Die Entwicklung eines Gesundheitsraums Nordwestschweiz macht kontinuierlich Fortschritte. Ab 2014 tritt erstmals eine volle Spitalfreizügigkeit zwischen den beiden Basel in Kraft. Damit können sich Patientinnen und Patienten ohne Zusatzversicherung in allen Listenspitälern beider Kantone behandeln lassen.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Nach dem erfolgreichen Start der Metropolitankonferenz Basel ging das Präsidium im Jahr 2013 an den Kanton Basel-Landschaft. Bei der Wirtschaftsförderung BaselArea intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gaben die Nordwestschweizer Kantone ein wichtiges Bekenntnis zur weiteren Kooperation

am Oberrhein ab. Gleiches gilt für die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau in Bezug auf die Kooperation in der trinationalen Agglomeration.

- **Institutionalisierung des Lobbying auf Bundesebene** Die Schwerpunkte (Unternehmenssteuerreform III, Neuer Finanzausgleich, Verkehrsprojekte, trimodale Logistikterminal, Life-Science- und Innovationsstandort Basel) wurden auf Regierungsebene festgelegt und in einem Arbeitspapier beschrieben. Mit konkreten Positionspapieren sowie gezielten Kommunikationsmassnahmen soll eine Sensibilisierung erfolgen und die Mehrheit für die Anliegen der Region gewonnen werden. Innerhalb der kantonalen Verwaltung wurde departementsübergreifend eine Abstimmung der Stossrichtungen und Massnahmen institutionalisiert.

- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** Die Fokussierung ist weiter vorangeschritten. So sprachen sich die Nordwestschweizer Kantone für eine Stärkung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz einschliesslich der Metropolitankonferenz Basel aus. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde durch die Gründung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein ein ähnlicher Konzentrationsprozess in Gang gesetzt. Weiter wurde der Eurodistrict Basel durch einen Zuwachs an Mitgliedern auf Schweizer Seite gestärkt.

- **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz wurde eine engere Zusammenarbeit der grossstädtisch geprägten Handlungsräume Basel, Zürich, Arc Lémanique und Bern geprüft. In der Praxis zeigte sich, dass die Zusammenarbeit punktuell erwünscht und sinnvoll ist, eine Institutionalisierung eines Kooperationsgefässes derzeit jedoch nicht angezeigt ist. Dabei stellt aus Sicht des Metropolitanraums Basel eine engere Abstimmung in ausgewählten Themen insbesondere mit dem Metropolitanraum Zürich eine interessante Option dar.

- **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Grenzüberschreitende Projekte wie das 3Land, die IBA Basel 2020, das Agglomerationsprogramm und der „Grenzüberschreitende Naturkorridor“ wurden in Koordination mit den Partnern im Trinationalen Eurodistrict Basel weiterentwickelt. Die ersten vier Beitragsgesuche für eine Mitfinanzierung von Projekten aus dem neuen Pendlerfonds sind eingegangen.

- **Bildungsraum Nordwestschweiz** Mit dem Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik 2010 erhalten die beiden Basel die gleiche Schullaufbahn mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei Leistungszügen und vier Jahren Gymnasium. Mit Erreichen des Volksschulabschlusses treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Die vier Nordwestschweizer Kantone koordinieren die Einführung des Lehrplans 21 und die Umsetzung der vierkantonalen Leistungstests.

- **Agglomerationsprogramm** Der Bund nahm zum Agglomerationsprogramm Basel zweiter Generation offiziell Stellung. Die Agglomeration brachte sich gemeinsam mit einer abgestimmten Stellungnahme in die Vernehmlassung ein. Sie startete diverse Projekte im Hinblick auf die Vorbereitung der dritten Programmgeneration. In Vorbereitung ist insbesondere die Institutionalisierung einer trinationalen Trägerschaft.

- **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** Die volle Spitalfreizügigkeit zwischen den beiden Basel wurde mit Beginn ab 1. Januar 2014 in den Spitallisten der Kantone festgeschrieben. Im Rahmen der gemeinsamen Versorgungsplanung der Nordwestschweizer Kantone am Juranordfuss begann das zweite gemeinsame Projekt der Analyse der Patientenströme. In einer gemeinsamen Studie zu Pflege und Pflegebedürftigkeit untersuchen der Landkreis Lörrach und die beiden Basel verschiedene Fragen und Versorgungsstrategien in der Langzeitpflege.

2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.** Der Kanton verzeichnet weiterhin ein moderates Bevölkerungswachstum. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum führte zu einem Rückgang der Leerstandsquote auf 0.3%. Wanderungsgewinne sind gemäss Wanderungsanalyse vor allem bei den Ausländern sowie bei der Gruppe der jungen Erwachsenen zu verzeichnen. Deutschland bleibt der wichtigste Herkunftsort, auch wenn die Zuwanderung von dort in den letzten vier Jahren zurückging. Bei der Gruppe der über 55-Jährigen ziehen hingegen sowohl Schweizer als auch Ausländer verstärkt aus dem Kanton weg.
- **Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.** Durch den Anstieg von Bevölkerung und Arbeitsplätzen fand innerhalb des im Richtplan definierten Siedlungsgebiets eine Verdichtung statt. Gleichzeitig ist aufgrund des immer noch leicht steigenden Wohnflächenverbrauchs pro Kopf die Wohnfläche weniger dicht belegt als noch vor zehn Jahren. Der Grosse Rat verabschiedete die beiden mit einer Zonenplanänderung verbundenen Verdichtungsprojekte Claraturm und Magnolienpark. Der Regierungsrat genehmigte einen Projektierungskredit für Vorarbeiten zum geplanten Stadtteilentwicklungsplan Klybeck-Kleinhüningen, den Ratschlag „Areal Aeschengraben“, den Bebauungsplan Friedrich Miescher-Strasse, den Ratschlag betreffend Nutzungsplanung „Am Depot Dreispitz“ und den Ratschlag Bebauungsplan „Hochhauszone Novartis Campus Plus, Teil 2“. Die Zonenplanrevision für die Stadt Basel steht wie diejenige der Gemeinde Riehen kurz vor dem politischen Entscheid.
- **Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.** Die Nettoproduktion an Wohnungen hielt im Jahr 2013 nicht ganz Schritt mit dem Bevölkerungswachstum und ging von 270 (2012) auf 171 Wohnungen zurück. Auch wirkte sich die Tatsache, dass sich drei grössere Areale noch in der Bauphase befanden und diese Wohnungen erst 2014 auf den Markt kommen, negativ auf die Nettoproduktion aus. Bei den Umbauten bestätigte sich der Trend zur positiven Wohnungsbilanz, d.h. mehr einzelne Wohnungen wurden geschaffen. Mit der Annahme des Gegenvorschlags für ein Gesetz über die Wohnraumförderung stellte das Stimmvolk die entscheidenden Rahmenbedingungen für die zukünftige Wohnraumentwicklung. Beim kantonalen Programm zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus wurden konkrete Fortschritte erzielt. So wurde ein partnerschaftlicher Baurechtsvertrag Plus mit der Wohnstadt Bau- und Verwaltungsgenossenschaft Basel abgeschlossen. Diese plant nun am Riehenring sowie im Riehener Niederholzquartier eine neue Wohnüberbauung.
- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.** Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums werden ökologische Aspekte genauso berücksichtigt wie Faktoren, welche die Aufenthaltsqualität erhöhen (bspw. Entsiegelung von bisher versiegelter Fläche, Pflanzung von Alleebäumen). Zahlreiche Grünflächenprojekte stehen vor der Realisierung: Im Schwarzpark wird 2014 mit den Umbauten begonnen. Das Nachtigallenwäldchen wird ökologisch und in Bezug auf die Aufenthaltsqualität aufgewertet. Die letzte Etappe des Erlenmattparks wird umgesetzt. Das Landhofareal wird gemäss Wettbewerbsergebnis umgestaltet und in Zukunft vielfältiger als bisher genutzt, beispielsweise durch Sporttreibende, durch Messe- und Kongressbesuchende oder durch Betagte und Familien, die ihre Freizeit dort verbringen.
- **Der öffentliche Raum ist vielfältig nutzbar und ein wichtiger Faktor der Lebensqualität in Basel.** Der öffentliche Raum wird grundsätzlich vielfältig genutzt, allerdings bestehen Unterschiede zwischen den Orten und der Intensität ihrer Nutzung. Für eine gute Lebensqualität ist – neben Fragen der Sicherheit – entscheidend, dass die Nutzungen in einem guten Verhältnis zueinander stehen. Das vom Grossen Rat verabschiedete Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums stellt eine Grundlage zur Erarbeitung von entsprechenden Instrumenten dar. Das Gestaltungskonzept Innenstadt wie auch das neue Verkehrsregime Innenstadt stellen wichtige Beiträge dar, dass

der öffentliche Raum in Zukunft vielfältiger genutzt und die Lebensqualität gesteigert wird. Generell wird bei der Umgestaltung der Allmend darauf geachtet, die Sicherheit für den Fuss- und Fahrradverkehr zu erhöhen.

- **Die Qualitäten der Basler Innenstadt sowie der Riehener und Bettinger Dorfzentren sind langfristig gesichert und werden nachhaltig weiterentwickelt.** Die Basler Innenstadt entwickelt sich gemäss Controlling- und Monitoringbericht QuiZ 2013 in die vom Regierungsrat angestrebte Richtung. Umgekehrt sind die umstrittenen Punkte und Probleme bekannt und werden mit diversen Projekten und Massnahmen angegangen. Ein Meilenstein konnte mit der Erarbeitung des Entwicklungsrichtplans Innenstadt erreicht werden, der die erwünschte räumliche Entwicklung in den kommenden 10 bis 15 Jahren beschreibt (Beschlussfassung 2014). Daneben tragen das Verkehrskonzept Innenstadt (Umsetzung 2014) sowie das Gestaltungskonzept Innenstadt (Beschlussfassung 2014) zu einer qualitativ hochstehenden Basler Innenstadt bei. Das hohe Niveau der Basler Baukultur wurde dieses Jahr wieder mit der Auszeichnung Guter Bauten gewürdigt. In Riehen steht derzeit ein Vorprojekt für die Aufwertung des Dorfzentrums vor der politischen Entscheidung durch die Bevölkerung.

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Umsetzung der Entwicklungsvision 3Land** Basierend auf der Planungsvereinbarung 2012 wurde die Arbeit für einen trinationalen Masterplan aufgenommen. Mit dem Masterplan soll eine Kohärenz zwischen den lokalen Planungen in den Städten Basel, Weil am Rhein und Huningue erzielt werden. Wichtige Themen sind Stadtplanung, Verkehrsinfrastruktur, Freiräume und wirtschaftliche Entwicklung.
- **Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus** Ein mit Einbezug von Quartiervertretungen erarbeitetes Verkehrskonzept für kurz- und mittelfristige Massnahmen für eine stärkere Verkehrsberuhigung ist abgeschlossen und wird in der ersten Hälfte 2014 dem Grossen Rat unterbreitet. Der Regierungsrat bewilligte die Erarbeitung eines Grün- und Freiraumkonzepts, das sämtliche Belange der notwendigen Grün- und Freiraumentwicklung bündelt.
- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot** Um ein vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot sicherzustellen, verabschiedete der Regierungsrat eine Wohnraumentwicklungsstrategie. Das darauf basierende Gesetz über die Wohnraumförderung wurde im September 2013 vom Stimmvolk angenommen. Unter anderem beinhaltet das neue Gesetz spezifische Fördermassnahmen für das gemeinnützige Wohnraumangebot und trägt zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen in den Wohnungsbau bei.
- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens** Im Kanton wurde im Jahr 2013 die seit einigen Jahren verfolgte aktive Boden- und Immobilienpolitik weitergeführt. Sanierungen, Projektentwicklungen und Zukäufe von Immobilien trugen erfolgreich zur Unterstützung der Wohnpolitik bei. Ein Beispiel ist das Areal Maiengasse/Hebelstrasse, für das nach der Testplanung ein Architekturwettbewerb durchgeführt wurde. In Basel Nord erwarb der Kanton Teile des Coop Areals Lysbüchel.
- **Konzept für den öffentlichen Raum** Zur Verbesserung der verwaltungsinternen Koordination wird eine Liste mit Projekten, die den öffentlichen Raum betreffen, geführt und regelmässig aktualisiert. Im Oktober 2013 beschloss der Grosse Rat das Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums. Nun beginnt die Erarbeitung der speziellen Nutzungspläne für jene Orte, bei denen öffentliche Interessen (bspw. hoher Nutzungsdruck) dies rechtfertigen.
- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Messen und Märkte** Im Jahr 2013 wurden unter Einbezug der Teilnehmenden des Basler Stadtmarkts neue Öffnungszeiten festgelegt. Im Vordergrund standen eine Vereinheitlichung der Zeiten und damit eine bessere Kommunikation. Weiter wurde die Basler Herbstmesse mit einer neuen Hallenmesse und der erstmaligen Bespielung der City Lounge auf dem Messplatz konzeptionell weiterentwickelt. Der Basler Weihnachtsmarkt wurde mit einer verbesserten Besucherführung für das Angebot auf dem Münsterplatz erweitert und für das Publikum attraktiver gestaltet.
- **Bewirtschaftung des öffentlichen Raums**

Die Nutzungen des öffentlichen Raums wurden nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung koordiniert und nach einer Güterabwägung zwischen öffentlichen und privaten Interessen bewilligt. Mit der Hochschule Luzern wurde ein Lärm-Beurteilungsinstrument für Veranstaltungen im öffentlichen Raum entwickelt, um die Bespielungsintensität verschiedener Plätze zu bewerten. Die Reinigung des öffentlichen Raums an den Littering-Hotspots wurde intensiviert. Zur Bekämpfung der illegalen Abfalllagerung und Littering sind vier Abfallkontrolleure im Einsatz.

- **Attraktive und belebte Innenstadt** Zum Entwicklungsrichtplan Innenstadt wurde eine öffentliche Vernehmlassung durchgeführt. Die Umsetzung des Verkehrskonzepts steht unmittelbar bevor. Die inhaltlichen Arbeiten am Gestaltungskonzept Innenstadt wurden abgeschlossen. Alle Räume sind neu definierten Raumtypen zugeordnet, für welche massgeschneiderte Gestaltungsprinzipien festgelegt sind. Für die Umsetzung von daraus resultierenden Massnahmen werden Mittel beantragt.
- «**Welcome**» Im Juli 2013 wurde eine grossräumige Putzaktion gegen Verschmierungen, Verklebungen und Wildplakate im Kleinbasel durchgeführt. Gleichzeitig wurden 600m2 Betonoberfläche bei der Dreirosenanlage als Prävention gegen Vandalismus und unter Mitwirkung von Jugendlichen aus dem Quartier gestaltet. Weiter wird sichergestellt, dass die ausgewählten Strassenzüge auch über die Putzaktionen hinweg gepflegt bleiben. Die Dienstleistungen für Neuzugezogene wurden optimiert.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.** Die Kulturstadt profilierte sich weiter. Sowohl die Zufriedenheit mit dem Kultur- und Freizeitangebot wie auch der Kulturtourismus stiegen wiederum an. Die Besucherzahlen in den Museen sind weiterhin sehr hoch, jene des Theaters hingegen rückläufig. Ein grosser Erfolg sind die teilweise ausverkauften Konzerte des Sinfonieorchesters Basel. Die durch den Grossen Rat bewilligte Jugendkulturpauschale und die Neubesetzung einer Koordinationsstelle für Kulturvermittlung bereichern die bereits lebendige Kulturszene zusätzlich. Der Erweiterungsbau des Kunstmuseums verläuft planmässig. Wichtige Investitionsentscheide wurden gefällt, beispielsweise zum Neubau für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv beim Bahnhof St. Johann. Das Kulturleitbild wird über die darin formulierten Massnahmen umgesetzt.
- **Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.** Auf der Ebene der gemeinsamen Fachausschüsse (Tanz/Theater, Musik, Literatur, Audiovision und Multimedia) funktionierte die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft sehr gut. An der Arbeitstagung „Basel – Interkulturell“ wurde mit Pro Helvetia und weiteren Partnern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung das interkulturelle Potenzial des Kantons diskutiert. Mittels Geldsuche auf wemakeit.ch, der ersten kantonal unterstützten Crowdfunding-Plattform der Schweiz, wurden fast 70% der dort veröffentlichten Projekte finanziert. Mit den generierten Fr. 120‘000 fanden v.a. Projekte der jüngeren und halb- oder nichtprofessionellen Szene sowie interdisziplinäre Projekte, die häufig einen schweren Stand haben, entsprechende Unterstützung.
- **Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.** Es wurden zahlreiche edukative Projekte realisiert und gefördert, einige sogar neu lanciert (bspw. das Projekt „Schulhausromane“). Mit dem Projekt „perfekt_imperfekt“ wird der Frage nachgegangen, was der Norm entspricht und was diese überhaupt ist. Die Arbeitstagung „Basel – Interkulturell“ bestätigte die Wichtigkeit der permanenten Öffnung der Kulturinstitutionen, wobei es nicht um das Angebot von Spezialprogrammen für spezifische Gruppen geht, sondern um die Gewährleistung einer möglichst breiten Teilhabe. Dazu sind Partnerschaften mit Migranten-Communities und Multiplikatoren notwendig. Es bleibt die Aufgabe der öffentlichen Hand, diesen gesellschaftlichen Prozess weiter zu fördern, um das ungenutzte Potenzial auch kulturell zu nutzen.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik** Im Jahr 2013 wurden insgesamt 34 Institutionen mit Subventionen unterstützt (exkl. Dienststellen). Im Bereich Projektförderung wurden durch die Fachausschüsse und Kommissionen, den Swisslos-Fonds Basel-Stadt, die Kulturpauschale, den Rockförderverein, die Education Projekte und den Wettbewerb kult&co zahlreiche Projekte gefördert. Die Arbeiten an wichtigen Bauprojekten verlaufen planmässig (bspw. Erweiterungsbau Kunstmuseum Basel, Vorarbeiten Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv im St. Johann).
- **Raum für kreative Aktivitäten** Innovative Räume, auch in Form von Zwischennutzungen, bereicherten das Basler Kulturleben. Mit der Nachnutzung des Kasernenareals ab 2015, insbesondere des Hauptbaus, wird ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Kulturszene und der Kreativwirtschaft, aber auch für soziale und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten geleistet. Das Projekt Bandproberäume in der Kuppel sowie weitere Projekte zur Schaffung von neuen Produktions- und Proberäumen wurden begleitet.
- **Förderstrategie des Kulturleitbilds** Im zweiten Jahr nach Veröffentlichung des Kulturleitbilds wurden erneut zahlreiche Teilprojekte

aus den verschiedenen Förderbereichen bearbeitet oder initiiert (bspw. Implementierung einer Koordinierungsstelle für Kulturvermittlung, Vorbereitung eines Museumskonzept, Behandlung der Musiksubventionen und Arbeiten an einer grundsätzlichen Strukturklärung der Orchesterlandschaft, Erarbeitung eines Reglements für den neu eingerichteten Kredit Jugendkulturpauschale etc.).

- **Interkantonales Finanzierungsmodell** Die Verhandlungen über die Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen im Bereich Kultur durch den Kanton Basel-Landschaft sollen so rasch wie möglich nach den Spielregeln des Neuen Finanzausgleichs erfolgen. Der Regierungsrat brachte dieses Anliegen in die Partnerschaftsverhandlungen ein, ebenfalls wurde es auf Fachebene zwischen den Kulturabteilungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eingehend diskutiert und entsprechende Lösungen ausgearbeitet.

- **Education- und andere Vermittlungsprojekte** Die Vorarbeiten für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Kulturvermittlung wurden abgeschlossen und die Stelle besetzt. Neben der Weiterführung der Education Projekte der Region Basel und des Wettbewerbs kult&co für Projektinitianten aus der freien Szene wurde eine Arbeitstagung „Basel Interkulturell“ zum Thema interkulturelle Öffnung von Kulturinstitutionen durchgeführt. Weitere Vermittlungsangebote durch die Museen Basel wurden erfolgreich umgesetzt.

2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

- **Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.** Familienfreundliche Arbeitsbedingungen setzen unter anderem ein ausreichendes Angebot an Teilzeitstellen sowie an flexiblen Arbeitszeitmodellen für Frauen und Männer voraus. Der Anteil teilzeitarbeitender Männer liegt im Kanton mit 21% deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt. Die im Jahr 2013 lancierte Tramkampagne „Männersache“ zielte darauf ab, den Anteil teilzeitarbeitender Männer noch weiter zu erhöhen. Auch spielt das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und Tagesstrukturen eine zentrale Rolle. Je ausgebauter und flexibler das Angebot ist, desto grösseren Spielraum haben Frauen und Männer in Bezug auf egalitäre Arbeitsteilung. Das Kinderbetreuungsangebot nimmt im Kanton laufend zu. Bei den Kinderbetreuungstarifen, der Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege und dem Angebot an Teilzeitstellen bei Führungspositionen in der Privatwirtschaft besteht weiterhin Handlungsbedarf.
- **Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen.** Sowohl die integrative Volksschule als auch pädagogische Dienste unterstützen Schülerinnen und Schüler in ihrer schulischen und beruflichen Laufbahn und fördern sie entsprechend ihren Bedürfnissen. Seit Sommer 2013 wird die frühe Sprachförderung gesetzlich umgesetzt: Mit der Verpflichtung zum Deutschlernen im Vorschulalter werden der Erfolg in der Schule und später auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Auch Brückenangebote und Attestlehrstellen verbessern die Berufschancen und tragen zur Chancengleichheit bei. Neben der fachlichen Ausbildung ist auch die Vermittlung von sozialen Kompetenzen ein zentraler Bildungsauftrag der Schulen. Ebenso wird das Ausbildungsniveau laufend verbessert, um den steigenden Anforderungen der Gesellschaft und Wirtschaft gerecht zu werden.
- **Mindestens 95% der jungen Menschen erreichen am Ende der Sekundarstufe II einen qualifizierten Abschluss.** Diverse Massnahmen – integrative Volksschule, Frühförderung, pädagogische Dienste, Lehrstellenförderung, Berufsberatung – zielen darauf ab, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler einen qualifizierten Sek-II-Abschluss erreichen.
- **Migrantinnen und Migranten haben gleiche Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie gleichberechtigten Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.** Die Entwicklung der Erwerbstätigenquote zeigt eine erfreuliche Teilnahme der Migrationsbevölkerung am Arbeitsmarkt. Ebenso wichtig sind die Eingliederung der jungen Migrationsbevölkerung in das Schulsystem und der gleichberechtigte Zugang zur höheren Bildung. Grundsätzlich entwickelt sich die Gymnasialquote der ausländischen identisch mit jener der einheimischen Bevölkerung. Mit der Umsetzung des neuen Gesetzes über die Wohnraumförderung wird der Zugang zum Wohnungsmarkt auch für Migrantinnen und Migranten verbessert. Die enge Zusammenarbeit und Förderung der Kommunikation mit Unternehmen, Ämtern und Vereinen bleibt wichtig.
- **Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.** Die Zugänglichkeit von Bauten mit Publikumsverkehr wird laufend verbessert. Die Umgestaltung der Innenstadt sowie Massnahmen zur Förderung der Orientierung im öffentlichen Raum tragen zu einer gleichberechtigten Teilnahme aller Menschen am öffentlichen Leben bei. Dazu gehören auch ein integrativer Bildungsweg inkl. integrativer Berufsbildung und barrierefreiem Studium. Die Universität Basel verabschiedete dazu ein „Disability Statement“. Für über 230 Jugendliche mit einer Behinderung fehlen zurzeit nach Abschluss der Grundschule geeignete Ausbildungsplätze. Der Arbeitgeber BASEL-STADT und private Unternehmen setzen sich für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt für behinderte Menschen und ein chancengleiches Bewerbungsverfahren ein. In der öffentlichen Wahrnehmung werden Menschen mit einer körperlichen, geistigen, temporären oder langfristigen Behinderung noch immer diskriminiert. Das Thema der sozialen Normierung gewinnt zunehmend an Einfluss und bedarf kritischer Beobachtung.

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung und Tagesstrukturen** Der bedarfsgerechte Ausbau der Tagesbetreuung wurde weitergeführt. Das Instrument der Investitionsbeiträge für Tagesheime wird weitergeführt.
- **Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»** Der Schwerpunkt lag auf der Förderung der Teilzeitarbeit bei Männern. Zusammen mit der nationalen Kampagne „Der Teilzeitmann“ wurde mit Unternehmen über Rahmenbedingungen diskutiert und im November die Tramkampagne „Männersache“ lanciert. Auch der Infoletter „BRISE“ widmete sich dem Thema. Der Basler Familienplaner wurde an Eltern verteilt. Mit der Auszeichnung „Chancengleichheitspreis beider Basel 2013“ wurde ein KMU für ihre Umsetzung von familienfreundlichen Massnahmen ausgezeichnet.
- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt** Mit der Verleihung der Unicef-Auszeichnung „kinderfreundliche Gemeinde“ wurde bestätigt, dass die Stadt Basel – wie zuvor die Gemeinde Riehen – sich bezüglich Kinderfreundlichkeit auf dem richtigen Weg befindet. Gemeinsam mit dem Centrum für Familienwissenschaften wurde eine gut besuchte Veranstaltung durchgeführt.
- **Integrative Volksschule** Die vom Grossen Rat 2010 beschlossene dreistufige Förderung der Kinder und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf soll die Integrationskraft der Regelklassen und der Quartierschulen stärken. Die Schulen können bei der Gestaltung und der Zuteilung der Förderangebote eine hohe Teilautonomie und ausreichende Ressourcen in Anspruch nehmen. In begründeten Fällen ist es weiterhin möglich, Schülerinnen und Schüler nach einer sorgfältigen Abklärung in Sonderschulen einzuteilen.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung** Der Aufbau im Schwerpunkt Frühbereich ist weitgehend abgeschlossen, die bewährten Angebote werden in den Regelbetrieb übernommen. In den letzten Jahren wurde das privat organisierte Förderangebot für Dreijährige verbessert und ausgebaut. Kinder aus finanziell benachteiligten Familien wird der vergünstigte Besuch von Spielgruppen ermöglicht. Seit Sommer 2013 werden Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen ein Jahr vor der Einschulung im Kindergarten zum Besuch der Sprachförderung verpflichtet.
- **Bildungsförderung** Ein qualifizierter Abschluss auf der Sekundarstufe II ist eine notwendige Voraussetzung, um in unserer anspruchsvollen Wissensgesellschaft eine sichere Existenz aufbauen zu können. Um allen jungen Menschen zu einem qualifizierenden Abschluss zu verhelfen, wurden auf sämtlichen Bildungsstufen und namentlich an den Nahtstellen Massnahmen zur Förderung der Persönlichkeit und Bildung sowie beratende und begleitende Angebote eingerichtet.
- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche** Die Arbeiten für die Umsetzung des Jugendplatzes auf der Erlenmatt wurden unter Mitwirkung von Jugendlichen weiterentwickelt. Geprüft wurde zudem die Möglichkeit, auch ein Angebot für den Trendsport als Ersatz für den Wegfall des „Pumpwerks“ einzuplanen.
- **Öffnung der Berufswahl** Im Mittelpunkt stand der Kurzfilm „no limits!“, der einen Fachmann Betreuung und eine Automechanikerin porträtiert. Ein 20-sekündiger Clip machte ab Dezember 2013 in den Basler Pathé-Kinos auf das Programm „Öffnung der Berufswahl“ aufmerksam. Weiterhin sind junge Menschen mit geschlechtsuntypischen Berufen als Botschafterinnen und Botschafter in den Schulen und das Pixi-Büchlein „Theatertrubel im Kindergarten“ in den Kindergärten im Einsatz. Im Jahr 2013 nahm der Kanton wieder am Nationalen Zukunftstag teil.
- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung** Die Nachholbildung ermöglicht Erwachsenen, den eidgenössisch anerkannten Berufsabschluss nachzuholen. Für das Qualifikationsverfahren im Jahr 2013 waren 199 Personen zugelassen. 153 Personen haben sich zur Prüfung angemeldet, 118 haben sie bestanden.
- **Sprachförderung** Im Hinblick auf die aktuelle Immigration, die neue Schulstruktur und den Integrationsauftrag wird der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache ab Schuljahr 2014/15 an allen Primarschulen angeboten. Seit Sommer 2013 ist die Frühförderung für Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen ein Jahr vor dem Kindergarten obligatorisch. Im Rahmen des Projekts Passepartout beginnt der Französischunterricht im 5. Schuljahr (3.

Klasse der Primarschule), der Englischunterricht im 7. Schuljahr (5. Klasse der Primarschule).

- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten** Schwerpunkt ist die Förderung der Sprachkenntnisse der zugewanderten fremdsprachigen Wohnbevölkerung. Im Jahr 2013 wurden 50 Integrationsprojekte unterstützt und das kantonale Integrationsprogramm KIP vom Regierungsrat gutgeheissen. Neu wurden Neuzugezogene im Anschluss an die Begrüssung im Rathaus zu einer Schiffrundfahrt mit integriertem Infomarkt eingeladen.
- **Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung** Der Kanton investiert beträchtliche Mittel in eine hindernisfreie Stadt. Bei der Zugänglichkeit von Tram und Bus sowie dem Zugang zu öffentlichen Bauten wurden erste Verbesserungen erzielt. Mit der Integration von Kindern mit unterschiedlicher Behinderung in die Regelschule wurde eine wichtige Voraussetzung für eine Berufsbildung und den Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt geschaffen. Im Projekt Behindertenhilfe entschieden sich die Basler Partnerkantone für ein einfaches und praxiserprobtes Bedarfsermittlungsinstrument, das mit neuen Verfahrenselementen ergänzt wird.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen"- Ziele

- **Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.** Der Anteil an erneuerbaren Energien stieg auch im Jahr 2013 weiter an. So wurden 270 neue thermische Solaranlagen und rund 150 neue Photovoltaikanlagen erstellt. Die Wärme aus erneuerbaren Energien wird immer noch hauptsächlich von der Kehrichtverwertungsanlage und seit 2009 vom Holzkraftwerk produziert; die seit 1994 funktionierende Geothermieanlage in Riehen erhöhte zudem die Menge der gelieferten Energie durch eine Netzerweiterung deutlich. Die Erarbeitung einer gemeinsamen Energiestatistik der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft steht kurz vor dem Abschluss.
- **Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.** Im Gebäudebereich besteht nach wie vor grosser Handlungsbedarf für die energetische Sanierung kantonseigener Bauten. Da diese Aufgabe aufwändiger ist als ursprünglich angenommen, bewilligte der Regierungsrat eine zeitliche Verlängerung des Projekts „Klimaneutrale Verwaltung" mit einem Kredit von 33 Mio. Franken. Bei 21 Sanierungen wurden spezielle energetische Massnahmen (wie zusätzliche Dämmungen und Ersatz der Fenster) getroffen und kontinuierlich Energiefragen miteinbezogen. Für die Weiterführung der 2000-Watt-Gesellschaft Pilotregion Basel in den Jahren 2013 bis 2016 bewilligte der Grosse Rat einen neuen Kredit. Die Weiterführung beinhaltet Pilot- und Demonstrationsprojekte in den Bereichen Bauen, erneuerbare Energien und Fahrzeuge. Im Bereich der E-Mobilität wurden Verwaltungsstellen stärker miteinbezogen. Die Einführung eines Mobilitätsmanagements wird im Bau- und Verkehrsdepartement als Pilotbetrieb geprüft.
- **Die räumliche und verkehrliche Entwicklung im Kanton Basel-Stadt folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Raumentwicklung. Sie ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.** Mit dem Agglomerationsprogramm Basel werden Raum- und Verkehrsentwicklung mit den Partnern in der Region aufeinander abgestimmt. Der Bund nahm im Jahr 2013 offiziell Stellung zum Agglomerationsprogramm Basel zweiter Generation. Die Agglomeration brachte sich gemeinsam mit einer abgestimmten Stellungnahme in die Vernehmlassung ein. Zur Intervention Anlass gaben insbesondere die geringe Berücksichtigung von grenzüberschreitenden Projekten wie die Verlängerung der Tramlinie 3 nach St-Louis, die Langsamverkehrsmassnahmen im deutschen Agglomerationsbereich und das geplante Herzstück für die Regio-S-Bahn. Die verbesserte Koordination von Strukturen für den öffentlichen Verkehr, von Veloförderung sowie von Grünräumen führen zu einer nachhaltigen Raumentwicklung innerhalb des Siedlungsgebiets. Hier sind die Voraussetzungen für umweltfreundliche Mobilität grundsätzlich sehr gut.

- **Verkehrslärm und -immissionen werden verringert.** Die Senkung der Geschwindigkeit und verkehrsberuhigende Massnahmen tragen generell zur Verringerung von Verkehrslärm und -immissionen bei. Temporeduktionen wirken sich auch positiv auf die Luftqualität aus, da sie zu einer Verflüssigung des Verkehrs führen. Der Grosse Rat beschloss die weitere Umsetzung des Tempo-30-Konzepts für die Stadt Basel. Weitere Begegnungszonen wurden eingerichtet. Für die Umsetzung des Verkehrskonzepts Innenstadt wurde die Verordnung betreffend die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt vom Regierungsrat beschlossen. Der Kanton wird bei künftigen Standards für die Beschaffung von Linienbussen durch die BVB ein besonderes Augenmerk auf die Umweltemissionen (Lärm, Abgase) legen. Ein Pilotprojekt mit lärmarmem Belag wurde durchgeführt. Das Schallschutzfensterprogramm ist dort abgeschlossen, wo die Alarmwerte überschritten wurden. Auch das Programm betreffend Übernahme von 50% der Kosten bei Immissionsgrenzwertüberschreitungen ist fortgeschritten.
- **Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahresgrenzwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser und anderen Ressourcen umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.** Zum „Aktionsplan gesunde Luft in Wohnquartieren“ wurde eine öffentliche Vernehmlassung durchgeführt. Die Umsetzung der kantonalen Verordnung zum Massnahmenplan Luftreinhaltung, welche durch die Anpassung an den Luftreinhalteplan 2010 eine Verschärfung im Bereich der Emissionsvorschriften erfuhr, hat begonnen. Die Langzeitbelastung von Stickstoffdioxid und Feinstaub nahm tendenziell ab, wobei die Grenzwerte allerdings punktuell an stark verkehrsbelasteten Standorten überschritten werden. Wegen des ausgesprochen warmen Sommers waren höhere Ozonwerte als in den Vorjahren zu verzeichnen. Der Ratschlag betreffend Projektierung der Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG wurde vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rats verabschiedet.
- **Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.** Die Staatsausgaben hielten sich im Total auf stabilem Niveau. Wichtig ist, dass es sich beim Indikator um eine Bruttobetrachtung handelt, die keine Einnahmen abbildet. Der Aufwand steigt hauptsächlich wegen der Gesundheits- und Sozialkosten wie Prämienverbilligung, Sozialhilfe und der Pflegeheimfinanzierung, aber auch wegen höheren Bildungskosten und den wieder steigenden Beiträgen für den Ressourcenausgleich stärker an als der Ertrag. Die für die kommenden Jahre geplanten, hohen Investitionen tragen einerseits zur Steigerung der Standortattraktivität bei. Sie führen andererseits jedoch dazu, dass die Nettoschulden wieder deutlich ansteigen. Aufgrund gewisser Unsicherheiten bezüglich der Auswirkungen der Pensionskassen-Gesetzesrevision oder der Unternehmenssteuerreform III ist bei den anstehenden Investitionen eine klare Priorisierung angezeigt.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die «2000-Watt-Gesellschaft» als Leitmotiv** Die vom Grossen Rat im Januar 2013 bewilligten elf Projekte für die Weiterführung der 2000-Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel sind gestartet. In verschiedenen Bereichen wurden bereits Industriepartner und private Umsetzer gefunden. Die „Klimaneutrale Verwaltung“ unterstreicht die Vorbildrolle des Kantons im Bereich Bauen. Bei allen Um- und Neubauten wird konsequent das Energiethema einbezogen.

- **Nachhaltige Raum- und Verkehrsentwicklung** Die kantonalen sowie regionalen Planungsintensionen gemäss Agglomerationsprogramm, kantonalem Richtplan sowie Zonenplanrevision steuern das Wachstum der Region Basel nachhaltig. Die verkehrlichen Auswirkungen auf Landschaft und Siedlung werden mit einem starken Verbund von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr sowie Fuss- und Fahrradverkehr bewältigt und zwar in Kombination mit einer Siedlungsstruktur mit kurzen und direkten Wegen.

- **Lärmschutz gewährleisten** Durch Temporeduktionen, mit dem Einbau von Flüsterbelag und Massnahmen wie Schallschutzfenstern und Lärmschutzwänden wird der Strassenlärm deutlich reduziert. Die Umsetzung

weiterer Tempo 30-Abschnitte und -Zonen ist in Planung. Unmittelbar nach dem Einbau eines lärmarmen Belags der neuesten Generation im Morgartenring wurde der Schallpegel um vier bis sechs Dezibel reduziert, womit die Immissionsgrenzwerte unterschritten sind. Ob dies dauerhaft so bleibt, zeigt das jährliche Monitoring. Im Jahr 2013 wurden 42 Gebäude mit Schallschutzfenstern ausgerüstet (2012: 89).

- **Luftbelastung vermindern** Die im Rahmen des Aktionsplans „Gesunde Luft in Wohnquartieren" erarbeiteten Verkehrsmassnahmen wurden in eine Vernehmlassung bei Verbänden und politischen Parteien gegeben. Die Stellungnahmen fielen sehr kontrovers aus; die Massnahmen wurden von „unverhältnismässig" bis „unzureichend" beurteilt. Die Massnahmen wurden Ende 2013 vom Regierungsrat genehmigt. Die Verordnung zum Luftreinhalteplan wurde angepasst; die Umsetzung der neuen Massnahmen hat begonnen.
- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Zur Verbesserung der Stromgewinnung wurde in der Kehrichtverbrennungsanlage eine Niederdruckdampfturbine in Betrieb genommen. Rund die Hälfte aller Siedlungsabfälle wird der Wiederverwertung zugeführt. Die Industrie- und Gewerbebetriebe werden bei der Abfallentsorgung beraten. Der Pilotversuch in der Stadt Basel zur Verwertung von Biomasse aus Haushalten in „Bioklappen" war erfolgreich; die Weiterführung ist eingeleitet. In den Gemeinden Riehen und Bettingen werden biogene Reststoffe bereits seit 2008 flächendeckend gratis eingesammelt und der Vergärungsanlage in Pratteln zugeführt.
- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Im Jahr 2013 lagen die Nettoinvestitionen, ohne Übertragung von Anlagen, bei 270 Mio. Franken und damit 61 Mio. Franken über dem Vorjahr. Der Regierungsrat hat seine restriktive Ausgabenpolitik weiterverfolgt. Die Investitionen konnten mit eigenen Mitteln finanziert werden, und so sank die Nettoschuldenquote von 3.5‰ auf 3.4‰.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit"- Ziele

- **Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.** Gemäss der Bevölkerungsbefragung 2011 nahm das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung leicht ab; es bewegt sich aber mit 92.9% der Bevölkerung, die sich im Alltag sicher fühlen, auf hohem Niveau. Mit 78.9% um 3.6 Prozentpunkte höher als in der Umfrage 2007 ausgefallen ist der Anteil jener, die sich mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden zeigt. Mit 128.3 Straftaten pro 1'000 Einwohner im Jahr 2013 liegt Basel bei der Häufigkeit am unteren Rand der Städte und urbanen Zentren. Die Stadt Lausanne liegt mit einer Häufigkeit von 208.9 an der Spitze – vor den Städten Bern (167.7), Genf (160.1) und Zürich (137.7). Gesamtschweizerisch beträgt die Häufigkeit 71.5. Die für das Sicherheitsempfinden wichtigen Zahlen zu Gewaltstraftaten (- 2%) und Einbrüchen (- 21%) sind im Jahr 2013 gemäss Polizeilicher Kriminalstatistik gesunken. Dies lässt sich nicht nur, aber auch auf die Akzentsetzungen in der täglichen Arbeit von Polizei und Strafverfolgungsbehörden zurückführen.
- **Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, so dass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.** Die Ausgaben für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV befinden sich in stetigem Aufwärtstrend, auch weil Sparmassnahmen in den Sozialversicherungen durch vermehrte Ergänzungsleistungen ausgeglichen werden. Soziodemografische Faktoren wie tiefe Renten und später Zuzug in die Schweiz sowie steigende Gesundheits- und Lebenskosten erklären teilweise die Erhöhung der Ergänzungsleistungen, deren Umfang vom Bundesrecht festgelegt wird. Zu beachten ist zudem die Auswirkung der erhöhten Lebenserwartung und der damit einhergehende längere Leistungsbezug. Das Angebot an niederschwelligen Arbeitsplätzen in Basel sowie dem angrenzenden Umland sinkt stetig. Der Arbeitsmarkt für niedrigqualifizierte wird damit immer kleiner. Ebenfalls werden bisherige Massnahmen wie Passage-Angebote und Arbeitsintegrationsprojekte evaluiert.
- **Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.**

Mit seinen medizinischen Angeboten übernimmt der Kanton eine Zentrumsfunktion für die umliegenden Kantone und das grenznahe Ausland. Deshalb übersteigt das Gesamtangebot den Eigenbedarf und stellt die Grundversorgung bis hin zur hochspezialisierten Medizin zur Verfügung. Der Kanton weist die höchsten Krankenkassenprämien aus, was insbesondere auf die in der Schweiz einzigartige rein städtische Siedlungsstruktur zurückzuführen ist. Der Regierungsrat beantragte dem Grossen Rat eine Ausformulierung der Volksinitiative „Bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt“ und legte gleichzeitig einen ausführlichen Grundlagenbericht zu Fakten und Finanzierung des Gesundheitswesens des Kantons Basel-Stadt vor.

- **Die Verkehrssicherheit im Kanton Basel-Stadt ist hoch. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen wird bis zum Jahr 2020 auf Basis der Unfallstatistik BS 2011 um 30 Prozent gesenkt.** Die Zufriedenheit der Baslerinnen und Basler mit der Verkehrssicherheit ist mit 84.7% hoch. Dies geht aus der Bevölkerungsbefragung 2011 hervor. Vier Jahre zuvor lag der Wert bei 81.2%. Im Jahr 2013 sind 397 Personen bei Verkehrsunfällen verletzt worden. Diese Zahl ist grösser als jene in der Unfallstatistik 2012 (302 Personen). Diese Erhöhung geht auf die Zunahme der rapportierten Verkehrsunfälle zurück (2013: 1029; 2012: 898). Als weitere Massnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit begann die Kantonspolizei im Herbst 2012, bei Unfällen verstärkt zu rapportieren. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen lässt sich aufschlüsseln in 315 (2012: 221) Leichtverletzte und 82 (81) Schwerverletzte. Im vergangenen Jahr starben zwei (5) Personen bei Verkehrsunfällen.

- **Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Sinne einer modernen Gesundheitspolitik für Erhalt und Förderung der Gesundheit von Mensch und Tier ein, sorgt für einen starken Konsumentenschutz und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.** Die Kantonsbevölkerung wurde mit spezifischen Schwerpunktkampagnen zu den Themen „Gesundes Körpergewicht“, „Suchtprävention“, „Migration und Gesundheit“, „Alter und Gesundheit“, „Gesundheitsförderung im Frühbereich“ und „Psychische Gesundheit“ aktiv unterstützt. Zum Präventionsschwerpunkt „Krebsvorsorge“ verabschiedete der Grosse Rat die Einführung eines Mammografie Screening Programms. Die ersten Frauen werden Anfangs 2014 zur freiwilligen systematischen Mammografie eingeladen. Im Bereich der „Neuen Abhängigkeitserkrankungen“ (Spielsucht, Internetsucht) wurde die Bevölkerung durch die Lancierung verschiedener Aktionen sensibilisiert. Mit der Veröffentlichung des Jahresberichts Gesundheits- und Konsumentenschutz wurde der Kantonsbevölkerung das Arbeiten nach dem OneHealth-Prinzip näher gebracht. Im Gesundheitsschutz gilt es, die Risiken für Mensch, Tier und Umwelt rechtzeitig zu erkennen und wirksame Strategien zu erarbeiten.

- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.** Im letzten Jahr wurde zweimal der Anerkennungspreis „Prix schappo“ an freiwillig engagierte Projekte bzw. Gruppen verliehen. Am 5. Dezember verdankte der Regierungsrat zum Internationalen UNO-Tag der Freiwilligen all jene, die sich für das Wohlergehen unserer Gesellschaft freiwillig einsetzen. Die vom Kanton organisierten Fachtagungen zur Weiterbildung von Vereinsvorständen werden auch in Zukunft angeboten. Nächstes Jahr wird im Rahmen des Schwerpunkts Stadtentwicklung Gundeli Plus erstmals das freiwillige Engagement in einem definierten Lebensraum untersucht. Der Auftakt fand im Herbst 2013 mit zwei interaktiven Stadtspaziergängen zum Thema Freiwilligenarbeit im Gundeldingerquartier statt.

- **Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.** Aufgrund einer geringeren Nettoproduktion an Wohnungen und einer gleichzeitig gestiegenen Nachfrage ging im Jahr 2013 die Leerstandquote auf 0.3% zurück. Dem unterschiedlichen Bedarf an Wohnraum wird über die Bebauungsstruktur in der Nutzungsplanung entgegengekommen. So sieht der Entwurf des revidierten Zonenplans in den Entwicklungsgebieten unterschiedliche Bebauungstypen vor, die verschiedenen Nachfragesegmente entsprechen.
  Die erste vollbehindertengerechte Tramhaltestelle wurde in Betrieb genommen. Planungen und Vorarbeiten zur Umsetzung des Behindertengesetzes im Bereich der Mobilität wurden vorgenommen. Im Jahr 2013 wurde erneut eine Kampagne „Fair im Verkehr“ umgesetzt.
  Das Polizeicorps wurde im Rahmen der bis 2015 vorgesehenen Erhöhung um insgesamt 45 Stellen um zwölf Stellen aufgestockt.

Die Tagesstrukturen und -betreuung wurden weiter ausgebaut. Der Betreuungsindex bei der Tagesbetreuung hat sich zwischen den Jahren 2011 und 2012 von 34% auf 40% erhöht. Die hohe Nachfrage konnte bislang gedeckt werden. Mittel- und längerfristig zeichnen sich beim Ausbau Herausforderungen bei der Suche nach passenden Räumlichkeiten sowie bei der Rekrutierung von Fachkräften ab.
Mit der Umsetzung der vom Regierungsrat genehmigten Altersleitlinien Basel 55+, der Umsetzung der nationalen Demenzstrategie sowie der nationalen Palliativstrategie werden demografische Entwicklungen im Bereich Gesundheit antizipiert.

- **Das Elementarschadenrisiko ist bekannt und wird präventiv weitestgehend reduziert.** Das Erdbebenrisiko stellt im Kanton die Naturgefahr mit dem voraussichtlich grössten Schadensausmass dar. Um das Erdbebenrisiko nachhaltig anzugehen, initiierte der Kanton mehrere Projekte. Zum einen ist die Erdbebentüchtigkeit fester Bestandteil der Bau- und Planungsverordnung, und deren Einhaltung wird strichprobenartig überprüft. Zum anderen hat das gemeinsam mit dem Schweizerischen Erdbebendienst betriebene Forschungsprojekt „Erdbebenvorsorge Basel-Stadt (2012-2015)“ unter anderem zum Ziel, eine Methode zur Echtzeitprognose von Erdbeben zu entwickeln und Schadenszenarien für ausgewählte Gebäudetypen (Schulhäuser des Kantons) zu ermitteln. Des Weiteren wird die Erdbebenertüchtigung der Lifeline-Gebäude laufend vorangetrieben.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung von Brennpunkten und gezielter Ausbau der Prävention** Seit Ende Mai 2013 steht die erste von geplanten drei Gruppen des Einsatzelements „Brennpunkte“ mit 14 Mitarbeitenden im Einsatz, seit Dezember auch die zweite. Diese bearbeiten – zeitlich, örtlich und deliktisch – polizeiliche Schwerpunkte. Die erhöhte sichtbare Präsenz führte unter anderem im Bereich zwischen der Heuwaage und dem Barfüsserplatz bereits zu ersten sowohl präventiven als auch repressiven Erfolgen.

- **Zusätzliche Strafvollzugs- und Haftplätze** Die Bauarbeiten für die Zusatzstation im Untersuchungsgefängnis Waaghof mit neun Haftplätzen wurden im Herbst 2013 in Angriff genommen. Die Projektierung für den Anbau beim Gefängnis Bässlergut mit zusätzlichen Haftplätzen für den Strafvollzug schreitet ebenfalls voran. Anfang 2014 wird das Submissionsverfahren zum Vorprojekt eröffnet. Als Sofortmassnahme wurde die kantonale Kapazität für Untersuchungshaft und Strafvollzug durch Provisorien und Notbetten um rund 90 Plätze erhöht.

- **Zugang zu Notwohnungen** Der Kanton verfügt über einen Bestand von 99 Notwohnungen. Die Mietverhältnisse werden häufig verlängert, da in der vorgegebenen Frist keine anderweitige Lösung gefunden wird. Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt und die permanent hohe Auslastung der Notwohnungen werden in den nächsten Jahren durch den Ausbau bestehender Liegenschaften mit 50 zusätzlichen Notwohnungen entschärft. Auch wird die im neuen Gesetz über die Wohnraumförderung enthaltene Vorgabe zur Bereitstellung von günstigem Mietwohnraum für besonders benachteiligte Personen mithelfen, zusätzlich benötigte Wohnungen zu erwerben.

- **Sicherung und Überprüfung von Qualität, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung** Im Rahmen des Qualitätsmonitorings in den baselstädtischen Spitälern wurde das Projekt Schnittstellenmanagement lanciert, um für Patienten möglichst reibungslose Übergänge von Hausarzt zu Spital, von Spital zur Rehabilitationsklinik und/oder Spitex oder ins Pflegeheim sicherzustellen. Die Wirtschaftlichkeit der Spitäler kann laufend besser analysiert werden, da die einzelnen Kostenträgerrechnungen nun eine akzeptable Aussagekraft besitzen. Die Bedarfsgerechtigkeit der Gesundheitsversorgung wird weiterhin durch eine rollende Spitalplanung sichergestellt, um möglichst zeitnah Unter- oder Überversorgungssituationen zu korrigieren.

- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien** Im Jahr 2013 bezogen 28% der Versicherten im Kanton Prämienverbilligung (PV). Der moderate Prämienanstieg wurde wie in den Vorjahren durch eine entsprechende Erhöhung der PV abgefedert. Der Regierungsrat überwies dem Grossen Rat einen Vorschlag

zur Ausformulierung der kantonalen Volksinitiative für „bezahlbare Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt“, zusammen mit einem Grundlagenbericht zu Fakten und Finanzierung des Gesundheitswesens.

- **Verkehrssicherheitsplan** Im Jahr 2013 wurde das Grobkonzept für einen Verkehrssicherheitsplan erstellt. Dieser Plan, der die Verkehrssicherheit im Kanton abbildet, soll laufend aktualisiert werden und den Bedürfnissen der schwächeren Verkehrsteilnehmenden noch besser Rechnung tragen.
- **Sicherheitsmanagement für die Strasseninfrastruktur** Die Anwendung der Qualitätsinstrumente zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wurde gestartet, namentlich „Road Safty Inspection“ (Überprüfung bestehender Strassen oder Strassenabschnitte auf Sicherheitsmängel) und „Road Safty Audit“ (Sicherheitsbeurteilung während aller Projektphasen bei neuen Strasseninfrastrukturen).
- **Gesundheitsförderung und Prävention** Bei der Umsetzung des Konzepts Gesundheitsförderung und Prävention wurden in den Themenfeldern psychische Gesundheit, gesundes Körpergewicht, Migration und Gesundheit, Alter und Gesundheit sowie Suchtprävention (Alkohol, Tabak, Verhaltensabhängigkeiten) wichtige Schritte in der Umsetzung der Schwerpunktprogramme erzielt. Neu werden die Programme unter www.gesundheit.bs.ch ausführlich beschrieben.
- **Sicherheit bei Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen, Industrieanlagen und Verkehrswegen** Die Monitoringtätigkeiten im Bereich Hygieneüberwachung, Allergenkennzeichnung, radioaktive Hintergrundbelastung, Sicherheit in störfallrelevanten Industrieanlagen und auf Verkehrswegen sowie Überwachung der Verbreitung gentechnisch veränderter Organismen werden wahrgenommen. Sie geben Hinweise auf das Verhalten von Produzenten, Importeuren und Detaillisten und zeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Darüber wird fortlaufend in einem Newsletter berichtet.
- **Konsumentenschutz** Im Aufgabenfeld Konsumentenschutz werden jährlich unangemeldet rund 1‘100 Inspektionen von Lebensmittelbetrieben, 100 Betriebshygienekontrollen und Screenings sowie Fleischuntersuchungen bei Schlachttieren durchgeführt. Zudem werden Baubegehren geprüft und Bauabnahmen vorgenommen. Zur Unterstützung der Betriebe wurde das Selbstkontrollkonzept sowie zehn Merkblätter überarbeitet und zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen 16 Untersuchungskampagnen bei Antiaging-Produkten, Kosmetika oder Kinderspielzeugen.
- **Strategie Sucht** Für Jugendliche mit Alkoholintoxikation wurde in den Notfallstationen der Spitäler beider Basel ein Pilotprojekt gestartet. Bezüglich Internet- und Glücksspielsucht erfolgten weitere Sensibilisierungskampagnen. Im November 2013 wurde die neue K+A Dreispitz in Betrieb genommen.
- **Krebsstrategie** Als erste Massnahme bei der Umsetzung der Krebsstrategie wird die systematische Brustkrebsvorsorge eingeführt. Dazu wurde im Jahr 2013 das Programm weitgehend aufgebaut. Zudem wurde ein Grobkonzept zur kantonalen Umsetzung der Nationalen Krebsstrategie erarbeitet. Die Detailausarbeitung des Konzepts läuft.
- **Palliative Care** Bei der Versorgung der baselstädtischen Bevölkerung mit Palliative Care wurden wichtige Meilensteine erreicht. Ab Dezember 2013 nehmen die Anlauf- und Koordinationsstelle sowie die mobilen Palliative-Care-Teams ihre operative Arbeit auf. Damit werden die im Kanton eruierten Defizite bei der Kommunikation und Koordination von Palliative-Care-Leistungen behoben.
- **Anerkennungspreis schappo für freiwilliges Engagement** Im Jahr 2013 wurde zweimal ein schappo verliehen: Im Mai erhielt der Vorstand des Vereins „Ökostadt Basel“ einen schappo für ihr Engagement für einen wohnlichen und attraktiven Lebensraum; Ende Oktober erhielten die Jugendlichen von „imagine“ einen schappo für ihre Sensibilisierungsarbeit in den Themenbereichen Ausgrenzung und Rassismus. Der Preis wurde jeweils an einer öffentlichen Feier durch den Regierungspräsidenten übergeben.
- **Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement verdanken** Am Internationalen Tag der Freiwilligen (5. Dezember) verdankte der Regierungspräsident das Engagement der freiwillig Tätigen im Kanton. An der Feier nahmen über 800 Personen teil, die Einladungs- und Dankeskarte wurde mit Unterstützung von GGG Benevol, BENEVOL Riehen-Bettingen, Kirchen und Vereinen an die Freiwilligen verteilt.
- **Antizipation der demografischen Entwicklung** Der Bericht „Alterspolitik – Basel 55+“

wurde vom Regierungsrat verabschiedet. Basel 55+ basiert auf den bisherigen Erfahrungen, dem absehbaren demografischen Alterungsprozess und den sich daraus ergebenden Herausforderungen. Aufgrund der Resultate der „Bevölkerungsbefragung 55+“ sowie der externen Vernehmlassung wurden die bisher geltenden Leitlinien bedarfsgerecht angepasst und acht konkrete Handlungsschwerpunkte definiert. Die Gemeinde Riehen reagierte mit einem breit angelegten Projekt „Leben in Riehen – 60plus“ auf den gesellschaftlichen und demografischen Wandel.

- **Gefährdungsanalyse** Die Gefährdungsanalyse des Kantons Basel-Stadt ist in der dritten und letzten Phase. Es geht nun darum, den Umgang mit den in Phase II eruierten Defiziten zu planen (Akzeptanz, Reduktion und Behebung der Defizite). Noch befinden sich 67% der Defizite in Arbeit, 33% wurden bereits erledigt oder mit anderen Defiziten zusammengefasst.
- **Erdbeben- und Elementarschadenvorsorge** Die Umsetzung der Erdbeben- und Elementarschadenvorsorgeaktivitäten wurde an die Hand genommen – allen voran der erarbeiteten Grundlagen für die Baunormen, für die Erdbebenertüchtigung der Lifeline-Gebäude (bspw. Spitäler) und für die Betriebe unter Störfallverordnung.

2.2 Finanzentwicklung

Finanzentwicklung Basel-Stadt

in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Zweckgebundener Betriebsaufwand	**-4'358.0**	**-3'799.8**	**-4'237.2**	**-4'187.1**	**-3'386.5**	**-3'440.4**
Zweckgebundener Betriebsertrag	**1'635.1**	**1'614.4**	**1'807.2**	**1'759.2**	**924.5**	**963.9**
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	**-2'722.9**	**-2'185.4**	**-2'430.0**	**-2'427.9**	**-2'462.0**	**-2'476.5**
30 Personalaufwand	-0.6	-0.6	-0.4	-0.6	0.0	0.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-33.1	-162.5	-205.1	-93.6	-77.0	-49.1
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.1	-0.1	-1.5	-3.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-117.0	-115.0	-115.7	-132.3	-153.1	-172.0
Ressourcenausgleich, Härteausgleich	-116.8	-114.7	-113.2	-131.9	-151.5	-167.5
Übriges	-0.2	-0.3	-2.5	-0.4	-1.6	-4.5
Nichtzweckgebundener Betriebsaufwand	**-150.7**	**-278.2**	**-322.7**	**-229.6**	**-230.1**	**-221.0**
40 Fiskalertrag	2'608.1	2'323.9	2'647.6	2'570.3	2'511.9	2'481.4
Direkte Steuern natürliche Personen	1'556.9	1'511.0	1'751.4	1'689.4	1'716.5	1'611.7
Direkte Steuern juristische Personen	935.2	700.6	770.8	733.4	638.8	678.5
Übrige direkte Steuern	115.9	112.3	125.4	147.4	156.6	191.2
41 Regalien und Konzessionen	44.3	43.8	43.5	44.1	16.4	15.7
Anteil Nationalbankgewinn	42.0	41.5	41.2	41.0	16.4	15.6
Übriges	2.3	2.3	2.3	3.1	0.0	0.0
42 Entgelte	14.5	13.3	16.1	17.4	0.0	4.3
43 Verschiedene Erträge	0.7	50.9	206.5	0.3	49.0	0.3
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	278.1	235.7	203.2	228.4	226.5	247.2
Anteile direkte Bundessteuer	205.5	182.1	152.3	174.8	168.0	186.1
Soziodemografischer Lastenausgleich	47.2	48.5	46.3	47.1	51.4	52.8
Übriges	25.3	5.1	4.7	6.5	7.1	8.3
Nichtzweckgebundener Betriebsertrag	**2'945.7**	**2'667.6**	**3'117.0**	**2'860.6**	**2'803.9**	**2'748.8**
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	**2'795.0**	**2'389.4**	**2'794.2**	**2'631.0**	**2'573.9**	**2'527.8**
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-169.0	-156.4	-193.1	-155.5	-114.5	-161.1
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.5
365 Wertberichtigung Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.3
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-19.6	-16.8	-18.9	-16.8	-5.8	-9.3
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	8.6
Abschreibungen	**-188.6**	**-173.2**	**-212.1**	**-172.3**	**-120.4**	**-174.7**
Betriebsergebnis	**-116.5**	**30.7**	**152.2**	**30.8**	**-8.5**	**-123.4**
34 Finanzaufwand	-182.1	-95.1	-111.0	-78.7	-109.8	-176.1
Zinsaufwand	-108.3	-79.1	-75.5	-70.4	-58.6	-59.9
Liegenschaftsaufwand FV und Dritte	0.0	0.0	0.0	-1.1	-16.4	-41.0
Übriges	-73.8	-16.0	-35.6	-7.3	-34.8	-75.2
44 Finanzertrag	358.5	290.5	236.3	265.3	301.4	384.9
Zinsertrag	5.6	1.1	1.1	0.7	5.5	20.2
Finanzertrag öffentliche Unternehmungen	142.3	131.6	95.7	106.7	91.5	103.7
Liegenschaftsertrag FV und Dritte	105.0	109.5	107.2	116.1	133.8	138.2
Übriges	105.7	48.2	32.3	41.8	70.6	122.9
Finanzergebnis	**176.5**	**195.4**	**125.3**	**186.5**	**191.6**	**208.8**
Gesamtergebnis	**59.9**	**226.2**	**277.5**	**217.3**	**183.0**	**85.4**

Kommentar

Für das Vorjahr (2012) erfolgte ein Restatement (Umbewertung, Umgliederung), zwecks Vergleichbarkeit zum Berichtsjahr. Für die Rechnungsjahre 2008 bis 2011 wurde kein Restatement vorgenommen.

Finanzentwicklung HRM2

in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
30 Personalaufwand	-1'614.2	-1'695.7	-1'718.9	-1'892.7	-1'098.2	-1'126.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'315.1	-783.6	-1'206.2	-781.6	-478.1	-451.0
33 Abschreibungen VV	-176.9	-163.7	-199.9	-163.0	-119.0	-166.0
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-106.5	-73.3	-66.9	-74.1	-39.4	-0.2
36 Transferaufwand	-1'272.3	-1'296.8	-1'341.2	-1'401.7	-1'762.3	-1'859.7
Betriebsaufwand	**-4'485.0**	**-4'013.2**	**-4'533.0**	**-4'313.1**	**-3'497.0**	**-3'602.9**
40 Fiskalertrag	2'639.8	2'355.4	2'679.1	2'601.9	2'511.9	2'481.4
41 Regalien und Konzessionen	44.3	43.8	43.5	44.2	16.5	33.4
42 Entgelte	1'013.8	1'009.8	1'043.4	1'116.3	387.7	419.0
43 Verschiedene Erträge	75.3	72.0	388.0	16.2	53.6	15.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	12.3	10.2	11.3	14.2	18.8	0.2
46 Transferertrag	583.0	552.7	520.0	551.0	500.0	530.5
Betriebsertrag	**4'368.5**	**4'043.9**	**4'685.3**	**4'343.9**	**3'488.4**	**3'479.4**
Betriebsergebnis	**-116.5**	**30.7**	**152.2**	**30.8**	**-8.5**	**-123.4**
34 Finanzaufwand	-182.1	-95.1	-111.0	-78.7	-109.8	-176.1
44 Finanzertrag	358.5	290.5	236.3	265.3	301.4	384.9
Finanzergebnis	**176.5**	**195.4**	**125.3**	**186.5**	**191.6**	**208.8**
Gesamtergebnis	**59.9**	**226.2**	**277.5**	**217.3**	**183.0**	**85.4**

Kommentar

Für das Vorjahr (2012) erfolgte ein Restatement (Umbewertung, Umgliederung), zwecks Vergleichbarkeit zum Berichtsjahr. Für die Rechnungsjahre 2008 bis 2011 wurde kein Restatement vorgenommen.

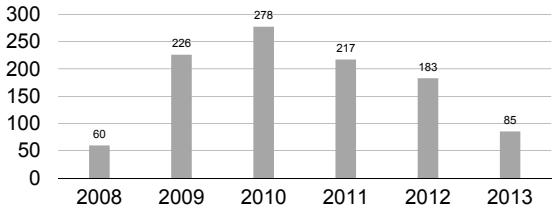
Finanzierungsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Gesamtergebnis	**59.9**	**226.2**	**277.5**	**217.3**	**183.0**	**85.4**
- Abschreibung Grossinvestitionen	-169.0	-156.4	-193.1	-155.5	-114.5	-161.1
- Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-4.5	-4.9
- Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-19.6	-16.8	-18.9	-16.8	-5.8	-9.3
- Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	8.6
-/+ Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-11.9
-/+ Veränderungen Eigenkapital	-62.9	-81.3	-476.3	-36.2	-61.9	-0.2
Selbstfinanzierung	**311.4**	**480.7**	**965.9**	**425.8**	**369.7**	**264.2**
Nettoinvestitionen	-233.3	-241.7	-254.6	-277.5	-209.1	-156.6
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	2.5	0.2	-38.9	-48.9	-363.8	-91.0
Saldo Investitionsrechnung	**-230.7**	**-241.5**	**-293.5**	**-326.4**	**-572.8**	**-247.6**
Finanzierungssaldo	**80.7**	**239.2**	**672.5**	**99.4**	**-203.1**	**16.6**
Selbstfinanzierungsgrad in %	**135.0**	**199.0**	**329.1**	**130.4**	**64.5**	**106.7**
Nettoschulden	**-2'720.9**	**-2'481.6**	**-1'809.2**	**-1'709.8**	**-2'050.8**	**-2'034.2**
Nettoschuldenquote in ‰ BIP Schweiz	4.8	4.5	3.2	2.9	3.5	3.4

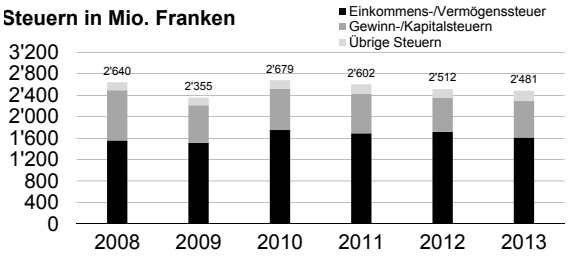
Kommentar

Für das Vorjahr (2012) erfolgte ein Restatement (Umbewertung, Umgliederung), zwecks Vergleichbarkeit zum Berichtsjahr. Für die Rechnungsjahre 2008 bis 2011 wurde kein Restatement vorgenommen.

Gesamtergebnis in Mio. Franken



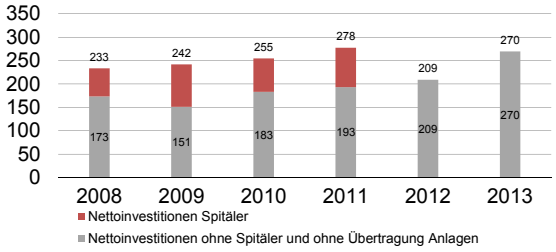
Steuern in Mio. Franken



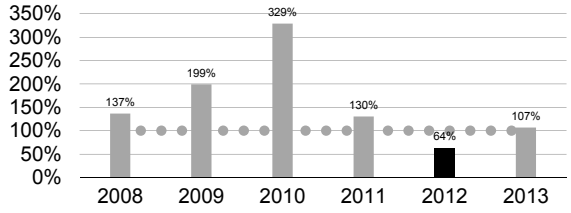
Die Entwicklung der Finanzen über einen längeren Zeitraum verdeutlicht, dass sich der Kanton Basel-Stadt in einer robusten Verfassung befindet: Seit geraumer Zeit ist der Ertrag grösser als der Aufwand und das Gesamtergebnis damit positiv. Ursächlich für diese stabile finanzielle Situation ist in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung: Der Kanton war im Vergleich zu anderen Kantonen der Schweiz weitaus weniger betroffen von der weltweiten Finanzkrise, die im Jahre 2007 begann und sich heute in einer Schuldenkrise vieler Länder manifestiert.

Die Steuereinnahmen insbesondere auch der juristischen Personen gingen zwar im Rechnungsjahr 2009 aufgrund der Steuersenkung im Steuerjahr 2008 und dem Tiefpunkt im Konjunktureinbruch zurück. Aber bereits im Jahre 2010 lagen die Steuereinnahmen schon wieder über dem Niveau des Rechungsjahrs 2008. Seit der Rechnung 2010 sind die Steuereinnahmen wieder leicht rückläufig, liegen aber nach wie vor über dem tiefsten Einbruch im Rechnungsjahr 2009 und weit über Werten, die in den Boomjahren vor der Finanzkrise zu verzeichnen waren.

Nettoinvestitionen in Mio. Franken

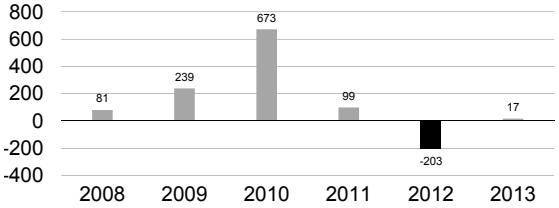


Selbstfinanzierungsgrad

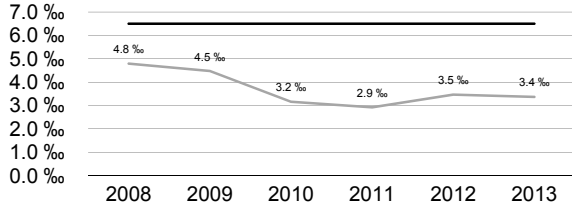


Die Nettoinvestitionen (seit 2012 ohne Spitäler) nahmen in den Jahren 2008 bis 2013 stetig zu. Diese Investitionen konnten aber mit Ausnahme des Jahres 2012 im Betrachtungszeitraum stets aus eigenen Mitteln finanziert werden. Im Jahre 2012 belief sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 64%. Verantwortlich dafür ist die Ausgliederung der Spitäler, in dessen Zusammenhang eine buchhalterische Änderung dazu führte, dass sich der Saldo der Investitionsrechnung erhöhte. Der Selbstfinanzierungsgrad belief sich abgesehen von 2012 stets über 100%.

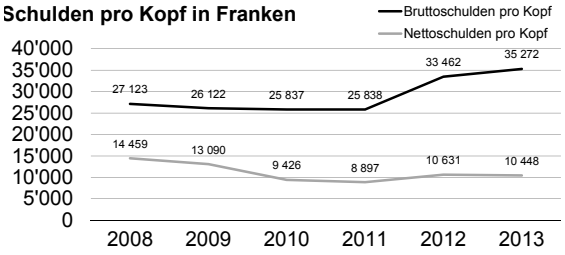
Finanzierungssaldo in Mio. Franken

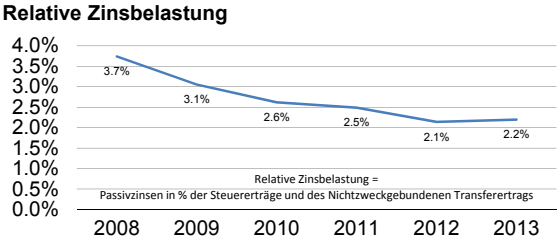


Nettoschuldenquote



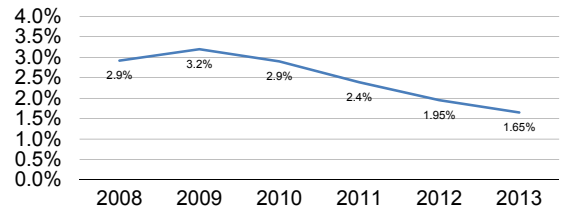
Trotz des negativen Finanzierungssaldo im Jahre 2012 konnten die Nettoschulden seit 2008 um 687 Millionen Franken abgebaut werden. Dieser deutliche Schuldenabbau widerspiegelt sich auch im Rückgang der Nettoschuldenquote, die sich im Vergleich zum Jahre 2008 um 1.4 Promillepunke auf 3.4 ‰ verringert hat. Die Nettoschuldenquote lag im Betrachtungszeitraum ausnahmslos unter der heute maximal zulässigen Verschuldung von 6.5 ‰ des Schweizerischen Bruttoinlandprodukts.

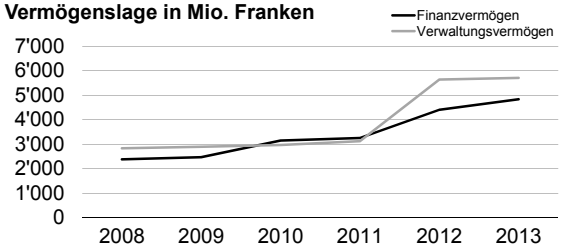




Pro Kopf liegen die Nettoschulden mit 10'448 Franken um 28% tiefer als 2008 mit 14'459 Franken. Bei den Bruttoschulden wirkt sich ab 2012 die neue Rechnungslegung gemäss HRM2 aus, die zu einer deutlichen Verlängerung der Bilanz geführt hat und dementsprechend auch zu höheren Bruttoschulden pro Kopf.

Die relative Zinsbelastung, das heisst das Verhältnis der Ausgaben für die Inanspruchnahme fremder Mittel zu den Steuererträgen und Beiträgen ohne Zweckbindung, nahm seit 2008 um 1.5 Prozentpunkte ab und beläuft sich im vergangenen Rechnungsjahr auf 2.2%. Das ist auf den deutlichen Schuldenabbau seit 2008 und die historisch tiefen Zinsen zurückzuführen. Auch die Durchschnittszinssätze der konsolidierten Schulden haben gegenüber 2008 abgenommen, wofür ebenso die derzeitig tiefen Zinsen verantwortlich sind. So wurden Schulden, die mit höheren Zinsen als der aktuelle Marktzins zurückbezahlt wurden, zu tieferen Zinssätzen wieder aufgenommen.





Mit der Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 hat sich die Bilanz ab 2012 (restatet) insgesamt um über 3.3 Milliarden Franken verlängert. Auf der Aktivseite hat dabei hauptsächlich das Verwaltungsvermögen zugenommen. Die Zunahme im Finanzvermögen ist hauptsächlich durch eine verstärkte Bruttobetrachtung bei den Steuerforderungen zurückzuführen, die aber durch eine erhöhte Passivierung durch Steuervorauszahlungen weitgehend kompensiert wird, so dass sich die Nettoschulden dadurch nur unwesentlich ändern.

2.3 Entwicklung der Departemente

2.3.1 Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement (PD) koordiniert die Entwicklungsplanung von Stadt und Kanton. Zudem pflegt das Departement die regionalen, grenzüberschreitenden sowie internationalen Beziehungen, sorgt für die Vermarktung des Kantons sowie die Stärkung Basels als Veranstaltungsort, erhebt und analysiert statistische Daten und ist für gesamtgesellschaftliche sowie kulturelle Belange verantwortlich. Das Präsidialdepartement unterstützt das Regierungspräsidium bei der Leitung, Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums sowie bei seinen Repräsentationsaufgaben. Die Abteilungen des Präsidialdepartements sind für die Durchführung kantonaler Querschnittsprojekte verantwortlich und pflegen die Zusammenarbeit mit den Departementen und diversen Anspruchsgruppen.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Marketing-Auftritte im In- und Ausland Im Sinne einer Charme-Offensive auf nationaler Ebene hat sich Basel an publikumswirksamen Messen wie der OLMA und dem Comptoire präsentiert. Entsprechend der strategischen Zielsetzung „Put Basel on the map“ sind neben den bedeutenden europäischen Zielmärkten, allen voran Deutschland, Frankreich, Italien und UK, sowie den USA zusätzliche Marketing-Anstrengungen in China und Russland unternommen worden. Hierbei standen eine Bekanntheitssteigerung sowie positive Imageveränderung im Vordergrund.

Strategische Kooperationen Der Kanton Basel-Stadt hat die formelle Beziehung zu Massachusetts im Bereich Wirtschaft und Bildung weiterentwickelt. Die Städtepartnerschaft mit Shanghai ist im Rahmen von konkreten Umsetzungsprogrammen in den Bereichen Bildung, Spitzenmedizin, Wirtschaft und Kultur konkretisiert worden und hat mit der Eröffnung des Confucius Institute of the University of Basel (CIUB), dem CAS-Manageraustauschprogramm der FHNW sowie der China Business Plattform eine breite Verankerung erreicht. Seit 2011 pflegt Basel zudem eine Städtepartnerschaft mit Miami Beach, welche in direktem Zusammenhang mit den Kunstmessen Art Basel und Art Basel Miami Beach steht.

Regionale, trinationale und nationale Zusammenarbeit Auf regionaler Ebene konnte mit der Stärkung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und der Lancierung der Metropolitankonferenz Basel eine Bündelung der Kräfte erreicht werden. Hierzu beigetragen hat auch eine Straffung der Strukturen bei den bestehenden Gremien, welche bei der trinationalen Zusammenarbeit zu einer Stärkung des Trinationalen Eurodistrict Basel, der Oberrheinkonferenz sowie der Trinationalen Metropolitanregion Oberrhein geführt hat. Auf nationaler Ebene wurde die Institutionalisierung der Interessensvertretung in Bundesbern erreicht.

Stärkung des Veranstaltungsortes Basel Eine Überprüfung der Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsortes Basel hat zu konkreten Vorschlägen hinsichtlich einer Attraktivitätssteigerung geführt. Mit einer neuen Gebühren- und Kostenerlassregelung, einem neuen Konzept zur Stärkung der Kongressstadt Basel sowie einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Infrastrukturbetreibern, Veranstaltern und Behörden ist die Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsorts Basel gestärkt worden. Hierzu haben nicht zuletzt auch die Investitionen in die Infrastruktur beigetragen, welche mit der Sanierung der St. Jakobshalle eine Fortsetzung finden werden.

Attraktivitätssteigerung der Basler Messen und Märkte Mit dem neuen Herbstmessegesetz ist eine gesetzliche Grundlage für die alljährliche Durchführung der Basler Herbstmesse geschaffen worden. Nach der Fertigstellung des Messehallenneubaus hat die Basler Herbstmesse mit einem neuen Platzierungskonzept auf dem Messeplatz und der neuen Hallenmesse in der Halle 3 ihre neue Form gefunden. Der Basler Weihnachtsmarkt hat mit dem zusätzlichen Marktangebot auf dem Münsterplatz eine attraktive Erweiterung des bestehenden Angebotes auf dem Barfüsserplatz gefunden. Für die Messen und Märkte sind neue, attraktive Besucherkampagnen entwickelt worden, welche zu einer anhaltenden Steigerung der Besucherzahlen geführt haben.

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
30 Personalaufwand	-47.2	-50.9	-52.5	-52.7	-53.8	-54.2	-6.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-37.7	-38.5	-43.7	-44.1	-42.6	-41.4	-7.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.1	0.0
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-70.1	-65.7	-65.7	-67.6	-70.4	-71.8	-9.3
Betriebsaufwand	**-155.2**	**-155.0**	**-161.9**	**-164.5**	**-166.8**	**-167.6**	**-8.1**
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
42 Entgelte	11.3	12.5	13.8	12.5	12.9	13.4	7.7
43 Verschiedene Erträge	0.1	0.0	0.4	0.4	0.4	0.0	-52.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.1	1.3	0.1	0.3	0.0	-100.0
46 Transferertrag	4.5	2.7	3.6	5.8	3.0	3.9	44.8
Betriebsertrag	**15.9**	**15.3**	**19.1**	**18.8**	**16.5**	**17.4**	**13.5**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-139.3**	**-139.7**	**-142.9**	**-145.7**	**-150.3**	**-150.2**	**-7.5**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.5	-2.5	-2.6	-2.3	-3.5	-3.0	-18.2
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	0.0	0.0	-2.4	-0.2	-0.4	0.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	0.0
Abschreibungen	**-3.5**	**-2.5**	**-2.6**	**-4.7**	**-3.7**	**-2.4**	**5.4**
Betriebsergebnis	**-142.8**	**-142.3**	**-145.4**	**-150.4**	**-153.9**	**-152.6**	**-7.3**
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.1	-0.0	-0.1	-244.6
44 Finanzertrag	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	3.9
Finanzergebnis	**0.2**	**0.2**	**0.3**	**0.2**	**0.2**	**0.2**	**-12.3**
Gesamtergebnis	**-142.6**	**-142.0**	**-145.1**	**-150.2**	**-153.7**	**-152.4**	**-7.3**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.0	-31.5	-33.1	-32.5	0.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	0.0	0.0	-118.7	-120.6	-119.9	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-6.7	-2.6	-4.6	-5.4	-2.9	-3.0	-13.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	0.0	0.0	-2.4	-0.2	-1.1	0.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	4.7	0.3	0.5	1.5	1.9	1.0	267.5
Nettoinvestitionen	**-2.9**	**-2.4**	**-4.1**	**-6.4**	**-1.2**	**-3.5**	**-47.0**
Saldo Investitionsrechnung	-2.9	-2.4	-4.1	-6.4	-1.2	-3.5	-47.0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz		373.0	378.6	391.0	394.9	399.3	
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz		367.1	371.1	378.7	388.6	389.7	
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz		65	89	69	85	138	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz		11	16	17	15	15	1

Kommentar

1 ohne Berufsmatur Praktika

Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel Ziel des Programms ist, Basel als familienfreundliche Wirtschaftsregion zu positionieren. Im Rahmen einer Public Private Partnership (PPP) steht die Verwaltung hierfür im engen Dialog mit der Privatwirtschaft. Die Projekt- und Vernetzungsarbeit des *Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel zur nachhaltigen Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie* fand breite Beachtung. Neben Tagungen, themenspezifischen Studien und Workshops, die sich vorwiegend an Unternehmen und Institutionen richten, sprachen die Kampagnen eine breite Öffentlichkeit an.

Öffnung der Berufswahl Das Aktionsprogramm „no limits! Offene Berufswahl – vielfältige Lebensentwürfe“ hat mittels diverser Projekte Mädchen und Buben auf den verschiedenen Ebenen der Regelstrukturen für eine geschlechtsuntypische Berufswahl und eine Vielfalt von möglichen Lebensentwürfen sensibilisiert. Das breite Netzwerk aus Betrieben, dem Gewerbeverband, den Schulen und den jungen Menschen in geschlechtsuntypischen Berufen ist etabliert und die Angebote werden von den Jugendlichen und Kindern in Anspruch genommen.

Projekt Welcome Das Projekt Welcome bestand aus mehreren Teilprojekten, die in unterschiedlichen Fachstellen vorangetrieben wurden. Der öffentliche Raum wurde durch Einführung eines Meldewesens und dessen Weiterentwicklung bei Verschmierungen und Verklebungen ("Basel – unverschmiert schön") in enger Zusammenarbeit mit der Stadtreinigung und weiteren Partnern gepflegt. Gezielte Fokusaktionen rund um den Rhein und an anderen Stellen in der Stadt sowie die Kunstaktion „Bunterführung Heuwaage“ wurden mit privaten Partnern zur Vandalismusprävention im Rahmen des regierungsrätlichen Konzepts zum öffentlichen Raum durchgeführt. Für Neuzuziehende wurde ein monatlicher Neuzuzüger-Rundgang zusammen mit Basel Tourismus in drei Sprachen in Kombination mit den Willkommensveranstaltungen im Rathaus, bei Firmen sowie in den Quartieren aufgebaut.

Legislaturplan Der Regierungsrat wurde bei der Erstellung der Legislaturpläne 2009-2013 sowie 2013-2017 unterstützt. Die jährliche Anpassung im Rahmen des Budgetberichts sowie die jährliche Fortschrittsberichterstattung zu den Zielen und Massnahmen im Jahresbericht wurden betreut. Die Koordination der Planung in den Schwerpunkten des Regierungsrats in mittel- bis langfristiger Perspektive wurden laufend unterstützt. In diesem Kontext wurde auch der aktuelle Nachhaltigkeitsbericht 2013 erarbeitet, der dem Regierungsrat ebenfalls als Grundlage für seine Legislaturplanung diente.

Wohnraum Die kantonale Strategie zur Wohnraumentwicklung 2012-2016 und das darauf basierende Wohnraumfördergesetz (WRFG) wurden erarbeitet.

Kantonale Integrationsförderung Im Hinblick auf die veränderten Bundesvorgaben ab 2014 wurde im 2010 eine Bestandesaufnahme der Integrationsmassnahmen und - angebote im Kanton durchgeführt und auf Ende 2012 in interdepartementaler Zusammenarbeit eine Voreingabe des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) zu Handen der Regierung erarbeitet. Am 26. November 2013 wurde die Programmvereinbarung mit dem Bundesamt für Migration unterzeichnet. In Zusammenhang mit dem Programmpunkt „Schutz vor Diskriminierung“ ist Basel-Stadt im 2013 der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten.

Integration ab der ersten Stunde Seit 2009 wurden jährlich acht bis neun mehrsprachige Neuzuzügeranlässe im Rathaus veranstaltet. Seit 2013 findet im Anschluss ein Apéro auf dem Rheinschiff

statt, wo Neuzugezogene von einem breiten Informations- und Beratungsangebot profitieren können. Zusätzlich werden geführte Stadtrundgänge und der zweistündige Kurs “Wie ticken die Schweizer“ angeboten. Seit 2009 wird neuen Mitarbeitenden von Novartis und seit 2013 auch von Roche an sogenannten „Welcome Days“ auf dem Firmengelände von Kantonsmitarbeitenden integrationsrelevante Erstinformation vermittelt. Im 2010 begann die Entwicklung eines Konzepts für Begrüssungs- und Folgegespräche. Dieses Konzept wurde im 2013 zu einem direkten Gegenvorschlag zur kantonalen Integrationsinitiative weiterentwickelt und in die parlamentarische Beratung geschickt.

Koordination für Religionsfragen Um die religionsbezogene Integration an der Schnittstelle von Verwaltung, Religionsgemeinschaften und Bevölkerung zu stärken, wurde im 2011 die Koordination für Religionsfragen in die Kantons- und Stadtentwicklung integriert. Seither wurde die interdepartementale Zusammenarbeit ausgebaut, die vor allem bei der Beantwortung von politischen Fragen und Gesuchen für kantonale Anerkennung von Religionsgemeinschaften zum Tragen kommt. Der lösungsorientierte Austausch am Runden Tisch der Religionen beider Basel und die allgemeine Beratung von Verwaltungsstellen, Bevölkerung und Religionsgemeinschaften gehört weiterhin zu den Schwerpunkten der Stelle.

Kulturfördergesetz des Kantons Basel-Stadt 2008 wurde für das neue Kulturfördergesetz intensive Vorbereitungsarbeit geleistet. Am 21. Oktober 2009 verabschiedete der Grosse Rat das Gesetz, das am 1. Januar 2010 in Kraft trat.

Kulturleitbild Der Entwurf des Kulturleitbildes wurde im August 2010 vom Regierungsrat verabschiedet, anschliessend wurde ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Dieses hat eine intensive Diskussion bewirkt. Die anschliessende Überarbeitung wurde dem Regierungsrat im Sommer 2011 zur Beschlussfassung und danach dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Im Frühling 2012 wurde das Leitbild publiziert. Seither werden die im Kulturleitbild definierten Ziele umgesetzt.

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes In den vergangenen sechs Jahren wurden aussergewöhnliche Notgrabungen am Rheinhafen St. Johann (Campus Plus / Basel Gasfabrik), beim Museum der Kulturen, beim Münsterhügel, beim Spalenberg, an der Utengasse 15/17 (neuer Jazzcampus), an der Petersgasse 36 sowie beim Erweiterungsbau Kunstmuseum durchgeführt.

Erweiterungsbau Kunstmuseum Basel 2008 erhielt der Kanton als Schenkung die Liegenschaft Burghof für den Erweiterungsbau des Kunstmuseums Basel. 2009 fand der international ausgeschriebene Architekturwettbewerb statt, der von den Basler Architekten Christ & Gantenbein gewonnen wurde. Am 17. November 2010 hat der Grosse Rat dem Baukredit sowie der notwendigen Zonenplanänderung für den Erweiterungsbau mit grosser Mehrheit zugestimmt. Die Hälfte der Baukosten wurde durch die grosszügige Schenkung der Laurenz-Stiftung übernommen. Im Oktober 2012 wurden die Abbrucharbeiten aufgenommen. Das Museum befindet sich in der Umsetzung des Erweiterungsbauprojektes und bereitet sich auf die Eröffnung im Jahr 2016 vor.

Erweiterungsbau inkl. Sanierung Museum der Kulturen Im Oktober 2008 wurde der Grundstein gelegt für den neuen Erweiterungsbau des Museums der Kulturen. Das Museum war bis Dezember 2010 intensiv mit dem Bauprojekt durch Herzog & DeMeuron beschäftigt. Am 5. September 2011 fand die geplante Wiedereröffnung statt.

Neue Räumlichkeiten für Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv Das Naturhistorische Museum Basel und das Staatsarchiv beschäftigten sich intensiv mit den Grundlagenarbeiten (Machbarkeitsstudie) für ihre Bauprojekte am neuen Standort. Im Herbst 2012 beschloss der Regierungsrat, die beiden Institutionen in einen Neubau beim Bahnhof St. Johann zu verlegen.

Theater Basel Das Theater Basel wurde von der deutschen Fachpresse 2009 und 2010 zum Opernhaus des Jahres gewählt. Im Herbst 2013 wurde Andreas Beck zum neuen Direktor des Theaters Basel gewählt, als Nachfolger von Georges Delnon, der 2015 an die Staatsoper Hamburg wechseln wird.

Kantonales Statistikgesetz Mit dem Entwurf des Statistikgesetzes, welcher 2013 vom Regierungsrat zuhanden des Parlamentes verabschiedet wurde, ist ein Meilenstein erreicht. Mit dem Gesetz wird das Statistische Amt zukünftig klare Leitlinien für sein Handeln erhalten.

Konsolidierung Gebäude- und Wohnungsregister Auf Ende 2013 konnte die im Zusammenhang mit der neuen Volkszählung notwendige Konsolidierung des Gebäude- und Wohnungsregisters (GWR) abgeschlossen werden. Künftig kann die Erstellung der kantonalen Bau- und Wohnungsstatistik direkt aus dem GWR erfolgen.

Wahlen und Abstimmungen Der erfolgreiche Pilotversuch des vote électronique für alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen ist nicht mehr wegzudenken und wird in den kommenden Jahren zur Frage der Ausdehnung der digitalen Stimmabgabe auf die ortsansässigen Stimmberechtigten führen. Unabhängig davon wird die Einführung der maschinenlesbaren Wahl- und Abstimmungszettel bereits in den kommenden Monaten eine Ressourcenersparnis und eine Qualitätssicherung bringen.

Öffentlichkeitsprinzip Die Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips führte zur Publikation der Regierungsratsbeschlüsse im Netz. Jeden Mittwochmorgen sind die Entscheide der Exekutive öffentlich zugänglich, soweit sie nicht als vertraulich klassifiziert sind. Die vorgängige Klassifikation der Regierungsgeschäfte nach einheitlichen Kriterien, deren Einreichung auf einheitlichen Vorlagen sowie ein entsprechendes Berechtigungskonzept in der elektronischen Geschäftsverwaltung wurden ebenfalls erarbeitet und eingeführt.

2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung, Öffentlicher Raum, Mobilität, Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation, Stadtbild und Baukultur. Ausserdem liegt das Ressourcenfeld Bau und Unterhalt in seinem Verantwortungsbereich.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Die Region Basel ist eine Wachstumsregion. Um dieses Wachstum nachhaltig und ohne negative Auswirkungen auf den Raum bewältigen zu können, ist eine übergeordnete und integrale Planung von Landschaft, Siedlung und Mobilität notwendig. Die verkehrlichen Auswirkungen können nur mit einem starken Verbund von Fuss- und Veloverkehr mit öffentlichem Verkehr sowie motorisiertem Individualverkehr bewältigt werden und zwar in sinnvoller Kombination mit einer Siedlungsstruktur mit kurzen und direkten Wegen. Unsere kantonalen sowie regionalen Planungsabsichten gemäss Agglomerationsprogramm, kantonalem Richtplan und Zonenplanrevision, wie auch die Tramnetzstudie Basel 2020 zielen genau in diese Richtung. Auch die kürzlich auf Bundesebene angenommene Revision des Raumplanungsgesetzes und das neue kantonale Wohnraumfördergesetz sichern eine kompaktere Siedlungsentwicklung respektive Potenzial für eine sorgfältige Wohnraumentwicklung.

Basel soll auch als urbanes Zentrum weiterhin gefestigt werden. Zum Entwicklungsrichtplan Innenstadt und zum Entwicklungskonzept Badischer Bahnhof wurden im Berichtsjahr öffentliche Vernehmlassungen durchgeführt. Mit dem Bebauungsplan für den Neubau des Biozentrums konnten für die Hochschulen weitere wichtige Planungsgrundlagen für eine partnerschaftliche Standortentwicklung gelegt werden. Der Bebauungsplan zum Parking Kunstmuseum wurde durch den Grossen Rat verabschiedet. Die inhaltlichen Arbeiten am Gestaltungskonzept Innenstadt wurden abgeschlossen und die Umsetzung des Verkehrskonzepts für eine fussgängerfreundliche Innenstadt steht bevor. Mit dem neuen Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes, das wesentliche Verbesserungen und Vereinfachungen der Bewilligungsverfahren mit sich bringt, ist eine wichtige Grundlage für eine ausgewogene Nutzung gelegt. Und schliesslich konnten mit Wettbewerben wie zum Kasernenhauptbau resp. zum Landhof-Areal attraktive Projektvorschläge für ein zeitgenössisches Kultur- und Kreativzentrum respektive einen neuen öffentlichen Stadtpark gewonnen werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
30 Personalaufwand	-85.0	-109.6	-112.3	-116.0	-118.8	-121.3	-10.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-53.3	-70.3	-58.4	-58.3	-59.1	-65.6	6.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.5	-1.4	-1.2	-1.2	-1.1	-1.4	2.2
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-6.5	-3.0	-0.3	-0.5	-15.2	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-77.4	-78.2	-82.4	-82.2	-83.3	-82.0	-4.9
Betriebsaufwand	**-223.7**	**-262.5**	**-254.6**	**-258.1**	**-277.6**	**-270.3**	**-3.0**
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.3	0.0
42 Entgelte	58.9	98.1	91.2	87.6	102.6	104.0	6.1
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.4	0.2	0.1	4.7	2.7	646.3
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	1.1	2.4	0.5	0.7	1.7	0.0	-100.0
46 Transferertrag	9.4	9.3	9.5	8.5	8.1	7.3	-21.8
Betriebsertrag	**69.7**	**110.2**	**101.3**	**97.0**	**117.0**	**121.3**	**10.1**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-154.0**	**-152.3**	**-153.3**	**-161.2**	**-160.6**	**-149.0**	**2.2**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-48.5	-50.0	-91.6	-48.9	-49.7	-45.2	9.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-5.9	-4.4	-6.4	-3.2	-3.4	-4.8	-9.8
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.1	0.0
Abschreibungen	**-54.4**	**-54.4**	**-97.9**	**-52.1**	**-53.1**	**-47.9**	**12.0**
Betriebsergebnis	**-208.4**	**-206.8**	**-251.2**	**-213.2**	**-213.7**	**-196.9**	**4.8**
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.1	-0.0	-2.9	...
44 Finanzertrag	2.2	2.3	2.1	2.2	2.4	2.4	7.6
Finanzergebnis	**2.2**	**2.3**	**2.0**	**2.1**	**2.4**	**-0.5**	**-121.3**
Gesamtergebnis	**-206.2**	**-204.5**	**-249.2**	**-211.1**	**-211.3**	**-197.4**	**3.5**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.0	-26.6	-26.4	-8.9	0.0
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	0.0	-0.9	1.0	-0.9	0.0
2 Bildung	0.0	0.0	0.0	-0.6	0.0	-1.9	0.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	0.0	0.0	-26.5	-25.0	-27.4	0.0
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.0	-0.7	0.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	0.0	0.0	-150.4	-162.4	-160.0	0.0
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	0.0	-5.8	1.4	2.3	0.0
8 Volkswirtschaft	0.0	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-106.4	-98.3	-93.7	-92.7	-89.2	-95.2	3.2
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-5.9	-4.4	-6.4	-3.2	-3.4	-4.9	-11.3
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	40.8	30.2	17.2	20.8	13.9	8.5	-71.7
Nettoinvestitionen	**-71.4**	**-72.5**	**-82.8**	**-75.1**	**-78.8**	**-93.2**	**-28.5**
Saldo Investitionsrechnung	**-71.4**	**-72.5**	**-82.8**	**-75.1**	**-78.8**	**-93.2**	**-28.5**

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz		906.9	905.9	915.2	931.0	937.0
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz		876.1	891.9	917.3	904.9	929.0
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	186	132	97	104	114	107
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	55	64	54	57	56	52

2.3.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist zuständig für das Bildungsangebot – von der Volksschule bis zur Hochschule, von der Berufsschule bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Weiter übernimmt es Aufgaben zur Förderung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Erziehungsdepartement ist auch zuständig für die Tagesbetreuung sowie für Bewegung und Sport. Das Erziehungsdepartement umfasst die Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, allgemeinbildende weiterführende Schulen, berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung, Hochschulen, Jugend, Familie und Sport sowie Zentrale Dienste.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Zum ersten Mal seit über 130 Jahren Volksschule ist es gelungen, eine Schullaufbahn im Grossen Rat zu beschliessen, hinter die sich Politik, Gesellschaft, Schulen und Wirtschaft in grosser Geschlossenheit stellen können. Die neue Volksschule orientiert sich an gesamtschweizerischen Normen und an einem bikantonalen Modell. Mit der laufenden Umsetzung der Harmonisierung der Schulen – auf nationaler Ebene die HarmoS- und Sonderpädagogik-Konkordate der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK, auf regionaler Ebene die vierkantonalen Vereinbarungen im Bildungsraum Nordwestschweiz – fällt nicht nur eine Mobilitätsschranke in der Nordwestschweiz weg, mit ihrer Verwirklichung wird es auch viel besser möglich sein, mit dem Kanton Basel-Landschaft, mit den anderen Partnern in der Nordwestschweiz und mit allen übrigen Kantonen zu kooperieren und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Schulen erfolgreich anzugehen. Sämtliche schulischen Reformprojekte – von der sprachlichen Frühförderung bis zur vierkantonalen Harmonisierung der Maturität – dienen dem Ziel, dass die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter guten Bedingungen lernen, das Beste aus sich machen können und sich am Schluss der Sekundarstufe II für die Arbeitswelt oder für ein Studium qualifizieren. Besondere Aufmerksamkeit erfordert der Verfassungsauftrag, wonach der Kanton auch mit den Mitteln der Bildung für Chancengleichheit sorgt. Im Fokus stehen dabei Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung sowie mit mangelnder familiärer Unterstützung.

Folgende Aufgaben standen und stehen im Zentrum:

- Mit der Umsetzung des HarmoS- und des Sonderpädagogik-Konkordats der EDK wird das Ziel verfolgt, dass die Volksschule sowohl integrativ als auch leistungsorientiert sein kann. Die pädagogischen, didaktischen und schulorganisatorischen Reformarbeiten wie auch die lokalen Bauprojekte sind für die Lehr- und Fachpersonen, die Leitungspersonen und die Verwaltung ausserordentlich anspruchsvoll. Sie erfordern viel Flexibilität und Offenheit im Umgang mit veränderten bzw. neuen Aufgaben und Arbeitsorten.
- Die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz und namentlich mit dem Kanton Basel-Landschaft war und ist intensiv. Die Projektphase ist abgeschlossen. Träger der Zusammenarbeit sind nebst dem vierkantonalen Regierungsausschuss die Konferenzen der je vier Amtsleitungen für die Volksschulen, Mittelschulen, Berufsbildung und Hochschulen.
- Der Ausbau der Tagesstrukturen schreitet bedarfsgerecht und im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten voran.
- Die Integration der Sonderpädagogik in die Volksschulen und deren Entwicklung zur Schule mit Tagesstrukturen haben zur Folge, dass die Zahl der Professionen, die in einer Schule arbeiten, steigt. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören die Organisation und Abstimmung der Zusammenarbeit.
- Der Aufbau der Leitungsstrukturen war und ist mit einem anspruchsvollen Kulturwandel verbunden. Die geleiteten Schulen nehmen ihre Teilautonomie zur inneren Entwicklung wahr.
- Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen werden nicht nur während der gesamten Schulzeit intensiver denn je, sondern bereits vor dem Kindergarten in Deutsch gefördert.
- Der vorverlegte Französisch- und Englisch-Unterricht ist an der Primarschule etabliert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09	
30 Personalaufwand	-452.4	-456.0	-458.7	-467.2	-478.1	-484.9	-6.3	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-166.8	-146.2	-142.4	-147.0	-156.4	-155.7	-6.5	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.4	-0.4	-0.4	-0.5	-0.6	-0.6	-57.7	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	-1.7	-1.9	0.1	-0.2	-0.2	91.1	
36 Transferaufwand	-399.3	-370.0	-391.0	-400.3	-411.3	-422.4	-14.2	
Betriebsaufwand	**-1'018.8**	**-974.3**	**-994.5**	**-1'014.9**	**-1'046.5**	**-1'063.8**	**-9.2**	
42 Entgelte	53.8	41.9	41.6	41.5	43.1	44.4	5.8	
43 Verschiedene Erträge	2.2	6.1	3.2	2.8	1.2	3.2	-47.4	
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.2	0.6	1.3	0.2	0.0	
46 Transferertrag	97.1	95.1	100.1	109.1	112.5	113.8	19.7	
Betriebsertrag	**153.2**	**143.1**	**145.1**	**154.0**	**158.2**	**161.6**	**12.9**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-865.6**	**-831.2**	**-849.4**	**-860.9**	**-888.3**	**-902.2**	**-8.5**	[1]
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.4	-4.1	-4.1	-3.8	-0.7	-2.1	48.9	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-2.5	-3.2	-0.6	-0.5	-0.5	-1.0	68.2	
Abschreibungen	**-6.9**	**-7.3**	**-4.7**	**-4.3**	**-1.3**	**-3.1**	**57.3**	
Betriebsergebnis	**-872.5**	**-838.5**	**-854.1**	**-865.1**	**-889.6**	**-905.4**	**-8.0**	
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.1	-0.0	-57.9	
44 Finanzertrag	0.2	0.1	0.1	0.2	0.3	0.3	126.8	
Finanzergebnis	**0.1**	**0.1**	**0.1**	**0.2**	**0.2**	**0.3**	**135.1**	
Gesamtergebnis	**-872.4**	**-838.4**	**-854.0**	**-864.9**	**-889.4**	**-905.1**	**-8.0**	
davon Funktionen:								
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.0	0.1	-0.1	-0.0	0.0	
2 Bildung	0.0	0.0	0.0	-755.7	-777.5	-787.9	0.0	
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	0.0	0.0	-18.3	-17.8	-17.4	0.0	
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	0.0	-91.0	-94.0	-99.9	0.0	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.6	-3.5	-4.2	-3.4	-0.3	-3.0	13.1
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.8	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.2	-3.2	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	85.7
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0
Nettoinvestitionen	**-4.7**	**-6.7**	**-4.7**	**-3.8**	**-0.8**	**-4.0**	**39.4**
Saldo Investitionsrechnung	**-4.7**	**-6.7**	**-4.7**	**-3.8**	**-0.8**	**-4.0**	**39.4**

Kommentar

1 Die Rechnungswerte vor 2009 werden nach Möglichkeit analog zur Struktur nach RV09 gezeigt. Da dies nicht immer überall möglich war, ist ein aussagekräftiger Vergleich der Rechnungswerte bis 2008 mit jenen ab 2009 nicht respektive nur auf gesamtstaatlicher Ebene möglich.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz		2'910.7	2'952.9	2'971.0	3'052.9	3'071.2	1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz		2'870.1	2'934.9	2'986.7	3'066.1	3'069.8	
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	54	63	95	71	80	62	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	63	56	55	55	59	62	

Kommentar

1 Die Mehrstellen gegenüber dem Vorjahr stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit der angestrebten Weiterentwicklung respektive dem Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung. Weiter wird von leicht steigenden Schülerzahlen sowie wegen den zahlreichen Neubauten im Schulbereich von höheren Betriebsaufwendungen ausgegangen, was sich auch im Headcount niedergeschlagen hat.

- Besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt galt der Kohärenz der Schullaufbahn. Namentlich der Übergang zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II ist eine sensible Nahtstelle unseres Bildungssystems. Verschiedene Vorhaben, darunter die Verbesserung der Berufsorientierung auf der Sekundarstufe I und die Stärkung der Kooperation mit Gewerbe und Wirtschaft, sollen den Übergang erleichtern. Zentrale Zielsetzungen sind die Erhöhung der Zahl jener Jugendlichen, die nach der Schule direkt eine Lehrstelle antreten sowie die Förderung der Berufsmaturität.
- An vielen Standorten wurde der bestehende Schulraum umgebaut, erweitert oder renoviert.

Im Hochschulbereich wurden im Berichtsjahr auf nationaler Ebene die Umsetzungsarbeiten zum Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) vorangetrieben. Das neue Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat sich konsolidiert und seine Arbeit erfolgreich aufgenommen. Universitäten und Fachhochschulen werden neu auf der Basis der gleichen Gesetzesgrundlage bearbeitet, wie dies in Basel schon seit Längerem der Fall ist. Noch offen ist der Beitritt zum schweizerischen Hochschulkonkordat, der in allen 26 Kantonen erfolgen muss, damit der nach wie vor komplexe Hochschulraum gemäss der neuen Gesetzesgrundlage funktionieren kann. Die Inkraftsetzung des Konkordats musste bereits auf 2015 verschoben werden. Auf kantonaler Ebene wurden die Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft über den Leistungsauftrag 2014–2017 an die Universität Basel erfolgreich zu Ende geführt. Trotz finanziell verhaltener Rahmenbedingungen konnte der Globalbeitrag an die Universität soweit erhöht werden, dass die Universität die Umsetzung ihrer Strategie 2014 weiterverfolgen kann. Auch für den Leistungsauftrag 2015–2017 an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) sind erste Schritte unternommen und Eckwerte festgelegt worden. Es muss sich noch zeigen, ob auch hier dem wachsenden Leistungsportfolio (steigende Studierendenzahlen/grössere Anforderungen an die Forschung) entsprechende Trägerbeiträge möglich sein werden. Parallel zu diesen Verhandlungen wurden die Grossinvestitionen für beide Hochschulen plangemäss vorangetrieben.

Der Regierungsrat hat 2009 einen „Schwerpunkt Frühbereich“ beschlossen mit dem Ziel, allen Familien mit Vorschulkindern und einem entsprechenden Bedarf Zugang zu Angeboten der frühen Förderung zu schaffen. Im vergangenen Jahr konnte der Aufbau erfolgreich abgeschlossen werden. Die zukünftigen Ziele sprechen unter anderem die Früherfassung, die Prävention und die Elternbildung an.

Im Aufgabenfeld Kinder, Jugend und Familie konnte die Tagesbetreuung weiter ausgebaut werden. Erste Anzeichen deuten auf ein ausgeglichenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage hin. Mit Blick auf den kommenden Bedarf an Fachkräften für die Kinderbetreuung hat das Erziehungsdepartement eine Ausbildungsoffensive initiiert. Gleichzeitig begannen die Arbeiten zu einer Totalrevision des Tagesbetreuungsgesetzes. In der Kinder- und Jugendhilfe wurde der Ausbau der ambulanten Angebote fortgesetzt. Entsprechend sind die Platzierungen in Heime und Pflegefamilien leicht rückläufig. Nach Korrekturen im Angebot stehen sich hier Angebot und Nachfrage wieder ausgeglichen gegenüber. Das ab Anfang des Jahres wirksame neue Vormundschaftsrecht konnte durch eine gute Zusammenarbeit mit der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (WSU) ohne die aus anderen Kantonen bekannt gewordenen Störungen und Engpässe etabliert werden. Gemeinsam

mit der Fachhochschule Nordwestschweiz, weiteren Kantonen und Gemeinden und gefördert von der eidgenössischen Kommission für Innovation und Technologie wurde ein Projekt gestartet, wie der Bedarf an Massnahmen zum Kindeswohl methodischer abgeklärt werden kann. Weiter konnte die Vernehmlassung für das Kinder- und Jugendgesetz abgeschlossen werden. Die Umsetzung des Gesetzes wird für das Aufgabenfeld in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt bilden. In einer departementsübergreifenden Zusammenarbeit wurde ein Aktionsplan koordiniert, für den die Unicef Basel-Stadt als „kinderfreundliche Gemeinde“ ausgezeichnet hat.

Im Sport konnte durch eine gute Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildung ein „Sportcheck“ auf der Primarstufe eingeführt werden, welcher den Lehrpersonen individuelle Hinweise zur Förderung der Kinder an die Hand gibt. Die Sportstättenplanung hat unter anderem die Grundlagen für die Sanierung der Kunsteisbahn Eglisee, der Sportanlage Schoren und der Leichtathletikanlage in der Brügglinger Ebene erarbeitet. Diese und weitere Sanierungsvorhaben werden einen Schwerpunkt der kommenden Jahre bilden. Die Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen (IAKS) zeichnete das Sportamt Basel-Stadt für seine langjährige Entwicklungsarbeit und Forschungen auf dem Gebiet der Sportinfrastrukturen mit dem Swiss IAKS Award 2013 aus. Die Auszeichnung würdigt die ausserordentlichen Beiträge des Sportamts Basel-Stadt zu neuen Technologien, mit denen der Bau, der Unterhalt und die Auslastung von Sportanlagen verbessert werden kann.

2.3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das Querschnitts- oder Ressourcendepartement der kantonalen Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst, die Finanzverwaltung und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

Zielsetzungen und Planungen

Nachhaltige und restriktive Finanzpolitik Der Kanton Basel-Stadt hat in den vergangenen Jahren und auch im 2013 eine restriktive Ausgabenpolitik verfolgt. Dies hat dazu geführt, dass der Kanton neun Jahre in Folge schwarze Zahlen geschrieben hat und seine Nettoschulden von 3.5 auf 2.1 Mia. Franken stark reduzieren konnte. Damit hat sich der Kanton den notwendigen Handlungsspielraum erarbeitet, um in den kommenden Jahren die geplanten Investitionen tätigen zu können. Diese Investitionen in den Lebens- und Wirtschaftsstandort Basel-Stadt sind notwendig, werden aber nur mit einer Neuverschuldung zu finanzieren sein.

Aktive Wohn- und Bodenpolitik Der Kanton Basel-Stadt ist wieder ein attraktiver Wohnort. Dies zeigt unter anderem auch der Trendumkehr bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach jahrzehntelangem Rückgang wächst Basel-Stadt seit 2008 wieder. Der Regierungsrat verfolgt eine ausgewogene und nachhaltige Wohnraumförderung, damit genügend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung vorhanden sein wird. Das Finanzdepartement leistet mit dem Finanzvermögen seinen Beitrag zur Erreichung dieses Zieles. So führte die IBS für das ehemalige Verwaltungsareal an der Maiengasse/Hebelstrasse einen Architekturwettbewerb zur Erstellungen von Wohnungen durch. Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus wurde mit dem Abschluss eines Baurechtsvertrag am Riehenring und der Absichtserklärung für das kantonseigne Schorenareal weiter vorangetrieben. Zudem konnte der Kanton im 2013 Teile des Coop Areals Lysbüchel erwerben.

Steuerpolitik Das Finanzdepartement verfolgt eine nachhaltige Steuerstrategie. Steuern sollen erst gesenkt werden, wenn auch Handlungsspielraum dazu vorhanden ist. Im Steuerjahr 2013 wurden die Einkommenssteuern um 0.75 Basispunkte auf 22.5 % (bei Einkommen unter 200'000, resp. 400'000 Franken) gesenkt. Auch der maximale Gewinnsteuersatz wurde nochmals um 0.5 Basispunkte auf 20.0% gesenkt.

Von grösstem Interesse für den Kanton Basel-Stadt ist zurzeit der EU-Steuerstreit. Eine alleinige Abschaffung der privilegierten Besteuerung der Holdings und Gemischten Gesellschaften würde zu sehr hohen Steuerausfällen für den Kanton führen. Das Finanzdepartement arbeit deshalb aktiv an der Unternehmenssteuerreform III mit und vertritt dabei die Interessen des Kantons. Es steht in diesem Zusammenhang im laufenden Dialog mit dem Bund, weiteren Kantonen, der Wirtschaft und Verbänden. Die Lösung muss die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit und die notwendigen Steuereinnahmen des Kantons sichern, zudem muss sie international akzeptiert sein. Im Vordergrund stehen Ersatzmassnahmen, insbesondere die Einführung einer Lizenzbox.

Basel-Stadt als attraktiver Arbeitgeber Der Kanton und seine Betriebe sind der grösste Arbeitgeber der Region Nordwestschweiz. Um seine Aufgaben in hoher Qualität erfüllen zu können, ist er darauf angewiesen, im Arbeitsmarkt als attraktiver Arbeitgeber auftreten zu können.

Der Kanton ist zurzeit daran sein Bewertungssystem zu aktualisieren. Im Projekt Systempflege werden alle Funktionen der kantonalen Verwaltung in die aktualisierte Lohnsystematik überführt. Die Einführung der Systempflege musste aufgrund der vielen neu erstellten Stellenbeschreibungen um ein Jahr verschoben werden und wird für die Mitarbeitenden nun per Februar 2015 umgesetzt.

Aufgrund der neuen Bundesvorgaben und den tieferen Renditeerwartungen an den Finanz- und Kapitalmärkten muss das Pensionskassengesetz erneut angepasst werden. Dank den bereits vollzogenen Massnahmen der letzten Jahre ist der Kanton Basel-Stadt in einer guten Ausgangsposition. Der Regierungsrat hat im 2013 den Vernehmlassungsentwurf und den Ratschlag zur entsprechenden Revsion des Pensionskassengesetzes vorgelegt. Diese soll die Voraussetzungen für eine Senkung des technischen Zinssatzes schaffen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
30 Personalaufwand	-63.3	-67.2	-68.6	-69.7	-71.7	-70.1	-4.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-25.5	-26.8	-25.9	-28.7	-33.4	-41.2	-54.0
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	-0.1	-0.1	-0.3	-0.4	-0.5	-622.1
Betriebsaufwand	**-88.9**	**-94.0**	**-94.5**	**-98.7**	**-105.5**	**-111.9**	**-19.0**
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	32.9	34.5	37.4	55.4	61.5	67.1	94.5
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.1	0.0	0.1	0.4	0.0	-100.0
46 Transferertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	**33.0**	**34.6**	**37.4**	**55.5**	**61.9**	**67.1**	**94.1**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-55.9**	**-59.4**	**-57.1**	**-43.2**	**-43.6**	**-44.8**	**24.7**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.8	-6.1	-6.3	-5.5	-6.8	-6.7	-10.7
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.7	0.0
Abschreibungen	**-6.8**	**-6.1**	**-6.3**	**-5.5**	**-7.4**	**-7.4**	**-21.7**
Betriebsergebnis	**-62.7**	**-65.5**	**-63.3**	**-48.6**	**-51.0**	**-52.2**	**20.4**
34 Finanzaufwand	-0.5	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	0.6
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-54.8
Finanzergebnis	**-0.5**	**-0.4**	**-0.4**	**-0.4**	**-0.4**	**-0.4**	**-2.9**
Gesamtergebnis	**-63.2**	**-65.9**	**-63.7**	**-49.0**	**-51.4**	**-52.6**	**20.2**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.0	-48.5	-50.8	-52.2	0.0
9 Finanzen und Steuern	0.0	0.0	0.0	-0.5	-0.7	-0.4	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-5.0	-6.0	-5.9	-5.0	-10.8	-11.1	-84.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.4	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.9	0.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	**-5.0**	**-6.0**	**-5.9**	**-5.0**	**-11.4**	**-13.4**	**-122.3**
Saldo Investitionsrechnung	**-5.0**	**-6.0**	**-5.9**	**-5.0**	**-11.4**	**-13.4**	**-122.3**

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	471.0	472.2	482.5	487.4	493.0	506.2
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	438.3	467.6	468.0	472.2	479.9	477.7
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	24	27	36	25	34	44
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	13	13	14	17	19	18

Public Corporate Governance Der Kanton organisiert seine Tätigkeiten verstärkt mithilfe ausgelagerter Betriebe. Zur Stärkung der Eignerverantwortung hat der Regierungsrat im September 2010 die Richtlinien zur Public Corporate Governance erlassen. Zur Umsetzung dieser Richtlinie und zur Stärkung der Governance hat der Regierungsrat im 2013 sowohl die Vernehmlassungsvorlage als auch die Gesetzesvorlage für das revidierte Kantonalbankgesetz vorgelegt.

Eine Informatik im Dienste der Einwohnerinnen und Einwohner Das Finanzdepartement wird in den kommenden Jahren die Informatik zu Gunsten der Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner weiterentwickeln. Mit dem E-Government-Impulsprogramm werden kantonale Leistungen für Bevölkerung und Unternehmen verbessert und an neue Herausforderungen angepasst, unterstützt durch E-Government Basisdienste. Das Finanzdepartement hat im Berichtsjahr das Impulsprogramm strategisch geführt und erste Basisdienste bereitgestellt. Für den Webauftritt des Gesamtkantons wurde das alte Web Content Managementsystem durch ein neues System auf Open Source Basis abgelöst. Die ersten fünf Pilotsites wurden entsprechend überführt.

Das Projekt WorkplaceBS hat das Ziel den elektronischen Arbeitsplatz zu standardisieren und zu zentralisieren. Gleichzeitig werden die elektronischen Arbeitsplätze auf Windows 7 und Office 2010 migriert. Im 2013 wurden die technischen und organisatorischen Grundlagen für die Umsetzung erarbeitet und der Rollout in den Departementen hat begonnen.

2.3.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement umfasst das Generalsekretariat und die Bereiche Gesundheitsschutz (Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin und öffentliche Zahnkliniken), Gesundheitsdienste (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Sucht und Gesundheitsförderung und Prävention) und Gesundheitsversorgung (Spitalversorgung, Langzeitpflege und Projekte und Services).

Internet: www.gd.bs.ch

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Nationale Gesundheitspolitik Bund und Kantone verabschiedeten im November 2013 die „Nationale Demenzstrategie 2014 - 2017“. Als Massnahmen formuliert die Strategie Vorhaben wie den Ausbau individualisierter Informations- und Sozialberatungsangebote für Betroffene, den Auf- und Ausbau von Entlastungsangeboten für die zu Hause Betreuenden sowie die Förderung der demenzgerechten Versorgung von der Früherkennung und Diagnostik bis hin zur Optimierung der stationären Langzeitpflege und –betreuung.

Rechtsetzung Im Jahr 2013 wurde das Gesundheitsgesetz (GesG) an das Humanforschungsgesetz des Bundes (HFG) angepasst. Ausserdem wurde im GesG eine gesetzliche Grundlage für die Auferlegung von Ersatzabgaben für Dispensationen von der Notfalldienstleistungspflicht von Ärztinnen und Ärzten eingefügt. Ebenfalls mit in Kraft treten des HFG löst die neu gegründete Ethikkommission Nordwest- und Zentralschweiz (EKNZ) die bikantonale Ethikkommission beider Basel (EKBB) ab. Die organisatorischen Regelungen befinden sich neu in der Vereinbarung Ethikkommission Nordwest- und Zentralschweiz. Mit Erlass der Verordnung über die Gebühren im Gesundheitswesen ist ein grosser Teil der vom Gesundheitsdepartement erhobenen Gebühren auf eine neue Grundlage gestellt worden. Im Nachgang zur erneuten Auflage des Zulassungsstopps für Ärzte in Art. 55a KVG wurden in der kantonalen Zulassungs-Einschränkungs-Verordnung die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Zulassungsstopps auf kantonaler Ebene definiert. Ausserdem sind sowohl die Spital- wie die Pflegeheimliste revidiert worden.

Seniorenpolitik – Basel 55+ Basierend auf den bisherigen Erfahrungen, der absehbaren demografischen Entwicklung, den damit zusammenhängenden Herausforderungen und den Resultaten der Bevölkerungsbefragung 55+ sowie einer verwaltungsinternen und -externen Vernehmlassung wurde die Alterspolitik im Kanton Basel-Stadt angepasst. Die überarbeiteten Leitlinien zur angepassten „Alterspolitik – Basel 55+“ wurde vom Regierungsrat im Sommer 2013 verabschiedet.

Suchtpolitik Der Umgang mit substanzungebundenen Süchten, ihren Ursache und möglichen Folgen wurden verstärkt thematisiert und geeignete Präventionsmassnahmen wurden intensiviert. Dazu wurde das dazu gehörende Projekt „Neue Abhängigkeitserkrankungen“ zur integrierten Versorgung von Menschen mit Verhaltenssüchten in Kooperation mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel fortgeführt.

Pflegeheime Es war ein guter Baufortschritt in den Neubauprojekten der Pflegeheime Burgfelderhof (Bürgerspital), Gellert Hof (Diakonat Bethesda) und Adullam Riehen zu verzeichnen. Die Bauplanungen für das Demenzheim Marthastift auf dem Areal der Universitären Psychiatrischen Kliniken und den Neubau des Humanitas in Riehen konnten ebenfalls zur baldigen Baureife weiterentwickelt werden. Die Zielerreichung eines quantitativen und qualitativen Platzausbaus im Pflegeheimbereich wurde gut unterstützt.

Qualitätssicherung Das Schnittstellenmanagement stand im Mittelpunkt der Qualitätsarbeit im Spitalbereich. Ziel ist die Erarbeitung eines diesbezüglichen Leitbildes. Die Qualitätsüberprüfungen in den Pflegeheimen wurden neu ausgerichtet.

Spitalpolitik Durch die gegenseitige Anerkennung der Spitallisten in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt per 1. Januar 2014 wurde ein wichtiger Schritt in Richtung vollständige Spitalfreizügigkeit in der Nordwestschweiz getan. Dadurch können Patienten beider Kantone unter

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09	
30 Personalaufwand	-651.4	-676.8	-693.7	-735.8	-43.1	-43.7	93.5	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-319.7	-330.6	-340.0	-374.8	-15.1	-15.3	95.4	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-3.7	-3.7	-3.2	-3.4	-0.5	-0.6	84.6	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Transferaufwand	-186.3	-194.8	-202.4	-214.1	-512.2	-516.2	-165.0	1
Betriebsaufwand	**-1'161.0**	**-1'205.9**	**-1'239.4**	**-1'328.1**	**-570.9**	**-575.8**	**52.2**	
40 Fiskalertrag	0.7	0.6	0.7	0.7	-0.0	0.0	-100.0	2
42 Entgelte	629.7	651.5	674.3	757.3	19.4	19.6	-97.0	
43 Verschiedene Erträge	3.2	3.2	4.7	0.4	0.1	0.0	-100.0	
46 Transferertrag	71.5	67.8	65.7	66.0	1.5	2.6	-96.2	1
Betriebsertrag	**705.1**	**723.2**	**745.4**	**824.3**	**21.0**	**22.3**	**-96.9**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-455.9**	**-482.7**	**-494.0**	**-503.8**	**-549.9**	**-553.6**	**-14.7**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-33.6	-35.3	-28.7	-34.2	-0.4	-0.5	98.7	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Abschreibungen	**-33.6**	**-35.3**	**-28.7**	**-34.2**	**-0.4**	**-0.6**	**98.4**	
Betriebsergebnis	**-489.5**	**-517.9**	**-522.7**	**-538.0**	**-550.3**	**-554.1**	**-7.0**	
34 Finanzaufwand	-1.1	-2.2	-21.8	-0.2	-0.0	-0.0	98.4	
44 Finanzertrag	2.2	2.0	2.5	2.5	0.0	0.0	-99.5	
Finanzergebnis	**1.1**	**-0.2**	**-19.3**	**2.3**	**-0.0**	**-0.0**	**84.5**	
Gesamtergebnis	**-488.4**	**-518.1**	**-542.0**	**-535.7**	**-550.3**	**-554.2**	**-7.0**	
davon Funktionen:								
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	0.0	-0.3	-0.3	-0.0	0.0	
2 Bildung	0.0	0.0	0.0	0.0	-95.5	-74.3	0.0	
4 Gesundheit	0.0	0.0	0.0	-450.3	-392.0	-414.6	0.0	
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	0.0	-84.6	-61.3	-64.3	0.0	
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	
8 Volkswirtschaft	0.0	0.0	0.0	-0.4	-1.1	-0.9	0.0	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-32.1	-32.5	-31.4	-41.9	-0.4	-0.8	97.4
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.8	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.4	0.0
Einnahmen Grossinvestitionen	0.0	19.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.5	0.2	0.8	0.0	0.1	0.0	-100.0
Nettoinvestitionen	**-31.6**	**-12.9**	**-30.6**	**-41.9**	**-0.3**	**-12.0**	**7.3**
Saldo Investitionsrechnung	**-31.6**	**-12.9**	**-30.6**	**-41.9**	**-0.3**	**-12.0**	**7.3**

Kommentar

1 Im Bereich der Spitalfinanzierung resultierte beim Transferaufwand ein Minderaufwand von rund 6 Mio. Fr. Dabei stiegen die Beiträge an stationäre Behandlungen von BS-Einwohnern in Spitälern gemäss KVG moderat an (7 Mio. Franken). Deutlich tiefer fielen jedoch die Aufwendungen für die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen in den Spitälern aus (-13 Mio. Franken). Erhöht haben sich hingegen die Beiträge an die Pflegefinanzierung (rund 9 Mio. Franken). Zudem erfuhr die Verbuchung von Fondsentnahmen 2013 eine Änderung: Aufwände zu Lasten eines Fonds und Entnahmen aus denselben werden neu über die Erfolgsrechnung verbucht. Somit steigen sowohl die Aufwände (Ktgr. 36) wie auch die Erträge (Ktgr. 46) um die entsprechenden Beträge.

2 Die Hundesteuer wird seit 2013 nicht mehr im Zweckgebundenen Betriebsergebnis (ZBE) aufgeführt, sondern im Fiskalertrag (NZBE).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	4'925.0	5'027.8	5'135.1	5'186.1	305	310.6	1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	4'930.9	4'969.6	5'022.1	5'172.0	291.0	290.9	
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	28	29	32	31	33	32	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	136	163	183	190	23	23	2

Kommentar

1 Ab 2012 entfallen bei den Vollzeitstellen aufgrund ihrer Verselbständigung die Stellen der öffentlichen Spitäler (Universitätsspital, Universitärische Psychiatrische Kliniken, Felix Platter-Spital). Die Zunahme des Plafonds 2013 im Vergleich zu 2012 ist im Wesentlichen durch den Transfer des Krebsregisters vom Universitätsspital Basel zum Bereich Gesundheitsdienste begründet.

2 Ab 2012 entfallen die Lehrstellen bei den öffentlichen Spitälern.

sämtlichen Listenspitälern in Basel-Stadt und Basel-Landschaft auch bei einer ausserkantonalen Wahlbehandlung ohne zusätzliche Kostenfolge frei wählen.

Atomfreie Energiepolitik in Basel-Stadt Der Kanton Basel-Stadt setzte sich aktiv in der IDA NOMEX für den Schutz der Bevölkerung im Falle eines atomaren Ereignisses in der Grössenordnung der nuklearen Katastrophe in Fukushima ein. So hat sich der Kanton bei der Revision der Jodtablettenverordnung dafür eingesetzt, dass die Tabletten neu in einem Umkreis von 50 Km um ein Kernkraftwerk verteilt werden. In diesem Umkreis befindet sich auch der Kanton Basel-Stadt.

One Health Die Lebensqualität von Mensch und Tier nach der Philosophie von One Health steht im Fokus unseres Handelns. Um den inter- und transdisziplinäre Austausch von Expertinnen und Experten unterschiedlicher Fachrichtungen und das Arbeiten an den Schnittstellen zu gewährleisten, wird die Veranstaltungsreihe „One Health am Mittag" durchgeführt. In der ersten Veranstaltung ging es um Antibiotika-Resistenzen aus Sicht der landwirtschaftlichen Produktion, der Tier- und Humanmedizin, der Lebensmittelkette sowie der Spitalhygiene.

Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge Die Koordination der Raumplanung mit der Störfallvorsorge hat für den Kanton Basel-Stadt einen hohen Stellenwert, da drei grosse Transitgüterbahnlinien (Elsässerbahn, Hochrheinstrecke und deutsche Anbindung an NEAT) das Kantonsgebiet durchqueren und sich weiterhin störfallrelevante Anlagen in Basel-Stadt befinden. Mit der Koordination soll sichergestellt werden, dass zum einen die Siedlungsentwicklung an zweckmässigen Standorten gewährleistet werden kann, ohne die Sicherheit der Bevölkerung zu gefährden und dass zum anderen der Betrieb von risikorelevanten Anlagen je nach öffentlichem Interesse langfristig gesichert werden kann. Zudem setzte der Regierungsrat Ende 2012 eine Task Force Gefahrguttransporte ein. An den Verkehrsknotenpunkten Badischer Bahnhof und Basel SBB braucht es zusätzlich zur Koordination künftig unter anderem eine konsequente Entflechtung des Personen- und Güterverkehrs. Weil die Güterverkehr- und Gefahrguttransport-thematik ausserhalb des alleinigen Entscheidungsbereichs des Kantons liegen, müssen Lösungen beim Bund eingefordert sowie die trinationalen Partner für die Anliegen des Kantons Basel-Stadt sensibilisiert werden.

2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement umfasst die Kantonspolizei Basel-Stadt, die Rettung Basel-Stadt, den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration, die Bereiche Recht und Services sowie das Generalsekretariat. Dem Departement administrativ zugeordnet ist die Staatsanwaltschaft.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Aufstockung der Kantonspolizei Per 21. Mai 2013 konnte die Kantonspolizei mit den ersten zwölf Polizistinnen und Polizisten die Gruppe 1 des Einsatzelementes Brennpunkte einsetzen. Die zweite Gruppe nahm ihre Arbeit am 16. Dezember 2013 auf. Mit diesem Einsatzelement verstärkt die Kantonspolizei die polizeiliche Bewirtschaftung der Brennpunkte („Hotspots“) in der Innenstadt und in den Quartieren. Der Regierungsrat hatte dazu im Frühjahr 2011 beschlossen, das Budget der Kantonspolizei in den Jahren 2012 bis 2015 stufenweise aufzustocken. Die Kantonspolizei stellt in diesem Zeitraum 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten ein. Von den 45 neuen Stellen entfallen 36 auf den so genannten Einsatzzug. Weitere drei Stellen kommen dem Community Policing und sechs den Präventionsbereichen Jugend- und Präventionspolizei sowie der Kriminal- und der Verkehrsprävention zu. Der Dienst für Prävention konnte 2013 im Sinne des Regierungsratsbeschlusses um drei weitere Stellen aufstocken, das Community Policing um zwei Stellen.

Justizvollzug Der Kanton Basel-Stadt muss den stark gestiegenen Bedarf an Plätzen für den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen bewältigen. Dazu gibt es eine Reihe von Projekten, die bereits umgesetzt sind, geplant oder geprüft werden.

Mit Provisorien und Notbetten wurde die kantonale Kapazität für Untersuchungshaft und Strafvollzug bis 2013 um rund 90 Plätze erhöht. Die Bauarbeiten für eine Zusatzstation im Untersuchungsgefängnis mit weiteren neun Plätzen sind im Gange. Im Rahmen eines überdepartementalen Pilotprojekts wird zudem der Übertritt in das Arbeitsexternat für Straftäter mit längeren Freiheitsstrafen erleichtert.

Das Gefängnis Bässlergut soll mit einem Anbau für den Vollzug kurzer Freiheitsstrafen erweitert werden. Vorgesehen sind zusätzliche 40 bis 66 Gefängniszellen mit jeweils 12 Reserveplätzen. Die Inbetriebnahme des Anbaus ist für Ende 2017 vorgesehen. Im Berichtsjahr konnten die Vorbereitungsarbeiten zur Ausschreibung der Planung und Projektierung abgeschlossen werden. Das bestehende Angebot an Electronic Monitoring wurde auf 14 Plätze ausgebaut und vollumfänglich ausgelastet. Im Hinblick auf die vom Bundesrat geplante Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafen soll die Zahl der Vollzugsplätze verdoppelt werden.

Die Interkantonale Strafanstalt Bostadel prüft im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Erweiterung der Anstalt mit 60 dringlich benötigten geschlossenen Vollzugsplätzen für Straftäter mit langen Freiheitsstrafen und Verwahrte. Im Vollzugszentrum Klosterfiechten wird der Ausbau der Abteilungen für den offenen Massnahmenvollzug im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft.

Projekt UMIS Das Projekt Umbau und Instandsetzung des Spiegelhofes (UMIS) zielt zum einen darauf ab, die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und die Führungsräumlichkeiten der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) am Standort Spiegelhof gemäss den Kriterien der Lifeline-Gebäude erdbebentüchtig zu machen. Im gleichen Zug sollen die beiden heute räumlich getrennten Zentralen der Kantonspolizei – die Einsatz- und die Verkehrsleitzentrale – zusammengeführt und auf den neusten Stand der Technik gebracht sowie die betrieblichen Abläufe optimiert werden. Das gesamte Projekt soll bis 2018 abgeschlossen sein. Im Jahr 2013 wurde das Vorprojekt erabeitet, das im ersten Quartal 2014 abgeschlossen werden wird.

Erdbebenertüchtigung Hebelstrasse 53 Die Liegenschaft der Sanität Basel-Stadt an der Hebelstrasse soll erdbebenertüchtigt werden. Im gleichen Zug soll der Innenhof überdacht werden, dies als Lärmschutzmassnahme. Im Jahr 2013 wurden die Planungsarbeiten weitergeführt.

Technische Vereinheitlichung Einsatzleitsystem Das Justiz- und Sicherheitsdepartement will seine drei Einsatzzentralen (EZ) – jene der Kantonspolizei und der Rettung (Feuerwehr und Sanität)

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
30 Personalaufwand	-207.5	-207.9	-211.5	-213.9	-216.2	-223.2	-7.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-73.9	-74.7	-80.3	-93.0	-105.3	-110.9	-48.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.8	-1.6	-1.5	-1.9	-1.8	-1.5	5.5
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.0	-0.2	-0.1	-0.1	-0.2	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-0.9	-2.2	-2.5	-5.5	-5.2	-4.8	-123.1
Betriebsaufwand	**-284.2**	**-286.5**	**-295.8**	**-314.4**	**-328.7**	**-340.4**	**-18.8**
40 Fiskalertrag	31.0	30.8	30.8	31.0	-0.0	0.0	-100.0
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	84.4	81.8	84.2	90.9	99.2	98.1	19.9
43 Verschiedene Erträge	0.5	0.4	0.4	0.3	0.2	0.0	-100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	5.5	3.4	3.6	3.9	4.5	5.7	69.1
Betriebsertrag	**121.4**	**116.4**	**119.1**	**126.1**	**104.0**	**103.8**	**-10.8**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-162.8**	**-170.1**	**-176.7**	**-188.3**	**-224.7**	**-236.6**	**-39.1**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-7.2	-5.9	-5.8	-5.1	-4.7	-4.2	28.2
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.3	1.5	0.0	0.0	0.0	-0.4	-128.5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.6	0.0
Abschreibungen	**-7.0**	**-4.4**	**-5.8**	**-5.1**	**-4.7**	**-4.1**	**6.6**
Betriebsergebnis	**-169.8**	**-174.5**	**-182.5**	**-193.3**	**-229.4**	**-240.7**	**-37.9**
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.5	-0.4	-0.4	-0.8	-147.1
44 Finanzertrag	0.2	0.2	0.1	0.2	0.5	0.3	115.2
Finanzergebnis	**-0.2**	**-0.2**	**-0.4**	**-0.2**	**0.1**	**-0.5**	**-177.9**
Gesamtergebnis	**-170.0**	**-174.6**	**-182.9**	**-193.5**	**-229.3**	**-241.1**	**-38.1**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.0	-17.3	-18.4	-19.4	0.0
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	0.0	-173.0	-207.2	-218.1	0.0
4 Gesundheit	0.0	0.0	0.0	-3.2	-3.7	-3.7	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-5.7	-2.0	-4.0	-1.9	-2.3	-4.1	-105.8
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.0	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.8	-0.0	0.0	0.0	0.0	-1.8	...
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	4.6	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
Nettoinvestitionen	**-1.9**	**-0.4**	**-4.0**	**-1.9**	**-2.3**	**-7.8**	**...**
Saldo Investitionsrechnung	**-1.9**	**-0.4**	**-4.0**	**-1.9**	**-2.3**	**-7.8**	**...**

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz		1'579.4	1'598.8	1'611.2	1'630.0	1'657.0	1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz		1'495.0	1'522.0	1'573.1	1'572.0	1'633.3	2
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz		54	48	39	45	58	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	21	24	25	26	24	21	

Kommentar

1 Von 2012 bis 2015 sind insbesondere der stufenweise Ausbau des Polizeibestands und der Mehrbedarf an Sicherheitsassistentinnen im Zusammenhang mit der neuen Parkraumbewirtschaftung berücksichtigt.

2 Die Erhöhung des Headcount-Bestands von 2012 auf 2013 ist insbesondere auf den stufenweisen Ausbau des Polizeibestands (+24) und auf den Mehrbedarf an Sicherheitsassistentinnen gemäss Plan der neuen Parkraumbewirtschaftung (+17) zurückzuführen. Im Weiteren verzeichnet die Staatsanwaltschaft 6 zusätzliche Kriminalisten (Grossratsbeschluss vom 15. Mai 2013). Die restlichen zusätzlichen Stellen resultieren aus der Besetzung von Vakanzen.

– künftig auf dem gleichen System betreiben. Die EZ der Kantonspolizei und der Feuerwehr sind bereits auf dem gleichen System, die EZ der Sanität soll eingebunden werden. Dieses grosse und komplexe Projekt hatte im Jahr 2013 seinen Start.

Gerichtsorganisationsgesetz und Evaluation Justizreform Die Totalrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz; GOG) ist ein wichtiges mehrjähriges Gesetzesvorhaben. Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten weiter fortgesetzt. Der Gesetzes- und Ratschlagsentwurf waren bis zum Ende des Berichtsjahres sehr weit vorangeschritten und standen kurz vor der öffentlichen Vernehmlassung. Mit dem Projekt im Zusammenhang stehen die beiden Teilprojekte „Justizreform zweite Etappe“ und „Neuorganisation der Justizverwaltung gemäss §112 Abs. 2 KV". In der Evaluation der finanziellen Auswirkungen der eidgenössischen Prozessordnungen (Justizreform 2. Etappe) werden die Gerichte und die Staatsanwaltschaft hinsichtlich Geschäftslast sowie Aufbau- und Ablauforganisation untersucht und die für die künftige Steuerung relevanten Kennzahlen erhoben.

Erdbebenvorsorge Die Umsetzungsarbeiten zu den Erdbeben- und Elementarschadenvorsorgeaktivitäten gingen im Berichtsjahr weiter. Dabei geht es um einen Ersatz von vier bestehenden veralteten Stationen für das Starkbebenmessnetz und die Errichtung von drei zusätzlichen Stationen. Innerhalb des Projektes werden zudem den Fachleuten die geophysischen Daten des Kantons verfügbar gemacht – dies als Grundlage für den Vollzug der Baunormen, der Erdbebenertüchtigung von lebenswichtigen Gebäuden und der Katastrophenvorsorge. Der Kredit für dieses Projekt beträgt 870'000 Franken; er verteilt sich über die Jahre 2012 bis 2015.

Gefährdungsanalyse Die Kantonale Krisenorganisation (KKO) befindet sich in der dritten und letzten Phase der im Jahr 2008 initiierten Gefährdungsanalyse. In dieser Phase formuliert die KKO Massnahmen, um die in der Analyse bezüglich Prävention, Vorsorge und Bewältigung identifizierten Defizite zu beheben.

Vor-Ort-Dienstleistungen Im Rahmen eines schweizweit erstmaligen Pilotprojekts erbringen die beiden Basel seit dem 2. November 2013 neu Dienstleistungen aus den Verwaltungseinheiten Migrationsamt, Einwohneramt und Passbüro direkt auf dem Firmengelände der Novartis. Die Vor-Ort-Dienstleistungen werden durch baselstädtische Mitarbeitende erbracht und sind für den Kanton kostenneutral. Zwischen den Kantonen besteht dafür eine Dienstleistungsvereinbarung. Die für den Vor-Ort-Schalter notwendigen Investitionen für Infrastruktur und Sicherheit trägt vollumfänglich Novartis. Die Vor-Ort-Dienstleistungen wurden bereits in den ersten Wochen von den Betriebsmitarbeitenden rege genutzt. Es fanden an den 14 Öffnungstagen (zu je fünf Stunden) bis Ende Jahr insgesamt 115 Vorsprachen/Beratungen statt, bei welchen gesamthaft 154 Dienstleistungen erbracht wurden (BS 114, BL 40).

Personenauskunft-, Registratur- und Informations-System (PaRIS) Mit dem Projekt «PaRIS» werden Fachanwendungen des Bereichs Bevölkerungsdienste und Migration, des Amts für Wirt-

schaft und Arbeit, des Büros für Wahlen und Abstimmungen sowie der Gemeinden Riehen und Bettingen abgelöst und in einer gemeinsamen mehrheitlich standardisierten Fachanwendung zusammengeführt. Durch die Zusammenführung sollen Synergien genutzt und Prozesse optimiert werden. Im Berichtsjahr wurden die Anforderungsprofile erstellt und das Vorhaben öffentlich ausgeschrieben. Der Zuschlag wird 2014 erfolgen. Die Umsetzung ist bis Ende 2015 geplant.

2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist verantwortlich für die Themen Soziale Sicherheit und Vormundschaftswesen, Volkswirtschaft und Tourismus, Umwelt und Energie, sowie Schifffahrt und Luftfahrt. Die Leistungen der allgemeinen Verwaltung wie Führungsunterstützung und Kommunikation werden im Generalsekretariat erbracht.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Öffentliche Ordnung und Sicherheit Aufgrund des neuen Erwachsenenschutzrechts des Bundes wurde die bisherige Vormundschaftsbehörde per 1. Januar 2013 durch zwei neue Dienststellen abgelöst: Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) mit zwei im Entscheid unabhängigen, interdisziplinär zusammengesetzten Spruchkammern zur Beschlussfassung über allenfalls notwendige Schutzmassnahmen Und das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES), welches (analog der bisherigen Amtsvormundschaft) den grössten Teil der Beistandschaften im Auftrag der KESB führt. Nachdem in den Vorjahren die Vorbereitungen auf rechtlicher und organisatorischer Ebene im Zentrum gestanden hatten, konnte im Berichtsjahr mit der konkreten Anwendung des neuen Rechts in der neuen Organisation begonnen werden, auch wenn noch nicht alle Abläufe und Rechtsfragen definitiv eingerichtet und geklärt sind.

Soziale Sicherheit Zur finanziellen Entlastung von Familien – insbesondere kinderreiche sowie Einelternfamilien – war in den vergangenen Jahren auf Ebene von Bund und Kanton die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien gefordert worden. Von Seiten Bund wird dieses Anliegen nicht mehr weiterverfolgt. Der Kanton Basel-Stadt entschied, anstelle einer neuen Sozialleistung die bereits bestehenden Angebote Familienmietzinsbeiträge, Alimentenhilfe und Tagesbetreuung (Geschwisterrabatt) zum Familienleistungspaket zu schnüren. Im Jahr 2012 verabschiedeten der Grosse Rat und der Regierungsrat die dafür notwendigen Änderungen an Gesetz und Verordnung. Insbesondere bei den Familienmietzinsen zeigt sich aufgrund der zunehmenden Bezügerzahlen, dass der Leistungsausbau eine wichtige Entlastung für Familien bietet.

Verkehr Das Projekt des trimodalen Containerterminals Basel Nord (mit Hafenbecken 3) bildet das Schlüsselprojekt und die Grundvoraussetzung für die Zukunftssicherung des Logistikstandorts Kleinhüningen und für die künftige schrittweise Öffnung der Rheinufer im Hafen Kleinhüningen für städtebauliche Perspektiven. An der Terminalkonferenz des Bundesamts für Verkehr im Dezember 2013 forderte die gesamtschweizerische Verlader-, Logistik- und Transportbranche die Realisierung des trimodalen Terminals Basel Nord. Damit erlangte das Terminalprojekt nationale Bedeutung.

Umweltschutz und Raumordnung Der Verkehrslärm konnte in den vergangenen Jahren eingedämmt werden: Entlang aller Strassen, in denen der Alarmwert überschritten ist, sind heute Schallschutzfenster installiert. Mittlerweile stellt der Freizeit- bzw. der Gastronomielärm das grösste Lärmproblem in Basel dar. Der Ausgleich zwischen Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner und Freizeitgestaltung von Gästen ist nicht einfach herzustellen. Umso wichtiger ist das gute Zusammenwirken der Behörden (Polizei, Bauinspektorat und Amt für Umwelt und Energie); der Informationsaustausch verläuft reibungslos. Gastronomiebetriebe, welche die Rechtsordnung nicht einhalten, werden (gebührenpflichtig) gemahnt und verzeigt. Die intensiv diskutierte Schliessungszeit von 20.00 Uhr bei Hinterhofrestaurants betrifft jedoch nur sieben Restaurants, während von den insgesamt 900 Basler Restaurants 500 eine Bewilligung für die Betreibung einer Gartenwirtschaft bis mindestens 22.00 Uhr haben.

In einer breit abgestützten Arbeitsgruppe mit kantonalen Fachstellen, Gemeinden, Forschung und Wasserversorgungsbetrieben wurde das Konzept „WieseVital“ erarbeitet. Das Konzept enthält den Vorschlag für Massnahmen zur Gewässeraufwertung im Bereich der Langen Erlen, welche auch den Anforderungen der sicheren Trinkwasserversorgung genügen. Der Grosse Rat wird das Konzept im Jahr 2014 zusammen mit der Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung des Vor- und Bauprojekts zur Kenntnisnahme erhalten.

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
30 Personalaufwand	-61.7	-91.5	-98.1	-98.1	-101.0	-106.1	-15.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-27.2	-49.2	-50.1	-58.1	-57.1	-56.8	-15.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	21.3
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-40.6	-26.7	-22.7	-22.4	-23.8	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-392.9	-495.5	-510.7	-539.3	-578.3	-623.9	-25.9
Betriebsaufwand	**-522.6**	**-663.1**	**-681.7**	**-718.0**	**-760.2**	**-786.9**	**-18.7**
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.4	...
42 Entgelte	89.7	82.6	88.1	90.6	88.7	116.8	41.4
43 Verschiedene Erträge	1.0	3.1	1.2	2.8	0.2	0.0	-100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	8.5	7.6	9.2	12.5	15.3	0.0	-100.0
46 Transferertrag	124.9	175.1	173.9	177.9	193.7	190.2	8.6
Betriebsertrag	**224.2**	**268.4**	**272.5**	**283.7**	**297.9**	**317.4**	**18.3**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-298.5**	**-394.6**	**-409.2**	**-434.3**	**-462.3**	**-469.4**	**-19.0**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-10.4	-3.6	-3.4	-3.5	-2.8	-5.3	-47.1
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-0.8	-2.0	-0.7	-1.1	-0.9	-11.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen	**-11.5**	**-4.4**	**-5.3**	**-4.3**	**-3.9**	**-6.2**	**-39.6**
Betriebsergebnis	**-309.9**	**-399.1**	**-414.6**	**-438.6**	**-466.2**	**-475.6**	**-19.2**
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0	76.2
44 Finanzertrag	1.3	1.1	1.1	1.3	1.7	1.8	61.2
Finanzergebnis	**1.1**	**0.9**	**0.9**	**1.1**	**1.5**	**1.8**	**90.7**
Gesamtergebnis	**-308.8**	**-398.1**	**-413.6**	**-437.5**	**-464.7**	**-473.8**	**-19.0**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.0	-8.3	-9.6	-9.7	0.0
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	0.0	-8.1	-9.2	-11.3	0.0
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	0.0	-430.5	-455.1	-456.5	0.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	0.0	0.0	2.4	2.2	-0.5	0.0
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	0.0	3.2	8.0	5.3	0.0
8 Volkswirtschaft	0.0	0.0	0.0	3.9	-0.9	-1.1	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-12.1	-5.1	-1.7	-1.3	-1.7	-1.4	72.1
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.2	-1.0	-2.4	-1.2	-1.5	-0.9	8.8
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.2	0.5	0.6	0.5	0.4	0.0	-100.0
Nettoinvestitionen	**-13.1**	**-5.6**	**-3.5**	**-2.0**	**-2.8**	**-2.7**	**51.9**
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	-1.0	1.0	0.0	0.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-1.0**	**1.0**	**0.0**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-13.1**	**-5.6**	**-3.5**	**-3.0**	**-1.8**	**-2.7**	**51.9**

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz		585.9	639.0	639.75	678.17	681.9	
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz		575.0	617.1	618.58	657.93	668.4	1
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	79	78	50	55	56	70	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	13	32	32	37	31	37	

Kommentar

1 Die wesentlichen Veränderungen sind begründet mit der Übernahme eines Heims vom Gesundheitsdepartement im Jahr 2010 und mit dem Ressourcenbedarf des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts im Jahr 2012. Details zum Berichtsjahr können den Dienststellenberichten entnommen werden.

Volkswirtschaft Wegen der hohen Auslastung des im Sommer 2011 eröffneten Technologieparks Basel stimmte der Regierungsrat einer Erweiterung der Fläche zu. Ab Sommer 2014 werden insgesamt rund 100 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Zusammen mit dem Basel Inkubator, der sich unmittelbar neben den Räumen des Technologieparks befindet, bietet Basel innovativen Jungunternehmen aus dem Technologiebereich eine optimale Infrastruktur.

Seit April 2012 wird die vom Kanton Basel-Stadt lancierte Plattform für Innovation und Unternehmertum „i-net innovation networks", welche die Felder Nanotechnologie, Life Sciences (mit Biovalley Basel), Medizinaltechnik, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Umwelt- und Energietechnologien abdeckt, auch von den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Jura getragen und vom Bund bis 2015 mitfinanziert. Im Berichtsjahr wurde das Angebot an spezifischen Dienstleistungen in den Bereichen Vernetzung, Innovation und Geschäftsentwicklung stark ausgebaut.

Die Logistikwirtschaft gehört zu den fünf Zielbranchen des Kantons (mit Life Sciences-Wirtschaft, chemische Industrie, Finanzdienstleister und Kreativwirtschaft). Die Bedeutung des Grossraums Basel als Logistikstandort mit bester verkehrlicher Erschliessung (Schiene, Strasse, Wasser, Luft) und Ausstrahlung auf die ganze Schweiz und über die Grenzen hinweg ist verstärkt in den Blickpunkt gerückt. Der Kanton beteiligt sich (zusammen mit Basel-Landschaft, EuroAirport, Schweizerischen Rheinhäfen sowie Verbänden) an der Trägerschaft des Logistikclusters Basel. Durch gezielte Förderung und Koordination der Aktivitäten der zahlreichen ansässigen Unternehmen und Institutionen soll das Potenzial der Logistikbranche weiter vergrössert und besser ausgeschöpft werden.

2.3.8 Gerichte

Rechtssprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen wie z.B. Zivil-, Straf-, Verwaltungsrecht; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag. Die Gerichte sind aufgeteilt in erstinstanzliche Gerichte und ein zweitinstanzliches Gericht.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Im Jahr 2013 wurden im Rahmen der Begutachtung der Geschäftslast der Gerichte umfassende Erhebungen gemacht, welche den Experten ihre Schlussfolgerungen ermöglichen sollen. Erste Ergebnisse sind ab Mitte 2014 zu erwarten.

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
30 Personalaufwand	-34.2	-35.3	-36.1	-38.0	-38.8	-40.2	-13.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-17.2	-17.2	-18.2	-18.3	-19.9	-24.0	-39.6
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-0.0	89.9
Betriebsaufwand	**-51.5**	**-52.5**	**-54.3**	**-56.3**	**-58.8**	**-64.2**	**-22.2**
42 Entgelte	31.6	31.0	30.8	24.5	24.3	25.6	-17.6
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
Betriebsertrag	**31.6**	**31.0**	**30.8**	**24.5**	**24.3**	**25.6**	**-17.7**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-19.8**	**-21.5**	**-23.6**	**-31.8**	**-34.4**	**-38.6**	**-79.7**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.6	-0.4	-0.6	-0.6	-0.4	0.0	100.0
Abschreibungen	**-0.6**	**-0.4**	**-0.6**	**-0.6**	**-0.4**	**0.0**	**100.0**
Betriebsergebnis	**-20.4**	**-21.9**	**-24.2**	**-32.4**	**-34.9**	**-38.6**	**-76.3**
34 Finanzaufwand	-1.5	-1.5	-1.7	-1.3	-0.1	-0.1	95.7
44 Finanzertrag	0.7	0.3	0.4	0.1	0.0	0.1	-78.7
Finanzergebnis	**-0.7**	**-1.2**	**-1.3**	**-1.2**	**-0.0**	**-0.0**	**99.9**
Gesamtergebnis	**-21.2**	**-23.1**	**-25.5**	**-33.6**	**-34.9**	**-38.6**	**-66.8**
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	0.0	-33.6	-34.9	-38.6	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.8	-1.8	0.2	-0.2	0.0	0.0	100.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	**-1.8**	**-1.8**	**0.2**	**-0.2**	**0.0**	**0.0**	**100.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-1.8**	**-1.8**	**0.2**	**-0.2**	**0.0**	**0.0**	**100.0**

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz		228.7	228.7	235.4	239.4	245.6
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz		224.0		234.8	236.3	239.4

2.3.9 Behörden und Parlament

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. % R13/R09
30 Personalaufwand	-5.8	-6.2	-6.6	-6.8	-5.5	-7.0	-13.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1.6	-1.7	-1.5	-1.7	-2.9	-2.4	-37.7
Betriebsaufwand	**-7.4**	**-7.9**	**-8.1**	**-8.5**	**-8.4**	**-9.4**	**-18.5**
42 Entgelte	0.3	0.2	0.1	0.1	0.0	0.0	-79.0
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
Betriebsertrag	**0.3**	**0.2**	**0.1**	**0.1**	**0.0**	**0.0**	**-79.4**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-7.1**	**-7.7**	**-8.0**	**-8.4**	**-8.4**	**-9.3**	**-21.4**
Betriebsergebnis	**-7.1**	**-7.7**	**-8.0**	**-8.4**	**-8.4**	**-9.3**	**-21.4**
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	20.0
Finanzergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**20.0**
Gesamtergebnis	**-7.1**	**-7.7**	**-8.0**	**-8.4**	**-8.3**	**-9.3**	**-21.4**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.0	-6.8	-6.7	-7.6	0.0
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	0.0	0.0	-1.6	-1.7	-1.7	0.0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	24.4	29.0	28.3	29.5	29.8	29.8
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	24.3	26.8	27.4	28.7	29.3	28.8

3 Die Jahresrechnung

3.1 Erfolgsrechnung

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'126.1	54.5	4.6	-27.9	-2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-478.1	-436.6	-451.0	-14.4	-3.3	27.1	5.7
33 Abschreibungen VV	-119.0	-128.2	-166.0	-37.8	-29.5	-47.0	-39.5
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	-0.2	-0.2	0.0	39.2	99.6
36 Transferaufwand	-1'762.3	-1'813.4	-1'859.7	-46.3	-2.6	-97.4	-5.5
Betriebsaufwand	**-3'497.0**	**-3'558.7**	**-3'602.9**	**-44.2**	**-1.2**	**-105.9**	**-3.0**
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'481.4	-36.7	-1.5	-30.5	-1.2
41 Regalien und Konzessionen	16.5	34.2	33.4	-0.9	-2.5	16.9	102.8
42 Entgelte	387.7	358.4	419.0	60.6	16.9	31.4	8.1
43 Verschiedene Erträge	53.6	0.1	15.0	14.9	...	-38.6	-72.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	18.8	0.0	0.2	0.2	0.0	-18.6	-99.1
46 Transferertrag	500.0	508.2	530.5	22.3	4.4	30.4	6.1
Betriebsertrag	**3'488.4**	**3'418.9**	**3'479.4**	**60.5**	**1.8**	**-9.0**	**-0.3**
Betriebsergebnis	**-8.5**	**-139.8**	**-123.4**	**16.4**	**11.7**	**-114.9**	**...**
34 Finanzaufwand	-109.8	-143.5	-176.1	-32.6	-22.7	-66.3	-60.4
44 Finanzertrag	301.4	290.2	384.9	94.8	32.7	83.6	27.7
Finanzergebnis	**191.6**	**146.6**	**208.8**	**62.2**	**42.4**	**17.3**	**9.0**
Gesamtergebnis	**183.0**	**6.8**	**85.4**	**78.5**	**...**	**-97.6**	**-53.3**
Total Aufwand	**-3'606.8**	**-3'702.2**	**-3'779.0**	**-76.8**	**-2.1**	**-172.2**	**-4.8**
Total Ertrag	**3'789.8**	**3'709.1**	**3'864.4**	**155.3**	**4.2**	**74.6**	**2.0**

Kommentar

Die Abweichungen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Die Details werden im Kapitel „Anhang“ erläutert.

3.2 Bilanz

		per	per	Abw. R13/R12	
in Mio. Franken		31.12.2012	31.12.2013	abs.	%
100	Flüssige Mittel	381.1	658.1	276.9	72.7
101	Forderungen	425.4	343.8	-81.6	19.2
102	Kurzfristige Finanzanlagen	1.0	4.2	3.2	323.0
104	Aktive Rechnungsabgrenzung	1'705.9	1'812.2	106.3	6.2
106	Vorräte	6.5	6.8	0.3	5.2
Finanzvermögen im Umlaufvermögen		**2'519.9**	**2'825.0**	**305.1**	**12.1**
Total Umlaufvermögen		**2'519.9**	**2'825.0**	**305.1**	**12.1**
107	Langfristige Finanzanlagen	256.2	299.2	43.0	16.8
108	Sachanlagen FV	1'605.8	1'688.1	82.3	5.1
109	Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital	22.2	20.8	-1.4	6.5
Finanzvermögen im Anlagevermögen		**1'884.2**	**2'008.0**	**123.9**	**6.6**
140	Sachanlagen VV	2'773.3	2'752.4	-20.9	0.8
142	Immaterielle Anlagen	14.0	12.7	-1.3	9.4
144	Darlehen	870.4	899.5	29.1	3.3
145	Beteiligungen	1'857.0	1'907.0	50.0	2.7
146	Gegebene Investitionsbeiträge	122.1	134.2	12.1	9.9
Verwaltungsvermögen im Anlagevermögen		**5'636.8**	**5'705.8**	**69.0**	**1.2**
Total Anlagevermögen		**7'521.0**	**7'713.8**	**192.8**	**2.6**
Total Aktiven		**10'040.9**	**10'538.8**	**497.9**	**5.0**
	davon Total Finanzvermögen	4'404.1	4'833.1	429.0	9.7
200	Laufende Verbindlichkeiten	-2'611.3	-2'746.3	-135.1	-5.2
201	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-730.0	-1'001.0	-271.0	-37.1
204	Passive Rechnungsabgrenzung	-194.6	-214.5	-19.9	-10.2
205	Kurzfristige Rückstellungen	-93.8	-102.5	-8.7	-9.3
Kurzfristiges Fremdkapital		**-3'629.7**	**-4'064.4**	**-434.7**	**-12.0**
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'549.0	-2'558.0	-9.0	-0.4
208	Langfristige Rückstellungen	-168.1	-130.3	37.7	-22.4
209	Fonds im Fremdkapital	-108.2	-114.5	-6.4	-5.9
Langfristiges Fremdkapital		**-2'825.2**	**-2'802.9**	**22.3**	**-0.8**
Total Fremdkapital		**-6'454.9**	**-6'867.3**	**-412.4**	**-6.4**
291	Fonds im Eigenkapital	-107.1	-117.4	-10.3	-9.6
292	Rücklagen	-3.4	-5.4	-2.0	-57.7
295	Aufwertungsreserven	-1'348.6	-1'348.6	0.1	0.0
296	Neubewertungsreserven	-3.7	-3.7	0.0	0.0
299	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	-1'940.1	-2'115.1	-175.0	-9.0
299	Veränderung Fonds im Eigenkapital und Rücklagen	0.0	4.0	4.0	...
299	Jahresergebnis	-183.0	-85.4	97.6	-53.3
Total Eigenkapital		**-3'586.0**	**-3'671.5**	**-85.6**	**-2.4**
Total Passiven		**-10'040.9**	**-10'538.8**	**-497.9**	**-5.0**

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr von 10'040.9 Mio. (nach Restatement) auf 10'538.8 Mio. Franken um 497.9 Mio. Franken oder 5.0% erhöht.

Auf der Aktivseite setzt sich diese Zunahme aus der Erhöhung des Finanzvermögens (plus 428.9 Mio. Franken) und der Zunahme des Verwaltungsvermögens (plus 69.0 Mio. Franken) zusammen.

Auf der Passivseite liegt diese Zunahme einerseits am Eigenkapital, das sich dank dem erfreulichen Rechnungsergebnis um 85.4 Mio. Franken erhöht hat und neu 34.8% der Bilanzsumme beträgt. Andererseits hat sich das Fremdkapital (Bruttoschulden) um 412.4 Mio. Franken erhöht.

Die Nettoschulden (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) konnten um 16.6 Mio. Franken reduziert werden.

Die Details zu den einzelnen Bilanzpositionen werden im Kapitel Anhang erläutert.

3.3 Investitionsrechnung

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Sachanlagen Grossinvestitionen	-250.1	-335.8	-262.6	73.2	21.8	-12.6	-5.0
Immaterielle Anlagen Grossinvestitionen	-0.6	0.0	-1.3	-1.3	0.0	-0.7	-108.7
Sachanlagen Kleininvestitionen	0.0	-3.3	-7.0	-3.7	-110.9	-7.0	0.0
Immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	0.0	-0.2	-0.3	-0.2	-104.5	-0.3	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-6.2	0.0	-20.4	-20.4	0.0	-14.1	-225.9
Investitionsausgaben	**-256.9**	**-339.3**	**-291.6**	**47.6**	**14.0**	**-34.7**	**-13.5**
Übertragung von Anlagen	6.8	0.0	112.7	112.7	0.0	105.9	...
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	41.1	28.3	22.4	-5.9	-20.8	-18.7	-45.6
Investitionseinnahmen	**47.9**	**28.3**	**135.1**	**106.8**	**377.4**	**87.2**	**182.0**
Nettoinvestitionen	**-209.1**	**-311.0**	**-156.5**	**154.5**	**49.7**	**52.5**	**25.1**
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-366.9	-61.9	-185.7	-123.8	-200.0	181.2	49.4
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3.1	0.0	94.7	94.7	0.0	91.6	...
Veränderung Darlehen, Beteiligungen	**-363.8**	**-61.9**	**-91.0**	**-29.1**	**-47**	**272.8**	**75.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-572.8**	**-372.9**	**-247.6**	**125.4**	**33.6**	**325.3**	**56.8**

Bei Investitionsausgaben von 291.6 Mio. Franken und Investitionseinnahmen von 135.1 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 156.5 Mio. Franken für das Jahr 2013. Unter Berücksichtigung der Position Veränderung Darlehen, Beteiligungen von 91.0 Franken beläuft sich der Saldo der Investitionsrechnung auf 247.6 Mio. Franken

Die gesamten Bruttoausgaben für Investitionen (Sachanlagen Grossinvestitionen) betragen 262.6 Mio. Franken und liegen damit um 73.2 Mio. Franken (21.8%) unter dem Budget 2013 resp. 12.6 Mio. Franken (5.0%) über der Rechnung 2012. Die Unterschreitung gegenüber dem Budget basiert u.a. auf mehreren nur im reduzierten Umfang realisierten oder auf noch nicht umgesetzten Vorhaben. Hier spielen zum Beispiel Einsprachen, aber auch zu optimistische Budgetierungen eine Rolle.

Zu den Investitionseinnahmen zählen die Übertragungen von Anlagen von 112.7 Mio. Franken sowie erhaltene Grossinvestitionsbeiträge von 22.4 Mio. Franken. Die erhaltenen Grossinvestitionsbeiträge beinhalten insbesondere Beiträge von Privaten in der Höhe von 12.5 Mio. Franken (davon 8.4 Mio. Franken von der Laurenz-Stiftung), Bundesbeiträge von 9.2 Mio. Franken, Beiträge von eigenen Anstalten von 0.5 Mio. Franken sowie Kantonsbeiträge vom Kanton Basel-Landschaft von 0.2 Mio. Franken.

Per Saldo zeigt die Rechnung 2013 bei den Veränderungen Darlehen und Beteiligungen eine Abnahme von 91.0 Mio. Franken. Zu nennen ist hier vor allem das Darlehen an die Basler Verkehrs-Betriebe zur Finanzierung der Flexity-Trams (55.8 Mio. Franken), die Beteiligungserhöhung in Zusammenhang mit der Übergabe des Spitalgebäudes an das Universitäts-Kinderspital beider Basel (41.0 Mio Franken), die Darlehen an die Industrielle Werke Basel für das Projekt „Fiber to the Home“ (16.0 Mio. Franken) und an die Universität für den Neubau des Biozentrums (11.0 Mio. Franken). Umgekehrt reduziert sich der Vorschuss an die Pensionskassen-Destinatäre aufgrund der laufenden Regelung um 52.6 Mio. Franken.

3.4 Geldflussrechnung

	in Mio. Franken	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
	Betriebsergebnis	-0.3	-123.4	-123.1	...
+/-	Abnahme/Zunahme Forderungen	71.5	81.6	10.2	14.2
+/-	Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	58.2	-106.3	-164.5	-282.6
+/-	Abnahme/Zunahme Vorräte	9.3	-0.3	-9.6	-103.6
+/-	Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	14.1	135.1	120.9	855.8
+/-	Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	6.0	19.9	13.9	229.3
+/-	Zunahme/Abnahme Fonds FK	6.5	6.4	-0.1	-1.8
+/-	Bildung/Auflösung Rückstellungen	-131.2	-29.0	102.2	77.9
+	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	119.0	166.0	47.0	39.5
+	Abschreibungen Investitionsbeiträge	5.8	9.3	3.5	59.0
-	Auflösung erhaltene Investitionsbeiträge	0.0	-8.6	-8.6	...
+/-	Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen,Beteiligungen (VV)	-16.2	12.8	29.0	179.2
+/-	Übrige nicht geldwirksame Transaktionen	80.3	78.8	-1.5	-1.9
=	**Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit**	**223.1**	**242.3**	**19.2**	**8.6**
-	Ausgaben Sachanlagen	-250.1	-262.6	-12.6	-5.0
-	Ausgaben immaterielle Anlagen	-0.6	-1.3	-0.7	-108.7
-	Ausgaben Darlehen	-58.1	-84.8	-26.8	-46.1
-	Ausgaben Beteiligungen	-308.9	-100.9	208.0	67.3
-	Ausgaben Investitionsbeiträge	-6.2	-20.4	-14.1	-225.9
-	Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-7.3	-7.3	...
+	Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	6.8	112.7	105.9	...
+	Einnahmen erhaltene Investitionsbeiträge	41.1	22.4	-18.7	-45.6
+	Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	3.1	54.1	51.0	...
+	Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	0.0	40.6	40.6	...
=	Saldo Investitionsrechnung	-572.8	-247.6	325.3	56.8
-	Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	-6.8	-7.6	-0.9	-12.8
+/-	Übrige nicht geldwirksame Transaktionen Investitionsrechnung	0.5	-52.0	-52.5	...
=	Geldfluss aus der Investitionsrechnung	-579.1	-307.3	271.9	46.9
-/+	Zunahme/Abnahme Finanzanlagen FV	33.4	-41.5	-74.9	-224.4
-/+	Zunahme/Abnahme Sachanlagen FV	-90.2	-82.3	7.9	8.7
=	**Geldfluss aus Investitionstätigkeit**	**-635.9**	**-431.1**	**204.8**	**32.2**
+/-	Zinsertrag/Zinsaufwand	-57.7	-39.7	18.0	31.2
-	Kapitalbeschaffungs-, Verwaltungskosten	-2.8	-3.0	-0.2	-7.7
+/-	Liegenschaftsertrag/Liegenschaftsaufwand Finanzvermögen	108.6	116.1	7.5	6.9
+	Beteiligungsertrag (ohne Kurswertanpassungen)	100.6	133.4	32.8	32.7
+/-	Übriger Finanzertrag/Finanzaufwand	0.4	0.3	-0.1	-25.2
+/-	Abnahme/Zunahme von Verkehrswerten	4.5	-18.9	-23.4	-525.0
-/+	Verlust/Gewinn aus Verkauf von Finanzvermögen	34.3	1.7	-32.6	-95.0
+/-	Zinsen Diskontierungseffekte	0.0	-0.9	-0.9	...
+/-	Abnahme/Zunahme kurzfristige Finanzanlagen	0.2	-3.2	-3.4	...
+/-	Zunahme/Abnahme kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	80.0	271.0	191.0	238.8
+/-	Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	-50.0	400.0	450.0	900.0
+/-	Zunahme/Abnahme langfristige Finanzverbindlichkeiten	138.0	-391.0	-529.0	-383.3
=	**Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit**	**356.0**	**465.8**	**109.8**	**30.8**
	Stand Flüssige Mittel per 1.1.	438.0	381.1	-56.9	-13.0
	Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	**-56.9**	**276.9**	**333.8**	**586.7**
	Stand Flüssige Mittel per 31.12.	381.1	658.1	276.9	72.7

Die Geldflussrechnung zeigt die Änderungen des Bestandes an Flüssigen Mitteln sowie die Ursachen dieser Änderungen. Im Jahre 2013 hat der Bestand an Flüssigen Mitteln (Kasse, Post, Bank) um rund 276.9 Mio. Franken von 381.1 Mio. auf 658.1 Mio. Franken zugenommen.

Bei den Finanzströmen wird unterschieden zwischen einem Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit. Als Vergleich sind die Werte des Jahres 2012 (ohne Restatement) aufgeführt.

3.5 Eigenkapitalnachweis

in Mio. Franken	Gesamt-ergebnis	Fonds im Eigen-kapital	Rücklagen	Auf- und Neube-wertungs-reserven	Kumulierte Ergebnisse Vorjahre	**Total Eigen-kapital**
Eigenkapital per 1. Januar 2012	**-217.3**	**434.0**	**-4.8**	**-965.0**	**-700.7**	**-1'453.8**
Zuweisung Gesamtergebnis 2011	217.3	0.0	0.0	0.0	-217.3	0.0
Jahresergebnis 2012	-183.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-183.0
Veränderung Fonds	0.0	-25.5	0.0	0.0	0.0	-25.5
Veränderung Rücklagen	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	1.4
Veränderung Bewertungsreserven	0.0	0.0	0.0	-38.2	0.0	-38.2
Sonstige Transaktionen	0.0	-515.7	0.0	-349.2	-1'022.0	-1'886.9
Eigenkapital per 31. Dezember 2012	**-183.0**	**-107.1**	**-3.4**	**-1'352.3**	**-1'940.1**	**-3'586.0**
Zuweisung Gesamtergebnis 2012	183.0	0.0	0.0	0.0	-183.0	0.0
Jahresergebnis 2013	-85.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-85.4
Veränderung Fonds	2.3	-2.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Rücklagen	1.7	0.0	-2.0	0.0	0.0	-0.2
Veränderung Bewertungsreserven	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	0.1
Sonstige Transaktionen	0.0	-8.0	0.0	0.0	8.0	0.0
Eigenkapital per 31. Dezember 2013	**-81.4**	**-117.4**	**-5.4**	**-1'352.3**	**-2'115.1**	**-3'671.5**

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, wie sich das Eigenkapital im Berichtsjahr verändert hat. Es ist ersichtlich, wie sich die erfassten Finanzvorfälle auf die einzelnen Positionen des Eigenkapitals auswirken.

Die Fonds im Eigenkapital haben sich im Berichtsjahr von 107.1 Mio. (nach Restatement) auf 117.4 Mio. Franken um 10.3 Mio. Franken oder 9.6% erhöht. Die Details zu den einzelnen Fonds werden im Kapitel Anhang erläutert.

3.6 Anhang

3.6.1 Allgemeine Erläuterungen

Grundlagen und Grundsätze

Neuerungen in der Berichterstattung 2013 Die folgenden Sachverhalte sind wesentliche Neuerungen zur Berichterstattung 2012:

- Die Jahresrechnung 2013 wird erstmals in Anbindung an die IPSAS erstellt.
- Neben der Jahresrechnung für das Stammhaus wird zusätzlich eine konsolidierte Jahresrechnung erstellt.
- Neu werden die Begriffe Bilanz und Erfolgsrechnung anstelle von Bestandesrechnung und laufende Rechnung verwendet.
- In der Erfolgsrechnung werden neu zwei Stufen unterschieden: Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und das Finanzergebnis.
- Mit der Anbindung an IPSAS wird die international übliche Obergliederung der Aktivseite in Umlauf- und Anlagevermögen übernommen. Die zweite Gliederungsstufe ist die in der Schweiz übliche Aufteilung in Finanz- und Verwaltungsvermögen.

Rechtliche Grundlagen Die vorliegende Jahresrechnung basiert auf dem Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012, auf der Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltverordnung) vom 22. Mai 2012, auf dem Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz/Globalbudgets) und dem Gesetz über den Öffentlichen Verkehr (Programm und Finanzierung).

Das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) setzt die Vorschriften aus dem Finanzhaushaltgesetz und der Finanzhaushaltverordnung für den Vollzug um. Für die Jahresrechnung 2013 hat das HBR vom 4. Februar 2014 Gültigkeit.

Grundlagen der Rechnungslegung Die auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzte neue Rechnungslegung orientiert sich an dem in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsachengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (true and fair view). Sie verfolgt den periodengerechten Ausweis (Accrual Accounting) aller Aufwendungen und Erträge und bewirkt zusammen mit der Umsetzung weiterer Prinzipien in Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) eine wesentlich verbesserte Aussagekraft und Transparenz in der finanziellen Berichterstattung.

Der Jahresabschluss des Stammhauses resultiert aus den Buchhaltungen, welche von den einzelnen Dienststellen gemäss einem einheitlichen Kontenplan im System SAP ERP geführt werden. Der Jahresbericht des Stammhauses umfasst sämtliche unselbständigen Dienststellen und Betriebe des Kantons.

- **Accrual Accounting** Die Buchführung und Rechnungslegung erfolgen nach kaufmännischen Grundsätzen, dem so genannten Accrual Accounting. Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind.
- **Trennung Verwaltungs- und Finanzvermögen** Die Vermögenswerte werden in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert. Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.

- **Verhältnis zwischen der Jahresrechnung des Stammhauses und der konsolidierten Jahresrechnung** Die Jahresrechnung des Stammhauses beinhaltet die kantonale Verwaltung, die Gerichte, Behörden und Parlament sowie den Regierungsrat. Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst neben der Rechnung des Stammhauses zusätzliche Anstalten und Organisationen, die der Kanton massgeblich beeinflussen kann. Der Konsolidierungskreis und die Konsolidierungsgrundsätze werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung offengelegt.
- **Verhältnis zum Budget** Das Budget wurde auf Basis der Jahresrechnung des Stammhauses erstellt.

Abweichungen zu IPSAS Das gewählte Regelwerk gemäss §31 der Finanzhaushaltverordnung sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese bilden die Grundlage für das Handbuch für Rechnungslegung (HBR). Im Anhang der Finanzhaushaltverordnung wird die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS präzisiert, indem jeder anzuwendende Standard einzeln mit dem relevanten Erscheinungsdatum sowie allfälligen Abweichungen dazu aufgeführt ist. Die Finanzverwaltung verfolgt die Entwicklung der IPSAS und beantragt dem Regierungsrat die nötigen Massnahmen, insbesondere die Anpassung des Anhangs der Finanzhaushaltverordnung infolge Änderungen der IPSAS.

Die vorliegende Jahresrechnung enthält folgende Abweichungen zu den IPSAS:

- IPSAS 1 - Darstellung des Abschlusses: Die konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt ist nach den Grundsätzen der IPSAS erstellt, enthält im Anhang jedoch nur eine Auswahl der verlangten Offenlegungen. Begründung: Für die politischen Gremien ist die Stammhausrechnung die „Hauptrechnung“, daher wird diese nach IPSAS erstellt.
- IPSAS 6 - Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Abweichung zu IPSAS 6.20: Die zu konsolidierenden Einheiten werden nach dem Control-Principle gemäss IPSAS festgelegt, der Regierungsrat kann aber einzelne Einheiten von der Konsolidierung ausschliessen. Begründung: Ein Ausschluss von der Konsolidierung kann beispielsweise angezeigt sein, wenn der Einbezug infolge immenser Grössenunterschiede die Transparenz der konsolidierten Rechnung in Frage stellen würde (Basler Kantonalbank) oder im Gegenteil die Beteiligung völlig unwesentlich wäre und gleichzeitig zu umfassende organisatorische Massnahmen notwendig würden.
- IPSAS 16 - Renditeliegenschaften: Abweichung zu IPSAS 16.27 und 16.42: Die Verbuchung der erhaltenen Investitionsbeiträge als Minusaktivposition ist nicht IPSAS-konform, weil die Aktiv- und Passivseite nicht korrekt bewertet ist. Begründung: Ein Ausweis als Passivposition würde sich auf die Schuldenbremse auswirken; eine Anpassung der Schuldenbremse wäre notwendig. Der Beitrag soll an der gleichen Position wie bei der Anlage ausgewiesen werden.
- IPSAS 17 Sachanlagen: Bei den Tiefbauten wird der Komponentenansatz nicht angewendet. Die Verbuchung der erhaltenen Investitionsbeiträge als Minusaktivposition ist nicht IPSAS-konform, weil die Aktiv- und Passivseite nicht korrekt bewertet ist. Begründungen: Der Komponentenansatz wurde nicht angewendet, weil der Verzicht keinen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Tiefbauten hat, der Aufwand für die Umsetzung jedoch sehr hoch wäre. Der erhaltene Investitionsbeitrag soll an der gleichen Position wie die Anlage ausgewiesen werden.
- IPSAS 22 - Ausweis von Finanzinformationen über den allgemeinen Regierungssektor: Keine Anwendung vorgesehen. Begründung: Anwendung nicht bindend.
- IPSAS 23 - Erträge aus Transaktionen ohne gegenseitige Leistungsbeziehung (Steuern und Transferleistungen): Abweichung zu IPSAS 23.22: Der Steuerertrag wird nicht gemäss dem Eintritt des steuerbaren Ereignisses verbucht. Begründung: Die periodischen Steuererträge werden nach Fälligkeit verbucht, d.h. erst im dem Steuerjahr folgenden Jahr. Bei Basel-Stadt fallen Veranlagungs- und Bezugsperiode ins Jahr nach Eintritt des steuerbaren Ereignisses (Steuerperiode). Aus diesem Grund werden die Steuererträge erst im dem Steuerjahr folgenden Jahr fällig. Diese Methode wird konsequent auf alle periodischen Steuern angewandt. Die im Rahmen der Abgrenzungen geschätzten Beträge basieren auf objektiven Faktoren. Der Schätzungsalgorithmus ist dokumentiert.

- IPSAS 25 - Leistungen an Arbeitnehmer: IPSAS 25 wird nicht angewendet. Abbildung Personalvorsorge gemäss Swiss GAAP FER 16. Die anwartschaftlichen Dienstaltersgeschenke werden nach statischer Methode ermittelt. Begründung: Die Pensionskasse legt eine FER-konforme Rechnung ab. Die Zahlen in der Bilanz des Kantons stimmen somit mit den Zahlen der Pensionskasse überein, da beide in diesem Bereich FER anwenden (die gleiche Über- oder Unterdeckung wird kommuniziert). Keine Rückstellungen auf Basis von dynamischen Berechnungen vorgenommen, da der Aufwand den Nutzen nicht gerechtfertigt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden erstmals folgende Standards angewendet:

In Kraft gesetzte Standards

Standard	Bezeichnung	Stand	Kommentar
IPSAS 1	Darstellung des Abschlusses	2010	Mit Abweichung
IPSAS 2	Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung)	2010	
IPSAS 3	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	2010	
IPSAS 4	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	2010	
IPSAS 5	Fremdkapitalkosten	2010	
IPSAS 6	Konzern- und separate Abschlüsse	2010	Mit Abweichung
IPSAS 7	Anteile an assoziierten Einheiten	2010	
IPSAS 8	Anteile an Joint Ventures	2010	
IPSAS 9	Erträge aus Transaktionen mit gegenseitiger Leistungsbeziehung	2010	
IPSAS 11	Fertigungsaufträge	2010	
IPSAS 12	Vorräte	2010	
IPSAS 13	Leasingverhältnisse	2010	
IPSAS 14	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	2010	
IPSAS 16	Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	2010	Mit Abweichung
IPSAS 17	Sachanlagen	2010	
IPSAS 18	Segmentberichterstattung	2010	
IPSAS 19	Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen	2006	
IPSAS 20	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Einheiten und Personen	2010	
IPSAS 21	Wertminderung von nicht-zahlungsmittelgenerierenden Vermögenswerten	2010	
IPSAS 23	Erträge aus Transaktionen ohne gegenseitige Leistungsbeziehung (Steuern und Transferleistungen)	2010	Mit Abweichung
IPSAS 24	Darstellung von Haushaltsinformationen in Jahresabschlüssen	2006	
IPSAS 26	Wertminderungen von zahlungsmittelgenerierenden Vermögenswerten	2010	
IPSAS 27	Landwirtschaft	2010	
IPSAS 28	Finanzinstrumente: Darstellung	2010	
IPSAS 29	Finanzinstrumente: Erfassung und Bewertung	2010	
IPSAS 30	Finanzinstrumente: Offenlegung	2010	
IPSAS 31	Immaterielle Vermögenswerte	2010	
Swiss GAAP FER 16	Vorsorgeverpflichtungen		

Bis zum Datum der Genehmigung der Jahresrechnung waren darüber hinaus nachfolgende IPSAS veröffentlicht. Diese sind für den Kanton Basel-Stadt jedoch nicht relevant oder treten erst später in Kraft und wurden in der vorliegenden Jahresrechnung nicht angewendet.

Nicht in Kraft gesetzte Standards

Standard	Bezeichnung	Stand	Geplante Inkraftsetzung durch Kanton Basel-Stadt	
IPSAS 10	Rechnungslegung in Hochinflationsländern	2010	keine	1
IPSAS 15	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	2010	keine	2
IPSAS 22	Angaben über Finanzinformationen über den allgemeinen staatlichen Sektor	2006	keine	3
IPSAS 25	Leistungen an Arbeitnehmer	2010	keine	4
IPSAS 32	Dienstleistungskonzessionen: Konzessionsgeber	2011	noch offen	

Kommentar

1 In der Schweiz nicht relevant.

2 IPSAS 28, 29 und 30 lösen IPSAS 15 ab.

3 Keine Anwendung vorgesehen. Anwendung nicht bindend.

4 IPSAS 25 wird nicht angewendet, Abbildung Personalvorsorge gemäss Swiss GAAP FER 16.

Neue Standards können beim Regierungsrat zur Anwendung beantragt werden. Zur Zeit wird keine Inkraftsetzung eines neuen Standards beantragt.

Änderungen der Grundlagen und Grundsätze Für die Jahresrechnung 2013 ist erstmals das Finanzhaushaltgesetz (vom 14. März 2012) die Finanzhaushaltverordnung (vom 22. Mai 2012) massgebend.

Annahmen und Schätzungen

Die Erstellung der Jahresrechnung bedingt die Anwendung von Schätzungen und Annahmen, die die ausgewiesenen Aktiven, Verbindlichkeiten, Erträge, Aufwendungen sowie Eventualforderungen und –verbindlichkeiten zum Zeitpunkt der Bilanzierung beeinflussen. Schätzungen und Annahmen werden laufend neu getroffen und basieren auf Erfahrungswerten der Vergangenheit sowie Erwartungen bezüglich des Eintreffens zukünftiger Ereignisse. Zusätzlich sind bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze Entscheide zu treffen, die bedeutende Auswirkungen auf die in der Jahresrechnung ausgewiesenen Beträge haben können. Dies gilt insbesondere für folgende Sachverhalte:

Fiskalertrag Gemäss Finanzhaushaltverordnung §34 erfolgt die Steuerabgrenzung nach Fälligkeiten. Die Berechnungsmethode verwendet objektive Zahlungsgrundlagen und wird stetig angewendet. Die Einkommens-, Vermögens-, Reingewinn- und Eigenkapitalsteuern werden gemäss den Bestimmungen vom Handbuch für Rechnungslegung (Steuererträge) ermittelt. Die im Rahmen der Abgrenzungen geschätzten Beträge basieren auf objektiven Faktoren. Der Schätzungsalgorithmus ist dokumentiert.

Forderungen Die Wertberichtigung in der Erfüllung unsicherer Forderungen umfasst in erheblichem Mass Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf der Kreditwürdigkeit des einzelnen Kunden, das allgemeine Kreditrisiko und der Analyse historischer Forderungsausfälle beruhen.

Immobilien im Finanzvermögen Gemäss Finanzhaushaltverordnung §40 werden Immobilien im Finanzvermögen jährlich nach einer Verkehrswertmethode neu bewertet (erfolgswirksam). Der Kanton Basel-Stadt bewertet seine Immobilien im Finanzvermögen in der Regel nach der Discounted Cash Flow Methode (DCF-Methode). Kann der Wert nicht mittels DCF-Methode ermittelt werden (z.B. bei Liegenschaften, welche keinen Ertrag abwerfen, oder auch bei Liquidationsbeständen), ist der Marktwert aufgrund aktueller Marktpreise auf vergleichbaren Märkten oder einer vergleichbaren Methode zu ermitteln (z.B. Bodenpreis für vergleichbare Landparzellen). Kann in Ausnahmefällen ein

Marktwert nicht zuverlässig ermittelt werden, sind die Liegenschaften im Finanzvermögen wie jene im Verwaltungsvermögen (zu Anschaffungskosten) zu bewerten.

Beteiligungen im Finanzvermögen Beteiligungen im Finanzvermögen werden jährlich zum Verkehrswert (Marktwert) bewertet.

Wertminderungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen Die Sach- und immateriellen Anlagen werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Dabei sind für Anlagen des Verwaltungsvermögens der Wert der zukünftigen Nutzen und zukünftiger Geldflüsse bei einer allfälligen Veräusserung zu beurteilen. Frühere Beurteilungen können sich als falsch erweisen und zu einer Wertminderung führen, wenn beispielsweise die Nutzungsdauer von Anlagen verkürzt wurden, Gebäude anders genutzt werden, Anlagen anders als prognostiziert technisch veralten oder frühere Ertragsprognosen für Produkte und Lizenzen sich als falsch erweisen.

Leasing Bei Leasinggeschäften wird zwischen Finanzierungsleasing („Finance Lease“) und operativem Leasing („Operating Lease“) unterschieden. Ein Finanzierungsleasing ist ein Leasingverhältnis, bei dem die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden, im Gegensatz zum operativen Leasing. Für die Überprüfung, ob ein Finanzierungsleasing vorliegt, gilt pro Sachverhalt und Geschäftsvorfall eine Wesentlichkeitsgrenze von 300’000 Franken. Wird die Wesentlichkeitsgrenze unterschritten, so wird der Geschäftsfall immer als operatives Leasing behandelt.

Rückstellungen Gemäss Finanzhaushaltverordnung §41 werden Rückstellungen ungeachtet der Höhe bilanziert, sofern im Zeitpunkt der Bilanzierung ein vergangenes Ereignis zu einer gegenwärtigen Verpflichtung führt, ein Mittelabfluss wahrscheinlich ist und dieser zuverlässig bemessen werden kann. Der Rückstellungsbedarf wird vom Departement jährlich neu beurteilt und ab 500’000 Franken dem Finanzdepartement gemeldet. Bei Rückstellungen ab 10 Mio. Franken werden die getroffenen Annahmen dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Offengelegte Pensionsverpflichtungen Gemäss Finanzhaushaltverordnung §32 wendet der Kanton Basel-Stadt für die Bilanzierung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf die Organisation (Kanton Basel-Stadt) Swiss GAAP FER 16 an (und nicht IPSAS 25). Zentrales Element von Swiss GAAP FER 16 bildet die jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Unternehmens per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage hierfür dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung.

Änderungen von Annahmen und Schätzungen Nach der Umstellung der Rechnungslegung in Anbindung an die IPSAS per 1. Januar 2013 wurden keine wesentlichen Annahmen und Schätzungen geändert.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Fiskalertrag Der Ertrag wird für natürliche und juristische Personen getrennt berechnet. Der Anteil des Kantons an der Direkten Bundessteuer (natürliche und juristische Personen) ist als Gutschrift aus Transfers zu betrachten und nicht als Steuerertrag. Die Forderungen aus Fiskalerträgen werden nach den gleichen Grundsätzen bewertet wie die übrigen Forderungen.

- **Natürliche Personen** Die Steuererträge setzen sich zusammen aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen (per 31. Dezember) für die nicht fakturierten, fälligen Steuern abzüglich der Auflösung früherer Abgrenzungen (per 1. Januar).

  Die natürlichen Personen mit Aufenthaltsbewilligung werden an der Quelle besteuert. Die Steuererträge der Quellensteuer setzen sich zusammen aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen der nicht fakturierten, fälligen Steuern.

  Bei natürliche Personen mit Wohnsitz im Ausland setzen sich die Steuererträge der Quellensteuer für deutsche Grenzgänger zusammen aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und der aktiven

Abgrenzung der nicht fakturierten, fälligen Steuern. Bei französischen Grenzgängern wird die aktive Abgrenzung aufgrund des Vorjahreswertes d.h. des nach Frankreich gemeldeten Betrages (per 31. Dezember) vorgenommen.

- **Juristische Personen** Die Steuererträge setzen sich aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen für die nicht fakturierten, fälligen Steuern zusammen. Die aktive Abgrenzung entspricht in ihrer Höhe nur den Akontoguthaben für die fälligen, nicht fakturierten Steuern. Nicht abgegrenzt werden fällige, nicht fakturierte Steuern ohne Akontoguthaben.

Erfassung von Entgelten, Regalien, Konzessionen und verschiedenen Erträgen Entgelte sind in Gebühren, Erträge aus Dienstleistungen, Verkaufserträge, Rückerstattungen, Bussen und übrige Entgelte unterteilt. Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen. Verschiedene Erträge umfassen aktivierbare Eigenleistungen, verschiedene betriebliche Erträge und übrige, nicht zuordenbare Erträge.

Der Ertrag wird im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung durch den Kanton verbucht. Der Ertrag ist periodengerecht zu verbuchen.

Transferertrag Anteile des Kantons an Einnahmen anderer Gemeinwesen und Beiträgen ohne Zweckbindung werden als Transferertrag verbucht. Der Kanton Basel-Stadt partizipiert auf Grund gesetzlicher Grundlagen an den Einnahmen anderer Gemeinwesen, hauptsächlich aber an denen des Bundes. Diese Einnahmen umfassen unter anderem Anteile an der direkten Bundessteuer, Anteile am Wehrpflichtersatz, Anteile am Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung oder Beiträge im Rahmen des Finanzausgleichs. Anteile und Beiträge ohne Verwendungszweck werden grundsätzlich in dem Jahr verbucht, in dem der Kanton einen Rechtsanspruch auf seinen Anteil hat. Erfolgt die Zahlung respektive Gutschriftsanzeige auf dem Kontokorrent in einem nachfolgenden Jahr, ist eine zeitliche Abgrenzung vorzunehmen.

Entschädigungen sind Erträge aus Dienstleistungen, die der Kanton Basel-Stadt für andere Gemeinwesen erbringt. Der Kanton Basel-Stadt erfüllt dabei ganz oder teilweise eine Aufgabe, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Entschädigungen werden in der gleichen Periode erfolgswirksam verbucht, wie der Aufwand des Kantons für die Erbringung der öffentlichen Aufgabe verbucht wurde. Entschädigungen für das vergangene Jahr, die erst in einer folgenden Rechnungsperiode eingehen, werden in der Jahresrechnung als aktive Rechnungsabgrenzungen bilanziert.

Beiträge von anderen Gemeinwesen und Dritten werden in dem Jahr als Ertrag verbucht, in welchem der Kanton die Leistung erbringt. Wird ein Beitrag in einer Folgeperiode der Leistungserbringung durch den Kanton vergütet (nachschüssig), ist eine Ertragsabgrenzung im Vorjahr vorzunehmen, wenn ein direkter Zusammenhang zwischen dem Beitrag und der Leistungserbringung vorliegt.

Transferaufwand Anteile anderer Gemeinwesen an Einnahmen und Beiträgen des Kantons werden als Transferaufwand ausgewiesen. Der Verwendungszweck wird vom Gesetz bestimmt. Fehlt eine Zweckbestimmung, kann das begünstigte Gemeinwesen frei darüber verfügen. Die Aufwendungen werden in der gleichen Rechnungsperiode wie die entsprechende Ertragsbuchung erfasst. Die Verbuchung erfolgt in der Regel brutto.

Entschädigungen an Gemeinwesen sind Abgeltungen für Dienstleistungen von Gemeinwesen, die für den Staat ganz oder teilweise Aufgaben erfüllen, die öffentlichen Zwecken dienen und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Staates sind. Die Entschädigungen an Gemeinwesen werden in der Rechnungsperiode als Transferaufwand erfasst, in welcher die Leistungen von den anderen Gemeinwesen erbracht werden. Ein Teil dieser Entschädigungen unterliegt speziell dem Staatsbeitragsgesetz. Diese werden in diesem Bereich als Abgeltungen bezeichnet.

Beiträge unterscheiden sich von den Investitionsbeiträgen dadurch, dass beim Empfänger keine dauerhaften Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Beiträge sind zweckgebunden und können mit zusätzlich einzuhaltenden Bedingungen beim Empfänger versehen sein.

Analog zu den Entschädigungen unterliegt auch hier ein Teil der Beiträge dem Staatsbeitragsgesetz. In diesem Bereich werden diese als Finanzhilfen bezeichnet. Im Kanton Basel-Stadt werden die Beiträge in der Regel periodengerecht ausbezahlt (d.h. Vertragsperiode entspricht in der Regel

der Auszahlungsperiode). Nicht periodengerecht ausbezahlte Beiträge sind abzugrenzen. Für die periodengerechte Erfassung der Beiträge muss jeder Einzelfall gesondert beurteilt werden.

Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen (Finanzvermögen) Diese umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken, Zahlungen unterwegs, kurzfristige Geldmarktanlagen mit ursprünglichen Laufzeiten von weniger als 90 Tagen oder Geldmarktanlagen, die jederzeit in Bargeld umgewandelt werden können. Flüssige Mittel werden zum Nennwert und Geldmarktanlagen zum Marktwert bewertet.

Forderungen (Finanzvermögen) Forderungen werden verbucht, wenn die entsprechende Lieferung oder Leistung erbracht ist und der Nutzen an den Käufer beziehungsweise Leistungsbezüger übergegangen ist. Forderungen werden zu Nominalwerten ausgewiesen, sofern deren Rückzahlung innerhalb eines Jahres vorgesehen ist. Für die separate Behandlung von Forderungen mit Fälligkeit über einem Jahr, gilt die Wesentlichkeitsgrenze von > 50‘000 Franken. Langfristige Forderungen ab 50’000 Franken werden als langfristige Finanzanlagen (Finanzvermögen im Anlagevermögen) bilanziert. Für zweifelhafte Forderungen, das allgemeine Kreditrisiko und zu erwartende Ertragsminderungen (Skonti) werden Wertberichtigungen vorgenommen. Die Forderungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung wertberichtigt. Dienststellen mit Einzelwertberichtigungen nehmen nur noch auf den restlichen Forderungen eine pauschale Wertberichtigung vor. Dienststellen, die keinen Anlass für Einzelwertberichtungen haben, nehmen auf allen Forderungen eine pauschale Wertberichtigung vor. Bei pauschalen Wertberichtigungen sind festgelegte Prozentsätze zu verwenden.

Aktive Rechnungsabgrenzungen Als aktive Rechnungsabgrenzung werden Ausgaben im Berichtsjahr erfasst, welche erst im Folgejahr zu belasten sind. Dazu gehören zum Beispiel vorausbezahlte Miet- und Pachtzinsen, Versicherungsprämien, Steuern, Beiträge u.a., welche erst im Folgejahr als Aufwand der Erfolgsrechnung belastet werden. Ebenfalls abgegrenzt werden Erträge, welche per Abschlussstichtag noch nicht fakturiert werden konnten.

Vorräte Die Warenvorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellkosten und den realisierbaren Nettoverkaufswerten bilanziert. Die Anschaffungs- oder Herstellkosten werden nach der gewichteten Durchschnittsmethode ermittelt. Alternativ können die Vorräte auch nach der FIFO-Methode (First-in, First-out) bewertet werden (z.B. Heizölvorräte).

In die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vorräten sind alle Kosten des Erwerbes und der Be- und Verarbeitung sowie sonstige Kosten (z.B. Transportkosten) einzubeziehen, die angefallen sind, um die Vorräte an ihren derzeitigen Ort und in ihren derzeitigen Zustand zu versetzen. Nicht in die Anschaffungskosten der Vorräte eingeschlossen werden allgemeine Verwaltungs-, Vertriebsgemein- und Lagerkosten, wenn diese nicht für den Produktionsprozess relevant sind. Rabatte aller Art sowie in Anspruch genommene Skonti werden bei der Ermittlung der Anschaffungskosten abgezogen.

Finanzanlagen im Finanzvermögen Die Klassifizierung von Festgeldanlagen richtet sich nach der ursprünglichen Laufzeit (Fälligkeit). Die Restlaufzeit am Bilanzstichtag ist nicht massgebend.

- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt bis 90 Tage: Kontengruppe 100 „Flüssige Mittel“
- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt ab 90 bis 360 Tage: Kontengruppe 102 „Kurzfristige Finanzanlagen“
- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt über 1 Jahr: Kontengruppe 107 „Finanzanlagen“

Die Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt.

Die übrigen Finanzanlagen sind kurz- oder langfristiger Natur und sind entsprechend unter den kurzfristigen Finanzanlagen (Laufzeit bis zu einem Jahr) bzw. den langfristigen Finanzanlagen auszuweisen. Zu den übrigen Finanzanlagen gehören u.a. die Wertschriften im Finanzvermögen. Die Wertschriften des Finanzvermögens werden unter den kurzfristigen Finanzanlagen bilanziert, wenn sie keinen Beteiligungscharakter aufweisen.

Aktivdarlehen im Finanzvermögen Aktivdarlehen im Finanzvermögen werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher

Aufgaben vorgesehen ist und deren Wert verlässlich ermittelt werden kann. Zinsen auf Aktivdarlehen sind periodengerecht abzugrenzen. Darlehen im Finanzvermögen unterstehen dem Verkehrswertprinzip. Somit sind Darlehen im Finanzvermögen grundsätzlich zum Verkehrswert (d.h. Wert für welches das Darlehen auf dem Markt verkauft werde könnte) zu bewerten.

Derivative Finanzinstrumente Die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente erfolgt im Kanton Basel-Stadt nach den IPSAS. Bei der Bilanzierung und Bewertung ist zu unterscheiden, ob es sich um ein Absicherungsinstrument (im Kanton Basel-Stadt Cross Currency Swaps oder auch Zinsswaps) oder um eine Handelsposition (im Kanton Basel-Stadt Zinsswaps) handelt.

Immobilien im Finanzvermögen Gebäude und immobile Kulturgüter (historische Bauten etc.) werden bilanziert, wenn sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen und ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann. Sämtliche Investitionen, die die Aktivierungskriterien erfüllen, werden aktiviert. Es kommt keine Aktivierungsgrenze zur Anwendung.

Gemäss Finanzhaushaltverordnung §40 werden Immobilien im Finanzvermögen jährlich nach einer Verkehrswertmethode bewertet. Bei Anlagenzugang werden die Gebäude im Finanzvermögen zu Anschaffungskosten bewertet. Sind keine Kosten entstanden (z.B. Schenkung), gilt der Fair Value (tatsächlicher Wert) als Anschaffungskosten. Für die Folgebewertung wird der Fair Value gemäss IPSAS 16 ermittelt. Der Kanton Basel-Stadt bewertet seine Immobilien des Finanzvermögens in der Regel nach der Discounted Cash Flow Methode (DCF). Dabei wird jährlich der aktuelle Wert ermittelt. Die Anpassung der Bewertung (positiv wie auch negativ) erfolgt erfolgswirksam.

Mobilien Mobilien mit mehrjähriger Nutzung (Finanz- wie auch Verwaltungsvermögen) werden aktiviert, wenn sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind (Verwaltungsvermögen), ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie den Betrag von 50’000 Franken übersteigen. Die Aktivierungsgrenze gilt sowohl für Neuzugänge als auch für Zusatz- und Ersatzinvestitionen.

Für die Bewertung von Mobilien im Verwaltungsvermögen gilt das Anschaffungskostenmodell. Die Mobilien werden linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben.

Immobilien im Verwaltungsvermögen Gebäude und immobile Kulturgüter (historische Bauten etc.) sowie Tiefbauten werden bilanziert, wenn sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist, ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie die Aktivierungsgrenze von 300‘000 Franken übersteigen.

Investitionen in Hoch- und Tiefbauten im Verwaltungsvermögen von über 300’000 Franken werden aktiviert und über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben, wenn die Investitionen die Aktivierungskriterien erfüllen. Aktivierungsfähig ist eine Investition, wenn dadurch zusätzlicher, künftiger und wirtschaftlicher Nutzen geschaffen oder die Nutzung gesteigert wird durch eine Verlängerung der ursprünglichen Nutzungsdauer, Erhöhung der ursprünglichen Kapazität / Raumvolumen, massgebliche Verbesserung des Raumstandards oder Verringerung der Betriebs- und Unterhaltskosten. Alle nicht aktivierungsfähigen Investitionen sind über die Erfolgsrechnung zu buchen.

Die erstmalige Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Sind keine Kosten entstanden (z.B. Schenkung), gilt der Fair Value (tatsächlicher Wert) zum Zeitpunkt der Übernahme durch den Kanton als Anschaffungskosten. Die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen werden linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben.

Immaterielle Anlagen Immaterielle Anlagen sind Vermögenswerte ohne physische Substanz, welche für die Herstellung von Produkten, der Erbringung von Dienstleistungen, die Vermietung an Dritte oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben genutzt werden. Beispiele von möglichen immateriellen Anlagen sind: selbst erstellte oder gekaufte Software (ohne Betriebssoftware), Copyrights z.B. auf Publikationen, erworbener Goodwill oder im Grundbuch eingetragene Rechte.

Für die Aktivierung von immateriellen Anlagen gilt die Aktivierungsgrenze von 50’000 Franken. Ausgaben für immaterielle Anlagen unterhalb von 50’000 Franken werden über die Erfolgsrechnung verbucht.

Die Erstbewertung gekaufter oder selbst geschaffener immaterieller Anlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellkosten. Immaterielle Anlagen werden linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben.

Aktivdarlehen im Verwaltungsvermögen Aktivdarlehen im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist und deren Wert verlässlich ermittelt werden kann. Zinsen auf Aktivdarlehen sind periodengerecht abzugrenzen. Darlehen sind grundsätzlich mit dem Nominalwert abzüglich Wertberichtigungen zu bilanzieren. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Wertberichtigungen sind jährlich neu zu beurteilen.

Beteiligungen Beteiligungen werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist und ihr Wert mittels anerkannter Bewertungsmethoden verlässlich ermittelt werden kann. Es kommt keine Aktivierungsuntergrenze zur Anwendung.

Für die Bewertung gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Alle Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungskosten abzüglich notwendiger Wertberichtigungen (Impairment) bewertet. Beteiligungen im Finanzvermögen werden zum Verkehrswert (Marktwert) bewertet.

Investitionsbeiträge Vom Kanton Basel-Stadt gegebene Investitionsbeiträge werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen über den Empfänger des Investitionsbeitrages bei der Öffentlichkeit hervorbringen und der Wert der Investitionsbeiträge (d.h. rückforderbarer Geldbetrag) verlässlich ermittelt werden kann. Damit eine Aktivierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Es gilt die Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken. Investitionsbeiträge unter 50'000 Franken werden der Erfolgsrechnung belastet. Die aktivierten Investitionsbeiträge werden gemäss den entsprechenden Nutzungsdauern des Kantons abgeschrieben.

Erhaltene Investitionsbeiträge sind als Abzugposten zu den entsprechenden Sachanlagen zu bilanzieren (Aktivminusposition), wenn der erhaltene Mittelzufluss der Finanzierung eines aktivierungsfähigen Investitionsguts dient. Damit eine Bilanzierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Erhaltene Investitionsbeiträge werden ab null Franken aktiviert. Die erhaltenen Investitionsbeiträge werden über die Nutzungsdauer des mit den erhaltenen Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsgutes über die Erfolgsrechnung im Transferertrag linear aufgelöst.

Leasing Bei Leasinggeschäften wird zwischen Finanzierungsleasing („Finance Lease") und operativem Leasing („Operating Lease") unterschieden. Für die Überprüfung, ob ein Finanzierungsleasing vorliegt, gilt pro Sachverhalt und Geschäftsvorfall eine Wesentlichkeitsgrenze von 300'000 Franken. Wird die Wesentlichkeitsgrenze unterschritten, so wird der Geschäftsfall immer als operatives Leasing behandelt (Aufwandbuchung).

Ein Finanzierungsleasing wird buchhalterisch und finanzrechtlich wie ein Kauf behandelt. Das Leasingobjekt wird als Vermögen (Aktiven) dargestellt, dem zu Vertragsbeginn eine gleich hohe Verbindlichkeit (Passiven) gegenübersteht. Das Finanzierungsleasing kommt zurzeit im Kanton Basel-Stadt nicht zur Anwendung.

Dauernde Wertminderungen (Impairment) Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden regelmässig auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftigen aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt. Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in der Höhe der Differenz als ausserplanmässige Abschreibung verbucht.

Laufende Verbindlichkeiten Laufende Verbindlichkeiten werden bilanziert, wenn ihr Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt und der Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich

ist. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu begleichen. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungen Als passive Rechnungsabgrenzungen gelten bereits im Berichtsjahr bezogene Lieferungen und Leistungen, bei denen die Rechnungsstellung erst im Folgejahr erfolgt. Für Restlieferungen und Restleistungen (unabhängig eingegangener Verpflichtungen), welche erst im Folgejahr erfolgen, dürfen keine Abgrenzungen vorgenommen werden. Ebenfalls abgegrenzt werden (bereits vereinnahmte) Erträge, welche dem Folgejahr zuzurechnen sind.

Finanzverbindlichkeiten Finanzverbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten des Kantons entstehen. Unter kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, welche innerhalb von 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden, fallen Verbindlichkeiten gegenüber Geldinstituten und sonstigen Parteien. Zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehören Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine, Staatsanleihen, Darlehen und langfristige Leasingverbindlichkeiten.

Die Bewertung der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt zum Nominalwert. Die Bewertung der langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert. Nicht zu Marktkonditionen verzinsliche Schulden erfordern eine differenzierte Vorgehensweise, die im Einzelfall von der Finanzverwaltung festzulegen ist. Zur Abgrenzung von Agio und Disagio wird die Effektivzinsmethode angewendet. Agio und Disagio werden über die Laufzeit des Instrumentes mit dem Effektivzins amortisiert.

Rückstellungen Gemäss Finanzhaushaltverordnung §41 werden Rückstellungen ungeachtet der Höhe bilanziert, sofern im Zeitpunkt der Bilanzierung ein vergangenes Ereignis zu einer gegenwärtigen Verpflichtung führt, ein Mittelabfluss wahrscheinlich ist (Wahrscheinlichkeit über 50%) und dieser zuverlässig bemessen werden kann. Der Rückstellungsbedarf wird vom Departement jährlich neu beurteilt und ab 500'000 Franken dem Finanzdepartement gemeldet. Bei Rückstellungen ab 10 Mio. Franken werden die getroffenen Annahmen dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Vorsorgeverpflichtungen Der Begriff Vorsorgeverpflichtung umfasst die berufliche Vorsorge. Zum Bereich der beruflichen Vorsorge zählen im Kanton Basel-Stadt die Leistungen der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS). Der Kanton Basel-Stadt wendet für die Bilanzierung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf die Organisation (Kanton Basel-Stadt) Swiss GAAP FER 16 an (und nicht IPSAS 25).

Die Bewertung wird jährlich aktualisiert. Zentrales Element von Swiss GAAP FER 16 bildet die jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Unternehmens per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage für eine Bewertung dient der provisorische Jahresabschluss der Vorsorgeeinrichtung des Geschäftsjahres.

Fonds, Legate und Stiftungen Fonds ist der Überbegriff für eine Vielzahl an verschiedenen Formen, u.a. Spezialfinanzierungen, Spezialfonds, Legate und selbständige Stiftungen.

Gemäss Finanzhaushaltgesetz §42 sind Fonds ausgeschiedene Vermögen mit besonderer Zweckbindung und mit bestimmten Auflagen. Fonds werden nach ihrem Charakter im Fremd- oder Eigenkapital ausgewiesen. Fonds im Fremdkapital gründen auf einer Verpflichtung gegenüber Dritten, welche die Verwendung der Gelder an den vorbestimmten, eng definierten Zweck bindet. Treuhänderisch verwaltete Gelder werden nur dann als Fonds im Fremdkapital ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. Die Bildung von Fonds aus öffentlichen Mitteln bedarf ausdrücklich der Grundlage in einem Gesetz oder einem gleichgestellten Beschluss. Der Regierungsrat verwaltet die Fonds und verfügt darüber im Rahmen der Zweckbestimmung und der Auflagen, sofern nicht ausdrücklich eine andere Zuständigkeit vorgesehen ist.

Gemäss Finanzhaushaltverordnung §41 werden treuhänderisch verwaltete Fonds, die 25'000 Franken nicht überschreiten und maximal acht Jahre bestehen, nicht bilanziert. Treuhänderisch verwaltete Fonds, die zeitlich unbeschränkt sind und 10'000 Franken nicht überschreiten, müssen nicht bilanziert werden.

Das angewandte Hauptkriterium für die Zuordnung, ob ein Fonds im Fremd- oder Eigenkapital ausgewiesen wird, ist der Handlungsspielraum des Kantons Basel-Stadt bei der Verwendung der Gelder, was sich in der Regel anhand der gesetzlichen Grundlage ableiten lässt.

Der bilanzierte Betrag entspricht dem Nominalwert des Saldos des Fonds. Passivbestände sind Verpflichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen. Aktivposten stellen Vorschüsse des Kantons an den Fonds dar.

Eigenkapital Das Eigenkapital beinhaltet folgende Positionen:

- Gesamtergebnis
- Fonds im Eigenkapital
- Rücklagen
- Aufwertungsreserven
- Neubewertungsreserven Finanzvermögen
- Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre

Das Gesamtergebnis umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres ohne die Ergebnisse der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds. Das Jahresergebnis wird im Folgejahr auf das Konto kumulierte Ergebnisse der Vorjahre umgebucht.

Die Position Fonds im Eigenkapital umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds. Das Jahresergebnis wird im Bestandeskonto der Fonds im Eigenkapital im Berichtsjahr ausgewiesen.

Es handelt sich um Rücklagen für Dienststellen oder Behörden, die mit Globalkrediten gesteuert werden. Auch nicht global gesteuerte Einheiten dürfen aufgrund ihrer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit Rücklagen als limitiertes Eigenkapital bilden, wenn sie Konkurrenz ausgesetzt und im Markt tätig sind.

Die Bildung von Rücklagen stellt eine Transaktion im Eigenkapital dar. Die Reserveeinlage darf nicht über die Erfolgsrechnung geführt werden.

Die Aufwertungsreserven sind auf die Umstellung der Rechnungslegung (HRM2/IPSAS) per 1. Januar 2013 zurückzuführen (Restatement).

Unter den Neubewertungsreserven werden Wertschwankungen im Finanzvermögen erfasst.

Die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre entsprechen dem Saldo der Ergebnisse vorangegangener Jahre.

Fremdwährungsumrechnung Fremdwährungsbestände werden in der Jahresrechnung in Franken ausgewiesen. Auftretende Umrechnungsdifferenzen können zu unrealisierten Fremdwährungsgewinnen und -verlusten führen, welche erfolgswirksam verbucht werden.

Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen Nach der Umstellung der Rechnungslegung auf die IPSAS per 1. Januar 2013 wurden keine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze geändert.

3.6.2 Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung

Erfolgsrechnung Kontogruppe 30 Personalaufwand

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
300	Behörden, Kommissionen, Richter	0.0	-13.4	-10.8	2.6	19.7	-10.8	0.0	
301	Löhne Verwaltungs-, Betriebspersonal	-856.8	-623.4	-601.2	22.2	3.6	255.6	29.8	1
302	Löhne Lehrkräfte	0.0	-244.7	-261.1	-16.5	-6.7	-261.1	0.0	2
303	Temporäre Arbeitskräfte	-6.0	-5.2	-6.3	-1.0	-20.1	-0.2	-4.1	
304	Zulagen	-14.4	-32.7	-36.8	-4.1	-12.7	-22.4	-155.1	
305	Arbeitgeberbeiträge	-210.3	-234.7	-184.4	50.2	21.4	25.8	12.3	3
306	Arbeitgeberleistungen	-0.1	0.0	-0.1	0.0	-133.5	0.0	19.7	
309	Übriger Personalaufwand	-10.6	-26.6	-25.4	1.1	4.2	-14.9	-141.0	
30	**Personalaufwand**	**-1'098.2**	**-1'180.6**	**-1'126.1**	**54.5**	**4.6**	**-27.9**	**-2.5**	

Kommentar

Der Vergleich mit der Rechnung 2012 ist teilweise eingeschränkt, da durch die erstmalige vollständige Verwendung des Kontenplans gemäss HRM2 u.a. eine detailliertere Budgetierung vorgenommen wurde. So werden die Personalausgaben für Behörden, Kommissionen und Richter nun auf der Position 300, die Löhne der Lehrkräfte auf der Position 302 separat ausgewiesen. Bisher wurden diese Ausgaben zusammen mit den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonals (Position 301) ausgewiesen.

1 Insbesondere aufgrund von Verzögerungen bei Stellenbesetzungen sind die Löhne für das Verwaltungs- und Betriebspersonal tiefer als budgetiert ausgefallen.

2 Im Vergleich zum Budget sind die Löhne für die Lehrkräfte aufgrund von höheren Schülerzahlen und Stellvertretungen höher ausgefallen.

3 Die Budgetunterschreitung ist darauf zurückzuführen, dass die nicht ausgeschöpften Lohnkosten zu tieferen Arbeitgeberbeiträgen geführt haben und ein Teil der Rückstellung für die PKBS Deckungslücke aufgelöst werden konnte.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
310	Material- und Warenaufwand	-42.6	-41.4	-43.5	-2.1	-5.0	-0.9	-2.0	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	0.0	-14.4	-16.0	-1.6	-11.2	-16.0	0.0	
312	Ver- und Entsorgung	-32.7	-30.9	-32.9	-1.9	-6.3	-0.1	-0.3	
313	Dienstleistungen und Honorare	-127.3	-139.1	-147.8	-8.7	-6.2	-20.5	-16.1	
314	Unterhalt Immobilien	-79.9	-49.7	-50.9	-1.1	-2.3	29.1	36.4	
315	Unterhalt Mobilien, immaterielle Anlagen	-43.5	-31.4	-31.9	-0.5	-1.6	11.7	26.8	
316	Mieten,Leasing,Pacht,Benützungsgeb.	-23.2	-33.6	-26.3	7.3	21.7	-3.1	-13.5	
317	Spesenentschädigungen	-7.6	-6.2	-6.3	-0.1	-2.0	1.2	16.0	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-47.8	-53.2	-67.6	-14.4	-27.2	-19.8	-41.5	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-73.5	-36.7	-27.8	8.9	24.2	45.6	62.1	
31	**Sach- und Betriebsaufwand**	**-478.1**	**-436.6**	**-451.0**	**-14.3**	**-3.3**	**27.1**	**5.7**	1

Kommentar

Die Rechnung 2013 kann nur bedingt mit der Vorjahresrechnung verglichen werden, da mit der Einführung des neuen Kontenplans gemäss HRM2 verschiedene Positionen neu auf anderen ausgewiesen werden.

1 Die Abweichung zum Budget ist auf mehrere kleinere Faktoren bei verschiedenen Dienststellen zurückzuführen. So fehlten Erfahrungsgrundlagen für die Budgetierung der Debitorenverluste bei der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der neuen Eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnung. Zudem entstand bei verschiedenen Dienststellen ein Mehraufwand für Gutachten, Expertisen und externen Beratern. Letztlich müssen nach HRM2 die Buchungen für Eigenversicherungen neu über die Erfolgsrechnung gebucht werden. Dies war im Budget noch nicht vorgesehen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 33 Abschreibungen

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
330	Sachanlagen Grossinvestitionen	-114.5	-117.9	-155.6	-37.8	-32.0	-41.1	-35.9	1
332	Immaterielle Anlagen Grossinvestitionen	0.0	-5.4	-5.5	-0.1	-1.5	-5.5	0.0	2
333	Sach-, immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	-4.5	-4.9	-4.9	0.0	0.1	-0.4	-8.7	
33	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**	**-119.0**	**-128.2**	**-166.0**	**-37.8**	**-29.5**	**-47.0**	**-39.5**	

Kommentar

1 Die Abschreibungen der Hochbauten im Verwaltungsvermögen liegen infolge der Umstellung auf HRM2 deutlich über Budget und Vorjahresrechnung. Dies war vor dem Restatement nicht abschätzbar.

2 Die Abweichung zur Rechnung 2012 ist darauf zurückzuführen, dass mit der erstmaligen Budgetierung nach dem Kontenplan HRM2 die Abschreibungen für immaterielle Anlagen (hauptsächlich Software) separat auf der Position 332 ausgewiesen werden.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 34 Finanzaufwand

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
340	Zinsaufwand	-58.6	-77.5	-59.9	17.6	22.7	-1.3	-2.2	1
	Verzinsung laufende Verbindl.	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-265.6	-0.0	-73.9	
	Verzinsung kurzfr. Finanzverbindl.	-1.1	-10.9	-0.9	9.9	91.3	0.1	11.2	
	Verzinsung langfr. Finanzverbindl.	-57.5	-56.6	-54.7	1.9	3.4	2.8	4.9	
	Übrige Passivzinsen	-0.0	-10.0	-4.2	5.8	57.8	-4.2	...	
341	Realisierte Kursverluste	0.0	0.0	-0.5	-0.5	...	-0.5	...	
342	Kapitalbeschaffungs-, Verwaltungskosten	-25.6	-2.4	-3.0	-0.6	-24.0	22.6	88.3	
343	Liegenschaftenaufwand FV	-16.4	-63.5	-41.0	22.4	35.3	-24.6	-150.1	2
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	-9.2	-0.2	-71.7	-71.5	...	-62.5	-681.6	3
349	Verschiedener Finanzaufwand	-0.1	0.0	0.0	0.0	...	0.0	55.0	
34	**Finanzaufwand**	**-109.8**	**-143.5**	**-176.1**	**-32.6**	**-22.7**	**-66.3**	**-60.4**	

Kommentar

1 Die Abweichung gegenüber dem Budget ist insbesondere auf Minderaufwendungen im Bereich der kurzfristigen Zinsen zurückzuführen.

2 Die Budgetunterschreitung ist hauptsächlich auf Projektverschiebungen und Verzögerungen bei den werterhaltenden Investitionen zurückzuführen. Zudem ist eine Altlastensanierung weniger gravierend ausgefallen als ursprünglich vermutet.

3 Die Abweichung gegenüber dem Budget und der Rechnung resultiert insbesondere aus den Abschreibungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Diese Wertänderungen sind im Voraus nicht budgetierbar. Bei den Erträgen resultieren entsprechend die Aufwertungsgewinne. Netto konnten auch dieses Jahr wieder Aufwertungen des Immobilienportfolios verbucht werden.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
350	Einlagen Fonds, Spezialfinanz. im FK	-26.1	0.0	0.0	0.0	0.0	26.1	100.0
351	Einlagen Fonds, Spezialfinanz. im EK	-13.3	0.0	-0.2	-0.2	0.0	13.2	98.8
35	**Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen**	**-39.4**	**0.0**	**-0.2**	**-0.2**	**0.0**	**39.2**	**99.6**

Erfolgsrechnung Kontogruppe 36 Transferaufwand

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
361	Entschädigungen Gemeinwesen, Dritte	-390.6	-560.1	-557.0	3.0	0.5	-166.4	-42.6	
	Bund	-5.6	-4.7	-4.9	-0.2	-4.1	0.7	12.8	
	Kantone und Konkordate	0.0	-25.8	-25.7	0.1	0.4	-25.7	0.0	
	Gemeinden und Zweckverbände	0.0	-0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	
	Öffentliche Unternehmungen	-247.7	-258.9	-248.9	10.0	3.9	-1.3	-0.5	
	Dritte	-137.3	-270.6	-277.4	-6.8	-2.5	-140.1	-102.0	
362	Finanz- und Lastenausgleich	-151.5	-167.7	-167.5	0.2	0.1	-16.0	-10.6	
363	Beiträge an Gemeinwesen, Dritte	-1'214.3	-1'078.7	-1'113.0	-34.3	-3.2	101.3	8.3	
	Kantone und Konkordate	-22.2	1.9	2.6	0.7	33.6	24.8	111.7	
	Gemeinden und Zweckverbände	-5.6	-5.1	-8.5	-3.5	-68.8	-2.9	-52.4	
	Öffentliche Sozialversicherungen	-4.6	0.0	0.0	0.0	0.0	4.6	100.0	
	Öffentliche Unternehmungen	-304.4	-303.5	-297.5	6.0	2.0	6.8	2.2	
	Private Unternehmungen	-11.1	-12.2	-11.1	1.1	9.3	-0.1	-0.5	
	Private Organisat. o. Erwerbszweck	-185.7	-120.1	-118.7	1.4	1.2	67.1	36.1	
	Private Haushalte	-679.1	-638.1	-678.1	-40.0	-6.3	0.9	0.1	
	Ausland	-1.6	-1.7	-1.7	-0.0	-0.1	-0.0	-0.2	
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	0.0	0.0	-2.5	-2.5	0.0	-2.5	0.0	
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	-10.3	-10.3	0.0	-10.3	0.0	
366	Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-5.8	-6.9	-9.3	-2.4	-35.3	-3.5	-59.0	
36	**Transferaufwand**	**-1'762.3**	**-1'813.4**	**-1'859.7**	**-46.3**	**-2.6**	**-97.4**	**-5.5**	1

Kommentar

1 Abweichung zur Vorjahresrechnung: Aufgrund der erstmaligen Budgetierung mit dem HRM2 Kontenplan kommt es innerhalb der Kontengruppe 36 zu einer Differenzierung zwischen den Entschädigungen und den Beiträgen an Gemeinwesen und Dritte. Unter Berücksichtigung dieser Verschiebungen wird insgesamt eine Zunahme von 97.4 Mio. Franken ausgewiesen. Dafür verantwortlich sind insbesondere Entschädigungen an Dritte, die Sozialkosten und die höhere Belastung durch den Ressourcenausgleich.

Die Abweichung zum Budget ist zu einem grossen Teil auf höhere Beiträge an Private Haushalte zurückzuführen.

Sozialkosten netto

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Prämienverbilligungen netto	-72.2	-70.2	-63.9	6.3	8.9	8.3	11.4
Behindertenhilfe netto	-79.8	-79.8	-80.5	-0.7	-0.9	-0.7	-0.9
Sozialhilfe	-155.6	-154.8	-160.7	-5.9	-3.8	-5.1	-3.2
Beihilfen netto	-10.1	-9.3	-9.2	0.1	0.7	0.9	8.5
Stationäre Jugendhilfe	-45.9	-44.8	-45.9	-1.1	-2.5	0.0	0.0
Beiträge Suchttherapien	-4.2	-3.9	-4.4	-0.5	-13.9	-0.2	-5.8
Kantonsbeitrag an ALV	-5.3	-4.7	-4.5	0.2	3.4	0.8	14.4
Pflegeheimfinanzierung	-88.6	-97.0	-97.7	-0.7	-0.8	-9.1	-10.3
Risikobeiträge Krankenkassen	-4.6	0.0	0.0	0.0	0.0	4.6	100.0
Familienmietzinsbeiträge	-5.1	-10.8	-8.0	2.8	26.1	-2.9	-56.5
Ergänzungsleistungen netto	-97.7	-96.5	-100.6	-4.1	-4.3	-2.9	-3.0
Sozialkosten netto	**-569.1**	**-571.8**	**-575.6**	**-3.8**	**-0.7**	**-6.5**	**-1.1**

Den in den eigenen Beträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen des Bundes und von Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln, sind in der Tabelle die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialleistungen dargestellt.

Die Entwicklungen der einzelnen Sozialbeiträge präsentieren sich uneinheitlich. Die Prämienverbilligungen fallen gegenüber dem Budget um 6.3 Mio. Franken tiefer aus. Die Aufwendungen bei der Sozialhilfe hingegen überschreiten das Budget um rund 5.9 Mio. Franken. Eine weitere grössere Abweichung ist bei den Ergänzungsleistungen ersichtlich, welche das Budget um 4.1 Mio. Franken überschreiten. Die Familienmietzinsbeiträge fallen schliesslich um 2.8 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 40 Fiskalertrag

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
400	Direkte Steuern natürliche Personen	1'716.5	1'739.9	1'611.7	-128.2	-7.4	-104.8	-6.1	
	Einkommenssteuern	1'331.3	1'339.8	1'222.1	-117.7	-8.8	-109.2	-8.2	1
	Vermögenssteuern	246.2	257.1	252.5	-4.6	-1.8	6.2	2.5	
	Quellensteuern Grenzgänger/-innen	127.5	118.0	120.8	2.8	2.3	-6.7	-5.3	
	Übrige direkte Steuern nat.Personen	11.5	25.0	16.4	-8.6	-34.6	4.9	42.5	
401	Direkte Steuern juristische Personen	638.8	627.0	678.5	51.5	8.2	39.6	6.2	2
	Gewinnsteuern	517.9	507.0	542.6	35.6	7.0	24.7	4.8	
	Kapitalssteuern	120.3	117.0	135.3	18.3	15.6	14.9	12.4	
	Übrige direkte Steuern jur.Personen	0.6	3.0	0.6	-2.4	-78.6	0.1	13.4	
402	Übrige direkte Steuern	124.7	117.0	157.4	40.4	34.5	32.7	26.2	
	Grundsteuern	25.8	10.0	8.5	-1.5	-15.4	-17.4	-67.3	
	Vermögensgewinnsteuern	40.3	40.0	40.3	0.3	0.7	-0.1	-0.2	
	Vermögensverkehrssteuern	31.5	35.0	39.1	4.1	11.6	7.6	24.0	
	Erbschafts- und Schenkungssteuern	27.0	32.0	69.6	37.6	117.5	42.6	157.4	3
403	Besitz- und Aufwandsteuern	31.9	34.1	33.8	-0.3	-0.9	1.9	6.1	
	Verkehrsabgaben	31.2	33.5	33.2	-0.3	-0.9	1.9	6.2	
	Hundesteuern	0.6	0.6	0.6	0.0	2.0	-0.0	-0.6	
40	**Fiskalertrag**	**2'511.9**	**2'518.0**	**2'481.4**	**-36.7**	**-1.5**	**-30.5**	**-1.2**	

Kommentar

1 Der Steuerausfall bei den Einkommenssteuern ist mit rund 70 Millionen Franken auf die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II zurückzuführen. Der Steuerausfall ergibt sich aus der Teilbesteuerung von Dividenden, einem Rückgang der Anzahl Selbständigerwerbender und aufgrund des Kapitaleinlageprinzips. Gegenüber der Rechnung des Vorjahres wirkt sich mit rund 20 Millionen Franken auch die erste Tranche der erneuten Steuersenkung bei den Einkommenssteuern aus.

2 Die Abweichung zum Budget ist auf die besser als erwartete Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen.

3 Die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind Schwankungen unterworfen und können nicht präzise budgetiert werden.

Direkte Steuern

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
Älter als 2009	...	...	...	0.3
Steuerjahr 2009	...	...	...	-12.7
Steuerjahr 2010	...	...	...	1.7
Steuerjahr 2011	...	...	...	-46.8
Steuerjahr 2012	...	...	...	1'392.0
Steuerjahr 2013	...	...	...	277.2
Direkte Steuern natürliche Personen	**...**	**...**	**...**	**1'611.7**
Älter als 2009	...	...	...	0.7
Steuerjahr 2009	...	...	...	-1.6
Steuerjahr 2010	...	...	...	8.4
Steuerjahr 2011	...	...	...	18.7
Steuerjahr 2012	...	...	...	651.9
Steuerjahr 2013	...	...	...	0.3
Direkte Steuern juristische Personen	**...**	**...**	**...**	**678.5**

Kommentar

Eine Auswertung der im jeweiligen Rechnungsjahr bezahlten Direkten Steuern nach Steuerjahr ist erst ab Rechnung 2013 möglich.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 41 Regalien und Konzessionen

	in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
410	Regalien	0.0	0.1	0.0	0.0	-1.2	0.0	1.9	
411	Anteil Nationalbankgewinn	16.4	16.4	15.6	-0.8	-4.6	-0.7	-4.6	1
412	Konzessionen	0.0	17.8	17.7	-0.1	-0.6	17.7	...	2
41	**Regalien und Konzessionen**	**16.5**	**34.2**	**33.4**	**-0.9**	**-2.5**	**16.9**	**102.8**	

Kommentar

1 Der Anteil am Nationalbankgewinn fiel leicht tiefer aus als budgetiert.

2 Die Konzessionsgebühren IWB sowie die Allmendgebühren werden ab 2013 gemäss HRM2 unter der Position 412 Konzessionen geführt (bisher Kontengruppe 42 Entgelte).

Erfolgsrechnung Kontogruppe 42 Entgelte

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
420	Ersatzabgaben	31.2	6.2	25.1	18.9	304.2	-6.1	-19.6	1
421	Gebühren für Amtshandlungen	81.9	82.8	83.7	0.9	1.1	1.8	2.2	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	25.8	28.3	28.9	0.6	2.0	3.1	11.9	
423	Schul- und Kursgelder	4.8	5.1	5.0	-0.1	-2.2	0.1	2.6	
424	Benützungsgebühren, Dienstleistungen	164.1	155.5	147.8	-7.6	-4.9	-16.3	-9.9	
425	Erlös aus Verkäufen	19.5	18.3	19.8	1.5	8.2	0.4	1.9	
426	Rückerstattungen	34.3	30.6	81.3	50.7	165.9	47.0	137.2	2
427	Bussen	22.0	25.6	21.1	-4.6	-17.9	-0.9	-4.2	
429	Übrige Entgelte	4.0	6.0	6.3	0.4	6.3	2.3	56.8	
42	**Entgelte**	**387.7**	**358.4**	**419.0**	**60.6**	**16.9**	**31.4**	**8.1**	

Kommentar

1 Die im Vergleich zum Budget gestiegenen Ersatzabgaben sind auf die Einnahmen des Mehrwertabgabefonds zurückzuführen. Die Einnahmen werden mit der Rechnung 2013 erstmals in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

2 Die Mehrerträge im Vergleich zum Budget und der Vorjahresrechnung sind v.a. auf Rückforderungen bei den Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen zurückzuführen. Zudem werden seit der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen im Mai 2013 die Rückforderungen anders ausgewiesen: Die „höheren“ Rückforderungen sind verbunden mit „höheren“ ausgewiesenen Leistungen im Bereich 36 und kompensieren sich gegenseitig.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 43 Verschiedene Erträge

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	53.6	0.1	3.4	3.3	...	-50.2	-93.7	1
439	Übriger Ertrag	0.0	0.0	11.6	11.6	0.0	11.6	...	2
43	**Verschiedene Erträge**	**53.6**	**0.1**	**15.0**	**14.9**	**...**	**-38.6**	**-72.0**	

Kommentar

1 Das neue Finanzhaushaltsgesetz bedingt, dass erstmalig die Beiträge des Swisslos-Sportfonds an die Sportvereine ausgewiesen werden müssen (36). Aus diesem Grund werden auch die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds gezeigt.

2 Die Rimas Insurance Broker AG hat an die Dienststellen des Kantons Versicherungsprämien von 11.3 Mio. Franken fakturiert, welche gemäss HRM2 neu in der Erfolgsrechnung auszuweisen sind.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 44 Finanzertrag

in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
440 Zinsertrag	5.5	20.3	20.2	-0.1	-0.7	14.7	268.4	
441 Realisierte Gewinne	35.6	0.0	2.2	2.2	...	-33.4	-93.8	
442 Beteiligungsertrag	5.2	5.6	6.2	0.6	10.8	1.0	19.1	
443 Liegenschaftenertrag	128.7	148.4	133.1	-15.3	-10.3	4.4	3.4	1
444 Wertberichtigung Anlagen	4.7	0.0	90.6	90.6	0.0	85.9	...	2
Finanzertrag Finanzvermögen	**179.7**	**174.2**	**252.2**	**78.0**	**44.8**	**72.6**	**40.4**	
445 Darlehens- und Beteiligungsertrag	24.7	23.7	23.6	-0.1	-0.3	-1.1	-4.3	
446 Ertrag öffentlicher Unternehmungen	91.5	91.2	103.7	12.5	13.7	12.2	13.3	3
447 Liegenschaftenertrag	5.1	1.1	5.1	4.1	388.2	0.0	0.7	
449 Übriger Finanzertrag	0.4	0.1	0.3	0.3	417.5	-0.1	-29.3	
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	**121.7**	**115.9**	**132.7**	**16.8**	**14.5**	**11.0**	**9.1**	
44 Finanzertrag	**301.4**	**290.2**	**384.9**	**94.8**	**32.7**	**83.6**	**27.7**	

Kommentar

1 Da neu Bewertungsgewinne auf der Postition 444 gebucht wurden, wurde das Budget unterschritten.

2 Die Abweichung zum Budget resultiert insbesondere aus Aufwertungen des Immobilienportfolios aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Diese sind nicht im voraus budgetierbar. Vor HRM2 wurden Bewertungsveränderungen erfolgsneutral gebucht.

3 Durch höhere Gewinnablieferungen der BKB und der IWB wurde das Budget 2013 um 12.5 Mio. Franken übertroffen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen

	in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
450	Entnahmen Fonds, Spezialfinanz.im FK	17.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-17.0	-100.0
451	Entnahmen Fonds, Spezialfinanz.im EK	1.8	0.0	0.2	0.2	0.0	-1.6	-89.9
45	**Entnahmen/Spezialfinanzierungen**	**18.8**	**0.0**	**0.2**	**0.2**	**0.0**	**-18.6**	**-99.1**

Erfolgsrechnung Kontogruppe 46 Transferertrag

		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
in Mio. Franken		2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
460	Ertragsanteile	181.1	174.7	199.0	24.2	13.9	17.9	9.9	1
	Bund	181.1	174.7	199.0	24.2	13.9	17.9	9.9	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	0.0	52.5	53.1	0.5	1.0	53.1	0.0	
	Bund	0.0	2.0	2.1	0.1	6.3	2.1	0.0	
	Kantone und Konkordate	0.0	46.9	47.0	0.1	0.3	47.0	0.0	
	Gemeinden und Zweckverbänden	0.0	3.7	3.9	0.3	7.7	3.9	0.0	
462	Finanz- und Lastenausgleich	56.0	57.4	61.1	3.7	6.4	5.1	9.2	
	Bund	51.4	52.9	52.8	-0.1	-0.2	1.5	2.8	
	Gemeinden und Zweckverbänden	4.6	4.5	8.3	3.8	84.6	3.7	79.9	
463	Beiträge von Gemeinwesen, Dritten	262.9	223.4	208.7	-14.8	-6.6	-54.3	-20.6	2
	Bund	190.4	186.7	187.9	1.3	0.7	-2.5	-1.3	
	Kantone und Konkordate	57.1	9.9	13.1	3.2	32.6	-44.0	-77.0	
	Gemeinden und Zweckverbänden	5.1	1.8	2.1	0.2	13.4	-3.0	-59.2	
	Öffentliche Unternehmungen	3.2	19.0	0.8	-18.2	-95.6	-2.4	-74.3	
	Privaten Haushalte	6.6	5.8	4.5	-1.3	-22.4	-2.1	-31.6	
	Ausland	0.5	0.2	0.2	0.0	0.0	-0.3	-62.5	
466	Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	8.6	8.6	0.0	8.6	0.0	
46	**Transferertrag**	**500.0**	**508.2**	**530.4**	**22.3**	**4.4**	**30.4**	**6.1**	

Kommentar

1 Die Budgetüberschreitung ist auf einen höheren Anteil an der Direkten Bundessteuer zurückzuführen.

2 Die Abweichung zum Budget ist darin begründet, dass die Beiträge für die Heime beim Amt für Sozialbeiträge (ASB) in der Rechnung 2013 unter „Beiträge von Kantonen und Konkordaten“ verbucht wurden.

Bilanz Kontogruppe 100 Flüssige Mittel

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
1000 Kasse	1.3	1.4	0.1	10.2	
1001 Post	40.9	39.5	-1.4	-3.4	
1002 Bank	339.0	617.1	278.2	82.1	1
1004 Debit- und Kreditkarten	0.0	0.1	0.0	54.8	
1009 Übrige flüssige Mittel	0.0	0.0	0.0	0.0	
100 Flüssige Mittel	**381.1**	**658.1**	**276.9**	**72.7**	

Kommentar

Flüssige Mittel: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt bis 90 Tage.

1 Der höhere Liquiditätsbestand per 31. Dezember 2013 im Vergleich zum Vorjahr diente in erster Linie zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft BS als „Konzern“. Ein Grossteil der flüssigen Mittel war auf dem Masterkonto bei der Basler Kantonalbank konzentriert.

Bilanz Kontogruppe 101 Forderungen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
1010 Forderungen aus Lieferungen, Leistungen ggü. Dritten	179.6	153.9	-25.7	-14.3	
davon Wertberichtigung	-43.3	-48.0	-4.7	-10.9	
1011 Kontokorrente mit Dritten	76.1	36.6	-39.5	-51.9	1
1012 Steuerforderungen	160.5	149.0	-11.5	-7.2	
davon Wertberichtigung	-92.4	-124.4	-32.0	-34.6	2
1013 Anzahlungen an Dritte	0.9	0.7	-0.2	-26.2	
1015 Interne Kontokorrente	3.9	0.0	-3.8	-99.7	
1018 Übrige Durchgangskonti	3.0	2.0	-0.9	-31.8	
1019 Übrige Forderungen	1.4	1.5	0.1	9.1	
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	0.0	
101 Forderungen netto	**425.4**	**343.8**	**-81.7**	**-19.2**	
davon verzinslich	144.2	61.2	-83.0	-57.6	

Kommentar

1 Die Veränderung bei den Kontokorrenten ist hauptsächlich auf Rückzahlungen des Universitätsspitals Basel (USB) zurückzuführen.

2 In der Höhe von ca. CHF 26.5 Mio. Franken wurden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Bilanz Kontogruppe 102 Kurzfristige Finanzanlagen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%
1020 Kurzfristige Darlehen	1.0	4.2	3.2	323.0
102 Kurzfristige Finanzanlagen	**1.0**	**4.2**	**3.2**	**323.0**

Kommentar

Kurzfristige Finanzanlagen: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt ab 90 bis 360 Tage.

Bilanz Kontogruppe 104 Aktive Rechnungsabgrenzung

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
1040 Personalaufwand	2.1	2.3	0.2	9.7	
1041 Sach- und Betriebsaufwand	16.8	7.0	-9.8	-58.5	
1042 Steuern	1'594.3	1'712.3	118.0	7.4	1
1043 Transfers der Erfolgsrechnung	36.5	41.8	5.3	14.5	
1044 Finanzaufwand/Finanzertrag	4.0	1.9	-2.1	-52.8	
1045 Übriger betrieblicher Ertrag	52.2	46.9	-5.3	-10.1	
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	**1'705.9**	**1'812.2**	**106.3**	**6.2**	

Kommentar

1 Die aktiven Steuerabgrenzungen hängen wesentlich vom rechtzeitigen Eingang der Steuererklärungen und vom Verarbeitungsstand bei der Veranlagung ab. Sie können folglich von Jahr zu Jahr grösseren Schwankungen unterliegen. Beispielsweise können Fälle mit einem grossen Steuervolumen im Rechnungsjahr nicht veranlagt werden, weil offene Rechtsmittelverfahren im Vorjahr die Veranlagung des aktuellen Steuerjahres verzögern. Die Veränderung über 118 Mio. Franken ist auf den beschriebenen Sachverhalt zurückzuführen und kein Sondereffekt.

Bilanz Kontogruppe 106 Vorräte

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%
1061 Roh- und Hilfsmaterial	6.5	6.8	0.3	4.6
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	0.0
106 Vorräte	**6.5**	**6.8**	**0.3**	**4.6**

Bilanz Kontogruppe 107 Langfristige Finanzanlagen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
1070 Aktien und Anteilscheine	15.6	12.5	-3.1	-19.9	
1071 Verzinsliche Anlagen	240.5	286.6	46.1	19.2	1
1072 Langfristige Forderungen	0.0	0.1	0.1	0.0	
107 Langfristige Finanzanlagen	**256.2**	**299.2**	**43.0**	**16.8**	

Kommentar

Langfristige Finanzanlagen: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt über 1 Jahr.

1 Diese Zunahme ist auf die Erhöhung des Darlehens an die MCH Messe Schweiz AG um 50 Mio. Franken zurückzuführen.

Finanzanlagen im Finanzvermögen

in Mio. Franken	Darlehen	Aktien und Anteil-scheine	Fest-gelder	Übrige verzins-liche Anlagen	Lang-fristige Forde-rungen	Übrige Finanz-anlagen	**Total**
Finanzanlagen per 1. Januar 2012	**241.0**	**15.3**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**256.3**
Zugänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3
Verkehrswertanpassungen	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2
Umgliederungen	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.8
Finanzanlagen per 31. Dezember 2012	**241.5**	**15.6**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**257.1**
davon kurzfristig	1.0	15.6	0.0	0.0	0.0	0.0	16.6
davon langfristig	240.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	240.5
Finanzanlagen per 1. Januar 2013	**241.5**	**15.6**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**257.1**
Zugänge	50.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	50.1
Abgänge	-0.1	-3.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.2
Verkehrswertanpassungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6
Finanzanlagen per 31.Dezember 2013	**290.8**	**12.5**	**0.0**	**0.0**	**0.1**	**0.0**	**303.4**
davon kurzfristig	4.2	12.5	0.0	0.0	0.0	0.0	16.7
davon langfristig	286.6	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	286.7

Darlehen Finanzvermögen - Fälligkeiten

in Mio. Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	**Buchwert Total**
E.E. Gesellschaft der Feuerschützen Basel	3.3	0.0	0.0	3.3
Ausbildungsdarlehen	0.9	0.0	0.0	0.9
1020 Kurzfristige Darlehen	**4.2**	**0.0**	**0.0**	**4.2**
Industrielle Werke Basel IWB	0.0	0.0	200.0	200.0
MCH Messe Schweiz AG	0.0	50.0	35.0	85.0
Übrige	0.0	0.9	0.7	1.6
1071 Verzinsliche Anlagen	**0.0**	**50.9**	**235.7**	**286.6**
Total Darlehen Finanzvermögen	**4.2**	**50.9**	**235.7**	**290.8**

Bilanz Kontogruppe 108 Sachanlagen Finanzvermögen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
1080 Grundstücke unbebaut	225.6	230.7	5.0	2.2	
1084 Gebäude (inkl. Grundstücke)	1'379.5	1'457.1	77.6	5.6	
1086 Mobilien	0.6	0.4	-0.2	-33.3	
1089 Übrige Sachanlagen	0.0	0.0	0.0	0.0	
108 Sachanlagen Finanzvermögen	**1'605.8**	**1'688.1**	**82.3**	**5.1**	1

Kommentar

1 Der Gesamtportfoliowert für die Immobilien im Finanzvermögen beträgt per Ende 2013 1'688.1 Mio. Franken und ist damit 82.3 Mio. Franken höher als per Ende 2012. Diese Aufwertung ist auf Bewertungsveränderungen von bislang zu abgeschriebenen Restbuchwerten bewerteten und neu zu Marktwerten bilanzierten Objekten, auf Neuzugänge in das Portfolio (Umwidmungen, Heimfälle und Akquisitionen), auf Investitionen in den Bestand und neue Baurechte zurückzuführen.

Anlagespiegel Sachanlagen Finanzvermögen

in Mio. Franken	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Übrige Sachanlagen	**Total**
Buchwert Sachanlagen FV per 1. Januar 2012	**210.5**	**1'275.0**	**0.0**	**0.8**	**1'486.3**
Zugänge aus Kauf	18.6	16.6	0.0	0.0	35.1
Zugänge aus Investitionen	0.0	14.3	0.0	0.0	14.3
Übertragungen vom VV	0.0	17.1	0.0	0.0	17.1
Abgänge	-4.0	-5.0	0.0	0.0	-8.9
Übertragungen ins VV	0.0	-6.5	0.0	0.0	-6.5
Verkehrswertanpassungen	0.1	29.3	0.0	-0.2	29.1
Umgliederungen	0.5	9.5	0.0	0.0	10.0
Restatement	0.0	29.2	0.6	-0.6	29.2
Buchwert Sachanlagen FV per 31. Dezember 2012	**225.6**	**1'379.5**	**0.6**	**0.0**	**1'605.7**
Buchwert Sachanlagen FV per 1. Januar 2013	**225.6**	**1'379.5**	**0.6**	**0.0**	**1'605.7**
Zugänge aus Kauf	2.8	33.3	0.0	0.0	36.1
Zugänge aus Investitionen	2.9	23.5	0.0	0.0	26.5
Übertragungen vom VV	0.0	1.5	0.0	0.0	1.5
Abgänge	-0.7	0.0	0.0	0.0	-0.7
Übertragungen ins VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verkehrswertanpassungen	0.0	19.3	-0.2	0.0	19.1
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Buchwert Sachanlagen FV per 31. Dezember 2013	**230.6**	**1'457.1**	**0.4**	**0.0**	**1'688.1**

Bilanz Kontogruppe 109 Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%
Technologiepark Basel AG (DST 8060)	1.0	1.0	0.0	0.0
Stipendienfonds Basler Schulen, Wertschriften(DST 2710)	1.0	1.0	0.0	-3.5
Reise-, Bildungsfonds Gym. WG/WMS, Wertschriften (DST 2400)	0.1	0.1	0.0	-1.7
Allg. Schulfonds Gym. WG/WMS, Wertschriften (DST 2400)	0.1	0.1	0.0	-1.7
Legat Dietrich Böhme, Wertschriften (DST 4030)	0.6	0.6	0.0	-7.4
Arbeitslosenfonds, Wertschriften (DST 4030)	8.5	8.0	-0.5	-6.4
Nachlass Kinzel, Wertschriften (DST 4030)	7.1	6.9	-0.2	-3.0
Bücherschiff, BKB-Kontokorrent (DST 2200)	0.1	0.1	0.0	33.1
Schützentotofonds (DST 5090)	0.5	0.0	-0.5	-90.9
Schützentotofonds (DST 5090)	0.1	0.2	0.0	8.2
Leseförderungsfonds, BKB-Sparheft (DST 2010)	0.1	0.1	0.0	-39.4
Stipendienfonds, Sparheft (DST 2710)	0.0	0.1	0.1	301.0
Fonds Zur Hoffnung, Sparheft (DST 2900)	0.4	0.3	0.0	-9.9
Fonds Image-Kampagne (DST 3400)	0.1	0.1	0.0	37.0
Jubiläumsfonds Gym. Münsterplatz, Sparheft (DST 2400)	0.1	0.1	0.0	35.9
Fonds Lebensräume, Behindertenbereich (DST 8070)	0.1	0.1	0.0	22.9
OS Standortfonds, Sparheft (DST 2300)	0.1	0.1	0.0	-9.3
Fonds Comptoir-Suisse (DST 3400)	0.3	0.0	-0.3	-84.4
Schulfonds Gym. Bäumlihof, Sparheft (DST 2400)	0.1	0.1	0.0	15.0
Swisslos Sportfonds, PC-Konto (DST 2900)	0.2	0.2	0.0	-9.9
Übrige unter 100'000 Franken	1.5	1.5	0.0	-0.1
109 Forderungen gegenüber Fonds im FK	**22.2**	**20.8**	**-1.4**	**-6.5**

Bilanz Kontogruppe 140 Sachanlagen im Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
1400 Grundstücke	382.7	383.0	0.3	0.1	
1401 Strassen, Verkehrswege	543.8	567.6	23.8	4.4	
1402 Wasserbau	44.2	45.4	1.2	2.7	
1403 Übrige Tiefbauten	324.6	319.7	-4.9	-1.5	
1404 Hochbauten	1'325.6	1'220.8	-104.8	-7.9	1
1406 Mobilien	63.5	73.5	10.0	15.7	
1407 Anlagen im Bau	74.9	126.3	51.4	68.6	
1408 Kleininvestitionen	13.9	16.1	2.2	15.8	
140 Sachanlagen Verwaltungsvermögen	**2'773.3**	**2'752.4**	**-20.8**	**-0.8**	

Kommentar

1 Hauptgrund dafür ist der Verkauf des Spitalgebäudes an das Universitäts-Kinderspital beider Basel von rund 80 Millionen Franken.

Anlagespiegel Sachanlagen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	Grund-stücke	Strassen, Verkehrs-wege	Wasser-bau	Übrige Tief-bauten	Hoch-bauten	Mobilien	Anlagen im Bau	Klein-inves-titionen	**Total**
Brutto-Anschaffungskosten 1.1.2012	**188.0**	**0.0**	**0.0**	**2'306.3**	**2'347.9**	**856.6**	**0.0**	**72.6**	**5'771.4**
Zugänge	1.2	0.0	0.0	57.7	118.1	38.1	0.0	5.6	220.8
Übertragungen vom FV	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.3
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	-482.5	-356.3	0.0	-11.3	-850.2
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	-7.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-7.8
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.5	-0.8	0.0	0.0	-3.3
Brutto-Anschaffungskosten 31.12.2012	**189.5**	**0.0**	**0.0**	**2'356.2**	**1'981.0**	**537.7**	**0.0**	**66.9**	**5'131.3**
Erhaltene Investitionsbeiträge 1.1.2012	**-32.3**	**0.0**	**0.0**	**-908.3**	**-193.0**	**-16.6**	**0.0**	**0.0**	**-1'150.3**
Zugänge	-0.5	0.0	0.0	-12.7	-24.8	-2.1	0.0	0.0	-40.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	8.2	1.4	0.0	0.0	9.6
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	0.3
Erhaltene Investitionsbeiträge 31.12.2012	**-32.7**	**0.0**	**0.0**	**-921.0**	**-209.4**	**-17.3**	**0.0**	**0.0**	**-1'180.4**
Netto-Anschaffungskosten 1.1.2012	**155.7**	**0.0**	**0.0**	**1'398.0**	**2'154.9**	**839.9**	**0.0**	**72.6**	**4'621.1**
Netto-Anschaffungskosten 31.12.2012	**156.8**	**0.0**	**0.0**	**1'435.2**	**1'771.5**	**520.4**	**0.0**	**66.9**	**3'950.9**
Kumulierte Abschreibungen 1.1.2012	**-104.2**	**0.0**	**0.0**	**-2'021.6**	**-806.6**	**-719.4**	**0.0**	**-56.2**	**-3'708.0**
Abschreibungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	-48.5	-47.5	-27.1	0.0	-4.4	-127.5
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	173.2	280.6	0.0	11.3	465.1
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	6.1	0.0	0.0	0.0	0.0	6.1
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	4.2	0.0	0.0	0.0	4.2
Kumulierte Abschreibungen 31.12.2012	**-104.2**	**0.0**	**0.0**	**-2'063.9**	**-676.7**	**-465.9**	**0.0**	**-49.4**	**-3'360.1**
Kumulierte Auflösungen 1.1.2012	**29.2**	**0.0**	**0.0**	**865.3**	**61.4**	**13.3**	**0.0**	**0.0**	**969.2**
Auflösungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	10.2	5.3	1.0	0.0	0.0	16.6
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.2	-0.7	0.0	0.0	-3.9
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1
Kumulierte Auflösungen 31.12.2012	**29.2**	**0.0**	**0.0**	**875.5**	**63.6**	**13.7**	**0.0**	**0.0**	**982.0**
Restatement	300.9	543.8	44.2	77.8	167.1	-4.7	74.9	-3.6	1'200.5
Buchwert 31.12.2012	**382.7**	**543.8**	**44.2**	**324.6**	**1'325.6**	**63.5**	**74.9**	**13.9**	**2'773.3**

in Mio. Franken	Grund-stücke	Strassen, Verkehrs-wege	Wasser-bau	Übrige Tief-bauten	Hoch-bauten	Mobilien	Anlagen im Bau	Klein-inves-titionen	**Total**
Brutto-Anschaffungskosten 1.1.2013	**384.1**	**990.8**	**78.0**	**870.1**	**3'116.2**	**259.0**	**83.2**	**56.1**	**5'837.4**
Zugänge	0.4	47.2	3.0	10.6	67.1	28.0	73.5	5.9	235.7
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	-82.3	0.0	-12.0	0.0	-94.3
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.5	0.0	0.0	0.0	-1.5
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten 31.12.2013	**384.5**	**1'037.9**	**81.0**	**880.7**	**3'099.5**	**287.1**	**144.7**	**62.0**	**5'977.3**
Erhaltene Investitionsbeiträge 1.1.2013	**-1.5**	**-28.7**	**-3.6**	**15.3**	**-177.8**	**-17.2**	**-8.2**	**0.0**	**-221.9**
Zugänge	0.0	-3.2	-0.3	-3.0	-1.7	-1.0	-11.0	-0.2	-20.2
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9	0.0	0.9
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge 31.12.2013	**-1.5**	**-31.9**	**-3.8**	**12.3**	**-179.5**	**-18.2**	**-18.3**	**-0.2**	**-241.2**
Netto-Anschaffungskosten 1.1.2013	**382.6**	**962.0**	**74.4**	**885.4**	**2'938.4**	**241.8**	**74.9**	**56.1**	**5'615.6**
Netto-Anschaffungskosten 31.12.2013	**383.0**	**1'006.0**	**77.1**	**892.9**	**2'920.0**	**268.9**	**126.3**	**61.8**	**5'736.1**
Kumulierte Abschreibungen 1.1.2013	**0.0**	**-421.5**	**-30.6**	**-537.6**	**-1'716.1**	**-193.5**	**0.0**	**-42.1**	**-2'941.4**
Abschreibungen des Jahres		-20.8	-1.6	-12.7	-91.8	-18.6	0.0	-3.6	-149.1
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Abschreibungen 31.12.2013	**0.0**	**-442.3**	**-32.2**	**-550.3**	**-1'807.9**	**-212.1**	**0.0**	**-45.7**	**-3'090.5**
Kumulierte Auflösungen 1.1.2013	**0.0**	**3.3**	**0.4**	**-23.1**	**103.8**	**15.2**	**0.0**	**0.0**	**99.7**
Auflösungen des Jahres	0.0	0.6	0.1	0.2	4.9	1.5	0.0	0.0	7.2
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen 31.12.2013	**0.0**	**3.9**	**0.4**	**-22.9**	**108.7**	**16.7**	**0.0**	**0.0**	**106.9**
Buchwert 31.12.2013	**383.0**	**567.6**	**45.4**	**319.7**	**1'220.8**	**73.5**	**126.3**	**16.1**	**2'752.4**

Bilanz Kontogruppe 142 Immaterielle Anlagen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%
1420 Software	12.4	11.3	-1.1	-8.9
1428 Kleininvestitionen	1.7	1.4	-0.3	-17.7
142 Immaterielle Anlagen Verwaltungsvermögen	**14.0**	**12.7**	**-1.3**	**-9.4**

Anlagespiegel Immaterielle Anlagen

in Mio. Franken	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Kleininvestitionen	**Total**
Brutto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Brutto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Erhaltene Investitionsbeiträge per 1. Januar 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Erhaltene Investitionsbeiträge per 31. Dezember 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Netto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Netto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Kumulierte Abschreibungen per 1. Januar 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Kumulierte Abschreibungen per 31. Dezember 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Kumulierte Auflösungen per 1. Januar 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Kumulierte Auflösungen per 31. Dezember 2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Restatement	**12.4**	**0.0**	**0.0**	**1.7**	**14.0**
Buchwert per 31. Dezember 2012	**12.4**	**0.0**	**0.0**	**1.7**	**14.0**
davon Anlagen in Leasing	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
davon verpfändete Anlagen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2013	**92.2**	**0.0**	**0.0**	**8.1**	**100.3**
Zugänge	4.5	0.0	0.0	0.5	5.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	-0.3	0.0	0.0	0.0	-0.3
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2013	**96.4**	**0.0**	**0.0**	**8.6**	**105.0**
Erhaltene Investitionsbeiträge per 1. Januar 2013	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Zugänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge per 31. Dezember 2013	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Netto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2013	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Netto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2013	**96.3**	**0.0**	**0.0**	**8.6**	**105.0**
Kumulierte Abschreibungen per 1. Januar 2013	**-79.8**	**0.0**	**0.0**	**-6.5**	**-86.3**
Abschreibungen des Jahres	-5.5	0.0	0.0	-0.8	-6.3
Abgänge	0.3	0.0	0.0	0.0	0.3
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Abschreibungen per 31. Dezember 2013	**-85.0**	**0.0**	**0.0**	**-7.2**	**-92.3**
Kumulierte Auflösungen per 1. Januar 2013	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Auflösungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

in Mio. Franken	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Kleininvestitionen	**Total**
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen per 31. Dezember 2013	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Buchwert per 31. Dezember 2013	**11.3**	**0.0**	**0.0**	**1.4**	**12.7**
davon Anlagen in Leasing	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
davon verpfändete Anlagen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Bilanz Kontogruppe 144 Darlehen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
1444 Öffentlichen Unternehmungen	43.6	111.0	67.4	154.6	1
1445 Private Unternehmungen	44.4	59.1	14.7	33.1	
1446 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	14.9	14.4	-0.4	-2.9	
1447 Private Haushalte	767.5	715.0	-52.5	-6.8	2
144 Darlehen Verwaltungsvermögen	**870.4**	**899.5**	**29.1**	**3.3**	

Kommentar

1 Zu nennen ist hier vor allem das Darlehen an die Basler Verkehrs-Betriebe zur Finanzierung der Flexitiy-Trams (55.8 Millionen Franken).

2 Hier reduziert sich der Vorschuss an die Pensionskassen-Destinatäre aufgrund der laufenden Regelung um 52.6 Millionen Franken.

Bilanzkontoposition 1447 Pensionskassen-Sanierung Anteil Versicherte

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
PK-Sanierung Anteil Versicherte Bestand per 01.01.	**346.3**	**316.7**	**-29.5**	**-8.5**
Beitrag Aktive (1.6% der versicherten Lohnsumme)	-14.2	-14.4	-0.3	-1.9
Beitrag Rentner (2.4% der versicherten Lohnsumme)	-21.2	-21.6	-0.4	-1.9
Einnahmen	**-35.4**	**-36.1**	**-0.7**	**-1.9**
Zinsaufwand	5.9	5.4	-0.5	-8.1
Ausgaben	**5.9**	**5.4**	**-0.5**	**-8.1**
PK-Sanierung Anteil Versicherte Bestand per 31.12.	**316.7**	**286.1**	**-30.7**	**-9.7**

Bilanzkontoposition 1447 Pensionskassen-Ausfinanzierung Anteil Versicherte

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
PK-Ausfinanzierung Anteil Versicherte Bestand per 01.01.	**471.4**	**450.8**	**-20.6**	**-4.4**
Beitrag Aktive (1.5% der versicherten Lohnsumme)	-13.3	-13.5	-0.3	-1.9
Beitrag Rentner (2.5% der versicherten Lohnsumme)	-22.1	-22.5	-0.4	-1.9
Total Einnahmen	**-35.4**	**-36.1**	**-0.7**	**-1.9**
Zinsaufwand	14.8	14.2	-0.6	-4.2
Total Ausgaben	**14.8**	**14.2**	**-0.6**	**-4.2**
PK-Ausfinanzierung Anteil Versicherte Bestand per 31.12.	**450.8**	**428.9**	**-21.9**	**-4.9**

Anlagespiegel Darlehen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	Darlehen VV
Darlehen Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2012	**649.6**
Zugänge	56.2
Abgänge	-1.3
Dauernde Wertminderungen	0.0
Wertaufholungen	0.0
Restatement	165.9
Darlehen Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2012	**870.4**
Darlehen Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2013	**870.4**
Zugänge	83.7
Abgänge	-53.0
Dauernde Wertminderungen	-2.5
Wertaufholungen	0.9
Darlehen Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2013	**899.5**

Darlehen Verwaltungsvermögen Fälligkeiten

in Mio. Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	**Buchwert Total**
Basler Verkehrsbetriebe	0.0	0.0	99.4	99.4
MCH Messe Schweiz AG	0.0	0.0	36.8	36.8
IWB Net AG	0.0	0.0	22.3	22.3
Universität Basel	0.0	0.0	11.6	11.6
Verein FoyersBasel	0.0	0.0	3.2	3.2
E.E. Zunft zu Safran	0.0	0.0	2.0	2.0
Swiss Tropical and Public Health	0.0	2.0	0.0	2.0
Stiftung Focus Basel	0.0	4.9	0.0	4.9
Ausfinanzierung PK Anteil Versicherte	0.0	0.0	428.9	428.9
Vorschuss PK Sanierung Arbeitnehmer	0.0	0.0	286.1	286.1
Übrige	0.0	0.1	2.3	2.3
Darlehen Verwaltungsvermögen	**0.0**	**7.0**	**892.5**	**899.5**

Bilanz Kontogruppe 145 Beteiligungen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
1453 Öffentliche Sozialversicherungen	1.0	0.0	-1.0	-100.0	
1454 Öffentlichen Unternehmungen	1'814.6	1'865.6	51.0	2.8	1
1455 Private Unternehmungen	41.4	41.4	-0.0	0.0	
1456 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0.0	0.0	0.0	0.0	
145 Beteiligungen Verwaltungsvermögen	**1'857.0**	**1'907.0**	**50.0**	**2.7**	

Kommentar

1 Dies ist auf die neue Beteiligung am UKBB (31.0 Mio. Franken) und auf die Erhöhung der Beteiligung an den BVB (19.0 Mio. Franken) zurückzuführen.

Anlagespiegel Beteiligungen

in Mio. Franken	Beteiligungen VV
Beteiligungen Vewaltungsvermögen 1. Januar 2012	**584.0**
Zugänge	713.0
Abgänge	0.0
Dauernde Wertberichtigungen	0.0
Wertaufholungen	0.0
Restatement	560.0
Beteiligungen Vewaltungsvermögen 31. Dezember 2012	**1'857.0**
Beteiligungen Vewaltungsvermögen 1. Januar 2013	**1'857.0**
Zugänge	50.0
Abgänge	0.0
Dauernde Wertberichtigungen	0.0
Wertaufholungen	0.0
Beteiligungen Vewaltungsvermögen 31. Dezember 2013	**1'907.0**

Bilanz Kontogruppe 145 Beteiligungen

Die weiteren Details zur Bilanzkontogruppe 145 Beteiligungen werden in Kapitel 8 „Beteiligungen des Kantons“ gezeigt.

Bilanz Kontogruppe 146 Gegebene Investitionsbeiträge

		per	per	Abw. R13/R12	
in Mio. Franken		31.12.2012	31.12.2013	abs.	%
1460	Bund	22.8	23.7	0.9	3.9
	davon N2 ab 1.1.2008	21.6	22.0	0.0	0.0
1461	Kantone und Konkordate	0.0	1.8	1.8	0.0
1464	Öffentliche Unternehmungen	49.7	47.2	-2.5	-5.0
	davon Instandstellung/Sicherheit Strafanstalt Bostadel	6.8	7.0	0.0	0.0
	davon Regio S-Bahn Infrastrukturanpassungen	5.8	6.0	0.0	0.0
1465	Private Unternehmungen	19.2	28.2	9.0	46.9
	davon Messezentrum Basel 2012	15.4	16.4	0.0	0.0
	davon Alterszentrum Burgfelderhof	5.0	5.1	0.0	0.0
	davon Pflegezentrum Bethesda	5.2	5.2	0.0	0.0
1466	Private Organisationen o. Erwerbszweck	1.6	2.6	1.0	62.5
1467	Private Haushalte	28.9	30.7	1.8	6.2
	davon Denkmalschutz 2008 - 2012	10.1	10.3	0.0	0.0
	davon Denkmalschutz 2003 - 2007	6.5	6.7	0.0	0.0
	davon Denkmalschutz 1998 - 2002	8.5	8.8	0.0	0.0
146	**Investitionsbeiträge**	**122.1**	**134.2**	**12.1**	**9.9**

Anlagespiegel gegebene Investitionsbeiträge

in Mio. Franken	Bund	Kantone	Öffentliche Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	**Total**
Brutto-Anschaffungskosten 1.1.2012	**0.0**	**0.0**	**231.7**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**231.7**
Zugänge	0.0	0.0	6.2	0.0	0.0	0.0	6.2
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	7.4	0.0	0.0	0.0	7.4
Brutto-Anschaffungskosten 31.12.2012	**0.0**	**0.0**	**245.3**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**245.3**
Erhaltene Investitionsbeiträge 1.1.2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Zugänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge 31.12.2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Netto-Anschaffungskosten 1.1.2012	**0.0**	**0.0**	**231.7**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**231.7**
Netto-Anschaffungskosten 31.12.2012	**0.0**	**0.0**	**245.3**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**245.3**
Kumulierte Abschreibungen 1.1.2012	**0.0**	**0.0**	**-231.7**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-231.7**
Abschreibungen des Jahres	0.0	0.0	-6.2	0.0	0.0	0.0	-6.2
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	-7.4	0.0	0.0	0.0	-7.4
Kumulierte Abschreibungen 31.12.2012	**0.0**	**0.0**	**-245.3**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-245.3**
Kumulierte Auflösungen 1.1.2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Auflösungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen 31.12.2012	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Restatement	**22.8**	0.0	**49.7**	**19.2**	**1.6**	**28.9**	**122.1**
Buchwert 31.12.2012	**22.8**	**0.0**	**49.7**	**19.2**	**1.6**	**28.9**	**122.1**
Anschaffungskosten 1.1.2013	**86.0**	**0.0**	**75.8**	**22.0**	**5.0**	**33.1**	**221.9**
Zugänge	2.0	1.8	0.3	10.5	2.4	3.6	20.6
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten 31.12.2013	**88.0**	**1.8**	**76.1**	**32.5**	**7.4**	**36.7**	**242.5**
Erhaltene Investitionsbeiträge 1.1.2013	**-54.6**	**0.0**	**-6.2**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-60.8**
Zugänge	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge 31.12.2013	**-55.2**	**0.0**	**-6.2**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-61.4**
Netto-Anschaffungskosten 1.1.2013	**31.4**	**0.0**	**69.6**	**22.0**	**5.0**	**33.1**	**161.1**
Netto-Anschaffungskosten 31.12.2013	**32.8**	**1.8**	**69.9**	**32.5**	**7.4**	**36.7**	**181.1**
Kumulierte Abschreibungen 1.1.2013	**-8.6**	**0.0**	**-20.6**	**-2.8**	**-3.4**	**-4.3**	**-39.6**
Abschreibungen des Jahres	-1.7	0.0	-2.9	-1.4	-1.5	-1.7	-9.3
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Abschreibungen 31.12.2013	**-10.3**	**0.0**	**-23.5**	**-4.2**	**-4.9**	**-6.0**	**-48.9**
Kumulierte Auflösungen 1.1.2013	**0.0**	**0.0**	**0.6**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.6**

in Mio. Franken	Bund	Kantone	Öffentliche Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	**Total**
Auflösungen des Jahres	1.2	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	1.4
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen 31.12.2013	**1.2**	**0.0**	**0.8**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**2.0**
Buchwert 31.12.2013	**23.7**	**1.8**	**47.2**	**28.2**	**2.6**	**30.7**	**134.2**

Bilanz Kontogruppe 200 Laufende Verbindlichkeiten

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
2000 Lieferungen, Leistungen von Dritten	-190.6	-188.5	2.1	1.1	
2001 Kontokorrente mit Dritten	-114.3	-96.2	18.2	15.9	
2003 Erhaltene Anzahlungen von Dritten	-2'168.3	-2'340.0	-171.7	-7.9	1
2004 Transferverbindlichkeiten	-10.2	2.7	12.9	126.5	
2005 Interne Kontokorrente	-61.9	-51.7	10.2	16.5	
2006 Depotgelder und Kautionen	-57.8	-64.6	-6.8	-11.8	
2009 Übrige laufende Verpflichtungen	-8.2	-8.1	0.1	1.2	
200 Laufende Verbindlichkeiten	**-2'611.2**	**-2'746.3**	**-135.1**	**-5.2**	

Kommentar

1 Ein Grossteil dieser Zunahme betrifft Akontozahlungen an fällige, noch nicht veranlagte Steuern. Je nach Veranlagungsstand kann das zu jährlichen Schwankungen führen. Diese Position ist auch im Zusammenhang mit der Erläuterung zu den aktiven Steuerabgrenzungen zu sehen.

Bilanz Kontogruppe 201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
2010 Ggü. Finanzintermediären	-130.0	-235.0	-105.0	-80.8	1
2014 Kurzfristiger Anteil langfristige Verbindlichkeiten	-600.0	-766.0	-166.0	-27.7	2
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	**-730.0**	**-1'001.0**	**-271.0**	**-37.1**	

Kommentar

1 Die kurzfristigen Schulden gegenüber Bankinstituten nehmen um 105.0 Mio. Franken zu.

2 Langfristige Finanzverbindlichkeiten, die innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Rückzahlung fällig werden, werden in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten umgebucht.

Bilanz Kontogruppe 204 Passive Rechnungsabgrenzung

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
2040 Personalaufwand	-19.4	-27.0	-7.6	-39.4	
2041 Sach- und Betriebsaufwand	-0.2	-0.1	0.0	18.5	
2042 Steuern	-40.4	-69.4	-29.0	-71.9	1
2043 Transfers der Erfolgsrechnung	-9.0	-13.5	-4.5	-49.4	
2044 Finanzaufwand/Finanzertrag	-36.4	-37.9	-1.5	-4.1	
2045 Übriger betrieblicher Ertrag	-88.4	-50.1	38.3	43.3	2
2046 Passive Rechnungsabgrenzung Investitionsrechnung	0.0	-16.3	-16.3	0.0	
2049 Übrige passive Rechnungsabgrenzung Erfolgsrechnung	-0.9	-0.2	0.7	80.6	
204 Passive Rechnungsabgrenzung	**-194.6**	**-214.5**	**-19.9**	**-10.2**	

Kommentar

1 Dabei handelt es sich um 12.6 Mio. Franken Abgrenzungen infolge Umstellung auf Sollprinzip bei der Quellensteuer und um 15.8 Mio. Franken Abgrenzungen für Prämienablieferungen bei der Quellensteuer.

2 Diese Position ist mit der Position 2046 (neu ab 2013) zusammenzufassen. Hauptgründe für die Abweichung sind tiefere Abgrenzungen per 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Spitäler (17 Mio. Franken) und dem Stromsparbonus (6 Mio. Franken).

Bilanz Kontogruppe 205 Kurzfristige Rückstellungen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%
2050 Mehrleistungen des Personals	-93.8	-100.9	-7.1	-7.6
2055 Übrige betriebliche Tätigkeiten	0.0	-1.6	-1.6	0.0
205 Kurzfristige Rückstellungen	**-93.8**	**-102.5**	**-8.7**	**-9.3**

Bilanz Kontogruppe 206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	%	
2063 Anleihen	-1'575.0	-1'975.0	-400.0	-25.4	1
2064 Darlehen	-886.0	-495.0	391.0	44.1	1
2069 Übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten	-88.0	-88.0	0.0	0.0	
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	**-2'549.0**	**-2'558.0**	**-9.0**	**-0.4**	

Kommentar

1 Die Verschiebung zwischen diesen beiden Positionen widerspiegelt die Marktnachfrage unter Berücksichtigung der optimalen Finanzierungskosten für BS.

Langfristige Finanzverbindlichkeiten Fälligkeiten

in Mio. Franken		Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	**Buchwert Total**
2060	Hypotheken	0.0	0.0	0.0
2061	Schuldscheine	0.0	0.0	0.0
2062	Kassascheine	0.0	0.0	0.0
2063	Anleihen	-625.0	-950.0	-1’575.0
2064	Darlehen	-736.0	-150.0	-886.0
2067	Leasingverträge	0.0	0.0	0.0
2069	Übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten	0.0	-88.0	-88.0
206	**Langfristige Finanzverbindlichkeiten per 31.12.2012**	**-1’361.0**	**-1’188.0**	**-2’549.0**
2060	Hypotheken	0.0	0.0	0.0
2061	Schuldscheine	0.0	0.0	0.0
2062	Kassascheine	0.0	0.0	0.0
2063	Anleihen	-1’175.0	-800.0	-1’975.0
2064	Darlehen	-295.0	-200.0	-495.0
2067	Leasingverträge	0.0	0.0	0.0
2069	Übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten	0.0	-88.0	-88.0
206	**Langfristige Finanzverbindlichkeiten per 31.12.2013**	**-1’470.0**	**-1’088.0**	**-2’558.0**

Bilanz Kontogruppe 208 Langfristige Rückstellungen

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
2081 Andere Ansprüche des Personals	-15.9	-16.1	-0.2	-1.4	
2083 Nicht versicherte Schäden	-30.0	-30.0	0.0	0.0	
2085 Uebrige betriebliche Tätigkeiten	-21.4	-23.4	-1.9	-9.1	
2086 Vorsorgeverpflichtungen	-100.8	-60.8	40.0	39.7	1
208 Langfristige Rückstellungen	**-168.1**	**-130.3**	**37.8**	**22.5**	

Kommentar

1 Aufgrund des provisorischen Jahresergebnisses der PKBS konnte die Rückstellung um 40 Mio. Franken reduziert werden.

Anlagespiegel Rückstellungen (erster Teil)

in Mio. Franken	Mehrleistungen des Personals	Andere Ansprüche des Personals	Prozesse (ohne personalrechtliche Prozesse)	Nicht versicherte Schäden	Bürgschaften, Garantieleistungen
Rückstellungen per 1. Januar 2012	**0.0**	**-121.9**	**0.0**	**-7.4**	**0.0**
Bildungen, Erhöhungen	0.0	0.0	0.0	-0.4	0.0
Verwendungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen	0.0	22.9	0.0	0.0	0.0
Umbuchungen	-99.1	99.1	0.0	-22.2	0.0
Restatement	5.3	-15.9	0.0	0.0	0.0
Rückstellungen per 31. Dezember 2012	**-93.8**	**-15.9**	**0.0**	**-30.0**	**0.0**
davon kurzfristiger Anteil	-93.8	0.0	0.0	0.0	0.0
davon langfristiger Anteil	0.0	-15.9	0.0	-30.0	0.0
Rückstellungen per 1. Januar 2013	**-93.8**	**-15.9**	**0.0**	**-30.0**	**0.0**
Bildungen, Erhöhungen	-7.1	-0.3	0.0	0.0	0.0
Verwendungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Rückstellungen per 31. Dezember 2013	**-100.9**	**-16.1**	**0.0**	**-30.0**	**0.0**
davon kurzfristiger Anteil	-100.9	0.0	0.0	0.0	0.0
davon langfristiger Anteil	0.0	-16.1	0.0	-30.0	0.0

Anlagespiegel Rückstellungen (zweiter Teil)

in Mio. Franken	Übrige betriebliche Tätigkeiten	Vorsorgeverpflichtungen	Finanzaufwand	Rückstellungen der Investitionsrechnung	Übrige Rückstellungen	**Total**
Rückstellungen per 1. Januar 2012	**-35.6**	**-195.3**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-360.2**
Bildungen, Erhöhungen	0.0	-64.5	0.0	0.0	0.0	-64.8
Verwendungen	7.6	46.0	0.0	0.0	0.0	53.6
Auflösungen	6.5	82.3	0.0	0.0	0.0	111.6
Umbuchungen	0.0	30.8	0.0	0.0	0.0	8.5
Restatement	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.6
Rückstellungen per 31. Dezember 2012	**-21.4**	**-100.8**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-261.8**
davon kurzfristiger Anteil	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-93.8
davon langfristiger Anteil	-21.4	-100.8	0.0	0.0	0.0	-168.1
Rückstellungen per 1. Januar 2013	**-21.4**	**-100.8**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-261.8**
Bildungen, Erhöhungen	-5.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-13.3
Verwendungen	2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	2.3
Auflösungen	0.0	39.9	0.0	0.0	0.0	39.9
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Rückstellungen per 31. Dezember 2013	**-25.0**	**-60.8**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-232.9**
davon kurzfristiger Anteil	-1.6	0.0	0.0	0.0	0.0	-102.5
davon langfristiger Anteil	-23.4	-60.8	0.0	0.0	0.0	-130.3

Erläuterungen zu den einzelnen Rückstellungskategorien

Mehrleistungen des Personals Kurzfristig: Ferien, Überzeit, Gleitzeitguthaben u.a. Solche Verbindlichkeiten können alternativ auch als Rechnungsabgrenzungen verbucht werden. Eine kurzfristige Rückstellung sollte dann gebildet werden, wenn die Höhe der Verbindlichkeit ungewiss ist.

Andere Ansprüche des Personals Kurzfristig: Abgangsentschädigungen, Lohnfortzahlungen, Sozialpläne, personalrechtliche Streitfälle (Lohnklagen) etc.

Langfristig: Ansprüche, die nicht im folgenden Jahr kompensiert werden (z.B. Zeitguthaben für Sabbaticals oder vorzeitige Pensionierung)

Prozesse (ohne personalrechtliche Prozesse) Kurzfristig: Honorare Rechtsanwalt inkl. Schadenbetrag und allfällige Prozessentschädigungen.

Langfristig: Honorare Rechtsanwalt inkl. Schadenbetrag und allfällige Prozessentschädigungen, die erst in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich werden.

Nicht versicherte Schäden Kurzfristig: Sachschäden und Staatshaftung. Das Schadenereignis muss vor dem Bilanzstichtag eingetreten sein. Es dürfen keine Rückstellungen für möglicherweise auftretende Sachschäden gebildet werden, weil dies den Charakter von stillen Reserven aufweisen würde. Die Wertminderung der beschädigten Sache ist als „ausserplanmässige Abschreibung“ auf Kontengruppe 3301 zu buchen.

Langfristig: Das Schadenereignis muss vor dem Bilanzstichtag eingetreten sein und der Mittelabfluss für die Schadenvergütung an Dritte erfolgt in einer späteren Rechnungsperiode.

Bürgschaften und Garantieleistungen Kurzfristig: Bei Bürgschaften und Garantieversprechen muss eine Zahlungspflicht wahrscheinlich sein. Zeichnet sich keine Zahlungspflicht ab, sind Bürgschaften und Garantien als Eventualverbindlichkeiten im Anhang aufzuführen.

Langfristig: Bei Bürgschaften und Garantieversprechen muss eine Zahlungsverpflichtung in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich sein.

Übrige betriebliche Tätigkeiten Kurzfristig: Rückstellungen für wahrscheinliche Garantie- oder Nachbesserungsleistungen aus betrieblicher Tätigkeit des Gemeinwesens. Risiken aus Abnahmeverpflichtungen, wenn diese nicht erfüllt werden können.

Langfristig: Rückstellungen für wahrscheinliche Garantie- oder Nachbesserungsleistungen aus betrieblicher Tätigkeit des Gemeinwesens, die erst in einer späteren Rechnungsperiode zu einem Mittelabfluss führen. Risiken aus Abnahmeverpflichtungen, wenn diese nicht erfüllt werden können, die erst in einer späteren Rechnungsperiode zu einem Mittelabfluss führen.

Vorsorgeverpflichtungen Kurzfristig: Risiken aus Vorsorgevereinbarungen, die innerhalb der nächsten Rechnungsperiode fällig werden.

Langfristig: Überbrückungsrenten für Frühpensionäre bis zur AHV-Berechtigung, sofern entsprechende Vereinbarungen vorliegen. Anteil Arbeitgeber an Pensionskassen-Deckungslücken. Anteil Arbeitnehmer wird als Eventualverpflichtung ausgewiesen.

Finanzaufwand Kurzfristig: Risiken aus Geschäftsfällen im Zusammenhang mit Finanz- oder Verwaltungsvermögen, die wahrscheinlich Finanzaufwand werden.

Langfristig: Risiken aus Geschäftsfällen im Zusammenhang mit Finanz- oder Verwaltungsvermögen, die in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich Finanzaufwand werden.

Rückstellungen der Investitionsrechnung Kurzfristig: Bei Sachanlagen können für Restkosten, Garantierückbehalte und Abschlussarbeiten, wenn die Sache in Nutzung geht, Rückstellungen gebucht werden, damit die Anlage aktiviert werden kann.

Langfristig: Bei Sachanlagen können für Restkosten, Garantierückbehalte und Abschlussarbeiten, die in einer späteren Rechnungsperiode ausgeführt werden, wenn die Sache in Nutzung geht, Rückstellungen gebucht werden, damit die Anlage aktiviert werden kann.

Übrige Rückstellungen Wahrscheinliche Zahlungen in der folgenden (kurzfristig) oder späteren (langfristig) Rechnungsperioden für Risiken, die in den Sachgruppen 2050 bis 2058 nicht enthalten sind.

Bilanz Kontogruppe 209 Fonds im Fremdkapital

in Mio. Franken	per 01.01.2013	Einlagen 2013	Entnahmen 2013	per 31.12.2013	vorfinanzierte noch nicht abgeschriebene Investitionen	verbindliche Betragszusicherung für Dritte	verantwortliche Dienststelle	
AWA Arbeitslosenfonds	-8.9	0.0	0.0	-8.9	0.0	0.0	8060	
Hilfsfonds für das Staatspersonal	-0.3	0.0	0.0	-0.4	0.0	0.0	4030	
Fonds Förderabgabe	-0.1	-12.2	8.6	-3.6	0.0	0.0	8310	1
Fonds Gasttaxen	-0.3	-0.1	0.1	-0.3	0.0	0.0	8060	
Legat Louis-Dietrich-Böhme	-0.7	0.0	0.0	-0.6	0.0	0.0	2900	
AfAb, Stipendienfonds	-1.0	-0.1	0.0	-1.1	0.0	0.0	2710	
Fonds Zur Hoffnung	-0.4	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	2900	
Nachlass Karl Wilhelm Kratt	-0.5	0.0	0.0	-0.5	0.0	0.0	8010	
Nachlass G. + M. Kinzel	-7.3	-0.1	0.2	-7.2	0.0	0.0	3750	
Stromsparfonds Haushalte	-13.2	-11.8	18.3	-6.7	0.0	0.0	8310	1
Stromsparfonds Betriebe	-45.2	-43.3	34.3	-54.2	0.0	0.0	8310	1
Fonds „Bücherschiff“	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2200	
Bürgergemeinde BS	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	8220	
Fonds „Leseförderung“	-0.1	-0.3	0.3	-0.2	0.0	0.0	2010	
Schützen-TOTO, Sparkonto	-0.5	0.0	0.5	0.0	0.0	0.0	5090	
FMS-Schulfonds	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2400	
Image-Kampagne	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	3400	
Schützen-TOTO, Kontokorrent	-0.1	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	5090	
GM-Vischer-Mylius-Fonds	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2400	
GM-Jubiläums-Fonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400	
Fonds Lebensräume	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	8070	
Standortfonds Orientierungsschulen	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2300	
Comptoir Suisse	-0.3	-0.4	0.6	0.0	0.0	0.0	3400	
GB-Schulfonds	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2400	
WG/WMS-R+B-Fonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400	
WG/WMS-Schülerfonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400	
Übrige unter 100’000 Fr.	-1.4	0.0	0.7	-0.7	0.0	0.0	Div.	
Fondstyp 1	**-81.9**	**-68.5**	**63.9**	**-86.5**	**0.0**	**0.0**		2
Swisslos-Fonds	-15.4	-5.9	8.4	-12.9	0.0	0.0	5010	
Swisslos-Sportfonds	-7.5	-0.3	0.0	-7.8	0.0	0.0	2900	
Nachlass Karl Schlecht	0.0	-3.6	0.0	-3.6	0.0	0.0	6140	
Ersatzbeiträge für Schutzbauten	-1.7	-0.3	0.0	-1.9	0.0	0.0	5090	
Ersatz Baumfällungen + Landschaftsschutz	0.0	-0.2	0.0	-0.2	0.0	0.0	6140	
Alkoholzentel	-0.7	0.0	0.1	-0.6	0.0	0.6	7020	
Spielsuchtabgabe	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.1	7020	

in Mio. Franken	per 01.01.2013	Einlagen 2013	Entnahmen 2013	per 31.12.2013	vorfinanzierte noch nicht abgeschriebene Investitionen	verbindliche Betragszusicherung für Dritte	verantwortliche Dienststelle
Drittmittel Gesundheitsförderung und Prävention	-0.1	-2.6	2.6	-0.1	0.0	0.0	7020
BAFU/BAG-Fonds Kantonales Labor	-0.6	-0.3	0.3	-0.6	0.0	0.0	7060
Übrige unter 100'000 Fr.	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	Div.
Fondstyp 2	**-26.3**	**-13.1**	**11.4**	**-28.0**	**0.0**	**0.6**	
209 Fonds Fremdkapital	**-108.2**	**-81.6**	**75.3**	**-114.5**	**0.0**	**0.6**	

Kommentar

1 Die Verwendung der Mittel aus diesen Fonds müssen gemäss gesetzlicher Bestimmung in der Staatsrechnung offengelegt werden. Die Fondsentwicklung ist im Anschluss separat dargestellt.

2 Treuhänderisch verwaltete Fonds, die 25'000 Franken nicht überschreiten und maximal acht Jahre bestehen, werden nicht bilanziert. Treuhänderisch verwaltete Fonds, die zeitlich unbeschränkt sind und 10'000 Franken nicht überschreiten, müssen nicht bilanziert werden (§44 VFHG).

Bilanzkontogruppe 209 Stromsparfonds

in Mio. Franken	Rechung 2012	Rechung 2013	Abw. R13/R12 abs.	%
Fonds Stromsparfonds Haushalte Bestand per 01.01.	**13.5**	**13.2**	**-0.3**	**-2.3**
Lenkungsabgabe	11.0	6.0	-5.0	-45.1
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	1.7	0.6	-1.1	-64.1
Zinsen	0.3	0.2	-0.1	-25.7
Total Einnahmen	**13.0**	**6.9**	**-6.1**	**-47.2**
Auszahlung Stromsparbonus	-12.9	-13.0	-0.1	-0.7
Übrige Dienstleistungen	-0.1	-0.1	0.0	-10.5
Sachkosten	0.0	0.0	0.0	8.2
Spesen PC	0.0	0.0	0.0	8.6
Verwaltungsaufwand	-0.3	-0.3	0.0	6.6
Total Ausgaben	**-13.3**	**-13.4**	**-0.1**	**-0.6**
Fonds Stromsparfonds Haushalte Bestand per 31.12.	**13.2**	**6.7**	**-6.5**	**-49.5**
Fonds Stromsparfonds Betriebe Bestand per 01.01.	**49.8**	**45.2**	**-4.6**	**-9.3**
Lenkungsabgabe	27.4	30.8	3.5	12.7
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	5.7	6.0	0.3	5.4
Zinsen	0.5	0.3	-0.2	-42.9
Total Einnahmen	**33.5**	**37.1**	**3.6**	**10.6**
Auszahlung Stromsparbonus	-37.2	-27.3	9.9	26.6
Rückzahlung an energie-intensive Betriebe	-0.5	-0.4	0.1	20.8
Übrige Dienstleistungen	0.0	0.0	0.0	4.2
Sachkosten	0.0	0.0	0.0	100.0
Spesen PC	0.0	0.0	0.0	-103.8
Verwaltungsaufwand	-0.5	-0.5	0.0	9.2
Total Ausgaben	**-38.2**	**-28.1**	**10.0**	**26.3**
Fonds Stromsparfonds Betriebe Bestand per 31.12.	**45.2**	**54.2**	**8.9**	**19.8**

Bilanzkontogruppe 209 Fonds Förderabgabe

	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Fonds Förderabgabe ENG § 16 Bestand per 01.01.	**0.0**	**0.1**	**0.1**	**...**
Einnahmen Förderabgabe	10.6	11.3	0.7	6.4
Globalbeitrag Bundesamt für Energie	0.0	0.9	0.9	...
Bundesbeitrag Entwicklung Gebäudeprogramm	4.9	3.9	-1.0	-20.2
Rückzahlung Darlehen/Contracting	5.5	0.0	-5.5	-100.0
Total Einnahmen Förderabgabe	**21.0**	**16.1**	**-4.9**	**-23.5**
Energieberatung	-0.4	-0.4	0.0	-10.6
Infos / Drucksachen / Statistik EnG	-0.2	-0.2	0.1	21.5
Studien Veranstaltungen	0.0	0.0	0.0	42.3
Akonto Verwaltungsaufwand Vollzug EnG	-0.8	-0.8	0.1	7.5
Ausgleich Vollzug EnG Differenz Vorjahr	0.0	0.1	0.0	33.6
Akonto Verwaltungsaufwand Förderung	-0.7	-0.7	0.1	9.5
Ausgleich Förderung Differenz Vorjahr	0.0	0.1	0.0	127.1
Beiträge Gebäudeprogramm	-4.9	-3.9	1.0	20.2
Isolationen	-2.4	-3.0	-0.6	-27.3
Solar thermisch	-2.6	-1.6	1.0	36.9
Photovoltaik	-0.8	-0.2	0.6	77.8
Wärmepumpen / Blockheizkraftwerke	-0.2	-0.2	0.0	7.1
Spezial-Projekte	-2.3	-1.0	1.3	55.1
Energiestudien	-0.1	0.0	0.0	41.4
Wärmerückgewinnungsanlagen	0.0	0.0	0.0	...
Gesamtsanierungsprogramm	-5.3	-0.1	5.2	98.0
Solarkraftwerk	0.0	-0.2	-0.2	-650.6
Forschungsstelle Nachhaltige Energienutzung	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Total Ausgaben	**-20.9**	**-12.5**	**8.4**	**40.1**
Fonds Förderabgabe ENG § 16 Bestand per 31.12.	**0.1**	**3.6**	**3.5**	**4'433.2**

Bilanz Kontogruppe 291 Fonds im Eigenkapital

in Mio. Franken	per 01.01.2013	Verwendung 2013 gemäss Aufwand	Äufnung 2013 gemäss Ertrag	Zuweisung/Entnahme aus kumuliertem Ergebnis	per 31.12.2013	vorfinanzierte noch nicht abgeschriebene Investitionen	verbindliche Betragszusicherung für Dritte	verantwortliche Dienststelle
Schwankungsreserven Sachversicherungen	-3.9	0.0	-0.4	0.0	-4.4	0.0	0.0	4160
Schwankungsreserven Haftpflichtversicherungen	-4.2	0.0	-1.3	0.0	-5.4	0.0	0.0	4160
Schwankungsreserven Personenversicherungen	-11.9	5.3	0.0	0.0	-6.6	0.0	0.0	4160
Mehrwertabgabefonds	-33.6	4.2	-20.1	0.0	-49.5	0.0	0.0	6010
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	-40.4	8.5	0.0	-6.0	-38.0	0.0	0.0	8060
Standortförderungsfonds	-12.7	1.6	0.0	-2.0	-13.1	0.0	0.0	8060
Fonds Mehrwertabgabe Walderhaltung	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	8310
Fonds Rodungsersatz	-0.1	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	8310
Übrige unter 100'000 Fr.	-0.1	0.2	-0.2	0.0	-0.2	0.0	0.0	Div.
291 Fonds Eigenkapital	**-107.1**	**19.8**	**-22.0**	**-8.0**	**-117.4**	**0.0**	**0.0**	

3.6.3 Weitere Erläuterungen

Risikomanagement

Der Kanton ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die unmittelbar oder mittelbar mit den ihm übertragenen Aufgaben verbunden sind. Aus diesen Risiken können kurz-, mittel- oder langfristig Mittelabflüsse entstehen. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Im Kanton Basel-Stadt wird das Risikomanagement schrittweise aufgebaut. Zur Überwachung und Steuerung der Risiken sollen sowohl organisatorische, personelle als auch technische Massnahmen etabliert werden, um die Risiken aktiv zu bewirtschaften. Die Wirksamkeit der Massnahmen soll laufend überwacht werden und die Massnahmen stetig weiterentwickelt werden, um ein Risikomanagement zu gewährleisten, das in die Geschäftsprozesse integriert ist.

Risikobeurteilung durch den Regierungsrat Gemäss Finanzhaushaltgesetz §41 sind im Anhang Angaben über die Durchführung einer Risikobeurteilung durch den Regierungsrat offenzulegen. Der Regierungsrat hat im Geschäftsjahr bezüglich der Erfassung von Risiken und der entsprechenden Massnahmen folgende Anstrengungen unternommen:

- Das Gesundheitsdepartement hat für alle vier Spitäler des Kantons Risikoeinschätzungen aus Sicht des Kantons durchgeführt und dem Regierungsrat Basel-Stadt im Oktober 2013 zur Kenntnis gebracht.
- Für die Beteiligungen, die vom Kanton zum einen beherrscht oder gemeinschaftlich mit Anderen geführt und zum anderen konsolidiert werden, müssen spätestens im Jahre 2014 respektive 2015 Risikoeinschätzungen aus Sicht des Kantons gemacht werden.

Risikosituation im finanziellen Risikomanagement

- **Kreditrisiken** Kreditrisiken entstehen durch die finanziellen Vermögenswerte, die die flüssigen Mittel sowie kurz- und langfristigen Forderungen umfassen. Das Kreditrisiko beinhaltet Forderungsausfälle, die einen finanziellen Verlust für den Kanton darstellen würde. Alle Einheiten des Kantons überwachen ihre finanziellen Vermögenswerte laufend und erfassen Wertberichtigungen, die auf Erfahrungswerten und der erwarteten Kreditfähigkeit der Gegenpartei beruhen. Das maximale Kreditrisiko beträgt 2'204.7 Mio. Franken (Vorjahr: 1'934.1 Mio. Franken). Per 31. Dezember 2013 setzt sich das Kreditrisiko wie folgt zusammen:

		per	per	Abw. R13/R12	
in Mio. Franken		31.12.2012	31.12.2013	abs.	%
100	Flüssige Mittel	381.1	658.1	276.9	72.7
101	Forderungen	425.4	343.8	-81.6	-19.2
102	Kurzfristige Finanzanlagen	1.0	4.2	3.2	323.0
107	Langfristige Finanzanlagen	256.2	299.2	43.0	16.8
144	Darlehen Verwaltungsvermögen	870.4	899.5	29.1	3.3
Total Kreditrisiko		**1'934.1**	**2'204.7**	**270.6**	**14.0**

Die flüssigen Mittel sowie die kurzfristigen Finanzanlagen werden zum grössten Teil zentral durch die Finanzbewirtschaftung bewirtschaftet. Die Steuerung des Kreditrisikos kann über die Vergabe von Kreditlimiten und Bonitätsprüfungen der Gegenparteien erfolgen. Die Forderungen umfassen grösstenteils Steuerforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Schuldnern verteilt. Das Kreditausfallrisiko wird mit Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten berücksichtigt. Die Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im vorliegenden Anhang unter den Detailinformationen zur Bilanz aufgeführt. Einige Positionen werden grundpfandrechtlich abgesichert.

- **Liquiditätsrisiken** Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Kanton seine finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht erfüllen kann. Diese Liquiditätsrisiken werden durch die Finanzverwaltung laufend überwacht. Die Gestaltung der Finanzierungsstruktur richtet sich nach der

angestrebten Fristenkongruenz. Mit Liquiditätsreserven wird die Zahlungsfähigkeit sichergestellt. Das maximale Liquiditätsrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert der finanziellen Verbindlichkeiten und beträgt -6'305.3 Mio. Franken (Vorjahr: -5'886.4 Mio. Franken).

		per	per	Abw. R13/R12	
in Mio. Franken		31.12.2012	31.12.2013	abs.	%
200	Laufende Verbindlichkeiten	-2'607.4	-2'746.3	-138.9	-5.3
201	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-730.0	-1'001.0	-271.0	-37.1
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'549.0	-2'558.0	-9.0	-0.4
Total Liquiditätsrisiko		**-5'886.4**	**-6'305.3**	**-418.9**	**-7.1**

Erläuterungen zu diesen Bilanzpositionen sind im vorliegenden Anhang unter den Detailinformationen zur Bilanz aufgeführt.

- **Marktrisiken** Die Marktrisiken umfassen Zinssätze, Fremdwährungen und Kurswerte. Der Kanton ist in erster Linie den Zinsrisiken ausgesetzt, die Währungsrisiken und Marktwertrisiken können als zweitrangig betrachtet werden. Diese Kategorien finanzieller Risiken sind nachfolgend erläutert.

  Das Zinsrisiko entsteht aus den variabel verzinslichen Finanzschulden. Die Höhe des Aufwands wird von der Entwicklung des Zinsniveaus beeinflusst. Die Zinsrisiken werden durch die Finanzverwaltung überwacht und minimiert, indem auf eine ausgewogene Finanzierung geachtet wird. Das Marktzinsniveau wird laufend überwacht um auf Änderungen des Marktzinsniveaus reagieren zu können. Zur Absicherung von Zinssatzschwankungen werden im Kanton nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt (Währungsswap und allenfalls Zinsswaps).

  Das Währungsrisiko beinhaltet die Abhängigkeit von Veränderungen der Wechselkurse fremder Währungen. Per 31. Dezember 2013 bestanden keine wesentlichen Fremdwährungsbestände.

  Kurswertrisiken beinhalten Wertschwankungen von Finanzanlagen und sind abhängig von der Marktpreisvolatilität der jeweiligen Finanzanlage. Die wesentlichsten Marktpreisrisiken in der Bilanz per 31. Dezember 2013 setzen sich aus den kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten von -3'559 Mio. Franken (Vorjahr: -3'279 Mio. Franken) sowie den verzinslichen Anlagen im Finanzvermögen von 290.8 Mio. Franken (Vorjahr: 241.5 Mio. Franken) zusammen.

Finanzinstrumente im finanziellen Risikomanagement Gemäss Finanzhaushaltverordnung §43 sind im Anhang Angaben über das finanzielle Risikomanagement offenzulegen. Beim finanziellen Risikomanagement werden die Finanzrisiken nach IPSAS 28, 29 und 30 offengelegt. Die Bedeutung der Finanzinstrumente für den Kanton Basel-Stadt wird dementsprechend in den folgenden vier Kategorien erläutert.

1. **Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente** Diese Kategorie ist vor allem für Banken von Relevanz, für den Kanton Basel-Stadt eher weniger. Wenn der Kanton aber über ein Portfolio von Anlagen verfügt, welche mit dem Ziel der kurzfristigen Gewinnmitnahme gehalten wird, dann sind die Anlagen in dieser Kategorie auszuweisen. Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2013 über keine zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente.
2. **Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen** Diese Finanzinvestitionen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die der Kanton bis zur Endfälligkeit halten will und kann (z.B. Obligationen oder Festgeldanlagen). Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2013 über folgende bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente:
   - Kurz- und langfristige Finanzanlagen 290.8 Mio. Franken
   - Kurz- und langfristige Finanzverbindlichkeiten -3'559.0 Mio. Franken
3. **Darlehen und Forderungen** Dies sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind (z.B. Darlehen an Dritte).

Die Darlehen aus dem Finanzvermögen betragen per 31. Dezember 2013 290.8 Mio. Franken, die Darlehen aus dem Verwaltungsvermögen 899.5 Mio. Franken. Weitere Angaben können bei den Erläuterungen zu den entsprechenden Bilanzpositionen entnommen werden.

4. **Zur Veräusserung verfügbare Vermögenswerte** Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräusserung verfügbar klassifiziert sind und nicht einer anderen oben aufgeführten Kategorie zugeordnet werden können, zählen zu den zur Veräusserung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (z.B. Nebenwerte wie Aktien von Parkhäusern oder Bergbahnen). Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2013 über keine zur Veräusserung verfügbaren Vermögenswerte.

Absicherungsgeschäfte Zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Als Sicherungsgeschäft gilt ein derivatives Finanzinstrument, dessen Marktwert einen teilweisen oder vollständigen Ausgleich der Marktwert- oder Geldflussänderung eines gesicherten Grundgeschäftes bewirkt. Bewertung und Bilanzierung der Sicherungsinstrumente erfolgen zu Marktwerten (Fair Values). Der Marktwert zeigt den positiven oder negativen Wiederbeschaffungswert. Es wird Hedge Accounting gemäss IAS 39 angewendet, das heisst die Wertänderung der Sicherungsinstrumente wird direkt, erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Kanton werden bei Bedarf folgende Sicherungsinstrumente eingesetzt:

- Zinsswaps: Im Asset & Liability Management (ALM) hat die Finanzverwaltung einen synthetischen Benchmark, der die Zinsstrategie vorgibt. Die Finanzverwaltung kann in der Bewirtschaftung des ALM in einer gewissen Bandbreite (Zinssensitivität) von der Benchmark abweichen. Die Bewirtschaftung der Positionen kann mittels Zinsswaps in Ergänzung zu insbesondere den Funding-Aktivitäten erfolgen.
- Währungsswaps: Ein Währungsswap ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien über den Austausch von unterschiedlichen, spezifizierten Zinszahlungen in verschiedenen Währungen innerhalb eines im Vertrag fixierten Zeitraumes. Für alle Währungstransaktionen wird bei Geschäftsabschluss ein Devisenkurs fixiert.

Am 31. Dezember 2013 bestanden im Kanton keine Swap-Geschäfte.

Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16

Der Kanton Basel-Stadt wendet für die Bilanzierung und Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf die Organisation (Kanton Basel-Stadt) Swiss GAAP FER 16 an (und nicht IPSAS 25). Diese Fachempfehlung richtet sich nicht an die Vorsorgeeinrichtungen selbst. Zentrales Element von Swiss GAAP FER 16 bildet die jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Unternehmens per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage hierfür dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung. D.h., anders als unter IPSAS 25, ist unter Swiss GAAP FER 16 keine Neuberechnung des Vorsorgekapitals notwendig.

Staatsgarantie Zur Sicherung der Vorsorgeleistungen für das Staatspersonal besteht gemäss §55 des Pensionskassengesetzes eine Garantie des Kantons Basel-Stadt im Umfang der gemäss §16 benötigten Schwankungsreserven, maximal jedoch im Umfang von 20% der Vorsorgekapitalien und der technischen Rückstellungen für das Staatspersonal. Diese Garantie entfällt, sobald im Vorsorgebereich des Staates erstmals eine Überdeckung gemäss §24 vorhanden ist.

Bilanzierung Aufgrund der baselstädtischen PK-Gesetzgebung muss bei einem Deckungsgrad von weniger als 95% die resultierende Unterdeckung zur Hälfte (Arbeitgeberanteil) als Rückstellung bilanziert werden, da der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber in dieser Situation zur Sanierung verpflichtet ist. Bei einer Überdeckung (ab 100 % plus Wertschwankungsreserve) können allfällige freie Mittel aktiviert werden, wenn dadurch für den Arbeitgeber ein wirtschaftlicher Nutzen besteht.

Bei einer Überdeckung besteht ein wirtschaftlicher Nutzen, wenn es zulässig und beabsichtigt ist, diese zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge einzusetzen, aufgrund der lokalen Gesetzgebung dem

Arbeitgeber zurückzuerstatten oder ausserhalb von reglementarischen Leistungen für einen andern wirtschaftlichen Nutzen des Arbeitgebers zu verwenden. Allfällige Arbeitgeberbeitragsreserven sind, falls vorhanden, ebenfalls zu bilanzieren. Als Grundlage für eine Bewertung dient der provisorische Jahresabschluss der Vorsorgeeinrichtung des Geschäftsjahres.

Verbuchung in der Erfolgsrechnung Der Vorsorgeaufwand in der Erfolgsrechnung umfasst die geleisteten Arbeitgeberbeiträge, die Veränderung des wirtschaftlichen Nutzens respektive der wirtschaftlichen Verpflichtung sowie die Veränderung der Arbeitgeberbeitragsreserven.

Gemäss Swiss GAAP FER 16 sind somit die Veränderungen der erfassten Verpflichtungen (Arbeitgeberanteil Unterdeckung) über die Erfolgsrechnung zu buchen. Dies kann aufgrund der Kapitalmarkteinflüsse zu erheblichen Schwankungen der Abschlusszahlen der Erfolgsrechnung führen.

Sanierung/Ausfinanzierung Die bevorschussten Arbeitnehmer-Sanierungsbeiträge, welche im Rahmen der Sanierung / Ausfinanzierung der Pensionskasse in den Jahren 2008 und 2010 gebildet wurden (ehemals Spezialfinanzierungen Anteil Versicherte) werden als Aktivum im Verwaltungsvermögen unter FDK 1447 „Darlehen an Private“ bilanziert. Die Rückführung der Darlehen erfolgt gemäss den gesetzlichen Bestimmungen zur PK-Sanierung bzw. zur PK-Ausfinanzierung. Diese Aktivierung ist eine Abweichung zu Swiss GAAP FER 16 und IPSAS 25.

Die folgende Tabelle zeigt die Eckdaten der Personalvorsorgeeinrichtung:

Vorsorgeverpflichtungen – Wirtschaftlicher Nutzen, wirtschaftliche Verpflichtung und Vorsorgeaufwand

	Über-, Unterdeckung per	Wirtschaftlicher Anteil des Kantons per		Abw. R13/R12	Auf die Periode abgegrenzte Beiträge	Vorsorgeaufwand im Personalaufwand in der Rechnung		
in Mio. Franken	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	abs.	2013	2012	2013	
Pensionskasse Basel Stadt (PKBS)	-61.6	-70.8	-30.8	39.9	-152.2	-47.5	-112.3	
Andere Vorsorgeverpflichtungen	n.v.	-30.0	-30.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1
Total	**-61.6**	**-100.8**	**-60.8**	**39.9**	**-152.2**	**-47.5**	**-112.3**	

Kommentar

1 Hier handelt es sich um den Anteil BS an den Vorsorgeverpflichtungen für das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) bei den Pensionskassen BL und BS.

Eventualforderungen, -verbindlichkeiten und finanzielle Zusicherungen

Eventualforderungen Eventualforderungen stellen Positionen dar, die zwar die Bilanzierungskriterien nicht erfüllen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons dennoch wichtig sind.

Eine Eventualforderung wird als eine mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis definiert, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2013 über keine entsprechenden Eventualforderungen.

Eventualverbindlichkeiten Eventualverbindlichkeiten stellen Positionen dar, die zwar die Bilanzierungskriterien nicht erfüllen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons dennoch wichtig sind.

Eventualverbindlichkeiten, die auf einer expliziten gesetzlichen oder vertraglichen Grundlage (z.B. Staatsgarantie) basieren, werden im Anhang offen gelegt, auch wenn die Eintretenswahrscheinlichkeit des Mittelabflusses sehr gering ist. Von den übrigen Eventualverbindlichkeiten werden nur diejenigen offen gelegt, bei denen die Eintretenswahrscheinlichkeit eines Mittelabflusses über 20 % liegt.

Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Eventualverbindlichkeiten:

Eventualverbindlichkeiten

	per	per	Abw. R13/R12		
in Mio. Franken	31.12.2012	31.12.2013	abs.	%	
Staatsgarantien	**70.8**	**30.8**	**40.0**	**56.5**	
Staatsgarantie gegenüber der Basler Kantonalbank gemäss § 2 des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 30.06.1994.	unbeschränkt subsidiär	unbeschränkt subsidiär			
Staatsgarantie gegenüber der Pensionskasse Basel-Stadt für den Arbeitnehmeranteil an der Unterdeckung.	70.8	30.8	40.0	56.5	
Staatsgarantie gegenüber dem Euroairport Basel-Mühlhausen gemäss § 14 der Vereinbarung zwischen der Schweiz. Eidgenossenschaft sowie den Kantonen BS und BL.	unbeschränkt gemäss Anteil BS	unbeschränkt gemäss Anteil BS			
Bürgschaften	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	1
Bürgschaft gegenüber der Eidgenössischen Zollverwaltung.	0.0	0.0	0.0	0.0	
Garantieverpflichtungen	**1.3**	**1.1**	**0.2**	**14.3**	
Garantie für die Vermögenswerte der ABES-Klienten (Betriebs- und Anlagekonten sowie Wertschriftendepots).	nicht quantifizierbar	nicht quantifizierbar			
Garantie gegenüber dem Bund für Darlehen zu Gunsten Technologiepark Basel.	1.3	1.1	0.2	14.3	
Pfandbestellungen für Verpflichtung Dritte	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	
Keine					
Vereinbarte Konventionalstrafen	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	
Keine					
Rechtsfälle	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	
Keine					
Übrige Eventualverbindlichkeiten	**0.0**	**5.5**	**-5.5**	**...**	
Altlastensanierung der Deponien Muttenz Feldreben. Der Kooperationsvertrag 2 wurde noch nicht unterzeichnet. Ab 2015 könnten 4.1 bis 5.5 Mio. Franken anfallen.	0.0	5.5	-5.5	...	
Total Eventualverbindlichkeiten	**72.1**	**37.4**	**34.7**	**48.1**	

Kommentar

1 Es handelt sich in beiden Jahren um 12'000 Franken.

Finanzielle Zusicherungen Finanzielle Zusicherungen sind künftige Verpflichtungen, die im Moment noch nicht zu Zahlungen führen, aber in Zukunft eine Zahlung auslösen werden, welche den Nutzenzufluss in der Zukunft entschädigt. Finanzielle Zusicherungen werden nicht bilanziert.

Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden finanziellen Zusicherungen:

Finanzielle Zusicherungen (Commitments)

	Bestand per	Fälligkeit des Bestandes 2012		
in Mio. Franken	31.12.2012	2013	später	
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Investitionsrechnung	1'231.8	262.2	969.6	1
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Erfolgsrechnung	1'103.9	892.2	211.7	2
Langfristige Verträge ohne operatives Leasing (z.B. Bezugsverträge etc.)	45.5	5.7	75.0	
Verpflichtungen für operatives Leasing	0.8	0.3	0.5	
Andere finanzielle Zusicherungen	0.0	0.0	0.0	

	Bestand per	Fälligkeit des Bestandes 2013		
in Mio. Franken	31.12.2013	2014	später	
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Investitionsrechnung	1'200.7	407.7	792.9	3
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Erfolgsrechnung	1'010.4	908.0	102.5	4
Langfristige Verträge ohne operatives Leasing (z.B. Bezugsverträge etc.)	44.1	5.9	69.2	
Verpflichtungen für operatives Leasing	0.6	0.3	0.3	
Andere finanzielle Zusicherungen	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

1 Berechnung auf Basis der Investitionsübersichtsliste (IÜL) aus Budgetbericht 2013 (Planwerte) und Jahresbericht 2013 (Ausgaben 2013).

2 Berechnung auf Basis der Beitragslisten aus Budgetbericht 2013 (Planwerte) und Jahresbericht 2013 (Ausgaben 2013).

3 Berechnung auf Basis der Investitionsübersichtsliste (IÜL) aus Budgetbericht 2014 (Planwerte).

4 Berechnung auf Basis der Beitragslisten aus Budgetbericht 2014 (Planwerte).

Operatives Leasing

	per	per	Abw. R13/R12	
in Mio. Franken	31.12.2012	31.12.2013	abs.	%
Leasingverpflichtungen	**0.8**	**0.6**	**-0.1**	**-18.8**
Fälligkeit < 1 Jahr	0.3	0.3	0.0	3.3
Fälligkeit 1 - 5 Jahre	0.5	0.3	-0.2	-32.3
Fälligkeit > 5 Jahre	0.0	0.0	0.0	...
Leasingaufwand des Jahres	**0.3**	**0.3**	**0.0**	**3.3**

Segmentberichterstattung 2013

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	PD	BVD	ED	FD	GD	JSD	WSU
Personalaufwand	-54.2	-121.3	-484.9	-70.1	-43.7	-223.2	-106.1
Sach- und Betriebsaufwand	-41.4	-65.6	-155.7	-41.2	-15.3	-110.9	-56.8
Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-1.4	-0.6	-0.5	-0.6	-1.5	-0.1
Transferaufwand	-71.8	-82.0	-422.6	0.0	-516.2	-4.8	-623.9
Betriebsaufwand	**-167.6**	**-270.3**	**-1'063.8**	**-111.9**	**-575.8**	**-340.4**	**-786.9**
Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Regalien und Konzessionen	0.0	7.3	0.0	0.0	0.0	0.0	10.4
Entgelte	13.4	104.0	44.4	67.1	19.6	98.1	116.8
Verschiedene Erträge	0.0	2.7	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Transferertrag	3.9	7.3	114.0	0.0	2.6	5.7	190.2
Betriebsertrag	**17.4**	**121.3**	**161.6**	**67.1**	**22.3**	**103.8**	**317.4**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-150.2**	**-149.0**	**-902.2**	**-44.8**	**-553.6**	**-236.6**	**-469.4**
Abschreibung Grossinvestitionen	-3.0	-45.2	-2.1	-6.7	-0.5	-4.2	-5.3
Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	-4.8	-1.0	-0.7	-0.1	-0.4	-0.9
Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	1.0	2.1	0.0	0.0	0.0	0.6	0.0
Abschreibungen	**-2.4**	**-47.9**	**-3.1**	**-7.4**	**-0.6**	**-4.1**	**-6.2**
Betriebsergebnis	**-152.6**	**-196.9**	**-905.4**	**-52.2**	**-554.1**	**-240.7**	**-475.6**
Finanzwaufwand	-0.1	-2.9	0.0	-0.4	0.0	-0.8	0.0
Finanzertrag	0.3	2.4	0.3	0.0	0.0	0.3	1.8
Finanzergebnis	**0.2**	**-0.5**	**0.3**	**-0.4**	**0.0**	**-0.5**	**1.8**
Gesamtergebnis	**-152.4**	**-197.4**	**-905.1**	**-52.6**	**-554.2**	**-241.1**	**-473.8**

Investitionsrechnung in Mio. Franken	PD	BVD	ED	FD	GD	JSD	WSU
Investitionsausgaben	-4.4	-101.8	-4.3	-13.4	-12.0	-7.8	-2.7
Investitionseinnahmen	1.0	8.5	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	**-3.5**	**-93.2**	**-4.0**	**-13.4**	**-12.0**	**-7.8**	**-2.7**

Bilanz in Mio. Franken	PD	BVD	ED	FD	GD	JSD	WSU
Umlaufvermögen	6.2	20.7	122.6	652.3	28.9	30.7	117.6
Anlagevermögen Finanzvermögen	7.5	0.0	12.1	-33.8	1.6	19.9	58.6
Anlagevermögen Verwaltungsvermögen	9.9	951.6	15.2	19.9	15.1	35.9	102.1
Total Aktiven	**23.6**	**972.3**	**149.8**	**638.4**	**45.7**	**86.5**	**278.4**
Kurzfristiges Fremdkapital	-9.1	-273.2	-123.7	-624.8	-39.7	-58.9	-54.2
Langfristiges Fremdkapital	-10.1	-8.0	-19.3	-0.9	-5.0	-18.5	-75.2
Eigenkapital	-4.4	-691.1	-6.8	-12.7	-1.0	-9.0	-149.0
Total Passiven	**-23.6**	**-972.3**	**-149.8**	**-638.4**	**-45.7**	**-86.5**	**-278.4**

Segmentberichterstattung 2013, Fortsetzung

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Gerichte	Behörden	Regierung, übriges Zweck-gebun-denes	Elimi-nation, interne Verrech-nungen	**Total Zweck-gebun-denes**	Total Nicht-zweck-gebun-denes	**Total Stamm-haus**
Personalaufwand	-40.2	-7.0	22.9	1.7	-1’126.1	0.0	-1’126.1
Sach- und Betriebsaufwand	-24.0	-2.4	-71.5	182.9	-401.9	-49.1	-451.0
Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	-4.9	0.0	-4.9
Transferaufwand	0.0	0.0	-0.9	56.5	-1’665.7	-172.0	-1’837.7
Betriebsaufwand	**-64.2**	**-9.4**	**-49.5**	**241.1**	**-3’198.6**	**-221.0**	**-3’419.6**
Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2’481.4	2’481.4
Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	17.7	15.7	33.4
Entgelte	25.6	0.0	107.8	-182.1	414.8	4.3	419.0
Verschiedene Erträge	0.0	0.0	11.3	-2.5	14.7	0.3	15.0
Transferertrag	0.0	0.0	7.7	-56.5	274.9	247.2	522.1
Betriebsertrag	**25.6**	**0.0**	**126.7**	**-241.1**	**722.1**	**2’748.8**	**3’470.9**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-38.6**	**-9.3**	**77.3**	**0.0**	**-2’476.5**	**2’527.8**	**51.2**
Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	0.0	-94.1	0.0	-161.1	0.0	-161.1
Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-12.8	-12.8
Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1.0	0.0	-9.3	0.0	-9.3
Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	4.8	0.0	8.6	0.0	8.6
Abschreibungen	**0.0**	**0.0**	**-90.3**	**0.0**	**-161.8**	**-12.8**	**-174.7**
Betriebsergebnis	**-38.6**	**-9.3**	**-13.0**	**0.0**	**-2’638.4**	**2’514.9**	**-123.4**
Finanzwaufwand	-0.1	0.0	-6.3	0.7	-10.0	-166.1	-176.1
Finanzertrag	0.1	0.0	58.2	-0.7	62.7	322.2	384.9
Finanzergebnis	**0.0**	**0.0**	**51.8**	**0.0**	**52.7**	**156.1**	**208.8**
Gesamtergebnis	**-38.6**	**-9.3**	**38.8**	**0.0**	**-2’585.7**	**2’671.0**	**85.4**

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Gerichte	Behörden	Regierung, übriges Zweck-gebun-denes	Elimi-nation, interne Verrech-nungen	**Total Zweck-gebun-denes**	Total Nicht-zweck-gebun-denes	**Total Stamm-haus**
Investitionsausgaben	0.0	0.0	-145.3	0.0	-291.6	0.0	-291.6
Investitionseinnahmen	0.0	0.0	125.3	0.0	135.1	0.0	135.1
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-20.0**	**0.0**	**-156.6**	**0.0**	**-156.6**

Bilanz in Mio. Franken	Gerichte	Behörden	Regierung, übriges Zweck-gebun-denes	Elimi-nation, interne Verrech-nungen	**Total Zweck-gebun-denes**	Total Nicht-zweck-gebun-denes	**Total Stamm-haus**
Umlaufvermögen	10.2	0.4	44.6	-134.5	899.8	1’925.2	2’825.0
Anlagevermögen Finanzvermögen	40.0	0.0	0.0	0.0	105.9	1’902.2	2’008.0
Anlagevermögen Verwaltungsvermögen	0.0	0.0	2’464.6	0.0	3’614.3	2’091.5	5’705.8
Total Aktiven	**50.2**	**0.4**	**2’509.2**	**0.0**	**4’619.9**	**5’918.9**	**10’538.8**
Kurzfristiges Fremdkapital	-69.8	-0.4	-1’817.4	134.5	-2’936.6	-1’127.8	-4’064.4
Langfristiges Fremdkapital	-0.6	-0.1	-101.8	0.0	-239.6	-2’563.3	-2’802.9
Eigenkapital	20.2	0.1	-590.0	0.0	-1’443.7	-2’227.8	-3’671.5
Total Passiven	**-50.2**	**-0.4**	**-2’509.2**	**0.0**	**-4’619.9**	**-5’918.9**	**-10’538.8**

Nahestehende

Als nahestehende Personen gelten: Mitglieder des Regierungsrats, Vertreter des obersten Kaders, Familienmitglieder der genannten Personen, sowie die Einheiten auf diejenigen die genannten Personen einen bedeutenden Einfluss haben. Als nahestehende Einheiten gelten:

- Basler Kantonalbank (BKB)
- Basler Verkehrsbetriebe (BVB)
- Industrielle Werke Basel (IWB)
- Universitätsspital Basel (USB)
- Felix Platter-Spital Basel (FPS)
- Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)
- Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)
- EuroAirport Basel-Mulhouse
- MCH Group AG
- Universität beider Basel
- Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
- Schweizerische Rheinhäfen (SRH)

Bei den Transaktionen mit nahestehenden Personen und Einheiten werden nur jene ausgewiesen, die nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden und die besseren Konditionen auch nicht durch eine Rechtsgrundlage (Gesetz, Grossrats- oder Regierungsratsbeschluss) legitimiert wurden.

Im Gegensatz dazu werden unter Forderungen und Verbindlichkeiten alle Transaktionen bzw. deren Saldo per Ende Berichts- und Vorjahr aufgeführt. Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Details:

Nahestehende Personen und Einheiten

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Transaktionen mit nahestehenden Personen	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Transaktionen mit nahestehenden Einheiten	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Total Transaktionen mit Nahestehenden	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Forderungen gegenüber nahestehenden Personen	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Basler Verkehrsbetriebe (BVB)	0.0	2.0	1.9	...
Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	0.5	0.1	-0.4	-80.4
Felix Platter-Spital Basel (FPS)	0.1	0.1	0.0	0.8
Industrielle Werke Basel (IWB)	0.0	0.1	0.0	87.6
Universität beider Basel	9.8	9.9	0.1	1.5
Universitätsspital Basel (USB)	80.0	11.4	-68.6	-85.8
Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)	4.4	13.0	8.7	198.5
Schweizerische Rheinhäfen (SRH)	0.0	0.1	0.1	341.8
MCH Group AG	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Forderungen gegenüber nahestehenden Einheiten	**94.8**	**36.6**	**-58.2**	**-61.4**
Total Forderungen gegenüber Nahestehenden	**94.8**	**36.6**	**-58.2**	**-61.4**
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Personen	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Basler Verkehrsbetriebe (BVB)	-12.5	-0.4	12.1	97.1
Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	-0.3	-0.8	-0.5	-157.4
Felix Platter-Spital Basel (FPS)	-6.7	-8.6	-1.8	-27.3
Industrielle Werke Basel (IWB)	-4.0	-3.6	0.3	8.4
Universität beider Basel	-0.1	-19.8	-19.7	...
Universitätsspital Basel (USB)	-0.6	-20.9	-20.3	...
Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)	-11.0	-0.4	10.6	96.1
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	-4.4	-1.1	3.3	74.1
MCH Group AG	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Einheiten	**-39.6**	**-55.6**	**-16.1**	**-40.6**
Total Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden	**-39.6**	**-55.6**	**-16.1**	**-40.6**
Total Forderungen und Verbindlichkeiten Nahestehende	**55.2**	**-19.1**	**-74.3**	**-134.5**

Vergütung an Führungskräfte

in Franken	durchschnittlich pro Person	Anzahl Personen	**Total Rechnung 2013**
Vergütungen an Regierungsratsmitglieder	307'912	7	2'155'383
Vergütungen an oberstes Kader	191'382	51	9'760'466
Vergütungen Führungskräfte	**205'446**	**58**	**11'915'849**

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind Ereignisse, die nach dem Bilanzstichtag und vor der Genehmigung des Jahresabschlusses durch den Regierungsrat eintreten. Der Jahresabschluss 2013 wurde am 25. März 2013 durch den Regierungsrat genehmigt.

Es können zwei Arten von Ereignissen nach dem Bilanzstichtag unterschieden werden:

- Berücksichtigungspflichtige Ereignisse bedingen eine Anpassung des Jahresabschlusses.
- Nicht berücksichtigungspflichtige Ereignisse bedingen eine Offenlegung im Anhang, sofern das jeweilige Ereignis im Verhältnis zum Jahresabschluss wesentlich ist (> 1 Mio. Franken).

Für den Jahresabschluss 2013 gibt es keine wesentlichen Ereignisse im Anhang offen zu legen.

3.7 Bericht der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung

Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Zusammenfassender Bericht der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt zur Jahresrechnung 2013 an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Als Revisionsstelle gemäss Finanz- und Verwaltungskontrollgesetz (FVKG) vom 17. September 2003 (SG 610.200) haben wir die beiliegende **Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt** bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Rechnungsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates:

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse) verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Finanzkontrolle:

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (FVKG) und den Grundsätzen des Berufsstandes vorgenommen. Nach diesen Grundsätzen haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die - nach §1 des FVKG unabhängige - Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätzen und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Existenz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Seite 2

Prüfungsurteil:

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse).

Ohne unser Prüfungsurteil zu modifizieren, machen wir darauf aufmerksam, dass die Anlagebuchhaltung noch erhebliche Mängel aufweist bezüglich Transparenz, Vollständigkeit und Korrektheit. So ist insbesondere der Komponentenansatz nicht im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungsnorm umgesetzt und die Wasserbauten sind unvollständig inventarisiert.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Basel, 19. Mai 2014

FINANZKONTROLLE DES KANTONS BASEL-STADT

Daniel Dubois
Revisionsexperte
Leitender Revisor

Dieter von Allmen
Revisionsexperte

4 Der Kanton

4.1 Jahresrechnung Kanton

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'126.1	54.5	4.6	-27.9	-2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-478.1	-436.6	-451.0	-14.4	-3.3	27.1	5.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-4.5	-4.9	-4.9	0.0	0.1	-0.4	-8.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	-0.2	-0.2	0.0	39.2	99.6
36 Transferaufwand	-1'756.5	-1'806.5	-1'837.6	-31.1	-1.7	-81.1	-4.6
39 Interne Verrechnungen	-240.0	-211.0	-241.8	-30.8	-14.6	-1.8	-0.7
Betriebsaufwand	**-3'616.6**	**-3'639.6**	**-3'661.4**	**-21.9**	**-0.6**	**-44.8**	**-1.2**
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'481.4	-36.7	-1.5	-30.5	-1.2
41 Regalien und Konzessionen	16.5	34.2	33.4	-0.9	-2.5	16.9	102.8
42 Entgelte	387.7	358.4	419.0	60.6	16.9	31.4	8.1
43 Verschiedene Erträge	53.6	0.1	15.0	14.9	...	-38.6	-72.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	18.8	0.0	0.2	0.2	0.0	-18.6	-99.1
46 Transferertrag	500.0	508.2	521.9	13.7	2.7	21.9	4.4
49 Interne Verrechnungen	240.0	211.0	241.8	30.8	14.6	1.8	0.7
Betriebsertrag	**3'728.4**	**3'629.9**	**3'712.7**	**82.7**	**2.3**	**-15.8**	**-0.4**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**111.8**	**-9.6**	**51.2**	**60.9**	**632.1**	**-60.6**	**-54.2**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-114.5	-123.3	-161.1	-37.8	-30.7	-46.6	-40.7
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	-2.5	-2.5	0.0	-2.5	0.0
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	-10.3	-10.3	0.0	-10.3	0.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-5.8	-6.9	-9.3	-2.4	-35.3	-3.5	-59.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	8.6	8.6	0.0	8.6	0.0
Abschreibungen	**-120.4**	**-130.2**	**-174.7**	**-44.5**	**-34.2**	**-54.3**	**-45.1**
Betriebsergebnis	**-8.5**	**-139.8**	**-123.4**	**16.4**	**11.7**	**-114.9**	**...**
34 Finanzaufwand	-109.8	-143.5	-176.1		-32.6		-66.3
44 Finanzertrag	301.4	290.2	384.9	94.8	32.7	83.6	27.7
Finanzergebnis	**191.6**	**146.6**	**208.8**	**62.2**	**42.4**	**17.3**	**9.0**
Gesamtergebnis	**183.0**	**6.8**	**85.4**	**78.5**	**...**	**-97.6**	**-53.3**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-1.1	-129.9	-54.3	75.6	58.2	-53.1	...
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-257.9	-257.9	-277.1	-19.1	-7.4	-19.2	-7.4
2 Bildung	-889.3	-886.2	-880.8	5.4	0.6	8.5	1.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.0	-162.4	-173.8	-11.4	-7.0	-0.8	-0.5
4 Gesundheit	-397.7	-414.6	-419.3	-4.8	-1.2	-21.7	-5.5
5 Soziale Sicherheit	-610.9	-618.4	-621.5	-3.1	-0.5	-10.6	-1.7
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-154.4	-147.8	-146.1	1.8	1.2	8.3	5.4
7 Umweltschutz und Raumordnung	8.6	6.7	6.2	-0.5	-7.5	-2.4	-28.2
8 Volkswirtschaft	-2.4	-7.7	-0.3	7.4	95.6	2.0	85.8
9 Finanzen und Steuern	2'661.0	2'625.2	2'652.5	27.3	1.0	-8.5	-0.3

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-250.7	-335.8	-263.9	71.9	21.4	-13.3	-5.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-3.5	-7.3	-3.9	-110.6	-7.3	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-6.2	0.0	-20.4	-20.4	0.0	-14.1	-225.9
Einnahmen Grossinvestitionen	6.8	0.0	112.7	112.7	0.0	105.9	...
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	41.1	28.3	22.4	-5.9	-20.8	-18.7	-45.6
Nettoinvestitionen	**-209.1**	**-311.0**	**-156.5**	**154.5**	**49.7**	**52.5**	**25.1**
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-366.9	-61.9	-185.7	-123.8	-200.0	181.2	49.4
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3.1	0.0	94.7	94.7	0.0	91.6	...
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**-363.8**	**-61.9**	**-91.0**	**-29.1**	**-47.0**	**272.8**	**75.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-572.8**	**-372.9**	**-247.6**	**125.4**	**33.6**	**325.3**	**56.8**

4.1.1 Personalentwicklung

Die Ziele zur Ausrichtung und Weiterentwicklung des Personalmanagements bei BASEL-STADT orientieren sich an den seit 2009 gültigen personalstrategischen Leitlinien. Die für 2013 in diesem Rahmen gesetzten Schwerpunkte konnten zum grossen Teil erfolgreich umgesetzt werden.

Stärkung der Führungskompetenz Auf der Basis einer breit gefächerten Standortbestimmung zur Führungslandschaft hat die Personalfachorganisation 2013 zukunftsorientierte Führungsgrundsätze erarbeitet, welche von allen Departementen getragen werden. Die Grundsätze wurden den departementalen Geschäftsleitungen, anlässlich einer Zwischenbilanz zur Umsetzung der personalstrategischen Leitlinien, präsentiert, erläutert, und anschliessend im Rahmen eines Management Forums unter dem Titel „Basel geht in Führung“ einem breiteren Kreis von Kadermitarbeitenden vorgestellt. Das zu diesem Anlass eingeladene Freiburg Institut verdeutlichte den Teilnehmern die Schlüsselfunktion der Grundsätze und unterstrich die deutlich grösseren Erfolgschancen von Führungskräften, die ihren Führungsstil danach ausrichten. Ab 2014 werden die Führungsgrundsätze in den Grundlagen Seminaren für das Obere-, Mittlere-, Untere- und das Fach-Kader implementiert.

Gesundheit bei BASEL-STADT Nach dem erfolgreichen Pilot im Gesundheitsdepartement wurden 2013 in allen Departementen Standortbestimmungen nach den Kriterien und Zielen des Schweizerischen Betrieblichen Gesundheitsmanagements durchgeführt. Ziel war die Ermittlung vorhandener gesundheitsfördernder Aktivitäten und Strukturen innerhalb der Departemente und das Erarbeiten konkreter Empfehlungen sowohl auf der Verhältnis-, als auch auf der Verhaltensebene. Im Rahmen der Standortbestimmungen wurden Unterschiede in den Departementen deutlich hinsichtlich der vorhanden Bedürfnisse und der bereits bestehenden Angebote. Um dieser Heterogenität Rechnung zu tragen und den Anspruch der Departemente auf Eigenständigkeit zu wahren, werden die Erkenntnisse aus den Standortbestimmungen bis auf weiteres primär in den Departementen umgesetzt. Auf Ebene Gesamtverwaltung wird vorläufig auf Massnahmen zur Förderung der Gesundheitsprävention verzichtet, und stattdessen zur Sicherstellung der Koordination zwischen einzelnen departementalen Projekten und zur Nutzung von Synergien eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von verschiedenen Departementen eingesetzt.

Chancengleichheit: Teilzeit für Männer Im Rahmen der seit 2011 sukzessiv umgesetzten Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde 2013 ein Schwerpunkt auf die Förderung von Teilzeitarbeit für Männer gesetzt. So wurde das Thema unter anderem in den Führungsgrundlagenseminaren behandelt, und im weiteren eine Abendveranstaltung mit dem Titel „Männer und Teilzeitarbeit - Gelebte Berufs- und Führungspraxis“ konzipiert; diese wird anfangs 2014 durchgeführt und stösst auf großes Interesse. Die Sensibilisierungsarbeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde weiter verfolgt mit Einzelberatungen, der Angebotserweiterung „ElderCare“ in Zusammenarbeit mit Profawo und – im Zuge eines Anstosses aus den Reihen des Grossen Rats – der vom Regierungsrat beschlossenen Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs von fünf auf zehn Tage.

Personalmarketing: Verbesserung des Arbeitsmarktauftritts In Umsetzung des vom Regierungsrat 2012 beschlossenen Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktauftritts des Kantons wurde Mitte 2013 im Zuge des gesamtkantonalen Projekts WebBS begonnen, den Arbeitgeber-Internetauftritt des Kantons neu zu gestalten. Dazu zählen einerseits die Zusammenführung von zurzeit drei Websites zu einem attraktiven Arbeitgeberauftritt, und andererseits die weitere Verbesserung des Online-Stellenportals sowie die Gestaltung eines gemeinsamen, gesamtkantonalen Auftritts bei der Stelleninsertion. Entsprechend dem durch das Projekt WebBS vorgegebenen Zeitplan wird der neue Arbeitgeberauftritt voraussichtlich im Sommer 2014 life gehen.

Berufsbildung: Stärkung der Zusammenarbeit mit Berufsbildungsverantwortlichen Die Zusammenarbeit mit den für die Kernberufe von Basel-Stadt wichtigsten Berufsverbänden konnte intensiviert werden. Die Zusammenarbeit mit den Berufsbildungsverantwortlichen in den Departementen wurde 2013 weiter vertieft und verstärkt. Verschiedene gemeinsame Projekte, wie z.B. die bis 2015 dauernde Umsetzung der neuen Berufsbildungsverordnung BIVO 2012 in der kaufmännischen Grundbildung, sind bereits auf einem professionellen Niveau und erfreuen sich positiver Resonanz. Alle daran beteiligten Personen sind auf dem aktuellen Stand und setzen die neuen, an sie gestellten Anforderungen erfolgreich um. Auch der überdepartemental organisierte Weiterbildungsanlass „Tag für Berufsbildende“ stiess auf grosses Interesse und bot Gelegenheit, zukunftsweisende Ideen und Konzepte in der Berufsbildung zu diskutieren und sich unter Fachpersonen zu vernetzen.

Wichtigste Abweichungen beim Headcount zwischen Ist und Plafond 2013

Bau- und Verkehrsdepartement Aufgrund von Reorganisationen wurden u.a. in der Stadtreinigung Mitarbeitende vorerst befristet angestellt. Teilweise werden diese befristeten Stellen im Verlaufe des Jahres 2014 zu unbefristeten Stellen.

Erziehungsdepartement Bei der Differenz zwischen Ist 2013 (Headcount) und Soll 2013 (Plafond) von 1 Stelle handelt es sich um eine nicht besetzte Vakanz.

Justiz- und Sicherheitsdepartement Die mit der Erhöhung des Headcount-Plafonds der Kantonspolizei (im Zuge der Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses zur Aufstockung des Polizeibestands um 45 Stellen bis ins Jahr 2015) verbundenen Stellen sind per Ende 2013 mit Polizei-Aspiranten besetzt, die sich noch in Ausbildung befinden und somit nicht unter die Kennzahl Headcount fallen.

Alle **Departemente** haben den Stellenplafond einhalten können.

Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2013: Headcount

	Stellen (Vollzeitäquivalent)					Köpfe [1]
	Ist (I)	Plafond (P)	Ist (I)	Abw. abs.	Abw. abs.	Ist (I)
Departemente / Betriebe	2012	2013	2013	I13/P13	I13/I12	2013
Präsidialdepartement	**389**	**399**	**390**	**-9**	**1**	**612**
Bau- und Verkehrsdepartement	**905**	**937**	**929**	**-8**	**24**	**1'029**
Erziehungsdepartement	**3'066**	**3'071**	**3'070**	**-1**	**4**	**4'754**
davon Departement	585		553			808
davon Schulen	2'481		2'516			3'946
Finanzdepartement	**476**	**506**	**478**	**-28**	**1**	**537**
Gesundheitsdepartement	**291**	**311**	**291**	**-20**	**0**	**384**
Justiz- und Sicherheitsdepartement	**1'572**	**1'657**	**1'633**	**-24**	**61**	**1'785**
Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	**658**	**682**	**669**	**-13**	**11**	**831**
Gerichte	**236**	**246**	**239**	**-7**	**3**	**299**
Zwischentotal	**7'593**	**7'809**	**7'699**	**-111**	**105**	**10'231**
Behörden / Allgemeine Verwaltung	38	36	35	-1	-3	50
Sozialstellenplan	3	20	1	-20	-3	1
Total Staat	**7'635**	**7'865**	**7'735**	**-130**	**100**	**10'282**

Kommentar

1 Der Personalbestand wird in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und Personen (Anzahl Köpfe) ausgewiesen. Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Beschäftigungsgrades in Vollzeitstellen. Im Headcount enthalten sind alle unbefristet angestellten Mitarbeitenden im Stunden- und Monatslohn, alle länger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden und alle Durchgangsstellen im Gesundheitsdepartement. Im Headcount nicht enthalten sind alle weniger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden, alle Ausbildungs-, Kredit- und weiterverrechneten Stellen und alle Durchgangsstellen ausserhalb des Gesundheitsdepartements.

Wichtigste Veränderungen beim Headcount zwischen Ist 2013 und Ist 2012

Präsidialdepartement Einerseits erhöhte sich im Präsidialdepartement der vom Regierungsrat bewilligte Stellen-Plafond im Jahre 2013 per Saldo um 4 Stellen (+0.5 Stellen Weiterentwicklung GEVER + Dauerbesetzung Porte Rathaus (budgetneutral) in der Staatskanzlei; +0.8 Stellen Urbane Standortqualität in der Abteilung Kantons- & Stadtentwicklung; +1.0 Stellen Eidg. & kant. Bau- & Wohnstatistik + Energiestatistik BS/BL im Statistischen Amt; +1.7 Stellen Umwandlungen von Stundenlohn- in Monatslohnverhältnisse in den Museen).

Andererseits vergrösserte sich die Differenz zwischen Plafond-Stellen und Ist-Stellenbesetzungen von minus 6 Stellen (2012) durch eine „vorsichtige“ Ausnutzung der bewilligten Stellenkontingente (Vakanzen) per Stichdatum 31.12. auf minus 9 Stellen (2013), was einer Stellenbesetzungs-Minderung (IST) von -3.0 Stellen entspricht.

Bau- und Verkehrsdepartement Die Erhöhung um +24 Stellen begründet sich mit der Reorganisation der Stadtreinigung (+10 Stellen), dem Ausbau des Grundbuch- und Vermessungsamtes in Bezug auf das ÖREB-Kataster (+1.5 Stellen), in der Mobilität mit dem Pendlerfonds (+0.5 Stellen) sowie der Stadtbildkommission (+1.0 Stellen). Ausserdem enthielt der Plafond 2012 +11 Stellen, die aber erst im 2013 besetzt wurden. Der Plafond 2013 wird nach wie vor um 8 Stellen unterschritten.

Erziehungsdepartement Bei der Differenz zwischen Ist 2012 und Ist 2013 von 4 Stellen handelt es sich um Vakanzen, die im Verlauf des Jahres besetzt wurden.

Finanzdepartement Durch die Plafonderhöhung von 5 neuen Stellen bei der ZID, die aber im Jahr 2013 noch nicht vollständig besetzt wurden (+2.4 Stellen) und durch die Wiederbesetzung von vakanten Stellen im ZPD (+3 Stellen), der Steuerverwaltung (+0.85 Stellen) und der Parkhäuser (plus 1.0 Stellen), sowie neuen Vakanzen bei der IBS durch Fluktuation (-6 Stellen), begründet sich die Differenz des Finanzdepartements von +1.0 Stellen zum Vorjahr.

Gesundheitsdepartement Keine Abweichung gegenüber Vorjahr.

Justiz- und Sicherheitsdepartement Die Erhöhung des Headcount-Bestands von 2012 auf 2013 ist insbesondere auf den stufenweisen Ausbau des Polizeibestands (+24 Stellen) und auf den Mehrbedarf an Sicherheitsassistentinnen im Zusammenhang mit der neuen Parkraumbewirtschaftung (+17 Stellen) zurückzuführen. Im Weiteren verzeichnet die Staatsanwaltschaft 6 zusätzliche Kriminalisten (Grossratsbeschluss vom 15. Mai 2013). Die restlichen Stellen resultieren aus der Besetzung von Vakanzen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Die Differenz von 11 Stellen verteilt sich über mehrere Dienststellen. ASB rund 7 Stellen, Sozialhilfe knapp eine Stelle mehr und auch die heutige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB +1 Stelle) und das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES +2 Stellen) haben aufgrund der gesetzlich bedingten Neustrukturierung nochmals zugelegt, wobei sich ein Vergleich mit der ehemaligen Vormundschaftsbehörde (bis Ende 12) aus diesem Grund nicht anbietet.

Gerichte Einerseits erhöhte sich bei den Gerichten der vom Regierungsrat bewilligte Stellen-Plafond im Jahre 2013 per Saldo um 6 Stellen (IDG/Öffentlichkeitsprinzip; Revision Zivilprozessordnung; Revision Kindes- und Erwachsenenschutzrecht). Andererseits vergrösserte sich die Differenz zwischen Plafond-Stellen und Ist-Stellenbesetzungen von minus 3 Stellen (2012) durch eine „vorsichtige“ Ausnutzung der bewilligten Stellenkontingente (Vakanzen) per Stichdatum 31.12. auf minus 7 Stellen (2013), was einer Stellenbesetzungs-Minderung (IST) von -3.0 Stellen entspricht.

Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2013: ausserhalb Headcount

	Ausbildungs-stellen		unterjährige Stellen		weiterverrechn. Stellen		Total [1]		
Departemente / Betriebe	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe	
Präsidialdepartement	**30**	**31**	**21**	**36**	**14**	**32**	**64**	**99**	
Bau- und Verkehrsdepartement	**57**	**57**	**36**	**45**	**33**	**37**	**127**	**139**	
Erziehungsdepartement	**350**	**385**	**77**	**319**	**9**	**17**	**437**	**721**	[2]
Finanzdepartement	**17**	**17**	**10**	**16**	**1**	**2**	**28**	**35**	
Gesundheitsdepartement	**28**	**29**	**10**	**46**	**17**	**19**	**55**	**94**	
Justiz- und Sicherheitsdepartement	**90**	**91**	**4**	**5**			**94**	**96**	
Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	**65**	**69**	**38**	**51**	**180**	**218**	**283**	**338**	
Gerichte	**16**	**16**	**7**	**13**			**23**	**29**	
Zwischentotal	**653**	**695**	**203**	**531**	**254**	**325**	**1'111**	**1'551**	
Behörden / Allgemeine Verwaltung	2	2					2	2	
Total Staat	**655**	**697**	**203**	**531**	**254**	**325**	**1'113**	**1'553**	

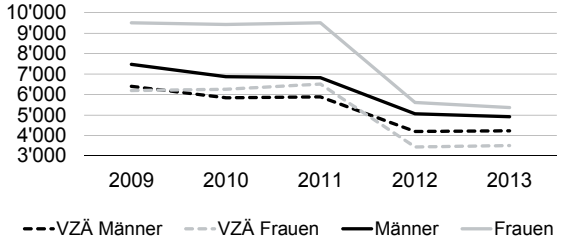
Kommentar

1 Ausbildungsstellen beinhalten Lehrstellen, Ausbildungsplätze am Bildungszentrum für Gesundheit, Lehrstellen bei der Polizei/Rettung, Vorpraktikumsstellen und Praktikumsstellen. VZÄ ist die Abkürzung für Vollzeitäquivalent.

2 ED: Die Daten beinhalten neben den „klassischen" Lehrstellen und Praktikumsplätzen (insgesamt 61 Ausbildungsplätze) weitere spezifische Ausbildungsplätze. Der Bereich Jugend, Familie und Sport bietet neben diversen Praktika auch folgende praxisbegleitende Ausbildungen auf der Tertiärstufe an: Fachfrau/Fachmann Betreuung als Erstausbildung mit Ausbildungsvertrag (Möglichkeit besteht auch als verkürzte Grundausbildung für Erwachsene), Sozialpädagoge/-in (HF/FH) als Erst- und als Zweitausbildung und Sozialarbeiter/-in (HF/FH). Im Bereich Bildung werden neben den „klassischen" Lehrstellen zusätzlich Ausbildungsstellen in den Lehrwerkstätten sowie im Bildungszentrum Gesundheit angeboten. Zudem werden in den Schulen und Tagesstrukturen eine Grosszahl an Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten eingesetzt.

Entwicklung zentraler Personalkennzahlen seit 2009

Stellen- und Personalstatistik (Headcount)



Lohnaufwand (ohne IWB) Der hier ausgewiesene Lohnaufwand beinhaltet Lohn/Gehalt, Inkonvenienzen sowie sämtliche Sozialversicherungsleistungen des Arbeitgebers.

Weiterbildungsaufwand (ohne IWB) Der Weiterbildungsaufwand steigt im Jahr 2013 auf 0.9% des Lohnaufwands. Knapp 10 Mio. wurden für Weiterbildungsmassnahmen eingesetzt.

Fluktuation Die Fluktuation ist im Jahr 2013 weiter gesunken und zeigt einen Wert von 8.1%. Bei den Männern ist die Fluktuation gegenüber dem Vorjahr um rund 1% gesunken.

Absenzen Die krankheitsbedingten Ausfälle überwiegen mit durchschnittlich 5.3 Tage pro Mitarbeitendem weiterhin deutlich, die unfallbedingten Absenzen mit durchschnittlich 0.9 Tage pro Mitarbeitendem. Bei der geschlechterbezogenen Betrachtung der unfallbedingten Ausfalltage liegt auch im 2013 der durchschnittliche Wert bei Männern deutlich höher als bei Frauen.

Entwicklung zentraler Personalkennzahlen seit 2009

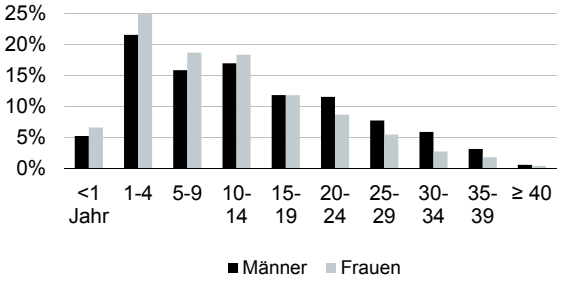
	2009	2010	2011	2012	2013	
Vollzeitäquivalente per Ende Jahr	**14'207.6**	**13'545.0**	**13'830.9**	**8'746.0**	**8'847.9**	
davon Vollzeitäquivalente Headcount	**12'596.6**	**12'103.0**	**12'396.2**	**7'635.0**	**7'735.4**	
davon Männer	6'403.7	5'844.0	5'884.7	4'193.5	4'230.1	
davon Frauen	6'192.9	6'259.0	6'511.5	3'441.5	3'505.3	
davon Vollzeitäquivalente ausserhalb Headcount	**1'611.0**	**1'442.0**	**1'434.7**	**1'111.0**	**1'112.5**	
davon Männer	700.5	613.6	606.8	538.6	549.1	
davon Frauen	910.5	828.4	827.9	572.4	563.4	
Ø Vollzeitäquivalente pro Jahr (ohne IWB)	**13'340.7**	**13'538.1**	**13'661.5**	**8'628.0**	**8'797.0**	
Personen (bzw. Köpfe) per Ende Jahr	**19'150**	**18'288**	**18'081**	**12'178**	**11'835**	
davon Personen Headcount	**16'984**	**16'299**	**16'328**	**10'673**	**10'282**	
davon Männer	7'477	6'873	6'821	5'060	4'919	
davon Frauen	9'507	9'426	9'507	5'613	5'363	
davon Personen ausserhalb Headcount	**2'166**	**1'989**	**1'753**	**1'505**	**1'553**	
davon Männer	868	781	712	659	688	
davon Frauen	1'298	1'208	1'041	846	865	
Ø Personen (bzw. Köpfe) pro Jahr (ohne IWB)	**17'852**	**18'399**	**18'170**	**11'864**	**12'007**	
Lohnaufwand in 1'000 Franken (ohne IWB)	**1'639'109.7**	**1'660'091.8**	**1'679'129.3**	**1'102'145.6**	**1'066'383.6**	
pro Ø Vollzeitäquivalent	122.9	122.6	122.9	127.7	121.2	
pro Ø Kopf	91.8	90.2	92.4	92.9	88.8	
Weiterbildungsaufwand in 1'000 Franken (ohne IWB)	**10'268.2**	**11'734.2**	**11'826.9**	**8'102.0**	**9'976.2**	
in % des Lohnaufwands	0.6%	0.7%	0.7%	0.7%	0.9%	
Fluktuation (brutto) in %	**8.9%**	**9.0%**	**11.1%**	**8.6%**	**8.1%**	
bei Männern	8.5%	9.2%	10.1%	8.7%	7.8%	
bei Frauen	9.3%	8.9%	11.5%	8.6%	8.4%	
Ø Absenz wegen Krankheit in Tagen	**6.7**	**6.2**	**6.3**	**4.7**	**5.3**	
bei Männern	6.3	5.8	5.9	5.7	5.2	
bei Frauen	7.1	6.5	6.5	3.8	5.5	1
Ø Absenz wegen Unfall (BU/NBU) in Tagen	**1.2**	**1.1**	**1.1**	**1.0**	**0.9**	
bei Männern	1.6	1.5	1.6	1.5	1.2	
bei Frauen	0.8	0.9	1.0	0.5	0.6	
Ø Absenz wegen Schwanger-/Mutterschaft in Tagen		**0.9**	**1.4**	**0.6**	**0.9**	1

Kommentar

1 Ab 2010 werden durch Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubstage bedingte Absenzen separat ausgewiesen und sind nicht mehr in den Absenzen wegen Krankheit enthalten.

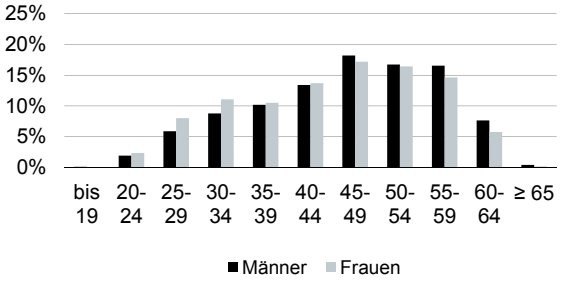
Kennzahlen zur Personalstruktur 2013 nach Geschlecht (Headcount)

Mitarbeitende nach Betriebszugehörigkeit



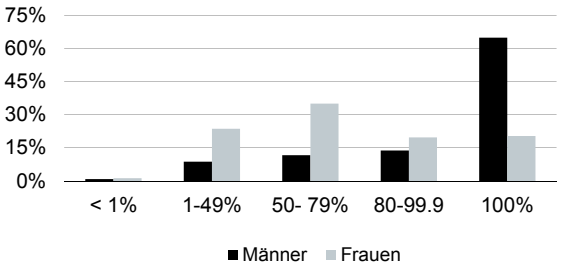
Betriebszugehörigkeit	Männer	Frauen	Gesamt
kleiner als 1 Jahr	256	352	608
1 - 4	1’059	1’382	2’441
5 - 9	778	1’000	1’778
10 - 14	833	983	1’816
15 - 19	580	632	1’212
20 - 24	566	464	1’030
25 - 29	379	291	670
30 - 34	288	144	432
35 - 39	153	95	248
grösser/gleich 40	27	20	47
Total	**4’919**	**5’363**	**10’282**

Mitarbeitende nach Alterskategorie



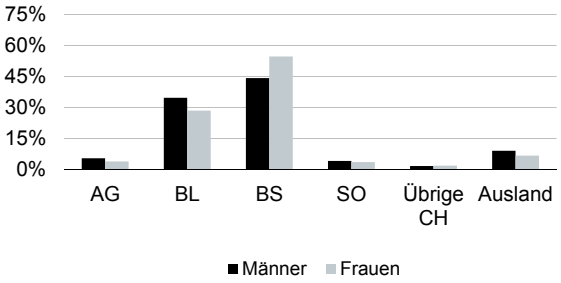
Alterskategorie	Männer	Frauen	Gesamt
bis 19	7	6	13
20-24	96	128	224
25-29	291	431	722
30-34	433	594	1’027
35-39	502	564	1’066
40-44	660	734	1’394
45-49	895	921	1’816
50-54	823	880	1’703
55-59	813	784	1’597
60-64	377	310	687
grösser/gleich 65	22	11	33
Total	**4’919**	**5’363**	**10’282**

Mitarbeitende nach Beschäftigungsgrad



Beschäftigungsgrad	Männer	Frauen	Gesamt
kleiner als 1%	43	67	110
1 - 49.9%	430	1’267	1’697
50 - 79.9%	575	1’878	2’453
80 - 99.9%	680	1’059	1’739
100%	3’191	1’092	4’283
Total	**4’919**	**5’363**	**10’282**

Mitarbeitende nach Wohnsitz



Wohnsitz	Männer	Frauen	Gesamt
Aargau	274	218	492
Basel-Landschaft	1’710	1’533	3’243
Basel-Stadt	2’179	2’932	5’111
Solothurn	211	202	413
Übrige Kantone	91	110	201
Ausland	454	368	822
Total	**4’919**	**5’363**	**10’282**

Betriebszugehörigkeit Rund die Hälfte der Mitarbeitenden arbeitet seit weniger als 10 Jahren beim Kanton. Während bei einer Betriebszugehörigkeit von bis zu 14 Jahren der Anteil Frauen überwiegt, dreht sich das Verhältnis ab einer Betriebszugehörigkeit von 20 und mehr Jahren. Der Geschlechteranteil bei einer Betriebszugehörigkeit zwischen 15 und 19 Jahren bleibt im Vergleich zu den Vorjahren nahezu identisch.

Altersstruktur Altersstruktur sowie Durchschnittsalter veränderten sich sich in den letzten Jahren kaum. Der grösste Teil der Mitarbeitenden (18%), die beim Kanton Basel-Stadt arbeiten, sind zwischen 45 und 49 Jahre alt.

Beschäftigungsstruktur Rund 60% der Mitarbeitenden arbeiten Teilzeit, rund 40% Vollzeit. Die Teilzeitquote der Frauen liegt bei 80%, diejenige der Männer bei 35%. Rund 18% der Mitarbeitenden arbeiten mit einem Pensum bis 50%.

Wohnsitz 85% der Mitarbeitenden wohnen in der Region Nordwestschweiz, 50% leben direkt im Kanton Basel-Stadt. Der Anteil im Ausland wohnhafter Mitarbeitender, v. a. Grenzgängerinnen und Grenzgänger, beträgt 8%. Das Verhältnis der in Basel-Stadt wohnhaften Mitarbeitenden zu den nicht in Basel-Stadt wohnhaften Mitarbeitenden hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Entwicklung der Berufsbildung seit 2009

	2009	2010	2011	2012	2013
Lehrverhältnisse SBFI	**416**	**447**	**454**	**294**	**307**
davon Männer	212	210	211	166	178
davon Frauen	204	237	243	128	129
Grund Lehrabbruch (ab 2012 ausgewiesen)	*	*	*	**13**	**18**
davon Männer				6	11
davon Frauen				7	7
Disziplinarische Gründe				7	5
Leistungsmangel				3	4
Persönliche Gründe				3	9
Lehrabgänger/-innen	**133**	**142**	**160**	**102**	**90**
davon Männer	72	66	75	47	43
davon Frauen	61	76	85	55	47
Lehrabschlüsse nach Abschlussqualität	**133**	**142**	**160**	**102**	**90**
davon im Rang	30	20	19	15	9
davon 5.0 - 5.2	17	38	32	24	22
davon 4.5 - 4.9	60	52	60	37	39
davon 4.0 - 4.4	10	14	29	16	11
davon bestandene Anlehre/Attest (ohne Note)		7	4	4	3
davon nicht bestanden	10	6	6	6	6
davon Auflösung Lehrvertrag	6	5	10	0*	0*
Weiterbeschäftigung der Lehrabgänger/-innen	**133**	**142**	**160**	**102**	**90**
davon interne Anstellung	8	7	24	11	10
davon interne befristete Anstellung	16	32	31	29	20
davon externe Anstellung	19	24	14	10	6
davon Rekrutenschule	6	8	10	14	5
davon Stellensuche / Pause	40	12	21	9	25
davon Zusatzausbildung	15	34	27	14	18
davon Wiederholung	3	0	3	2	6
davon keine Angaben	26	25	30	13	0

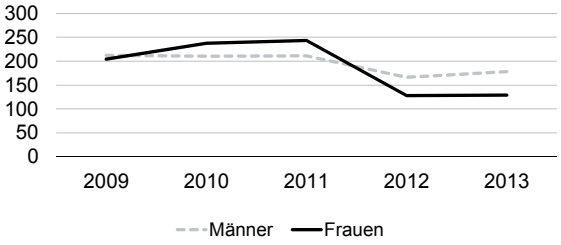
Lehrverhältnisse SBFI (Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation - ehemals BBT) Die Zahl der Lehrverhältnisse hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4% erhöht. Im Verhältnis der letzten 5 Jahre bleibt das Wachstum konstant.

Lehrabbruch* Ab 2012 werden die Lehrabbrüche, inklusive der Gründe die zum Lehrabbruch geführt haben, pro Jahr ausgewiesen und sind nicht mehr unter der Rubrik Lehrabschlüsse aufgeführt. Im 2013 erfolgte die Hälfte der Lehrabbrüche aufgrund von Leistungsmangel und aus disziplinarischen Gründen.

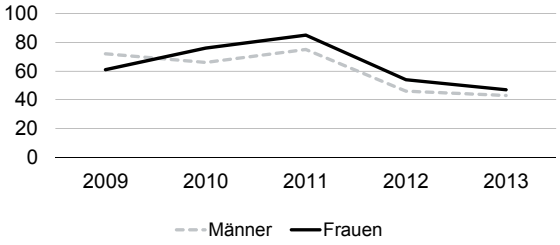
Abschlussqualität 93% der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger haben im Jahr 2013 erfolgreich abgeschlossen. Rund 34% der Lehrabgängerinnen und -abgänger erzielten Abschlussnoten zwischen 5 und 6. 10% schlossen im Rang ab.

Weiterbeschäftigung nach Lehrabschluss Der Anteil von Lehrabgängerinnen und -abgängern, die nach Lehrabschluss eine unbefristete oder befristete Stelle beim Kanton antreten, beträgt 33%. Rund 20% haben sich für eine Zusatzausbildung entschieden. Unter Zusatzausbildung fallen eine Zweitlehre, Fachhochschulen und Sprachaufenthalte.

Lehrverhältnisse SBFI-Berufe



Lehrabgänge SBFI-Berufe



4.2 Jahresrechnung Zweckgebundene Positionen

Finanzen

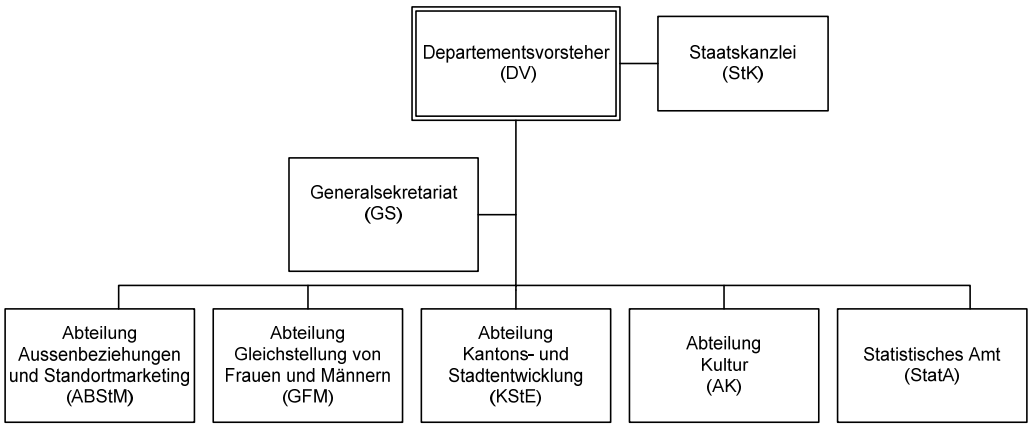
	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'098.2	-1'180.6	-1'126.1	54.5	4.6	-27.9	-2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-401.1	-391.5	-401.9	-10.4	-2.6	-0.8	-0.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-4.5	-4.9	-4.9	0.0	0.1	-0.4	-8.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-39.4	0.0	-0.2	-0.2	0.0	39.2	99.6
36 Transferaufwand	-1'603.4	-1'637.7	-1'665.6	-27.8	-1.7	-62.2	-3.9
39 Interne Verrechnungen	-240.0	-211.0	-241.8	-30.8	-14.6	-1.8	-0.7
Betriebsaufwand	**-3'386.5**	**-3'425.7**	**-3'440.4**	**-14.7**	**-0.4**	**-53.8**	**-1.6**
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
41 Regalien und Konzessionen	0.0	17.8	17.7	-0.1	-0.6	17.7	...
42 Entgelte	387.7	354.4	414.8	60.4	17.0	27.1	7.0
43 Verschiedene Erträge	4.6	0.1	14.7	14.6	...	10.1	220.6
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	18.7	0.0	0.2	0.2	0.0	-18.5	-99.1
46 Transferertrag	273.5	290.5	274.7	-15.8	-5.4	1.2	0.4
49 Interne Verrechnungen	240.0	211.0	241.8	30.8	14.6	1.8	0.7
Betriebsertrag	**924.5**	**873.8**	**963.9**	**90.1**	**10.3**	**39.3**	**4.3**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-2'462.0**	**-2'552.0**	**-2'476.5**	**75.4**	**3.0**	**-14.5**	**-0.6**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-114.5	-123.3	-161.1	-37.8	-30.7	-46.6	-40.7
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-5.8	-6.9	-9.3	-2.4	-35.3	-3.5	-59.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	8.6	8.6	0.0	8.6	0.0
Abschreibungen	**-120.4**	**-130.2**	**-161.8**	**-31.7**	**-24.3**	**-41.5**	**-34.4**
Betriebsergebnis	**-2'582.4**	**-2'682.1**	**-2'638.4**	**43.7**	**1.6**	**-56.0**	**-2.2**
34 Finanzaufwand	-6.9	-2.3	-10.0	-7.7	-339.3	-3.0	-43.8
44 Finanzertrag	67.7	59.4	62.7	3.3	5.5	-5.0	-7.4
Finanzergebnis	**60.7**	**57.1**	**52.7**		**-4.4**		**-8.0**
Gesamtergebnis	**-2'521.7**	**-2'625.0**	**-2'585.7**	**39.3**	**1.5**	**-64.0**	**-2.5**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-37.6	-129.9	-54.4	75.4	58.1	-16.9	-44.9
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-257.9	-257.9	-277.1	-19.1	-7.4	-19.2	-7.4
2 Bildung	-889.3	-886.2	-880.8	5.4	0.6	8.5	1.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.0	-162.4	-173.8	-11.4	-7.0	-0.8	-0.5
4 Gesundheit	-397.7	-414.6	-419.3	-4.8	-1.2	-21.7	-5.5
5 Soziale Sicherheit	-610.9	-618.4	-621.5	-3.1	-0.5	-10.6	-1.7
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-160.7	-154.1	-161.4	-7.3	-4.7	-0.6	-0.4
7 Umweltschutz und Raumordnung	8.6	6.7	6.2	-0.5	-7.5	-2.4	-28.2
8 Volkswirtschaft	-2.4	-7.7	-3.3	4.4	56.6	-1.0	-40.2
9 Finanzen und Steuern	-0.9	-0.5	-0.1	0.4	80.8	0.8	89.9

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-250.7	-335.8	-263.9	71.9	21.4	-13.3	-5.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-3.5	-7.3	-3.9	-110.6	-7.3	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-6.2	0.0	-20.4	-20.4	0.0	-14.1	-225.9
Einnahmen Grossinvestitionen	6.8	0.0	112.7	112.7	0.0	105.9	...
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	41.1	28.3	22.4	-5.9	-20.8	-18.7	-45.6
Nettoinvestitionen	**-209.1**	**-311.0**	**-156.5**	**154.5**	**49.7**	**52.6**	**25.1**
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0	-100.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	52.6	52.6	0.0	52.6	0.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**1.0**	**0.0**	**52.6**	**52.6**	**0.0**	**51.6**	**...**
Saldo Investitionsrechnung	**-208.1**	**-311.0**	**-104.0**	**207.1**	**66.6**	**104.2**	**50.1**

4.2.1 Präsidialdepartement

PD-320	Generalsekretariat PD	148
PD-321	Gleichstellung von Frauen und Männern	150
PD-330	Staatskanzlei	153
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	157
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	160
PD-360	Statistisches Amt	165
PD-370	Kultur	167
PD-376	Staatsarchiv	169
PD-377	Archäologische Bodenforschung	172
PD-371	Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	175
PD-372	Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	178
PD-373	Globalbudget Historisches Museum Basel	181
PD-374	Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel	183
PD-375	Globalbudget Museum der Kulturen Basel	185



Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-53.8	-54.7	-54.2	0.5	0.9	-0.4	-0.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-42.6	-42.6	-41.4	1.1	2.7	1.2	2.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-0.1	-0.1	...	-0.1	...
36 Transferaufwand	-70.4	-71.5	-71.8	-0.3	-0.4	-1.4	-1.9
Betriebsaufwand	**-166.8**	**-168.8**	**-167.6**	**1.2**	**0.7**	**-0.7**	**-0.4**
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	3.6	0.0	10.0
42 Entgelte	12.9	11.7	13.4	1.7	15.0	0.5	4.1
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-96.1
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3	-100.0
46 Transferertrag	3.0	5.3	3.9	-1.3	-25.3	1.0	32.8
Betriebsertrag	**16.5**	**17.0**	**17.4**	**0.4**	**2.5**	**0.8**	**5.0**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-150.3**	**-151.8**	**-150.2**	**1.6**	**1.1**	**0.1**	**0.1**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-3.5	-3.2	-3.0	0.2	5.8	0.5	13.7
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.2	-2.0	-0.4	1.7	82.6	-0.2	-90.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	1.0	1.0	0.0	1.0	0.0
Abschreibungen	**-3.7**	**-5.2**	**-2.4**	**2.8**	**54.0**	**1.3**	**34.5**
Betriebsergebnis	**-153.9**	**-157.0**	**-152.6**	**4.4**	**2.8**	**1.4**	**0.9**
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.1	-0.0	-10.5
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.3	0.0	20.8	0.0	2.0
Finanzergebnis	**0.2**	**0.2**	**0.2**	**0.0**	**27.9**	**0.0**	**0.0**
Gesamtergebnis	**-153.7**	**-156.8**	**-152.4**	**4.5**	**2.8**	**1.4**	**0.9**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-33.1	-34.3	-32.5	1.8	5.2	0.6	1.9
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-120.6	-122.5	-119.9	2.7	2.2	0.7	0.6

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2.9	-6.3	-3.0	3.3	53.2	-0.0	-0.4
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0	-0.4	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.2	0.0	-1.1	-1.1	0.0	-0.9	-481.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1.9	0.0	1.0	1.0	0.0	-1.0	-50.4
Nettoinvestitionen	**-1.2**	**-6.3**	**-3.5**	**2.8**	**45.1**	**-2.3**	**-186.6**
Saldo Investitionsrechnung	**-1.2**	**-6.3**	**-3.5**	**2.8**	**45.1**	**-2.3**	**-186.6**

Generalsekretariat PD PD-320

Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher des Präsidialdepartements und leitet die Departementsangelegenheiten. Es begleitet die strategischen Projekte des Departements bzw. seiner Dienststellen. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Administration, Finanzen, Informatik und Personal erbringt das Generalsekretariat Dienstleistungen für den Vorsteher und die Dienststellen des Departements und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher. Es ist für die reibungslose und fristgerechte Geschäftsabwicklung des Departements zuständig. Das Generalsekretariat knüpft und pflegt die Kontakte des Präsidialdepartements mit Personen und Institutionen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Stabsleistungen

Das Generalsekretariat war im 2013 insbesondere verantwortlich für:

- die operative Geschäftsleitung des Departements
- die Auftragsabwicklung und Koordination sämtlicher Geschäfte
- die Schwerpunktbildung im Departement und das entsprechende Controlling
- das frühzeitige Erkennen von Entwicklungen (Chancen/Risiken) und die entsprechende Beratung des Vorstehers in politischen und führungsrelevanten Bereichen
- die Vor- und Nachbereitung der Verpflichtungen des Regierungspräsidenten in der Öffentlichkeit
- die laufende Optimierung und Anpassung der Ablauforganisation, Strukturen und Prozesse
- die Weiterentwicklung der Führungsstrukturen und Zusammenarbeitskultur sowie den Einsatz entsprechender Instrumente und Methoden

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-3'103.3	-3'294.9	-3'143.2	151.6	4.6	-39.9	-1.3	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'372.9	-1'812.3	-1'373.4	438.8	24.2	-0.5	-0.0	2
Betriebsaufwand	**-4'476.2**	**-5'107.1**	**-4'516.7**	**590.5**	**11.6**	**-40.4**	**-0.9**	
42 Entgelte	18.7	20.1	17.8	-2.3	-11.2	-0.9	-4.7	
Betriebsertrag	**18.7**	**20.1**	**17.8**	**-2.3**	**-11.2**	**-0.9**	**-4.7**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-4'457.5**	**-5'087.0**	**-4'498.8**	**588.2**	**11.6**	**-41.3**	**-0.9**	
Betriebsergebnis	**-4'457.5**	**-5'087.0**	**-4'498.8**	**588.2**	**11.6**	**-41.3**	**-0.9**	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	-72.0	-0.1	-138.9	
Finanzergebnis	**-0.1**	**-0.1**	**-0.2**	**-0.1**	**-72.0**	**-0.1**	**-138.9**	
Gesamtergebnis	**-4'457.6**	**-5'087.1**	**-4'499.0**	**588.1**	**11.6**	**-41.4**	**-0.9**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-4'457.6	-5'087.1	-4'499.0	588.1	11.6	-41.4	-0.9	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	-6'300.0	0.0	6'300.0	100.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**-6'300.0**	**0.0**	**6'300.0**	**100.0**	**0.0**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**-6'300.0**	**0.0**	**6'300.0**	**100.0**	**0.0**	**0.0**

Kommentar

1 Die Unterschreitung resultiert aus vorübergehender Reduktion des Beschäftigungsgrades von zwei Mitarbeitern. Über Kto. 301001 bei der Kostenstelle 3205021 Lernende erfolgten zwei Vergütungen des Krisenfonds

2 Die Einsparung dient zur Kompensation allfälliger Budgetüberschreitungen bei den Dienststellen des Präsidialdepartements.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	19.0	20.3	19.5	19.5	19.8
Öffentl. Verpfl. des Regierungspräsidenten (Repräsentation)	Anz		271	168	178	115
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz	100	236	298	233	197

Gleichstellung von Frauen und Männern PD-321

Ziel und Auftrag der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern sind, die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Die Gleichstellungspraxis innerhalb und ausserhalb der kantonalen Verwaltung wird angeregt, unterstützt, gefördert und begleitet.

Gleichstellungsbestrebungen werden in allen Lebensbereichen initiiert und weiterentwickelt, um die ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verbessern. Dies geschieht insbesondere durch das Erarbeiten von Konzepten, Massnahmen und zielgruppenspezifischen Projekten, die Beratung und Unterstützung von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie die Überprüfung von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundes- und Kantonsverfassung.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern förderte mit zielgruppenspezifischen Projekten, Massnahmen und Veranstaltungen die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen und setzte sich für den Abbau struktureller Benachteiligungen ein. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Kooperationspartnerinnen und Multiplikatoren in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft bildete die Grundlage der Projektarbeit in den verschiedenen Themen. Im Berichtsjahr wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Situation von Männern, Männlichkeitsvorstellungen und den Wunsch nach neuen Arbeitszeitmodellen gelegt. Des Weiteren ist der Infoletter BRISE ein wichtiges Instrument, über die Tätigkeiten der Abteilung und weitere Gleichstellungsthemen zu informieren.

Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel Der inhaltliche Schwerpunkt der Familienfreundlichen Wirtschaftsregion Basel lag im Jahr 2013 auf der Förderung der Teilzeitarbeit von Männern. In Zusammenarbeit mit der nationalen Kampagne „Der Teilzeitmann“ diskutierte der Round Table über Rahmenbedingungen zur verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer. Mit der Tramkampagne „Männersache“ wurde die Basler Öffentlichkeit im Herbst 2013 auf das Thema aufmerksam gemacht. Und auch der Infoletter BRISE widmete sich diesem Handlungsfeld: Neben Porträts von Teilzeitmännern zeigte ein ausgewiesener Fachmann auf, wie auch Unternehmen von der Förderung der Teilzeitarbeit bei Männern profitieren. Die Abteilung hat den beliebten Basler Familienplaner zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch fürs Jahr 2014 neu herausgegeben und kostenlos an über 4’500 Familien der Region abgegeben.

Öffnung Berufswahl Im Mittelpunkt des Aktionsprogramms „Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen“ stand 2013 der Kurzfilm „no limits!", der einen Fachmann Betreuung und eine Automechanikerin porträtiert. Er ist auf der Abteilungswebsite zu sehen und kann auf USB-Sticks bezogen werden. 20-sekündige Clips wurden in den Basler Pathé-Kinos gezeigt und machen auf den Film und das Programm „Öffnung der Berufswahl“ aufmerksam.

Weiterhin sind junge Menschen in geschlechtsuntypischen Berufen als Botschafter/innen in den Schulen im Einsatz. Das Pixi-Büchlein „Theatertrubel im Kindergarten“ wird im Schuljahr 2013/14 zum zweiten Mal in den baselstädtischen Kindergärten verteilt. Es motiviert die Kinder spielerisch zum Ausprobieren verschiedener Rollen.

Nach einigen Jahren Unterbruch hat Basel-Stadt 2013 neu wieder am Nationalen Zukunftstag teilgenommen. Das in diesem Rahmen in Zusammenarbeit mit der TheaterFalle angebotene Forumtheater zum Thema Berufswahl und Rollenbilder ist bei den teilnehmenden Klassen auf grosse Begeisterung gestossen.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-597.8	-623.4	-567.9	55.6	8.9	30.0	5.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-493.8	-425.8	-470.7	-44.8	-10.5	23.2	4.7
36 Transferaufwand	-531.3	-530.0	-530.0	0.0	0.0	1.3	0.2
Betriebsaufwand	**-1'622.9**	**-1'579.2**	**-1'568.5**	**10.7**	**0.7**	**54.4**	**3.4**
42 Entgelte	13.5	9.2	5.4	-3.8	-41.1	-8.1	-59.9
43 Verschiedene Erträge	13.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-13.4	-100.0
46 Transferertrag	29.1	0.0	8.5	8.5	0.0	-20.6	-70.8
Betriebsertrag	**55.9**	**9.2**	**13.9**	**4.7**	**51.7**	**-42.0**	**-75.2**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-1'567.0**	**-1'570.1**	**-1'554.6**	**15.4**	**1.0**	**12.4**	**0.8**
Betriebsergebnis	**-1'567.0**	**-1'570.1**	**-1'554.6**	**15.4**	**1.0**	**12.4**	**0.8**
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	34.5	0.1	48.6
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	**-0.1**	**-0.1**	**-0.1**	**0.0**	**34.5**	**0.1**	**47.9**
Gesamtergebnis	**-1'567.1**	**-1'570.2**	**-1'554.7**	**15.5**	**1.0**	**12.4**	**0.8**
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-1'567.1	-1'570.2	-1'554.7	15.5	1.0	12.4	0.8

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.5	9.0	3.6	3.6	3.5
Projekte zur Förderung der Gleichst. von Frauen und Männern	Anz	12	13	14	14	14

Care Die Abteilung vertiefte das Thema Care-Arbeit mit dem Fokus der gleichberechtigten Verteilung dieser gesellschaftlich relevanten Arbeit zwischen Frauen und Männern. Ob bezahlt oder unbezahlt, die Arbeit in diesem Bereich liegt in Frauenhänden und betrifft damit ungleich stärker ihre Berufsverläufe und Arbeitsbedingungen. Am Podium „Das Alter ist weiblich" diskutierten Frauen der Grossmüttergeneration und Basler Politikerinnen die notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Frauen im Altern besser unterstützen und Altersarmut vorbeugen könnten. Die Rentenwirksamkeit von Care-Leistungen war dabei von besonderem Interesse.

Männer & Buben In allen Schwerpunkten realisierte die Abteilung in Zusammenarbeit mit Männerorganisationen spezifische Massnahmen für Buben und Männer. Neben der Vernetzung mit Akteuren in der Region Basel und dem Schwerpunkt „Männer und Teilzeit" in der Familienfreundlichen Wirtschaftsregion Basel organisierte die GFM in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Männer – Männlichkeit – Behinderung": Ausdruck von Männlichkeit ist ein gesunder Körper. Der versehrte oder nur schon verletzliche Körper bedroht die männliche Identität. Was bedeutet „Mann-Sein", wenn man seinen Körper nicht inszenieren, formen und kontrollieren kann? Fünf Männer mit unterschiedlichen Behinderungen diskutierten mit dem Publikum über Geschlecht, Körper, Verletzlichkeit, Identität und Lebenssinn.

Jugendliche und neue Medien Jugendliche sind heute Digital Natives, der Umgang mit neuen Medien ist für sie eine Selbstverständlichkeit. Wie können Erwachsene sie dabei begleiten? Und welchen Einfluss hat diese Entwicklung auf Geschlechterbilder und -stereotypen? Die Abteilung hat diese Thematik 2013 in einer Veranstaltung, im Infoletter BRISE und einer Workshopreihe aufgenommen: An der Veranstaltung „So viel Sex?" diskutierten Eltern, Fachpersonen und Jugendliche über die Sexualisierung der Gesellschaft, wie sie sich gerade auch in neuen Medien manifestiert. Im Infoletter der Abteilung sind zum selben Thema ein Interview mit einem Jugendarbeiter, Statements von Jugendlichen und ein Text zum Trend „Sexting" zu lesen. Ganz konkrete Hilfestellung für Bezugspersonen von Jugendlichen bot die Workshopreihe „Killerchats", die im November in Zusammenarbeit

mit der MedienFalle durchgeführt wurde: Eltern und Lehrpersonen lernten in Begleitung von Expertinnen und Experten den Umgang mit Social Media und Killergames und dessen Bedeutung für junge Frauen und Männern kennen und einschätzen.

Geschlechterquote In Erfüllung der Motion Gerber betreffend besseres Risikomanagement durch geschlechtsspezifisch ausgewogene Besetzung der Verwaltungsräte im öffentlichen und halböffentlichen Bereich wurde eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 26. Juni 1996 (EG GlG) erarbeitet. Das Referendum gegen diese Gesetzesänderung wurde ergriffen und kam zustande.

Chancengleichheitspreis Die Regierungen beider Basel verleihen im Berichtsjahr der Dr. Martin Wechsler AG, Expertin für berufliche Vorsorge, den mit 20'000 Franken dotierten Chancengleichheitspreis. Das Baselbieter KMU überzeugt mit langjährigen und innovativen Massnahmen zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Firma versucht nicht nur situationsbedingte Lösungen zu finden, sondern verfolgt systematisch eine gleichstellungs- und familienorientierte Personalpolitik. Damit konnte ein vorbildliches Unternehmen ausgezeichnet werden, das für andere KMU ein Beispiel sein kann.

Gleichstellungskommission Basel-Stadt Das erste Halbjahr 2013 stand im Zeichen der Neuwahlen für die nächste Legislatur. Erfreulich war, dass für die ausgeschriebenen 10 Sitze 46 Bewerbungen eingegangen sind. Davon waren 19 Bewerbungen von Männern. Zur Wahl in die Gleichstellungskommission wurden 5 Frauen und 5 Männer, sowie 10 Nachrückende vorgeschlagen. Am Sommerplenum traf sich die neu zusammengesetzte GSK. Die neue heterogene Gruppe fand sich rasch und die positive Arbeitsstimmung ermunterte alle Mitglieder sich in einem Thema einzubringen, somit war das Ziel, dass alle Mitglieder an einem Projekt mitarbeiten, erfüllt. Folgende Themen wurden im zweiten Halbjahr vertieft: Politik, Familienergänzende Kinderbetreuung, Frauen in Kaderpositionen in der Wirtschaft, Sensibilisierung für Gleichstellungsthemen, öffentliche Diskussionsveranstaltungen. Die Arbeiten an den Projekten sind im zweiten Halbjahr erfolgreich gestartet. Die Projektgruppe Runder Tisch organisierte regelmässig öffentliche Veranstaltungen zu Themen der Gleichstellung (z.B. Berufswahl Jungen/Mädchen, Frauen im Kader etc.). Weiter wurde in dieser Zeit aus aktuellem Anlass, Abstimmung über die Geschlechterquoten in Aufsichtsgremien staatsnaher Unternehmen, ein Podium „Geschlechterquote Zwang oder Chance“ organisiert. Ziel dieses Podiums war, Pro und Contra Argument darzulegen und zur öffentlichen Information und Meinungsbildung beizutragen.

Staatskanzlei PD-330

Als Stabsorgan unterstützt und berät die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Sie übernimmt Koordinationsaufgaben, unterstützt und vertritt den Regierungsrat in repräsentativen Funktionen und bringt seine Interessen in Gremien und Delegationen ein. Die Staatskanzlei ist Bindeglied zu anderen Stellen der Verwaltung, zum Grossen Rat, zum Bund, den Kantonen und zur Öffentlichkeit.

Die umfassende Geschäftskontrolle der Regierungskanzlei stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente.

Die Abteilung Kommunikation informiert die Medien und Öffentlichkeit über die Tätigkeiten des Regierungsrates. Dazu nutzt sie neben den klassischen Kommunikationsmitteln auch neue Medien. Sie erarbeitet Konzepte, Leitlinien sowie Projekte und steht dem Regierungsrat sowie der Verwaltung beratend zur Seite, damit eine offene, sachliche und rasche Kommunikation jederzeit und auf allen Ebenen gewährleistet bleibt.

Die Abteilung Dienste und Anlässe übernimmt protokollarische Aufgaben und ist verantwortlich für die Vorbereitung und Begleitung von Sitzungen sowie die Organisation und Durchführung von Anlässen im Auftrag des Regierungsrates.

Die Abteilung Recht und Volksrechte ist verantwortlich für die Gewährleistung der politischen Rechte und nimmt verschiedene Beratungsfunktionen wahr. Sie unterstützt den Regierungsrat in der Aufsicht über die Gemeinden und bereitet die Rekursentscheide des Regierungsrates sowie des Vorstehers des Präsidialdepartements vor. Zudem behandelt sie die Zugangsgesuche zu Regierungsgeschäften und unterstützt die anderen Verwaltungsstellen bei Fragen im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsprinzip.

Der Staatskanzlei sind auch die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und die Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen administrativ zugeordnet.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen

Kommunikation Der Relaunch des kantonalen Online-Portals www.bs.ch wurde erfolgreich durchgeführt. Das neue Design scheint nach ersten, noch nicht systematisch erhobenen Feedbacks bei den Benutzern gut anzukommen. Beim Thema Open Government Data wurde in gesamtschweizerischen Gremien ausgelotet, wo die Diskussion steht, um Anhaltspunkte für das weitere Verfahren im Kanton Basel-Stadt zu erhalten. Der Wechsel zum Online-Primat des Kantonsblatts wurde nach rechtlichen und technischen Vorarbeiten so weit vorbereitet, dass das konkrete Projekt 2014 gestartet werden kann. Das Tagesgeschäft der Abteilung Kommunikation wurde mit hoher Qualität bewältigt.

Rechtsdienst und politische Rechte Neben der Vorbereitung diverser Rekursentscheide zuhanden des Regierungsrates bzw. des Regierungspräsidenten sowie der Beratung des Präsidialdepartements und der Staatskanzlei in juristischen Fragen verfasste der Bereich Recht und Volksrechte im Berichtsjahr diverse Stellungnahmen sowie Berichte zu politischen Vorstössen und arbeitete verschiedene Erlasse aus bzw. wirkte an deren Ausarbeitung mit.

Initiativen und Referenden: Im Berichtsjahr wurden die Unterschriftenlisten von fünf kantonalen Initiativen in formeller Hinsicht geprüft und im Kantonsblatt publiziert. Bei vier Initiativen konnte aufgrund des Einreichens von mehr als 3'000 Unterschriften das Zustandekommen verfügt werden. Bei keiner Initiative musste das Nichtzustandekommen festgestellt und verfügt werden. Zwei kantonale Initiativen wurden zurückgezogen. Schliesslich wurde das Zustandekommen von drei Referenden verfügt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-4'398.1	-4'184.0	-4'146.8	37.2	0.9	251.3	5.7	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'915.7	-3'325.4	-3'445.6	-120.2	-3.6	470.1	12.0	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-7.3	0.0	-59.1	-59.1	0.0	-51.8	-706.4	
36 Transferaufwand	-1.7	-1.2	-21.3	-20.1	...	-19.6	...	
Betriebsaufwand	**-8'322.9**	**-7'510.6**	**-7'672.9**	**-162.3**	**-2.2**	**650.0**	**7.8**	
42 Entgelte	740.7	510.2	487.1	-23.1	-4.5	-253.6	-34.2	
43 Verschiedene Erträge	122.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-122.1	-100.0	
46 Transferertrag	0.0	0.0	23.7	23.7	0.0	23.7	0.0	
Betriebsertrag	**862.8**	**510.2**	**510.8**	**0.6**	**0.1**	**-352.0**	**-40.8**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-7'460.0**	**-7'000.4**	**-7'162.1**	**-161.6**	**-2.3**	**297.9**	**4.0**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-205.0	-3.2	201.8	98.4	-3.2	0.0	
Abschreibungen	**0.0**	**-205.0**	**-3.2**	**201.8**	**98.4**	**-3.2**	**0.0**	
Betriebsergebnis	**-7'460.0**	**-7'205.4**	**-7'165.3**	**40.1**	**0.6**	**294.7**	**4.0**	
34 Finanzaufwand	-1.1	-0.3	-0.7	-0.4	-129.2	0.4	36.4	
44 Finanzertrag	0.0	1.2	0.0	-1.2	-100.0	0.0	0.0	
Finanzergebnis	**-1.1**	**0.9**	**-0.7**	**-1.6**	**-176.4**	**0.4**	**36.4**	
Gesamtergebnis	**-7'461.1**	**-7'204.5**	**-7'166.0**	**38.5**	**0.5**	**295.1**	**4.0**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-7'461.1	-7'204.5	-7'166.0	38.5	0.5	295.1	4.0	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	0.0	-16.2	-16.2	0.0	-16.2	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-16.2**	**-16.2**	**0.0**	**-16.2**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**0.0**	**-16.2**	**-16.2**	**0.0**	**-16.2**	**0.0**

Kommentar

1 Die Überschreitung resultiert aus dem Konto 319925. Auf Beschluss der Regierung haben im Jahr 2013 mehr Anlässe und Veranstaltungen stattgefunden als budgetiert, was mit entsprechend höheren Kosten verbunden war.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.8	29.3	30.8	31.4	30.4	
Regierungsgeschäfte	Anz	2'256	2'539	2'518	2'401	2'893	
Beglaubigungen	Anz	17'964	16'821	18'281	15'835		1
In Schlichtungsverhandlungen erledigte Verfahren	Anz	1'857	1'757	1'676	1'632	1'196	
Ø Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz	120	105	93	73	89	
Eingegangene Rekurse an den Regierungsrat	Anz	113	150	158	191	148	
Eingegangene Rekurse ans Präsidialdepartement	Anz	3	6	0	1	0	
Verfügungen betreffend Initiativen und Referenden	Anz	11	19	18	14	14	

Kommentar

1 Die Beglaubigungen wurden ins JSD transferiert.

Öffentlichkeitsprinzip Gemäss §31 der Informations- und Datenschutzverordnung (IDV) ist die Staatskanzlei dafür verantwortlich, anhand der Angaben der Departemente zuhanden des Jahresberichts eine Übersicht der im Berichtsjahr eingegangenen Gesuche um Informationszugang zu erstellen.

Informations-Zugangsgesuche nach Departement im Jahre 2013

	Zugangs-gesuche total	Angenommen	Ganz abgelehnt	Teilweise abgelehnt	Am 31.12.2013 noch nicht rechtskräftig entschieden	
Präsidialdepartement	3	2	0	1	0	
Bau- und Verkehrsdepartement	10	2	8	0	0	
Erziehungsdepartement	5	3	1	0	1	
Finanzdepartement	4	2	1	1	0	1
Gesundheitsdepartement	1	1	0	0	0	
Justiz- und Sicherheitsdepartement	2	0	1	0	1	
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	0	0	0	0	0	
Staatskanzlei für Gesamtregierungsrat	5	1	0	3	1	
Total	**30**	**11**	**11**	**5**	**3**	

Kommentar

1 Es wurden zwei das Finanzdepartement betreffende Gesuche aus dem Jahr 2012 im Jahre 2013 entschieden: Ein Gesuch wurde angenommen, ein Gesuch wurde abgelehnt.

Schlichtungswesen

Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten Per 1. Juli 2013 waren im Rahmen der Gesamterneuerungswahl durch den Regierungsrat einige altgediente Kommissionsmitglieder zu ersetzen. Usanzgemäss reichten HEV BS und SVIT BS auf Seiten der Vermieterschaft und der MV Basel auf Seiten der Mieterschaft Wahlvorschläge ein, die allesamt berücksichtigt werden konnten.

Zu behandeln waren im Berichtsjahr 1’475 (1’635) Schlichtungsverfahren, 1’196 (1’632) Verfahren wurden abschliessend erledigt.

Wie bereits im Vorjahr war eine Zunahme von Wohnungskündigungen festzustellen, für die der Grund eine anschliessende Wiedervermietung zu einem höheren Zins war - sei dies mit oder ohne Renovation des Mietobjektes. Ein Teil dieser Verfahren (v.a. grössere Überbauungen betreffend) konnte aufgrund von durch die Parteien beantragten Sistierungen im Berichtsjahr nicht zum Abschluss gebracht werden.

Sowohl bei der Beratungstätigkeit wie auch als Gegenstand von Schlichtungsverfahren blieben Fragen betreffend Heiz- und Nebenkostenabrechnungen, Mietzinserhöhungen nach Umbauten und Mietzinssenkungen infolge des weiter gesunkenen Referenzzinssatzes von grösster Aktualität.
Die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten hatte insgesamt rund 10’000 Kundenkontakte zu verzeichnen.

Wie in den Vorjahren war der Auskunfts- und Beratungsbedarf in Sachen Gesetzgebung über den Grundstückerwerb in der Schweiz durch Personen im Ausland sehr hoch. In komplexen Fällen waren Einschätzungen des Bundesamts für Justiz hilfreich.
Da auf Bundesebene eine Abschaffung der Gesetzgebung nicht mehr zur Diskussion steht, sondern eher eine Verschärfung angedacht ist, wird der Arbeitsaufwand für die Schlichtungsstelle in den Folgejahren mit aller Wahrscheinlichkeit zunehmen.

Zum Vollzug des Gesetzes über Abbruch und Zweckentfremdungen von Wohnhäusern (GAZW) wurden der Schlichtungsstelle 142 (147) Abbruch- und Teilabbruchgesuche durch das Bau- und Gastgewerbeinspektorat zur Bearbeitung zugestellt. Zu behandeln waren zudem 27 (28) Gesuche um Bewilligung von Zweckentfremdungen.

Unterstützung des Regierungsrates

Anlässe und Begegnungen Der Regierungsrat lud auch im vergangenen Jahr zum Neujahrsempfang im Volkshaus, zum Morgestraich im Rathaus sowie zum Feuerwerks-Apéro anlässlich der Bundesfeier auf der Terrasse der Alten Universität am Rheinsprung ein.

Zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten wurden im Rathaus willkommen geheissen, so zum Beispiel der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, die Botschafter von Deutschland, Frankreich, Belgien, Bulgarien, Kuwait und Katar sowie der Lord Mayor of London. Höhepunkt war jedoch das Treffen der deutschsprachigen Wirtschaftsminister. Auf Wunsch von Bundesrat Johann Schneider-Ammann fand dieses Treffen mit den Kollegen Dr. Philipp Rösler (D), Dr. Reinhold Mitterlehner (A) und Dr. Thomas Zwiefelhofer (FL) im Basler Rathaus statt.

Die erfolgreichen Turnerinnen und Turner des Kantons Basel-Stadt und ihre Familien wurden im Juni anlässlich ihrer Rückkehr vom Eidgenössischen Turnfest in Biel auf dem Marktplatz empfangen. Im September präsentierten sich die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura als Gastregion am Comptoir Suisse 2013 in Lausanne.

Mit den für unseren Standort bedeutenden Unternehmen, den Nachbargemeinden und den Spitzen der Gerichte traf sich der Regierungsrat in gewohntem Rhythmus. Im Berichtsjahr wurden wiederum rund 370 Jubelpaare (Goldene, Diamantene und Eiserne Hochzeit) zu einer Feier im Rathaus empfangen. Der Regierungsrat konnte fünf Paaren zur Steinernen Hochzeit und dem ältesten Basler zum 111. Geburtstag persönlich gratulieren. Eine Person feierte den 108. Geburtstag, sieben den 106. und acht Personen den 105. Geburtstag. 36 Jubilarinnen und Jubilaren konnten die Glückwünsche zum 100. Geburtstag überbracht werden.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing PD-340

Zum Bereich Aussenbeziehungen gehören der Aufbau und die Pflege der formellen Beziehungen des Kantons Basel-Stadt auf regionaler, trinationaler, nationaler und internationaler Ebene. Hierzu gehören die Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben sowie die Interessensvertretung in Bundesbern. Auf internationaler Ebene stehen die strategischen Kooperationen im Vordergrund, allen voran mit Massachusetts, Miami Beach und Shanghai. Hinzu kommt die Entwicklungszusammenarbeit, welche die Vergabe von Beiträgen an Entwicklungsprojekte im Ausland zum Inhalt hat.

Das Standortmarketing ist für die Pflege der Marke Basel verantwortlich und realisiert die Imagewerbung für Basel im In- und Ausland. Zum Auftrag gehört zudem die regelmässige Überprüfung der Positionierung Basels im internationalen Standortwettbewerb. Im Weiteren wird die koordinierte Akquisition von Grossanlässen verstärkt und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsortes Basel angestrebt. Bei Anlässen wie der Bundesfeier am Rhein, der Basler Herbstmesse, dem Basler Weihnachtsmarkt sowie den regelmässig stattfindenden Märkten auf öffentlichem Grund tritt die Abteilung selbst als Organisator auf.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Auf internationaler Ebene präsentierte sich Basel ein weiteres Mal in Moskau als attraktiver und innovativer Standort. Dabei sind wertvolle Kooperationen und Projekte initiiert worden. Im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft mit Shanghai konnte das dritte, konsekutive Memorandum of Understanding für die Jahre 2014-2016 ausgearbeitet und vom Regierungsrat verabschiedet werden. Des Weiteren hat sich das Chinesische Mondfest auf dem Münsterplatz weiter etabliert.

Auf Bundesebene wurde die Zusammenarbeit zwischen den Metropolitanräumen vorangetrieben und die Interessensvertretung auf weitere Akteure und Regionen ausgeweitet. Auch die erfolgreiche Weiterentwicklung der Metropolitankonferenz Basel leistete einen Beitrag zur besseren Wahrnehmung der Region Basel in Bundesbern. Die Trinationale Zusammenarbeit wurde durch die Schweizer Präsidentschaft des Trinationalen Eurodistrict positiv geprägt.

Mit einer grossen TV-Produktion und einer Weltmeisterschaft im Radsport betreute die Abteilung zwei ausserordentliche Anlässe im Veranstaltungsjahr. Im weiteren wurden die zahlreichen Anlässe mit internationaler Ausstrahlung für die Bekanntheitssteigerung des Standortes Basel genutzt. Zudem zeichnete die Abteilung für die Organisation der 543. Basler Herbstmesse, den 36. Basler Weihnachtsmarkt auf dem Barfüsserplatz und auf dem Münsterplatz sowie für die Bundesfeier am Rhein verantwortlich. Mit dem 3. „Tag der Märkte“ wurde die Basler Marktsaison erneut publikumswirksam lanciert.

Standortmarketing

In den Jahren 2011 und 2012 hat der Kanton Basel-Stadt unter dem Titel „Basel Meets Moskau“ viele Bemühungen zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Russland und unserer Region auf der kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ebene unternommen. Im Berichtsjahr wurde eine hochrangige Delegation aus Moskau in Basel empfangen. Zudem wurden ausgewählte russische Journalisten aus den Sparten Tourismus und Kultur zu einer Medienreise an die Basler Weihnacht eingeladen. Parallel dazu wurden die Voraussetzungen geschaffen für eine grössere Präsenz Basels in Moskau 2014.

Im Inland wurden ausgewählte Grossanlässe für die Bekanntheitssteigerung und Imagewerbung des Standorts Basel genutzt. Hierzu gehören die Swiss Indoors Basel, die TV-Unterhaltungsendung Musikantenstadl sowie die Hallenradsport-Weltmeisterschaften. Zudem fand im Berichtsjahr mit dem gemeinsamen Auftritt der Kantone BS, BL und JU am Comptoir Suisse in Lausanne ein mehrjähriges Projekt einen erfolgreichen Abschluss. Bei den Eigenveranstaltungen standen die veränderten Platzsituationen der Basler Herbstmesse im Vordergrund. Durch die Fertigstellung des Messeneubaus konnte im Jahre 2013 erstmals wieder der gesamte Messevorplatz mit Attraktionen bespielt werden. Ebenfalls aufgrund des Messeneubaus wurde die Hallenmesse in die Messehalle 5 am Riehenring

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-2'108.6	-2'288.7	-1'979.5	309.2	13.5	129.1	6.1	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'735.3	-3'864.7	-3'711.0	153.7	4.0	24.3	0.7	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-4.3	-8.7	-18.5	-9.8	-112.5	-14.1	-325.0	
36 Transferaufwand	-2'612.5	-2'591.0	-2'556.6	34.4	1.3	55.9	2.1	
Betriebsaufwand	**-8'460.7**	**-8'753.0**	**-8'265.5**	**487.5**	**5.6**	**195.2**	**2.3**	
41 Regalien und Konzessionen	3.4	3.6	3.7	0.1	3.6	0.3	10.0	
42 Entgelte	3'629.4	3'444.0	3'563.7	119.7	3.5	-65.7	-1.8	3
43 Verschiedene Erträge	13.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-13.4	-100.0	
46 Transferertrag	0.0	0.0	50.0	50.0	0.0	50.0	0.0	
Betriebsertrag	**3'646.1**	**3'447.6**	**3'617.4**	**169.8**	**4.9**	**-28.7**	**-0.8**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-4'814.6**	**-5'305.4**	**-4'648.1**	**657.3**	**12.4**	**166.5**	**3.5**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-13.8	-83.9	-83.9	-0.0	-0.0	-70.1	-506.3	
Abschreibungen	**-13.8**	**-83.9**	**-83.9**	**-0.0**	**-0.0**	**-70.1**	**-506.3**	
Betriebsergebnis	**-4'828.4**	**-5'389.4**	**-4'732.1**	**657.3**	**12.2**	**96.4**	**2.0**	
34 Finanzaufwand	-3.6	-3.0	-3.6	-0.6	-19.3	0.1	1.5	
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-96.8	
Finanzergebnis	**-3.6**	**-3.0**	**-3.6**	**-0.6**	**-19.3**	**0.0**	**1.1**	
Gesamtergebnis	**-4'832.1**	**-5'392.4**	**-4'735.6**	**656.7**	**12.2**	**96.4**	**2.0**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-4'832.1	-5'392.4	-4'735.6	656.7	12.2	96.4	2.0	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-97.7	-97.7	0.0	-97.7	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-97.7**	**-97.7**	**0.0**	**-97.7**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**0.0**	**-97.7**	**-97.7**	**0.0**	**-97.7**	**0.0**

Kommentar

1 Die Minderausgaben sind auf einen Personalwechsel in der Fachstelle Messen und Märkte, eine Nichtbesetzung einer Praktikantenstelle in der Fachstelle Grossevents sowie eine Reduktion eines Beschäftigungssgrades in der Fachstelle Trinationale Zusammenarbeit zurückzuführen.

2 Die Minderausgaben sind auf eine Verschiebung von Marketingaktivitäten in Moskau sowie zwei Besucherumfragen anlässlich der Basler Herbstmesse und des Basler Weihnachtsmarktes von 2013 auf 2014 zurückzuführen.

3 Die zusätzlichen Einnahmen von den Standplatzgebühren sind damit zu begründen, dass bei der Basler Herbstmesse 2013 die Hallenmesse in der Messehalle 5 neu eingeführt wurde und der Messevorplatz neu konzipiert wurde. Somit konnten die genauen Gebühreneinnahmen im Budgetprozess 2013 noch nicht definiert werden. Die Mehrerträge aus dem Warenhandel sind auf einen gesteigerten Weihnachtsmarkttassen-Verkauf zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.0	12.0	12.8	16.0	14.0
Gutgeheissene Rekurse Messen und Märkte	Anz		1	0	0	0
Imagekampagne-Plattformen im In- und Ausland	Anz	2	2	2	2	2
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	2	3	2	2	2
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz		16	17	16	16

verlegt. Die Hallenmesse wurde mit dem Brand „Super 80s Messehalle 3" versehen und knüpfte an die Zeit der legendären Hallenmesse in den 80ern Jahren an. Der Basler Weihnachtsmarkt erfreute sich auch im Jahre 2013 grosser Beliebtheit, was sich im grossen Publikumsaufmarsch äusserte. Bereits zum dritten Mal wurde die Basler Marktsaison anlässlich des „Tag der Märkte" lanciert. Mit

einer Verordnungsänderung wurde erreicht, dass der Basler Stadtmarkt ab dem 1. Januar 2014 einheitliche Öffnungszeiten erhält.

Nach einer akribischen Vorbereitung konnte im Berichtsjahr die Standortmarketing-Webseite *www.basel.ch* ins neue Basler Webportal integriert werden. Dadurch wurde eine integrierte Ansprache aller Zielgruppen des Kantons Basel-Stadt mit einem einheitlichen, attraktiven und zeitgemässen Webauftritt erreicht.

Aussenbeziehungen

International Die formellen Kooperationen zwischen Basel und Shanghai, Massachusetts sowie Miami Beach wurden erfolgreich vertieft. So konnten insbesondere im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Shanghai mehrere Grossprojekte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Spitzenmedizin verwirklicht werden. So wurde im vergangenen Herbst einerseits das Confucius Institute at the University of Basel als auch die China Business Platform im Technologiepark Basel gegründet. Zudem wurde anlässlich einer Delegationsreise im Gesundheitsbereich die Zusammenarbeit des Universitätsspitals Basel sowie des Universitäts-Kinderspitals beider Basel mit den Partneruniversitätsspitälern in Shanghai weiter konkretisiert. Bei der Zusammenarbeit mit Massachusetts lagen die Schwerpunkte erneut in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, welche zu Beginn des Jahres im Rahmen einer Delegationsreise vertieft wurden. Die langjährige Bürgermeisterin der Partnerstadt Miami Beach wurde anlässlich der Art Basel erneut formell empfangen. Anlässlich der Erstausgabe der Art Basel Hong Kong wurden eine Marketing-Präsenz realisiert und erste Kontakte auf politischer Ebene mit Regierungsvertretern aus Hong Kong geknüpft.

National Die Interessensvertretung des Kantons in Bundesbern wurde weiter vertieft und ein Grundlagenpapier geschaffen, welches die relevanten Schwerpunktthemen für die Interessensvertretung beschreibt. Diese Schwerpunktthemen wurden mit dem Kanton Basel-Landschaft abgestimmt und sollen vermehrt kantonsübergreifend bearbeitet und vertreten werden. Das Monitoring der Bundesgeschäfte wurde weitergeführt und der Informationsfluss für die strategisch relevanten Themen verbessert. Mittels Netzwerk- und Informationsanlässen konnten der Austausch und die Zusammenarbeit mit Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Akteuren für die Region Basel weiterhin verbessert werden.

Regional Die trinationale und regionale Zusammenarbeit im Metropolitanraum Basel stand im Zeichen des Schweizer Präsidentschaftswechsels im Trinationalen Eurodistrict Basel nach Deutschland sowie von Basel-Stadt in den Kanton Basel-Landschaft bei der Metropolitankonferenz Basel. Letztere hat mit zwei weiteren Treffen in Rheinfelden und Liestal eine erfolgreiche Weiterführung erlebt und konnte mit neuen gemeinsamen Positionspapieren und Stellungnahmen zur Hafenentwicklung und zum Agglomerationsprogramm Basel der Region in Bundesbern die erwünschte erhöhte Aufmerksamkeit verschaffen. Beim Trinationalen Eurodistrict konnten die in den Vorjahren begonnenen Arbeiten zur Stärkung der Identität im gemeinsamen Lebensraum und zum weiteren Abbau von Grenzhindernissen erfolgreich fortgesetzt werden. Bei der Oberrheinkooperation konnten insbesondere beim Schwerpunktthema „Stärkung des gemeinsamen, zweisprachigen Bildungs- und Arbeitsmarkts Oberrhein“ Erfolge erzielt werden. Nach wie vor eine hohe Priorität geniessen die Bemühungen zur Straffung der regionalen Zusammenarbeitsstrukturen, die mit dem Auftrag seitens der Nordwestschweizer Regierungskonferenz, eine allfällige Bildung eines „Hauses der Region“ zu prüfen, einen weiteren wichtigen Schritt nach vorne gemacht hat.

Entwicklungszusammenarbeit Bei der Entwicklungszusammenarbeit hat der Kanton Basel-Stadt Projekte mit einem Betrag in der Höhe von 1.65 Mio. Franken unterstützt. Im Berichtsjahr wurde zudem die Grundlage für die Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2014 bis 2017 geschaffen.

Kantons- und Stadtentwicklung PD-350

Die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung befasst sich mit der mittel- und langfristig ausgerichteten strategischen Entwicklung von Basel-Stadt als Zentrum unseres Metropolitanraums und Lebensmittelpunkt einer vielfältig zusammengesetzten Bevölkerung. Sie stellt eine interdepartementale Planungskoordination sicher, welche die departementalen Planungsvorhaben mit den übergeordneten Zielen des Regierungsrates verknüpft. Die Leitung vertritt die Abteilung gegen aussen, fördert den Wissens- und Erfahrungstransfer und führt departementale Schlüsselprojekte. Die Fachstelle Grundlagen und Strategien bearbeitet übergeordnete Fragestellungen mit Querschnittcharakter. Sie liefert im Rahmen des strategischen Controllings die notwendigen Inputs, um Kohärenz zwischen den Fachplanungen der Departemente und den im Legislaturplan definierten Strategien herzustellen. Die Fachstelle Stadtteilentwicklung setzt sich für die Entwicklung der Quartiere ein und stärkt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist, den Lebensraum für die Bevölkerung positiv zu gestalten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen, die Standortattraktivität für die Wirtschaft zu stärken sowie die vielfältigen Entwicklungspotenziale zu nutzen. Die Fachstelle Stadtwohnen fördert in ganzheitlicher, umfassender Weise den Wohnungsbau und die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnumfelds. Die Fachstelle Diversität und Integration koordiniert die kantonale Integrationsförderung und setzt den gesetzlichen Integrationsauftrag von Bund und Kanton um. Die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung fördert die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben von Kanton und Stadt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Leitung

Projekt Welcome Pflege des öffentlichen Raums: Das Meldewesen für Verschmierungen und Verklebungen ist im Rahmen des Programms „Welcome Basel – unverschmiert schön“ in Zusammenarbeit mit der Stadtreinigung mit Erfolg weiter betrieben worden. Monatlich gingen rund 100 Verschmierungsmeldungen ein, 10‘000 Verschmierungen sind auf diese Weise seit Projektstart im Jahr 2010 entfernt worden. Im Juli 2013 erfolgte die Putzaktion im Kleinbasel. Entlang der wichtigsten Achsen befreite die Aktion sämtliche Fassaden von Tags, Klebern und Wildplakaten. Gleichzeitig gestalteten zwei Künstler zusammen mit Jugendlichen aus dem Quartier 600 Quadratmeter Betonoberfläche bei der Dreirosenanlage als Prävention gegen Vandalismus. Die Nachhaltigkeit in den Perimetern der Putzaktionen 2009-2013 wurde sichergestellt. Spraykünstler wurden bei der Suche nach geeigneten Fassaden für legale Graffitikunst als konstruktiven Beitrag für den öffentlichen Raum unterstützt.

Neuzuziehende: Die monatlichen Neuzuzüger-Rundgänge zusammen mit Basel Tourismus in drei Sprachen kombiniert mit den Willkommens-Veranstaltungen im Rathaus, auf dem Schiff, bei Firmen sowie in den Quartieren wurden weitergeführt.

Fachstelle Grundlagen und Strategien

Grundlagen Die Fachstelle war mitbeteiligt am Bericht des Schweizerischen Städteverbands (SSV) zur Thematik „Nachtleben“. Verwaltungsintern hat sie die aktuelle Situation in Basel aufgearbeitet. Im Themenfeld Sicherheit hat sie als Vertreterin der Pilotstadt Basel die Studie „Sichere Schweizer Städte 2025“ von Ernst Basler und Partner und dem SSV begleitet. Sie hat eine Studie zum Thema „Hunde in der Stadt“ erstellt und publiziert sowie eine öffentliche Veranstaltung zur Frage, was „Lebensqualität“ bedeutet, durchgeführt. Studien zu „Wirtschaftsflächen in Basel-Stadt“, „Clusterentwicklung“ sowie „Siedlungs- und Verkehrsentwicklung“ sind fachlich begleitet und unterstützt worden. Die Fachstelle hat zudem das Teilprojekt „Fussgängerorientierungssystem“ des Projekts Welcome geleitet und dieses zur Ratschlagsreife vorangetrieben.

Strategien Die Fachstelle hat im Rahmen der Koordination des strategischen Planungsprozesses den Regierungsrat bei der Erarbeitung des Legislaturplans 2013-2017 unterstützt und die Geschäfte der Legislaturplankonferenz geführt. Der Legislaturplan wurde im September der Bevölkerung präsentiert und dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht. Bereits im ersten Quartal wurde der

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-3'328.8	-3'394.4	-3'389.6	4.8	0.1	-60.9	-1.8	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'342.8	-2'768.0	-2'440.0	328.0	11.8	-97.3	-4.2	1
36 Transferaufwand	-1'865.3	-2'025.0	-2'044.6	-19.6	-1.0	-179.3	-9.6	
Betriebsaufwand	**-7'536.9**	**-8'187.4**	**-7'874.3**	**313.1**	**3.8**	**-337.4**	**-4.5**	
42 Entgelte	85.9	26.0	235.0	209.0	803.9	149.1	173.6	2
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0	
46 Transferertrag	381.2	500.0	285.5	-214.5	-42.9	-95.7	-25.1	3
Betriebsertrag	**467.3**	**526.0**	**520.5**	**-5.5**	**-1.0**	**53.1**	**11.4**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-7'069.5**	**-7'661.4**	**-7'353.8**	**307.6**	**4.0**	**-284.3**	**-4.0**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-420.9	-40.0	0.0	40.0	100.0	420.9	100.0	
Abschreibungen	**-420.9**	**-40.0**	**0.0**	**40.0**	**100.0**	**420.9**	**100.0**	
Betriebsergebnis	**-7'490.4**	**-7'701.4**	**-7'353.8**	**347.6**	**4.5**	**136.6**	**1.8**	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	28.0	0.0	0.0	
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
Finanzergebnis	**-0.1**	**-0.1**	**-0.1**	**0.0**	**28.0**	**-0.0**	**-6.7**	
Gesamtergebnis	**-7'490.4**	**-7'701.5**	**-7'353.9**	**347.6**	**4.5**	**136.6**	**1.8**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-7'490.4	-7'701.5	-7'353.9	347.6	4.5	136.6	1.8	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-181.2	0.0	-89.9	-89.9	0.0	91.3	50.4
Nettoinvestitionen	**-181.2**	**0.0**	**-89.9**	**-89.9**	**0.0**	**91.3**	**50.4**
Saldo Investitionsrechnung	**-181.2**	**0.0**	**-89.9**	**-89.9**	**0.0**	**91.3**	**50.4**

Kommentar

1 Die Unterschreitung resultiert aus den Konti 313002 und 313210 infolge nicht beanspruchter Beratungsdienstleistungen, welche durch Eigenleistung im Rahmen der Kommissionsarbeit und der nachfolgenden Abstimmung zum Wohnraumfördergesetz erbracht wurden.

2 Die Überschreitung begründet sich durch Einnahmen verrechneter Dienstleistungen, im Rahmen des Impulsprogramms E-Government Projekt, deren Auftragsvergabe durch das FD zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht bestätigt war.

3 Die Unterschreitung resultiert aus dem Konto 463000 infolge der Weitergabe von Bundesgeldern für die Projektförderung an das Erziehungsdepartement.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.7	12.9	18.4	20.1	21.2	
Vertiefende Grundlagenberichte	Anz		9	8	7	7	
Zusätzliche Wohnungen im Kanton	Anz	468	372	351	270	171	1
Anlässe Neuzuzügerbegrüssungen	Anz		13	11	48	44	

Kommentar

1 Die Jahresberichte bis und mit 2011 verwendeten die Kennzahl „Neubau" aus der Wohnungsbilanz als Indikator. Seit 2012 wird die jährliche Nettoproduktion ausgewiesen, da diese die tatsächliche Zunahme der Wohnungen besser spiegelt.

Schlussbericht zu den Schwerpunkten der vergangenen Legislatur erstellt und im letzten Jahresbericht publiziert sowie der Nachhaltigkeitsbericht 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Danach liefen die Vorbereitungsarbeiten zur Überarbeitung der Ziele und Indikatoren für die Nachhaltigkeitsberichterstattung 2017 an. Schliesslich hat die Fachstelle die Projektsteuerung des Projekts „Qualität im Zentrum" durch einen Monitoring- & Controllingbericht unterstützt.

Fachstelle Stadtteilentwicklung

Die Fachstelle Stadtteilentwicklung setzt sich für die Entwicklung der Quartiere ein und stärkt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist, den Lebensraum für die Bevölkerung positiv zu gestalten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen, die Standortattraktivität für die Wirtschaft zu stärken sowie die vielfältigen Entwicklungspotenziale zu nutzen. In der Fachstelle ergänzen sich fünf Aufgabenbereiche:

Die integrale Massnahme der **Stadtentwicklung Basel Süd** / **Gundeli Plus** fokussierte sich als neue Schwerpunktmassnahme im Legislaturplan 2013 bis 2017 auf Verkehrsthemen (Gundeldingerstrasse Ost und Verkehrskonzept) sowie auf die Vorbereitungen für ein Grün- und Freiraumkonzept.

Die verwaltungsinterne **Anlaufstelle für Zwischennutzungen** hat in Zusammenarbeit mit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Zwischennutzung Instrumente zur Unterstützung von Zwischennutzungsprojekten entwickelt sowie die Erweiterung der Zwischennutzungen am Klybeckquai vorbereitet.

Im Dezember konnte das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs für den Umbau und die Sanierung des **Hauptbaus der Kaserne** vorgestellt werden. Das Projekt von Basler Architekten öffnet das Gebäude von innen nach aussen und schafft dadurch einen grossen Mehrwert für die Öffentlichkeit sowie die künftigen Nutzer(innen). Mit dem Umbau und der Umnutzung des Hauptbaus soll ab 2016 ein lebendiges Kultur- und Kreativzentrum als zentraler Teil der gesamten Arealentwicklung entstehen.

Die **Kontaktstelle für Quartierarbeit** hat Subventionsverhandlungen mit 15 Quartiertreffpunkten, zwei Stadtteilsekretariaten und einer Quartierkoordination geführt. Im Frühjahr 2013 wurde unter externer Begleitung der Entwicklungsprozess „Quartierarbeit 2020“ gestartet. Eine Steuergruppe erarbeitete eine gemeinsame Vision als Grundlage, die im 2014 in einem breit abgestützten Prozess diskutiert und konkretisiert wird. In den Quartieren haben verschiedene Mitwirkungsveranstaltungen stattgefunden, in denen sich die Quartierbevölkerung aktiv einbringen und ihre Anliegen formulieren konnte. Zudem wurden neun Willkommensveranstaltungen für Neuzugezogene angeboten.

Die **Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit** hat die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit im Kanton Basel-Stadt mit Anlässen und Arbeiten weiter gefördert: Dankesfeier der Regierung anlässlich des Internationalen Tags der Freiwilligen am 5. Dezember, zweimalige Vergabe des Anerkennungspreises Prix schappo für freiwilliges Engagement, zweimalige Durchführung eines Weiterbildungsangebots für ehrenamtliche Vereinsvorstände sowie Realisierung eines Stadtspaziergangs zum Thema freiwilliges Engagement durch das Gundeldinger Quartier. Ausserdem wurden zwei Austausch- und Weiterbildungstreffen für die Akteurinnen und Akteure der Freiwilligenarbeit in Basel organisiert.

Die **Koordinationsstelle Bewilligungswesen** arbeitet departementsübergreifend für effiziente Bewilligungsverfahren. Im Berichtsjahr wurde unter dem Dach des kantonalen Impulsprogramms E-Government gemeinsam mit acht Fachstellen aus dem Bewilligungswesen ein Lösungskonzept sowie die Umsetzungsplanung zu einem „Baukasten E-Government Bewilligungswesen“ erarbeitet. Mit diesem Baukasten wird auch kleineren Dienststellen der Zugang zum kantonalen E-Government ermöglicht werden. Der Firmenzugang für Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen konnte im Berichtsjahr weiter ausgebaut werden - aktuell wird dieser von 30 Grossfirmen und KMU genutzt. Zum Zwecke einer möglichst kundenfreundlichen Nutzung konnte auch das Angebot auf dem Bewilligungsportal zielgerichtet ausgebaut werden.

Fachstelle Stadtwohnen

Die Fachstelle Stadtwohnen als kantonale Anlaufstelle für Fragen im Bereich Wohnen koordiniert verschiedene Massnahmen zur Wohnraumförderung, um die vielfältigen Wohnbedürfnisse der ganzen Bevölkerung zu befriedigen. Dabei stützt sie sich auf den Verfassungsauftrag, den Legislaturplan und die Wohnraumentwicklungsstrategie.

Wohnraumfördergesetz Die Fachstelle hat das Wohnraumfördergesetz (WRFG) federführend erarbeitet. In der Abstimmung vom 22. September 2013 wurde das WRFG mit einem Ja-Stimmenanteil von über 60 Prozent vom Basler Stimmvolk angenommen. Zurzeit erarbeiten die beteiligten Departemente unter der Federführung der Fachstelle Stadtwohnen die Verordnungen zum Gesetz.

Beratung Kostenlose Erstberatungen für Wohnbaugenossenschaften zu Neubau- und Sanierungsprojekten über die Förderstelle gemeinnütziger Wohnungsbau, durchgeführt von Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz (vormals SVW Nordwestschweiz).

Investorengespräch Organisation und Durchführung des 11. Basler Investorengesprächs am 6. November im Volkshaus Basel. Am Investorengespräch teilgenommen haben zwei Regierungsräte sowie knapp über 100 geladene Gäste, vorwiegend Vertreter aus der Immobilienbranche.

Wohnforum Basel Im 2013 haben zwei Sitzungen des Wohnforums Basel stattgefunden. Das Forum dient als Plattform zum Informations- und Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren auf dem Wohnungsmarkt.

Anlass zum Thema Umnutzung von Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum Die Fachstelle hat im August 2013 einen Anlass zur Umnutzung von Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum durchgeführt. Die Thematik ist bei den Medien auf ein reges Interesse gestossen.

Fachstelle Diversität und Integration

Die Fachstelle leistet für den Kanton die systematische Steuerung und Koordination der Integrationsförderung und ist Ansprechpartnerin für das Bundesamt für Migration (BFM). Sie erfüllt die gesetzlichen Aufträge von Bund und Kanton und arbeitet dabei mit den Fachdepartementen sowie Beratungsstellen, Hilfswerken oder Migrationsorganisationen eng zusammen. Die Fachstelle erarbeitet Planungs- und Entscheidungsgrundlagen rund um Fragen der Integrationspolitik und setzt eigene Massnahmen in Form von Projekten und Angeboten um.

Kantonales Integrationsprogramm KIP 2014-2017 2013 wurde die Programmvereinbarung zum KIP mit dem Bundesamt für Migration unterzeichnet. Als begleitendes Gremium wurde die Interdepartementale Strategiegruppe Integration (ISI) etabliert und in der kantonalen Verordnung zum Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsverordnung, IntV) verankert. Die Fachstelle hat die Geschäftsleitung der Strategiegruppe übernommen.

Willkommenskultur Die Fachstelle führte 2013 acht Neuzuzügeranlässe im Rathaus durch. Neu wird den Gästen im Anschluss ein Apéro mit Infoständen auf dem Rheinschiff geboten, das über Sponsoring-Partnerschaften finanziert wird. Die Fachstelle war zudem an 22 Welcome Days der Firmen Novartis und Roche mit Infoständen vertreten. Das Konzept zur Einführung von Begrüssungs- und Integrationsgesprächen für Neuzuziehende wurde als direkter Gegenvorschlag zur kantonalen Integrationsinitiative an den Grossen Rat überwiesen.

Projektförderung Es wurden 59 Projekte von Migrationsorganisationen und anderen Projektträgern mit Bundes- und Kantonsgeldern unterstützt, um die Information und soziale Integration von spezifischen Bevölkerungsgruppen zu fördern. 2013 wurden technische Optimierungen vorgenommen, um die Projekteingabe und Berichterstattung für die Projektträgerschaften zu erleichtern.

Öffentlichkeitsarbeit Die Herausgabe der Migrationszeitung MIX wurde in Kooperation mit den Kantonen AG, BE, BL, SO, GR fortgeführt. Der Kanton AG hat sich per Ende 2013 aus dem Gemeinschaftsprojekt zurückgezogen. Im November 2013 wurde die 25. Ausgabe der MIX gefeiert und ein neuer Internetauftritt www.migrationszeitung.ch aufgeschaltet.

Koordination für Religionsfragen Die religionsbezogene Integrationsarbeit an der Schnittstelle von Verwaltung, Religionsgemeinschaften und Bevölkerung konnte gefestigt werden. Im Rahmen des Runden Tisches der Religionen beider Basel sowie in zahlreichen Einzelberatungen wurden Fragen zu Schule, Gender und Recht bearbeitet oder weitergeleitet.

Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung

Die Fachstelle fördert die Teilnahme von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben im Kanton.

Zahlreiche öffentliche Gebäude konnten hindernisfrei nutzbar gemacht und mit Anschriften und Geländern ausgestattet werden. Im öffentlichen Raum wurden weitere Trottoirs abgesenkt und neue Parkplätze für mobilitätsbehinderte Menschen geschaffen. Für die Tramhaltestellen wurden Planungs- und Ausführungsnormalien entwickelt, die den Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes entsprechen.

Für ein hindernisfreies Studium an Hochschulen entwickelte die Fachstelle Grundlagen und Massnahmen, die an einer nationalen Tagung an der Universität Basel 200 Fachpersonen und Dozierenden vorgestellt wurde. Für den nachhaltigen Erhalt und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte Menschen lancierte die „CHARTA“ das Label iPunkt. Dieses zeichnet Unternehmen in der Nordwestschweiz aus, die Menschen im ersten Arbeitsmarkt anstellen.

Die Museen Basel engagieren sich im Projekt „perfekt_imperfekt“. So entstanden 88 Geschichten zu imperfekten Objekten aus den Sammlungen und Depots der Museen, die einen Dialog über Normen anstossen. Im Ackermannshof fanden unter dem Titel „Im Gespräch“ drei sehr gut besuchte Talks mit Gästen mit einer Behinderung statt. Im Unternehmen Mitte wurde ein Podium zum Thema „Männer-Männlichkeit-Behinderung“ und ein festlicher Abend „zwanzig Mal Palaver Loop / zehn Jahre Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ durchgeführt.

Statistisches Amt PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme. Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehört zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt. Damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Das Statistische Amt erbringt statistische Dienstleistungen, die durch die Bundesgesetzgebung, insbesondere durch das Bundesstatistikgesetz und das Registerharmonisierungsgesetz, an die Kantone delegiert sind. Es führt zudem das kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als vom Bund anerkannter Teil des Eidg. Gebäude- und Wohnungsregisters.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Der sogenannte laufende Betrieb, also alle wiederkehrenden und regelmässigen Aufgaben, ist geprägt von der grossen Nachfrage nach Dienstleistungen des Statistischen Amtes, seien es Auskünfte, Beratungen, Datenbezüge, statistische und methodische Hilfestellungen, Unterstützung im Datenmanagement oder bei Befragungen.

Neben dem laufenden Betrieb war das Statistische Amt vor allem mit den laufenden Grossprojekten zum Aufbau neuer Statistiken im Gesundheitsbereich und bei der Energie, der Erarbeitung des Entwurfs eines kantonalen Statistikgesetzes sowie der Durchführung zweier Bevölkerungsbefragungen beschäftigt.

Die zweite Jahreshälfte war zudem geprägt durch die Vorbereitung und Durchführung einer viertägigen Statistikkonferenz in Basel.

Statistik und Analyse

Statistikgesetz Der Entwurf des kantonalen Statistikgesetzes wurde vor den Sommerferien vom Regierungsrat verabschiedet und an das Parlament überwiesen. Seit Anfang Dezember ist die Kommissionsberatung in Gang.

Schweizer Statistiktag 2013 Vom 15. bis zum 18. Oktober 2013 war Basel Veranstaltungsort der internationalen Konferenz „Ars Conjectandi“ aus Anlass des 300. Jahrestages der wegweisenden Publikation zur Wahrscheinlichkeitsrechnung von Jakob Bernoulli und der jährlich stattfindenden Schweizer Statistiktage. Der Doppelkongress war ein voller Erfolg, die Rückmeldungen waren allesamt positiv. Insgesamt haben gut 300 Personen an den Veranstaltungen teilgenommen, darunter zahlreiche namhafte Fachleute aus der ganzen Welt. Das Statistische Amt war im Programmkomitee vertreten und für die ganze Organisation vor Ort verantwortlich.

Gesundheitsstatistik Zu einem grossen Teil konnte die komplexe Datenbank für die Gesundheitsstatistik aufgebaut werden. Das ermöglichte, dass erste Auswertungen für den letzten Gesundheitsversorgungsbericht des Gesundheitsdepartementes auf dieser Grundlage erfolgen konnten. Der Bund treibt ausserdem den Aufbau der Statistik zur ambulanten Gesundheitsversorgung voran. Dies wurde zum Anlass genommen, auf kantonaler Ebene mit dem Aufbau der Datenbasis für diesen Bereich ebenfalls zu beginnen. Damit kann in Zukunft die benötigte Information über die Versorgung im Gesundheitsbereich zeitgerecht und im adäquaten Detaillierungsgrad generiert werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-3'133.4	-3'203.9	-2'936.0	267.9	8.4	197.4	6.3	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'003.3	-958.4	-989.0	-30.6	-3.2	14.3	1.4	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-19.7	-19.7	0.0	-19.7	0.0	
36 Transferaufwand	-42.0	-42.0	-42.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Betriebsaufwand	**-4'178.7**	**-4'204.3**	**-3'986.7**	**217.6**	**5.2**	**192.0**	**4.6**	
42 Entgelte	527.8	413.2	587.2	174.0	42.1	59.4	11.3	2
46 Transferertrag	16.0	16.0	16.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Betriebsertrag	**543.8**	**429.2**	**603.2**	**174.0**	**40.5**	**59.4**	**10.9**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-3'634.9**	**-3'775.1**	**-3'383.5**	**391.5**	**10.4**	**251.4**	**6.9**	
Betriebsergebnis	**-3'634.9**	**-3'775.1**	**-3'383.5**	**391.5**	**10.4**	**251.4**	**6.9**	
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.3	-0.2	0.0	2.8	-0.0	-0.4	
Finanzergebnis	**-0.2**	**-0.3**	**-0.2**	**0.0**	**2.8**	**-0.0**	**-0.4**	
Gesamtergebnis	**-3'635.2**	**-3'775.3**	**-3'383.8**	**391.5**	**10.4**	**251.4**	**6.9**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-3'635.2	-3'775.3	-3'383.8	391.5	10.4	251.4	6.9	

Kommentar

1 Abgänge von Mitarbeitenden konnten nicht übergangslos mit qualifizierten, neuen Mitarbeitern kompensiert werden.

2 Die Mehreinnahmen bei den Erträgen sind durch Übernahme von zusätzlichen, dringlichen Projekten entstanden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.5	15.5	17.1	20.9	20.3	
Internetzugriffe (Besucher)	Anz	176'361	-	57'759	63'876	86'717	1
Kurzanfragen	Anz	4'639	5'552	5'917	7'105	7'611	
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	189	191	192	209	209	
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz	0	0	0	0	1	

Kommentar

1 Die Zugriffe auf die neue Internetseite werden vom System gegenüber der alten Seite in komplett veränderter Form erfasst, was zu wesentlich tieferen Zugriffswerten führt.

Familienbefragung/Jugendbefragung Zum zweiten Mal nach 2009 wurden die beiden Befragungen gemäss dem Befragungskonzept des Regierungsrates durchgeführt. Wiederum war der Rücklauf ausserordentlich hoch. Die Präsentation der Resultate ist für Herbst 2014 vorgesehen. Durch das Vorliegen zweier Befragungen können nun zusätzlich zur aktuellen Situationsanalyse auch Veränderungen über vier Jahre aufgezeigt werden.

Energiestatistik Der Aufbau der Energiestatistik beider Basel hat sich als sehr anspruchsvoll und komplex herausgestellt, sowohl im fachlichen wie im methodischen Bereich. Die nötigen Diskussionen und die Beschaffung der Daten hat länger als vorgesehen gedauert, weshalb das Projekt erst Anfang 2014 abgeschlossen und in den laufenden Betrieb überführt werden kann.

Kultur PD-370

Die Abteilung Kultur ist verantwortlich für die öffentliche Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt. Sie fördert und unterstützt mittels Beiträgen an Institutionen, Festivals sowie frei schaffende Künstlerinnen und Künstler das aktuelle Kultur- und Kunstschaffen sowie die Kulturvermittlung. Gefördert werden insbesondere die Sparten bildende Kunst, Theater und Tanz, Musik, Literatur und Audiovision. Mit ihren Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt sie das kulturelle Erbe, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese der Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen pflegen ihre Sammlungen, vermitteln diese an das Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Über Education Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Kunstschaffenden und Jugendlichen gefördert. In verschiedenen Gremien setzt sich die Abteilung Kultur für kulturpolitische Belange und Anliegen sowie für den regionalen und nationalen Austausch ein. Die Abteilung Kultur pflegt eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die im Kulturleitbild definierten förderstrategischen Ziele wurden, ergänzend zu den bisherigen Aufgaben der Abteilung Kultur, weiter erarbeitet und teils bereits umgesetzt. Insbesondere bereitete die Abteilung den Aufbau und die Implementierung eines umfassenden Evaluationssystems im Subventionsbereich vor. An der Museumsstrategie und dem Orchesterkonzept wurde vertieft gearbeitet. Dazu finden laufend Gespräche, Workshops und Auswertungen statt. Geplant ist die Fertigstellung der beiden Konzepte auf das Geschäftsjahr 2014. Gemeinsam mit der Stiftung Habitat hat die Abteilung Kultur eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, um auf der Erlenmatt zwei Proberäume für Tanz und Theater einzurichten.

Diverse Bau- und Sanierungsprojekte zählen zu den wesentlichen Aufgaben der Abteilung Kultur. Die Arbeiten für den Erweiterungsbau des Kunstmuseums Basel schreiten planmässig voran. Die Eröffnung ist auf 2016 geplant. Im Weiteren sind die Planungen für den Neubau des Naturhistorischen Museums Basel sowie des Staatsarchivs in Arbeit. Für das Projekt „Kulturelle Nachnutzung Kasernenhauptbau“ wurde das Siegerprojekt des Architekturbüros Focketyn del Rio studio ausgewählt. Das Nutzungskonzept und das weitere Verfahren werden 2014 erarbeitet. Ebenfalls wird das Sanierungs- und Erweiterungsprojekt Stadtcasino begleitet.

Der Kunstkredit wurde teilweise neu organisiert. Die Zusammenstellung der Kommission wurde verändert und die Verordnung wie auch das Ausstellungskonzept überarbeitet. Weiter wurde 2013 zum ersten Mal der Kunstpreis verliehen.

Stabsleistungen Abteilung Kultur

Zehn Subventionsverhältnisse konnten für die Jahre 2014-2015 und 2014-2017 verhandelt und gesichert werden. Die Subventionsverhältnisse der Freunde Alter Musik Basel sowie der IGNM Internationale Gesellschaft für neue Musik Basel wurden nicht mehr erneuert und somit auf Ende 2013 beendet.

Die Education Projekte Region Basel wurden weiterentwickelt und für grössere Kreise geöffnet. Für die neue Jugendkulturpauschale wurde ein Reglement erstellt und die Pauschale tritt auf den 1. Januar 2014 in Kraft. Der Ausbau der Basler Filmförderung wurde partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Landschaft vorbereitet. Die Abteilung Kultur wird die Betreuung der kantonalen Crowdfunding Plattform auch 2014 weiter mit personellen Ressourcen unterstützten, da sie erfolgreich betrieben und von verschiedensten Akteuren rege genutzt wurde. Die Museumsdienste wurden auf den 1. August 2013 neu strukturiert und in die Abteilung Kultur integriert. Die Kommunikationsmedien der Abteilung wurden vereinheitlicht und teils neu konzipiert.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-1'678.8	-1'751.6	-1'663.2	88.4	5.0	15.6	0.9	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'586.4	-1'458.0	-1'415.1	42.9	2.9	171.3	10.8	
36 Transferaufwand	-65'357.4	-66'297.5	-66'586.0	-288.5	-0.4	-1'228.6	-1.9	1
Betriebsaufwand	**-68'622.7**	**-69'507.1**	**-69'664.3**	**-157.2**	**-0.2**	**-1'041.6**	**-1.5**	
42 Entgelte	58.4	75.4	75.1	-0.3	-0.4	16.6	28.5	
43 Verschiedene Erträge	13.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-13.5	-100.0	
46 Transferertrag	333.6	600.0	641.1	41.1	6.8	307.5	92.2	
Betriebsertrag	**405.5**	**675.4**	**716.2**	**40.8**	**6.0**	**310.6**	**76.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-68'217.1**	**-68'831.7**	**-68'948.1**	**-116.4**	**-0.2**	**-731.0**	**-1.1**	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-185.9	-2'026.6	-353.2	1'673.4	82.6	-167.3	-90.0	
Abschreibungen	**-185.9**	**-2'026.6**	**-353.2**	**1'673.4**	**82.6**	**-167.3**	**-90.0**	
Betriebsergebnis	**-68'403.0**	**-70'858.3**	**-69'301.4**	**1'556.9**	**2.2**	**-898.3**	**-1.3**	
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.3	-0.0	-1.9	0.1	23.8	
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-99.9	
Finanzergebnis	**-0.4**	**-0.3**	**-0.3**	**-0.0**	**-1.9**	**0.1**	**13.4**	
Gesamtergebnis	**-68'403.4**	**-70'858.6**	**-69'301.7**	**1'556.9**	**2.2**	**-898.3**	**-1.3**	
davon Funktionen:								
31 Kulturerbe	-4'000.0	-4'006.6	-3'789.1	217.5	5.4	210.9	5.3	
32 Kultur, übrige	-64'403.4	-66'852.0	-65'512.6	1'339.4	2.0	-1'109.2	-1.7	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-185.9	0.0	-1'080.3	-1'080.3	0.0	-894.4	-481.1
Nettoinvestitionen	**-185.9**	**0.0**	**-1'080.3**	**-1'080.3**	**0.0**	**-894.4**	**-481.1**
Saldo Investitionsrechnung	**-185.9**	**0.0**	**-1'080.3**	**-1'080.3**	**0.0**	**-894.4**	**-481.1**

Kommentar

1 Der Regierungsrat hat für das Projekt „Dreiecksland" Trinationaler Kulturaustausch CH-F-D aus dem Kompetenzkonto einen Beitrag von 150'000 Franken für das Jahr 2013 zur Verfügung gestellt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.0	10.8	10.5	11.0	11.7
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	176'166	178'716	177'988	164'645	155'096
Sinfonieorchester Basel (SOB): Auftritte	Anz	155	167	186	167	206
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	955	957	952	936	890
Abgesetzte Tickets Museumsnacht	Anz	28'383	28'912	32'124	32'575	29'432

Staatsarchiv PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Vielzahl von Unterlagen (Papierakten, digitale Unterlagen und audiovisuelle Dokumente wie Pläne, Bilder, Tondokumente, Filme etc.), die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien (Stiftungen, Vereine, Nachlässe, Firmenarchive etc.).
Das Staatsarchiv stellt die Unterlagen der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.
Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Anfang Jahr hat der Regierungsrat entschieden, dass das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum Basel gemeinsam an den Standort St. Johann verlegt werden sollen, und beantragte beim Grossen Rat einen Planungskredit für die Projektierung der beiden Vorhaben. Der Grosse Rat stimmte dem Vorhaben am 26. Juni zu. Im Vordergrund standen für den Rest des Jahres die intensiven Vorbereitungen für den Projektwettbewerb. Im November wurde ausserdem wie geplant das zur Überbrückung fehlender Magazinkapazitäten ausgebaute dritte Aussenmagazin im Dreispitz bezogen. Damit ist der Raumbedarf des Staatsarchivs für die kommenden vier bis sechs Jahre sichergestellt. Die beiden mehrjährigen Projekte Neuverpackung alter Bestände (2011-2014) sowie das Projekt Sicherung und Nutzbarmachung (2012-2016) bildeten die weiteren Schwerpunkte des Jahres.

Staatsarchiv

Konkretisierung Raumplanung Nach der Zustimmung des Grossen Rates zum Projektierungskredit für den Neubau des Staatsarchivs und des Naturhistorischen Museums Basel im St. Johann standen intensive Vorbereitungsarbeiten für den Projektierungswettbewerb im Zentrum. Detaillierte Abklärungen wurden insbesondere bezüglich möglicher Synergiegewinne vorgenommen. Die Raumprogramme wurden entsprechend angepasst und die Kosten verifiziert.

Digitale Archivierung Beim Projekt Digitales Archiv 2.0 wurde mit Schwerpunkt digitaler Lesesaal in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv St. Gallen eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die die Geschäftsprozesse für die Nutzung digitaler Unterlagen in einer digitalen Umgebung definiert.
Die unter Mitarbeit des Staatsarchivs realisierte Ablieferungsschnittstelle für das Geschäftsverwaltungssystem KONSUL steht dem Kanton als neuer Release zur Verfügung. Die Schnittstelle ermöglicht die Planung eines gesamtkantonalen Projektes zur digitalen Archivierung von bereits in KONSUL vorhandenen und zukünftigen Unterlagen. Das Projekt soll 2014 gestartet werden.

Informationssicherung (Vorarchiv und Erschliessung) Beim Projekt „Ersatz von nicht archivgerechter Verpackung bei Urkunden und Akten des 13. bis 20. Jahrhunderts“ wurden weitere 9‘300 Einheiten in neue, alterungsbeständige Behältnisse verpackt. Das Investitionsprojekt wird 2014 im vorgesehenen Rahmen abgeschlossen werden können. Dank einer vergleichsweise tiefen Anzahl neuer Ablieferungen und einer Steigerung der Ablieferungsqualität konnten Anzahl und Umfang der unbearbeiteten Ablieferungen reduziert werden.
Beim Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung. Mikroverfilmung und Digitalisierung von Archivgut“ wurde der Aufbau der Projektorganisation mit Besetzung der Projektstellen und der Definition des Workflows abgeschlossen. Ebenso wurde die notwendige Speicherinfrastruktur aufgebaut. Die Digitalisierungsinfrastruktur konnte teilweise aufgebaut werden. Schliesslich wurde das vorläufige Digitalisierungsportfolio zusammengestellt.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'372.0	-2'501.6	-2'548.0	-46.4	-1.9	-176.1	-7.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'317.8	-1'202.8	-1'254.9	-52.1	-4.3	62.9	4.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-22.9	-22.9	0.0	-22.9	0.0
36 Transferaufwand	-5.0	-5.0	-5.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	**-3'694.8**	**-3'709.4**	**-3'830.9**	**-121.4**	**-3.3**	**-136.1**	**-3.7**
42 Entgelte	250.3	299.0	260.4	-38.6	-12.9	10.1	4.0
Betriebsertrag	**250.3**	**299.0**	**260.4**	**-38.6**	**-12.9**	**10.1**	**4.0**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-3'444.4**	**-3'410.4**	**-3'570.4**	**-160.0**	**-4.7**	**-126.0**	**-3.7**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-252.7	-189.0	-265.0	-76.0	-40.2	-12.3	-4.9
Abschreibungen	**-252.7**	**-189.0**	**-265.0**	**-76.0**	**-40.2**	**-12.3**	**-4.9**
Betriebsergebnis	**-3'697.2**	**-3'599.4**	**-3'835.4**	**-236.0**	**-6.6**	**-138.3**	**-3.7**
34 Finanzaufwand	-2.9	0.0	-0.3	-0.3	0.0	2.6	90.6
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0	0.1	975.1
Finanzergebnis	**-2.9**	**0.0**	**-0.2**	**-0.2**	**0.0**	**2.7**	**92.8**
Gesamtergebnis	**-3'700.1**	**-3'599.4**	**-3'835.6**	**-236.2**	**-6.6**	**-135.6**	**-3.7**
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'700.1	-3'599.4	-3'835.6	-236.2	-6.6	-135.6	-3.7

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-170.4	0.0	-662.6	-662.6	0.0	-492.2	-288.8
Nettoinvestitionen	**-170.4**	**0.0**	**-662.6**	**-662.6**	**0.0**	**-492.2**	**-288.8**
Saldo Investitionsrechnung	**-170.4**	**0.0**	**-662.6**	**-662.6**	**0.0**	**-492.2**	**-288.8**

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	15.8	16.4	17.0	17.1	17.7	
Benützungstage	Tg	14'022	15'979	17'606	18'209	23'151	1
Benützungsvorgänge	Anz	14'560	14'298	14'978	18'237	17'412	2
Erschliessungsgrad	%	87.0	85.1	81.0	75.9	84.0	3
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	312	308	316	287	254	4
Benützungen	Anz	9'358	8'538	8'024	9'203		5
Fristerreichung Anfragenbeantwortung	%	88.9	85.0	80.7	81.9		6

Kommentar

1 Die Anzahl Benutzungstage widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benutzungen vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), die online-Benutzungen (Äquivalent der Aufenthaltsdauer zu einem Benutzungstag; erst ab 2009 erfasst) und sonstige Benutzungen (Führungen, Vorträge, Lehrveranstaltungen, Museumsnacht usw). Veränderung Ist 13 zu Ist 12: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv" unter „Informationsvermittlung".

2 Die Anzahl Benützungsvorgänge umfasst die Anzahl ausgeliehener Archivalieneinheiten sowie die Anzahl Anfragen, Reproduktionen und Gesuche.

3 Frist-Erreichungsgrad: Anteil der nach 3 Jahren verzeichneten/ katalogisierten Ablieferungen an der Gesamtheit aller Ablieferungen. Veränderung Ist 13 zu Ist 12: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv" unter „Informationssicherung".

4 Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen. Veränderung Ist 13 zu Ist 12: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv" unter „Informationssicherung".

5 Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.

6 Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.

Informationsvermittlung Die Neubauplanung wurde kommunikativ begleitet und unterstützt. Als vertieftes Orientierungsangebot für Benutzende, Baufachleute und Parlament/Behörden erstellte das Staatsarchiv eine anschauliche Porträtbroschüre über seine Aufgaben und Aktivitäten. Die zentrale Informationsplattform www.staatsarchiv.bs.ch wurde migriert und neu strukturiert. Mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst der FHNW sowie dem kantonalen Planungsamt fand eine intensive Kooperation zum Thema Schaufensterkultur-Innenstadtqualität statt. Für verschiedene Museen wirkte das Staatsarchiv zudem beratend oder unterstützend. Sehr intensiv in Anspruch genommen wurden die Führungen für Gruppen (Private, Schulen, Behörden).
Während sich die Benutzungen vor Ort – mit Ausnahme der deutlichen Zunahme bei den Führungen – auf gegenüber früheren Jahren tieferem Niveau einzupendeln scheinen, haben die Online-Benutzungen erneut sehr stark zugenommen.

Archäologische Bodenforschung PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.
Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Bereitstellung historischer Erkenntnisse.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Archäologische Bodenforschung durfte anlässlich der feierlichen Einweihung des neugestalteten Münsterplatzes und der angrenzenden Ritter- sowie der Augustinergasse den Bewohnerinnen und Bewohnern des Münsterhügels den Sonderdruck „Leitungen erschliessen Geschichte“ übergeben. Zeitgleich wurde der Öffentlichkeit ein dreisprachiger Folder zu einem archäologischen Rundgang durch rund 2’100 Jahre Geschichte auf dem Münsterhügel präsentiert. Der kleine Führer wurde an Basel Tourismus und die Schulen abgegeben.

Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen Insgesamt wurden im Berichtsjahr 46 archäologische Untersuchungen bzw. Rettungsgrabungen durchgeführt, wovon zehn Grabungen im Zusammenhang mit mehrjährigen Bauprojekten standen. Das Auslaufen der Grossprojekte ermöglichte im rückwärtigen Bereich das Erledigen dringend notwendiger Arbeiten im Zusammenhang mit Dokumentationsbereinigungen zur archivgerechten Ablage.

Bei der Renovation der St. Alban-Kirche wurden die im Untergeschoss der Kirche freiliegenden Chor- und Turmfundamente sowie das Apsisfundament der Urkirche aus dem 1. Jahrtausend vermessen und fotografisch dokumentiert. An fünf Orten der Innerstadt wurden Teile der ehemaligen Stadtbefestigungen dokumentiert. Besonders interessant sind ein Befund im Seidenhof, wo die älteste Basler Stadtmauer ("Burkhardsche Stadtmauer") dokumentiert werden konnte, sowie ein Aufschluss oberhalb der Wettsteinbrücke, der die Dokumentation der Gegenmauer der Inneren Stadtmauer aus dem 13. Jh. über die ganze Höhe bis hinunter zur Grabensohle ermöglichte.

Im Bereich Martinsplatz/Eingang Martinsgasse wurden im Rahmen der Werkleitungs-Sanierungen und der Oberflächen-Neugestaltung auf dem Münsterhügel der ehemalige Standort des Martinsbrunnens sowie Fundamente eines mittelalterlichen Adelshofs, des sogenannten „Kleinen Eptingerhofs", aufgedeckt. Zudem legte das Grabungsteam Gräber des Friedhofs der Martinskirche frei. Bereits in der Planungsphase hatte sich die Archäologische Bodenforschung dafür eingesetzt, dass bei der Leitungserneuerung in der Martinsgasse die bestehenden Trassees genutzt werden, damit möglichst wenig archäologische Substanz tangiert wird. Im Profil des Leitungsgrabens konnten die Wandungen des grossen spätbronzezeitlichen Befestigungsgrabens sowie Reste eines Gebäudes aus dem 13. Jh. dokumentiert werden.

Im Areal der Novartis AG wurde eine Ausgrabung im Bereich des Gräberfeldes A abgeschlossen. Ziel war, alle 2006 noch nicht ergrabenen Zonen nördlich und südlich des unterkellerten und nun rückgebauten Gebäudes WSJ-68 archäologisch zu untersuchen. Leider zeigte sich, dass diese vornehmlich im Bereich früherer Strassen liegenden Flächen weitgehend modern zerstört waren. 2013 wurden umfangreichere Kanalisations-Erneuerungen westlich der Fundstelle Basel-Gasfabrik archälogisch begleitet. Die Erneuerung der Kanalisation in der Licht- und der Kraftstrasse erbrachte 2013 neben neuzeitlichen Befunden topographische Profilaufschlüsse. Dank der Begleitung der Leitungsbau-Arbeiten in der Elsässerstrasse zwischen der Voltamatte und der Hüningerstrasse waren auch hier erstmals aktuelle Einblicke in die Topographie und in neuzeitliche Kulturschichten möglich.

Die Auswertung und die Manuskript-Erstellung im Rahmen des interdisziplinären Auswertungsprojekts „Über die Toten zu den Lebenden: Menschliche Überreste vom spätlatènezeitlichen Fundplatz

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-2'957.1	-3'373.8	-3'322.4	51.4	1.5	-365.4	-12.4	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'297.2	-964.1	-1'356.5	-392.4	-40.7	940.7	40.9	1
Betriebsaufwand	**-5'254.3**	**-4'337.9**	**-4'678.9**	**-341.0**	**-7.9**	**575.3**	**10.9**	
42 Entgelte	229.9	38.7	36.2	-2.5	-6.3	-193.7	-84.2	
46 Transferertrag	172.9	22.5	345.6	323.1	...	172.8	99.9	2
Betriebsertrag	**402.8**	**61.2**	**381.9**	**320.7**	**524.0**	**-20.9**	**-5.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-4'851.4**	**-4'276.7**	**-4'297.0**	**-20.4**	**-0.5**	**554.4**	**11.4**	
Betriebsergebnis	**-4'851.4**	**-4'276.7**	**-4'297.0**	**-20.4**	**-0.5**	**554.4**	**11.4**	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	8.2	0.0	1.3	
44 Finanzertrag	3.2	3.2	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
Finanzergebnis	**3.1**	**3.1**	**3.1**	**0.0**	**0.3**	**0.0**	**0.0**	
Gesamtergebnis	**-4'848.3**	**-4'273.6**	**-4'293.9**	**-20.3**	**-0.5**	**554.4**	**11.4**	
davon Funktionen:								
31 Kulturerbe	-4'848.3	-4'273.6	-4'293.9	-20.3	-0.5	554.4	11.4	

Kommentar

1 Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen auf 463.000 „Beiträge Bund" gegenüber.

2 Den Mehreinnahmen stehen Mehrausgaben auf 319.910 „Grabungen" gegenüber.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	21.9	22.1	21.9	22.4	24.5
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	90	88	89	90	90
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	50	43	40	41	50
Publikationen pro Jahr	Anz	2	3	4	2	3

Basel-Gasfabrik und ihre kulturgeschichtlichen Deutungen" konnten vorangetrieben werden. Bisherige Resultate der Archäologie, Anthropologie, Geoarchäologie, Archäobiologie sowie der aDNA- und Isotopenanalysen lassen ganz neue Erkenntnisse zu den Lebensbedingungen und zum Umgang mit Tod in der Latènezeit erwarten. Diese sollen nach der wissenschaftlichen Publikation der breiten Öffentlichkeit in geeigneter Form präsentiert werden.

Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen Nach dem Entscheid des Vorstehers des Präsidialdepartements, dass die Archäologische Bodenforschung für die Konservierung und Aufbewahrung aller Fundobjekte ab dem Fundjahr 1962 verantwortlich ist, wurde der Fundtransfer in Angriff genommen. Die Übernahme der Grosssteine, Textilien und der Keramik aus den Grabungen seit 1962 aus den Beständen des Historischen Museums Basel wurde 2013 weitgehend abgeschlossen. Noch nicht beendet ist der Transfer der Kleinfunde, v.a. der Metallfunde. Dabei wird bei einer Kurzerfassung auch der Konservierungsbedarf erhoben. Der hohe Fundanfall der letzten Jahrzehnte überstieg die Konservierungskapazität des Historischen Museums Basel, so dass hier eine Lösung gefunden werden muss. Der Transfer der Münzen und der Funddokumentation ist für 2014 vorgesehen.

Prof. Sennhauser führte im Auftragsverhältnis 1966 und 1974/75 bedeutende Grabungen im Basler Münster durch. Er verweigert seither die Herausgabe der Grabungsdokumentation zu diesem für Basel und die ganze Oberrheinregion äusserst wichtigen Kulturerbe. 2009 hat Herr Sennhauser die Originaldokumentationen in die „Stiftung für Forschung in Spätantike und Mittelalter – H. R. Sennhauser" überführt. Der Kanton Basel-Stadt leitet nun rechtliche Schritte gegen die Stiftung ein.

2013 wurden von der Inventarisierungsabteilung an der Elsässerstrasse ca. 46'300 Fundobjekte inventarisiert. Dabei standen die Funde der Grabungen 1994/16 und 2002/13 im Vordergrund. Zu-

sätzlich wurden menschliche Skelettreste der modernen Grabungen aus den beiden Gräberfeldern nachinventarisiert. Am Petersgraben inventarisierten die Mitarbeiterinnen der Fundabteilung 2013 insgesamt 12'210 Funde. Sie stammen zu 99% aus den grossen Grabungen auf dem Münsterhügel, die in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Sanierung der Werkleitungen nötig waren.

Vermittlung und zur Verfügung Stellen historischer Erkenntnisse An der Museumsnacht wurde die neu gestaltete Info-Stelle „Aussenkrypta" erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Im Rahmenprogramm wurden die Ofenkacheln vom Schlüsselberg ausgestellt. Zudem führte ein Hafner vor, wie Ofenkacheln hergestellt wurden. Das bekannte Trio Schellmery spielte auf Originalinstrumenten mittelalterliche Musik.

Am 31. August 2013 nahm die Archäologische Bodenforschung mit Unterstützung durch die Integrative Prähistorische und Naturwissenschaftliche Archäologie der Universität Basel am Novartis Campus Day teil. Die Aktivitäten zum Thema „Ernährung in keltischer Zeit" umfassten eine Ausstellung, Posterpräsentation, Vorträge, Aktivitäten für Kinder und Degustation.

Auch in diesem Jahr konnten Kinder während einer Woche in einem Workshop Spannendes rund um das Thema Archäologie erleben. Auf der Kindergrabung beim Murus Gallicus konnten sie Fundobjekte entdecken und ausgraben, um diese dann anschliessend mit Hilfe von Archäologinnen und Archäologen zu bestimmen und zu dokumentieren.

Das Schweizer Fernsehen realisierte für die Sendung „Einstein" einen Beitrag zur Computertomographie-Untersuchung bei der EMPA (Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt der ETH) der Deponierung von Basel-Gasfabrik. Die Sendung wurde am 7. Februar 2013 mit dem Titel „Keltischer Fund aus Basel im Röntgengerät. Ein Beitrag über ein 2'100 Jahre altes einzigartiges Fund-Ensemble aus Basel, das im Hochleistungs-Computertomographen der EMPA in Dübendorf untersucht wird" ausgestrahlt.

Vom 11. bis 13. April 2013 wurde ein Workshop mit internationalen Fachleuten zum Thema „Der Umgang mit den Toten in der jüngeren Eisenzeit - Chaînes opératoires" in Basel veranstaltet. Die Mitarbeitenden der Archäologischen Bodenforschung hielten dabei verschiedene Vorträge zum SNF-Projekt „Von den Toten zu den Lebenden".

Am 8. Februar 2013 hat die Archäologische Bodenforschung zusammen mit der Denkmalpflege die Fachgespräche zur Stadtentwicklung Basels mit Experten und Expertinnen auf dem Gebiet „Stadtentwicklung von Bischofssitzen von der Spätantike bis zum Frühmittelalter (um 300–800 n.Chr.)" durchgeführt.

Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Produkte	Produktegruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Kunstmuseums Basel u. des MGK	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie den lebendigen Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr präsentierte das Kunstmuseum, zusammen mit dem Museum für Gegenwartskunst, 18 bemerkenswerte Ausstellungen und erreichte damit eine Gesamtbesucherzahl von 262‘479. Dies entspricht einer Zunahme von rund 7% gegenüber dem Vorjahr. Der grosse Publikumserfolg war die grosse Sonderausstellung „Die Picassos sind da!“ mit einer Besucherzahl von 120‘640. Wie in den Vorjahren sind auch in diesem Jahr die Ausstellungen mit den grosszügigen Zuwendungen von zahlreichen Stiftungen, Donatoren und Sponsoren finanziert worden.

Nach dem Baubeginn für den Erweiterungsbau im letzten Quartal des Vorjahres schritten die Bauarbeiten planmässig voran. Am 26. August wurde die Grundsteinlegung in Anwesenheit der Regierungs- und Medienvertreter sowie der Öffentlichkeit gefeiert. Die geplante Sanierung des Hauptbaus soll in vier Bauabschnitten erfolgen. Die erste Sanierungsetappe hat bereits am 7. Oktober begonnen und soll gleichzeitig mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus im Oktober 2015 abgeschlossen sein. Um den Zeit- und Kostenrahmen dieser vorgezogenen Sanierungsmassnahmen einzuhalten, muss das Kunstmuseum in der Zeit von Februar 2015 bis März 2016 geschlossen werden. Diesen Entscheid hat die Baukommission am 28. März gefällt und der Regierungsrat kurz darauf bestätigt. Die weitere Sanierung ist für die Jahre 2018 bis 2022 geplant.

Folgende Ausstellungen wurden im Jahr 2013 gezeigt:

- Animalia. Tierdarstellungen des Barock, bis 13. Januar 2013, Kupferstichkabinett
- Arte Povera. Der grosse Aufbruch, bis 3. Februar 2013, Kunstmuseum
- Robert Gober, bis 10. Februar 2013, Museum für Gegenwartskunst
- Markus Raetz. Zeichnungen, bis 17. Februar 2013, Kupferstichkabinett
- Fokus: Holbein vor Holbein, 12. Januar bis 7. April 2013, Kunstmuseum
- Porträtzeichnungen des 15. und 16. Jahrhunderts, 15. Januar bis 7. April 2013, Kupferstichkabinett
- Tell It To My Heart: Collected by Julie Ault, 2. Februar bis 12. Mai 2013, Museum für Gegenwartskunst

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Personalaufwand	-10'333.7	-10'157.5	-10'791.3	-633.8	-6.2	-457.7	-4.4
Übriger Aufwand	-9'624.0	-10'955.9	-9'604.3	1'351.7	12.3	19.7	0.2
Betriebsaufwand	**-19'957.6**	**-21'113.5**	**-20'395.6**	**717.8**	**3.4**	**-438.0**	**-2.2**
Betriebsertrag	**6'458.7**	**7'469.5**	**6'727.7**	**-741.8**	**-9.9**	**269.0**	**4.2**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-13'499.0**	**-13'643.9**	**-13'667.9**	**-24.0**	**-0.2**	**-169.0**	**-1.3**
Finanzergebnis	**47.1**	**66.0**	**134.0**	**68.0**	**103.0**	**86.9**	**184.7**
Kalkulatorische Kapitalkosten	-518.0	-855.0	-1'463.6	-608.6	-71.2	-945.6	-182.5
Umlagen Querschnittsleistungen	-1'225.4	-463.7	-440.0	23.7	5.1	785.4	64.1
Vollkosten	**-15'195.3**	**-14'896.6**	**-15'437.6**	**-540.9**	**-3.6**	**-242.2**	**-1.6**

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Ist 2013
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Ist 2013
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstausstellungen	Anzahl Besucher/-innen	>	207'077	245'635	220'000	262'479
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	677	758	550	817
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'174	1'052	1'150	1'264
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	5%	5%	6%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	500	500	500	500

- „Die Picassos sind da!“ Eine Retrospektive aus Basler Sammlungen, 17. März bis 21. Juli 2013, Kunstmuseum
- Otto Meyer-Amden (1885-1933). Zeichnungen, 16. April bis 7. Juli 2013, Kupferstichkabinett
- Some End of Things, 25. Mai bis 15. September 2013, Museum für Gegenwartskunst
- Ed Ruscha. Los Angeles Apartments, 8. Juni bis 29. September 2013, Kupferstichkabinett
- André Thomkins. Zeichnungen und Lackskins, 17. Juli bis 13. Oktober 2013, Kupferstichkabinett
- Fokus: Niklaus Stoecklin, 10. August bis 3. November 2013, Kunstmuseum
- Piet Mondrian - Barnett Newman - Dan Flavin, 8. September 2013 bis 19. Januar 2014, Kunstmuseum
- every time you think of me, I die, a little. Das Memento Mori bei Andy Warhol und Douglas Gordon, 28. September bis 27. April 2014, Museum für Gegenwartskunst

- Lena Maria Thüring. Manor Kunstpreis Basel 2013, 28. September 2013 bis 5. Januar 2014, Museum für Gegenwartskunst
- Holbeins Bilder des Todes. Im zeitgenössischen Kontext, 15. Oktober 2013 bis 26. Januar 2014, Kupferstichkabinett
- Jakob Christoph Miville (1786 – 1836). Ein Basler Landschaftsmaler zwischen Rom und St. Petersburg, 16. November 2013 bis 16. Februar 2014, Kunstmuseum und Kupferstichkabinett

Sammlung/Forschung Die Sammlung wurde um einige hervorragende Ankäufe erweitert, teilweise mit grosszügiger Unterstützung von Dritten. Hinzu kamen verschiedene Geschenke, Legate und Deposita.

Bildung und Vermittlung Durch das rege Interesse der Öffentlichkeit an der Sonderausstellung „Die Picassos sind da!“ wurden im Berichtsjahr insgesamt 1‘264 Schulklassen gezählt. Dies sind rund 20% mehr als im Jahr zuvor. Davon kamen 912 oder 72% aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft, 200 (16%) aus der übrigen Schweiz und 152 (12%) aus dem Ausland. Zusätzlich haben 728 Führungen stattgefunden. Dies entspricht einer Zunahme von rund 10%.

Dienstleistungen Zu Jahresbeginn übernahmen die neuen Pächter das Bistro und überzeugten die Gäste mit konstant gutem Service und Angebot. In der Bibliothek kam es zu einem leichten Besucherrückgang um rund 2% auf 12‘970. Auch die Anzahl Ausleihen war mit 39‘011 etwas geringer als im Vorjahr. Hingegen hat die Anzahl aktiver Benutzerinnen und Benutzer um rund 3% auf 1‘843 zugenommen. Der Jahresumsatz in der Buchhandlung wurde erneut gesteigert, um 9% auf 1,54 Mio. Franken.

Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Produkte	Produktegruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemein Das Berichtsjahr war das erste Amtsjahr des neuen Direktors und verlief erfreulich gut. Die Personalstruktur ist den heutigen Bedürfnissen angepasst worden. Die Ziele waren, mehr Klarheit bei den Entscheidungswegen zu schaffen sowie für eine effizientere Verteilung der Arbeit zu sorgen.

Die erfolgreiche Ausstellung „Petra – Wunder in der Wüste“ konnte um zwei Monate bis Mai 2013 verlängert werden. Darüber hinaus wurde sie nach Leiden, Rijksmuseum van Oudheden (NL) transferiert. Somit konnte das Projekt auch finanziell erfolgreich abgeschlossen werden.

Ab September 2013 wurde die Ausstellung „Wann ist man ein Mann?“ an zwei Standorten (Antikenmuseum und Skulpturhalle) parallel eröffnet. Sie gehört bereits zur neuen Ausstellungsserie mit aktualitätsbezogenen Themen aus dem Fundus der Antike. Damit geknüpft war auch ein erstes Lifting der Erscheinung des Museums auf allen Werbemitteln.

Schwierig zeichnet sich dagegen die Beschaffung von Drittmitteln ab. Im 2013 konnten dem Museum traditionell verbundene Stiftungen und Sponsoren noch positiv bewegt werden. Für die Folgejahre und insbesondere für die Finanzierung von Ausstellungen ist die Entwicklung jedoch unsicher.

Sammlung/Forschung Die eigene hochkarätige Dauersammlung wurde im Berichtsjahr insbesondere für die Realisation der Ausstellung „Wann ist man ein Mann?“ nach neuen Kriterien verwendet. Darüber hinaus wurden wichtige Werke für Ausstellungen in der Schweiz und im Ausland temporär ausgeliehen.

Der Ankauf von Neuerwerbungen wurde im Sinne der Provenienzforschung neu überdacht. Strengere Kontrollregeln nach internationalen Standards wurden eingeführt. Somit beschränkten sich die Neuerwerbungen 2013 auf eine Bronzeschale aus Urartu (Osttürkei) mit königlicher Inschrift, die im Keilschrifttext König Rusa II erwähnt, 7. Jh. v.Chr., und auf eine sehr bedeutende ägyptische Votivstele aus Stein mit der Darstellung des Triumphes Ramses’ II über asiatische Feinde, 19. Dynastie, 13. Jh. v.Chr. Beide Werke wurden mit Mitteln der Stiftung zur Förderung des Antikenmuseums Basel gekauft.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-3'542.5	-3'662.8	-3'496.5	166.2	4.5	45.9	1.3
Übriger Aufwand	-3'155.0	-2'149.5	-3'057.4	-908.0	-42.2	97.6	3.1
Betriebsaufwand	**-6'697.5**	**-5'812.3**	**-6'554.0**	**-741.7**	**-12.8**	**143.5**	**2.1**
Betriebsertrag	**1'454.3**	**568.0**	**1'329.1**	**761.1**	**134.0**	**-125.2**	**-8.6**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-5'243.2**	**-5'244.3**	**-5'224.9**	**19.4**	**0.4**	**18.3**	**0.3**
Finanzergebnis	**16.4**	**20.2**	**2.6**	**-17.6**	**-86.9**	**-13.7**	**-83.9**
Kalkulatorische Kapitalkosten	0.0	0.0	-2.6	-2.6	0.0	-2.6	0.0
Umlagen Querschnittsleistungen	-1'068.9	-1'069.2	-1'053.1	16.2	1.5	15.8	1.5
Vollkosten	**-6'295.7**	**-6'293.3**	**-6'277.9**	**15.4**	**0.2**	**17.8**	**0.3**

Kommentar

Die Sonderausstellungen beeinflussen sehr stark die finanziellen Zahlen. Verschiebungen von Ausstellungen erschweren den Vergleich mit dem Budget.

Wirkungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**	
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	34'173	51'635	29'000	71'482	1
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	325	153	200	394	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	397	383	250	379	
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generationen, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	60%	75%	70%	80%	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	53	27	30	23	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/innen	=	220	200	250	230	

Kommentar

1 Die Sonderausstellung „Petra" war ursprünglich für 2012 geplant. Durch Verschiebungen, hervorgerufen durch die Jordanischen Behörden, wurde die Ausstellung erst von Herbst 2012 bis Mai 2013 präsentiert. Durch diese erfolgreiche Ausstellung wurden die Leistungsziele deutlich übertroffen.

In einer grösseren Arbeitsgruppe wurde eine neue Disposition der gesamten Sammlung vorbereitet, die zeitgemässen und publikumsfreundlicheren Kriterien entsprechen soll. Die Umdisposition der Sammlung soll in den nächsten drei Jahren und parallel zu den Sonderausstellungen sukzessive erfolgen.

Vermittlung Hauptelement der Vermittlung sind nach wie vor die Ausstellungen und die damit verknüpften Events, Führungen, Workshops, Podiumsdiskussionen, Lesungen, Theaterstücke und Konzerte.

Bis zum 20. Mai 2013 zeigten wir „Petra – Wunder in der Wüste“ in Zusammenarbeit mit den jordanischen Museen und dank der Finanzierung von Novartis AG. 75’000 Besucher, eine grosse Medienpräsenz und viel internationale Anerkennung zeugen vom grossen Erfolg dieses Projektes, das wir auch in Leiden (NL) und Amman (Jordanien) nach Basler Konzept zeigen werden.

Die Skulpturhalle hat mit einer speziellen Sonderausstellung den Bogen zur Gegenwart geschlagen. Arabische Kunstschaffende sowie Schweizer Künstlerinnen und Künstler, die im jordanischen Kulturzentrum Darat al Funun (Amman) tätig sind, haben ihre Werke und Installationen präsentiert. Dabei wurden zeitaktuelle Probleme Jordaniens thematisiert: Immigration, urbane Entwicklung, Identität und Massentourismus in archäologischen Gebieten. Die Ausstellung wurde am 9. April 2013 eröffnet und dauerte bis zum 16. Juni 2013. Finanziert wurde sie durch die Erträge der Petra-Ausstellung im Antikenmuseum.

Am 5. September 2013 eröffneten beide Ausstellungen zu den Männerbildern und -rollen in der Antike: „Wann ist man ein Mann?“ im Antikenmuseum und in der Skulpturhalle. Das neue Konzept soll auch die Skulpturhalle als Ausstellungsort neu ankurbeln. Bis heute sind die Besucherzahlen dieser Ausstellungen im Rahmen unserer Erwartungen. Mit diesem aktualitätsbezogenen Thema konnten auch neue Besuchergruppen angesprochen werden.

Dienstleistungen Begleitend zu der Sonderausstellung „Wann ist man ein Mann?“ wurden Zusatzveranstaltungen angeboten wie mehrsprachige Führungen, Cocktail-Anlässe, Kombiführungen im Antikenmuseum und in der Skulpturhalle, Fachvorträge, Veranstaltungen Ringen und Boxen in der Antike und heute sowie Podiumsdiskussionen zum Thema starkes Geschlecht. Zudem konnten sich unsere Besuchenden mit Hilfe eines Tablets durch die Ausstellung führen lassen.
Das Shop-Angebot wurde für die Ausstellungen thematisch angepasst und erlangt dadurch eine grosse Aufmerksamkeit.
Das Bistro wurde durch unseren Innenhof mit mediterranen Pflanzen erweitert. Neu und sehr erfolgreich wird ein Sonntagsbrunch angeboten.

Globalbudget Historisches Museum Basel

Produkte	Produktegruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Historische Museum Basel betreibt in vier Liegenschaften (inklusive Depots: zehn Liegenschaften) ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Die Sonderausstellungen „Schuldig-Verbrechen.Strafen.Menschen“ (Museum für Geschichte/Barfüsserkirche, 20. September 2012 bis 16. Juni 2013) sowie „Scheich Ibrahims Traum“ (Museum für Wohnkultur/Haus zum Kirschgarten, 27. September 2012 bis 1. September 2013) haben erfreulicherweise ein beachtliches Publikums- und Medienecho erfahren, was sich positiv auf die Besucherzahlen ausgewirkt hat. Das neue Branding des Historischen Museums Basel und die neuen Namen der Ausstellungshäuser haben sich gut etabliert, müssen aber weiterin konsequent kommuniziert werden. Im Herbst 2013 wurden die beiden Sonderausstellungen <a href="mailto:Pop@Basel» Pop@Basel und „Echte Burgen-Falsche Ritter“ im Museum für Musik bzw. im Museum für Geschichte erfolgreich lanciert. Mit beiden Sonderausstellungen ist es gelungen, ein Publikum für einen Museumsbesuch zu begeistern, welches nicht zum traditionellen Zielpublikum eines Museums gehört: Pop-Begeisterte und Kinder. Die für Schulklassen besonders attraktiven Sonderausstellungen „Schuldig“ und „Burgen/Ritter“ erzeugten eine rege Nachfrage, was sich in erneut massiv gesteigerten Frequenzen bei dieser Nutzergruppe zeigte.

Sammlung/Forschung Sämtliche neu zugegangenen Sammlungsobjekte sind in der Datenbank inventarisiert und sachgerecht gelagert. Das bereits seit vier Jahren laufende, teilweise privat finanzierte Forschungsprojekt zur Basler Goldschmiedekunst wurde fortgesetzt und wird im 2014 seinen Abschluss finden. Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten und Fachhochschulen geschah fallweise im Zusammenhang mit gemeinsamen Lehrveranstaltungen oder durch Unterstützung von Forschungs- oder Abschlussarbeiten. Dank der international hervorragenden Vernetzung der Direktorin werden länderübergreifende Kooperationen zunehmend ein Thema.

Vermittlung Die Popularität der Sonderausstellungen zeigt sich in den erfreulichen Besucherzahlen und in der guten Resonanz in den Medien. Es konnten vermehrt zusätzliche Gruppenführungen für Private durchgeführt werden. Auch Workshops und Kindergeburtstage werden rege nachgefragt. Neue Formate wie Tweenings/Tweetups müssen erst noch etabliert werden, sind aber vielversprechend. Die jährliche Museumsnacht brachte unseren Ausstellungshäusern wiederum einen Zuwachs, was auf das attraktive Veranstaltungsangebot mit prominenten Highlights zurückzuführen ist.

Dienstleistungen Das Café in der Barfüsserkirche hat mittlerweile eine solide Stammkundschaft und eine gute Auslastung - vor allem über die Mittagszeit. Auch der Museumsshop wird laufend erweitert und vor allem bezüglich Warenpräsentation und Sortiment immer attraktiver. Die Frequentierung

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-6'711.4	-6'274.5	-6'489.1	-214.6	-3.4	222.3	3.3
Übriger Aufwand	-4'233.7	-4'555.8	-4'558.1	-2.2	-0.0	-324.4	-7.7
Betriebsaufwand	**-10'945.1**	**-10'830.3**	**-11'047.1**	**-216.8**	**-2.0**	**-102.0**	**-0.9**
Betriebsertrag	**567.5**	**742.0**	**959.0**	**217.0**	**29.2**	**391.5**	**69.0**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-10'377.6**	**-10'088.3**	**-10'088.1**	**0.2**	**0.0**	**289.5**	**2.8**
Finanzergebnis	**24.0**	**29.0**	**12.4**	**-16.6**	**-57.4**	**-11.6**	**-48.4**
Kalkulatorische Kapitalkosten	-523.5	-528.1	-1'752.8	-1'224.7	-231.9	-1'229.3	-234.8
Umlagen Querschnittsleistungen	-483.0	-408.3	-387.4	20.9	5.1	95.7	19.8
Vollkosten	**-11'360.2**	**-10'995.6**	**-12'215.9**	**-1'220.3**	**-11.1**	**-855.7**	**-7.5**

Wirkungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachpublikationen	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1
		<=				

Leistungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	156'025	157'330	150'000	158'744
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	357	348	300	468
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	386	406	400	454
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	14	17	15	17
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	66	104	65	84
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	38	13	40	29
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	739	417	400	884

der Bibliothek durch Studierende von verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen blieb auf hohem Niveau.

Planung In einem Projekt zur Generalsanierung und Neueinrichtung des Museums für Wohnkultur wurde eine erste Vision der künftigen Nutzung konkretisiert.

Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel

Produkte	Produktegruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Naturhistorische Museum Basel betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im Sommer 2013 hat der Grosse Rat dem Projektierungskredit für den Neubau des Naturhistorischen Museums Basel und dem Staatsarchiv beim Bahnhof St. Johann mit grosser Mehrheit zugestimmt. Die Planung und die Vorbereitung zum Sammlungsumzug in das neue externe Lager im Spenglerpark nahm viel Zeit in Anspruch. Gleichzeitig konnte auch mit der weiteren Planung der Bespielung der sanierten Ausstellungsräume begonnen werden. Im Herbst wurde die neu geschaffene Abteilung Kommunikation & Vermittlung operativ.

Sammlung/Forschung 2013 musste die Datenbank Bio-Office für die beiden wissenschaftlichen Abteilungen des Museums auf die IT-Plattform portiert werden. Das Museum ist national und international an verschiedenen wissenschaftlichen Projekten beteiligt oder sogar federführend, die zu einem grossen Teil durch Drittmittel finanziert werden (interne und externe Stiftungen). Schwerpunkte der biowissenschaftlichen Forschung sind die Taxonomie, Biogeographie und Evolutionsbiologie von Käfern, Spinnen und Blattläusen aus der Schweiz (Region Basel, Graubünden, Uri, Wallis) wie auch im Ausland (Brasilien, Oman, Australien, China).

Die Forschungsschwerpunkte der Geowissenschaften liegen im Bereich der Gehäuseentwicklung fossiler Einzeller (Karibik, Atlantik) und der Systematik und Paläobiologie von Krebsen und Muscheln (Nordwestschweiz). Meso- und känozoische Wirbeltiere sind Gegenstand von palichnologischen, phylogenetischen und hirnanatomischen Untersuchungen (Wallis, Nordwestschweiz, Spanien). Die Ausbildung von Bachelor- und Masterstudenten und Doktoranden sowie Lehre an der Universität Basel gehören weiterhin zu den wichtigen Aufgaben der Wissenschaftler des Museums.

Vermittlung Die Sonderausstellung „Wildlife Fotographer of the Year“ des Natural History Museum London wurde bis zum 26. Mai 2013 verlängert. Das erfolgreiche Format der „After Hours", Barbetrieb mit Ausstellungsbesuch, wurde um das Angebot einer szenischen Führung und mit Slam Poetry erweitert. Am 28. November 2013 wurde die Sonderausstellung „Xavier Mertz - Verschollen in der Antarktis - Fotografien eines Abenteuers“ eröffnet. Diese Ausstellung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Basel-Stadt und dem Echtzeit Verlag in Basel.

Dienstleistungen Die Aula und der Bereich Wal & Fisch wurden für externe Anlässe vermietet, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-4'948.5	-5'061.5	-4'918.3	143.2	2.8	30.2	0.6
Übriger Aufwand	-3'076.4	-3'424.0	-3'495.1	-71.1	-2.1	-418.7	-13.6
Betriebsaufwand	**-8'024.9**	**-8'485.5**	**-8'413.4**	**72.1**	**0.9**	**-388.5**	**-4.8**
Betriebsertrag	**688.4**	**897.3**	**939.2**	**41.8**	**4.7**	**250.8**	**36.4**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-7'336.5**	**-7'588.2**	**-7'474.2**	**114.0**	**1.5**	**-137.7**	**-1.9**
Finanzergebnis	**60.6**	**45.4**	**60.9**	**15.6**	**34.3**	**0.3**	**0.6**
Kalkulatorische Kapitalkosten	-91.9	-89.5	-487.2	-397.7	-444.5	-395.3	-430.2
Umlagen Querschnittsleistungen	-378.5	-346.0	-329.5	16.6	4.8	49.1	13.0
Vollkosten	**-7'746.3**	**-7'978.3**	**-8'229.9**	**-251.6**	**-3.2**	**-483.6**	**-6.2**

Wirkungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	84'429	100'373	60'000	99'215
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	438	215	250	643
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'208	1'290	800	1'301
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	30'852	59'033	500	8'415
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	474	315	250	748
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	81'909	33'328	1'000	25'066

Globalbudget Museum der Kulturen Basel

Produkte	Produktegruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Museums der Kulturen Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Museum der Kulturen Basel betreibt in elf Liegenschaften ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit und der Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im 2013 konzentrierte sich die Arbeit des Museums der Kulturen Basel weiterhin darauf, die seit der Neueröffnung erzielte Positionierung als publikumsnahes, lebendiges und innovatives Haus auf allen Ebenen zu festigen und auszubauen. Weiterhin konnten vornehmlich anhand des eigenen Sammlungsbestandes kulturelle Dimensionen des Lebens ausgeleuchtet werden. Auf der Basis des bestehenden Konzeptes wurde gezeigt und vermittelt, unter welchen Bedingungen Individuen oder ganze Gruppen von Menschen zu ihrem Weltverständnis und zu ihren Wertvorstellungen gefunden haben.

Sammlung/Forschung Die vertiefte Dokumentation von Teilen des Sammlungsbestands wurde vor allem im Hinblick auf die Ausstellungstätigkeit vorgenommen. Teile des alten Bestandes sowie der neu erworbenen Sammlungsobjekte wurden so bearbeitet, dass diese in Ausstellungen bereits gezeigt werden konnten oder in einer der nächsten Ausstellungen gezeigt werden können. Bereits bestehende Forschungskooperationen zu Mexiko, Brasilien und Nagaland/Indien wurden weitergeführt. Darüber hinaus fand im 2013 die Jahrestagung des Arbeitskreises Bild Druck Papier im Museum der Kulturen statt.

Vermittlung Im 2013 wurden neben der traditionellen Weihnachtsausstellung zum Thema Engel drei neue temporäre Ausstellungen ("Geben & Nehmen", „Was Jetzt?“ und „Make up") gezeigt. Somit wurden erneut 75% der gesamten Ausstellungsfläche neu bespielt. Zu allen Ausstellungen wurden Rahmenprogramme (Führungen, Ausstellungsgespräche, Interventionen, Workshops etc.) zielgruppenspezifisch durchgeführt. Ebenfalls weitergeführt wurde das Projekt der „dialogischen Kulturvermittlung". Geschulte Personen gehen auf die Besucher zu und animieren diese zu Gesprächen, Diskussionen sowie zum Aufwerfen von Fragen. Dadurch konnte ein vertiefter Dialog zwischen Museum und Publikum erreicht werden. Mit dem dreitägigen Museumsfest zum Thema „Kultur erzählt“ wurde eine weitere traditionsreiche Plattform wieder aufgenommen. Dieses Vermittlungsformat erleichtert den Zugang zum Museum für ein eher museumsfernes Publikum. Auch in diesem Jahr gab es Kooperationsprojekte: HörPunkt zum Thema „Mann Macht Frau", „Popcap“ mit der Schule für Gestaltung und der bblackboxx sowie mit dem Projekt zu 100 Jahre Meret Oppenheim.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Personalaufwand	-4'732.2	-4'917.2	-4'811.3	106.0	2.2	-79.0	-1.7
Übriger Aufwand	-4'468.5	-4'701.4	-4'294.3	407.1	8.7	174.2	3.9
Betriebsaufwand	**-9'200.7**	**-9'618.6**	**-9'105.6**	**513.1**	**5.3**	**95.1**	**1.0**
Betriebsertrag	**895.3**	**1'300.6**	**780.7**	**-519.9**	**-40.0**	**-114.6**	**-12.8**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-8'305.4**	**-8'318.0**	**-8'324.8**	**-6.8**	**-0.1**	**-19.5**	**-0.2**
Finanzergebnis	**46.0**	**0.0**	**-1.8**	**-1.8**	**0.0**	**-47.7**	**-103.9**
Kalkulatorische Kapitalkosten	-674.4	-657.0	-3'860.6	-3'203.6	-487.6	-3'186.2	-472.5
Umlagen Querschnittsleistungen	-372.7	-343.0	-327.1	15.8	4.6	45.5	12.2
Vollkosten	**-9'306.4**	**-9'318.0**	**-12'514.3**	**-3'196.3**	**-34.3**	**-3'207.9**	**-34.5**

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Ist 2013
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2011	Ist 2012	Soll 2013	Ist 2013	
Zeitgemässe thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	36'666	60'032	75'000	67'655	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	188	265	180	258	
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	118	157	150	148	
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100%	1
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	10/115	6/69	10/100	9/147	
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	7/79	10/184	5/25	8/66	
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	82	127	70	103	
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	20'207	640	100	183	
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	0	40	50	466	

Kommentar

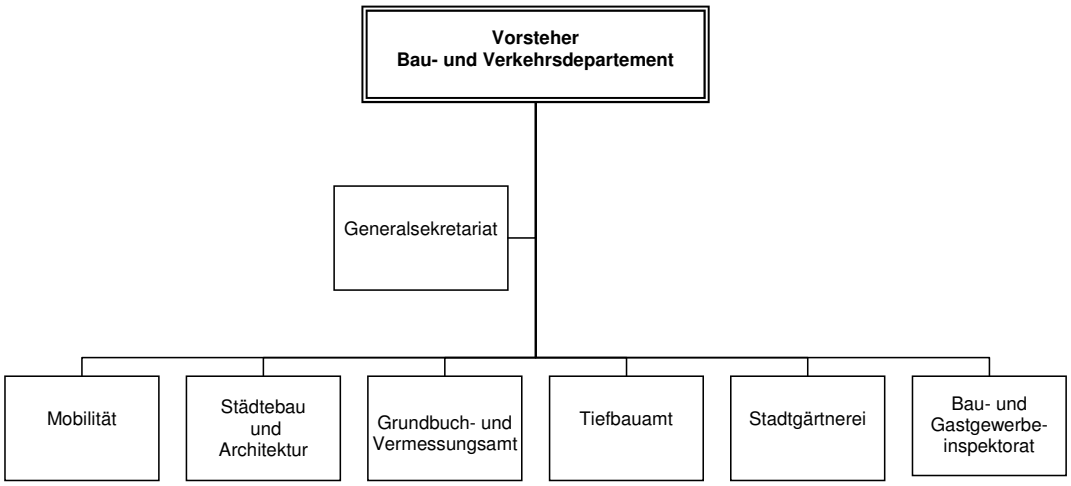
1 Die Inventarisierung der Neuzugänge von mehr als 20'000 Sammlungsobjekten ist abhängig von den verfügbaren Ressourcen (Personal, Lagerungshilfsmittel).

Dienstleistungen Im Museumsshop findet man ein vielfältiges Angebot passend zu den Ausstellungen und zur Jahreszeit. Es umfasst museumseigene Publikationen zu Ausstellungen sowie weiter-

führende Literatur. Zudem wird traditionelles Kunsthandwerk aus aller Welt sowie Wohnaccessoires, Schmuck, Textilien, Papeterieartikel und Spielzeug angeboten. Bei der Auswahl des Sortiments legt das Museum der Kulturen grossen Wert auf die Förderung von lokalem Kunsthandwerk, auf fairen Handel und auf die umwelt- und sozialverträgliche Produktion. Deshalb kauft es wenn möglich direkt vor Ort ein und kann so Einfluss auf bessere und gerechtere Produktions- und Handelsbedingungen nehmen.

4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	191
BVD-602	Bau- und Gastgewerbeinspektorat	194
BVD-614	Stadtgärtnerei	196
BVD-617	Tiefbauamt	199
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	202
BVD-651	Städtebau und Architektur	205
BVD-661	Mobilität	210
	Globalbudget Öffentlicher Verkehr	214
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	216
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	218
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbünde	220



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-118.8	-121.8	-121.3	0.5	0.4	-2.5	-2.1	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-59.1	-60.6	-65.6	-4.9	-8.2	-6.4	-10.9	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.1	-1.0	-1.4	-0.4	-33.9	-0.3	-27.1	2
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-15.2	0.0	0.0	0.0	0.0	15.2	100.0	
36 Transferaufwand	-83.3	-84.9	-82.0	2.9	3.4	1.3	1.5	3
Betriebsaufwand	**-277.6**	**-268.4**	**-270.3**	**-1.9**	**-0.7**	**7.3**	**2.6**	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	7.4	7.3	-0.1	-1.4	7.3	0.0	
42 Entgelte	102.6	83.6	104.0	20.5	24.5	1.5	1.4	4
43 Verschiedene Erträge	4.7	0.9	2.7	1.8	192.3	-2.0	-42.6	5
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	-100.0	
46 Transferertrag	8.1	8.2	7.3	-1.0	-11.8	-0.8	-9.9	6
Betriebsertrag	**117.0**	**100.1**	**121.3**	**21.2**	**21.2**	**4.3**	**3.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-160.6**	**-168.3**	**-149.0**	**19.3**	**11.5**	**11.5**	**7.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-49.7	-38.9	-45.2	-6.3	-16.2	4.5	9.0	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-3.4	-2.9	-4.8	-1.9	-63.8	-1.4	-40.0	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	2.1	2.1	0.0	2.1	0.0	
Abschreibungen	**-53.1**	**-41.8**	**-47.9**	**-6.0**	**-14.4**	**5.2**	**9.8**	2
Betriebsergebnis	**-213.7**	**-210.2**	**-196.9**	**13.3**	**6.3**	**16.7**	**7.8**	
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-2.9	-2.9	...	-2.9	...	7
44 Finanzertrag	2.4	2.2	2.4	0.2	11.4	0.0	1.3	8
Finanzergebnis	**2.4**	**2.2**	**-0.5**	**-2.7**	**-122.0**	**-2.9**	**-120.0**	
Gesamtergebnis	**-211.3**	**-208.0**	**-197.4**	**10.6**	**5.1**	**13.9**	**6.6**	
davon Funktionen:								
0 Allgemeine Verwaltung	-26.4	-30.0	-8.9	21.1	70.3	17.5	66.3	
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	1.0	-0.6	-0.9	-0.3	-52.9	-1.9	-184.7	
2 Bildung	0.0	-1.3	-1.9	-0.6	-44.8	-1.9	0.0	
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-25.0	-22.3	-27.4	-5.1	-23.0	-2.4	-9.6	
5 Soziale Sicherheit	-0.0	-1.5	-0.7	0.8	53.3	-0.7	...	
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-162.4	-156.3	-160.0	-3.6	-2.3	2.4	1.5	
7 Umweltschutz und Raumordnung	1.4	4.0	2.3	-1.7	-41.8	0.9	62.6	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-89.2	-106.0	-95.2	10.8	10.2	-6.0	-6.7
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-2.0	-1.7	0.3	15.0	-1.7	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-3.4	0.0	-4.9	-4.9	0.0	-1.4	-42.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	13.9	16.0	8.5	-7.5	-46.6	-5.3	-38.4
Nettoinvestitionen	**-78.8**	**-92.0**	**-93.2**	**-1.3**	**-1.4**	**-14.4**	**-18.3**
Saldo Investitionsrechnung	**-78.8**	**-92.0**	**-93.2**	**-1.3**	**-1.4**	**-14.4**	**-18.3**

Kommentar

1 Beim Generalsekretariat ist die Abweichung von 0.4 Mio. Franken auf zwei Einzelposten zurückzuführen. Bei der Planungspauschale ist ein Minderaufwand von 0.9 Mio. Franken zu verzeichnen. Bei den Entwicklungsbeiträgen zu Lasten des Mehrwertabgabefonds betrug der Mehraufwand 1.3 Mio. Franken. Die Fondsentnahmen, resp. Fondseinlagen der Ausgaben und Einnahmen des Mehrwertabgabefonds werden nach neuer Rechnungslegung nicht mehr in der Erfolgsrechnung, sondern in der Bilanz vorgenommen (siehe auch Pos. 42). Bei der Stadtgärtnerei sind Mehrausgaben von 1.9 Mio. Franken zu verzeichnen. Für die Auftragsabwicklung wurden zusätzliche Materialeinkäufe getätigt, die auch einen entsprechenden Mehrertrag generierten (siehe Pos. 42). Die Mehrausgaben infolge der Sofortmassnahmen zur Bekämpfung des Asiatischen Laubbockkäfers wurden vom Regierungsrat mit RRB vom 26.02.2013 bewilligt (P120928). Mehrausgaben fielen auch in den Bereichen Unterhalt von Grün- und Friedhofsanlagen, für die Beschaffung von Maschinen und Geräten im Zusammenhang mit Grossprojekten sowie für den Umbau des Büros Todesfall-Anmeldung an. Das Tiefbauamt weist Mehrausgaben von 0.8 Mio. Franken aus. Ein Mehraufwand entstand beim Einkauf von Rand-, Natur- und Grenzsteinen, die für Tiefbauprojekte zentral eingekauft und weiterverrechnet werden (siehe Pos. 42), für Materialeinkäufe infolge zusätzlicher Aufträge im Bereich Spielplatzbau und Unterhalt von Turnhallen sowie im Bereich des Fahrzeugunterhalts. Mit RRB 13/05/6 vom 26.02.2013 wurde das Tiefbauamt ermächtigt, den Einzelposten „Kostenerlass“ zugunsten der Durchführung des slowUp2013 zu belasten. Die Entsorgungsgebühren und der Bereich des baulichen Unterhalts auf Strassen und Allmend wiesen Minderausgaben aus. Im Grundbuch- und Vermessungsamt führte die Erneuerung der Grundbuchsoftware auf die aktuelle IT-Plattform im Fachsystem und in den Schnittstellen zum Datenmarkt zu einem Mehraufwand von 0.2 Mio. Franken. Das Amt für Mobilität weist Mehrausgaben von 1.2 Mio. Franken aus. Ein Mehraufwand entstand für Gutachten und Expertisen, welche nicht durch die Dienststelle erbracht werden können; diese beinhalten auch den Beitrag des Kantons Basel-Stadt an den Betrieb der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm. Die Abteilung Verkehrssteuerung weist Mehrausgaben auf für Dienstleistungen und Materialeinkäufe, die an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet wurden (siehe Pos. 42).

2 Nach der Umstellung auf die neue Rechnungslegung wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von degressiv zu linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2013 wurden basierend auf dem Restatement per Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

3 Bei der Dienststelle Städtebau und Architektur ist ein Minderaufwand von 0.4 Mio. Franken zu verzeichnen infolge Reduktion der Beiträge an die Münsterbauhütte. Die Beiträge an die Münsterbauhütte wurden für die Jahre 2012 und 2013 reduziert aufgrund des finanziellen Engagements des Kantons bei der Sanierung der St. Alban-Kirche. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr unterschreitet das Budget um 2.5 Mio. Franken. Der Ausbau des Angebots im Raum Wettstein-Roche-Friedhof Hörnli konnte im 2013 noch nicht umgesetzt werden. Ein erster Teil des erweiterten Angebots wird im Fahrplan 2014 realisiert. Die vom Grossen Rat für den Behindertentransport zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel konnten vertragsbedingt nicht eingesetzt werden. Auch eine erhöhte Abgeltung des Bundes an den Regionalen Personenverkehr führte zu einer Minderausgabe bei der Abgeltung an die BVB.

4 Beim Generalsekretariat fielen 20.1 Mio. Franken Einnahmen aus der Mehrwertabgabe an, die nicht budgetiert waren. Die Fondsentnahmen, resp. Fondseinlagen der Ausgaben und Einnahmen des Mehrwertabgabefonds werden nach neuer Rechnungslegung nicht mehr in der Erfolgsrechnung, sondern in der Bilanz vorgenommen. Die Einnahmen waren nicht budgetiert, da bis zur Erstellung des Budgets 2013 die Handhabung der Fonds im Eigenkapital noch nicht genau festgelegt war und eine Prognose der zu erwartenden Einnahmen aus der Mehrwertabgabe äussert schwierig ist.

5 Da für die interne Verrechnung von Werkstattleistungen des Tiefbauamts in der Position 42 Engelte kein entsprechendes Konto vorhanden ist, mussten diese Einnahmen auf der Position 43 Verschiedene Erträge verbucht werden.

6 Das Tiefbauamt weist Mindereinnahmen von 1.0 Mio. Franken aus. Der Ertrag aus der Mineralölsteuer ist um 0.8 Mio. Franken tiefer ausgefallen als bei der Budgetierung angenommen, ebenfalls tiefer fielen die Beiträge des Bundes im Bereich Gewässerunterhalt aus.

7 Bei der Stadtgärtnerei wurde eine Rückstellung von 2.9 Mio. Franken gebildet für den Rückbau des Freizeitgartenareals am Hegenheimermattweg (siehe RRB 13/36/9.1 vom 03.12.2013).

8 Bei der Stadtgärtnerei fielen Mindereinnahmen von 0.2 Mio. Franken an durch den Wegfall der Verzinsung von Festgeldanlagen bei den Banken. Das Tiefbaumt weist Mehreinnahmen von 0.4 Mio. Franken aus für Baurechtszinsen.

Generalsekretariat BVD-601

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Kommunikation, Informatik, Infrastruktur sowie Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Dienstleistungen optimal erbringen können.

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen beinhaltet der Buchungskreis auch die Budgets der Stadtbildkommission, des Submissionsbüros und der Baurekurskommission. Das Submissionsbüro führt die administrativen Abläufe der Ausschreibungsverfahren des Kantons durch. Damit trägt es zu einer wirtschaftlichen Erbringung der Leistungen aller Dienststellen bei. Die Stadtbildkommission beurteilt Baubegehren in Bezug auf ihre Wirkung auf das Stadtbild. Das Sekretariat der Baurekurskommission ist dem Bau- und Verkehrsdepartement administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat hat im Berichtsjahr 2013 nebst seinen operativen Dienst- und Unterstützungsleistungen folgende Vorhaben realisiert:

- Ausarbeitung der Ausführungsgesetzgebung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums (NÖRG), die am 16. Oktober 2013 vom Grossen Rat verabschiedet wurde;
- Organisation und Begleitung der Mitwirkungsverfahren nach §55 der Kantonsverfassung (KV);
- Umsetzung diverser kantonaler Vorhaben wie Workplace BS, Systempflege Personal, Einführung IKS;
- Weiterführung der Umsetzung eines Record Managements;
- Reorganisation des Generalsekretariats.

Kommissionen

Baurekurskommission Der Bericht der Baurekurskommission befindet sich im Kapitel „Die gesonderten Berichte".

Stadtbildkommission Die Stadtbildkommission hat im Berichtsjahr rund 900 Bau- und Reklamegesuche sowie bauliche Massnahmen auf Allmend begleitet und beurteilt. Der grösste Teil der Gesuche wurde in den wöchentlichen Sitzungen des Fachsekretariats, in Absprache mit dem Vorsitzenden der Kommission entschieden. Die Stadtbildkommission hat in zehn monatlichen Sitzungen rund fünfzig grössere Sachverhalte behandelt.

Zu den grösseren behandelten Bauprojekten zählen die Begleitung der Projekte auf den Baufeldern Erlenmatt, die Beurteilung verschiedener Hochhausprojekte und des Sandgrubenschulhauses sowie die abschliessende Beurteilung des Farb- und Materialkonzepts des Neubaus Kunstmuseums. Weiter waren Projekte in der unmittelbaren Umgebung von denkmalgeschützten Bauten Thema der Stadtbildkommission.

Immer wieder beschäftigt die Stadtbildkommission der potenzielle Konflikt von zwei berechtigten Anliegen, der Wärmesanierung von Gebäuden bei gleichzeitiger Wahrung ihrer architektonischen Eigenart. Eine einfache „Standardlösung“ gibt es dabei nur selten. Vielmehr ist in jedem Fall die bestmögliche Lösung zu suchen.

Bleibende Themen sind weiterhin Solaranlagen, Reklamefahnen und Megaposter. Bauentscheide betreffend Solaranlagen stützen sich aktuell auf die Richtlinien des Kantons für Solaranlagen vom Januar 2013. Während das kantonale Recht eine „gute Gesamtwirkung“ fordert, verlangt das zukünftige Bundesrecht im Raumplanungsgesetz lediglich eine „genügende Anpassung“. Die kantonale

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-8'984.6	-9'144.8	-9'070.1	74.7	0.8	-85.5	-1.0	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'570.5	-10'903.2	-11'282.8	-379.6	-3.5	-2'712.3	-31.6	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-65.2	-43.6	-36.4	7.2	16.6	28.8	44.2	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-15'234.7	0.0	0.0	0.0	0.0	15'234.7	100.0	
Betriebsaufwand	**-32'855.0**	**-20'091.6**	**-20'389.3**	**-297.6**	**-1.5**	**12'465.7**	**37.9**	
42 Entgelte	18'708.3	3'358.3	23'747.7	20'389.5	607.1	5'039.5	26.9	2
43 Verschiedene Erträge	7.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-7.3	-100.0	
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	1'659.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-1'659.7	-100.0	
Betriebsertrag	**20'375.2**	**3'358.3**	**23'747.7**	**20'389.5**	**607.1**	**3'372.5**	**16.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-12'479.8**	**-16'733.4**	**3'358.5**	**20'091.8**	**120.1**	**15'838.3**	**126.9**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-494.9	-481.0	-832.8	-351.8	-73.1	-337.8	-68.3	
Abschreibungen	**-494.9**	**-481.0**	**-832.8**	**-351.8**	**-73.1**	**-337.8**	**-68.3**	3
Betriebsergebnis	**-12'974.7**	**-17'214.4**	**2'525.7**	**19'740.1**	**114.7**	**15'500.4**	**119.5**	
34 Finanzaufwand	-1.6	-2.0	-1.4	0.6	28.7	0.2	10.6	
44 Finanzertrag	11.9	9.0	10.2	1.2	13.6	-1.7	-14.4	
Finanzergebnis	**10.3**	**7.0**	**8.8**	**1.8**	**25.7**	**-1.5**	**-15.0**	
Gesamtergebnis	**-12'964.4**	**-17'207.4**	**2'534.5**	**19'741.9**	**114.7**	**15'498.9**	**119.5**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-12'964.4	-17'207.4	2'534.5	19'741.9	114.7	15'498.9	119.5	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3'369.6	-72'000.0	-2'306.9	69'693.1	96.8	1'062.6	31.5
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	3'369.6	12'000.0	0.0	-12'000.0	-100.0	-3'369.6	-100.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**-60'000.0**	**-2'306.9**	**57'693.1**	**96.2**	**-2'306.9**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**-60'000.0**	**-2'306.9**	**57'693.1**	**96.2**	**-2'306.9**	**0.0**

Kommentar

1 Die Abweichung beim Sach- und übriger Betriebsaufwand setzt sich ausschliesslich durch die Budgetpositionen zusammen, welche als Einzelposten geführt werden. Bei der Planungspauschale wurden Minderaufwendungen in der Höhe von 987'000 Franken getätigt. Bei den Entwicklungsbeiträgen für den Mehrwertabgabefonds wurden hingegen 1'300'000 Franken mehr als budgetiert verwendet.

2 20'128'000 Franken entsprechen den Einnahmen aus dem Mehrwertabgabefonds welche als Einzelposten geführt werden und somit auch nicht genau budgetierbar sind. Mehreinnahmen in der Höhe 232'000 Franken aus Verrechnungen im Bereich der IT-BVD-Dienstleistungen an die Dienststellen des BVD für die Ausrüstung von Arbeitsplätzen. Im Hinblick auf das Budget 2015 werden wir entsprechende Budgetanpassungen unter Berücksichtigung der Umsetzung „WorkplaceBS" innerhalb des BVD vornehmen.

3 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von degressiv zu linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2013 wurden basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	63.8	67.0	66.7	63.7	63.3
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'981	2'995	2'041	3'364	2'686
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	103	126	121	194	158

Richtlinie wird entsprechend überarbeitet und soll zeitgleich mit dem neuen Raumplanungsgesetz 2014 inkraft gesetzt werden. Entscheide betreffend die Reklamegesuche basieren auf dem bestehenden Reklamekonzept. Die Stadtbildkommission vertritt die Haltung, dass die Stadt und deren Gebäude nicht als Werbeträger missbraucht werden dürfen.

Im Laufe des Jahres wurde die SBK neu organisiert. Neu wurde ein Fachsekretariat eingerichtet. Dieses bietet an drei Tagen die Woche Bauberatungen und ab 2014 Sprechstunden an.

Die Stadtbildkommission steht im Spannungsfeld von privaten und gesellschaftlichen Interessen, was sich auch in der medialen Aufmerksamkeit zeigt. Die Stadtbildkommission ist stets bemüht, die unterschiedlichen Interessen so gut als möglich in Einklang zu bringen. Mit den neu eingerichteten Sprechstunden soll dem Wunsch nach verstärkter Transparenz und Klarheit nachgekommen werden. Dazu dient auch eine eigene Internetseite, die bis Herbst 2014 eingerichtet sein soll.

Submissionen

Im Berichtsjahr wurden 2'686 Aufträge vergeben (2012: 3'364, -20.15%). Dies entspricht einem Gesamtbetrag von 308'213'044 Franken. Im Vergleich mit dem Vorjahresbetrag von 363'643'705 Franken bedeutet dies eine Differenz von -15.24%. 219 Aufträge wurden im Berichtsjahr öffentlich ausgeschrieben (184, +19.02%).

2013 gingen vier neue Rekurse ein: zwei wurden zurückgezogen, einer abgewiesen und einer ist dahingefallen. Zudem wurde ein Rekurs aus dem Jahr 2012 zurückgezogen.

Bau- und Gastgewerbeinspektorat BVD-602

Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat ist für die Bearbeitung der Baubewilligungsgesuche und die Gesuche um Erteilung von Betriebsbewilligungen für Gastwirtschaftsbetriebe zuständig. Die Prüfung der Gesuche erfolgt im Fall der Baubewilligungen in engem Kontakt mit den Fachinstanzen und stellt somit den Einbezug aller relevanten Vorschriften und einen koordinierten Entscheid sicher. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat vertritt die Bauentscheide oder -abschläge im Anfechtungsfall vor der Baurekurskommission.

Im Fall der Bewilligung zur Führung eines Gastgewerbebetriebs prüft es die persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers bzw. der Bewerberin, namentlich den Leumund, die Zahlungsfähigkeit und die Befähigung. Die Beratung von Interessierten und die Bearbeitung von Gesuchen innert Frist sind die Haupttätigkeiten vor und bis zur Bewilligungserteilung.

Nach Bewilligungserteilung oder -verweigerung werden Bau- und Betriebsführung überwacht und allfällige Verstösse sanktioniert. Schliesslich geht das Bau- und Gastgewerbeinspektorat Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft nach und nimmt aus eigener Initiative Kontrollen vor.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Rechtswesen

Bearbeitungspauschale Die Bearbeitungspauschale für die im Bewilligungsverfahren mitwirkenden Ämter wurde auf ihren Kostendeckungsgrad überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass nicht einmal die reinen Personalkosten vollständig gedeckt werden. In der Folge hat der Regierungsrat eine Gebührenerhöhung beschlossen. Diese wird 2015 wirksam.

Solarrichtlinie Mit dem Ziel, die Erstellung von Solaranlagen von der Bewilligungspflicht zu befreien und damit zu vereinfachen, wurde per Anfang 2013 die überarbeitete kantonale Solarrichtlinie in Kraft gesetzt. Mit der Zustimmung zur Änderung des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes rückt die diesbezügliche Kompetenz allerdings weitgehend auf Bundesebene. Bis zur Inkraftsetzung des Bundesrechts, voraussichtlich im Frühjahr 2014, gilt noch die kantonale Regelung.

Zwischennutzungen In einer intepartementalen Arbeitsgruppe zum Thema Zwischennutzung konnte das Bau- und Gastgewerbeinspektorat sein Vollzugswissen einbringen.

Schutz vor Passivrauchen Nach zwei Bundesgerichtsurteilen vom Juli 2013, die Raucchervereine als unzulässige Gesetzesumgehung qualifizierten, stieg die Einhaltungsquote des Rauchverbots in Restaurationsbetrieben merklich an. Die Einhaltung ist aber noch nicht 100%-ig und Verstösse werden weiterhin sanktioniert.

Wohnraumfördergesetz Das Wohnraumfördergesetz als Gegenvorschlag zur Initiative des Mieterverbandes wurde bei der Volksabstimmung vom 22. September 2013 angenommen. In diesem Gesetz wird festgelegt, dass die Prüfung von Abbruch- und Zweckentfremdungsgesuchen neu nicht mehr von der staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten beurteilt wird, sondern durch das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Mit der Zuständigkeit werden auch die entsprechenden Ressourcen von der Schlichtungsstelle zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat verschoben, dem neu auch die erhobenen Gebühren zufallen werden. Der Inkraftsetzungstermin des Wohnraumfördergesetzes steht noch nicht fest.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-3'249.7	-3'161.4	-3'121.8	39.6	1.3	127.9	3.9	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'679.5	-2'574.8	-2'771.6	-196.9	-7.6	-92.1	-3.4	1
36 Transferaufwand	-50.0	-50.0	-50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Betriebsaufwand	**-5'979.3**	**-5'786.1**	**-5'943.4**	**-157.3**	**-2.7**	**35.9**	**0.6**	
42 Entgelte	6'354.7	5'408.5	5'877.3	468.8	8.7	-477.4	-7.5	2
43 Verschiedene Erträge	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.3	-100.0	
Betriebsertrag	**6'356.0**	**5'408.5**	**5'877.3**	**468.8**	**8.7**	**-478.7**	**-7.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**376.7**	**-377.6**	**-66.1**	**311.6**	**82.5**	**-442.8**	**-117.5**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-7.1	0.0	0.0	0.0	0.0	7.1	100.0	
Abschreibungen	**-7.1**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**7.1**	**100.0**	
Betriebsergebnis	**369.7**	**-377.6**	**-66.1**	**311.6**	**82.5**	**-435.7**	**-117.9**	
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0	53.0	
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.3	0.3	0.0	0.3	650.2	
Finanzergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.3**	**0.3**	**0.0**	**0.3**	**...**	
Gesamtergebnis	**369.7**	**-377.6**	**-65.8**	**311.8**	**82.6**	**-435.5**	**-117.8**	
davon Funktionen:								
14 Allgemeines Rechtswesen	369.7	-377.6	-65.8	311.8	82.6	-435.5	-117.8	

Kommentar

1 Mehrausgaben von 130'000 Franken aufgrund von höheren Gebührenauszahlungen an die im Baubewilligungsverfahren mitwirkenden Fachinstanzen. Durch die Anpassung des Delkrederes wurde das Konto Debitorenverluste mit einem Mehraufwand von rund 69'000 Franken belastet.

2 Mehreinnahmen von 382'000 Franken für Baubewilligungsgebühren infolge der gestiegenen Bautätigkeit sowie Mehreinnahmen von 78'000 Franken für Gastgewerbebewilligungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.1	22.2	24.2	23.5	24.7
Eingegangene Baubegehren	Fälle	3'181	2'669	1'609	1'625	1'623
Abgewiesene Entscheide	Fälle	77	63	69	91	107
Bewilligte Baubegehren innert gesetzlicher Frist von 3 Mt.	%	94	90	90	89	86
Eingegangene Begehren Ressort Betriebsbewilligungen	Fälle				1'223	1'056

Stadtgärtnerei BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen entscheidenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Friedhöfe, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (z.B. Freizeitgärten, Kinderspielplätze, Planschbecken), Grünanlagen von öffentlichen Bauten sowie Naturschutzgebiete. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie Voraussetzungen für

- Natur im Siedlungsraum, Biodiversität und ökologische Vielfalt, Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- ein günstiges Stadtklima sowie
- individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, das umfassende Beratungen und Dienstleistungen rund um das Thema Bestattungen anbietet.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Sportstätten und Freibäder, Fliessgewässer, Landwirtschaftsflächen und Wald sind weitere wichtige Bestandteile des öffentlichen Natur- und Freiraums; sie liegen nicht in der Verantwortlichkeit der Stadtgärtnerei.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Als Hauptaufgabe der Stadtgärtnerei gilt die langfristige Sicherung und Erhaltung von Parks, Grünanlagen und Grünflächen mit Sondernutzung, wie Freizeitgärten und Friedhöfe.

Im Berichtsjahr wurde der Spielplatz Ackermätteli umgebaut und für die Umgestaltung des Landhof-Areals ein Projektwettbewerb durchgeführt, dessen Umsetzung für 2016 vorgesehen ist. Die Stadtgärtnerei bereitete die Planung der Liestaleranlage und das Nachtigallenwäldeli so vor, dass die Bewilligungsverfahren 2014 durchgeführt werden können. Die Grünanlage Giessliweg befindet sich in der Realisierung, zudem wurden die Arbeiten zur sanften Öffnung des Schwarzparks aufgenommen. Für den Erlenmattpark starteten im Berichtsjahr die Bauprojektphase für die 2. Etappe und die Vorprojektphase für die 3. Etappe.

Im Herbst hat der Regierungsrat die Mittel für die Erarbeitung eines Grün- und Freiraumkonzepts für das Gundeldingerquartier im Rahmen des regierungsrätlichen Schwerpunktes Stadtentwicklung Basel Süd/Gundeli Plus bewilligt. Das Projekt startet im Frühjahr 2014.

Anfang Juni 2013 ist neu ein Freizeitgartengesetz in Kraft getreten. Es sichert langfristig ein genügendes Angebot von Familiengärten und formuliert Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Freizeitgärten. Darauf aufbauend erarbeitet die Stadtgärtnerei eine Strategie für die Umsetzung dieser Entwicklung.

Gestützt auf das 2011 erstellte kantonale Inventar der schutzwürdigen Naturobjekte wurde mit der Erarbeitung des Biotopverbundkonzeptes begonnen, das 2014 fertig gestellt wird.

Nach 25-jähriger Betriebszeit ist beim Krematorium im Friedhof am Hörnli das Ende der technischen Lebensdauer der gesammten Steuerungsanlagen erreicht. Zudem bedarf es einer Anpassung an die gestiegenen Fallzahlen sowie an die heute geltenden Umweltvorschriften in Bezug auf die Rauchgasreinigung. Aus diesen Gründen muss das Krematorium ersetzt werden. Das in einem Wettbewerb ausgezeichnete Neubauprojekt kann per 2016 realisiert werden.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-21'728.5	-21'394.6	-21'462.4	-67.8	-0.3	266.1	1.2	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'140.1	-10'854.4	-12'799.5	-1'945.1	-17.9	-1'659.5	-14.9	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-266.1	-304.4	-375.0	-70.6	-23.2	-108.9	-40.9	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-10.5	0.0	0.0	0.0	0.0	10.5	100.0	
36 Transferaufwand	-677.8	-655.0	-642.5	12.5	1.9	35.3	5.2	
Betriebsaufwand	**-33'823.0**	**-33'208.4**	**-35'279.5**	**-2'071.1**	**-6.2**	**-1'456.4**	**-4.3**	
42 Entgelte	10'927.8	9'905.0	11'221.5	1'316.5	13.3	293.7	2.7	2
43 Verschiedene Erträge	6.3	0.0	32.7	32.7	0.0	26.3	416.0	
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	30.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-30.8	-100.0	
46 Transferertrag	80.7	75.0	78.7	3.7	4.9	-2.0	-2.5	
Betriebsertrag	**11'045.6**	**9'980.0**	**11'332.9**	**1'352.9**	**13.6**	**287.3**	**2.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-22'777.5**	**-23'228.4**	**-23'946.6**	**-718.2**	**-3.1**	**-1'169.1**	**-5.1**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'229.1	-615.6	-1'384.8	-769.2	-125.0	844.3	37.9	3
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	1.0	1.0	0.0	1.0	0.0	
Abschreibungen	**-2'229.1**	**-615.6**	**-1'383.8**	**-768.2**	**-124.8**	**845.4**	**37.9**	
Betriebsergebnis	**-25'006.6**	**-23'844.0**	**-25'330.4**	**-1'486.4**	**-6.2**	**-323.8**	**-1.3**	
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.3	-2'910.8	-2'910.4	...	-2'910.0	...	4
44 Finanzertrag	1'444.6	1'557.2	1'413.0	-144.2	-9.3	-31.6	-2.2	5
Finanzergebnis	**1'443.8**	**1'556.9**	**-1'497.8**	**-3'054.7**	**-196.2**	**-2'941.6**	**-203.7**	
Gesamtergebnis	**-23'562.8**	**-22'287.1**	**-26'828.2**	**-4'541.1**	**-20.4**	**-3'265.4**	**-13.9**	
davon Funktionen:								
34 Sport und Freizeit	-18'383.7	-17'608.2	-21'534.0	-3'925.7	-22.3	-3'150.2	-17.1	
75 Arten- und Landschaftsschutz	-1'998.8	-1'302.9	-1'676.1	-373.3	-28.6	322.6	16.1	
77 Übriger Umweltschutz	-3'180.3	-3'376.0	-3'618.1	-242.1	-7.2	-437.7	-13.8	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'164.1	0.0	-1'871.5	-1'871.5	0.0	-707.4	-60.8
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-945.0	-1'284.2	-339.2	-35.9	-1'284.2	0.0
Nettoinvestitionen	**-1'164.1**	**-945.0**	**-3'155.7**	**-2'210.7**	**-233.9**	**-1'991.6**	**-171.1**
Saldo Investitionsrechnung	**-1'164.1**	**-945.0**	**-3'155.7**	**-2'210.7**	**-233.9**	**-1'991.6**	**-171.1**

Kommentar

1 Zusätzliche Materialeinkäufe von ca. 370'000 Franken im Zusammenhang mit Zusatzaufträgen. Diese generieren einen entsprechenden Mehrertrag (siehe FDK 42). Mehraufwand von 275'000 Franken für Sofortmassnahmen ALB (Asiatischer Laubbockholzkäfer). Dieser Budgetüberzug ist gemäss RRB P120928 vom 26.2.2013 bewilligt worden. Diese Masnahme wurde vom Bund verfügt. Mehraufwand im Bereich Unterhalt von ca. 660'000 Franken sind für dringend notwendige Unterhaltsarbeiten in Grünanlagen und im Friedhofsbereich angefallen. Kosten von ca. 185'000 Franken für Umbau Büro Todesfall-Anmeldung wurde als Kleininvestition geplant. Gemäss HRM2 müssen Bauvorhaben < 300 TCHF der laufenden Rechnung belastet werden. Mehraufwand von rund 300'000 Franken für Maschinen, Geräte, Hebebühnen und Fahrzeuge welche im Zusammenhang mit Projekten stehen. Zudem mussten diese Ausgaben gemäss HRM2 neu verbucht werden. Die Reinigung und Beschaffung von Dienstkleidern in der Höhe von ca. 192'000 Franken wurde noch in FDK 30 budgetiert (182'900 Franken). Neue Verbuchung gemäss HRM2 in FDK 31.

2 Zusätzliche Einnahmen von ca. 270'000 Franken bei den Grab- und Beerdigungsgebühren durch Mehrbeanspruchung dieser Dienstleistungen und Erhöhung der Kremationsgebühr für Auswärtige. Der kontinuierliche Rückgang bei den Grabpflegeaufträgen der letzten Jahre konnte auf Vorjahresniveau stabilisiert werden. Daraus resultiert eine positive Abweichung von ca. 240'000 Franken gegenüber Budget. Mehreinnahmen von ca. 970'000 Franken konnten durch zusätliche Aufträge für Unterhaltsarbeiten sowie für Verkauf von Bäumen und Baumsubstrat erreicht werden. Mindereinnahmen von 200'000 Franken für Verrechnungen an Projekte des Mehrwertabgabefonds, welche erst im Jahr 2014 ausgeführt bzw. beendet werden (z.B. St. Johanns-Park und Erlenmatt).

3 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von degressiv zu linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2013 wurden basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

4 Bildung Rückstellung für Rückbau Freizeitgartenareal Hegenheimermattweg gemäss RRB Nr. 13/36/9.1 vom 03.12.2013.

5 Durch den Wegfall der Verzinsung von Festgeldanlagen bei den Banken von ca. 200‘000 Franken resultiert in dieser Position ein Minderertrag.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	182.7	190.1	188.1	184.5	177.3	
Baumpflanzungen	Anz	330	416	279	253	320	1
Baumfällungen	Anz	193	232	228	213	238	2
Todesfälle	Anz	2’457	1’692	2’309	2’459	2’501	
Kremationen	Anz	4’226	4’204	4’070	4’181	4’531	3

Kommentar

1 Die Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse wie Wetterlagen, Schadorganismenbefall können zu vermehrter Fällung führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei ca. 300 Bäume pro Jahr. Der Baumsaldo im öffentlichen Raum bleibt positiv. Dagegen nimmt die Baumbilanz im privaten Bereich wegen verdichteter Bauweise ab. In den Vorjahren war die Anzahl zusätzlich gepflanzter Bäume hoch, da sehr viele Neupflanzungen in Grünanlagen und im Rahmen der neuen Stadtplätze und -strassen in Basel-Nord anfielen.

2 Ersatzpflanzungen werden in den Jahren 2014 und 2015 infolge diverser Projekte vorgenommen.

3 Der Kanton Basel-Stadt hat mit den Kantonen BL, AG und SO (Dorneck) Kremationsverträge. In diesen wurde vereinbart, dass das Krematorium Basel-Stadt die Einäscherungen von verstorbenen Personen aus den umliegenden Gemeinden durchführt.

Der Schweizerische Heimatschutz hat den bereits realisierten Teil des Erlenmattparks mit dem Schulthess Gartenpreis ausgezeichnet.

Die Stadtgärtnerei hat mit zahlreichen Spielplatzprojekten dazu beigetragen, dass Basel mit dem Label für eine kinderfreundliche Stadt der Unicef ausgezeichnet wurde.

Tiefbauamt BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und trägt somit einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasserableitungsanlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit sowie der Umsetzung von Revitalisierungsmassnahmen. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und zum Teil Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Die Leitbehörde für Bewilligungen zur Nutzung des öffentlichen Raums stellt ein transparentes Bewilligungsverfahren sicher. Sie behandelt Bau- und Nutzungsgesuche, koordiniert die Fachinstanzen, nimmt Güterabwägungen vor und fertigt die Entscheide. Sie fungiert im Rechtsverfahren auch als erste Instanz. Zudem werden permanente Nutzungen, Verleihungen und Mietobjekte bewirtschaftet.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht in der Gewährleistung der Sauberkeit im öffentlichen Raum durch das Einsammeln und dem umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege der Allmendflächen.

Die Regiebetriebe des Tiefbauamts warten die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons und erbringen Serviceleistungen im Bereich der öffentlichen Hochbauten und der Infrastruktur im öffentlichen Raum.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Infrastrukturbauwerke Zur Aufrecherhaltung der Funktion der Infrastrukturbauwerke wurden 2013 wiederum diverse Massnahmen umgesetzt. Der Bau der Verlängerung Tramlinie 8 nach Weil am Rhein konnte infolge Verzögerungen im Bereich der Bahnquerung auf deutscher Seite leider 2013 nicht abgeschlossen werden. Die Tramlinie wird nun gegen Ende 2014 den Betrieb aufnehmen. Nach dem Rückbau der Hafenanlagen im St. Johann wurde mit einer Verzögerung infolge einer Einsprache beim Vergabeverfahren mit dem Bau der neuen Rheinuferpromenade (Projekt UNDINE) sowie der Fussgänger- und Veloverbindung nach Hüningen begonnen. Mit dem Rückbau bzw. der Neugestaltung von Luzerner- und Wasgenring wird das im Vorfeld zur Erstellung der Nordtangente abgegebene Versprechen der Verkehrsberuhigung auf dem äusseren Ring eingelöst. Auch die Sanierung und Umgestaltung der Elsässerstrasse verlaufen programmgemäss. Dahingegen gab es bei der Sanierung der Äusseren Baselstrasse im Hinblick auf einen verbesserten Grundwasserschutz Verzögerungen. Die Tramhaltestellen mussten entsprechend den inzwischen klaren Vorschriften bezüglich behindertengerechter Ausgestaltung neu projektiert werden. Die Bauarbeiten werden im Jahr 2015 beginnen. Die Planung zur Renaturierung der Flusssohle der Wiese zwischen der Freiburgerstrasse und der Mündung in den Rhein konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Mit diesem Projekt soll ein wichtiger Beitrag für die ökologische Aufwertung der Gewässer geleistet werden.

Planung Neubau LKW-Montagehalle Im Sommer 2012 wurde das laufende Submissionsverfahren mit der Evaluation des Generalplanungsunternehmens abgeschlossen. Im Jahr 2013 erfolgte nochmals eine detaillierte Raumbedarfsabklärung, so dass nach Erarbeitung des Vorprojektes Ende 2014 dem Grossen Rat die Mittel zur Ausführung beantragt werden.

Rollcontainer und Unterflurcontainer Das Tiefbauamt will die Entsorgung des Kehrichts in Containern weiter vorantreiben. Durch die Umstellung sollen die Kehrichtlader gesundheitlich entlastet und die Verschmutzung im Stadtraum durch aufgerissene und unzeitig bereitgestellte Kehrichtsäcke eingedämmt werden. 2013 wurde das Projekt als Grundlage für den entsprechenden Finanzierungsantrag erarbeitet.

Reorganisation Stadtreinigung Die Stadtreinigung des Tiefbauamts wurde im April 2013 neu in vier Sauberkeitsgebiete eingeteilt. Damit kann nun den Ansprüchen an eine saubere Stadt noch besser entsprochen werden. Eine optimierte bedarfsgerechte Reinigung, sowie die verbesserte Nutzung

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-49'325.1	-50'013.9	-50'682.0	-668.1	-1.3	-1'356.9	-2.8	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26'301.4	-26'622.4	-27'429.2	-806.8	-3.0	-1'127.8	-4.3	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-716.6	-677.6	-857.6	-180.0	-26.6	-140.9	-19.7	2
36 Transferaufwand	0.0	-3.0	0.0	3.0	100.0	0.0	0.0	
Betriebsaufwand	**-76'343.2**	**-77'316.9**	**-78'968.8**	**-1'651.9**	**-2.1**	**-2'625.6**	**-3.4**	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	7'370.0	7'269.6	-100.4	-1.4	7'269.6	0.0	
42 Entgelte	49'284.5	44'393.3	42'079.7	-2'313.6	-5.2	-7'204.8	-14.6	3
43 Verschiedene Erträge	4'682.1	923.0	2'484.0	1'561.0	169.1	-2'198.0	-46.9	4
46 Transferertrag	5'450.6	5'878.7	4'893.4	-985.3	-16.8	-557.2	-10.2	5
Betriebsertrag	**59'417.2**	**58'565.0**	**56'726.7**	**-1'838.3**	**-3.1**	**-2'690.5**	**-4.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-16'926.0**	**-18'751.9**	**-22'242.1**	**-3'490.2**	**-18.6**	**-5'316.1**	**-31.4**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-36'253.2	-28'851.3	-31'062.9	-2'211.6	-7.7	5'190.3	14.3	2
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1'743.8	-1'743.8	0.0	-1'743.8	0.0	2
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	2'111.7	2'111.7	0.0	2'111.7	0.0	2
Abschreibungen	**-36'253.2**	**-28'851.3**	**-30'694.9**	**-1'843.6**	**-6.4**	**5'558.2**	**15.3**	
Betriebsergebnis	**-53'179.2**	**-47'603.2**	**-52'937.0**	**-5'333.8**	**-11.2**	**242.1**	**0.5**	
34 Finanzaufwand	-5.6	0.0	-4.0	-4.0	0.0	1.6	28.3	
44 Finanzertrag	820.6	470.0	901.5	431.5	91.8	80.8	9.8	6
Finanzergebnis	**815.0**	**470.0**	**897.4**	**427.4**	**90.9**	**82.4**	**10.1**	
Gesamtergebnis	**-52'364.2**	**-47'133.2**	**-52'039.6**	**-4'906.4**	**-10.4**	**324.5**	**0.6**	
davon Funktionen:								
61 Strassenverkehr	-65'299.5	-61'146.8	-65'149.5	-4'002.7	-6.5	150.0	0.2	
72 Abwasserbeseitigung	14'708.2	14'911.6	14'206.1	-705.5	-4.7	-502.1	-3.4	
73 Abfallwirtschaft	-1'346.7	-114.7	-470.8	-356.2	-310.6	875.9	65.0	
74 Verbauungen	-426.1	-783.2	-625.4	157.9	20.2	-199.2	-46.7	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-53'059.0	0.0	-52'682.4	-52'682.4	0.0	376.5	0.7
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-1'020.0	-385.8	634.2	62.2	-385.8	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1'794.9	-1'794.9	0.0	-1'794.9	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	9'249.6	0.0	7'034.2	7'034.2	0.0	-2'215.4	-24.0
Nettoinvestitionen	**-43'809.4**	**-1'020.0**	**-47'828.9**	**-46'808.9**	**...**	**-4'019.5**	**-9.2**
Saldo Investitionsrechnung	**-43'809.4**	**-1'020.0**	**-47'828.9**	**-46'808.9**	**...**	**-4'019.5**	**-9.2**

Kommentar

1 Mehraufwand beim Einkauf von Randsteinen/Natursteinen/Grenzsteinen von 860'000 Franken, welche für Tiefbauprojekte zentral eingekauft und weiterverrechnet werden (siehe FDK 42). Die zusätzlichen Aufträge im Bereich Spielplatzbau bzw. -Kontrolle und Unterhalt von Turnhallen führten zu Mehraufwand von rund 340'000 Franken beim Materialeinkauf. Mehraufwand von 450'000 Franken im Bereich des Fahrzeugunterhalts. Dieser setzt sich zusammen aus rund 200'000 Franken aufgrund von Unfällen sowie rund 250'000 Franken infolge Ausdehnung der Arbeitszeit beim Reinigungspersonal (Erhöhung Personalaufwand gemäss GRB Nr. 13/38/18G vom 18.09.2013). Das Tiefbauamt wurde im Rahmen der budgetrechtlichen Vorschriften ermächtigt, den Einzelposten „Kostenerlass" mit 100'000 Franken zugunsten der gebührenfreien Durchführung des slowUp 2013 zu belasten (RRB Nr. 13/05/6 vom 26.2.2013). Im Bereich der Abfallentsorgung führten tiefere Preise für die Verbrennung seitens IWB zu Minderaufwand von rund 450'000 Franken bei den Entsorgungsgebühren. Aufgrund der Mindereinnahmen bei den Abwassergebühren fallen die Aufwändungen für die MWSt.-Ablieferung 70'000 Franken geringer aus. Im Bereich des baulichen Unterhalts auf Strassen und Allmend haben wir einen Minderaufwand von rund 420'000 Franken.

2 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2013 wurden basierend auf dem Restatement per Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

3 Die Werkstattleistungen der Regiebetriebe von ca. 1'560'000 Franken für kantonsinterne Kunden müssen, um eine korrekte Konsolidierung der Rechnung zu gewährleisten, auf einem internen Verrechnungskonto budgetiert und verbucht werden. Da unter FDK 42 Entgelte für die internen Verrechnungen von Werkstattleistungen kein entsprechendes Konto vorhanden ist, werden diese Einnahmen auf das Konto IVR Werkstattleistungen in FDK 43 Verschiedene Erträge verbucht. Die Einnahmen aus Abwassergebühren (Einzelposten) sind um rund 650'000 Franken tiefer ausgefallen. Mindereinnahmen von rund 500'000 Franken im Bereich der Abfallentsorgung bei der Weiterverrechnung von Dienstleistungen aufgrund der niedrigeren Entsorgungskosten (Verbrennungskosten IWB). (Siehe FDK31) Mindereinnahmen im Bereich der Allmendverwaltung aus Erschliessungsgebühren von rund 650'000 Franken. Die Höhe der Erschliessungsgebühren fällt entsprechend der Bautätigkeit Privater an und kann nicht beeinflusst werden. Mindereinnahmen beim Ertrag aus Allmendverkauf von 72'000 Franken. Mehreinnahmen aus Materiallieferung für Grossprojekte im Bereich der Tiefbauten von 860'000 Franken (siehe FDK 31). Mehreinnahmen von rund 200'000 Franken aus Weiterverrechnung von Dienstleistungen und Transport im Bereich der Abfallentsorgung ans Amt für Umwelt und Energie (WSU). Gemäss Empfehlung der Finanzkontrolle müssen die Erträge aus dem Verkauf von Fahrzeugen (i.d.R. Eintausch beim Kauf von Neufahrzeugen) in der laufenden Rechnung verbucht werden, was zu Mehreinnahmen von rund 120'000 Franken beim Ertrag der Kommunalfahrzeuge führt.

4 Für Werkstattleistungen von internen Kunden (Kanton) ist nur unter FDK 43 ein passendes Konto vorhanden (Detailerläuterung unter FDK 42).

5 Der effektive Ertrag aus Mineralölsteuer (Zuweisung von ASTRA Bern) ist um 795'000 Franken tiefer als zum Zeitpunkt der Budgetierung ausgefallen. Mehreinnahmen aus ausserordentlichen Bundesbeiträgen im Bereich der Hauptstrassen (Globalbeitrag) von rund 95'000 Franken. Mindereinnahmen aus Bundesbeiträgen im Bereich des Gewässerunterhalts von rund 290'00 Franken.

6 Einnahmen aus Baurechtzinsen welche nicht budgetiert wurden von rund 370'000 Franken. Mehreinnahmen aus Verwaltungsliegenschaften und Parkplätzen in der Höhe von rund 60'000 Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	%	422.7	405.1	416.4	418.3	443.1	1
Max. Baustellen während der Sperrfrist (5 Jahre)	Anz	12	9	15	10	8	
Total Bau- und Nutzungsbewilligungen	Anz	4'344	4'492	4'938	4'107	4'489	
Entscheide innert Frist	%	99	98	97	95	95	
Wischgutmenge	t	5'050	5'005	5'140	5'015	3'782	

Kommentar

1 Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten" soll der Headcount im Tiefbauamt um 5 Stellen erhöht werden.

potenzieller Synergien zwischen den Reinigungs- und Entsorgungsmannschaften sind die zentralen Aspekte der Reorganisation „Sauberkeit aus einer Hand". In diesem Zusammenhang konnte auch das Magazinkonzept der Stadtreinigung mit dem Um- resp. Neubau der drei Magazine Brennerstrasse, Leimgrubenweg und Wettsteinbrücke erfolgreich abgeschlossen und bezogen werden.

Bespielungspläne und Liegenschaftsstrategie Im Berichtsjahr wurde eine Liegenschaftsstrategie für Objekte auf Allmend entwickelt. Die vorgesehene Überarbeitung der Bespielungspläne im Kontext des Projekts Innenstadt – Qualität im Zentrum konnte im Berichtsjahr nicht vorgenommen werden, da diese in Abhängigkeit zum neuen Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums stehen; dieses wurde erst im Herbst 2013 vom Grossen Rat beschlossen.

Betriebsstandort Breite Der neue zentrale Standort für den Markierungs- und Signalisationsbetrieb der Allmendverwaltung im Brückenkopf der Breite wurde im Sommer 2013 fertiggestellt und bezogen.

Genereller Entwässerungsplan Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen des Generellen Entwässerungsplans wurde das Havariekonzept vertieft. Künftig soll es mit einer zentral gesteuerten temporären Abkopplung einzelner Kanalnetzsektionen möglich sein, Havarien möglichst gefahrlos auf das bestehende Rückhaltebecken der ARA Basel abzuleiten und die aufgefangenen Schadstoffe dort sachgerecht zu entsorgen. Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt in den Jahren 2014–2016.

Grundbuch- und Vermessungsamt BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte), sowie das Kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in Plänen und Geografischen Informationssystemen (GIS) sicher. Es führt den kantonalen Leitungskataster und dokumentiert die umfangreichen unterirdischen Infrastrukturanlagen.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, welche sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards koordiniert, erfasst und zusammengeführt werden. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche -unabhängig vom Standort- Wirtschaft, Verwaltung und Privaten einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht. Das Amt bewirtschaftet die generalisierten und kartografisch aufbereiteten Basisdaten des offiziellen Stadtplans und der Stadt- und Ortspläne der Trinationalen Agglomeration Basel.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt die gesetzliche Bodenpreissammlung und leistet mit seinen Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Grundbuch und amtliche Vermessung

Grundbuch Das Verfahren für die Abwicklung von Beanstandungen von fehlerhaften und/oder mangelhaften Grundbuchanmeldungen wurde gestrafft und optimiert. Beanstandungen werden neu ausschliesslich schriftlich abgewickelt und eine systematische Qualitätskontrolle sichert deren einheitliche und widerspruchsfreie Behandlung. Die mit der Revision der kantonalen Grundbuchverordnung neu eingeführte Frist für die Mängelbehebung führte zudem zu einer deutlichen Beschleunigung der Verfahrensabläufe.

Im Berichtsjahr lancierte das Grundbuch einen Newsletter für Notarinnen und Notare, der im Sinne von mehr Transparenz und Information über aktuelle Projekte sowie Revisionen von Gesetzen oder Verordnungen oder Änderungen betreffend die Basler Grundbuchpraxis orientiert.

Nach einer mehr als zehnjährigen Einsatzdauer musste die Grundbuchapplikation auf eine aktuelle Softwareplattform migriert werden. Gleichzeitig wurde die Sicherheit der Authentifizierung von berechtigten Personen beim Zugriff auf Grundbuchdaten via Internet (Intercapi) erhöht.

Die Einführung der neuen Koordinaten LV95 hat zu einer Neuberechnung der Flächeninhalte von rund 25’000 Grundstücken geführt. Dessen Übernahme aus den Daten der amtlichen Vermessung erfolgte automatisch und gleichzeitig wurden diese neu auf ganze Quadratmeter gerundet, wie dies in der ganzen Schweiz Usanz ist.

Die Justizkommission in ihrer Funktion als Aufsichtsorgan über das Grundbuch entschieden, dass der Kanton Basel-Stadt am Pilotprojekt zur Einführung der elektronischen Urkunde teilnehmen soll. Als direkte Folge davon müssen die Betriebsabläufe und insbesondere die Organisation der Tagebuchführung an die Erfordernisse von elektronisch eingereichten Grundbuchgeschäften angepasst werden.

Kantonales Schiffsregister Im Berichtsjahr 2013 wurden 17 Schiffe (14) aufgenommen und 13 (5) Schiffe gestrichen. Es fanden 5 (15) Handänderungen statt. Am Jahresende waren somit 237 (233) Schiffe eingetragen. Die Tragfähigkeit der Güter- und Tankschiffe betrug 176’367 t (192’435 t)

Schweizerisches Seeschiffsregister In das – im Auftrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements geführte – Schweizerische Seeschiffsregister Register wurden 5 (2) Schiffe aufgenommen und 1 (1) Schiff wurde gelöscht. Am Jahresende waren 45 (41) Schiffe mit einer Nettotonnage von 456’191 t (447’336 t) eingetragen.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-6'648.1	-6'782.9	-6'994.6	-211.7	-3.1	-346.5	-5.2	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'169.9	-1'924.5	-2'192.8	-268.3	-13.9	-22.9	-1.1	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-11.9	-7.0	-12.4	-5.4	-77.1	-0.4	-3.8	
Betriebsaufwand	**-8'830.0**	**-8'714.4**	**-9'199.8**	**-485.4**	**-5.6**	**-369.8**	**-4.2**	
42 Entgelte	9'473.8	8'406.0	8'858.3	452.3	5.4	-615.6	-6.5	3
43 Verschiedene Erträge	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.5	-100.0	
46 Transferertrag	40.0	115.0	121.0	6.0	5.2	81.0	202.5	
Betriebsertrag	**9'514.3**	**8'521.0**	**8'979.3**	**458.3**	**5.4**	**-535.1**	**-5.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**684.3**	**-193.4**	**-220.5**	**-27.1**	**-14.0**	**-904.9**	**-132.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-23.2	0.0	-586.6	-586.6	0.0	-563.5	...	4
Abschreibungen	**-23.2**	**0.0**	**-586.6**	**-586.6**	**0.0**	**-563.5**	**...**	
Betriebsergebnis	**661.2**	**-193.4**	**-807.2**	**-613.8**	**-317.4**	**-1'468.3**	**-222.1**	
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.1	-0.1	-0.0	-17.2	0.1	33.0	
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-81.3	
Finanzergebnis	**-0.1**	**-0.1**	**-0.1**	**-0.0**	**-7.3**	**0.0**	**11.9**	
Gesamtergebnis	**661.1**	**-193.5**	**-807.3**	**-613.8**	**-317.2**	**-1'468.3**	**-222.1**	
davon Funktionen:								
14 Allgemeines Rechtswesen	661.1	-193.5	-807.3	-613.8	-317.2	-1'468.3	-222.1	

Kommentar

1 Infolge zusammenfallendem Abschluss von zwei Grossprojekten im Jahre 2013 (Neue Koordinaten LV95, Erneuerung der Grundbuchsoftware) musste die für 2014 vorgesehene Personalaufstockung (150 Stellenprozente) vorgezogen werden.

2 Die Erneuerung der Grundbuchsoftware (Stand 2003) auf die aktuellen IT-Plattformen verursachte im Fachsystem und in den Schnittstellen zum Datenmarkt Mehraufwand von 220'000 Franken.

3 Die Optimierung der Prozess- und Betriebsabläufe in der Abteilung Grundbuch ermöglichte es, die Eintragungsrückstände vollständig abzubauen. Dies führte zu einmaligen Mehreinnahmen von 416'000 Franken.

4 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von degressiv zu linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2013 wurden basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.4	47.2	44.7	48.5	46.9	
Tagebuchgeschäfte Grundbuch	Anz	3'604	3'279	4'057	3'783	3'790	1
Nachführungsaufträge Amtliche Vermessung	Anz	683	741	883	688	735	
Einmessaufträge Leitungskataster	Anz	1'998	2'487	2'385	2'899	2'818	
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals (Mio.)	Anz	4.9	5.0	5.0	5.4	5.8	

Kommentar

1 Gilt für alle Kennzahlen ausser Headcount: Wegen dem Verzicht auf die Darstellung der Produktgruppen im Budgetbericht mussten die Kennzahlen überarbeitet werden. Sie weisen nun keine Anteile mehr aus, die sich auf die ursprüngliche Produktgruppe beziehen. Die Kennzahlen der Jahre 2009, 2010 und 2011 wurden entsprechend angepasst.

In beiden Schiffsregistern sind vermehrt Zu- und Abgänge zu verzeichnen. Dieser Trend scheint sich auch für das Jahr 2014 fortzusetzen, sind doch für das Kantonale Schiffsregister zu Jahresbeginn bereits 18 Neuaufnahmen angemeldet worden.

Amtliche Vermessung Im Berichtsjahr hat die Anzahl der erledigten Nachführungsaufträge in der amtlichen Vermessung um 7% auf 735 (688) zugenommen. Im Leitungskataster ist die Zahl der Einmessaufträge zwar um 3% auf 2'818 (2'899) zurückgegangen, sie liegt im Mehrjahresvergleich jedoch immer noch sehr hoch. Dies ist neben dem aktuellen Ausbau des Glasfasernetzes durch Swisscom und IWB (34% der Aufträge) darauf zurückzuführen, dass seit Januar 2012 im Auftrag des

Tiefbauamtes sämtliche neu erstellten Leitungen der Stadtentwässerung durch das GVA eingemessen werden (13% der Aufträge).

Am 1. November 2013 hat Basel-Stadt als fünfter Kanton die Daten der amtlichen Vermessung, des Leitungskatasters und die gesamte Geodateninfrastruktur auf die neuen Landeskoordinaten LV95 umgestellt. Dieser Vorgang verlief dank umfangreicher Vorarbeiten problemlos. Hintergrund des so genannten „Rahmenwechsels“ ist die neue Landesvermessung LV95, die der Bund 1995 im Hinblick auf die Erneuerung der Landesvermessungsgrundlagen auf Basis modernster satellitengestützter Messtechnologie eingeführt hat.

Zum Abschluss der traditionellen Landesgrenzbegehung, die alle sechs Jahre stattfindet, haben die deutschen und schweizerischen Vermessungsbehörden einen historischen Landesgrenzstein über dem Westportal des eben fertig gestellten Wiesetunnels der „Zollfreien Strasse“ rekonstruiert. Gleichzeitig wurde das Ergebnis der in den neuen Landeskoordinatensystemen ETRS89/UTM für Deutschland und CH1903+/LV95 für die Schweiz gemeinsam durchgeführten Koordinatenbestimmung der Landesgrenzpunkte in einer Absichtserklärung festgehalten.

Bewertungskommission Die Bewertungskommission hat in 21 Sitzungen neun Grundstücke für Private und die öffentliche Hand bewertet, darunter Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser, eine grosse Wohngenossenschaftsüberbauung im Baurecht, eine Stockwerkeigentumsparzelle und unbebaute Parzellen. In verschiedenen Bewertungsfragen stand die Bewertungskommission der Verwaltung zur Verfügung.

Geodateninfrastruktur

Fachstelle Geoinformation Die Anzahl der Karten- und Geodatenabfragen über das GeoPortal Basel-Stadt hat sich im Berichtsjahr weiter auf 5.83 Millionen (5.36 Mio.) erhöht. Vor allem wegen der Zunahme der WMS-Abfragen (+0.25 Mio.) und der GeoViewer-Aufrufe durch dessen direkte Einbindung in WebBS (+0.25 Mio.). Die Anzahl der zentral über die kantonalen Geodateninfrastruktur verfügbaren Geodatenebenen erhöhte sich auf 217 (211). Neu hinzugekommen sind die Ebenen Verkaufspreise Stockwerkeigentum, Abfuhrzonen der Stadtreinigung, Orthofoto 2012 (Sommerflug zusammen mit Kanton Basel-Landschaft), Boulevardplan im Rahmen des Gastrosekundärlärms, Fussgängerzählstellen, Leitbild Strassenbäume.

Die automatisierte Datenabgabe über den Geodaten-Shop, wie auch die anderen Dienste und Applikationen des GeoPortals wurden auf die neuen Landeskoordinaten LV95 angepasst. Der GeoViewer kann nun auch in Englisch oder Französisch aufgerufen werden.

Städtebau und Architektur BVD-651

Kernaufgaben des **Hochbaus** sind das bauherrenseitige Projektmanagement bei Investitionsvorhaben sowie die dispositive Steuerung und operative Umsetzung des technischen Gebäudemanagements. Im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt (FD) übernimmt der Hochbau entsprechende Verantwortung bei allen Vorhaben und Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Im Auftrag Dritter (z.B. Finanzvermögen, Universität Basel) werden vergleichbare Aufgaben bearbeitet. Zudem stehen die Spezialistinnen und Spezialisten für Beratungen zu Bau-, Ausstattungs- und Mobiliarfragen, sowie bei gebäudetechnischen Problemstellungen für die gesamte kantonale Verwaltung und ihre angegliederten Organe zur Verfügung.

Das **Planungsamt** sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton Basel-Stadt sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raums.

Es ist zuständig für die Entwicklung von räumlichen Konzepten und Richtlinien, die kantonale Richtplanung sowie die Nutzungsplanung, die Begleitung von Arealentwicklungen, die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum sowie die Projektierung von Strassen und Plätzen.

Im Rahmen der Neuorganisation der Stadtbildkommission betreut das Planungsamt das Fachsekretariat administrativ.

Historische Baudenkmäler geben der Stadt ein Gesicht und eine unverwechselbare Identität. Die **Kantonale Denkmalpflege** Basel-Stadt will das bauliche Erbe erhalten und leistet damit einen Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Sie schafft bedeutende Werte für die Bewohnenden, die Integration von Neuzuzügern und den Tourismus. Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich bei Bauherrschaften und Projektierenden für den Erhalt wichtiger Baudenkmäler ein und vermittelt ihr Wissen der Öffentlichkeit, damit diese ihren Bezug zum historischen Stadtbild pflegen und ein Bewusstsein für die Bedeutung historischer Bausubstanz entwickeln kann.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Projektmanagement (Hochbau) Bei den folgenden Vorhaben wurden unter Leitung des Hochbauamtes unterschiedliche Projektphasen abgeschlossen.

- Schulbauten: Für die Primarschulen wurden bis im Sommer 2013 angepasste und zusätzliche Schulräume – gemäss den Harmos-Anforderungen – bereitgestellt. Für mehrere Schulhaus-Neubauten und -Erweiterungen wurden Planer-Evaluationen abgeschlossen und die Projektierungsarbeiten gestartet. Rund dreissig Schulstandorte wurden im Berichtsjahr bearbeitet.
- Sportanlagen: Nach Abschluss des erfolgreichen Wettbewerbs zur Sanierung und Modernisierung der St. Jakobshalle erarbeitete das Hochbauamt ein Vorprojekt. Für den Bau des Tribünengebäudes beim Leichtathletikstadion St. Jakob wurde die Baubewilligung eingeholt und die Vorbereitungen für den Baubeginn im Januar 2014 durchgeführt. Das Parlament bewilligte die Projektierungsgelder für die Sanierung der Kunsteisbahn Eglisee, worauf die Planer evaluiert wurden.
- Kulturbauten: Beim Erweiterungsbau des Kunstmuseums begannen nach Abschluss von Rückbau und Aushub die Rohbauarbeiten, die Untergeschosse konnten bereits fertig gestellt werden. Für den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs am neuen Standort im St. Johann wurde die Ausgabenbewilligung für die Projektierung (Projektwettbewerb und Vorprojekt) eingeholt.
- Verwaltungsbauten: Nach Abschluss des entsprechenden Architekturwettbewerbs hat das Hochbauamt mit der Projektierung des energetisch vorbildlichen Neubaus des Amtes für Umwelt und Energie begonnen. Die Projektierungsarbeiten für Anpassungen im Spiegelhof für die Bedürfnisse des JSD (Projekt UMIS) wurden aufgenommen. Die Regiebetriebe des Tiefbauamtes konnten umgebaute Magazinstandorte an der Brennerstrasse, am Leimgrubenweg und bei der Wettsteinbrücke beziehen. Die Projektierung eines Ersatzbaus für das Krematorium beim Friedhof Hörnli wurde auf der Basis eines Projektwettbewerbes gestartet.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-24'352.1	-26'302.1	-25'018.7	1'283.4	4.9	-666.6	-2.7	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'442.1	-4'220.7	-4'333.7	-113.0	-2.7	108.4	2.4	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-11.6	-6.8	-6.8	-0.0	-0.0	4.9	41.7	
36 Transferaufwand	-496.0	-865.0	-486.8	378.2	43.7	9.2	1.9	3
Betriebsaufwand	**-29'301.8**	**-31'394.6**	**-29'846.0**	**1'548.6**	**4.9**	**-544.1**	**-1.9**	
42 Entgelte	6'337.9	7'886.3	6'969.6	-916.7	-11.6	631.6	10.0	4
43 Verschiedene Erträge	2.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.8	-100.0	
Betriebsertrag	**6'340.8**	**7'886.3**	**6'969.6**	**-916.7**	**-11.6**	**628.8**	**9.9**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-22'961.1**	**-23'508.3**	**-22'876.4**	**631.8**	**2.7**	**84.7**	**0.4**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'077.6	0.0	-278.4	-278.4	0.0	799.2	74.2	5
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-2'427.4	-2'255.3	-2'350.5	-95.1	-4.2	77.0	3.2	5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	12.5	12.5	0.0	12.5	0.0	
Abschreibungen	**-3'505.0**	**-2'255.3**	**-2'616.3**	**-361.0**	**-16.0**	**888.7**	**25.4**	
Betriebsergebnis	**-26'466.1**	**-25'763.6**	**-25'492.8**	**270.8**	**1.1**	**973.3**	**3.7**	
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	-31.5	
44 Finanzertrag	127.1	150.0	111.1	-38.9	-25.9	-16.0	-12.6	
Finanzergebnis	**127.1**	**150.0**	**111.1**	**-38.9**	**-25.9**	**-16.0**	**-12.6**	
Gesamtergebnis	**-26'339.0**	**-25'613.6**	**-25'381.6**	**231.9**	**0.9**	**957.3**	**3.6**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-13'410.2	-12'779.3	-11'434.6	1'344.7	10.5	1'975.5	14.7	
21 Obligatorische Schule	0.0	-1'299.2	-1'880.8	-581.5	-44.8	-1'880.8	0.0	
31 Kulturerbe	-6'613.5	-4'675.7	-5'862.1	-1'186.3	-25.4	751.5	11.4	
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	0.0	0.0	-3.2	-3.2	0.0	-3.2	0.0	
53 Alter + Hinterlassene	0.0	0.0	-645.7	-645.7	0.0	-645.7	0.0	
54 Familie und Jugend	-20.2	-1'506.8	-57.5	1'449.2	96.2	-37.3	-184.2	
79 F&E in Umweltschutz	-6'330.5	-5'352.5	-5'497.8	-145.3	-2.7	832.7	13.2	
87 Brennstoffe und Energie	35.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-35.4	-100.0	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'155.2	0.0	-2'387.2	-2'387.2	0.0	-232.1	-10.8
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-2'427.4	0.0	-2'752.9	-2'752.9	0.0	-325.5	-13.4
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	37.4	0.0	3.8	3.8	0.0	-33.6	-89.7
Nettoinvestitionen	**-4'545.1**	**0.0**	**-5'136.3**	**-5'136.3**	**0.0**	**-591.2**	**-13.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-4'545.1**	**0.0**	**-5'136.3**	**-5'136.3**	**0.0**	**-591.2**	**-13.0**

Kommentar

1 Gestützt auf die Investitionsplanung von Dritten und ihre in Aussicht gestellten Aufträge wurden im Hochbauamt zusätzliche Personalaufwendungen für Bauherrenleistungen budgetiert. Diese hätten direkt zu entsprechend höheren Entgelten (siehe FDK 42) geführt. Zudem konnten vakante Stellen (inbesondere im Bereich der Fachspezialisten Gebäudetechnik) noch nicht besetzt werden. Insgesamt resultieren beim Hochbauamt Minderausgaben in den Personalkosten in der Höhe von 909'000 Franken. Die ursprünglich vorgesehene Projektstelle zur Hafen- und Stadtentwicklung Kleinhüningen-Klybeck konnte nicht besetzt werden, weil der entsprechende Kredit noch nicht freigegeben wurde. Ausserdem konnten durch Kündigungen freigewordene Projektstellen nicht sofort wiederbesetzt werden, wordurch Minderausgaben in den Personalauwendungen von 377'000 Franken im Planungsamt entstanden.

2 Dringliche Ersatzbeschaffung von 3 Dienstfahrzeugen zu Lasten der laufenden Rechnung des Hochbauamtes führen zu Mehraufwendungen von 115'000 Franken.

3 Minderausgaben infolge Reduktion bei den Beiträgen an die Basler Münsterbauhütte in der Höhe von 375'000 Franken. Diese Reduktion erfolgte in Absprache mit dem Finanzdepartement für die Jahre 2012 & 2013. Die Münsterbauhütte wird in dieser Zeit Arbeiten an der St.Albankirche ausführen und dort die hier entgangenen Beiträge z.L. des entsprechenden Projektkredites generieren können. Der Umfang der Arbeiten am Münster werden in diesen beiden Jahren reduziert.

4 Nicht realisierte Entgelte im Hochbauamt von 529'000 Franken, weil entsprechende Investitionsprojekte Dritter nicht gestartet werden konnten. (siehe auch FDK 30) Die budgetierten Entgelte für die Projektstellen zur Hafen- und Stadtentwicklung Kleinhüningen-Klybeck blieben aus, da der entsprechende Kredit noch nicht gesprochen wurde. Einige Projektierungskredite wurden zudem geringer als geplant weiterbelastet, da die Stellen vorübergehend aufgrund von Kündigungen unbesetzt waren. Diese ausgebliebenen Entgelte führen nun im Planungsamt zu Mindereinnahmen von 380'000 Franken.

5 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von degressiv zu linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2013 wurden basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	98.8	114.3	126.4	136.8	142.5	1
Objektabrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%	87	88	90	90	95	2
Von der Fiko beanstandete Objektabrechnungen, kleiner	%	3	2	3	2	2	
Laufende Projekte	Anz	186	216	257	265	263	
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	637	631	653	681	693	
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	108	129	117	139	151	
Publikums-Führungen	Anz	70	44	48	141	135	
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	17'471	17'949	18'828	18'886	26'617	
Teilnehmende an Führungen	Anz					6'123	

Kommentar

1 Mitte des Jahres 2010 wurden die Denkmalpflege und das Hochbau- und Planungsamt organisatorisch zur neuen Dienststelle Städtebau & Architektur vereinigt. Im Budget 2012 wurde der Buchungskreis 6410 (Denkmalpflege) erstmals in den Buchungskreis 6510 (neu: Städtebau & Architektur) integriert und diese neue Dienststelle auch in der Berichterstattung gezeigt.

2 Für das Budget 2010 wurden neue Kennzahlen definiert. Dies gilt auch für die untenstehende Kennzahl.

- Universitätsbauten: Die Parlamente Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben 2013 einen Darlehenskredit für die Realisierung des neuen Biozentrums genehmigt und die Eigentumsregelung für diverse Forschungsgebäude der Universität geregelt. Im Anschluss erfolgte der Baubeginn für den Neubau des neuen Biozentrums. Anstelle des heutigen Biozentrums wird ein Neubau für die Biomedizin geplant. Der Projektwettbewerb für den Neubau der ETH Zürich wurde abgeschlossen; für einen Neubau der Zahnklinik und der Umweltwissenschaften auf dem Rosentalareal wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben.
- Spitalbauten: Die Bauarbeiten für die erste Etappe zur Sanierung und Erweiterung des Operationstraktes Ost des Universitätsspitals (USB) sind beinahe abgeschlossen. Mit dem Abschluss des Wettbewerbs für die Erneuerung des Klinikums 2 konnten die betrieblichen und städtebaulichen Rahmenbedingungen für den neuen Bebauungsplan über das Areal des USB festgelegt werden. Auf dem Areal der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) konnte die Gesamtsanierung des Gebäudes M abgeschlossen werden.

Technisches Gebäudemanagement (Hochbau) Für Instandhaltung und kleinere Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden im Verwaltungsvermögen des Kantons wurden rund 32 Mio. Franken aufgewendet. Die Jahresetappe Brandschutzmassnahmen in Schulen wurde vollständig realisiert; hinzu kamen auch zahlreiche kleinere Baumassnahmen im Rahmen der Projekte Harmos und Tagesstrukturen. Grössere gebundene Ausgaben und Instandsetzungen betrafen das Spalentor, das Schulhaus Kleinhüningen, die Berufsfachschule und die Sportanlage Buschweilerhof. Die Umbauarbeiten im Clarahof, im Polizeiposten Gundeldingen und im Gastrokiosk Feldbergstrasse 60 wurden abgeschlossen. Die Aktualisierung der umfangreichen Gebäudedaten im System Stratus (strategische Unterhaltsplanung) konnte trotz des hohen Umfangs, plangemäss umgesetzt werden.

Die vielen, oft auch störungsbedingten Einsätze auf den technischen Anlagen in den staatlichen Liegenschaften wurden wenn immer möglich auch dafür verwendet, relevante Anlagedaten zu erfassen, resp. zu überprüfen. Die Verfügbarkeit entsprechender Daten ist Basis sowohl für eine sachgerechte

Instandhaltung, wie auch für eine Fernüberwachung. Die Zahl an gebäudetechnischen Anlagen, deren Ausfall via Notfallarmierung möglichst zeitnah behoben werden muss, hat im Berichtsjahr weiter zugenommen.

IBA Basel 2020 Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 fand im Oktober 2013 eine gut besuchte Zwischenpräsentation statt, die einen Überblick über die ausgewählten Projekte gab. Der Grosse Rat bewilligte die finanziellen Mittel für die Phase 2014–16.

Landschaftspark Wiese Die Umsetzung der Konzepte zur Erholung und zum Naturschutz wurde gemeinsam mit den Partnern in Riehen und Weil am Rhein vorangetrieben. Konkret wurde die Einrichtung einer Ansprech- und Koordinationsstelle vorbereitet und an einer gemeinsamen Regelung für Hundeleinenpflicht gearbeitet. Für Aufwertungsmassnahmen, die der Ökologie und der Erholungsqualität dienen, wurde der Landschaftspark als IBA-Projekt vornominiert.

Innenstadt – Qualität im Zentrum Die Arbeit am Entwicklungsrichtplan Innenstadt wurde nach einer breiten öffentlichen Vernehmlassung abgeschlossen. Er fasst die Zukunftsperspektiven des Stadtzentrums bezüglich der Themen Nutzung, Gestaltung und Verkehr zusammen. Der Entwicklungsrichtplan sowie das ebenfalls fertiggestellte Gestaltungskonzept Innenstadt wurden Anfang 2014 dem Regierungsrat unterbreitet.

Zonenplanrevision Das Berichtsjahr war geprägt von der fachlichen Begleitung der politischen Beratung zum Basisratschlag. Parallel wurde der zweite Ratschlag mit Fokus auf Arealentwicklungen im Bestand vorbereitet.

Badischer Bahnhof Das Entwicklungskonzept für den Badischen Bahnhof und seine Umgebung, ein „siedlungsstruktureller Schwerpunkt“ gemäss kantonalem Richtplan, wurde zuhanden der Regierung fertiggestellt. Der Grosse Rat hat die finanziellen Mittel für die Aufwertung des Badischen Bahnhofs zu einer attraktiven und modernen Verkehrsdrehscheibe bewilligt, wogegen das Referendum ergriffen wurde (Abstimmung im Mai 2014). Für ein automatisiertes öffentliches Veloparking am Badischen Bahnhof wurden die Projektierungsmittel freigegeben.

Städtebauliche Verfahren und Nutzungsplanung Für Klybeck und Kleinhüningen wird ein Stadtteilrichtplan entwickelt, wobei die Arbeitsgebiete im Klybeck sowie die Hafen- und Stadtentwicklung Schwerpunkte bilden. Der entsprechende Kreditantrag wurde an den Grossen Rat überwiesen. Parallel wird die trinationale Masterplanung 3Land gemeinsam mit den Städten Huningue und Weil am Rhein fortgesetzt, der entsprechende Auftrag wurde an ein trinational zusammengesetztes Team vergeben. Das Bebauungsplanverfahren für den Hochschulcampus Schällemätteli wurde abgeschlossen. Für den Campus Gesundheit wurde ein Wettbewerb durchgeführt, auf dessen Grundlage nun ein Bebauungsplan erarbeitet wird. Im Gebiet Volta Nord wurden die Ergebnisse einer städtebaulichen Testplanung ausgewertet und zu einer Synthese verdichtet. Die Arbeiten zur Nutzungsplanung für den Dreispitz wurden weiter vorangetrieben und verkehrliche Folgemassnahmen bearbeitet. Bei weiteren nutzungsplanerischen Projekten wurden wichtige Meilensteine erreicht: Zustimmung durch den Souverän zum Vorhaben „Claraturm“ in der Abstimmung vom November, Grossratsbeschlüsse zu den Projekten „Parking Raum Aeschen“, „Erweiterung Hochstrasse 100“ (Firma Rapp AG), „Vorderer Jakobsberg“ (Entwicklungsmöglichkeiten im Einklang mit Denkmalanliegen) und „Magnolienpark“ (Wohnungsbau) sowie Überweisung des Ratschlags zum Areal der Bâloise am Aeschengraben an den Grossen Rat.

Weiterentwicklung des Tramnetzes Das Vorprojekt für die Verlängerung der Linie 3 nach Saint-Louis wurde gemeinsam mit den Partnern auf elsässischer Seite zur Entscheidreife gebracht. Auch das Vorprojekt für die Tramverbindung Margarethenstich ist mit den basellandschaftlichen Partnern fachlich abgeschlossen.

Gestaltungsprojekte im öffentlichen Raum Für den Aeschengraben wurde ein Vorprojekt erarbeitet, das vor allem Verbesserungen für den Veloverkehr bringt. Kleine Sofortmassnahmen zu Gunsten des Fuss- und Veloverkehrs wie zum Beispiel am Allschwilerplatz wurden bearbeitet und umgesetzt. Für die Hörnliallee in Riehen wird aus finanziellen Gründen auf eine Umgestaltung im Rahmen anstehender Erhaltungsmassnahmen verzichtet. Der Grosse Rat hat die Mittel zur Aufwertung der Grenzacherstrasse beschlossen; der Antrag für die Umgestaltung der Lörracherstrasse als flankierende Massnahme zur Zollfreistrasse wurde an das Parlament überwiesen.

Erhaltung des baulichen Erbes Die Denkmalpflege hat wie in den bisherigen Jahren verschiedene Restaurierungen von Baudenkmälern in privatem wie staatlichem Besitz intensiv begleitet. Grössere Projekte waren u.a. die St. Albankirche, das Spalentor, der Markgräflerhof (schadhafte barocke Stuckaturen), statische Sicherungen und Restaurierung von Renaissance-Holztäfelungen im Löwenzorn, die Böcklin-Fresken im Naturhistorischen Museum sowie das Anfos-Haus. Ausserdem war die Denkmalpflege in Jurys zur Weiterentwicklung von Arealen mit historisch bedeutender Architektur vertreten (z.B. Spital-Areal oder Kasernen-Areal).

Gemeinsam mit der Abteilung Kultur, der Casino-Gesellschaft und den Architekten Herzog & De Meuron wurde nach einer Lösung für die Weiterentwicklung des musik- und bauhistorisch einmaligen Musiksaals von Johann Jakob Stehlin d.J. gesucht, die schliesslich auch mit einer möglichen Erweiterung für die Serviceräume gegen die Barfüsserkirche gefunden werden konnte.

Die Inventarisation der Aussenquartiere der Stadt Basel wurde in den Quartieren Gundeldingen, Bruderholz, Breite, Wettstein und Matthäus weiter vorangetrieben und zum Teil bereits abgeschlossen. Neu in die Denkmalliste aufgenommen wurde das Wohnhaus Gundeldingerstrasse 428/430, für dessen Erhalt sich auch breite Kreise aus dem Quartier einsetzten.

Die Bauforschung konnte im Rahmen der Restaurierung der St. Albankirche wesentliche und neue Erkenntnisse zum ältesten Basler Kloster gewinnen, die im Jahresbericht 2013 enthalten sind. Die Denkmalpflege und der Denkmalrat beantragten aufgrund der erstellten kultur- und bauhistorischen Gutachten dem Regierungsrat die Unterschutzstellung. Mit dem Eigentümer wurde ein Projekt entwickelt, das einen Anbau an das bestehende Wohnhaus vorsieht und damit eine sinnvolle Weiterentwicklung der für das Quartier wertvollen historischen Bausubstanz ermöglicht.

Die Öffentlichkeitsarbeit stellte historisch bedeutende Genossenschafts-Siedlungen und Schulhäuser sowie deren Gegenwart und Zukunft in den Mittelpunkt. Am Europäischen Tag des Denkmals in der Altstadt Kleinbasel konnten sich mehr als 3’500 Besuchende von den Qualitäten und der Bedeutung der Kleinbasler Baukultur überzeugen.

Mit der Fachtagung „Die Entwicklung von Bischofstädten von der Spätantike bis zum Frühmittelalter“ lancierte die Denkmalpflege einen nationalen und internationalen Austausch zum Werden einer Bischofsstadt.

Das Museum Kleines Klingental konnte 2013 eine Ausstellung zur Basler Schaufensterkultur beherbergen, die die Stiftung pro Klingentalmuseum realisierte.

Mobilität BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert die Fragen und Herausforderungen der kantonalen Mobilität als Gesamtsystem. Auf Basis dieser Analysen entwickelt das Amt Strategien zur Beeinflussung und Steuerung sowie zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag an die Standort- und Wohnqualität im Kanton. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziele sind der Ausbau des Angebots und die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr, die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr sowie die Verbesserung des Verkehrsflusses auf dem übergeordneten Strassennetz.

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton, plant und bestellt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Planung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projektiert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (geänderte Markierungen und Signalisationen) und ist verantwortlich für Projektierung, Programmierung, Betrieb und technischen Unterhalt sämtlicher Lichtsignalanlagen sowie des zentralen Verkehrsrechners und der Parkuhren.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen sowie den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Ebenfalls in die Zuständigkeit des Amts für Mobilität fällt die Erteilung der kantonalen Bewilligungen für Betreiberfirmen im öffentlichen Verkehr.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Verkehrspolitisches Leitbild Das Basler Stimmvolk hat Ende 2010 eine Änderung des Umweltschutzgesetzes beschlossen, wonach der motorisierte Verkehr auf Stadtstrassen bis 2020 um zehn Prozent gegenüber dem damaligen Stand zu reduzieren sei. Eine durch das Amt für Mobilität in Auftrag gegebene Studie bestätigte die Zweckmässigkeit der Planungen und Projekte des Kantons, stellte aber auch fest, dass diese alleine nicht genügen, um das gesetzlich geforderte Ziel zu erreichen. Auf Basis dieser Ergebnisse wurden die Arbeiten an einem verkehrspolitischen Leitbild mit entsprechenden Massnahmen begonnen. Das Monitoring der Verkehrsentwicklung wurde um Zählungen des Fussverkehrs ergänzt.

Fuss- und Veloverkehr Mit diversen Massnahmen hat das Amt die Umsetzung der Strategie zur Förderung des Velo- und Fussgängerverkehrs fortgeführt. Die vom Kanton unterstützte jährliche Mobilitätswoche mit dem slowUp Basel Dreiland als Höhepunkt bot den Teilnehmenden zahlreiche Möglichkeiten, sich mit umweltverträglicher Mobilität auseinanderzusetzen und konkret zu erfahren.

Parkraumbewirtschaftung und Einführung Pendlerfonds Die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Basel, die der Grosse Rat im September 2011 beschlossen hat, wurde 2013 im Kleinbasel (Postleitzahlenbezirke 4057, 4058 ausserhalb der Innenstadt) und entlang der Kantonsstrassen in Riehen umgesetzt. Der Verkauf der neuen Parkkartentypen hat begonnen, die Umsetzung in den weiteren Quartieren wird folgen. Der Erlös der Besucher- und Pendlerparkkarten fliesst in den neu geschaffenen Pendlerfonds. Mit den Mitteln des Fonds kann der Kanton Beiträge an Vorhaben in der Agglomeration leisten, die eine umweltfreundliche Pendlermobilität fördern. Die ersten Beitragsgesuche wurden im September 2013 eingereicht und im Januar 2014 bewilligt.

Verkehrsberuhigung in der Innenstadt, im Gundeli und in weiteren Wohnquartieren Das im Januar 2011 vom Grossen Rat beschlossene Verkehrskonzept für die Basler Innenstadt schafft neue Fussgängerzonen, reduziert den Durchgangsverkehr durch die Innenstadt und beruhigt generell den fliessenden Verkehr (zusätzliche Tempo 30- und Begegnungszonen). Unter Federführung des Justiz- und Sicherheitsdepartements erarbeitete das Amt für Mobilität Bestimmungen zur ausnahmsweisen Zufahrt mit Motorfahrzeugen in die grundsätzlich autofreien Bereiche, welche der Regierungsrat nach zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von Gewerbe und Anwohnerschaft in einer Verordnung festgehalten hat. Auf dieser Grundlage hat das Amt für Mobilität die entsprechenden verkehrtechnischen Massnahmen publiziert.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-4'526.3	-5'020.4	-4'986.5	34.0	0.7	-460.2	-10.2	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'829.1	-3'531.4	-4'766.0	-1'234.6	-35.0	-936.9	-24.5	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-23.5	0.0	-103.2	-103.2	0.0	-79.7	-339.4	2
36 Transferaufwand	0.0	-7.0	-7.0	0.0	0.0	-7.0	0.0	
Betriebsaufwand	**-8'378.8**	**-8'558.8**	**-9'862.6**	**-1'303.8**	**-15.2**	**-1'483.8**	**-17.7**	
42 Entgelte	1'363.4	4'070.2	5'165.5	1'095.3	26.9	3'802.1	278.9	3
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.0	181.5	181.5	0.0	181.2	...	4
46 Transferertrag	2.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.0	-100.0	
Betriebsertrag	**1'365.5**	**4'070.2**	**5'346.9**	**1'276.7**	**31.4**	**3'981.4**	**291.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-7'013.3**	**-4'488.6**	**-4'515.7**	**-27.1**	**-0.6**	**2'497.6**	**35.6**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'045.3	-1'775.9	-1'556.2	219.7	12.4	489.2	23.9	5
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-818.5	-670.9	-58.3	612.6	91.3	760.2	92.9	5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	20.7	20.7	0.0	20.7	0.0	
Abschreibungen	**-2'863.8**	**-2'446.8**	**-1'593.8**	**853.0**	**34.9**	**1'270.0**	**44.3**	
Betriebsergebnis	**-9'877.1**	**-6'935.4**	**-6'109.4**	**825.9**	**11.9**	**3'767.6**	**38.1**	
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	
Finanzergebnis	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-0.0**	**0.0**	**-0.0**	**0.0**	
Gesamtergebnis	**-9'877.1**	**-6'935.4**	**-6'109.4**	**825.9**	**11.9**	**3'767.6**	**38.1**	
davon Funktionen:								
62 Öffentlicher Verkehr	-1'887.0	-1'472.9	-1'085.1	387.9	26.3	801.9	42.5	
63 Verkehr, übrige	-7'990.1	-5'462.5	-5'024.4	438.1	8.0	2'965.7	37.1	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-4'845.2	0.0	-14'116.0	-14'116.0	0.0	-9'270.8	-191.3
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-818.5	0.0	-272.9	-272.9	0.0	545.5	66.7
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	49.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-49.0	-100.0
Nettoinvestitionen	**-5'614.7**	**0.0**	**-14'389.0**	**-14'389.0**	**0.0**	**-8'774.3**	**-156.3**
Saldo Investitionsrechnung	**-5'614.7**	**0.0**	**-14'389.0**	**-14'389.0**	**0.0**	**-8'774.3**	**-156.3**

Kommentar

1 Mehraufwand in der Höhe von 253'000 Franken für Gutachten und Expertisen (Fremdaufträge), welche nicht durch die Dienststelle erbracht werden konnten; diese beinhalten auch den Beitrag des Kantons Basel-Stadt an den Betrieb der Geschäftstelle „Agglomerationsprogramm" vgl. RRB 10/04/43. Mehraufwand in der Abteilung Verkehrssteuerung in der Höhe von 913'000 Franken für übrige Dienstleistungen, sowie in der Höhe von 87'000 Franken für Materialeinkauf, welche an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet werden (siehe auch FDK 42 Entgelte).

2 Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von degressiv zu linear). Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2013 wurden basierend auf dem Restatement Ende 2012 errechnet. Daraus resultieren grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

3 Mehreinnahmen für Dienstleistungen der Abteilung Verkehrssteuerung in der Höhe von 1'118'000 Franken, die an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet werden können. (siehe auch FDK 31) Mindereinnahmen von 15'000 Franken bei den Schadenersatzforderungen in der Abteilung Verkehrssteuerung.

4 Mehreinnahmen von 181'000 Franken für Erträge aus dem Verkauf von Besucher- und Pendlerparkkarten. Der Pendlerfonds wurde erstmals im Rechnungsjahr 2013 verbucht. Die Entschädigungen der Pendlerparkkarten sind daher noch nicht budgetiert worden.

5 siehe Begründung zu Fussnote Nr. 2

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.1	28.8	31.1	29.7	31.3	
Lichtsignalanlagen	Anz	126	126	125	125	128	
Begegnungszonen	Anz	30	37	48	53	59	
Verkehrsaufkommen MIV Stadtstrassen	%		100.0	99.2	98.2	97	1

Kommentar

1 2010 = Index 100 %. Das Jahr 2013 ist erst eine Prognosezahl als Ziel aus dem Gegenvorschlag der Städteinitiative.

Die Planungen zur Umsetzung des Tempo 30-Konzepts (vom Grossen Rat im Januar 2013 beschlossen) sind angelaufen. Im Gundeldingerrain hat das Amt für Mobilität im Sommer 2013 erstmals ein tageszeitabhängiges Tempolimit angeordnet, das die Sicherheit auf Schulwegen verbessert. Zu Zeiten, in denen Schüler unterwegs sind, gilt hier nun Tempo 30. Die Einbindung weiterer Strassenzüge in Tempo 30-Zonen sowie einzelne gezielte Temporeduktionen auf verkehrsorientierten Strassen sollen einen Beitrag zur Reduktion der Lärm- und Luftschadstoffemissionen speziell in den Wohnquartieren und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit leisten.

Besonderes Augenmerk legt der Regierungsrat auf das Gundeldinger-Quartier. Das Amt für Mobilität hat zusammen mit der Quartierkoordination ein kurzfristig umsetzbares Konzept zur Verbesserung der Verkehrssituation ausgearbeitet. Die Buslinie 36 soll dabei das Quartierzentrum am Tellplatz und den M-Parc besser erschliessen und in beide Richtungen dieselbe Strecke fahren. Dornacher- und Gundeldingerstrasse würden für Velofahrende in beide Richtungen befahrbar, das Tempo lokal auf 30 km/h reduziert. So soll die Wohnlichkeit im Quartier zeitnah und unabhängig von den Entscheiden zum Autobahntunnel (ABAC) eine Verbesserung erfahren.

ÖV Programm 2014–17 Das Amt für Mobilität hat 2013 das neue vierjährige ÖV-Programm fertiggestellt und eine Vernehmlassung durchgeführt. Der Grosse Rat hat das Programm genehmigt. Als erster Baustein wurde Ende 2013 eine erste Etappe des neuen Buskonzepts für den Raum Wettstein/Riehen/Bettingen (Linien 31, 34, 38, 42) in Abstimmung mit den Gemeinden Riehen und Bettingen umgesetzt. Die bemängelte Kundenfreundlichkeit in der Einführungsphase soll rasch verbessert werden.

Tramnetz Basel 2020 Zentraler Baustein der längerfristigen Weiterentwicklung des ÖV-Angebots ist der Ausbau des Tramnetzes. Nachdem der Grosse Rat im Herbst 2012 der Strategie Tramnetz Basel 2020 im Grundsatz zugestimmt und Mittel für die weitere Planung freigegeben hat, konnte das Amt für Mobilität für diese Arbeiten ein Projektteam aufbauen und die ersten Studien ausschreiben. Der 2013 dem Grossen Rat vorgelegte Ratschlag zur Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof beinhaltet einen Streckenabschnitt, dessen Realisierung integrierender Teil dieses Konzepts ist. Der Bau der Tramstrecke Bad Bahnhof – Erlenmatt – Riehenring dient dazu, den zweitwichtigsten Bahnhof Basels direkt mit den Arbeitsstandorten im Klybeck und St. Johanns-Quartier zu verbinden. In einer nächsten Etappe soll die Tramstrecke weitergeführt werden Richtung Roche-Areal Grenzacherstrasse – Wettsteinbrücke – Bahnhof SBB.

Behindertengerechter Zugang zum öffentlichen Verkehr Das schweizweit gültige Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) schreibt vor, Tram- und Bushaltestellen so zu gestalten, dass mobilitätseingeschränkten Menschen ein möglichst selbstständiger Zugang zum öffentlichen Verkehr gewährleistet ist. Die Haltestelle „Kleinhüningen“ ist 2013 als erste Haltestelle dieser Art realisiert worden. Die Arbeiten an den Projektierungsgrundlagen, am Umsetzungskonzept und an ersten Projekten sind weiter fortgeschritten.

Bahnzukunft im Raum Basel: Regio-S-Bahn Basel und Durchmesserlinie „Herzstück“ Am ersten grossen Bahnkongress in Basel (’bk13’) wurde einem internationalen Publikum die Bedeutung eines Ausbaus des Bahnknotens Basel vor Augen geführt. Im Zentrum steht die Realisierung des Herzstücks der Regio-S-Bahn. Diese unterirdische Verbindung zwischen Basel SBB und Badischem Bahnhof schliesst die bestehende Lücke in der Bahninfrastruktur und schafft die Voraussetzung für ein zusammenhängendes S-Bahnnetz mit Durchmesserlinien, welche die regionalen Korridore miteinander verbinden und so den trinationalen Wirtschaftsraum leistungsfähig vernetzen.

Die beiden Basel und die SBB haben 2013 ihre Vorstellungen zur Entwicklung der Bahnareale im Raum Basel in einer so genannten Gesamtperspektive gemeinsam festgehalten. Die Gesamtperspektive zeigt auf, wie die Nutzungsinteressen aus Sicht Bahnangebot und Stadtentwicklung optimal aufeinander abgestimmt werden sollen. Eine bedeutende Rolle kommt dabei dem geplanten Containerterminal Basel Nord an der Schnittstelle zur Rheinschifffahrt zu.

Agglomerationsprogramm Basel Die in der Agglomeration ansässigen Kantone und ihre Nachbarbehörden in Südbaden und im Südelsass haben sich 2013 aktiv zur Vernehmlassung des Bundesrats über seine Beiträge an die Agglomerationsprogramme im Zeitraum 2015–18 geäussert. Sie verlangen insbesondere eine Mitfinanzierung des Bundes an geplanten Tramstrecken. Die Arbeiten an einem zwischen den Nordwestschweizer Kantonen, der Région Alsace und dem Land Baden-Württemberg grenzüberschreitend abgestimmten Konzept für die Weiterentwicklung des Liniennetzes und des Fahrplanangebots der Regio-S-Bahn wurden politisch vorbereitet.

Elektrifizierung der Hochrheinstrecke Mit der Unterzeichnung der Basler Erklärung im Januar 2013 gaben die regionalen Behörden des grenzüberschreitenden Raums am Hochrhein und das Land Baden-Württemberg den Startschuss für Verhandlungen zur Elektrifzierung der Bahnstrecke Basel–Erzingen (–Schaffhausen). Der Kanton Basel-Stadt ist nun aktiv in der vom Bundesamt für Verkehr und vom baden-württembergischen Verkehrsministerium geleiteten Projektorganisation involviert.

Verkehrsmanagement und Lichtsignalsteuerung Neben der laufenden Erneuerung technisch überholter Anlagen wurden auch 2013 diverse Lichtsignalanlagen in der Steuerung optimiert, um den Verkehrsfluss und insbesondere die Pünktlichkeit des öffentlichen Verkehrs zu verbessern. Einzelne Knoten wurden zudem baulich angepasst, um beispielsweise neue Abbiegeverbindungen für den MIV oder Velogegenverkehr in Einbahnstrassen zu ermöglichen. Das Amt für Mobilität startete 2013 zudem ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt für velo- bzw. fussverkehrsfreundliche Lichtsignalanlagen.

Globalbudget Öffentlicher Verkehr

Produktegruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regio S-Bahn	2.4 Mobilität
Tarife und Verbünde	2.4 Mobilität
Tram und Bus	2.4 Mobilität

Öffentlicher Verkehr

Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. betriebl. Unterhalt und Angebotskonzepte). Weiterentwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports. Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit den Nachbarkantonen und Nachbarländern.

Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16 Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Mit dem Globalbudget werden nur die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bestellung von ÖV-Leistungen dargestellt.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Tram und Bus	-56'452.8	-58'201.0	-55'520.4	2'680.6	4.6	932.4	1.7
Regio-S-Bahn	-2'794.9	-2'762.0	-2'844.7	-82.7	-3.0	-49.8	-1.8
Tarife und Verbünde	-20'212.5	-20'100.0	-20'159.7	-59.7	-0.3	52.8	0.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-79'460.3**	**-81'063.0**	**-78'524.9**	**2'538.1**	**3.1**	**935.4**	**1.2**
Kalkulatorische Kapitalkosten	-377.5	0.0	-1'601.5	-1'601.5	0.0	-1'224.0	-324.3
Vollkosten	**-79'837.7**	**-81'063.0**	**-80'126.4**	**936.6**	**1.2**	**-288.6**	**-0.4**

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-24'649.6	-34'000.0	-21'871.0	12'129.0	35.7	2'778.6	11.3
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-176.1	0.0	-36.7	-36.7	0.0	139.4	79.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1'150.0	4'000.0	1'500.0	-2'500.0	-62.5	350.0	30.4
Nettoinvestitionen	**-23'675.7**	**-30'000.0**	**-20'407.7**	**9'592.3**	**32.0**	**3'268.0**	**13.8**
Saldo Investitionsrechnung	**-23'675.7**	**-30'000.0**	**-20'407.7**	**9'592.3**	**32.0**	**3'268.0**	**13.8**

Wirkungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**	
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB-Linien)	>=	130.7	131.6	131.0	132.8	
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio.Personen-Kilometer) BVB+BLT im städtischen Netz	>=	310.7	315.4	310.0	319.0	1
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>=	18.9	18.7	18.0	18.7	
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kunden-zufriedenheitsstudie	>=	77.0		77.0	76	2

Kommentar

1 Provisorische Angaben, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2015.

2 Der Punktverlust ist gemäss Gutachten statistisch nicht signifikant.

Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus-, und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch Unterstützung von Fahrten von Menschen mit einer eingeschränkten Mobilität.

Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2013 wurden kleinere Anpassungen und Optimierungen im Tram- und Busnetz vorgenommen.

- Im grenzüberschreitenden Verkehr konnte das Angebot ausgebaut werden. So wird in den Hauptverkehrszeiten am Morgen und Abend auf der Linie 38 zwischen Grenzach-Wyhlen und Claraplatz ein 15 Minuten Takt eingeführt. Die Busse der französischen Distribus Linie 604 von Saint-Louis nach Basel Schifflände verkehren nun bis Mitternacht stündlich. Ein Stundentakt wird neu auch am Sonntag angeboten.
- Aufgrund der zeitweiligen Überlastung der Flughafen-Linie 50 infolge ankunfts- bzw. abflugsbedingten Spitzen wurde der Fahrplantakt gezielt verdichtet.
- Die Erschliessung der Roche mit der Linie 30 ab Badischem Bahnhof wurde angepasst. Neu verkehrt ein Midibus auf deser Verbindung.
- Die angekündigten Optimierungsmassnahmen im Raum Wettstein/Riehen auf den Linien 31/34/38 sowie den Ortsbuslinien 35/45 mussten aus technischen Gründen um ein Jahr verschoben werden.

Leistungen

Leistungserbringer BVB: Betrieb städtischer Tram und Buslinien; Unterhalt der betrieblich notwendigen Infrastruktur und Netzmanagement aufgrund einer Leistungsvereinbarung.

Leistungserbringer BLT: Betrieb von Tram- und Buslinien des Vorortsverkehrs aufgrund Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.

Leistungserbringer AAGL: Betrieb regionaler Buslinien aufgrund Angebotsvereinbarungen gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.

Leistungserbringer Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel KBB: Unterstützung von Fahrten von Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
Übriger Aufwand	-58'673.1	-60'098.2	-57'422.0	2'676.2	4.5	1'251.0	2.1	
Betriebsaufwand	**-58'673.1**	**-60'098.2**	**-57'422.0**	**2'676.2**	**4.5**	**1'251.0**	**2.1**	
Betriebsertrag	**2'220.2**	**1'897.2**	**1'901.6**	**4.4**	**0.2**	**-318.6**	**-14.4**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-56'452.8**	**-58'201.0**	**-55'520.4**	**2'680.6**	**4.6**	**932.4**	**1.7**	1
Kalkulatorische Kapitalkosten	-25.2	0.0	-461.5	-461.5	0.0	-436.2	...	
Vollkosten	**-56'478.1**	**-58'201.0**	**-55'981.9**	**2'219.1**	**3.8**	**496.2**	**0.9**	

Kommentar

1 Die Abweichung der Rechnung vom Budget 2013 ist wie folgt zu erklären. Der mit der Budgeterhöhung in der Höhe von 1'480'000 Franken verlangte Ausbau des Angebots im Raum Wettstein-Roche-Friedhof Hörnli konnte im 2013 noch nicht umgesetzt werden, ein erster Teil des Projekts wird im Fahrplanjahr 2014 umgesetzt. Eine nicht budgertierte Erhöhung der Abgeltung des Bundes an den RPV (Regionaler Personenverkehr) wirkt sich mit 165'000 Franken positiv auf die Abgeltung 2013 der BVB aus. Die vom Grossen Rat zur Verfügung gestellten 300'000 Franken für den Behindertentransport konnten vertragsbedingt nicht ausgegeben werden, zudem ist eine systembedingte Minderausgabe von 70'000 Franken zu verzeichnen. Weiter sind auf verschiedenen Positionen kleinere Abweichungen zu verzeichnen.

Leistungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**	
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	>=	25.0	26.3	25.0	26.1	1
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kanton und Gemeinden (Fr.) je Pkm (BVB)	<=	0.206	0.211	0.195	0.204	
Hohe Qualität des Angebots im Ortsverkehr	Ist 2006 = Index 100	>=	105 %	105 %	109 %		2
Angebot der KBB entspricht den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden" bzw. „sehr zufrieden" gem. Kundenbefragung	>=			84.0%		3

Kommentar

1 Provisorische geschätzte Angaben, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2015.

2 Die IST-Werte 2013 liegen im Frühling 2014 vor und werden mit dem Budget 2015 präsentiert.

3 Aufgrund der Verhandlungen zur Vereinbarung über die Beitragsleistungen an Fahrten von Behinderten und Mobilitätseingeschränkten Betagten wurde auf eine Befragung verzichtet. Aus den Rückmeldungen und der steigenden Nachfrage darf jedoch geschlossen werden, dass die Kunden das Angebot grundsätzlich begrüssen, problematisch wird die Kontingentierung beurteilt.

Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot der Regio-S-Bahn blieb 2013 praktisch unverändert.

Leistungen

Leistungserbringer SBB Regionalverkehr Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt) und S3 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Personenbeförderungsgesetz; Konzessionär der RE-Züge Basel-Offenburg auf der Verbindungsbahn.

Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH Betrieb der S-Bahnlinie S6, aufgrund Angebotsvereinbarung gemäss Personenbeförderungsgesetz auf der Verbindungsbahn.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-3'180.8	-3'165.0	-3'247.9	-82.9	-2.6	-67.1	-2.1
Betriebsaufwand	**-3'180.8**	**-3'165.0**	**-3'247.9**	**-82.9**	**-2.6**	**-67.1**	**-2.1**
Betriebsertrag	**385.8**	**403.0**	**403.1**	**0.1**	**0.0**	**17.3**	**4.5**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-2'794.9**	**-2'762.0**	**-2'844.7**	**-82.7**	**-3.0**	**-49.8**	**-1.8**
Kalkulatorische Kapitalkosten	-352.2	0.0	-1'140.0	-1'140.0	0.0	-787.8	-223.6
Vollkosten	**-3'147.2**	**-2'762.0**	**-3'984.7**	**-1'222.7**	**-44.3**	**-837.6**	**-26.6**

Leistungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**	
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	=	332	332	335	337	
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (Fr.) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<=	0.137	0.140	0.133		1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	>=	99	98	99		2

Kommentar

1 Die definitiven Zahlen 2013 der SBB stehen erst im Sommer 2014 zur Verfügung. Aufgrund der IST-Werte 2011 und 2012 sowie der Offerte 2014 muss mit einer Verschlechterung gegenüber dem Soll-Wert aufgrund stagnierender Passagierzahlen gerechnet werden. Der Indikator wird mit dem Globalbudget 2015 ausgewiesen.

2 DIe Auswertungen zu den Qualitätsindikatoren der Regio S-Bahn liegen im Sommer 2014 vor. Der Indikator wird deshalb mit den Globalbudget 2015 vorgelegt.

Produktgruppe Tarife und Verbünde

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Die Anzahl der verkauften U-Abos im Kanton Basel-Stadt blieb auch im Jahr 2013 konstant.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-20'212.5	-20'100.0	-20'159.7	-59.7	-0.3	52.8	0.3
Betriebsaufwand	**-20'212.5**	**-20'100.0**	**-20'159.7**	**-59.7**	**-0.3**	**52.8**	**0.3**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-20'212.5**	**-20'100.0**	**-20'159.7**	**-59.7**	**-0.3**	**52.8**	**0.3**
Vollkosten	**-20'212.5**	**-20'100.0**	**-20'159.7**	**-59.7**	**-0.3**	**52.8**	**0.3**

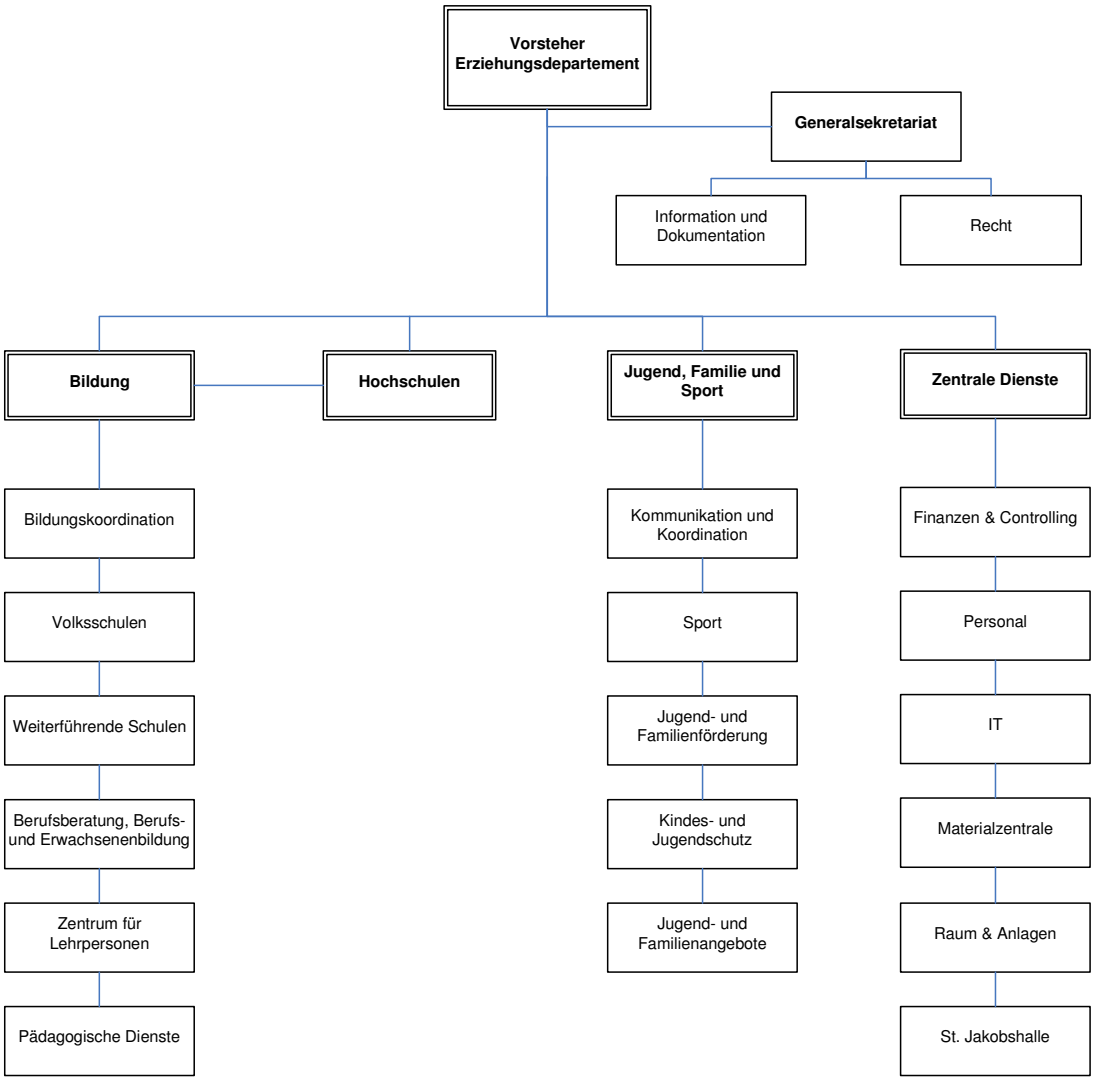
Leistungsziel	**Indikator**	**Operator**	**Ist 2011**	**Ist 2012**	**Soll 2013**	**Ist 2013**	
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe /in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatbasis	>	864	871	864	872	1

Kommentar

1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monatsabonnemente, Jahresabonnemente werden umgerechnet.

4.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	225
ED-220	Leitung Bildung	230
ED-230	Volksschulen	235
ED-240	Allgemeinbildende weiterführende Schulen	239
ED-245	Berufsbildende Schulen	243
ED-265	Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung	248
ED-271	Hochschulen	251
ED-290	Jugend, Familie und Sport	253



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-478.1	-482.5	-484.9	-2.4	-0.5	-6.8	-1.4	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-156.4	-157.2	-155.7	1.5	1.0	0.7	0.4	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.6	-0.7	-0.6	0.1	11.3	-0.0	-8.0	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	0.0	0.0	14.3	3
36 Transferaufwand	-411.3	-418.3	-422.4	-4.1	-1.0	-11.2	-2.7	4
Betriebsaufwand	**-1'046.5**	**-1'058.7**	**-1'063.8**	**-5.1**	**-0.5**	**-17.3**	**-1.7**	
42 Entgelte	43.1	43.1	44.4	1.3	3.0	1.3	3.0	5
43 Verschiedene Erträge	1.2	0.0	3.2	3.2	0.0	2.0	158.3	6
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	1.3	0.0	0.2	0.2	0.0	-1.1	-86.0	7
46 Transferertrag	112.5	110.9	113.8	2.9	2.6	1.3	1.1	8
Betriebsertrag	**158.2**	**154.0**	**161.6**	**7.6**	**4.9**	**3.4**	**2.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-888.3**	**-904.7**	**-902.2**	**2.4**	**0.3**	**-13.9**	**-1.6**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.7	-3.2	-2.1	1.1	34.9	-1.4	-189.6	9
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.5	-0.7	-1.0	-0.3	-52.8	-0.5	-91.7	
Abschreibungen	**-1.3**	**-3.9**	**-3.1**	**0.8**	**20.1**	**-1.9**	**-148.4**	
Betriebsergebnis	**-889.6**	**-908.6**	**-905.4**	**3.2**	**0.4**	**-15.8**	**-1.8**	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.0	-0.0	-0.0	-56.2	0.0	60.6	
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.3	0.0	16.1	0.0	11.1	
Finanzergebnis	**0.2**	**0.2**	**0.3**	**0.0**	**13.7**	**0.1**	**30.2**	
Gesamtergebnis	**-889.4**	**-908.4**	**-905.1**	**3.3**	**0.4**	**-15.7**	**-1.8**	
davon Funktionen:								
0 Allgemeine Verwaltung	-0.1	0.1	-0.0	-0.1	-109.8	0.1	85.8	
2 Bildung	-777.5	-794.2	-787.9	6.3	0.8	-10.4	-1.3	
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-17.8	-17.6	-17.4	0.2	1.4	0.4	2.3	
5 Soziale Sicherheit	-94.0	-96.7	-99.9	-3.2	-3.3	-5.8	-6.2	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-0.3	-1.7	-3.0	-1.4	-84.1	-2.7	-924.2
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-0.4	-0.8	-0.4	-97.0	-0.8	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.5	0.0	-0.5	-0.5	0.0	0.1	13.8
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.2	0.2	0.0	0.2	0.0
Nettoinvestitionen	**-0.8**	**-2.1**	**-4.0**	**-2.0**	**-96.7**	**-3.2**	**-390.8**
Saldo Investitionsrechnung	**-0.8**	**-2.1**	**-4.0**	**-2.0**	**-96.7**	**-3.2**	**-390.8**

Kommentar

1 Die Überschreitung auf den Löhnen ist hauptsächlich wegen höheren Schülerzahlen und für Stellvertretungen bei den Schulen entstanden.

2 In Anpassung an das neue Staatsbeitragsgesetz werden die beiden Beiträge an die Spital- und Klinikschulen über insgesamt 1.2 Mio. Franken neu unter FDK 36 abgebildet.

3 Geht auf die Rücklagenbewirtschaftung der vier Schulheime gemäss den IVSE-Vorschriften zurück (siehe auch FDK 45).

4 Das neue Finanzhaushaltsgesetz bedingt, dass erstmalig die Beiträge des Swisslos-Sportfonds an die Sportvereine im Betrag von 3.2 Mio. Franken ausgewiesen werden müssen (vgl. auch Fussnote 6). Zudem ist der Transfer der Spital- und Klinikschulen über 1.2 Mio. Franken von FDK 31 (siehe Fussnote 2) neu enthalten. Weiter liegen die Kosten für die Tagesbetreuung aufgrund der höheren Nachfrage mit 3.2 Mio. Franken über Budget. Weniger Kosten als veranschlagt sind dagegen vor allem in der Volksschule (u.a. weniger Schülerinnen und Schüler in Privatschulen) und im Stipendienwesen entstanden.

5 Die Entgelte liegen hauptsächlich beim Warenhandel und bei der Verrechnung von Dienstleistungen über dem Voranschlag.

6 Die in Fussnote 3 beschriebene Umstellung hat zur Folge, dass auch auf dieser Position die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds von 3.2 Mio. Franken erstmalig ausgewiesen werden.

7 Geht auf die Rücklagenbewirtschaftung der vier Schulheime gemäss den IVSE-Vorschriften zurück.

8 Von den Mehreinnahmen entfallen 1.0 Mio. Franken auf höhere Bundessubventionen insbesondere im Zusammenhang mit der Berufsbildung. Weiter nehmen die Einnahmen von anderen Gemeinwesen (1.4 Mio. Franken) und Privaten (0.5 Mio. Franken) hauptsächlich für erbrachte Ausbildungsleistungen zu.

9 Die Erweiterung der IT-Technologien an der Volksschule schreitet voran. Die grösseren Investitionen fallen aber erst verzögert ab 2014 ff an, weshalb für die laufende Berichtsperiode hierfür noch kaum Abschreibungen angefallen sind.

Zentrale Dienste und Generalsekretariat ED-201

Im Bereich der Zentralen Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden fünf Abteilungen: Finanzen und Controlling, Personal, Raum und Anlagen, Informatik und Materialzentrale.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe und koordiniert die Kommunikation. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der Sport- sowie andere Veranstaltungen durchgeführt werden. Die St. Jakobshalle ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, zählt aber finanztechnisch zum Bereich der Zentralen Dienste.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz- und das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist das Kompetenzzentrum für sämtliche Planungen bezüglich Schulraum, Tagesstrukturen, Mobiliar, Kleininvestitionen und Sicherheit sowie für den Betrieb der baulichen Infrastruktur von Schulen und Kindergärten samt Schulhauswartung und Reinigung. Sie definiert in Zusammenarbeit mit den Schulen/Kindergärten die zukünftigen Raumbedürfnisse und bringt diese als Nutzervertreterin gegenüber den Hochbaudiensten (BVD) und der Eigentümervertreterin (IBS) ein.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung. Dank Bündelung der Beschaffung kann von attraktiven Konditionen profitiert werden.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2013 war wiederum insbesondere die Abteilung Raum und Anlagen über ihre üblichen Aufgaben hinaus sehr stark gefordert. Raum und Anlagen hat sich dabei intensiv mit den insgesamt rund 50 Schulraumvorhaben im Rahmen der laufenden Schulraumoffensive beschäftigt.

Im Herbst 2012 wurde das Mandat für die Geschäftsführung der St. Jakobhalle ab 1. März 2013 neu ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt die Firma Levent AG und damit verbunden Herr Thomas Kastl. Der Umstand, dass Herr Kastl bereits von 2006 bis 2010 die Geschäftsführung der St. Jakobshalle inne hatte, ermöglichte diesem eine schnelle und reibungslose Übernahme des Tagesgeschäfts.

Grossprojekt Schulharmonisierung / Planung und Betrieb Infrastruktur

Im Jahr 2013 wurden die Projektierungsarbeiten für die einzelnen Schulbauten weitergeführt mit dem Ziel, die ersten baulichen Massnahmen im Sommer 2013 auszuführen. An 50 Standorten waren insgesamt 45 Projekte mehrheitlich parallel in Bearbeitung. Davon sind die Bauarbeiten bei 5 Objekten bereits sehr weit fortgeschritten, an 15 neuen Standorten konnte mit den Bauarbeiten begonnen werden und bei 25 Objekten läuft die Projektierung. Trotz des sehr engen Zeitrahmens konnten die Bauarbeiten zum weitaus grössten Teil innerhalb der Schulferien durchgeführt werden.

Ebenfalls in den Sommerferien mussten die Umzüge und Rochaden erfolgen. Die Koordination zwischen Bau und Umzügen des Mobiliars stellte eine grosse Herausforderung dar. Die exzellente logistische Planung erlaubte es, an 33 Standorten 643 Zügeltransporte durchzuführen und in 8'300 Zügelkartons Schulmaterial aller Art an einen neuen Standort zu verschieben. Erfreulicherweise konnten sowohl die Bauarbeiten wie auch die Zügelaktionen unfallfrei umgesetzt werden.

Der Ausbau der Tagesstrukturen konnte planmässig vorangetrieben werden. Die Schulprojekte beinhalten an fast allen Standorten interne Lösungen. Eine sehr grosse Herausforderung stellte hingegen die Bereitstellung von externen, neuen Kindergarten- und Tagesstrukturlokalen dar. Die Raumsuche war sehr aufwändig und es wird zunehmend schwieriger, geeignete Räume zu finden. Zudem ist der Zeitrahmen für die Planung und die Umbauarbeiten bis zur Eröffnung sehr kurz.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-25'263.0	-26'268.1	-25'674.7	593.4	2.3	-411.7	-1.6	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-39'494.1	-38'418.5	-38'978.8	-560.3	-1.5	515.3	1.3	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-58.4	-72.0	-53.3	18.7	25.9	5.1	8.8	
36 Transferaufwand	-150.0	0.0	0.0	0.0	0.0	150.0	100.0	
Betriebsaufwand	**-64'965.5**	**-64'758.5**	**-64'706.8**	**51.7**	**0.1**	**258.7**	**0.4**	
42 Entgelte	20'160.2	20'472.2	21'584.3	1'112.1	5.4	1'424.1	7.1	3
43 Verschiedene Erträge	89.6	0.0	0.0	0.0	0.0	-89.6	-100.0	
46 Transferertrag	399.3	310.0	427.2	117.2	37.8	28.0	7.0	4
Betriebsertrag	**20'649.1**	**20'782.2**	**22'011.5**	**1'229.3**	**5.9**	**1'362.4**	**6.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-44'316.5**	**-43'976.4**	**-42'695.3**	**1'281.1**	**2.9**	**1'621.2**	**3.7**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-612.2	-1'785.0	-1'875.1	-90.1	-5.0	-1'262.8	-206.3	
Abschreibungen	**-612.2**	**-1'785.0**	**-1'875.1**	**-90.1**	**-5.0**	**-1'262.8**	**-206.3**	
Betriebsergebnis	**-44'928.7**	**-45'761.4**	**-44'570.4**	**1'191.0**	**2.6**	**358.3**	**0.8**	
34 Finanzaufwand	-4.8	-2.0	-1.6	0.4	18.3	3.2	66.2	
44 Finanzertrag	13.4	7.7	11.6	3.9	51.2	-1.8	-13.5	
Finanzergebnis	**8.6**	**5.7**	**10.0**	**4.3**	**75.5**	**1.4**	**16.1**	
Gesamtergebnis	**-44'920.1**	**-45'755.7**	**-44'560.4**	**1'195.3**	**2.6**	**359.7**	**0.8**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-84.2	122.3	-12.0	-134.2	-109.8	72.2	85.8	
21 Obligatorische Schule	-28'579.6	-30'354.1	-28'909.4	1'444.8	4.8	-329.8	-1.2	
29 Übriges Bildungswesen	-12'416.4	-12'159.7	-12'062.7	97.0	0.8	353.8	2.8	
34 Sport und Freizeit	-3'839.9	-3'364.2	-3'576.4	-212.2	-6.3	263.5	6.9	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-296.6	-1'650.0	-2'862.3	-1'212.3	-73.5	-2'565.7	-865.1
Nettoinvestitionen	**-296.6**	**-1'650.0**	**-2'862.3**	**-1'212.3**	**-73.5**	**-2'565.7**	**-865.1**
Saldo Investitionsrechnung	**-296.6**	**-1'650.0**	**-2'862.3**	**-1'212.3**	**-73.5**	**-2'565.7**	**-865.1**

Kommentar

1 Der Grossteil der Budgetunterschreitung geht auf Stellenvakanzen zurück.

2 Die Abweichung ist hauptsächlich auf den erhöhten Umsatz im Warenhandel zurückzuführen. Dem Mehraufwand steht ein deutlicher Mehrertrag (FDK 42) gegenüber.

3 Insbesondere die Erlöse aus dem Warenhandel haben bei der Materialzentrale um Fr. 1.3 Mio. zugelegt. Dagegen steht aber auch ein höherer Warenaufwand in fast gleichem Umfang. Um Fr. 0.6 Mio. erhöht haben sich ebenfalls die Weiterverrechnungen für Auslagen und erbrachte Leistungen. Mindereinnahmen von Fr. 0.8 Mio. verzeichnet hingegen die St. Jakobshalle. Kurzfristig wurden diverse ertragsstarke und budgetierte Events abgesagt. Die St. Jakobshalle konnte dies dank Minderausgaben von Fr. 0.5 Mio. grösstenteils wieder kompensieren.

4 Leicht höhere Zuschüsse aus dem Krisenfonds im Zusammenhang mit der Weiterbeschäftigung von Lehrabgängern und Werbebeiträge bei den Sportanlagen im Rahmen des Caterings.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	256.5	261.5	208.4	218.4	215.6	1
Aufträge an die Materialzentrale	Anz	8'478	8'507	8'226	8'417	9'295	
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	63.6	68.3	64.5	55.5	57.1	

Kommentar

1 Per 2011 wurden die Stellen für den Betrieb, Unterhalt und die Vermietung der Sportanlagen dem Bereich Jugend, Familie und Sport zugeordnet.

Im Bereich Sicherheit ging es in erster Linie um die Einbindung der Massnahmen für die Sicherheit unter Harmos. Die zahlreichen Um- und Neubauten waren der geeignete Zeitpunkt, um den Nachholbedarf an sicherheitstechnischen Einrichtungen zu minimieren.

Für den Betrieb bedeutet die Erfüllung der üblichen Erwartungen an die Schulhauswartung, die Reinigung und Hygiene während allen baulichen Massnahmen und Rochaden eine logistische Höchstleistung.

Die Vielfalt der Aufgaben und der Zeitdruck waren auch im Bereich der Administration spürbar. Vor allem in der Drehscheibe des Sekretariats musste ein grosser Effort geleistet werden, um den Arbeitsaufwand zu bewältigen.

St. Jakobshalle

Der Projektwettbewerb für die Sanierung und Modernisierung der St. Jakobshalle wurde im Juni 2013 abgeschlossen. Ein Basler Planungsteam löste die anspruchsvolle Aufgabe, eine multifunktionelle Halle für beide Nutzergruppen (Events und Sport) zu bauen, überzeugend: Der Wettbewerb wurde von der Berrel Kräutler AG in Zusammenarbeit mit Degelo Architekten AG gewonnen. Die Umbauarbeiten sollen am 1. April 2015 beginnen und werden mit der Neueröffnung im September 2017 enden. Die Baufenster konzentrieren sich jeweils auf die Monate April bis September, in der restlichen Zeit können Events wie die Swiss Indoors, der CSI, Konzerte, Shows, Generalversammlungen etc. ohne Einschränkungen durchgeführt werden. Die Hallenleitung ist mit der Projektplanung zusätzlich zu ihren üblichen Aufgaben stark gefordert und konnte wertvolle und positive Planungsänderungen einbringen. Für das Jahr 2014 sind zahlreiche Informationsplattformen für die Nutzer und die Öffentlichkeit geplant.

Die neue Hallenleitung legt grossen Wert auf den Schul-Breitensport. Wenn immer möglich wird bei Buchungen von Veranstaltungen nach Lösungen für die Durchführung des Sportbetriebs gesucht, so dass möglichst wenige Ausfälle zu verbuchen sind. Hierfür wurden diverse Massnahmen umgesetzt. Gegenwärtig erarbeitet die Halle ein Projekt für einen „runden Tisch", wo alle Sportnutzer ihre Bedürfnisse - auch im Hinblick auf die neue Halle - anmelden können.

Neue Veranstalter (Gadget, Tattoo Production, abc Production) konnten akquiriert werden und verloren geglaubte Kunden (act entertainment) sind in die Halle zurückgekehrt. Trotz Konkurrenzdruck konnten mit zahlreichen Kunden mehrjährige Verträge - auch während des Umbaus und darüber hinaus - abgeschlossen werden. Im 2013 fanden aussergewöhnlich viele TV-Events statt, welche der Halle und nicht zuletzt der Region Basel eine internationale Ausstrahlung verliehen. Dies waren nebst den Swiss Indoors Basel, die Hallenradsport WM, der CSI, Night of the Jumps, das Badminton Swiss Open, der legendäre Musikantenstadl und das Top Volley Damenturnier. Leider hat die schlechte Wirtschaftslage in diesem Jahr dazu beigetragen, dass einige bereits gebuchte Events kurzfristig abgesagt oder auf das Jahr 2014 verschoben wurden.

Das Gastronomiekonzept für die St. Jakobshalle und die Sportanlagen wurde durchleuchtet und angepasst. Ein neues und umfassenderes Gastronomiesortiment für die Besucher soll die Halle von anderen Veranstaltungsorten abheben.

Administrative Dienste ED / Generalsekretariat ED

Personal Im Projekt Systempflege sind die Zuordnungssitzungen mit dem Zentralen Personaldienst termingerecht erfolgt. Den Vorgesetzten des Erziehungsdepartements stehen die Personalprozesse elektronisch zur Verfügung. In Ergänzung dazu wurde ein HR-Dienstleistungskatalog erarbeitet, welcher aufzeigt, zu welchen Prozessen die Personalabteilung konkret welche Dienstleistung anbietet. Im Bereich der Qualitätssicherung wurde ein internes Kontrollsystem für PLS-Daten (Lehrpersonen) erstellt. Bei finanzrelevanten Prozessen wird das Vieraugenprinzip konsequent angewandt. Im Projekt Schulharmonisierung ist der erste Schritt in der operativen Umsetzung erfolgt (Einsatz der OS-Lehrpersonen im Übergang). Im Zusammenhang mit den Betriebsschliessungen

der Psychotherapiestation für Kinder und Jugendliche sowie des Isteinerbads konnten für alle betroffenen Mitarbeitenden gute Anschlusslösungen gefunden werden. Mit dem Ziel der Vernetzung der Mitglieder des Kaders fanden zwei thematisch unterschiedliche Kaderanlässe statt.

Finanzen und Controlling Das Jahr 2013 war geprägt von der Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz. Nach der Einführung des neuen Kontenplans im Spätherbst 2011 wurde anfangs 2013 die gesamte Rechnungslegung den neuen HRM2-Standards angepasst. Dies führte zu Umbewertungen von Bilanzpositionen, Kontierungsänderungen im Bereich der Erfolgsrechnung und zu Anpassungen im Jahresabschluss-Prozess. Die zusätzliche Umstellung der Rechnungswesen-Applikation auf den neuen SAP-Release 730 verlief weitgehend problemlos. In Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildung wurde im Berichtsjahr zudem das Steuerungssystem bei den Schulen für die Unterrichtslektionendächer (ULD) und die Entlastungen angepasst. Dadurch sollen künftig die finanziellen Verantwortlichkeiten der Schulleitungen weiter gestärkt, die planungsspezifischen Prozesse vereinfacht und noch bessere respektive eindeutigere interne Soll-Ist-Vergleiche ermöglicht werden. Schliesslich konnten bei zahlreichen Projekten (Schulharmonisierung, Reorganisation Bereich Bildung, Konsolidierung Staatsrechnung etc.) die finanziellen Aspekte eingebracht werden.

Materialzentrale Die Beschaffung von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Lehrmitteln verlief planmässig. Im Bereich der Kopiersysteme wurden Geräte eines neuen Lieferanten ohne grössere Probleme in die bestehende Systemumgebung integriert. Im Bereich der Drucksachen wurde die Leitungsposition infolge Pensionierung neu besetzt.

Recht Die Abteilung Recht hat unter neuer Leitung ihre Rolle als departementsinternes Kompetenzzentrum für Rechtsfragen weiter gefestigt. Die Präventionsstrategie wurde fortgesetzt. Dazu gehört neu eine Rechtskolumne im Basler Schulblatt, die für rechtliche Fragen im Schulalltag sensibilisieren soll. Die Abteilung Recht hat sich ausserdem zum Ziel gesetzt, die Akzeptanz von Verfügungen und Rekursentscheiden in der Bevölkerung zu erhöhen. Hierzu wurden Kriterien entwickelt und diese ausgewählten Dienststellen mit Verfügungskompetenz vorgestellt. Neben einer anhaltend grossen Anzahl von Rekursen wurden Aufsichtsbeschwerden, Bussenverfahren und Mietschlichtungsverfahren behandelt bzw. begleitet. Weiter vertrat die Abteilung Recht die Interessen des Departements in aufwändigen Gerichtsverfahren, in denen Verfügungen bzw. Entscheide des Departementsvorstehers angefochten wurden. Ein Fall ist bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gelangt. Zahlreiche Rechtssetzungsprojekte aus dem Bereich Bildung wurden geprüft. Zusammen mit der Abteilung Volksschulen wurde eine Veranstaltung zum Thema Schule und Religion durchgeführt. Die Rechtsberatung für Schulleitungen wurde rege genutzt. Die Abteilung Recht koordinierte bzw. begleitete die Behandlung von diversen Informationszugangsgesuchen im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsprinzip und beteiligte sich am departementsübergreifenden Erfahrungsaustausch in einer Arbeitsgruppe (ERFA IDG).

Informatik Das vom Erziehungsdepartement betriebene kantonale Kompetenz- und Service-Center für Citrix hat seinen Betrieb aufgenommen und sich als kantonaler Leistungserbringer etabliert. Im Rahmen des Projektes WorkplaceBS bzw. WorkplaceED konnte im Oktober mit den Migrationen der Arbeitsstationen begonnen werden. Die Konsolidierung der geschäftsrelevanten Applikationen wird weitergeführt und die Nutzung von Virtualisierungstechnologien wird weiter vorangetrieben. Der Service und Support der Anwenderunterstützung mobiler Geräte ist etabliert. Im Zuge der Standardisierung von Applikationen wurde die Schulverwaltungssoftware um folgende Module bzw. Mandanten erweitert: Modul „Tagesbetreuung“ für Jugend, Familie und Sport sowie „Berufsberatung“ für die Berufs- und Erwachsenenbildung. Weitere Module sind für 2014 geplant. Es sind dies die Module Schluss- und Zwischenarbeitszeugnisse für Lehrpersonen mit Integration in das Modul Personal- und Lohnsystem (PLS). Die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts in der Fachapplikation Tutoris ist abgeschlossen.

Information und Dokumentation Neben ihren Kernaufträgen (Records- und Wissens-Management) ist die Abteilung Information und Dokumentation mit Optimierungen des Informationssystems KONSUL (Sitzungsunterstützung und digitales Dossier) befasst. Für das raschere Auffinden von Dossiers wurde mit der Erarbeitung eines aufgabenbezogenen Ordnungssystems begonnen. Im

Rahmen einer Arbeitsgruppe hat die Abteilung an der Vorbereitung der digitalen Ablieferungsschnittstelle LifeCycle mitgewirkt und bereitet in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv die Archivierung aus Fachanwendungen vor. Die Abteilung vertritt die Interessen des Erziehungsdepartements auf kantonaler Ebene in der Arbeitsgruppe Geschäftsverwaltung (ERFA GEVER) und der Fachkommission Informationslogistik (FKIL). Zur Vermittlung von Informationskompetenz an Lernende sowie Praktikantinnen und Praktikanten wurde ein Praxiskurs aufgebaut.

Leitung Bildung ED-220

Der Geschäftsbereich Bildung umfasst die sechs Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung sowie Hochschulen.

Die Dienststelle Leitung Bildung leitet und koordiniert den Geschäftsbereich Bildung und trägt die Gesamtverantwortung für dessen Leistungserbringung. Sie ist gegliedert in Bildungskoordination, Pädagogisches Zentrum PZ.BS und Pädagogische Dienste.

Die Bildungskoordination erbringt die Stabsleistungen für den Geschäftsbereich Bildung. Dazu zählen die Bildungsplanung, die Politikvorbereitung, die Kommunikation und die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen sowie der Instrumente für die Qualitätsentwicklung und Finanzsteuerung. Das Pädagogische Zentrum PZ.BS umfasst die Leistungsbereiche Unterricht, Weiterbildung, Schulentwicklung sowie Medien.

Das Pädagogische Zentrum PZ.BS ist ein Kompetenzzentrum für Weiterbildung, Beratung und Dienstleistungen für Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Mitarbeitende in Tagesstrukturen und Bildungsverantwortliche. Es umfasst die Leistungsbereiche Unterricht/Weiterbildung, Schulentwicklung/Schulführung, Beratung für Lehrerinnen und Lehrer, Services, ICT/TU-Medien und Bibliothek.

In den Pädagogischen Diensten sind all jene Schuldienste zusammengefasst, die Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung, in ihrer schulischen Leistungsfähigkeit und beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt unterstützen. Es sind dies der Schulpsychologische Dienst (SPD), die Schulsozialarbeit und Gap Case Management Berufsbildung. Die logopädischen Leistungen werden seit dem Schuljahr 2012/13 dezentral in den Schulen erbracht, der Logopädische Dienst wurde aufgelöst.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Leitung Bildung

Regionales Schulabkommen (RSA 2009) Das RSA regelt die Abgeltung für ausserkantonale Schulbesuche auf den Stufen Volksschule und Sekundarstufe II im Raum der zehn Mitgliedkantone. Aufgrund der alle zwei Jahre durchgeführten Kostenerhebung wurden per Schuljahr 2013/2014 die Kantonsbeiträge angepasst, das heisst leicht erhöht.

Interkantonale Berufsfachschulvereinbarung (BFSV) Die BFSV regelt den interkantonalen Lastenausgleich im Bereich der beruflichen Grundbildung. Per Schuljahr 2013/2014 wurden die Tarife für Vollzeitangebote gesenkt, jene für den Teilzeitunterricht leicht erhöht. Aufgrund der sinkenden Vollzeittarife hat die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK) im Sommer 2013 bei den Kantonen eine Umfrage lanciert um zu prüfen, ob Änderungen in der Berechnung der BFSV-Pauschalen vorgenommen werden sollen.

Fachschulvereinbarung/Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HF) Die finanzielle Abgeltung zwischen den Kantonen im Bereich der höheren Fachschulen (HF) wird heute über die Interkantonale Fachschulvereinbarung (FSV) geregelt. Diese wird demnächst von der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) abgelöst. Der Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur HFSV ist in Vorbereitung und kann voraussichtlich im ersten Quartal 2014 erfolgen. Die HFSV tritt per 1. Januar 2014 in Kraft, da ihr bereits mehr als zehn Kantone beigetreten sind. Wirksam wird sie jedoch erst per Studienjahr 2015/16. Diese verzögerte Wirksamkeit ergibt sich daraus, dass die definitiven Kantonsbeiträge erst im Frühling 2014 festgelegt werden können. Zudem müssen für den Übergang von der FSV zur HFSV noch einige Fragen zur praktischen Umsetzung geklärt werden.

Fachstelle Qualitätsmanagement QM An den Schulen Basel-Stadt wurde von 2006 bis 2012 das QM gemäss Rahmenkonzept eingerichtet. Im Berichtsjahr wurde das QM aufgrund der Evaluationsergebnisse angepasst. Die Fachstelle QM (50%) wurde per Ende 2013 aufgehoben und die Verantwortung für das QM und seine Weiterentwicklung der Linie übergeben.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-20'733.4	-19'271.6	-17'131.0	2'140.5	11.1	3'602.4	17.4	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'792.3	-11'933.8	-10'800.6	1'133.3	9.5	991.7	8.4	2
36 Transferaufwand	-16'127.9	-16'463.0	-17'977.9	-1'514.9	-9.2	-1'850.0	-11.5	3
Betriebsaufwand	**-48'653.6**	**-47'668.4**	**-45'909.5**	**1'758.9**	**3.7**	**2'744.1**	**5.6**	
42 Entgelte	1'611.9	1'679.1	1'466.9	-212.2	-12.6	-145.0	-9.0	4
43 Verschiedene Erträge	373.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-373.8	-100.0	
46 Transferertrag	33'449.9	33'775.3	34'908.5	1'133.2	3.4	1'458.6	4.4	5
Betriebsertrag	**35'435.6**	**35'454.4**	**36'375.4**	**921.0**	**2.6**	**939.8**	**2.7**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-13'218.0**	**-12'214.0**	**-9'534.1**	**2'679.9**	**21.9**	**3'683.9**	**27.9**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-34.3	-1'058.0	0.0	1'058.0	100.0	34.3	100.0	6
Abschreibungen	**-34.3**	**-1'058.0**	**0.0**	**1'058.0**	**100.0**	**34.3**	**100.0**	
Betriebsergebnis	**-13'252.2**	**-13'272.0**	**-9'534.1**	**3'737.9**	**28.2**	**3'718.1**	**28.1**	
34 Finanzaufwand	-0.8	-2.0	-0.7	1.3	67.3	0.2	20.3	
44 Finanzertrag	35.7	40.3	28.7	-11.6	-28.9	-7.0	-19.6	
Finanzergebnis	**34.8**	**38.3**	**28.0**	**-10.3**	**-26.9**	**-6.8**	**-19.6**	
Gesamtergebnis	**-13'217.4**	**-13'233.7**	**-9'506.1**	**3'727.6**	**28.2**	**3'711.3**	**28.1**	
davon Funktionen:								
21 Obligatorische Schule	-19'794.8	-16'052.9	-15'725.3	327.6	2.0	4'069.4	20.6	
23 Berufliche Grundbildung	18'969.7	18'266.0	19'097.4	831.4	4.6	127.7	0.7	
25 Allgemeinbildende Schulen	6'697.6	6'662.6	7'018.4	355.7	5.3	320.8	4.8	
29 Übriges Bildungswesen	-19'089.9	-22'109.5	-19'896.5	2'212.9	10.0	-806.6	-4.2	

Kommentar

1 Aufgrund der aktuellen Umbruchphase (Schulharmonisierung) wurden durch die Schulen weniger Angebote im Bereich der schulinternen Weiterbildung beim Pädagogischen Zentrum genutzt (-1.0 Mio. Franken). Weiter mussten die Lohnbudgets u.a. für das Qualitätsmanagement und bei den Projekten nicht voll ausgeschöpft werden (-0.4 Mio. Franken). Zudem hat sich die Erweiterung der IT-Technologien an der Volksschule leicht verzögert (-0.3 Mio. Franken). Die restliche Unterschreitung geht auf Vakanzen zurück.

2 Die beiden Beiträge an die Spital- und Klinikschulen (UPK, UKBB) über insgesamt Fr. 1.18 Mio. werden neu unter der Kostenartengruppe 36 abgebildet.

3 Fr. 1.18 Mio. betreffen die Verschiebung der beiden Klinikschulen (vgl. Fussnote 2). Zudem hat der ausserkantonale Schulbesuch im Rahmen des Regionalen Schulabkommens von BS-Schüler/-innen weiter zugenommen.

4 Die Erträge haben sich insgesamt leicht reduziert, u.a. wurden beispielsweise weniger Passepartout-Angebote beim Pädagogischen Zentrum gebucht.

5 Die Bundesbeiträge im Berufsbildungsbereich sind um Fr. 0.8 Mio. höher als veranschlagt ausgefallen. Weiter liegen die Einnahmen aus dem Regionalen Schulabkommen mit Fr. 0.8 Mio. leicht über und jene des Pädagogischen Zentrums mit Fr. 0.3 Mio. und der Päd. Dienste mit Fr. 0.2 Mio. unter den Erwartungen.

6 Die Umsetzung zur Erweiterung der IT-Technologien an der Volksschule schreitet voran. Die grösseren Investitionen fallen aber hauptsächlich erst ab 2014 ff an, weshalb für die laufende Berichtsperiode kaum Abschreibungen angefallen sind. Zudem werden diese aus technischen Gründen bereits bei der Dienststelle 271 „Hochschulen“ gezeigt, da das Pädagogische Zentrum ab 1.1.2014 organisatorisch diesem Bereich zugeordnet sein wird.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	98.8	117.1	83.8	106.2	90.5	1
Teilnehmerinnen und Teilnehmer Weiterbildung PZ.BS	Anz	11'677	11'040	13'307	12'571	12'445	2
Ausleihen Unterrichtsmedien Bibliothek PZ.BS	Anz	58'228	62'379	76'832	91'665	104'026	3
Klient/innen Schulpsycholog. Dienst	Anz	1'939	2'074	2'147	1'839	1'545	4
Klient/innen Logopädischer Dienst	Anz	2'370	2'639	2'490	1'449	-	5
Klient/innen Schulsozialarbeit (SSA)	Anz	1'804	2'156	2'027	2'054	1'867	6
Aktive Fälle Case Management Berufsbildung	Anz		841	844	863	1'075	7

Kommentar

1 Die Reduktion des Ist-Werts 2013 gegenüber dem Vorjahr geht hauptsächlich auf diverse Transfers von Aufgaben (v.a. Logopädischer Dienst / Total -32.9 Stellen) in die Volksschulen zurück. Die Transferabgänge werden teilweise kompensiert durch die Überführung der bestehenden 9 Stellen des GAP Case Managements Berufsbildung ins ordentliche Budget und durch den Ausbau des ICT für die Schulen um 4 Stellen.

2 Umfasst Teilnehmende von berufsbegleitender, schulinterner Weiterbildung und von Angeboten im Bereich Zusatzqualifikationen, Kaderausbildung, aber nicht die Kontakte für die Beratung der Lehrpersonen.

3 Berücksichtigt sind Ausleihen und Verlängerungen. Das Angebot umfasst u.a. Bücher, Zeitschriften, Videos, DVDs, Ton- und Datenträger und neu auch E-Books.

4 Neudefinition der Fallstatistik per Jahresbericht 2012

5 Der Logopädische Dienst wurde per 31.12.2012 aufgelöst respektive dessen Aufgaben in die Volksschulen integriert.

6 Umfasst alle Mitarbeitenden der Fachstelle Schulsozialarbeit Basel-Stadt aus den Schulstandorten der Weiterbildungsschule, der Orientierungsschule Vogesen, den Primarstufen St. Johann und Volta sowie den Spezialangeboten WBS Bäumlihof und St. Alban.

7 Neudefinition der Kennzahl per Budgetbericht 2014 (rückwirkend): Neu werden die bearbeiteten Fälle aufgelistet anstatt die durchschnittliche Zahl bearbeiteter Fälle.

Pädagogisches Zentrum PZ.BS

Leitung Die auf den 1. Januar 2014 beschlossene Überführung des PZ.BS in den Bereich Hochschulen wurde im Berichtsjahr vorbereitet und termingerecht umgesetzt.Im Rahmen des Strategieprozesses am PZ.BS wurde im Herbst 2013 das Leitbild eingeführt. Im Berichtsjahr fanden wiederum diverse sehr gut besuchte Tagungen und Ausstellungen statt. Insbesondere die in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule (PH FHNW) zum zweiten Mal durchgeführte Wanderausstellung des Mathematikum Giessen war ein Erfolg.

Unterricht/Weiterbildung Die Umsetzung der Schulreform erforderte die Entwicklung neuer Weiterbildungs- und Beratungsangebote. Im Frühjahr wurden in allen Fächern Weiterbildungen zum Übergangslehrplan angeboten. Seit Sommer steht den Lehrpersonen und Teams das neue Angebot der Fachberatung zur Verfügung. Neu wurde auch eine modulare Weiterbildung für den Berufswahlunterricht entwickelt. Die Fachexpertinnen und -experten unterstützen die Schulen, Schulleitungen, die Volksschulleitung und die Bildungsverwaltung bei ihren Aufgaben und Projekten zu den Themen Unterricht und Weiterbildung. In Zusammenhang mit der Schulharmonisierung wurden vom Fachzentrum Gestalten an sämtlichen Primarschul-Standorten die Fachräume Textiles und Technisches Gestalten angepasst und umgerüstet.

Schulentwicklung/Schulführung Das Netzwerk Schulentwicklung hat sich an den Schulen Basel-Stadt etabliert. Die Angebote schulinterne Weiterbildung/ALFB und Beratungspool wurden sehr gut genutzt. Auch die Jahrestagung und Netzwerk-Anlässe waren gut besucht.

Beratung für Lehrerinnen und Lehrer Die Zahl der Beratungsgespräche hat im Berichtsjahr zugenommen.

ICT/TU-Medien Die Umsetzung des vom Grossen Rat beschlossenen Ratschlages zur Erweiterung von ICT an der Volksschule schreitet voran. Die Netzwerkinfrastruktur an den Schulen wird in Koordination mit dem Bau- und Verkehrsdepartement kontinuierlich ausgebaut. Die Bandbreite der Anschlüsse der Schulen wurde erhöht.

Bibliothek Die Ausleihzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr erneut um fast zehn Prozent gestiegen. Ein neues Buchungstool ermöglicht es, Filme und Medienkisten auf einen bestimmten Zeitpunkt im Voraus zu reservieren. Seit März 2013 bietet die Bibliothek über den Anbieter Ciando E-Books zur Ausleihe an. Ein Angebot, das rege genutzt wird.

Kaufmännische Berufsbildung HKV

Kaufmännische Grundbildung Das Schuljahr 2012/13 wurde mit der Schlussfeier in der neuen Eventhalle der Messe Basel abgeschlossen. 625 erfolgreiche Kandidatinnen und Kandidaten haben im Berichtsjahr ihre Fähigkeitsausweise und/oder Berufsmaturitätsausweise erhalten. Die Erfolgsquote dieses Jahrganges liegt mit 90.7% leicht über derjenigen der Vorjahre. Im August 2013 haben 587 Personen eine kaufmännische Grundbildung begonnen. Mit dem Start in das neue Schuljahr hat die Umsetzung der neuen Bildungsverordnung (BiVo 2012) das zweite Lehrjahr erreicht. Damit ist das neue Fach „Vertiefen&Vernetzen“, welches zum Ziel hat, fächerübergreifende Themenblöcke zu vermitteln, erstmals unterrichtet worden.

Weiter- und Kaderbildung Seit April 2013 ist das Angebot der Höheren Fachschule (HF) für Wirtschaft um zwei zusätzliche Vertiefungsrichtungen erweitert worden. Neben den bestehenden Vertiefungsangeboten „SAP“ und „Bankwirtschaft“ werden neu auch „Detailhandel“ sowie „Spedition und Logistik“ angeboten. Diese beiden neuen Vertiefungsmöglichkeiten sind in Zusammenarbeit mit den betroffenen Branchen ausgearbeitet worden. Damit wird die bewährte betriebswirtschaftliche Kaderausbildung der HF Wirtschaft für zusätzliche Zielgruppen eine attraktive Ausbildungsalternative werden.

Spitzenleistungen Im Segment Rechnungswesen haben Teilnehmende der Ausbildung der HKV Basel beste Leistungen an den eidgenössischen Prüfungen erbracht: Bei der höheren Fachprüfung für Expertinnen und Experten in Rechnungslegung und Controlling gesamtschweizerisch das beste Ergebnis und bei der Fachprüfung für Fachleute im Rechnungswesen das drittbeste Ergebnis. Auch die Gesamterfolgsquote aller HKV-Teilnehmenden dieser beiden Ausbildungen liegt über dem Schweizer Durchschnitt.

Fortbildung Lehrpersonen Im April 2013 stand der Dreitageblock im Zeichen der Auseinandersetzung mit der Frage der Energieversorgung. Am 9. August 2013 fand erstmals ein zusätzlicher Fortbildungstag für Lehrpersonen statt. Dieser Tag wurde von Themen aus der Informatik geprägt.

Pädagogische Dienste

Case Management Berufsbildung (Gap) Gap, Case Management Berufsbildung feierte im August 2013 das fünfjährige Jubiläum. Anlässlich der Jubiläumsfeier stellte Gap den ersten Kennzahlenbericht einer breiten Öffentlichkeit vor. Ziel des Berichtes ist es, die Leistungen und Wirkungen von Gap interessierten Kreisen darzustellen und konzeptionelle Entwicklungen evidenzbasierend einzuleiten. So hat beispielsweise Gap im Jahr 2012 über 800 Jugendliche unterstützt und über ein Drittel der Jugendlichen, die Gap im Jahre 2012 abschlossen, wurden in eine Lehre vermittelt. Die hohe Zahl von über 25% Selbstmeldern zeigt zudem, das sich Gap an der Schnittstelle Sek I-Berufsbildung bestens positioniert hat und über ein kohärentes und wirkungsvolles Verfahren zur Identifizierung der Risikogruppe verfügt. Auch im kommenden Jahr wird der Kennzahlenbericht ein wichtiges Instrument sein, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dysfunktionalen Bildungsbiographien und belasteten psychosozialen Problemlagen eine optimale Unterstützung zu bieten.

Schulsozialarbeit (SSA) Die Nachfrage nach dem Angebot der Schulsozialarbeit bewegte sich im Berichtsjahr im vergleichbaren Rahmen wie im Jahr zuvor. Der Prozess der Verortung der Fachstelle Schulsozialarbeit in der Volksschule war ein prägendes Thema über das gesamte Jahr hinweg. Das erfolgreiche Präventionsangebot Start?Klar!, welches die Schulsozialarbeit in Kooperation mit der „Suchthilfe Region Basel“ entwickelt hat, wurde auf weitere Standorte der WBS-Stufe ausgeweitet.

Schulpsychologischer Dienst (SPD) Der Schulpsychologische Dienst hat in einzelnen Pilotschulen Fachteams eingeführt. Dieses niederschwellige Beratungsangebot trägt dazu bei, Risikogruppen

früh zu erkennen und die Ausgrenzung von Schülerinnen und Schülern zu vermeiden. Das Augenmerk liegt auf der Vernetzung aller an der Schule Beteiligten. Die Zahl der Klientinnen und Klienten des Schulpsychologischen Dienstes bewegte sich im Berichtsjahr im vergleichbaren Rahmen wie im Jahr davor. Auch die Anzahl der Einsätze bei ausserordentlichen Ereignissen in den Schulen durch ausgebildete Notfallpsychologinnen und Notfallpsychologen des SPD war ähnlich wie im vorhergehenden Jahr. Das Standardisierte Abklärungsverfahrens (SAV) startete im Herbst 2013 im vierten Durchlauf in optimierter Umsetzung.

Volksschulen ED-230

In den Volksschulen erwerben alle im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in der Regel in elf Jahren die obligatorische Grundbildung, sofern sie keine Privatschule besuchen. Die öffentlichen Schulen haben den Auftrag, alle Kinder zu integrieren und sie entsprechend ihren Begabungen und Interessen zu fördern. Der Unterricht in den heterogenen Klassen erfolgt differenziert. Die Vielfalt an Begabungen und die Spanne zwischen Stärkeren und Schwächeren bieten wirkungsvolle Lernanreize. Mit Hilfe schuleigener Förderangebote werden die Schulen auch besonderem Bildungsbedarf gerecht. In Einzelfällen können die Schulleitungen zusätzliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Die Lehrpersonen beziehen die Eltern als Partner in die Verantwortung für die Schulbildung ein. Zur Unterstützung der Familien findet der Unterricht vormittags in Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus frühmorgens, über Mittag und am Nachmittag nach pädagogischen Grundsätzen betreut.
Alle Schülerinnen und Schüler, die bis zum Sommer 2012 den Kindergarten oder die Primarschule besuchen oder noch nicht eingeschult sind, durchlaufen die neue Schullaufbahn mit acht Jahren Primarstufe (unter Einschluss des zweijährigen Kindergartens) und anschliessend drei Jahren Sekundarschule. In der Primarstufe sind die Kinder unabhängig von Herkunft und Leistungen in Lerngruppen und Klassen von wohnortsnahen Standorten eingeteilt. Sie werden zur Hauptsache von generalistisch ausgebildeten Lehrpersonen mit den elementaren Kulturtechniken vertraut gemacht und in ihrer Entwicklung und Gemeinschaftsfähigkeit unterstützt. In der anschliessenden dreijährigen Sekundarschule wird die Allgemeinbildung von Fachlehrpersonen vertieft und differenziert. Die Jugendlichen werden in ihren individuellen Fähigkeiten und Neigungen unterstützt und auf den Übertritt in die Berufslehre und die allgemein bildenden weiterführenden Schulen vorbereitet. Die Sekundarschule führt drei Leistungszüge unter einem Dach. Diese sind so aufeinander abgestimmt, dass eine hohe Durchlässigkeit möglich ist. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten nach elf Schuljahren den Volksschulabschluss, in dem ihre Leistungen und die erworbenen Übertrittsberechtigungen festgehalten sind. Jene Schülerinnen und Schüler, die aktuell die ursprünglich dreijährige Orientierungsschule oder die zweijährige Weiterbildungsschule besuchen, folgen der alten Schullaufbahn.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschule 2010 hat der Grosse Rat den Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und eine entsprechende Anpassung des Schulgesetzes beschlossen. Die Harmonisierung erleichtert die Mobilität der Familien und die Kooperation der Kantone bei der Entwicklung ihrer Schulsysteme. Die beiden Basel sind daran, die gleiche Schullaufbahn mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen und vier Jahren Gymnasium aufzubauen. Mit Erreichen des Volksschulabschlusses treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Die vier Kantone der Nordwestschweiz, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn koordinieren die Einführung des Lehrplans 21, die Umsetzung der vierkantonalen Leistungstests und Grundsätze für die Schullaufbahn. Im Frühling des Berichtsjahrs haben sie ihre Zusammenarbeit mit einer neuen Regierungsvereinbarung bekräftigt. Im September wurde zum ersten Mal der Leistungstest Check P3 an den Primarschulen der vier Kantone durchgeführt. Die kantonale Umsetzung der Harmonisierung erfolgte bis Ende 2013 durch eine eigenständige Projektorganisation. Abgeschlossen sind die folgenden Arbeiten: die Konkretisierung der neuen Schulstufen, die Neuzuteilung der Lehrpersonen der auslaufenden Schulen, der Raumplan für die Allokation der neuen Schulstufen, die Bewilligung der Sammelkredite zu den generellen Schulraumanpassungen, die neue Laufbahnverordnung, in der die Beurteilungs- und Übertrittsfragen umfassend geregelt werden und die bikantonalen Stundentafeln für die neue Volksschule sowie das neue Gymnasium. Im Berichtsjahr konnte eine ganze Reihe von Bauvorhaben fristgerecht fortgeführt oder in Angriff genommen werden; in diesem Zusammenhang musste etwa der Unterricht der Primarschule Bläsi in ein Provisorium auf der Erlenmatt verlegt werden. Ende Jahr nahm der Kanton zuhanden der Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweiz zum Entwurf des Lehrplans 21 Stellung.

Sprachförderung Durch Intensivierung der Sprachförderung in der Volksschule werden die Bildungs- und Berufschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert – vorab jene von Kindern

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-224'203.3	-231'801.3	-232'511.8	-710.6	-0.3	-8'308.5	-3.7	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-50'906.9	-53'459.2	-53'535.7	-76.4	-0.1	-2'628.7	-5.2	
36 Transferaufwand	-46'840.1	-47'832.2	-44'724.2	3'108.0	6.5	2'115.9	4.5	2
Betriebsaufwand	**-321'950.3**	**-333'092.7**	**-330'771.7**	**2'321.0**	**0.7**	**-8'821.4**	**-2.7**	
42 Entgelte	2'128.3	2'280.5	2'560.2	279.6	12.3	431.9	20.3	3
43 Verschiedene Erträge	1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.1	-100.0	
46 Transferertrag	23'103.4	23'872.6	24'788.4	915.8	3.8	1'684.9	7.3	4
Betriebsertrag	**25'232.8**	**26'153.1**	**27'348.5**	**1'195.4**	**4.6**	**2'115.7**	**8.4**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-296'717.5**	**-306'939.5**	**-303'423.2**	**3'516.4**	**1.1**	**-6'705.6**	**-2.3**	
Betriebsergebnis	**-296'717.5**	**-306'939.5**	**-303'423.2**	**3'516.4**	**1.1**	**-6'705.6**	**-2.3**	
34 Finanzaufwand	-3.5	-0.5	-3.7	-3.2	-635.9	-0.2	-5.2	
44 Finanzertrag	4.6	4.9	3.9	-1.0	-19.9	-0.7	-15.5	
Finanzergebnis	**1.1**	**4.4**	**0.2**	**-4.1**	**-95.2**	**-0.9**	**-81.2**	
Gesamtergebnis	**-296'716.4**	**-306'935.2**	**-303'423.0**	**3'512.2**	**1.1**	**-6'706.5**	**-2.3**	
davon Funktionen:								
21 Obligatorische Schule	-262'036.8	-273'459.6	-274'690.3	-1'230.7	-0.5	-12'653.5	-4.8	
22 Sonderschulen	-33'825.2	-32'498.9	-27'755.9	4'742.9	14.6	6'069.3	17.9	
29 Übriges Bildungswesen	-854.4	-976.7	-976.7	0.0	0.0	-122.3	-14.3	

Kommentar

1 Die Zahl der Schülerinnen und Schüler war im Rechnungsjahr deutlich höher als budgetiert. Durch Unterschreitungen der Unterrichtslektionendächer v.a. der Primarschule wurde das Budget aber nur geringfügig überschritten.

2 Die Anzahl Schülerinnen und Schüler in Privatschulen und privaten Sonderschulen war tiefer als budgetiert (-2.4 Mio. Franken). Zudem lagen die Ausgaben für integrative Angebote in den privaten Schulen und Fachzentren ebenfalls unter Budget, wobei ein Teil davon statt dessen für die Förderangebote der Volksschulen verwendet wurde (insgesamt -1.5 Mio. Franken). Bei den Tagesstrukturen lagen die Entschädigungen an externe Anbieter wegen des deutlich höheren Platzangebots über Budget (+0.8 Mio. Franken).

3 Die Elternbeiträge bei den Tagesstrukturen haben das Budget wegen dem höheren Platzangebot übertroffen.

4 Es wurden deutlich mehr Leistungen für die Gemeindeschulen Bettingen/Riehen erbracht als budgetiert. Zudem entstanden nicht budgetierten Erträge der Jacobs Foundation für die „Bildungslandschaften".

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'396.5	1'415.6	1'473.5	1'500.7	1'547.6	1
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	12'423	12'677	12'741	12'955	12'785	2
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 1. Sept.)	%	53.3	53.4	53.5	54.3	54.5	3
Unterrichtslektionen	Anz	30'493	30'158	30'598	30'209	30'333	4
Anteil Schüler/-innen in separativem Angebot	%	8.1	8.3	7.3	6.8	6.3	5
Kinder mit verstärkten Massnahmen (integrative+separative)	Anz	718	780	761	741	680	6
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	23.9	24.3	25.3	26.9	26.0	7
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	36.1	33.7	35.5	32.9	34.5	8
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	37.1	39.1	37.0	37.1	37.9	9
Übertrittsquote WBS in die berufliche Grundbildung	%	17.3	20.7	22.7	19.3	28.8	10
Übertrittsquote WBS in eine weiterführende Schule	%	22.2	25.0	21.1	21.4	10.3	11
Übertrittsquote WBS in ein Brückenangebot	%	56.1	48.9	49.6	52.7	50.4	
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	0.3	1.2	1.0	0.6	0.8	12
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	23.0	24.0	15.0	16.9	20.0	13

Kommentar

1 Die laufende Erhöhung der Vollzeitstellen ist teilweise auf die Verschiebung der Logopädie (2012 zu 2013) resp. der Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung (2011 zu 2012) von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Durch den laufenden Ausbau der Tagesstrukturen fanden im Rechnungsjahr weitere Headcounterhöhungen statt.

2 Inklusive Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen, in Einführungs- und Kleinklassen. Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts. Ohne Primarschüler/-innen aus Bettingen/Riehen. Per Schuljahr 2013/14 dauert die Primarschule ein Jahr länger (Beginn Schulharmonisierung). Die PrimarschülerInnen aus Riehen/Bettingen besuchen im 5. Schuljahr die Primarschule anstelle der Orientierungsschule (betrifft rund 200 Schüler/-innen). Sie tauchen in dieser Kennzahl daher nicht mehr auf, was die Abnahme 2013 gegenüber 2012 erklärt.

3 Die Berechnung dieser Quoten basiert auf den Schülerzahlen in der Schülerstatistik des Statistischen Amts.

4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2013 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2013/2014 aufgeführt).

5 ="Aussonderungsquote". Diese Kenngrösse setzt sich zusammen aus allen Schüler/-innen in Spezialangeboten, in heilpädagogischen Sonderschulen (inner- und ausserkantonale), in Heimschulen (inner- und ausserkantonale), in Fremdsprachklassen sowie in Einführungs- und Kleinklassen. Per Jahresbericht 2013 wurden zusätzlich auch die Schülerinnen und Schüler mit verstärkten Massnahmen berücksichtigt, die private Schulen besuchen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleiten erfolgte eine rückwirkende Korrektur ab 2009.

6 Inklusive Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten (ohne KIS) und in Privatschulen. Bei den separativen Angeboten sind die Schüler/-innen mit Wohnsitz Riehen oder Bettingen mitgezählt, bei den integrativen Angeboten der Primarstufe jedoch nicht.

7 Seit 2012 werden bei diesen Kennzahlen die Resultate der Aufnahmeprüfungen WBS/Gym. berücksichtigt. Die Summe der Übertritte an die Weiterbildungsschule WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in ein Spezialangebot oder Wegzug.

8 Siehe Fussnote 7.

9 Siehe Fussnote 7.

10 Diese Kennzahl wurde per Jahresbericht 2013 neu definiert: Neu wird die Wirtschaftsmittelschule zur berufl. Grundbildung gezählt (vorher weiterführende Schulen). Dies erklärt einen Teil des Anstiegs 2013. Dank dem neuen Triageverfahren entschieden sich 2013 zusätzlich deutlich mehr Schülerinnen und Schüler für die berufliche Grundbildung.

11 Neudefinition der Kennzahl per Jahresbericht 2013: Die Wirtschaftsmittelschule wird neu nicht mehr zu den weiterführenden Schulen gezählt, sondern zur beruflichen Grundbildung. Dies erklärt die Abnahme 2013.

12 Inkl. WBS Spezialangebote und Fremdsprachklassen.

13 Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und der Orientierungsschule (OS), jedoch ohne die Schüler/-innen in Spezialangeboten. Bis 2010 umfasst sie jene Schülerinnen und Schüler, welche unterrichtsergänzende Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesschulen) oder Tagesbetreuung (Tagesheime, Tageseltern) in Anspruch nehmen. Ab 2011 werden Schüler/innen mit Tagesbetreuung nicht mehr dazugezählt, da diese bereits in der Dienststelle Jugend, Familie und Sport ausgewiesen werden. Dies erklärt den deutlichen Rückgang 2011 zu den beiden Vorjahren.

aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien. Dazu kommt zusätzlich die Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarten durch den quantitativen und qualitativen Ausbau des Angebots an privaten Spielgruppen mit integrierter Sprachförderung. Seit dem Berichtsjahr ist die Frühförderung Deutsch für Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen ein Jahr vor dem Kindergarten obligatorisch. Die Vorverlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zur Romandie an. Der Französischunterricht beginnt neu im 5. Schuljahr (3. Klasse der Primarschule). Aktuell werden die Lehrpersonen für den Englischunterricht ausgebildet. Dieser setzt seit Sommer 2013 im 7. Schuljahr (5. Klasse der Primarschule) ein. Schliesslich wurde im Hinblick auf die dringende Verbesserung des Schulerfolgs von Fremdsprachigen ein neues Konzept zum Unterricht in Deutsch als Zweitsprache für die Primarschule konzipiert. Es wird ab 2014 in Etappen umgesetzt.

Tagesstrukturen Im Dienste der Kinder und der Familien übernimmt die Schule neben dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vermehrt auch einen Betreuungsauftrag. Sie bietet Tagesstrukturen an, die nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet sind. Die Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot in Anspruch nehmen. Der weitere Ausbau erfolgt entsprechend dem Bedarf und den verfügbaren Ressourcen. Die Mittel für den geplanten Raumausbau sind in einem Sammelratschlag bewilligt worden. Im Berichtsjahr wurden rund 200 neue Plätze geschaffen.

Sonderpädagogik wird Teil der Volksschule Seit 2011 wird die Sonderpädagogik schrittweise in die Volksschule integriert, die damit zur Schule für alle wird. Alle Regelschulstandorte organisieren ihre Förderangebote teilautonom. Zu diesen gehören an den Primarstufenstandorten seit 2012 auch die Logopädie und die Psychomotorik. Auf Antrag der Schulleitung und nach Abklärung des Förderbedarfs durch die Schulpsychologie entscheidet die Volksschulleitung, welche Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf zusätzliche Ressourcen erhalten und ob die Schulung in der Regelklasse oder in einer Sonderschule (in den staatlichen Spezialangeboten oder in nichtstaatlichen Sonderschulen) erfolgt. Die im interkantonalen Vergleich hohe Aussonderungsquote wird massvoll und über längere Zeit reduziert. Ressourcen für nicht mehr benötigte Sonderschulplätze stehen den Schulen für ihre Förderangebote zur Verfügung. Die Umsetzung der integrativen Schule erfolgt auf der Grundlage des Konkordats Sonderpädagogik, der Schulgesetzrevision und der entsprechenden Verordnung. Diese wurde im Berichtsjahr revidiert.

Allgemeinbildende weiterführende Schulen ED-240

Diese Dienststelle umfasst das Gymnasium Bäumlihof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium und die Fachmaturitätsschule. Die Maturitätsschule für Berufstätige und der Passerelle-Lehrgang von der Berufsmaturität zum allgemeinen Hochschulzugang sind seit August 2011 als Abteilung ins Gymnasium Kirschgarten integriert.

Die Gymnasien führen ihre Schülerinnen und Schüler in einem fünfjährigen Bildungsgang nach den Vorgaben der Eidgenössischen Maturitäts-Anerkennungsverordnung MAV (früher MAR) zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der nicht an allen Standorten gleich ist.

Die Fachmaturitätsschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet in sechs Fachrichtungen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Höheren Fachschule oder an einer Fachhochschule vor.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerelle-Lehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. Nach einem einjährigen Kurs und einer erfolgreichen Abschlussprüfung erlangen die Studierenden den Zugang zu den universitären Hochschulen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Schulübergreifende Tätigkeiten und Projekte

Lehrplanarbeit Gymnasien Übergangszeit Im Berichtsjahr wurden die kantonalen Teile der neuen Lehrpläne für die Übergangszeit fertiggestellt und vom Erziehungsrat verabschiedet. Mit der Umsetzung der vom Grossen Rat im Mai 2010 beschlossenen Schulharmonisierung wird der gymnasiale Bildungsgang vom Kindergarten bis zur Matur von vierzehn auf fünfzehn Jahre verlängert. Nur vier statt heute fünf Jahre dieses Weges deckt in Zukunft aber das Gymnasium ab. In einer Übergangszeit erlangen bei vier Jahrgängen je ca. die Hälfte der Schülerinnen und Schüler wie bis anhin in 14 Jahren beziehungsweise nach dem neuen System in 15 Jahren die Maturität.

Harmonisierte Maturitätsprüfungen Im Berichtsjahr wurde mit der Umsetzung der Rahmenvorgaben für die harmonisierten Maturitätsprüfungen begonnen. Für jedes Prüfungsfach wurden Ressortgruppen und Ressortleitende bestimmt, welche die schriftlichen Prüfungen im Vorfeld begutachten und genehmigen. Mit der Forderung nach Einheitlichkeit (pro Fach und Schule) und Vergleichbarkeit (innerhalb des Kantons) der schriftlichen Maturitätsprüfungen wird dem Anspruch der Schülerinnen und Schüler auf Gleichbehandlung Rechnung getragen.

Begabungsförderung Durch die Ernennung und Ausbildung von Koordinatorinnen und Koordinatoren für Begabungsförderung an jedem Gymnasium wurde die Begabungsförderung an den Gymnasien institutionell verankert. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren organisieren den Kontakt der Schülerinnen und Schüler zu bestehenden Förderangeboten (Schülerstudium, Schweizer Jugend Forscht, Wissenschaftsolympiaden).

Freizügigkeit der Schulwahl Im Hinblick auf die Einführung der gelenkten Wahlfreiheit bei der Schulwahl auf der Stufe Gymnasium und Fachmaturitätsschule im Bildungsraum Nordwestschweiz per Schuljahr 2015/16 wurde im Berichtsjahr eine gemeinsame elektronische Anmeldeplattform für die Gymnasien und die Fachmaturitätsschulen in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft entwickelt.

Gesamtsanierungen von Schulhäusern An verschiedenen Standorten waren Gesamtsanierungen in Vorbereitung oder bereits in Umsetzung, welche die Schulen stark forderten.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-70'727.0	-68'670.3	-71'316.1	-2'645.8	-3.9	-589.1	-0.8	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'556.2	-11'507.5	-11'525.2	-17.7	-0.2	31.0	0.3	
36 Transferaufwand	-84.4	-111.4	-67.5	43.8	39.3	16.8	20.0	
Betriebsaufwand	**-82'367.6**	**-80'289.1**	**-82'908.9**	**-2'619.8**	**-3.3**	**-541.3**	**-0.7**	
42 Entgelte	1'163.3	1'040.1	1'043.9	3.8	0.4	-119.5	-10.3	
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-100.0	
46 Transferertrag	771.0	655.0	768.1	113.1	17.3	-2.9	-0.4	2
Betriebsertrag	**1'934.7**	**1'695.1**	**1'812.0**	**116.9**	**6.9**	**-122.8**	**-6.3**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-80'432.9**	**-78'594.0**	**-81'096.9**	**-2'502.9**	**-3.2**	**-664.0**	**-0.8**	
Betriebsergebnis	**-80'432.9**	**-78'594.0**	**-81'096.9**	**-2'502.9**	**-3.2**	**-664.0**	**-0.8**	
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.9	-0.8	0.1	6.1	0.0	1.0	
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.4	0.4	0.0	0.4	0.0	
Finanzergebnis	**-0.8**	**-0.9**	**-0.4**	**0.5**	**52.7**	**0.4**	**50.1**	
Gesamtergebnis	**-80'433.7**	**-78'594.9**	**-81'097.3**	**-2'502.4**	**-3.2**	**-663.6**	**-0.8**	
davon Funktionen:								
21 Obligatorische Schule	-26'450.3	-25'686.9	-26'878.4	-1'191.5	-4.6	-428.2	-1.6	
25 Allgemeinbildende Schulen	-53'456.6	-52'357.7	-53'663.1	-1'305.4	-2.5	-206.5	-0.4	
29 Übriges Bildungswesen	-526.9	-550.2	-555.8	-5.5	-1.0	-28.9	-5.5	

Kommentar

1 Die Überschreitung bei den Personalkosten ist auf höhere Schülerzahlen und Lektionenmehrkosten zurückzuführen. Weiter waren aufgrund von Krankheitsabsenzen und Mutterschaften zusätzliche Aushilfen notwendig.

2 Die gestiegenen ausserkantonalen Schülerzahlen beim Gymnasium Kirschgarten für den Lehrgang Passerelle und für die Kantonale Maturität für Berufstätige führten zu Mehreinnahmen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	385.3	402.0	406.0	404.3	396.9	
Schüler/-innen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	3'573	3'606	3'543	3'539	3'521	1
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	22.8	24.7	27.5	27.5	28.0	2
Unterrichtslektionen	Anz	7'017	7'083	6'979	6'919	6'902	3
Erworbene Abschlüsse	Anz	734	780	798	750	768	
Gymnasiale Maturitätsquote	%	23.1	28.8	29.3	28.4		4

Kommentar

1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Schüler/-innen der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle sind nicht berücksichtigt.

2 ohne MfB und Passerelle

3 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2013 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2013/2014 aufgeführt).

4 Die gymnasiale Maturitätsquote entspricht dem Anteil der Personen, die ein gymnasiales Maturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 19-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung (=Durchschnittsalter der MaturandInnen). Bei Redaktionsschluss lag der Wert des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2013 noch nicht vor.

Berichte der einzelnen Schulen

Fachmaturitätsschule (FMS) Die hohe Gymnasialquote in Basel und der zu begrüssende steigende Anteil (sehr) guter WBS-Absolventinnen und -Absolventen, welche eine Lehre (mit Berufsmaturität) in Angriff nehmen, lässt die Zahl der Basler Schülerinnen und Schüler an der FMS sinken, welche erfolgreich auf ein Fachhochschulstudium vorbereitet werden.

Um grössere Lerngruppen zu bilden, wurde im Berichtsjahr mit dem Kanton Basel-Landschaft die Vereinbarung getroffen, die Fachrichtung Musik/Theater/Tanz ab Schuljahr 2014/15 nur noch an der FMS Basel zu führen, das heisst musisch begabte Schülerinnen und Schüler werden im Rahmen des Regionalen Schulabkommens ab der zweiten Klasse die FMS Basel besuchen können, wenn sie die entsprechende Eignungsabklärung erfolgreich absolviert haben. Eine vergleichbare Abmachung wurde auch für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft getroffen, welche sich für die Fachrichtung Kommunikation/Medien interessieren, die nur an der FMS Basel angeboten wird.

Auch aus dem Kanton Solothurn sind 2013 vermehrt Nachfragen für die Fachrichtung Gestaltung/Kunst zu verzeichnen, welche an der FMS Olten und Solothurn nicht angeboten wird. Im Hinblick auf die gelenkte Wahlfreiheit im Bildungsraum Nordwestschweiz ab Schuljahr 2015/16 ist die FMS Basel mit ihrer umfangreichen Angebotspalette gut aufgestellt.

Gymnasium Bäumlihof (GB) Das Gymnasium Bäumlihof ist im Berichtsjahr mit zwei gesamtschweizerischen Preisen ausgezeichnet worden: a) Erster Preis der Schweizerischen Weiterbildungszentrale für Konzeption und Umsetzung der pädagogischen Überlegungen im Schulprojekt GB^{plus}. b) Zweiter Preis beim Schweizerischen Schulpreis für das Projekt GB^{plus}, das die Jury als „Leuchtturm der Schulentwicklung“ bezeichnet hat.

Gymnasium Kirschgarten (GKG) Nach der Klärung der Standortfrage kam die Planung des Provisoriums auf der Luftmatt im Berichtsjahr zügig voran. Parallel zum Provisorium musste das Vorprojekt für die Gesamtsanierung des Schulkomplexes am Bahnhof vorangetrieben werden. Der provisorische Zeitplan sieht vor, dass der Unterricht von Oktober 2014 bis Juni 2016 im temporären Schulgebäude stattfindet.

Die Partnerschaft mit der Pädagogischen Hochschule (PH FHNW) zur praxisnahen Ausbildung von künftigen Lehrpersonen konnte 2013 erfolgreich weitergeführt werden.

An den Maturitätskursen für Berufstätige erlangten 25 Absolventinnen und Absolventen einen kantonal anerkannten Maturitätsausweis. In der Passerelle von der Berufsmaturität zur Universität wurden erstmals vier Parallelkurse geführt.

Gymnasium Leonhard (GL) Mit vier Festakten wurde das Jubiläum „200 Jahre Höhere Mädchenbildung Basel 1813-2013“ begangen; die Höhepunkte waren das Jubiläumskonzert „Frauenbilder“ im Stadtcasino und eine Ausstellung zum Thema. Die Schulentwicklung stand ganz im Zeichen der Ausarbeitung eines neuen Modells mit veränderten Zeitstrukturen, das dem Lernen mehr Luft verschaffen soll (deshalb: LeO2). Der Erziehungsrat bewilligte das Projekt für die nächsten vier Schuljahre mit maximal zwei dritten Klassen, für welche sich die Schülerinnen und Schüler bewerben können. Ausserdem wurden die im Rahmen der neuen Stundentafel frei gestaltbaren fünf Lektionen festgelegt und verteilt auf die Themen Klassenstunde, politisches Lernen und Wahlfach. Intensiv gestaltete sich die Wahrnehmung der Bauherrschaft beim Ausbau eines Teils des Dachstocks im Altbau von 1884 sowie beim Umbau eines naturwissenschaftlichen Raumes im Gebäude der WBS Leonhard.

Gymnasium am Münsterplatz (GM) Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der Totalsanierung des Gymnasiums die naturwissenschaftlichen Bereiche völlig modernisiert und weitere Unterrichtsbereiche gemäss HARMOS-Standard umgebaut. Zur methodischen Flexibilisierung des Unterrichts wurden Gruppenräume und offene Schülerarbeitszonen für gecoachten und selbstgesteuerten Unterricht konzipiert und errichtet. Um einen erhöhten Identifikationsgrad der Schülerschaft mit dem erweiterten Lernraum in den Gängen und im Lernzentrum zu erreichen, wurden sie via das Schülerparlament in die ästhetische Gestaltung dieser Zonen (Arbeitsformen, Mobiliar, Raumgestaltung) einbezogen. Hinzu kamen umfassende Baumassnahmen zugunsten der Gebäudesicherheit.

Das Gymnasium am Münsterplatz baute 2013 sein Förderzentrum zur Integration von gymnasialen Schülerinnen und Schülern mit fremder Muttersprache und anderer Bildungsbiographie stark aus. Grund dafür ist die Heterogenität der Klassen, welche infolge der Zunahme zugewanderter gymnasialer Schüler mit fremdsprachigem Hintergrund in Basel gestiegen ist.

Das International Baccalaurate-Programm des GM umfasste im Berichtsjahr sieben Klassen. Alle im Mai 2013 erstmals zur IB-Prüfung angetretenen Schülerinnen und Schüler des GM haben, nebst der zweisprachigen Matur, das bilinguale IB-Diplom erfolgreich bestanden. Die Leistungen sind sehr hoch einzuordnen, da die Pilotklasse als erste im Kanton Basel-Stadt beide zeitlich eng beieinander liegenden Abschlüsse mit teils hervorragenden Leistungen bewältigt hat. So liegen die Ergebnisse in fünf von sechs Prüfungsfächern meist weit über dem weltweiten Durchschnitt. Die Schülerinnen und Schüler erzielten in den Prüfungsfächern einen Durchschnitt von 5.4 Punkten (Weltschnitt: 4.9 Punkte).

Wirtschaftsgymnasium (WG) Ein Schwerpunkt im Rahmen des Qualitätsmanagements war im Berichtsjahr das Thema „Absenzen der Schülerinnen und Schüler“. Dazu wurden Schülerinnen und Schüler mit auffälligem Absenzenverhalten anonym zu den Ursachen befragt. Dabei zeigte sich, dass eine Verschärfung des Absenzenreglements eher einen geringen Einfluss auf das Absenzenverhalten hat. Viele Gründe liegen im privaten Umfeld, genannt wurden dabei schwierige Familienverhältnisse oder allgemeine Motivationsprobleme. Das Thema wird weiterverfolgt.

Im Lern- und Förderzentrum wurden 2013 die Angebote für die Lernunterstützung und die Begabungsförderung immer mehr genutzt. Bei der Lernunterstützung geht es häufig um die Förderung der Ausdrucksweise und des Verständnisses der deutschen Sprache, was letztlich allen Fächern zugute kommt.

Berufsbildende Schulen ED-245

Diese Dienststelle umfasst das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule Basel (BFS), die Wirtschaftsmittelschule (WMS) und das Bildungszentrum Gesundheit (BZG).

Das ZBA bietet Jugendlichen, die die obligatorische Schulzeit absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS) vermitteln die schulische Bildung sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest (EBA), dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität. Im Weiteren leisten sie in der allgemeinen und berufsorientierten Weiterbildung sowie in der höheren Berufsbildung einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

Die Wirtschaftsmittelschule, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die eigentliche Wirtschaftsmittelschule (WMS) (vormals HMS) und die Informatikmittelschule (IMS). Beide Schulen führen zu einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule (HF) und bildet auf der Tertiärstufe B als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus. In Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule bietet das BZG zusätzlich fünfzig Studienplätze für Physiotherapie auf dem Niveau einer Fachhochschule (Tertiär A) an.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Schulübergreifende Tätigkeiten und Projekte

Berufsmaturität Der neue Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität wird per Schuljahr 2015/16 eingeführt. Die Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz (AG, BL, BS und SO) werden die Umsetzung gemeinsam gestalten und ein Validierungsorgan für die Abschlussprüfungen einrichten. Es ist vorgesehen, dass die Kantone BL und BS für die Fächer mit schriftlichen Abschlussprüfungen gemeinsame Fachlehrpläne erarbeiten werden. Im Berichtsjahr sind die notwendigen Vorbereitungen in die Wege geleitet worden und eine vierkantonale Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen.

Berichte der einzelnen Schulen

Zentrum für Brückenangebote (ZBA)

Namensänderung Seit dem 1. August 2013 heisst die Schule für Brückenangebote (vormals SBA) neu „Zentrum für Brückenangebote“ (ZBA).

Q2E Im Januar bestand das ZBA erfolgreich die Re-Zertifizierung des QM (Q2E) durch die Firma SGS (Société Générale de Surveillance SA).

Triage Im Frühling 2013 fand erstmals das neue Bewerbungsverfahren für den Zugang zu einem Brückenangebot über die neu geschaffene externe Triagestelle statt. Das Triageverfahren ist neu der Berufsberatung angegliedert und soll über eine zentrale, unabhängige Stelle Jugendliche ohne Anschlusslösung nach der Volksschule einer passenden Anschlusslösung wie einem Brückenangebot oder einer anderen Zwischenlösung zuweisen. Das Verfahren wird in Zusammenarbeit aller Beteiligten weiterentwickelt.

Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS)

Berufliche Vor- und Grundbildung Erstmals wurde mit allen Klassen der Grundbildung (exkl. erstem Lehrjahr) während einer Woche eine Lernendenversammlung durchgeführt mit dem Ziel, wichtige Rückmeldung zur Weiterentwicklung des Unterrichts zu erhalten.

Höhere Berufs- und Weiterbildung Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat den Bildungsgang „Technik HF Unternehmensprozesse“ ab der Durchführung August

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-92'712.2	-90'819.3	-93'928.0	-3'108.7	-3.4	-1'215.8	-1.3	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-22'906.6	-23'056.4	-22'555.8	500.6	2.2	350.7	1.5	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-171.0	-240.0	-209.4	30.6	12.8	-38.4	-22.4	
36 Transferaufwand	-21'797.6	-16'635.7	-16'576.4	59.2	0.4	5'221.2	24.0	
Betriebsaufwand	**-137'587.4**	**-130'751.4**	**-133'269.6**	**-2'518.2**	**-1.9**	**4'317.8**	**3.1**	
42 Entgelte	6'729.7	6'486.5	6'889.6	403.1	6.2	159.9	2.4	3
43 Verschiedene Erträge	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3	-100.0	
46 Transferertrag	27'474.0	26'964.7	27'657.4	692.7	2.6	183.4	0.7	4
Betriebsertrag	**34'204.0**	**33'451.2**	**34'547.0**	**1'095.8**	**3.3**	**343.0**	**1.0**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-103'383.4**	**-97'300.2**	**-98'722.6**	**-1'422.4**	**-1.5**	**4'660.8**	**4.5**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-58.8	-225.6	-225.6	0.0	0.0	-166.8	-283.5	
Abschreibungen	**-58.8**	**-225.6**	**-225.6**	**0.0**	**0.0**	**-166.8**	**-283.5**	
Betriebsergebnis	**-103'442.3**	**-97'525.8**	**-98'948.2**	**-1'422.4**	**-1.5**	**4'494.0**	**4.3**	
34 Finanzaufwand	-1.4	-1.9	-1.2	0.7	37.9	0.2	16.3	
44 Finanzertrag	47.5	45.7	64.4	18.7	40.8	16.9	35.5	
Finanzergebnis	**46.1**	**43.8**	**63.2**	**19.4**	**44.2**	**17.1**	**37.1**	
Gesamtergebnis	**-103'396.1**	**-97'482.0**	**-98'885.0**	**-1'403.1**	**-1.4**	**4'511.1**	**4.4**	
davon Funktionen:								
23 Berufliche Grundbildung	-82'962.9	-81'461.2	-82'729.1	-1'267.9	-1.6	233.8	0.3	
26 Höhere Berufsbildung	-15'828.7	-11'427.8	-11'507.7	-80.0	-0.7	4'321.0	27.3	
29 Übriges Bildungswesen	-4'604.6	-4'593.0	-4'648.2	-55.2	-1.2	-43.6	-0.9	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-225.0	-548.4	-323.4	-143.7	-548.4	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	247.9	247.9	0.0	247.9	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**-225.0**	**-300.5**		**-75.5**		**-300.5**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**-225.0**	**-300.5**	**-75.5**	**-33.6**	**-300.5**	**0.0**

Kommentar

1 Von der Überschreitung gehen Fr. 0.9 Mio. auf höhere Schülerzahlen zurück. Zudem liegen die Kosten für die Stellvertretungen inklusive Krankheitsausfälle um Fr. 0.8 Mio. und die Ausschöpfung der Lektionendächer um Fr. 0.5 Mio. über Budget. Weiter hat das Bildungszentrum Gesundheit (BZG) einen um Fr. 0.9 Mio. höheren Personalaufwand, welcher durch Einsparungen im Sachaufwand (-0.25 Mio. Franken) und durch Mehreinnahmen (-0.55 Mio. Franken) grösstenteils kompensiert werden konnte.

2 Von den Minderausgaben entfällt die Hälfte (Fr. 0.25 Mio.) auf das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt und die andere Hälfte auf die übrigen Berufsschulen.

3 Mehreinnahmen entstanden einerseits bei der Allgemeinen Gewerbeschule Basel (Fr. 0.2 Mio. für höhere Kurs- und Schulgelder sowie Werkstattleistungen) und andererseits beim Bildungszentrum Gesundheit Basel (Fr. 0.3 Mio. hauptsächlich für zusätzliche Einnahmen für die Praktika im Bereich Pflege).

4 Die gestiegenen ausserkantonalen Schülerzahlen führten zu Mehreinnahmen, wovon Fr. 0.25 Mio. beim Bildungszentrum Gesundheit angefallen sind.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	506.4	508.9	526.1	540.7	536.0	
Schüler/-innen SBA (per 1. Sept.)	Anz	854	805	771	760	844	1
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	308	303	305	292	312	2
Lernende berufliche Grundbildung (1.9.)	Anz	4'225	4'272	4'330	4'315	4'311	
Lernende Wirtschaftsmittelschule	Anz	433	445	424	405	410	
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	322	314	315	962	950	3
Unterrichtslektionen	Anz	8'548	8'495	8'454	9'243	9'621	4
Erworbene Abschlüsse WMS	Anz	94	74	80	73	82	5
Berufsmaturitätsquote	%	7.0	7.6	8.0	8.8		6
Übertrittsquote SBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	68.2	68.5	71.3	68.6	61.9	

Kommentar

1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen.

2 Inkl. Schüler/-innen der Vorkurse SfG.

3 Ab 2012 inkl. Studierende des BZG.

4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2013 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2013/2014 aufgeführt). Ab 2012 inkl. BZG. Ab Budget 2013 sind erstmals die Lektionen enthalten, die durch die Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins BZG zusätzlich erteilt werden.

5 Nur WMS-Abschlüsse (ohne IMS).

6 Die Berufsmaturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 21-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz (=Durchschnittsalter der BerufsmaturandInnen). Bei Redaktionsschluss lag der Wert des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2013 noch nicht vor.

2008 offiziell anerkannt. Die erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen sind berechtigt, den gesetzlich geschützten Titel dipl. Technikerin/Techniker HF Unternehmensprozesse zu führen.

Qualitätsmanagement Die AGS Basel konnte durch die Firma SGS in der Vor- und Grundbildung erfolgreich nach Q2E-Master rezertifiziert werden.

Schule für Gestaltung (SfG)

Schulleitung Der Direktor, Roger Bischofberger, verliess die SfG per 31. Oktober 2013. Bis zur Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers leiten die stellvertretende Direktorin Ursula Gysin, Christoph Reber, Leiter der Verwaltung, und Enrique Fontanilles die Schule.

K'Werk Das K'Werk ist seit 2012 voll in die SfG Basel integriert. Im vergangenen Schuljahr frequentierten 489 Kinder und Jugendliche das K'Werk. Das K'Werk ist zudem ein gefragter Partner für andere Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Vorkurs Im Schuljahr 2012/13 wurde die gleichmässige Verteilung aller Schülergruppen nach Herkunftsschule aufgehoben. 45% statt 40% (2011/12) aller Lernenden wechseln vom Vorkurs an eine Hochschule, Fachhochschule oder Universität. Weiterhin 35% besuchen im kommenden Schuljahr eine Fachklasse an einer Schule für Gestaltung, eine Berufslehre oder ein Praktikum. Die restlichen 20% wollen ihre Matura nachholen, legen ein Zwischenjahr ein oder wollen sich einer anderen Berufsrichtung zuwenden.

Berufliche Grundbildung Die Neustrukturierung der Fachklasse für Grafik bedingt die Zusammenfassung der bisherigen Vertiefungsfächer in einen Ausbildungsgang. Die Kompetenzen in den Fokusbereichen Raum und Neue Medien, u.a. Markenzeichen der Fachklasse, sollen dabei erhalten bleiben. Aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Umfelds gab es im Berichtsjahr weniger Lernende in den gestalterischen Berufslehren. Als Reaktion darauf wurden zum einen Unterrichtsteile zusammengelegt, zum andern wurde der Kontakt mit der Wirtschaft gesucht, damit nächstes Jahr wieder mehr Lehrstellen angeboten werden können.

Weiterbildungen Der Studiengang Textildesign ist in Basel seit Februar 2013 als Bildungsgang HF eidgenössisch anerkannt. Für die Fachrichtungen Typografie+Grafik des Weiterbildungsjahrgangs 2010/2012 erfolgte im Herbst 2012 der eidgenössische Abschluss, begleitet und mentoriert von den Dozentinnen und Dozenten der Weiterbildung T+G. In der Fachrichtung „Typografische Gestaltung“ haben in Zürich und in der Fachrichtung „Grafik-Design“ in Biel alle angetretenen Gestalterinnen/Gestalter erfolgreich die eidgenössischen Prüfungen abgeschlossen. Im Bereich Weiterbildung Gestaltung und Kunst, öffentliche Kurse, haben im Schuljahr 2012/13 114 Semesterkurse stattgefunden, fünf Extrakurse (Workshops) wurden in den Schulferien durchgeführt. Das Angebot wird insbesondere an der Schnittstelle zwischen gestalterischem Berufsfeld und persönlicher Weiterbildung weiterentwickelt.

Plakatsammlung/Ausstellungsraum In der Plakatsammlung lag im Berichtsjahr der Hauptfokus auf dem Aufbau der Datenbank. Ziel ist, in circa fünf Jahren die Datenbank der Plakatsammlung einer breiteren Öffentlichkeit digital zugänglich machen zu können. Im Ausstellungsraum wurden mit „(GLEICH : ANDERS) UNGLEICH (ANDERS : GLEICH)“ in Kooperation mit der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern und „CUBA VA! Grafikdesign zum Film aus Kuba“ zwei Ausstellungen erfolgreich realisiert.

Bibliothek für Gestaltung Die Bibliothek machte ihren Bestand über eine Katalogdatenbank verfügbar und verzeichnete in Folge davon zunehmende Nutzungszahlen (Kundschaft und Medienausleihen).

Berufsfachschule Basel (BFS)

Berufliche Vor- und Grundbildung Das Projekt „Klassenlehrpersonen plus“, welches bisher mit den ersten und zweiten Klassen Detailhandelsfachleute erfolgreich durchgeführt werden konnte, wurde um die ersten Klassen der Berufe Coiffeuse/Coiffeur und Pharma-Assistentin/Pharma-Assistent erweitert.

Berufsmaturität (BM) Alle BM-Ausbildungsgänge der BFS Basel wurden vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) ohne Vorbehalt eidgenössisch anerkannt.

Lehrwerkstatt für Bekleidungsgestalterinnen und Bekleidungsgestalter Unter dem Motto „Das Alter – ganz schön in Mode gekommen“ gestaltete die Lehrwerkstatt für Bekleidungsgestalter und Bekleidungsgestalterinnen zusammen mit dem Verein der gemeinnützigen Basler Alters- und Pflegeheime (VAP) eine vier Generationen übergreifende Modenschau auf dem Barfüsserplatz. Frau Dominique Zwygart hat sich an den öffentlichen Schweizermeisterschaften für Bekleidungsgestalter und Bekleidungsgestalterinnen den ersten Rang erarbeitet. Sie hat die Schweiz an den WorldSkills in Leipzig vertreten und den dritten Rang erreicht.

Höhere Berufs- und Weiterbildung Das Ausbildungskonzept für die höhere Fachschule Kindererziehung wurde verabschiedet. Ein erster Studiengang soll im Schuljahr 2014/15 starten.

Schulleben Im 191. Neujahrsblatt der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige GGG wurde die wechselvolle Geschichte der BFS Basel ausführlich dargestellt. Das reich illustrierte Buch trägt den Titel „Eine Schule macht Schule – In 130 Jahren von der Frauenarbeitsschule zur Berufsfachschule Basel“.

Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG)

Qualitätsmanagement Das Qualitätsmanagement am BZG wurde – nach der zweiten externen Evaluation durch das Institut für Externe Schulevaluation IFES im Vorjahr – im Juni 2013 von der SGS zertifiziert.

Bildungsgang Medizinisch-Technische Radiologie HF Zur Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten am BZG konnte 2013 ein so genanntes Hotlabor eingerichtet werden. In diesem Labor kann das Arbeiten mit offenen radioaktiven Substanzen geübt werden, ein wichtiger Ausbildungsinhalt für den Beruf der Fachfrau und des Fachmanns für Medizinisch-Technische Radiologie.

Bildungsgang Biomedizinische Analytik HF Im Oktober 2013 wurde unter dem Motto „von der Laborschule zur Ausbildung Biomedizinische Analytik“ das fünfzigjährige Bestehen des Bildungsgangs gefeiert.

Bildungsgang Pflege HF Der erste Bildungsgang der neu konzipierten Teilzeitausbildung Pflege HF für Quereinsteigende startete erfolgreich im Frühjahr 2013. Trotz einer grossen Anzahl von Interessentinnen und Interessenten konnten nur zehn Studierende aufgenommen werden, da nicht mehr Praktikumsplätze zur Verfügung standen.

Studiengang Physiotherapie FH Der neue Vertrag mit der Berner Fachhochschule, der auch die Kooperation in den Bereichen Forschung, Dienstleistung und Weiterbildung sowie die Mitarbeit des BZG an Masterstudiengängen regelt, konnte im Berichtsjahr unterzeichnet werden.

Wirtschaftsmittelschule (WMS und IMS)

Qualitätsentwicklung In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zürich werden Lehrpersonen, die noch nicht über eine berufspädagogische Ausbildung verfügen, nachqualifiziert. Der Lehrgang findet für Lehrpersonen, die an einer Berufsmaturitätsschule in Basel-Stadt oder Basel-Landschaft unterrichten, berufsbegleitend statt.

Wirtschaftsmittelschule WMS An der Wirtschaftsmittelschule WMS konnte im August 2013 mit dem dritten Ausbildungsjahr angefangen werden. Inzwischen wurden die entsprechenden Elemente der Berufsbildung (zwei Ausbildungseinheiten, eine Prozesseinheit sowie die Interdisziplinäre Projektarbeit IDPA) an der WMS erfolgreich integriert und durchgeführt.

Young Enterprise Switzerland YES Young Enterprise Switzerland ist eine Non-Profit Organisation und entwickelt und betreut praxisorientierte Wirtschaftsbildungsprogramme für Lernende mit dem Ziel, die Wirtschaft mit der Schule zu vernetzen. An der WMS gründen und betreiben die Jugendlichen im Rahmen der „Integrierten Praxisteile“ IPT ein reales Mini-Unternehmen. Sie lernen, wie die Geschäftswelt funktioniert und welche Rolle das Unternehmertum in unserer Gesellschaft spielt. Unterstützt werden die Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer von ehrenamtlichen Beratern (Wirtschaftspaten), ihren Lehrpersonen sowie durch YES.

Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung ED-265

Die Dienststelle erbringt aufgrund der Berufsbildungsgesetze von Bund und Kanton sowie des kantonalen Integrationsgesetzes folgende Leistungen: Berufsinformation; Berufs- und Laufbahnberatung; Mentoring für Lehrstellensuchende; Aufsicht über die Berufslehren und Beratung von Lernenden und Ausbildenden; Lehrstellenförderung; berufspädagogische Kurse für Ausbildungsverantwortliche der Lehrbetriebe; Förderung des Sprachkursangebots für die Migrationsbevölkerung; Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen; Weiterentwicklung der Berufsbildung.

Folgende Wirkungen sollen erzielt werden: Jugendliche und Erwachsene können sich über berufsrelevante Themen informieren und sind in der Lage, eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende und realisierbare Berufs- oder Laufbahnwahl zu treffen; es besteht ein adäquates Lehrstellenangebot und Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden Zugang zu einer Berufsbildung; die Rahmenbedingungen für die Ausbildungstätigkeit der Lehrbetriebe sind gut; die Qualität der beruflichen Grundbildung ist gut und entspricht den gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton sowie den Anforderungen der jeweiligen Berufsgruppe; die Migrationsbevölkerung benutzt ein vielfältiges Angebot an Sprach- und Integrationskursen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Berufsberatung Die Fachstelle Berufsberatung hat viel Zeit in den Aufbau eines guten Netzwerks zu den Partnern, in die Optimierung der internen Abläufe und in diverse Projekte investiert (Entwicklung eines Beratungskonzepts für junge Leute ohne Berufsabschluss, Initiierung eines Pilotprojekts für die Triagierung der Anmeldungen, Optimierung der Empfangssituation).
2013 wurden 800 Schülerinnen und Schüler (SuS) der zweiten WBS und der Brückenangebote, die zu diesem Zeitpunkt noch keine Anschlusslösung hatten, in das neue Triageverfahren aufgenommen. Auf Grund der Triagekonferenz im März konnten 140 SuS vom Angebot der Lehrstellenvermittlung profitieren und 240 wurden von der Berufsberatung begleitet. Auch wenn der grösste Teil wiederum dem Brückenangebot zugewiesen wurde, hat die Zahl der Direktübertritte in die Berufsbildung erstmals seit zehn Jahren wieder zugenommen. Das Verfahren wird im laufenden Jahr nochmals optimiert.
Weiter hat die Berufsberatung im Projekt „Berufliche Orientierung“ an der neuen Sekundarschule mitgearbeitet. Diese Arbeit wird weitergeführt bis zur ersten Umsetzung 2015/16. Das Projekt „Enter", welches rund 20 bis 30 Sozialhilfebezüger über eine Erst- oder Nachholbildung in den Arbeitsmarkt integrieren soll, wurde von der Berufsberatung mitentwickelt. Die Schulhaussprechstunden (Beratungen von SuS an den WBS-Standorten) sind nun überall eingeführt.
In der Berufsinformation wurden 7’785 (7’255) Besucherinnen und Besucher verzeichnet. 548 (199) Personen nahmen eine Kurzberatung in Anspruch, 333 (118) nutzten die Bewerbungsunterstützung. In eine Einzelberatung kamen 2’126 (2’352) Ratsuchende, während 98 (143) Personen online beraten wurden. Das Mentoringprogramm haben 29 (11) SuS aus Basel-Stadt gestartet. Insgesamt waren 107 (84) Tandems (Zusammenarbeit Mentee – Mentorinnen und Mentoren) aktiv.
Für Schulklassen, Eltern und andere Zielgruppen führten die Fachleute der Berufsberatung wiederum zahlreiche Informationsanlässe durch, darunter waren 47 (59) Informationsabende für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler der dritten OS-Klassen.
Die neuen Projekte, verschiedene personelle Veränderungen und die Reorganisation des Bereichs Bildung haben zusätzliche Ressourcen beansprucht, was sich in den oben aufgeführten Zahlen teilweise niederschlägt.

Lehraufsicht Die Berufsreformen beschäftigten die Fachstelle Lehraufsicht nach wie vor sehr: In 65 bikantonalen Arbeitsgruppen werden insgesamt 94 neue oder erneuerte berufliche Grundbildungen umgesetzt und begleitet; fünf Umsetzungsgruppen bereiteten derzeit die Einführung von fünf Berufsausbildungen mit Start im Jahr 2014 vor. Das bikantonale Projekt zur Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes wurde im Oktober 2013 nach zehn Jahren formell abgeschlossen und in die operative Anwendung überführt. Rund 600 Personen sorgen heute in diesen QE-Gruppen (QE = Qualitätsentwicklung) für eine funktionierende Verbundpartnerschaft zwischen den verschiedenen Lehrorten (Lehrbetriebe, Berufsfachschule und überbetriebliche Kurse) in den beiden Basel. Ziel ist

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
30 Personalaufwand	-4'401.1	-4'572.1	-4'456.9	115.2	2.5	-55.8	-1.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'146.4	-1'235.2	-1'158.4	76.9	6.2	988.1	46.0
36 Transferaufwand	-15'985.7	-21'654.0	-21'825.0	-171.0	-0.8	-5'839.3	-36.5
Betriebsaufwand	**-22'533.3**	**-27'461.3**	**-27'440.3**	**21.0**	**0.1**	**-4'907.1**	**-21.8**
42 Entgelte	309.8	284.5	277.8	-6.7	-2.4	-32.0	-10.3
46 Transferertrag	378.6	380.0	428.8	48.8	12.8	50.2	13.3
Betriebsertrag	**688.4**	**664.5**	**706.6**	**42.1**	**6.3**	**18.2**	**2.6**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-21'844.9**	**-26'796.8**	**-26'733.8**	**63.1**	**0.2**	**-4'888.9**	**-22.4**
Betriebsergebnis	**-21'844.9**	**-26'796.8**	**-26'733.8**	**63.1**	**0.2**	**-4'888.9**	**-22.4**
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	16.4	-0.0	-10.4
Finanzergebnis	**-0.2**	**-0.2**	**-0.2**	**0.0**	**16.4**	**-0.0**	**-10.4**
Gesamtergebnis	**-21'845.0**	**-26'797.0**	**-26'733.9**	**63.1**	**0.2**	**-4'888.9**	**-22.4**
davon Funktionen:							
23 Berufliche Grundbildung	-17'066.3	-22'007.3	-21'826.2	181.1	0.8	-4'759.9	-27.9
29 Übriges Bildungswesen	-4'778.7	-4'789.7	-4'907.7	-118.0	-2.5	-129.0	-2.7

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.5	24.8	26.1	27.3	28.1	1
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'536	2'556	2'401	2'352	2'126	
Lehrstellen	Anz	5'386	5'351	5'402	5'373	5'390	
Erfolgreiche Lehrabschlüsse (EFZ, EBA)	Anz	1'713	1'731	1'722	1'812	1'713	2
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz	1'692	2'209	2'653	2'693		3
Maximale Wartefrist Berufsberatung	Tg	17	21	18	17	16	
Lehrabbruchquote aufgrund mangelnder Ausbildung im Betrieb	%	1.0	0.2	0.2	1.1	1.3	

Kommentar

1 Der Headcount erhöhte sich zu Lasten von bisherigen Aushilfestellen und dem Projekt Triage.

2 Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) und Berufsatteste (EBA)

3 Die definitiven Zahlen folgen im April 2014.

und bleibt die Qualitätsentwicklung in der beruflichen Grundbildung sowie die Sicherung des Lehrstellenangebots.

1'980 (1'932) neue Lehrverträge wurden genehmigt, davon 264 (276) Attestlehrverträge. Der Gesamtbestand an Lehrstellen belief sich auf 5'390 (5'373), davon 495 (490) Attestlehrstellen. 22 (21) berufspädagogische Kurse (40 Lektionen) für Berufsbildner und Berufsbildnerinnen der Lehrbetriebe wurden intern durchgeführt, 11 (17) Kurse fanden extern statt. Insgesamt 610 (633) Kursausweise konnten abgegeben werden. 12 (8) Personen aus Basel-Stadt und zwei Personen aus Basel-Landschaft besuchten den in Basel-Stadt durchgeführten Diplomausbildungsgang (100 Lernstunden) und erhielten nach einem erfolgreichen Audit das eidgenössisch anerkannte Diplom. Die Kursangebote der Fachstelle Lehraufsicht sind nach dem Qualitätslabel „eduQua" zertifiziert.

Erwachsenenbildung Die Fachstelle Erwachsenenbildung finanzierte 32 (35) Deutsch- und Integrationsangebote von 14 (15) verschiedenen Institutionen mit Kantons- und Bundesgeldern, was insgesamt 359 (309) Kursen entspricht. Mehr als die Hälfte der Angebote bietet zusätzlich Kinderbetreuung mit Sprachförderung an. In fünf Institutionen können Vorschulkinder, die ins selektive Obligatorium fallen, parallel zum Deutschkurs ihrer Eltern sprachlich gefördert werden.

Zu Steuerungszwecken werden weiterhin Individualdaten der Kursteilnehmenden erhoben und ausgewertet.
Das neue System der leistungsorientierten Teilnehmerpauschale (Subjektfinanzierung) wurde planmässig und kostenneutral entwickelt. Für die Institutionen wurde ein Beitragsplafond 2014 reserviert. Die Umstellung erfolgt per Januar 2014.
Das Kantonale Integrationsprogramm KIP 2014 bis 2017 wurde durch das Bundesamt für Migration BFM genehmigt. Die Interdepartementale Strategiegruppe Integration (ISI), mit Vertretung der Fachstelle, definiert für die Folgejahre zusätzliche kantonale Ziele und Massnahmen.

Imagekampagne zur Förderung der Berufsbildung Im Rahmen des Projekts „Förderung der Berufsbildung und Information über die Gleichwertigkeit der Bildungswege“ läuft seit Januar 2012 die zweijährige, bikantonale Imagekampagne „Berufslehre plus Berufsmatur". Mitwirkende sind die Berufsbildungsbehörden der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, der Gewerbeverband Basel-Stadt, die Wirtschaftskammer Baselland sowie die Handelskammer beider Basel. Mittels verschiedener Begleitprogramme unterstützen diese drei Wirtschaftsverbände die eigentliche Publizitätskampagne, welche in vier Wellen (Plakate, Zeitungen, Radio, TV, Tram- und Busplakate) alle involvierten Kreise sowie die interessierte Öffentlichkeit über die Möglichkeiten einer Berufslehre mit Berufsmaturität informiert. Die Kampagne dauerte bis Ende 2013.

Implementierung der neuen Grundlagen der WMS Im August 2013 hat der dritte Jahrgang (2013 bis 2017) die Ausbildung nach den neuen Bundesvorgaben an den Wirtschaftsmittelschulen von Basel, Liestal und Reinach begonnen. Die Ausbildungsdauer beträgt vier Jahre und wird im vierten Jahr mit einem Wirtschaftspraktikum abgeschlossen. Der erste Jahrgang (2011 bis 2014) wird im Sommer 2014 den schulischen Teil abschliessen und in ein Praktikum übertreten. Die Handelskammer beider Basel ist verantwortlich für das Praktikumsmanagement aller drei Schulen. Sie sorgt dafür, dass genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen werden und sie hilft den ersten Lernenden seit Sommer 2013 bei der Suche nach einer geeigneten Praktikumsstelle für das kommende Jahr. Sie unterstützt auch die Ausbildungsbetriebe bei der Umsetzung der Vorgaben, welche an die Ausbildungsplätze gestellt werden.

Hochschulen ED-271

Die Abteilung Hochschulen leitet und koordiniert den Hochschulbereich des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für die weiteren subventionierten Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) und die Volkshochschule beider Basel nimmt sie Koordinationsaufgaben wahr und formuliert zuhanden des Regierungsrats kantonale Hochschulpolitik. Der Dienststelle gehört auch das Amt für Ausbildungsbeiträge an. Dieses gewährt aufgrund des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Neubauvorhaben sowohl für die Universität wie für die FHNW wurden plangemäss vorangetrieben. Der Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW wird auf das Herbstsemester 2014 bezogen, für die Universität wurde das Neubauprojekt für das Biozentrum weiter vorangetrieben.

Im Berichtsjahr hat auch die bikantonale Projektorganisation für den Neubau für das Departement Biomedizin ihre Arbeit aufgenommen.

Ausbildungsbeiträge Die neue Berechnungsmethode für Ausbildungsbeiträge hat sich gut eingespielt. Auf nationaler Ebene konnte die Harmonisierung des Stipendienwesens unter Basler Federführung vorangebracht werden. Am 1. März 2013 ist das Stipendienkonkordat, das zu diesem Zweck lanciert wurde, in Kraft getreten.

FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistung Das Reportingkonzept für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) gewährleistet eine laufende separate Orientierung der Parlamente der vier Trägerkantone. Wie in den Jahren zuvor hat sich die FHNW dynamisch und erfolgreich weiterentwickelt. Die Studierendenzahlen haben zugenommen, die Forschung und die Dienstleistungen konnten ausgebaut werden. Die betreffenden Kennzahlen weisen der FHNW einen guten Platz unter den schweizerischen Fachhochschulen zu. Im Jahr 2013 konnten die neuen Campusareale in Brugg-Windisch und Olten bezogen werden. Auf dem Dreispitzareal in Basel/Münchenstein wird der Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst im Jahr 2014 fertiggestellt und bezogen.

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen Auch für die Universität besteht gemäss Staatsvertrag ein Reportingkonzept, mit dem die Parlamente der Trägerkantone laufend und eingehend über die Entwicklung der Universität orientiert werden. Wie im Jahr davor stand das Vorantreiben der baulichen Grossprojekte für die Universität im Vordergrund. Der Neubau für das Biozentrum wurde begonnen. Beim Projekt für das Departement Biomedizin, in dem ein Neubau an Stelle des aktuellen Gebäudes für das Biozentrum geplant wird, ist die Vorprojektphase abgeschlossen. Auch für den Neubau des D-BSSE, das ebenfalls auf dem Schällemätteli-Areal für die ETHZ errichtet wird, ist die Projektierung abgeschlossen. Die Bauarbeiten sollen nach dem Neubau für das Biozentrum und vor dem Projekt Biomedizin in Angriff genommen werden. Auf der Grundlage des Masterplans für das Gesamtareal Schällemätteli, in dem die einzelnen Bauetappen für die genannten Laborgebäude festgelegt wurden, hat der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt den Ratschlag zur Festsetzung eines neuen Bebauungsplans für das entstehende Hochschulareal gutgeheissen.
Im Berichtsjahr wurden sodann die Verhandlungen über den Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014-2017 erfolgreich zu Ende geführt. Die Parlamente haben die betreffende Vorlage der Regierungen der beiden Trägerkantone mit grossen Mehrheiten genehmigt. Der Globalbeitrag der Universität wird von 314 Mio. Franken (2013) auf 329,5 Mio. Franken ansteigen (2017). Davon übernimmt der Kanton Basel-Stadt 157,3 Mio. Franken (2013) und 160,5 Mio. Franken (2017).

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-1'293.3	-1'270.4	-1'215.1	55.3	4.4	78.2	6.0	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-447.3	-649.7	-463.0	186.7	28.7	-15.6	-3.5	1
36 Transferaufwand	-219'799.2	-227'387.2	-225'871.3	1'515.9	0.7	-6'072.0	-2.8	2
Betriebsaufwand	**-221'539.9**	**-229'307.3**	**-227'549.4**	**1'757.9**	**0.8**	**-6'009.5**	**-2.7**	
42 Entgelte	69.0	68.5	72.4	3.9	5.7	3.4	4.9	
46 Transferertrag	581.4	600.0	588.0	-12.0	-2.0	6.6	1.1	
Betriebsertrag	**650.4**	**668.5**	**660.4**	**-8.1**	**-1.2**	**10.0**	**1.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-220'889.5**	**-228'638.8**	**-226'889.0**	**1'749.7**	**0.8**	**-5'999.5**	**-2.7**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-23.5	0.0	-9.7	-9.7	0.0	13.8	58.6	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-360.0	-360.0	0.0	-360.0	0.0	3
Abschreibungen	**-23.5**	**0.0**	**-369.7**	**-369.7**	**0.0**	**-346.2**	**...**	
Betriebsergebnis	**-220'913.0**	**-228'638.8**	**-227'258.8**	**1'380.0**	**0.6**	**-6'345.7**	**-2.9**	
34 Finanzaufwand	-0.7	-1.0	0.3	1.3	128.9	1.0	139.9	
44 Finanzertrag	20.4	35.2	21.0	-14.2	-40.3	0.7	3.2	
Finanzergebnis	**19.6**	**34.2**	**21.3**	**-12.9**	**-37.7**	**1.7**	**8.5**	
Gesamtergebnis	**-220'893.4**	**-228'604.6**	**-227'237.5**	**1'367.1**	**0.6**	**-6'344.1**	**-2.9**	
davon Funktionen:								
27 Hochschulen	-207'856.2	-214'753.0	-214'432.8	320.2	0.1	-6'576.7	-3.2	
29 Übriges Bildungswesen	-13'037.2	-13'851.6	-12'804.6	1'046.9	7.6	232.6	1.8	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	0.0	-175.3	-175.3	0.0	-175.3	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-175.3**	**-175.3**	**0.0**	**-175.3**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**0.0**	**-175.3**	**-175.3**	**0.0**	**-175.3**	**0.0**

Kommentar

1 Die Ausgaben für den Informatikunterhalt und die Jahresbeiträge an die Hochschulkommissionen liegen unter Budget. Zudem mussten die Projektbudgets im Hochschulbereich nicht voll ausgeschöpft werden.

2 Einerseits liegen die Stipendienauszahlungen mit 0.94 Mio. Franken unter Budget, andererseits sind insgesamt etwas geringere Abgeltungen für BS-Studierende an anderen Hochschulen von 0.20 Mio. Franken entstanden. Wiederum mussten aufgrund der Minusteuerung in diesem Jahr keine Beiträge für die laufende Übergangsregelung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Rententeuerung ex PK FHBB/HPSA geleistet werden. Budgetiert hierfür waren 0.3 Mio. Franken. Weiter ist die Defizitdeckung an das Wildt'sche Haus um Fr. 0.08 Mio. tiefer als budgetiert ausgefallen.

3 Im Rahmen der Umstellung von HRM1 auf HRM2 wird der frühere Investitionsbeitrag von Fr. 3.6 Mio. an das Swiss TPH für die Einrichtung der BSL-3 Labors nun rückwirkend über 10 Jahre abgeschrieben.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.0	8.0	8.2	8.4	7.9	
Studierende an der Universität Basel	Anz	12'109	12'377	12'617	12'995	12'551	1
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'433	4'624	4'522	4'645	4'731	
Studierende an der FHNW	Anz	8'200	8'473	8'894	9'436	10'003	
Stipendienausgaben	MioFr	11.6	11.8	11.7	11.6	11.4	
Bewilligte Stipendien	Anz	2'123	2'197	2'220	2'042	1'983	

Kommentar

1 An dieser Stelle wurden bisher die „Eingeschriebenen" inkl. Weiterbildung (MAS) aufgeführt. Um mit der von der Universität veröffentlichten Zahl der Immatrikulierten gleichzuziehen, werden ab dem Jahr 2013 auch an dieser Stelle die Immatrikulierten ohne MAS ausgewiesen. Die Vergleichszahl zu 2012 wäre 13'273.

Jugend, Familie und Sport ED-290

Im Bereich „Jugend, Familie und Sport“ hat der Kanton die Aufgabenfelder „Kinder, Jugend und Familie“ und „Sport“ zusammengeführt. Die Angebote des Bereichs stärken die Familien im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft, fördern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und laden sie zur Mitwirkung ein. Zu den Leistungen zählen beispielsweise die frühe Förderung, die Tagesbetreuung, die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Kinder- und Jugendhilfe sowie der Kindes- und Jugendschutz. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen. Der Sport selbst hat die Aufgabe, Breitensport und Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, Sportanlagen zur Verfügung zu stellen, Sportvereine zu unterstützen und sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich hilft, die übergreifenden Förderziele zu verwirklichen.

Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen „Jugend- und Familienangebote", „Jugend- und Familienförderung", „Kinder- und Jugenddienst“ und „Sport". Eine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunkt Frühbereich Im Mai 2013 startete der dritte Durchgang des Frühförderungsprojekts „schritt:weise“ mit leicht verändertem Ablauf. Neu ist die Abteilung Jugend- und Familienförderung für die operative Umsetzung zuständig. Das Interesse am Projekt ist gross, fünfzehn Familien nehmen aktuell teil und es wird eine Warteliste geführt. Die Familien haben mehrheitlich einen Migrationshintergrund und wohnen in verschiedenen Stadtteilen.

Ebenfalls im dritten Durchgang geführt wird seit Herbst das Bewegungsangebot für Familien mit Kleinkindern „mini:move". Das Angebot findet jeweils im Winterhalbjahr statt und bietet Familien mit Kleinkindern die Möglichkeit, sich an Sonntagnachmittagen in Turnhallen zu bewegen und zu spielen. Das Projekt richtet sich an Familien, die wenig Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung haben.

Die Vereinbarungen mit den vier Quartiertreffpunkten FAZ Gundeli, Kontaktstelle St. Johann, Makly und Treffpunkt Breite, diese als Familienzentren zu führen, wurden um weitere drei Jahre bis Ende 2017 verlängert.

Da die Angebote im Frühbereich auf verschiedene Departemente verteilt sind, ist es Aufgabe des Bereichs Jugend, Familie und Sport eine koordinierende Funktion einzunehmen. Dies ist unter anderem mit einem zweiten, sehr gut besuchten Netzwerkanlass für alle Akteure, die in der frühen Förderung tätig sind, gut gelungen.

Kinder- und Jugendgesetz Anfang Juli 2013 ging der Entwurf des Ratschlags für ein neues Kinder- und Jugendgesetz bei den Gemeinden, Parteien, Departementen und privaten Leistungserbringern in eine öffentliche Vernehmlassung. Der Entwurf und insbesondere die neuen Grundsätze wurden von den Vernehmlassungsteilnehmenden breit unterstützt. Die zahlreichen fachlichen Anmerkungen wurden ausgewertet und der Gesetzesentwurf und Ratschlag entsprechend überarbeitet.

Netzwerk Kindesschutz Das Netzwerk Kindesschutz hat seine Struktur überdacht und angepasst. Im Mittelpunkt steht der Austausch unter den Fachstellen, die sich fallbezogen mit Kindesschutzfragen befassen. Es stimmt die verschiedenen auf Kindesschutz ausgerichteten Aktivitäten der Partner ab, sichert eine gute Zusammenarbeit und den nötigen Austausch, um neue Anforderungen im Kindesschutz, beispielsweise in der Frühprävention oder bei unbegleiteten Migrantenkindern, erkennen und ihnen angemessen begegnen zu können.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-38'729.6	-39'794.8	-38'663.1	1'131.7	2.8	66.5	0.2	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-17'158.7	-16'949.2	-16'695.2	254.0	1.5	463.5	2.7	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-344.7	-387.4	-357.4	30.0	7.8	-12.7	-3.7	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-180.3	0.0	-154.6	-154.6	0.0	25.7	14.3	2
36 Transferaufwand	-90'479.5	-88'235.5	-95'406.7	-7'171.2	-8.1	-4'927.2	-5.4	3
Betriebsaufwand	**-146'892.9**	**-145'366.9**	**-151'277.0**	**-5'910.0**	**-4.1**	**-4'384.1**	**-3.0**	
42 Entgelte	10'935.4	10'797.6	10'490.0	-307.5	-2.8	-445.4	-4.1	
43 Verschiedene Erträge	771.7	0.0	3'194.1	3'194.1	0.0	2'422.5	313.9	4
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	1'270.0	0.0	177.5	177.5	0.0	-1'092.5	-86.0	5
46 Transferertrag	26'380.7	24'334.5	24'262.6	-71.9	-0.3	-2'118.1	-8.0	
Betriebsertrag	**39'357.7**	**35'132.1**	**38'124.2**	**2'992.2**	**8.5**	**-1'233.5**	**-3.1**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-107'535.1**	**-110'234.9**	**-113'152.7**	**-2'917.9**	**-2.6**	**-5'617.6**	**-5.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-175.0	0.0	175.0	100.0	0.0	0.0	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-527.9	-662.0	-651.7	10.2	1.5	-123.9	-23.5	
Abschreibungen	**-527.9**	**-837.0**	**-651.7**	**185.2**	**22.1**	**-123.9**	**-23.5**	
Betriebsergebnis	**-108'063.0**	**-111'071.8**	**-113'804.5**	**-2'732.6**	**-2.5**	**-5'741.5**	**-5.3**	
34 Finanzaufwand	-42.6	-5.4	-13.8	-8.4	-155.5	28.8	67.6	
44 Finanzertrag	138.8	115.4	159.2	43.8	37.9	20.4	14.7	6
Finanzergebnis	**96.2**	**110.0**	**145.4**	**35.4**	**32.2**	**49.3**	**51.3**	
Gesamtergebnis	**-107'966.8**	**-110'961.8**	**-113'659.0**	**-2'697.2**	**-2.4**	**-5'692.2**	**-5.3**	
davon Funktionen:								
34 Sport und Freizeit	-13'936.3	-14'254.1	-13'794.1	460.0	3.2	142.2	1.0	
54 Familie und Jugend	-94'030.6	-96'707.7	-99'864.9	-3'157.2	-3.3	-5'834.4	-6.2	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-182.0	-253.2	-71.2	-39.1	-253.2	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-527.9	0.0	-455.2	-455.2	0.0	72.7	13.8
Nettoinvestitionen	**-527.9**	**-182.0**	**-708.4**	**-526.4**	**-289.2**	**-180.5**	**-34.2**
Saldo Investitionsrechnung	**-527.9**	**-182.0**	**-708.4**	**-526.4**	**-289.2**	**-180.5**	**-34.2**

Kommentar

1 Die Minderausgaben beruhen im Wesentlichen auf der Betriebsaufgabe der Psychotherapiestation. Weiter sind die Rückerstattungen infolge von Krankheitsfällen höher als budgetiert.

2 Die Rücklagen der drei kantonalen Schulheime wurden nachträglich an das Rechnungsergebnis 2012 gemäss den Regelungen der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) angepasst.

3 Mehraufwand von 3.2 Mio. Franken in der Tagesbetreuung aufgrund der höheren Nachfrage. Das neue Finanzhaushaltsgesetz bedingt, dass die Beiträge des Swisslos-Sportfonds an die Sportvereine im Betrag von 3.2 Mio. Franken erstmalig ausgewiesen werden müssen. Bei der Kinder- und Jugendhilfe hat die gewünschte Entwicklung von der stationären hin zur ambulanten Betreuung finanzielle Auswirkungen: Bei weniger Heimplatzierungen nehmen auch die Rückerstattungen der Unterhaltspflichtigen an die Unterbringung ab. Dies führt zu Mindereinnahmen bzw. einer Budgetmehrbelastung von rund 0.8 Mio. Franken.

4 Die in Fussnote 3 beschriebene Umstellung hat zur Folge, dass auf dieser Position die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds von 3.17 Mio. Franken erstmalig ausgewiesen werden.

5 Siehe Fussnote 2.

6 Der Mehrertrag beruht im Wesentlichen auf Mehreinnahmen bei den Parkplätzen auf den Sportanlagen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	191.1	197.0	254.7	260.1	247.3	1
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	2'362	2'534	2'683	2'900	3'047	
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	877	857	802	743	727	2
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	33'898	31'352	31'139	31'796	31'175	
Kinder/Jugendliche mit Kontakt zum Kinder- und Jugenddienst	Anz	2'379	2'496	2'458	2'396	2'233	

Kommentar

1 Ab 2011 sind die Sportanlagen eingeschlossen (57.6 Stellen, bisher Zentrale Dienste).

2 Ab 2011 sind die von der Jugendanwaltschaft veranlassten Platzierungen nicht enthalten.

Abteilung Jugend- und Familienangebote

Offene Kinder- und Jugendarbeit Im Berichtsjahr ist die Projektarbeit im Hinblick auf eine Überprüfung des bestehenden Systems für die Staatsbeiträge für Leistungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit der Ausarbeitung konkreter Varianten von Finanzierungsmodellen weitergeführt worden.

Stationäre Kinder- und Jugendhilfe Bei den privaten Jugendheimen gab es im Berichtsjahr einige bedeutende Anpassungen. Der Erlenhof, ein Heim mit interner Ausbildung für männliche Jugendliche, schloss wegen sinkender Nachfrage eine Wohngruppe. Der Verein FoyersBasel konnte für seine Durchgangsstation und seine Beobachtungsstation die seit Jahren angestrebten neuen Liegenschaften beziehen und damit sein Angebot für weibliche Jugendliche im Auftrag des Kantons bedarfsgerecht entwickeln.

Die Belegungstage von basel-städtischen Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien haben sich seit dem Jahr 2011 um knapp 9% reduziert. Die Platzreduktion der letzten beiden Jahre in den basel-städtischen Heimen entspricht dieser Entwicklung und sorgt dafür, dass die bestehenden Heime gut ausgelastet bleiben. Gleichzeitig haben Leistungen der ambulanten Jugendhilfe wie sozialpädagogische Familienbegleitungen einen deutlichen Zuwachs erfahren. Mit dem vom Erziehungsdepartement geförderten Ausbau des aufsuchenden Unterstützungsangebots für Familien mit Kindern und selbstständig lebender Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen steht dem Kinder- und Jugenddienst heute ein bedarfsgerechtes und differenziertes Leistungspaket zur Verfügung.

Kantonale Schulheime Das Angebot der Psychotherapiestation wird seit Spätsommer im Kontext des Angebots des Schulheims Gute Herberge in Riehen weitergeführt. In einer Liegenschaft auf dem Areal des Schulheims Gute Herberge gibt es seither eine Wohngruppe für sechs Kinder und Jugendliche, die einen überschaubareren Rahmen und individuellere Betreuung benötigen als es eine Wohngruppe in einem Schulheim sonst bieten kann. Die Psychotherapiestation am bisherigen Standort an der Schönbeinstrasse 13 wurde Ende September geschlossen.

Bei den Leistungsvereinbarungen mit den kantonalen Schulheimen konnten die bestehenden Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Anforderungen betreffend der Rechnungslegung gemäss Interkantonaler Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) und gemäss Staatsrechnung noch nicht gelöst werden.

Tagesbetreuung Der Ausbau von Plätzen in der Tagesbetreuung hat sich fortgesetzt. Die im Berichtsjahr erhobenen Zahlen zeigen, dass in knapp 100 Institutionen und knapp 100 Tagesfamilien rund 40% aller Vorschulkinder betreut werden.

Die Anlaufstelle für Familien mit kleinen Kindern an der Freien Strasse 35 wird rege genutzt. Neu befinden sich neben der Vermittlungsstelle Tagesheime, der Geschäftsstelle Tagesfamilien sowie der Mütter- und Väterberatung auch die Kontaktstelle Spielgruppen und das Projekt „schritt:weise“ an der gleichen Adresse. Familien mit Kleinkindern können dadurch noch gezielter informiert werden.

Mit zwei Änderungen der rechtlichen Grundlagen konnten die Eltern finanziell entlastet werden: Der Regierungsrat bewilligte höhere Geschwisterrabatte, was Familien mit mehreren Kindern im Vorschulalter zugute kommt. Der Grosse Rat erhöhte den Ansatz für die Beiträge in mitfinanzierten Tagesheimen welche dadurch von CHF 1'725 auf CHF 1'840 pro Monat stiegen.

Der Schwerpunkt „Bewegung und Ernährung" wird weiter ausgebaut. Im Jahr 2013 startete bereits die dritte Staffel „Burzelbaum" mit nochmals 12 Tagesheimen. Am Projekt „Schnitz und Drunder" nahmen 21 Institutionen aus Tagesstrukturen und Tagesbetreuung teil.

Zentrale Behörden Im Zusammenhang mit der Umsetzung der per 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Teilrevision der Pflegekinderverordnung (PAVO) haben sich die Neuabklärungen von potenziellen Pflegeeltern im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Ebenfalls eine Zunahme ist bei Anträgen zur Adoption einer erwachsenen Person sowie Anträgen betreffend die Aufnahme eines Pflegekindes aus dem Ausland zu verzeichnen. Die Zentrale Behörde des Kantons Basel-Stadt ist dem neu gegründeten Verband Zentrale Behörden Adoption (VZBA) beigetreten.

Zentrum für Frühförderung (ZFF) Nach drei Jahren intensiver Auseinandersetzung mit dem Klassifikationssystem ICF (International Classification of Functioning, Disability and Health) konnte die erste Phase der Entwicklung und Implementierung abgeschlossen werden. Das ICF unterstützt auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Das als Projekt gestartete Angebot der regelmässigen Präsenz einer Heilpädagogin an dem offenen Treffpunkt von drei Quartierzentren konnte in das Angebot des ZFF aufgenommen und erfreulicherweise auf einen weiteren Quartiertreffpunkt erweitert werden. Damit ensteht ein entsprechendes Angebot im FAZ Familienzentrum Gundeli, Etern-Kind-Zentrum Makly, Kontaktstelle Eltern und Kinder St. Johann. Das Angebot spricht besonders Eltern an, die neu in Basel leben oder soziale Kontakte und Unterstützung in Alltagsfragen suchen.

Gegen Ende des Jahres sind die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen und die Medien informiert worden, dass das ZFF organisatorisch per 1. Januar 2014 von der Abteilung Jugend- und Familienangebote in den Kinder- und Jugenddienst wechselt.

Kommissionen Seit dem Jahr 2010 findet die inhaltliche Arbeit der *Kommission Gemeinsame Planung Jugend- und Behindertenhilfe Basel-Landschaft und Basel-Stadt* mehrheitlich in den beiden Subkommissionen Jugendhilfe und Behindertenhilfe statt. Während sich die Subkommission Behindertenhilfe schwerpunktmässig mit der Umsetzung des Konzepts Behindertenhilfe sowie der Bedarfsplanung 2014 bis 2016 beschäftigte, standen in der Subkommission Jugendhilfe verschiedene Veränderungen bei den stationären Angeboten wie Kinder und Jugendliche mit psychiatrischer Indikation, Notfallunterbringungen, Rückgang der Platzierungen sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung des Planungsberichts Jugendhilfe im Vordergrund.

Abteilung Jugend- und Familienförderung

Kinderfragen Am 19. November, ein Tag vor dem Tag des Kindes, wurde der Stadt Basel durch Unicef Schweiz die Auszeichnung „Kinderfreundliche Gemeinde" überreicht. Die Auszeichnung zeigt, dass die Verwaltung sich im Sinne der Kinderrechtskonvention für die Anliegen von Kindern einsetzt. Das Label ist das Produkt eines längeren Prozesses, Schwerpunkt war die Erarbeitung eines Aktionsplans zu kinderfreundlichen Massnahmen in der gesamten Verwaltung. Im Januar 2013 nahm der Regierungsrat diesen Aktionsplan mit 17 Zielen und über 40 Massnahmen zustimmend zur Kenntnis. Der Schwerpunkt wird auf eine Stärkung der Kindermitwirkung und auf die Stadtentwicklung und Stadtplanung („Wohnen, Wohnumfeld und Verkehr") gelegt. Im Sommer überprüfte Unicef den Aktionsplan, besuchte im Rahmen eines Evaluationstages die Stadt Basel und entschied danach, der Stadt Basel die Auszeichnung zu verleihen.

Im Herbst wurde das Siedlungsprojekt Klybeck Mitte nach einer positiven Evaluation um ein weiteres Jahr verlängert. Es handelt sich dabei um ein befristetes Interventionsprojekt in Form von Gemeinwesenarbeit in einem sozialen Brennpunkt in einer Siedlung im Klybeckquartier mir rund 900 Bewohnenden auf engstem Raum, darunter viele Kinder und Jugendliche und Bewohnende mit Migrationshintergrund. 2013 wurden die Bewohnenden mit verschiedenen Aktionen und Massnahmen

zu einer aktiven Beteiligung im Siedlungsleben motiviert. Höhepunkt war im Herbst 2013 ein Fest verbunden mit einer Aufführung. Die Kinder und Jugendlichen der Siedlung zeigten ein Videotheater und Hip-Hop-Tanzeinlagen, die sie mit jungen Basler Kunstschaffenden erarbeitet hatten. Rund 400 Personen besuchten den Anlass. Ziel des Projekts ist es, dass das zivilgesellschaftliche Engagement in der Siedlung zunehmend selbstständig von der Quartierbevölkerung getragen wird.

Jugendfragen Das Projekt zur Öffnung von Pausenplätzen für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schulzeiten wurde ausgewertet. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde entschieden, das Angebot an den bestehenden Standorten weiterzuführen. In einem Übergangsjahr sollen die Voraussetzungen für eine langfristige Finanzierung geschaffen werden.

Im Juni führte die Abteilung Jugend- und Familienförderung eine Diskussionsveranstaltung mit Akteuren der Jugendkultur Basel durch mit dem Ziel, Perspektiven zur Unterstützung der Jugendkultur in Basel zu entwickeln. Es zeigte sich, dass die Verwaltung vor allem eine fördernde Rolle einnehmen kann, indem Kreativ-, Probe- und Produktionsräume geschaffen werden. Im zweiten Halbjahr 2013 wurden hier verschiedene Möglichkeiten geprüft. Diese Arbeiten werden fortgesetzt.

Bezüglich Jugendplatz Erlenmatt sind die Vorarbeiten im Erziehungsdepartement weitergeführt worden. Ausstehend sind nun Entscheidungen über die Finanzierung und Realisierung des Projekts.

Familienfragen Mittels Kooperation werden zusammen mit dem „Centrum für Familienwissenschaften“ der Universität Basel gemeinsam familienpolitische Themen einer breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Eine erste, sehr gut besuchte Veranstaltung fand im November 2013 zu Fragen der Qualität und Kosten der ausserfamiliären Kinderbetreuung statt. Das Thema der familienergänzenden Kinderbetreuung war auch bei der weiteren Arbeit ein Schwerpunkt: Verschiedene politische Vorstösse stellten Fragen zu finanziellen Erleichterungen für Familien mit Kindern in der Tagesbetreuung oder zu einer Verbesserung der Angebote der Tagesbetreuung.

Planung Die Fachstelle Planung erstellte zwei Bestandesaufnahmen zur Entwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung in der Stadt Basel bis zum Endausbau der Tagesstrukturen an den Schulen sowie zu den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren der Stadt Basel. Beide Bestandesaufnahmen bilden die Grundlage für die weitere Planung der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Tagesbetreuung.

Kommissionen Die *Kommission für Jugendfragen* führte im Jahr 2013 zwei, die *Familienkommission* drei Sitzungen durch. Neben dem Informationsaustausch über verschiedene aktuelle Projekte und Aktivitäten zur Jugend- und Familienförderung beschäftigten sich die Kommissionen im Jahr 2013 schwerpunktmässig mit den Stellungnahmen zum neuen Kinder- und Jugendgesetz.

Kinder- und Jugenddienst (KJD)
Per 1. Januar 2013 trat das neue Kinder- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Als Folge davon wurde die neu gebildete Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB (Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt WSU) für die Errichtung der angeordneten Kindesschutzmassnahmen und die dazu erforderlichen Errichtungs-, Kontroll- und Aufhebungsverfahren zuständig. Diese behördlichen Aufgaben hatte zuvor die Abteilung Kindes- und Jugendschutz (AKJS) wahrgenommen. In dem Zusammenhang wechselte die vormalige AKJS ihre Bezeichnung per 1. Januar 2013 in „Kinder- und Jugenddienst KJD“.

Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend erbringt der KJD seine Leistungen gegenüber den Kindern, Jugendlichen und Familien nach Möglichkeit aufgrund von einvernehmlichen Vereinbarungen. In den Fällen, wo die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind, errichtet die KESB Kindesschutzmandate, die dann durch Mitarbeitende des KJD geführt werden. Ebenso nimmt der KJD im Auftrag der KESB Abklärungen zur Frage, ob kindesschutzbehördlich angeordnete Hilfen oder Schutzmassnahmen angezeigt sind, vor. Die Entscheidungshoheit über solche Anordnungen liegt aber vor allem bei der KESB sowie – weniger häufig – beim Zivilgericht.

Die erforderliche Kooperation zwischen KJD und KESB auf der Schnittstelle zwischen Mandatserteilung und Mandatsführung hat sich sehr gut eingespielt. Entstandene Herausforderungen konnten frühzeitig erkannt und im Rahmen von regelmässig stattfindenden Kooperationsgesprächen bewältigt werden.

Eingegangene Meldungen Im Jahr 2013 kamen 44% (2012: 50%) der gut 1'100 Meldungen und Hilfeersuchen an den KJD von den Eltern, von Angehörigen der Familien oder von Kindern und Jugendlichen, also von direkt in die Probleme involvierten Personen. Die verbleibenden 56% der Meldungen erstatteten mit 16% (13%) die Polizei, 12% die KESB (neu), 12% (17%) soziale Institutionen, 10% (14%) die Schulen, 3% (3%) das Zivilgericht und die restlichen 2% (3%) weitere Personen oder Stellen. Die im Vergleich zum Vorjahr erfolgten Veränderungen sind darauf zurückzuführen, dass die Meldenden sich dann an die (neue) KESB wenden, wenn sie von der Notwendigkeit von Anordnungen ausgehen. Ein grosser Teil dieser Fälle dürfte dann später beim KJD als Meldung bzw. Auftrag von der KESB eingegangen sein.

Telefonpikett Seit dem Jahr 2008 führt der KJD einen telefonischen Pikettdienst rund um die Uhr, also auch ausserhalb der Bürozeiten und an Wochenenden oder Feiertagen. Dieser Telefonpikettdienst wird bei akuten Krisen und Notsituationen, von denen Kinder oder Jugendliche betroffen sind, genutzt. Im Jahr 2013 war dies 157 Mal (166) der Fall. Die Anfragen kommen jeweils direkt von den Familien oder über Notfalldienste der Polizei, des Gesundheitswesens oder von stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Bei 27 (37) Anfragen war die Not so gross, dass ein oder mehrere Kinder oder Jugendliche in der Nacht oder an Wochenenden unmittelbar ausserfamiliär platziert werden mussten.

Kooperation mit den Schulen Seit dem Jahr 2010 hat der KJD verschiedene Massnahmen für eine engere und verbindlichere Zusammenarbeit mit den Schulen entwickelt. Dazu gehörte ein Projekt zur teamweisen schulhausbezogenen Zusammenarbeit. Die beteiligten Schulen haben einen Teamleiter oder eine Teamleiterin des KJD als verbindlichen Ansprechpartner/verbindliche Ansprechpartnerin. Fälle mit Kindern aus den betreffenden Schulen werden von Mitarbeitenden der betreffenden Teams bearbeitet.

Projekte Gemeinsam mit der Fachhochschule Nordwestschweiz, den Kantonen Zürich und Zug sowie der Stadt Aarau konnte ein Projekt zur Entwicklung eines einheitlichen Verfahrens zur Beurteilung des Kindeswohls vorbereitet werden. Die Eidgenössiche Kommission für Technologie und Entwicklung hat für das Projekt eine Kostengutsprache erteilt. Ein KJD-internes standardisiertes Fallführungsverfahren ist weitgehend entwickelt worden. Es steht vor der Erprobungsphase.

Abteilung Sport/Sportamt

Sportförderung Die Bewegungsförderung im Frühbereich hat neben einem Projektausbau auch eine interdepartementale Vernetzung mit ausgezeichneten Synergien hervorgebracht. Das Sportamt wird über die Verwaltungsgrenze hinaus als Kompetenzzentrum wahrgenommen.

Das spezifisch für Mädchen mit Migrationshintergrund geschaffene Tanz-Angebot „Move the Girls" ist schweizweit auf Beachtung gestossen und von der „Laureus Stiftung" bereits Ende 2012 mit dem „Laureus-Award 2012" ausgezeichnet worden. Dank einer Kooperation mit der Fachstelle Tagesstrukturen kann das Sportamt neu sein Wissen in bestehende Tagesferienangebote tragen und davon auch für die eigenen, wieder im Ausbau befindenden Sportlager profitieren. Der eigens für den Anlass „heRheinspaziert" gegründete Verein musste aufgrund von Hochwasser den Schnuppersporttag am Rhein auch in diesem Jahr leider absagen. Für die Bewerbung aller Kurse und Angebote der Sportförderung kommt seit diesem Jahr der „Sportkalender" in neuem Gewand zu den Kindern und Jugendlichen.

Jugend und Sport (J+S) Im Rahmen der J+S-Kaderbildung fanden Grund-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmodule in diversen Sportarten statt. Insgesamt konnten gegen 800 Leiterinnen und Leiter erfolgreich aus- und weitergebildet werden. Die neue Pauschalabrechnung (Teilnehmerstunden) für die J+S Angebote als Teil des neuen Sportfördergesetzes des Bundes konnte erfolgreich eingeführt werden.

Freiwilliger Schulsport Das auf der Primarstufe flächendeckende Kurswesen des freiwilligen Schulsports schliesst im Jahr 2013 erstmals auch die 5. Primarschulklasse (vormals Orientierungsschule) ein. Insgesamt boten 78 Leiterinnen und Leiter in 24 Schulhäusern 1'571 Schülerinnen und

Schülern fachkundige Bewegungsstunden an. Erstmals ist in allen Primarschulklassen eines Standorts ein Pilotprojekt „Sportcheck“ - eine sportmotorische Bestandesaufnahme - erfolgreich durchgeführt worden. Der „Sportcheck“ soll keine Vergleiche zwischen Schulstandorten, sondern individuelle Empfehlungen für die Schülerinnen und Schüler für die verschiedenen Kurse ermöglichen. Auch die Lehrpersonen können von der differenzierten Analyse profitieren und auf die Unterstützung durch das Sportamt zählen. Der freiwillige Schulsport prosperiert inbesondere aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der Volksschulleitung und dem pädagogischen Zentrum.

Leistungssportförderung Insgesamt gingen im Sommer 70 Bewerbungen für die Angebote der Leistungssportförderung ein. 54 Anträge konnten berücksichtigt werden. Die Anzahl der geführten Sportklassen hat aufgrund der Schulharmonisierung um eine (OS) abgenommen. Für 19 Sportlerinnen und Sportler konnte eine Individuallösung in einer Regelklasse gefunden werden. 14 Sporttalente aus der WBS und dem Zentrum für Brückenangebote haben einen sportfreundlichen Ausbildungsbetrieb gefunden. Der Kanton Basel-Stadt bietet zudem seit Sommer die Ausbildung zur Bühnentänzerin bzw. Bühnentänzer an. 17 Tänzerinnen und Tänzer wurden erfolgreich aufgenommen. Weiter konnte die Liste der regionalen Leistungszentren um die Sportart Boxen erweitert werden.

Leihmaterial Insgesamt wurden 12’773 Artikel verliehen (2012: 12’393). Im Bereich der Winterlager ist der Bezug von Material im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen.

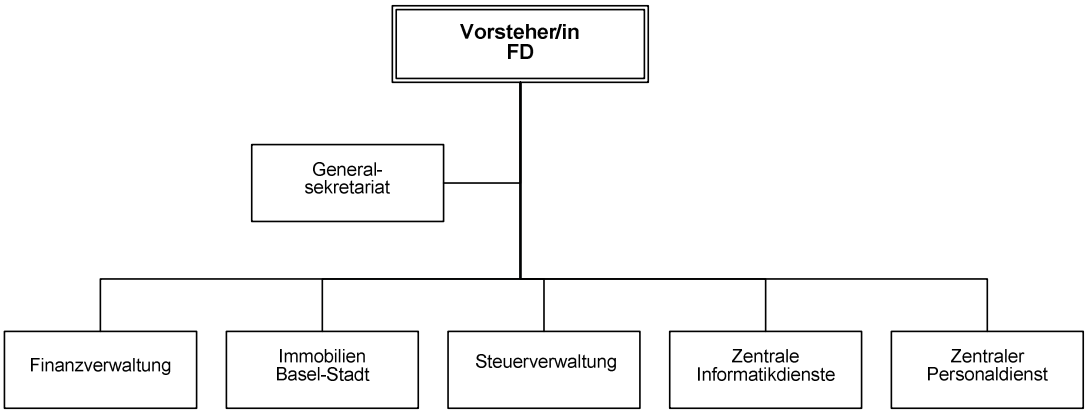
Sportanlagen Das Hallenbad Rialto wurde im Sommer umfangreich technisch saniert (Ersatz der gesamten Steuerung für die Badewassertechnik, Ersatz der Aufbereitungsanlage für das Badewasser, Ersatz der Badewasserleitungen und Ersatz der gesamten Lüftungsanlage). Ende Juli wurde das „Isteinerbad“ im Kleinbasel geschlossen. Für die notwendige Erneuerung der Einrichtung wären sehr hohe Sanierungskosten angefallen. Seit Jahren waren die Nutzungszahlen stark rückläufig. Die Bauarbeiten zur Erstellung des Garderobengebäudes beim Leichtathletikstadion St. Jakob konnten Ende des Jahres in Angriff genommen werden. Das Sportamt darf auf eine erfolgreiche Gartenbadsaison 2013 zurückblicken. Die Anzahl Gäste stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an. Das Sportbad im Gartenbad St. Jakob öffnete neu bereits um 6 Uhr morgens. Die IAKS (Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen) Sektion Schweiz würdigte mit der Verleihung des „Swiss IAKS Award 2013“ die Verdienste des Sportamts in der langjährigen Entwicklungs- und Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Sportinfrastrukturen (Rasen, Kunstrasen und Hallenbodenreinigung).

Kommunikation und Koordination

An mehreren Medienorientierungen sind Medien und Öffentlichkeit über aktuelle Projekte und Vorhaben informiert worden. Tagesaktuell geführt wird der Internetauftritt mit dem viel beachteten Veranstaltungskalender. Der Internetauftritt wurde ergänzt mit „Informationen für Kinder“ sowie „Informationen für Jugendliche", wo in altersgerechter Form über Angebote und Dienstleistungen für die entsprechenden Altersgruppen informiert wird. Um dem Wunsch der Öffentlichkeit nach Zahlenmaterial zu entsprechen, wurden Informationsblätter mit wichtigen Kennzahlen aus dem Aufgabengebiet erarbeitet und im Internet aufgeschaltet. Die Abteilung Sport ist auch auf Facebook präsent.

4.2.4 Finanzdepartement

FD-401	Generalsekretariat FD	262
FD-403	Finanzverwaltung	264
FD-404	Steuerverwaltung	266
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	268
FD-406	Zentrale Informatikdienste	270
FD-409	Zentraler Personaldienst	274



Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-71.7	-75.3	-70.1	5.2	6.9	1.6	2.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-33.4	-37.0	-41.2	-4.2	-11.3	-7.8	-23.3
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.4	-0.9	-0.5	0.4	43.1	-0.1	-30.3
Betriebsaufwand	**-105.5**	**-113.3**	**-111.9**	**1.4**	**1.3**	**-6.3**	**-6.0**
42 Entgelte	61.5	63.2	67.1	3.8	6.1	5.6	9.0
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-100.0
Betriebsertrag	**61.9**	**63.2**	**67.1**	**3.8**	**6.1**	**5.2**	**8.4**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-43.6**	**-50.0**	**-44.8**	**5.3**	**10.5**	**-1.1**	**-2.6**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.8	-10.2	-6.7	3.5	34.2	0.1	1.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.6	0.0	-0.7	-0.7	0.0	-0.1	-11.7
Abschreibungen	**-7.4**	**-10.2**	**-7.4**	**2.8**	**27.6**	**-0.0**	**-0.0**
Betriebsergebnis	**-51.0**	**-60.3**	**-52.2**	**8.1**	**13.4**	**-1.1**	**-2.2**
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.2	-0.4	-0.2	-129.6	-0.0	-4.3
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	25.1	-0.0	-14.8
Finanzergebnis	**-0.4**	**-0.2**	**-0.4**	**-0.2**	**-135.1**	**-0.0**	**-5.0**
Gesamtergebnis	**-51.4**	**-60.4**	**-52.6**	**7.8**	**13.0**	**-1.2**	**-2.3**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-50.8	-60.0	-52.2	7.8	13.0	-1.4	-2.8
9 Finanzen und Steuern	-0.7	-0.5	-0.4	0.1	14.4	0.3	41.4

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-10.8	-47.6	-11.1	36.5	76.7	-0.3	-2.4
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-1.0	-1.4	-0.4	-41.9	-1.4	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.6	0.0	-0.9	-0.9	0.0	-0.3	-45.0
Nettoinvestitionen	-11.4	-48.6	-13.4	35.2	72.5	-1.9	-17.0
Saldo Investitionsrechnung	**-11.4**	**-48.6**	**-13.4**	**35.2**	**72.5**	**-1.9**	**-17.0**

Kommentar

Auf Ebene Departement gibt es keine wesentlichen Veränderungen zu kommentieren. Abweichungen zum Budget werden auf Ebene Dienststelle begründet.

Generalsekretariat FD FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert sind die Steuer- und Personalrekurskommissionen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat des Finanzdepartements befasste sich im 2013 - zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben - mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählen weiterhin die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft sowie die Gesetzesrevision des Staatsbeitragsgesetzes.

Stabsleistungen FD

Partnerschaftsverhandlungen BS/BL Die Stabstelle für die seit Mitte 2005 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BL/BS wird im Kanton Basel-Stadt durch das Generalsekretariat des Finanzdepartements wahrgenommen. Im Jahre 2013 wurde der Leistungsauftrag und der Globalbeitrag 2014 - 2017 für die Universität Basel vorbereitet. Zudem wurden Verhandlungsdelegationen für die Überarbeitung dreier Staatsverträge eingesetzt.

Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus Das Finanzdepartement wirkt weiterhin sowohl in der Gesamtprojektsteuerung als auch in der fachlichen Gesamtprojektleitung des Projekts „Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus“ mit.

Staatsbeitragsgesetz Nach der Beratung in drei Grossratskommissionen wurde das Staatsbeitragsgesetz am 11. Dezember 2013 vom Grossen Rat verabschiedet und ist nach Ablauf der unbenutzten Referendumsfrist am 27. Januar 2014 in Kraft getreten. Das Gesetz beinhaltet überwiegend die Umsetzung dessen, was heute bereits Praxis ist. Die wesentlichen Neuerungen sind die klare Unterteilung in Finanzhilfen und Abgeltungen sowie die Regelungen zur Teuerung, Rücklagen und Erfolgskontrolle

WorkplaceBS Das Generalsekretariat hat den Vorsitz des Steuerungsausschusses des Projektes WorkplaceBS. In diesem Projekt wird der kantonale IT-Arbeitsplatz auf Windows 7 und Office 2010 migriert. Zudem wird eine Standardisierung und Zentralisierung bei der Leistungsbereitstellung umgesetzt. Im 2013 wurden die technischen und organisatorischen Grundlagen für die Umsetzung erarbeitet und der Rollout in den Departementen hat begonnen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-2'553.6	-2'794.3	-2'562.5	231.8	8.3	-8.9	-0.3	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'133.4	-1'468.7	-831.8	636.9	43.4	301.7	26.6	2
Betriebsaufwand	**-3'687.0**	**-4'263.0**	**-3'394.3**	**868.7**	**20.4**	**292.8**	**7.9**	
42 Entgelte	469.9	420.5	288.1	-132.3	-31.5	-181.8	-38.7	3
43 Verschiedene Erträge	15.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-15.5	-100.0	
Betriebsertrag	**485.4**	**420.5**	**288.1**	**-132.3**	**-31.5**	**-197.3**	**-40.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-3'201.6**	**-3'842.5**	**-3'106.1**	**736.4**	**19.2**	**95.5**	**3.0**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-17.7	-3'162.0	-1'240.1	1'921.9	60.8	-1'222.4	...	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-600.0	0.0	-670.0	-670.0	0.0	-70.0	-11.7	
Abschreibungen	**-617.7**	**-3'162.0**	**-1'910.1**	**1'251.9**	**39.6**	**-1'292.4**	**-209.2**	
Betriebsergebnis	**-3'819.3**	**-7'004.5**	**-5'016.2**	**1'988.3**	**28.4**	**-1'196.9**	**-31.3**	
34 Finanzaufwand	-0.6	0.0	-0.2	-0.2	0.0	0.4	61.8	
Finanzergebnis	**-0.6**	**0.0**	**-0.2**	**-0.2**	**0.0**	**0.4**	**61.8**	
Gesamtergebnis	**-3'819.8**	**-7'004.5**	**-5'016.4**	**1'988.1**	**28.4**	**-1'196.6**	**-31.3**	
davon Funktionen:								
01 Legislative und Exekutive	-171.1	-450.5	-90.5	360.0	79.9	80.7	47.1	
02 Allgemeine Dienste	-3'648.7	-6'554.0	-4'925.9	1'628.1	24.8	-1'277.2	-35.0	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-52.1	-26'000.0	-6'534.9	19'465.1	74.9	-6'482.8	...
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-600.0	0.0	-870.0	-870.0	0.0	-270.0	-45.0
Nettoinvestitionen	**-652.1**	**-26'000.0**	**-7'404.9**	**18'595.1**	**71.5**	**-6'752.8**	**...**
Saldo Investitionsrechnung	**-652.1**	**-26'000.0**	**-7'404.9**	**18'595.1**	**71.5**	**-6'752.8**	**...**

Kommentar

1 Nicht Ausschöpfung beim temporären Personal, Pensenreduktion und geringerer Schulungsaufwand führten zu tieferen Personalkosten.

2 Die Sachkosten wurden unterschritten aufgrund der Kostendisziplin, tieferen Ausgaben für den Unterhalt der Einrichtungen und der Nichtausschöpfung bei den Gutachten und Projekten.

3 Aufgrund einer Umstellung werden verwaltungsinterne Weiterverrechnungen nicht mehr als Entgelte ausgewiesen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.6	15.8	16.6	14.9	15.7
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	231	168	200	282	264
Bei der Personalrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	16	17	21	13	16

Finanzverwaltung FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.
Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Finanzpolitik sowie Informatik und Organisation.
Im Servicecenter Finanzen werden der gesamtstaatliche Zahlungsverkehr sowie die RW/C-Dienstleistungen an die Dienststellen des Finanzdepartements abgewickelt.
Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Anpassung Rechnungslegung Mit der Einführung des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt und der dazugehörigen Verordnung per 1. April 2012 hat Basel-Stadt zum harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) in Anbindung an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) gewechselt. Das Budget 2013 wurde erstmals nach der neuen Rechnungslegung erstellt. Seit Anfang 2013 erfolgt die Buchführung nach den neuen Grundsätzen.

Beteiligungsmanagement Im Jahre 2013 wurde die Umsetzung der Public Corporate Governance-Richtlinien weiter vorangetrieben. So hat das Gesundheitsdepartement für alle Spitäler Eignerstrategien verfasst und vom Regierungsrat Basel-Stadt genehmigen lassen. Ebenso hat es für alle Spitäler Risikoanalysen durchgeführt und diese vom Regierungsrat Basel-Stadt zur Kenntnis nehmen lassen. Des Weiteren konnte - wie in den Richtlinien vorgesehen - mit vorliegendem Jahresbericht die Transparenz über die Beteiligungen des Kantons deutlich erhöht werden, indem der Öffentlichkeit zum ersten Mal in einem separaten Kapitel eine Gesamtschau über die Beteiligungen des Kantons gegeben wird. Schliesslich konnte im Frühjahr 2013 auch der Ratschlag zur Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank an den Grossen Rat in Vernehmlassung gegeben und im Oktober 2013 zur Behandlung im Grossen Rat überwiesen werden.

Impulsprogramm zur Förderung elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren Im Rahmen dieses vom Grossen Rat im Dezember 2011 genehmigten mehrjährigen Vorhabens wurden im Verlaufe des 2013 nach Abschluss der Initialisierungs- und Aufbauphase wichtige Basisdienste wie Formular-, Bezahl- und Rechnungsdienste sowie ein Datenaustauschdienst realisiert. Basierend auf diesen grundlegenden Diensten konnten erste Fach-Pilotprojekte erfolgreich umgesetzt werden. Beispielsweise können nun Parkkarten bei der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) benutzerfreundlich online bezogen und bezahlt werden.
2014 werden weitere Basisdienste realisiert. Im Zentrum des Interesses steht unter anderem das sogenannte Kundenkonto, mit welchem sich die Kunden der Verwaltung anmelden und ihre Geschäfte einfach abwickeln und nachverfolgen können.
Daneben wird bereits die Zeit nach dem Impulsprogramm vorbereitet. Dem Regierungsrat wird dazu im Frühling 2014 die im Rahmen des Impulsprogramms erarbeitete „E-Government Strategie Kanton Basel-Stadt“ zur Genehmigung vorgelegt. Damit soll ein zielgerichtetes und breit abgestütztes Vorgehen bis Ende 2018 sichergestellt werden.

Internes Kontrollsystem (IKS) Das IKS bringt Transparenz in die Geschäftsprozesse. Im Fokus stehen die Prozessrisiken und die entsprechenden Kontrollen, um diese Risiken zu minimieren. In erster Linie geht es dabei um Finanzprozesse (Buchführung und finanzielle Berichterstattung), wobei die Methode auch auf andere Geschäftsprozesse angewendet werden kann.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-5'753.1	-6'013.3	-5'630.8	382.4	6.4	122.3	2.1	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'474.6	-4'220.3	-4'760.0	-539.7	-12.8	-285.4	-6.4	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-144.4	-327.0	-217.6	109.4	33.5	-73.2	-50.7	3
Betriebsaufwand	**-10'372.1**	**-10'560.6**	**-10'608.5**	**-47.8**	**-0.5**	**-236.3**	**-2.3**	
42 Entgelte	6'885.5	6'532.6	7'212.7	680.1	10.4	327.2	4.8	4
Betriebsertrag	**6'885.5**	**6'532.6**	**7'212.7**	**680.1**	**10.4**	**327.2**	**4.8**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-3'486.7**	**-4'028.0**	**-3'395.7**	**632.3**	**15.7**	**90.9**	**2.6**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-196.5	-101.0	-234.6	-133.6	-132.3	-38.1	-19.4	
Abschreibungen	**-196.5**	**-101.0**	**-234.6**	**-133.6**	**-132.3**	**-38.1**	**-19.4**	
Betriebsergebnis	**-3'683.1**	**-4'129.0**	**-3'630.3**	**498.7**	**12.1**	**52.8**	**1.4**	
34 Finanzaufwand	-109.1	-180.0	-118.0	62.0	34.5	-8.8	-8.1	
Finanzergebnis	**-109.1**	**-180.0**	**-118.0**	**62.0**	**34.5**	**-8.8**	**-8.1**	
Gesamtergebnis	**-3'792.3**	**-4'309.0**	**-3'748.3**	**560.7**	**13.0**	**44.0**	**1.2**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-3'792.3	-4'309.0	-3'748.3	560.7	13.0	44.0	1.2	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-541.3	-18'000.0	-770.3	17'229.7	95.7	-228.9	-42.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-306.7	-306.7	0.0	-306.7	0.0
Nettoinvestitionen	**-541.3**	**-18'000.0**	**-1'077.0**	**16'923.0**	**94.0**	**-535.7**	**-99.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-541.3**	**-18'000.0**	**-1'077.0**	**16'923.0**	**94.0**	**-535.7**	**-99.0**

Kommentar

1 Tiefere Personalkosten infolge fluktuationsbedingter Vakanzen.

2 Mehraufwand infolge höherer Ausgaben vorwiegend bei SAP-Beratungsdienstleistungen (+ 500'000 Franken). Diese konnten grössenteils weiterverrechnet werden (s.a. FDK 42).

3 Infolge Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear).

4 Es konnten mehr externe SAP-Beratungsdienstleistungen weiterfakturiert werden als budgetiert (+ 654'000 Franken).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	32.6	31.5	33.8	35.4	34.5
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	3'348	3'916	4'039	3'462	3'716
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	121	116	65	67	68
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	3.2	2.9	2.4	2.0	1.7

Das Ziel des IKS-Projektes ist die Befähigung der Departemente und Gerichte zur selbständigen Umsetzung eines IKS für ihre Finanzprozesse.
Infolge knapper Personalressourcen wurde der Start des Gesamtprojektes ins 2014 verschoben.

Steuerverwaltung FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Unternehmenssteuerreform III Die Steuerverwaltung arbeitet aktiv mit in den technischen Arbeitsgruppen des Bundes zur Unternehmenssteuerreform III. Sie erarbeitet Lösungsansätze, steht laufend in Kontakt mit den zuständigen Stellen des Bundes und steht im Austausch mit den im Kanton Basel-Stadt betroffenen Unternehmen.

Steuersoftware NEST Die Überführung der von elf Kantonen eingesetzten Steuersoftware NEST in den Jahren 2010 bis 2013 auf eine neue, zukunftsfähige Softwareumgebung wurde erfolgreich abgeschlossen. Das angestrebte Ziel, weiterhin eine stabile Applikation zur Verfügung zu haben wurde erreicht. Das Refactoring bzw. die Erneuerung der bestehenden Programme wurde begonnen und wird in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Steuererklärung Mit der Steuererklärung 2012 wurden die steuerpflichtigen Personen aufgefordert, mitzuteilen, ob sie die Steuererklärung in Zukunft weiterhin in Papierform oder nur den Steuererklärungs-Mantel mit der Download-Lösung BalTax wünschen. Damit können Ressourcen (CD und Papier) eingespart werden.

Elektronisches Meldesystem Das schweizweite elektronischen Meldesystem (CH-Meldewesen) wurde weiter ausgebaut. Seit Ende 2013 können Lohnausweis- und Quellensteuermeldungen direkt aus Unternehmensbuchhaltungen medienbruchfrei an die Steuerverwaltungen weitergeleitet werden.

Kantonale Inkassostelle Seit April 2013 werden Betreibungen aller angeschlossenen Dienststellen vorgenommen. Bereits seit April 2012 besteht die zentrale Verlustscheinbewirtschaftung aller kantonalen Verlustscheine.

Rechnungslegung nach HRM2 Für die Anpassung der Rechnungslegung nach HRM2 wurden neue Programme zur Ermittlung von unveranlagten ausstehenden Steuerforderungen erstellt, getestet und in Produktion genommen. Im Rechnungsabschluss 2013 wurde die neue Logik erstmals eingesetzt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-30'874.7	-31'354.9	-30'364.6	990.2	3.2	510.1	1.7	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-9'634.9	-9'368.8	-10'030.4	-661.6	-7.1	-395.5	-4.1	2
Betriebsaufwand	**-40'509.6**	**-40'723.7**	**-40'395.0**	**328.7**	**0.8**	**114.5**	**0.3**	
42 Entgelte	10'892.2	8'797.0	8'632.8	-164.2	-1.9	-2'259.4	-20.7	
43 Verschiedene Erträge	277.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-277.4	-100.0	
Betriebsertrag	**11'169.7**	**8'797.0**	**8'632.8**	**-164.2**	**-1.9**	**-2'536.8**	**-22.7**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-29'339.9**	**-31'926.7**	**-31'762.2**	**164.5**	**0.5**	**-2'422.3**	**-8.3**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-648.9	-400.0	-398.0	2.0	0.5	250.9	38.7	
Abschreibungen	**-648.9**	**-400.0**	**-398.0**	**2.0**	**0.5**	**250.9**	**38.7**	
Betriebsergebnis	**-29'988.9**	**-32'326.7**	**-32'160.2**	**166.5**	**0.5**	**-2'171.4**	**-7.2**	
34 Finanzaufwand	-286.7	0.0	-295.2	-295.2	0.0	-8.5	-3.0	3
Finanzergebnis	**-286.7**	**0.0**	**-295.2**	**-295.2**	**0.0**	**-8.5**	**-3.0**	
Gesamtergebnis	**-30'275.5**	**-32'326.7**	**-32'455.4**	**-128.7**	**-0.4**	**-2'179.9**	**-7.2**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-30'275.5	-32'326.7	-32'455.4	-128.7	-0.4	-2'179.9	-7.2	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-658.0	0.0	-435.4	-435.4	0.0	222.6	33.8
Nettoinvestitionen	**-658.0**	**0.0**	**-435.4**	**-435.4**	**0.0**	**222.6**	**33.8**
Saldo Investitionsrechnung	**-658.0**	**0.0**	**-435.4**	**-435.4**	**0.0**	**222.6**	**33.8**

Kommentar

1 Periodenfremder Minus-Aufwand von 183'541 Franken ist aufgrund der HRM2-Grundsätze enthalten.

2 Der Projektaufwand zur Realisierung der kantonalen Inkassostelle und der zusätzliche Sachaufwand sind enthalten.

3 Bruttoausweis Bankspesen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	209.6	210.8	214.3	216.7	217.5	
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	10'316	10'045	10'275	10'054	10'179	
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	126'781	127'847	127'237	127'816	128'502	
Einsprache-Entscheide	Anz	1'842	1'950	2'600	2'850	2'650	
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'254	1'248	1'224	1'007	1'158	
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	93.1	91.3	93.2	93.5	92.9	1

Kommentar

1 Die Kennzahl berechnet sich aus der Anzahl in Rechnung gestellter Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung und der Anzahl innert drei Monate nach Eingang erledigter nichtperiodischer Fälle im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen.

Immobilien Basel-Stadt FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen wurde die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt. Verschiedene Arealentwicklungen wurden vorwärts gebracht und weitere Liegenschaftssanierungen im Sinne des Konzepts für ein nachhaltiges Immobilienmanagement umgesetzt. Im Verwaltungsvermögen standen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Wertentwicklung und die wirtschaftliche Raumnutzung im Zentrum.

Immobiliendienste

Stadtwohnen Der Schwerpunkt Stadtwohnen konnte im vergangenen Jahr durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei wurden sowohl staatliche Projekte weitergeführt wie auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Für das Areal an der Maiengasse/Hebelstrasse wurde ein offener Architekturwettbewerb durchgeführt: Am ehemaligen Verwaltungsstandort entstehen neue Wohnungen als Eigeninvestition des Kantons. Für das Areal Riehenring 3 in Basel wurde mit der Wohnstadt Bau- und Verwaltungsgenossenschaft ein partnerschaftlicher Baurechtsvertrag Plus abgeschlossen werden. Die Wohnstadt plant nun am Riehenring eine neue Wohnbebauung. Für einen Teil des von der Novartis erworbenen Areals Schoren konnte mit dem Wohnbaugenossenschaftsverband Nordwest eine Absichtserklärung zur Übernahme im Baurecht abgeschlossen werden. Die Abgabe von Arealen im Baurecht an Genossenschaften ist Teil des kantonalen Programms zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. In Basel Nord konnte der Kanton Teile des Coop Areals Lysbüchel erwerben.

Nachhaltigkeit Die nachhaltige Entwicklung des Immobilienportfolios unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Aspekte konnte weiter umgesetzt werden. Die energetische Sanierung von Liegenschaften wird weitergeführt. Beispielsweise hat die energetische Sanierung der Liegenschaft in der Schutzzone am Petersgraben 20 begonnen – das Projekt erreichte beim Basler Modernisierungswettbewerb 2011 zusammen mit einem weiteren Projekt den ersten Rang. Zur Förderung von Solaranlagen auf den Dächern staatlicher Liegenschaften wurden erste Pakete ausgeschrieben und in den nächsten Jahren sollen weitere Anlagen im Rahmen von Sanierungen realisiert werden.

Verwaltungsstandorte Die nachhaltige Werterhaltung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens durch Investitionen und Unterhalt wurde weitergeführt. Ein Fokus liegt aufgrund der bevorstehenden Schulharmonisierung bei Schulhäusern.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-7'785.3	-7'927.3	-7'650.8	276.5	3.5	134.5	1.7	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'835.1	-3'962.7	-4'285.8	-323.1	-8.2	-450.8	-11.8	2
Betriebsaufwand	**-11'620.4**	**-11'890.0**	**-11'936.6**	**-46.6**	**-0.4**	**-316.2**	**-2.7**	
42 Entgelte	11'175.8	11'435.2	11'547.1	111.9	1.0	371.4	3.3	3
43 Verschiedene Erträge	11.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-11.0	-100.0	
Betriebsertrag	**11'186.8**	**11'435.2**	**11'547.1**	**111.9**	**1.0**	**360.4**	**3.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-433.6**	**-454.8**	**-389.5**	**65.3**	**14.4**	**44.1**	**10.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-231.1	0.0	0.0	0.0	0.0	231.1	100.0	
Abschreibungen	**-231.1**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**231.1**	**100.0**	
Betriebsergebnis	**-664.7**	**-454.8**	**-389.5**	**65.3**	**14.4**	**275.3**	**41.4**	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.2	-0.0	0.2	84.1	0.1	67.8	
Finanzergebnis	**-0.1**	**-0.2**	**-0.0**	**0.2**	**84.1**	**0.1**	**67.8**	
Gesamtergebnis	**-664.8**	**-455.0**	**-389.5**	**65.5**	**14.4**	**275.3**	**41.4**	
davon Funktionen:								
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-664.8	-455.0	-389.5	65.5	14.4	275.3	41.4	

Kommentar

1 Die Ursache für die tieferen Personalkosten sind Fluktuation bzw. die Diskrepanz zwischen letztem und erstem Arbeitstag des ehemaligen bzw. neuen Mitarbeiters und Rückvergütungen aufgrund längeren Krankheiten.

2 Der höhere Sachaufwand begründet sich mit den gewachsenen Immobilienportfolios, die IBS betreut. Insbesondere sind es Kosten für Projektbegleitungen für die PKBS, Drittverwaltungen ausserhalb der Region und Ausgaben für IT-Entwicklungen zur rationelleren Unterstützung der Arbeitsprozesse von IBS, damit die grösseren Portfolios professionell gemanagt werden können. Die Mehrkosten können vollumfänglich durch höhere Erträge gedeckt werden.

3 Die gegenüber Budget höheren Erträge sind wie oben erwähnt auf die grösseren Immobilienportfolios, insbesondere dasjenige der PKBS zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.4	69.0	69.6	69.2	64.2
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	29.2	30.5	32.9	33.5	34.0
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	6'405	6'481	6'488	6'214	6'355
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.8	5.9	5.8	6.1	6.0
Investitionsquote Finanzvermögen	%	4.4	4.2	3.1	2.5	3.4

Zentrale Informatikdienste FD-406

Die Zentralen Informatikdienste stellen auf anforderungsgerechte, zuverlässige und wirtschaftliche Weise die IT-Grundversorgung sicher, die eine moderne Verwaltung Basel-Stadt zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Das Leistungsangebot der ZID gliedert sich in die folgenden drei Geschäftsfelder:

- IT-Arbeitsplatz: Die Versorgung der Anwender/innen mit den notwendigen IT-Services im Bereich der Büroautomation und –kommunikation.
- IT-Plattformen: Die Bereitstellung der Basisinfrastrukturen zur Unterstützung von Fach- und E-Government-Anwendungen sowie des IT-Arbeitsplatzes.
- E-Government: Die Unterstützung von verwaltungsinternen und behördenübergreifenden Geschäftsprozessen sowie des Online-Angebots für Privatpersonen und Unternehmungen

Die ZID erbringt diese Leistungen im Auftrag des Regierungsrats bzw. der von ihm eingesetzten kantonalen IT-Gremien. Im 2013 umfasste dies die folgenden Basisleistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT):

- Verwaltungsnetzwerk und Internetzugang
- Telefonie
- Zentrale Verzeichnisse
- Rechenzentrum
- Zentrale Dokumentenablage (FileBS)
- Zentrales Mail-/Kalender-System (MailBS)
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung
- Zentraler Helpdesk
- Bewilligungsplattform / E-Government-Infrastruktur
- Zentrale Collaboration-Plattform (TeamBS)
- Zentrales Web Content Management

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr 2013 standen neben der Sicherstellung der Versorgung der Verwaltung mit den vorgenannten IKT-Basisservices die folgenden kantonalen Projekte im Mittelpunkt der Tätigkeit der ZID:

1. Projekt MoveIT: Abschluss des im Vorjahr begonnenen Umzugs des Hauptrechenzentrums vom Petersgraben 52 in das Telehouse der IWB. Damit sind beide neuen kantonalen Rechenzentren bei der IWB und der EBM sowie das neue Datenfernlager in Bern in Betrieb, die beiden bisherigen Rechenzentren wurden aufgelöst.

2. Projekt WebBS: Das bisherige, vom Hersteller nicht mehr unterstützte Web Content Managementsystem wurde durch ein neues System auf Open Source Basis abgelöst. Die ersten fünf Pilotsites wurden auf das neue System und in ein modernes Web-Corporate Design überführt. Die Aufschaltung des neuen kantonalen Portals auf *www.bs.ch* erfolgte im August 2013.

3. Projekt WorkplaceBS: Im Rahmen des Projekts zur Einführung eines neuen standardisierten IT-Arbeitsplatzes (Ablösung von Windows XP und Office 2003) baute die ZID den neuen Service WorkplaceBS auf. Dies umfasst die Konfiguration des neuen PC zur Sicherstellung der Kompatibilität mit den verschiedenen Fachanwendungen der Verwaltung sowie den Aufbau der Leistungsprozesse mit dem externen PC-Lieferanten und den Departementsinformatikstellen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-15'210.1	-16'797.1	-15'060.3	1'736.8	10.3	149.8	1.0	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'973.1	-15'356.2	-19'286.4	-3'930.2	-25.6	-7'313.3	-61.1	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-265.4	-611.8	-316.2	295.6	48.3	-50.8	-19.1	
Betriebsaufwand	**-27'448.6**	**-32'765.0**	**-34'662.9**	**-1'897.9**	**-5.8**	**-7'214.3**	**-26.3**	
42 Entgelte	26'306.7	30'753.7	33'551.1	2'797.4	9.1	7'244.4	27.5	3
43 Verschiedene Erträge	27.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-27.2	-100.0	
Betriebsertrag	**26'333.8**	**30'753.7**	**33'551.1**	**2'797.4**	**9.1**	**7'217.3**	**27.4**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-1'114.8**	**-2'011.3**	**-1'111.8**	**899.5**	**44.7**	**3.0**	**0.3**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-5'422.2	-5'989.9	-4'854.8	1'135.1	18.9	567.3	10.5	
Abschreibungen	**-5'422.2**	**-5'989.9**	**-4'854.8**	**1'135.1**	**18.9**	**567.3**	**10.5**	
Betriebsergebnis	**-6'536.9**	**-8'001.2**	**-5'966.6**	**2'034.6**	**25.4**	**570.3**	**8.7**	
34 Finanzaufwand	-0.3	0.0	-0.4	-0.4	0.0	-0.1	-46.6	
44 Finanzertrag	13.2	9.0	11.3	2.3	25.1	-2.0	-14.8	
Finanzergebnis	**13.0**	**9.0**	**10.9**	**1.9**	**20.8**	**-2.1**	**-16.1**	
Gesamtergebnis	**-6'524.0**	**-7'992.2**	**-5'955.7**	**2'036.4**	**25.5**	**568.2**	**8.7**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-6'524.0	-7'992.2	-5'955.7	2'036.4	25.5	568.2	8.7	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-8'762.9	-3'600.0	-2'461.3	1'138.7	31.6	6'301.5	71.9
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-1'000.0	-1'111.9	-111.9	-11.2	-1'111.9	0.0
Nettoinvestitionen	**-8'762.9**	**-4'600.0**	**-3'573.3**	**1'026.7**	**22.3**	**5'189.6**	**59.2**
Saldo Investitionsrechnung	**-8'762.9**	**-4'600.0**	**-3'573.3**	**1'026.7**	**22.3**	**5'189.6**	**59.2**

Kommentar

1 Geplante Stellen im Ramen der Services WebBS und E-Government-Plattformen wurden noch nicht besetzt. Zudem wurden Vakanzen zurückhaltend neu besetzt. Kurzfristig wurde der Ressourcenbedarf über externe Dienstleister sichergestellt, was zu einem höheren Sachaufwand führte.

2 Der höhere Sachaufwand ist begründet in den zusätzlich eingekauften Ressourcen zur kurzfristigen Abdeckung von Personalengpässen und in den zum Budgetzeitpunkt noch nicht bekannten Kosten für den Serviceaufbaus WorkplaceBS. Dieser Mehraufwand wurde an das Projekt verrechnet, wo die entsprechenden Kosten auch budgetiert waren.

3 Die höheren Erträge wurden durch die Verrechnung der Kosten des Serviceaufbaus WorkplaceBS an das Projekt erzielt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	99.8	100.1	96.8	93.0	95.4	1
Verfügbarkeit IKT-Basisdienste	Fälle	0	1	1	2	2	2
Datenintegrität IKT-Basisdienste	Min	0	0	0	0	0	3
Basis05 Accounts	Anz	6'203	6'562	6'809	7'015	7'179	4

Kommentar

1 Soll Headcount für 2013 war 103.9. Geplante Stellen im Ramen der Services WebBS und E-Government-Plattformen wurden noch nicht besetzt. Zudem wurden Vakanzen zurückhaltend neu besetzt.

2 Die Kennzahl misst die Anzahl Störungen mit einer Ausfallzeit von > 4 Stunden gemäss Service Level Agreement (Vorgabe: max. 8 Ereignisse pro Jahr).

3 Die Kennzahl umfasst die maximale Datenverlustzeit für IKT-Basisdienste gemäss Service Level Agreement (technische Schadensereignisse; sie umfasst keine Verluste, die durch Fehlmanipulation von Anwendern, Malware oder SW-Fehler verursacht werden).

4 Die Kennzahl misst die Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzer/-innen, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit Basel-Stadt sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven Benutzer/innen.

4. Projekt eGov-Impulsprogramm: Die ZID realisierte im Rahmen des ‚Impulsprogramms zur Förderung elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren im Kanton Basel-Stadt' die vom Programm-Steuerungsausschuss für das Jahr 2013 in Auftrag gegebenen Komponenten. Als neue elektronische Dienstleistung wurde die Bestellung und Bezahlung von Parkkarten über das Internet realisiert und erfolgreich eingeführt.

ZID-intern erfolgten verschiedene Projekte zur periodischen Wartung und Erneuerung der für die IKT-Basisservices benötigten Infrastruktur, so im Bereich der Telefonie, der Datenbankplattform und der Internet-Ausgangskontrolle. Auf organisatorischer Ebene lag der Schwerpunkt im Aufbau des systematischen Prozess- und Qualitätsmanagements.

In den vier Abteilungen der ZID wurden neben der Sicherstellung des laufenden Betriebs insbesondere die folgenden Vorhaben durchgeführt:

Unterstützungsdienste (UDI)

- Aufbau des ZID-internen Geschäftsprozessmanagements zwecks kontinuierlicher Verbesserung der internen Prozesse.
- Durchführung einer Analyse für die Optimierung der IT-Systemüberwachung.
- Aufbau der Beschaffungs- und Lizenzmanagementprozesse für den neuen standardisierten IT-Arbeitsplatz (WorkplaceBS).

IT-Plattformen

- Ersatz der hochverfügbaren Datenbank-Plattform zur Gewährleistung eines sicheren und stabilen Betriebes von IKT-Basisdiensten wie z.B. Kantonaler Datenmarkt und Zentrale Geschäftsverwaltung.
- Abschluss des Rechenzentrumsumzuges in die neuen kantonalen Rechenzentren bei der IWB und der EBM
- Aufbau und Inbetriebnahme der neuen IT-Infrastrukur zum Betrieb des zentralen Web Content Managementsystems „Magnolia" als Voraussetzung für die Migration aller kantonalen Internet und Intranet Web-Seiten.
- Erfolgreiche Übergabe des operativen CITRIX-Betriebes an das Erziehungsdepartement zur Nutzung von Synergieffekten
- Ausbau der kantonalen IT-Plattform für die Servervirtualiserung zur Sicherstellung des steigenden Kapazitätsbedarfes.

IT-Arbeitsplatz

- Konfiguration des Clients sowie der Leistungsprozesse für den neuen Standard-Arbeitsplatz (WorkplaceBS) und Beginn des Rollouts.
- Durchführung und Abschluss der Aktualisierung der Telefonie-Infrastruktur.
- Realisierung von Optimierungsmassnahmen im Zentralen Helpdesk.

E-Government

- Bereitstellung der E-Government-Infrastruktur (Integration Datenaustausch- und Bezahldienst)
- Einführung neues Web Content Managementsystem
- Bereitstellung einer Applikation zur effizienten Abwicklung von Dokumente-Reviews in der Verwaltung
- Anschluss weiterer Fachanwendungen an den kantonalen Datenmarkt zwecks medienbruchfreiem Datenaustausch und damit verbundener Effizenz- und Qualitätssteigerung bei den angeschlossenen Dienststellen.

Zentraler Personaldienst FD-409

Der Zentrale Personaldienst (ZPD) entwickelt Konzepte, Systeme und Instrumente zur gezielten Förderung und Weiterentwicklung eines professionellen, zukunftsgerichteten Personalmanagements bei BASEL-STADT. Durch kompetente Beratung der Dezentralen Personaldienste sorgt er für die korrekte und einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen bzw. Vorgaben des Regierungsrates, und liefert mittels einem verwaltungsweiten Personalcontrolling die relevanten Steuerungsgrössen für die Ressourcen im Personalbereich. Im Weiteren pflegt er zur Gewährleistung einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft einen regelmässigen Austausch mit den Sozialpartnern.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Als Querschnittsfunktion unterstützt, steuert und koordiniert die Personalfachorganisation die Personalprozesse. Entsprechend den personalstrategischen Leitlinien, steht dabei Professionalität in Organisation, Gestaltung und Dienstleistungserbringung an oberster Stelle. An dieser Richtschnur und zugleich Messlatte orientierte sich im Jahr 2013 auch das aktuelle Schwerpunktprojekt des Zentralen Personaldienstes - die Systempflege.

Zentrales Personalmanagement

Neben personalpolitisch bzw. personalstrategisch relevanten Projekten (siehe dazu Unterkapitel Personalentwicklung), wurden im ZPD schwerpunktmässig folgende Themen bearbeitet:

Systempflege Mit dem Projekt Systempflege wird das nicht mehr zeitgemässe Instrumentarium zur Bewertung und Zuordnung der Funktionen überarbeitet. Das Projekt ist weit fortgeschritten. Die im Sommer 2012 begonnene Zuordnungsarbeit für die insgesamt ca. 4500 zu überführenden Stellen sollte bis September 2013 abgeschlossen sein, die Überführung per Februar 2014 erfolgen. Im Frühjahr 2013 wurde deutlich, dass dieser Zeitplan nicht mehr realistisch ist. Hauptgrund dafür war, dass der Anteil der für die Zuordnung neu erstellten Stellenbeschreibungen deutlich höher war als erwartet; dies erhöhte den Bearbeitungsaufwand massiv und führte zu nicht kompensierbaren Verzögerungen. Der Regierungsrat trug dieser Situation Rechnung und beschloss im Juni 2013, den Überführungszeitpunkt um ein Jahr auf Februar 2015 zu verschieben. Der Projektfortschritt auf Basis des neuen Zeitplanes erfolgte im Verlauf des Jahres 2013 wie vorgesehen.
Im Projekt wird auch grosser Wert auf Transparenz und eine gute Kommunikation gelegt. Zu diesem Zweck werden Führungsverantwortliche, Mitarbeitende und Sozialpartner regelmässig über den aktuellen Stand informiert, sei es in Form von Personal- oder Führungsinformationen, Beiträgen im BS intern, Informationen auf der eigens dafür eingerichteten Informationsplattform, Schulungen oder in Kontaktgesprächen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-9'541.6	-10'418.0	-8'850.6	1'567.4	15.0	691.0	7.2	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'358.4	-2'660.8	-2'011.9	648.9	24.4	346.6	14.7	2
Betriebsaufwand	**-11'900.1**	**-13'078.8**	**-10'862.5**	**2'216.3**	**16.9**	**1'037.6**	**8.7**	
42 Entgelte	5'785.9	5'310.3	5'846.9	536.6	10.1	61.0	1.1	3
43 Verschiedene Erträge	48.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-48.4	-100.0	
Betriebsertrag	**5'834.4**	**5'310.3**	**5'846.9**	**536.6**	**10.1**	**12.6**	**0.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-6'065.7**	**-7'768.5**	**-5'015.6**	**2'752.9**	**35.4**	**1'050.1**	**17.3**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-283.0	-576.4	-4.9	571.5	99.2	278.1	98.3	4
Abschreibungen	**-283.0**	**-576.4**	**-4.9**	**571.5**	**99.2**	**278.1**	**98.3**	
Betriebsergebnis	**-6'348.7**	**-8'344.9**	**-5'020.4**	**3'324.5**	**39.8**	**1'328.3**	**20.9**	
Gesamtergebnis	**-6'348.7**	**-8'344.9**	**-5'020.4**	**3'324.5**	**39.8**	**1'328.3**	**20.9**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-6'348.7	-8'344.9	-5'020.4	3'324.5	39.8	1'328.3	20.9	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-824.4	0.0	-897.4	-897.4	0.0	-73.0	-8.8
Nettoinvestitionen	-824.4	0.0	-897.4	-897.4	0.0	-73.0	-8.8
Saldo Investitionsrechnung	**-824.4**	**0.0**	**-897.4**	**-897.4**	**0.0**	**-73.0**	**-8.8**

Kommentar

1 Die Abweichungen der Rechnung zum Budget 2013 bei den Personalkosten liegen zu 81% bei den durch eine Praxisänderung nicht ausgeschöpften Mittel der Einzelposten Sozialstellenplan, Reintegrationstellenbudget/Chancenkasse, Sozialstellen Staatspersonal und beim Produkt Come Back. Beim Produkt Come Back wurden die Personalkosten im Hinblick auf den Wegfall der Mittel von der Pensionskasse zur Anschubfinanzierung von Come Back ab 2014 bereits reduziert. Die restlichen 19% der nicht ausgeschöpften Mittel durch den ZPD wurden infolge Personalfluktuation bzw. vorübergehender Vakanzen nicht vollständig ausgeschöpft.

2 Bei den Sachmitteln erklärt sich die Abweichung zum Budget 2013 einerseits aufgrund von Projektverschiebungen ins Jahr 2014 (Umzug ZPD an die Spiegelgasse, Projekt Migration Workplace BS) sowie durch den Wegfall des Projektes Personalmarketing. Andererseits wurden wie im Jahr 2012 auch im 2013 die Kräfte auf das Projekt Systempflege konzentriert und keine grösseren Vorhaben begonnen bzw. umgesetzt.

3 Die Mehreinnahmen begründen sich durch zusätzliche, bei der Budgetierung nicht bekannte Einnahmen in den Bereichen Beratungsdienstleistungen der Abteilung Personal- und Organisationsentwicklung, verrechneten Dienstleistungen der Abteilung HR DLC an Dritte und Mehreinnahmen von Come Back.

4 Die Anlage „Vergütungsmanagement I" wurde per 31.12.2012 komplett abgeschrieben. Dies hat zur Folge, dass die für 2013 geplanten Abschreibungen hinfällig wurden. Die Ausgaben für Teil 2 fielen ebenfalls später an als geplant.

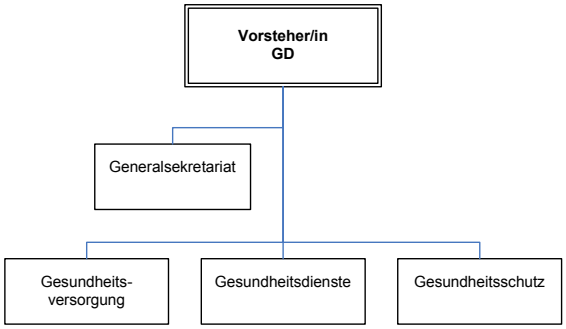
Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	36.1	40.8	41.1	47.4	50.4	
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	85	87	90	88	89	
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	80	80	80	80	77	
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	-	83	-	-	-	1

Kommentar

1 Diese Kennzahl wird erst ab 2015 wieder erhoben.

4.2.5 Gesundheitsdepartement

GD-701	Generalsekretariat GD	279
GD-702	Gesundheitsdienste	281
GD-706	Gesundheitsschutz	284
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	288
GD-730	Gesundheitsversorgung	290



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-43.1	-44.9	-43.7	1.2	2.6	-0.6	-1.5	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15.1	-17.2	-15.3	1.8	10.7	-0.2	-1.3	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.5	-0.6	-0.6	0.0	5.9	-0.1	-21.1	
36 Transferaufwand	-512.2	-524.5	-516.2	8.2	1.6	-4.0	-0.8	3
Betriebsaufwand	**-570.9**	**-587.1**	**-575.8**	**11.3**	**1.9**	**-5.0**	**-0.9**	
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
42 Entgelte	19.4	19.6	19.6	0.0	0.1	0.3	1.4	
43 Verschiedene Erträge	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-100.0	
46 Transferertrag	1.5	2.8	2.6	-0.2	-5.5	1.1	69.9	4
Betriebsertrag	**21.0**	**22.4**	**22.3**	**-0.1**	**-0.6**	**1.3**	**6.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-549.9**	**-564.7**	**-553.6**	**11.1**	**2.0**	**-3.7**	**-0.7**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.4	-0.1	-0.5	-0.4	-541.4	-0.1	-28.0	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	-0.1	0.0	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Abschreibungen	**-0.4**	**-0.1**	**-0.6**	**-0.5**	**-684.0**	**-0.2**	**-56.5**	
Betriebsergebnis	**-550.3**	**-564.8**	**-554.1**	**10.6**	**1.9**	**-3.9**	**-0.7**	
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-7.5	-0.0	-33.6	
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	...	-0.0	-6.3	
Finanzergebnis	**-0.0**	**-0.0**	**-0.0**	**0.0**	**23.9**	**-0.0**	**-64.4**	
Gesamtergebnis	**-550.3**	**-564.8**	**-554.2**	**10.6**	**1.9**	**-3.9**	**-0.7**	
davon Funktionen:								
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-0.3	0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.3	93.1	
2 Bildung	-95.5	-90.7	-74.3	16.4	18.1	21.2	22.2	
4 Gesundheit	-392.0	-410.6	-414.6	-4.1	-1.0	-22.6	-5.8	
5 Soziale Sicherheit	-61.3	-62.3	-64.3	-2.0	-3.2	-3.0	-4.9	
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	-0.0	-0.0	...	-0.0	...	
8 Volkswirtschaft	-1.1	-1.2	-0.9	0.3	24.3	0.2	20.2	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-0.4	0.0	-0.8	-0.8	0.0	-0.4	-88.8
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-0.8	-0.8	0.0	-0.8	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-10.4	-10.4	0.0	-10.4	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-100.0
Nettoinvestitionen	**-0.3**	**0.0**	**-12.0**	**-12.0**	**0.0**	**-11.7**	**...**
Saldo Investitionsrechnung	**-0.3**	**0.0**	**-12.0**	**-12.0**	**0.0**	**-11.7**	**...**

Kommentar

1 In diversen Dienststellen (Generalsekretariat, Gesundheitsdienste) wurden Vakanzen nicht besetzt, somit wurde das Budget im Personalkostenbereich deutlich unterschritten.

2 Verzögerungen bei diversen Projekten (eHealth, Gesundheitsraum Nordwestschweiz) führten zu tieferen Ausgaben im Dienstleistungsbereich. Durch Einsparungen im Materialbereich in verschiedenen Dienststellen das Budget deutlich unterschritten werden.

3 Die Unterschreitung des Budgets ist hauptsächlich auf die in geringerem Umfang beanspruchten gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) bei den Spitälern zurückzuführen (im Detail s. Dienststelle 730, Gesundheitsversorgung). Im Vergleich zum Vorjahr sind Mehraufwendungen bei den Beiträgen zur Pflegefinanzierung sowie den Beiträgen an die stationäre Spitalbehandlung nach KVG zu verzeichnen.

4 Aufgrund der neuen Rechnungslegung unter HRM2 werden Fondsentnahmen und -äufnungen über die Erfolgsrechnung verbucht. Im Konto 46 fallen hauptsächlich neu die Erträge aus dem Alkoholzehntel und er Spielsuchtabgabe an.

Generalsekretariat GD GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung des Departements mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, den weiteren kantonalen Verwaltungsstellen sowie mit Dritten sicher. Departementsintern sorgt das Generalssekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsdienstleistungen in den Abteilungen Personal, Recht, Planungskoordination und den beiden Bereichen Kommunikation sowie Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen unterstützt es den Vorsteher und die Bereiche des Departements. Der Bereich Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen vertritt seit 2012 die Eigentümerinteressen gegenüber den verselbständigten öffentlichen Spitälern.

Internet: www.gd.bs.ch

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Beteiligungsmanagement Das Universitätsspital Basel (USB), das Felix Platter-Spital (FPS) und die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) wurden per 1. Januar 2012 aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler (ÖSpG) verselbstständigt. Das Gesundheitsdepartement beziehungsweise die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen nimmt seit diesem Zeitpunkt gemäss den Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrates neu die Vertretung der Eigentümerinteressen des Kantons gegenüber den öffentlichen Spitälern wahr, ebenso gegenüber dem sich in gemeinsamer Trägerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft befindlichen Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB). Dazu gehören neben den gesetzlichen Aufsichtsaufgaben auch das Beteiligungscontrolling. Das Beteiligungsmanagement und -controlling wurde im Berichtsjahr im Rahmen der Wahrnehmung der gesetzlichen Aufsichtsaufgaben und auf der Basis der Public Corporate Governance-Richtlinien systematisch weiter entwickelt.

Daneben wurde in 2013 der neue Staatsvertrag über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) durch die Regierungen der beiden Trägerkantone unterzeichnet und durch die Parlamente genehmigt, womit der Staatsvertrag rückwirkend per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt werden konnte. Im Rahmen der Umsetzung des neuen Staatsvertrages erfolgte die Übertragung des Neubaus und des Baurechtsvertrages auf das UKBB.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-4'334.2	-4'562.7	-3'986.8	575.9	12.6	347.4	8.0	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'022.9	-2'015.6	-1'617.2	398.4	19.8	405.7	20.1	2
36 Transferaufwand	-32.5	-33.5	-32.8	0.7	2.2	-0.2	-0.7	
Betriebsaufwand	**-6'389.7**	**-6'611.8**	**-5'636.8**	**975.0**	**14.7**	**752.9**	**11.8**	
42 Entgelte	135.6	119.8	193.8	74.0	61.8	58.3	43.0	
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
46 Transferertrag	0.0	300.0	300.0	0.0	0.0	300.0	0.0	
Betriebsertrag	**135.6**	**419.8**	**493.8**	**74.0**	**17.6**	**358.3**	**264.3**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-6'254.1**	**-6'192.0**	**-5'142.9**	**1'049.1**	**16.9**	**1'111.1**	**17.8**	
Betriebsergebnis	**-6'254.1**	**-6'192.0**	**-5'142.9**	**1'049.1**	**16.9**	**1'111.1**	**17.8**	
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.4	-0.2	0.2	54.3	0.0	11.7	
44 Finanzertrag	1.2	0.0	1.3	1.3	0.0	0.1	5.2	
Finanzergebnis	**1.0**	**-0.4**	**1.1**	**1.5**	**349.4**	**0.1**	**9.0**	
Gesamtergebnis	**-6'253.1**	**-6'192.4**	**-5'141.9**	**1'050.5**	**17.0**	**1'111.2**	**17.8**	
davon Funktionen:								
12 Rechtssprechung	-335.7	0.0	-23.1	-23.1	0.0	312.6	93.1	
29 Übriges Bildungswesen	-51.8	-61.2	-65.1	-3.9	-6.4	-13.3	-25.7	
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-5'865.6	-6'131.2	-5'053.6	1'077.6	17.6	812.0	13.8	

Kommentar

1 Aufgrund von Nichtbesetzungen von Vakanzen sowie entsprechend tieferer Aufwendungen für Rekrutierungen wird der Personalaufwand um rund 600'000 Franken unterschritten.

2 Aufgrund der Umstellung des gesamtkantonalen Beschaffungsmodelles ab 2014 wurden in 2013 weniger Mittel für Hard-/Software eingesetzt. Ebenso wurden weniger Gutachten und sonstige externe Dienstleistungen benötigt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.8	29.1	29.1	27.5	25.0	
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	148	154	189	183	0	1
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	11	6	5	9	14	
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN VI.	%	100	100	80	100	67	

Kommentar

1 Aufgrund der Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 entfallen beim Gesundheitsdepartement die Aufgaben der Psychiatrierekurskommission.

Gesundheitsdienste GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in drei Abteilungen (Medizinisch-pharmazeutische Dienste [vormals Abteilungen Kantonsärztlicher Dienst und Heilmittelwesen], Prävention sowie Sucht) Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt.

Die Aufgaben der Medizinisch-pharmazeutischen Dienste beinhalten hoheitliche Funktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlagen wie die Aufsicht über und die Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen, die Qualitätssicherung, das Förderprogramm für angehende Hausärztinnen und Hausärzte, die Aufsicht und Qualitätssicherung im Heilmittelwesen, die Überwachung von übertragbaren Erkrankungen, das Wohnungswesen, die Gefängnismedizin, die fürsorgerische Unterbringung, die Erteilung von Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisationen, die Registrierung von Krebserkrankungen für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie konzeptionelle Aufgaben im Rahmen der Krebsstrategie Basel-Stadt und des Mammografie Screening Programms sowie im Rahmen integrierter Versorgungmodelle.

Die Abteilung Prävention erhält und fördert mit gezielten Aktivitäten die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und das Fachteam Gesundheitsförderung und Prävention für die allgemeine Gesundheitsvorsorge ein.

Die Abteilung Sucht sorgt dafür, dass ein adäquates Suchthilfeangebot zur Verfügung steht und effizient genutzt wird. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern, denen der Ausstieg gelingt, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Schliesslich sind die Gesundheitsdienste verantwortlich für die konkrete Umsetzung der regierungsrätlichen Leitlinien zur Seniorenpolitik.

Internet: www.gesundheitsdienste.bs.ch

www.mixyourlife.ch

www.allesgutebasel.ch

www.gesundheit.bs.ch

www.sucht.bs.ch

www.aelterbasel.ch

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Abteilung Medizinisch-pharmazeutische Dienste Im Berichtsjahr wurden 92 (2012: 90) Berufsausübungsbewilligungen zur selbstständigen Tätigkeit an Ärztinnen/Ärzte erteilt. Es wurden 15 (4) Betriebsbewilligungen für amulante Einrichtungen für Ärztinnen/Ärzte erteilt. 2013 wurden 162 (254) Anträge für Kostengutsprachen für ausserkantonale Spitalaufenthalte bearbeitet. Ende 2013 standen 889 (992) Personen in einem opioidgestützten Substitutionsprogramm. Im Berichtsjahr nutzten 6 (1) Personen das kantonale Förderprogramm zur Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in Hausarztpraxen. Bei den meldepflichtigen Infektionskrankheiten wurde mit 34 (24) Fällen eine Zunahme von Tuberkulose-Infektionen beobachtet. Wie bereits im Vorjahr wurde im Kanton Basel-Stadt kein Masernfall gemeldet. Die Meldungen sexuell übertragbarer Erkrankungen sind mit Ausnahme von Gonorrhoe tendenziell leicht angestiegen. 2013 wurden 420 (419) vertrauensärztliche Abklärungen durchgeführt. Bei 252 (275) Abklärungen wurde eine Konsultation durchgeführt, 168 (144) Abklärungen erfolgten ohne Konsultation. Im Bereich Wohnungswesen wurden 500 (476) telefonische Beratungen und 62 (78) Begehungen vorgenommen. Die Beratungsanfragen wegen Ratten oder Feuchtigkeit nahmen zu, während jene wegen defizitärer Wohnverhältnisse oder Umweltimmissionen abnahmen. Auch 2013 wurde die medizinische Versor-gung in den zwei Gefängnissen sowie in den Kontakt- und Anlaufstellen sichergestellt. Es erfolgten dort 760 (634) beziehungsweise 85 (82) Konsultationen. Bei 461 (422) von insgesamt 669 (604) Einsätzen musste eine fürsorgerische Unterbringung ausgesprochen werden. Die Zahl der Apotheken im Kanton Basel-Stadt betrug im Berichtsjahr 75 (74), diejenige der Drogerien 14 (15).

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-8'683.6	-9'443.9	-8'935.4	508.5	5.4	-251.8	-2.9	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'346.6	-5'329.4	-4'842.5	486.8	9.1	-495.9	-11.4	2
36 Transferaufwand	-9'861.4	-10'329.0	-10'685.8	-356.8	-3.5	-824.4	-8.4	3
Betriebsaufwand	**-22'891.7**	**-25'102.3**	**-24'463.8**	**638.5**	**2.5**	**-1'572.1**	**-6.9**	
42 Entgelte	821.5	621.0	676.7	55.7	9.0	-144.8	-17.6	
43 Verschiedene Erträge	5.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.1	-100.0	
46 Transferertrag	1'175.3	2'131.3	1'705.3	-426.0	-20.0	530.0	45.1	2
Betriebsertrag	**2'001.9**	**2'752.3**	**2'382.0**	**-370.3**	**-13.5**	**380.1**	**19.0**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-20'889.8**	**-22'350.0**	**-22'081.8**	**268.2**	**1.2**	**-1'192.0**	**-5.7**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-48.9	0.0	-146.6	-146.6	0.0	-97.8	-200.1	
Abschreibungen	**-48.9**	**0.0**	**-146.6**	**-146.6**	**0.0**	**-97.8**	**-200.1**	
Betriebsergebnis	**-20'938.6**	**-22'350.0**	**-22'228.4**	**121.6**	**0.5**	**-1'289.8**	**-6.2**	
Gesamtergebnis	**-20'938.6**	**-22'350.0**	**-22'228.4**	**121.6**	**0.5**	**-1'289.8**	**-6.2**	
davon Funktionen:								
43 Gesundheitsprävention	-11'213.6	-11'121.7	-11'717.9	-596.3	-5.4	-504.3	-4.5	
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-9'725.0	-11'228.3	-10'510.5	717.9	6.4	-785.5	-8.1	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-48.9	0.0	-51.0	-51.0	0.0	-2.2	-4.5
Nettoinvestitionen	**-48.9**	**0.0**	**-51.0**	**-51.0**	**0.0**	**-2.2**	**-4.5**
Saldo Investitionsrechnung	**-48.9**	**0.0**	**-51.0**	**-51.0**	**0.0**	**-2.2**	**-4.5**

Kommentar

1 Aufgrund von Vakanzen wurde das Budget im Personalaufwand nicht ausgeschöpft.

2 Mit der Umsetzung des neuen FHG werden Belastungen und Entlastungen von Fonds brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Fonds Alkoholzehntel und Spielsucht wurden vom Generalsekretariat an die Gesundheitsdienste übertragen. Es wurden zu Lasten der Fonds weniger Ausgaben getätigt als budgetiert, entsprechend tiefer sind auch die Erträge aus Fondsentnahmen.

3 Die gemeinwirtschaftliche Leistung „Leitender Notarzt" musste nicht im geplanten Umfang an das Universitätsspital Basel vergütet werden. Der für die Praxisassistenzen Hausarztmedizin vorgesehene Betrag wurde in geringerem Umfang in Anspruch genommen als geplant. Mehr Mittel als budgetiert mussten für Therapien nach Alkohol- und Drogengesetz eingesetzt werden, der Mehrbedarf lag hier bei rund 0.6 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.4	54.1	55.9	59.8	61.0
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	34	42	62	90	92
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	72	73	74	74	75
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	117	79	116	94	99
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%	100	100	100	100	100
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%	100	100	100	100	100

Abteilung Prävention Im Berichtsjahr wurden verschiedenste Kampagnen (z.B. Psychische Gesundheit, Förderung gesunder Ernährung und Bewegung, Suchtprävention, Sexualerziehung, Frühförderung, Alter und Gesundheit) durchgeführt. Die einzelnen Aktivitäten und Angebote sind ausführlich unter www.gesundheit.bs.ch beschrieben. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung erfolgten 178 (2012: 215) Informationsveranstaltungen und es wurden 24 (16) Fachbeiträge zu Gesundheitsthemen veröffentlicht. Im Schuljahr 2012/13 untersuchte der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

4'205 (4'135) Kinder und Jugendliche. Es erfolgten 1'725 (1'424) Spezialuntersuchungen, Abklärungen und Beratungen. Bei 2'792 (2'633) Schülerinnen/Schülern wurden die vorhandenen Impfungen überprüft und bei Bedarf individuelle Impfangebote gemacht. Es wurden 2'060 (2'034) Gesundheitsbeurteilungen bei Lernenden vorgenommen. Ende 2013 wurde die vollständig überarbeitete Homepage www.gesundheitsdienste.bs.ch mit einfach zugänglichen Informationen und Angeboten zur Gesundheit und zu den Dienstleistungen des Bereichs Gesundheitsdienste für die breite Bevölkerung aufgeschaltet.

Abteilung Sucht Im Berichtsjahr wurde das Projekt „Neue Abhängigkeitserkrankungen" zu den so genannten Verhaltenssüchten in Zusammenarbeit mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel weiter entwickelt. In Kooperation mit zehn weiteren Kantonen der Nordwestschweiz wurde eine weitere Präventionskampagne zum Thema Glückspielsucht durchgeführt. Im Oktober 2013 fand das Forum für Suchtfragen zum Thema „Alter und Sucht" statt und im November wurde die Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz eröffnet. Für den Betrieb dieser neuen Kontakt- und Anlaufstelle wurde mit den Anliegern ein entsprechendes Sicherheitsdispositiv erarbeitet. Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft und den Notfallabteilungen der Spitäler BS und BL wurde im Oktober 2013 ein Interventionsmodell für Jugendliche mit exzessivem Alkoholkonsum eingeführt. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 864 (2012: 841) Personen betreut. Davon entfielen 49% (49%) auf das Team Suchtberatung und 51% (51%) auf das Team Case Management. Zudem wurden im Berichtsjahr bei 211 (196) Personen Kurzberatungen oder -abklärungen durchgeführt. 2013 erfolgten 411 (404) Neumeldungen. Davon wurden 171 (190) Personen in das Team Suchtberatung und 240 (214) in das Team Case Management aufgenommen. Von den 411 Neumeldungen waren 9% (8%) Drittberatungen (Angehörige, Arbeitgeber usw.). Bei rund 79% (82%) aller Betreuten lag ein Alkoholproblem vor (Alkohol allein oder in Kombination mit anderen Substanzen). Es wurden 99 (94) neue Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien erteilt. Im Zusammenhang mit Beschäftigungsplätzen haben 2013 im Rahmen des Moduls Arbeitsabklärung Sucht 26 (23) Personen mit der Abklärungsphase begonnen.

Seniorenpolitik Der Regierungsrat hat die überarbeiteten Leitlinien der Alterspolitik im Kanton Basel-Stadt - Basel 55+ - verabschiedet. Mit der Bevölkerungsbefragung 55+ und der verwaltungsinternen und -externen Vernehmlassung zum Bericht und zu den Leitlinien wurden die Datenlage optimiert, Bedarf und Bedürfnisse erfragt und eine breite Abstützung erreicht. Die Leitlinien und darin enthaltene Themenbereiche sind aktualisiert worden. Sie bilden den inhaltlichen Überbau, stecken die Themenfelder ab, wo Handlungsbedarf entstehen könnte, und dienen als Handlungsempfehlung für allfällig zu planende konkrete Masnahmen und für die in die Umsetzung involvierten Partner. Die Strukturen sind geprüft und entsprechen einem Bedarf. Die aufgebaute Trägerschaft ist breit, beinhaltet einen grossen Teil der im Segment tätigen Akteure und gewährleistet ein effizientes Schnittstellenmanagement. Den in Worten gefassten Leitlinien folgen nun acht konkrete Projekte.

Ethikkommission Nordwest- und Zentralschweiz (EKNZ) Die Inkraftsetzung des neuen eidgenössischen Humanforschungsgesetzes per 1. Januar 2014 bringt Veränderungen der Aufgaben und Anforderungsprofile der Ethikkommissionen zur Beurteilung von klinischen Versuchen am Menschen mit sich. Auf Anregung der Konferenz der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren der Nordwestschweiz (GDK NWCH) wurden deshalb unter Leitung des Kantons Basel-Stadt die Ethikkommission beider Basel, die Ethikkommission Luzern und die Ethikkommission Aargau/Solothurn zu einer neuen Ethikkommission Nordwest- und Zentral-schweiz (EKNZ) zusammengeführt. Die EKNZ umfasst die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Luzern, Solothurn, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri und Zug.

Gesundheitsschutz GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird gebildet durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, den Kantonszahnärztlichen Dienst und den Betrieb der öffentlichen Zahnkliniken (siehe GD-720).

Internet: www.gesundheitsschutz-bs.ch und http://www.zahnkliniken.bs.ch

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Kantonales Laboratorium

Lebensmittel- und Produktesicherheit Das Kantonale Labor wurde zu Beginn des Berichtsjahrs mit dem Pferdefleischskandal stark in Anspruch genommen. Durch die schweizweit gute Vernetzung der Lebensmittelkontrollbehörden wurde die Situation auf dem Schweizer Markt sehr rasch kontrolliert und die Öffentlichkeit entsprechend informiert. Das Verhalten von Produzenten, Importeuren und Detaillisten wird laufend überprüft. Die Untersuchungsergebnisse werden auf der Webseite des Labors publiziert. Ende 2013 waren von 2750 beurteilten basel-städtischen Lebensmittelbetrieben 92 Prozent in den Gefahrenstufen „unbedeutend“ oder „klein“ und acht Prozent in der Gefahrenstufe „gross“ eingeteilt. Seit 2010 haben sich dabei keine Veränderungen dieser Verteilung ergeben. In der grössten Risikoklasse ist knapp 1% aller Betriebe eingeteilt.
Im Rahmen der Umwelttage Basel 2013 hat das Kantonale Labor zusammen mit dem Tiefbauamt auf dem Barfüsserplatz das Thema Neobioten präsentiert.

Chemikaliensicherheit und Störfallvorsorge Der Eintrag von gentechnisch veränderten Organismen an den Umschlagsplätzen des Hafens Kleinhüningen sowie am Bahnhof St. Johann wurde 2013 weiter untersucht. Neben der Rapslinie GT73 wurden auch einzelne Pflanzen der Linien MS8, RF3 und der Hybridlinie MS8xRF3 nachgewiesen. Die ortsansässigen Betriebe wurden beauftragt, den transgenen Raps zu bekämpfen.
Im vergangenen Jahr hat das Kantonale Labor in einer interdepartmentalen Arbeitsgruppe die Koordination der Raumplanung mit der Störfallvorsorge konkretisiert.

Veterinäramt

Ausbildungsprogramm Kind & Hund 78 (88) Kindergartenklassen haben 2013 den Präventionskurs Kind & Hund besucht. Damit wurde mindestens die Hälfte aller Kindergartenklassen des Kantons Basel-Stadt unterrichtet.

Hundewesen 93 (99) Meldungen über auffällige Hunde (Bissverletzungen und aggressive Hunde) sind eingegangen. In 22 (28) Fällen wurden Massnahmen verfügt. Es mussten 56 (49) Überweisungsanträge an die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt für nicht absolvierte Sachkundenachweise gestellt werden. Das Hundeareal Horburgpark wurde flächenmässig verdoppelt. Im Sommer wurden zwei gesonderte Hundebadezonen am Rhein eröffnet.
Artenschutz Import/Export Insgesamt 3’319 (3‘333) Sendungen von in die Schweiz eingeführten Tieren und Waren, welche dem Artenschutzgesetz unterliegen, wurden kontrolliert. Bei 123 (102) Sendungen handelte es sich um lebende Tiere.
Tierschutz 101 (114) mutmassliche Verstösse gegen das Tierschutzrecht wurden abgeklärt. In 4 (7) Fällen erfolgte eine Überweisung mit Antrag an die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt.

Tierversuche Die Zahlen für das Jahr 2013 liegen erst im zweiten Quartal 2014 vor. Im Kanton Basel-Stadt wurden im Jahr 2012 161’635 Tiere in Tierversuchen eingesetzt. Das sind 28’975 Tiere (15,2%) weniger als 2011. 2013 fanden im Beisein von Mitgliedern der Tierversuchskommission 23 Inspektionen von Tierversuchen und der Haltung von Versuchstieren statt.

Tiergesundheit Über gewisse Gewässerabschnitte im Kanton Basel-Stadt wurde aufgrund des Nachweises von Krebspest eine Sperre verhängt.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-13'696.3	-14'577.7	-14'876.1	-298.4	-2.0	-1'179.8	-8.6	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'024.0	-5'315.3	-5'072.2	243.1	4.6	-48.2	-1.0	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-458.5	-579.3	-530.2	49.1	8.5	-71.7	-15.6	
Betriebsaufwand	**-19'178.9**	**-20'472.2**	**-20'478.5**	**-6.2**	**-0.0**	**-1'299.6**	**-6.8**	
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
42 Entgelte	7'245.5	6'950.4	7'472.1	521.7	7.5	226.6	3.1	3
46 Transferertrag	360.9	330.8	604.3	273.5	82.7	243.4	67.5	1
Betriebsertrag	**7'606.3**	**7'281.2**	**8'076.4**	**795.1**	**10.9**	**470.0**	**6.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-11'572.5**	**-13'191.0**	**-12'402.1**	**788.9**	**6.0**	**-829.6**	**-7.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-315.0	-73.0	-200.2	-127.2	-174.4	114.8	36.4	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	13.6	13.6	0.0	13.6	0.0	
Abschreibungen	**-315.0**	**-73.0**	**-186.6**	**-113.6**	**-155.7**	**128.4**	**40.8**	
Betriebsergebnis	**-11'887.5**	**-13'264.0**	**-12'588.7**	**675.3**	**5.1**	**-701.2**	**-5.9**	
34 Finanzaufwand	-4.6	-8.8	-12.7	-3.9	-45.1	-8.1	-175.3	
44 Finanzertrag	10.2	0.0	9.4	9.4	0.0	-0.8	-7.9	
Finanzergebnis	**5.6**	**-8.8**	**-3.3**	**5.5**	**62.3**	**-8.9**	**-158.9**	
Gesamtergebnis	**-11'881.9**	**-13'272.7**	**-12'592.0**	**680.7**	**5.1**	**-710.1**	**-6.0**	
davon Funktionen:								
43 Gesundheitsprävention	-2'193.3	-1'986.4	-1'985.5	0.9	0.0	207.8	9.5	
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-8'549.5	-10'085.0	-9'660.4	424.5	4.2	-1'111.0	-13.0	
73 Abfallwirtschaft	2.7	2.8	-34.6	-37.4	...	-37.3	...	
81 Landwirtschaft	-872.8	-852.3	-670.9	181.3	21.3	201.9	23.1	
83 Jagd und Fischerei	-332.2	-440.4	-310.7	129.6	29.4	21.4	6.5	
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	63.2	88.5	70.2	-18.3	-20.7	7.0	11.1	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-390.8	0.0	-778.9	-778.9	0.0	-388.1	-99.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-408.9	-408.9	0.0	-408.9	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	136.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-136.3	-100.0
Nettoinvestitionen	**-254.5**	**0.0**	**-1'187.8**	**-1'187.8**	**0.0**	**-933.3**	**-366.7**
Saldo Investitionsrechnung	**-254.5**	**0.0**	**-1'187.8**	**-1'187.8**	**0.0**	**-933.3**	**-366.7**

Kommentar

1 Neu werden Ausgaben und Einnahmen von Fonds über die Erfolgsrechnung verbucht. Die entsprechenden Aufwendungen und Erträge fielen höher als budgetiert aus.

2 Der tiefere Sach- und Betriebsaufwand ist einerseits auf günstigere Konditionen beim Materialeinkauf zurückzuführen, andererseits konnten einige Beschaffungen bereits im Vorjahr getätigt werden. Zudem mussten weniger externe Dienstleistungen als geplant in Anspruch genommen werden.

3 Der Anstieg des Auftragsvolumens beim Institut für Rechtsmedizin führte zu einer markanten Steigerung der Entgelte.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	79.9	77.1	80.3	77.5	79.9	
Überprüfung Beissvorfälle mit auffälligen Hunden	Anz	99	62	90	99	93	
Abgelehnte Rekurse gg. Verfügungen des Veterinäramtes	Anz	0	0	0	0	0	1
Anteil kontrollierter Lebensmittelbetriebe im Kanton	%	42	48	45	42	45	
Unters. Proben bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anz				25.7	28.2	2
Anteil kontrollierter Betriebe	%	23	49	55	45	45	3
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	4'275	5'690	7'300	8'100	8'380	4
Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden des IRM ist hoch	%		93	99	100	100	5

Kommentar

1 Es handelt sich um Verfügungen betreffend Hundehaltung.

2 Neue Kennzahl ab 2012. Der Anteil wird pro 1'000 Einwohner berechnet.

3 Es handelt sich um Betriebe, die der Störfall- und Einschliessungsverordnung unterstehen.

4 Seit 2011 wird eine neue Zählweise im Bereich Genetik angewendet.

5 Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.

Fleischgewinnung Sämtliche geschlachteten Schweine der Schlachthöfe Basel und Cheseaux/VD, ausserkantonal geschlachtete Pferde und ausserkantonal sowie im Ausland erlegte Wildschweine wurden im Trichinenlabor auf allfällige Parasitenlarven untersucht. Insgesamt wurden 640'966 Trichinenproben untersucht.

Institut für Rechtsmedizin

Im Berichtsjahr 2013 wurde die ersten Massnahmen des Verkehrssicherheitspakets „Via Sicura" des Bundes in den Kantonen wirksam. Für das Institut für Rechtsmedizin (IRM) musste daher das Angebot in der Verkehrsmedizin den neuen Bedürfnissen entsprechend angepasst werden. Durch die Erweiterung des Auftragsspektrums benötigte das IRM mehr Räumlichkeiten. Die Forensische Genetik wurde deshalb gänzlich ausgelagert.

Forensische Medizin 2013 bearbeitete die Abteilung 1'165 Fälle. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Anzahl der Begutachtungen von lebenden Personen zur Abklärung von Körperverletzungs- und Sexualdelikten mit insgesamt 357 (347) Fällen weitgehend konstant. In 71 (81) Fällen wurden Untersuchungen im Zusammenhang mit Körperverletzungsdelikten und Fragen zur Arrest- und Haftfähigkeit vorgenommen. Zur Bestimmung des Lebensalters wurden 28 (7) Untersuchungen durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier eine deutliche Zunahme zu verzeichnen, die sich durch die Erweiterung des Auftragsspektrums und des Einzugsgebiets erklären lässt. In 67 (64) Fällen erfolgte eine Begutachtung auf Aktenbasis. Zudem wurden 162 verkehrsmedizinische Begutachtungen durchgeführt, davon 126 Erst- und Neubegutachtungen, 25 Verlaufs- und Zwischenkontrollen und 11 Zeugnisbeurteilungen.
Im Auftrag der Ermittlungsbehörden wurden 385 Legalinspektionen durchgeführt. Hier haben sich die Fallzahlen nach 2011 (317) und 2012 (365) erneut erhöht. In 65 Fällen wurden Identifikationsverfahren durchgeführt. Bei den Obduktionen konnte erneut eine Fallabnahme (2013: 101, 2012: 153) festgestellt werden. In 85 Fällen (147) wurde die Sektion durch die Staatsanwaltschaften angeordnet, je acht Obduktionen wurden im Auftrag von Angehörigen (Privatobduktionen 2012: 5) beziehungsweise nach Anordung durch den Gerichtsarzt des Kantons Basel-Stadt (sogenannte Bestattungsobduktion; 2012: 1) vorgenommen.

Forensische Toxikologie Während in der Forensischen Chemie und Toxikologie die Blutalkoholbestimmungen im Strassenverkehr mit 710 (669) Fällen wieder leicht zugenommen haben, verblieben die Untersuchungen bei Fragestellungen zum Fahren unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss mit 319 (313) in der Grössenordnung des Vorjahres. Der Anteil der Fälle, bei denen die Fahrfähigkeit

als beeinträchtigt oder als nicht gegeben beurteilt worden ist, hat sich mit 81% (80%) kaum verändert.
Die Untersuchungen von Todesfällen in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Graubünden sind mit 74 (81) Fällen im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Ein Viertel der Aufträge stammt dabei aus dem Kanton Graubünden. Andererseits haben die Untersuchungen von lebenden Personen mit 811 (675) Fällen markant zugenommen.
Insgesamt sind 1'613 (1'439) forensisch-toxikologische Untersuchungen durchgeführt worden, wobei der Anstieg vor allem auf die Haaranalysen im Rahmen der verkehrsmedizinischen Abklärungen mit 548 (325) Untersuchungen zurückzuführen ist.
Auch im forensisch-chemischen Bereich sind mit 1'097 (845) Analysen mehr Untersuchungen als im Vorjahr vorgenommen worden. Dabei blieben die Fälle, in denen Gehaltsbestimmungen von Betäubungsmitteln durchzuführen waren, mit 179 (182) zwar konstant, doch wurden pro Fall viel mehr Untersuchungen in Auftrag gegeben. Das mobile Drogen-Detektionsgerät kam in 81 (84) Fällen zur Anwendung, wobei hier die Analysenzahl mit 847 (993) leicht zurückging.
Die Anzahl der Gutachten beziehungsweise Berichte für die Auftraggeber ist mit 1'511 (1'460) weiter angestiegen. Alle im akkreditierten Bereich durchgeführten Ringversuche waren erfolgreich.

Forensische Genetik Die Forensische Genetik untersuchte im Berichtsjahr insgesamt 2'429 (2'241) Spurenfälle und führte 37 (40) Abstammungsbegutachtungen durch.
Es wurden bei 3'806 (3'966) einzelnen Spuren DNA-Analysen durchgeführt. Für 300 (343) Proben wurde die Spurenart bestimmt [Blut 66 (105), Ejakulat 61 (56), Speichel 173 (182)]. Aus Proben von Personen wurden 1'614 (1'551) DNA-Profile erstellt. 936 (713) DNA-Profile aus Spuren und 1'399 (1'544) DNA-Profile von Personen wurden in die Eidgenössische DNA-Datenbank (EDNA-Informations-System) eingestellt. Davon erzielten 424 (572) Profile eine Übereinstimmung („Hit") mit bereits im EDNA-IS erfassten Spuren oder Personen-Profilen. Abstammungsuntersuchungen wurden bei 100 (116) Personen durchgeführt. In 12 (19) Fällen wurden die Untersuchungen gerichtlich angeordnet, in 21 (21) Fällen von Privatpersonen in Auftrag gegeben. In 4 (6) Fällen wurden Probenentnahmen im Auftrag anderer Institute durchgeführt.
Es wurden 2 (2) nationale und 5 (5) internationale Ringversuche erfolgreich abgeschlossen

Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Aufgabenbereich der öffentlichen Zahnkliniken umfasst die soziale Zahnpflege für Kinder, die im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung. Zum Leistungsspektrum der Schulzahnkliniken Basel und Riehen gehören weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif. Bei entsprechendem Anspruch (in Analogie zur Verbilligung der Krankenkassenprämien) werden Reduktionen auf den Rechnungsbetrag gewährt. Jugendliche ab 13 Jahren werden inden Bereichen Zahnerhaltung und Prophylaxe bis zu ihrem 16. Altersjahr in der Abteilung Jugendzahnmedizin in der Volkszahnklinik betreut. Es gelten die gleichen Tarife und Reduktionsansprüche wie in Schulzahnklinik.

Die Volkszahnklinik steht vorab allen nicht mehr schulpflichtigen Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern mit Reduktionsberechtigung zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Anspruch auf einen gestaffelt reduzierten Tarif gemäss Zahnpflegegesetz haben alle Personen, die in Basel-Stadt Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhalten. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss UVG-Tarif.

Internet: www.zahnkliniken.bs.ch

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Zahnmedizinische Prophylaxe Die Zahngesundheit der 12-jährigen Kinder im bleibenden Gebiss ist konstant geblieben. Die jährliche Verbesserung konnte nicht mehr festgestellt werden. So ist der durchschnittliche Kariesindex an bleibenden Zähnen von 0.74 auf 0.76 gestiegen, was einer Zunahme von 2.7 Prozent entspricht. Diese Zahl zeigt auf, dass durchschnittlich bei jedem 12-jährigen Kind rund 0.76 bleibende Zähne entweder kariös, wegen Karies geflickt sind oder wegen Karies fehlen. Der Anteil der kariesfreien Kinder bei den 5-jährigen reduzierte sich von 66.2 auf 64.6 Prozent. Auch bei den 6-jährigen muss eine leichte Abnahme von kariesfreien Kindern von 57.8 auf 56 Prozent festgestellt werden. Diese Entwicklung gibt klare Hinweise, dass die koordinierten Anstrengungen des Kantons im Frühbereich weitergeführt oder sogar ausgebaut werden sollen. Auch die Angebote in der Aufklärung und in der Prophylaxe sind während der Schulzeit dringend weiter zu führen.

Zahnmedizinische Behandlung Die zahnmedizinischen Behandlungskriterien richten sich nach dem Leistungsstandard der Schweizerischen Zahnärztegesellschaft sowie den Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und Kantonszahnärztinnen der Schweiz für die soziale Zahnmedizin. Sie bezwecken den Erhalt der Kaufähigkeit mit wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Therapiemassnahmen. Eine erfolgreiche aktive Mitarbeit des Patienten oder der Patientin an seiner/ihrer oralen Gesundheit über die letzten 18 Monate müssen zahnärztlich gesichert und attestiert sein, bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Massnahmen durchgeführt werden.

Zahnärztliche Behandlung in Narkose im Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB Insgesamt wurden im UKBB 483 (539) Behandlungen in Vollnarkose durchgeführt. Dabei ist der Anteil der Behandlungen von Kindern aus dem Kanton Basel-Stadt mit 266 (315) bei 58 auf 55 Prozent aller Narkosepatientinnen und –patienten geblieben. Der Anteil Schweizer aus dem Kanton Basel-Stadt erhöhte sich von 52 auf 55 Prozent (145 Kinder und Jugendliche. 79 (82) Prozent der im UKBB behandelten Kinder aus dem Stadtkanton leben seit ihrem Geburtsjahr hier. Der Anteil der Kinderbehandlungen in Vollnarkose bis zum 6. Altersjahr erhöhte sich von 67 auf 68.5 Prozent. Der Anteil der Kleinkinder bis zum 3. Altersjahr erhöhte sich von 42 auf 46 Kindern. Je 48 Kinder wurden im Altern von 5 und 6 Jahren behandelt, was je 18 Prozent ausmachte (16.8 resp. 16.5 Prozent).

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-12'458.8	-12'298.6	-11'960.5	338.1	2.7	498.3	4.0	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'647.8	-2'515.8	-2'487.3	28.5	1.1	160.5	6.1	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-17.9	-35.3	-2.5	32.8	92.9	15.4	86.1	
36 Transferaufwand	-2'974.0	-2'700.0	-3'046.5	-346.5	-12.8	-72.4	-2.4	2
Betriebsaufwand	**-18'098.6**	**-17'549.7**	**-17'496.8**	**52.9**	**0.3**	**601.8**	**3.3**	
42 Entgelte	11'125.9	11'884.7	11'255.0	-629.7	-5.3	129.0	1.2	3
Betriebsertrag	**11'125.9**	**11'884.7**	**11'255.0**	**-629.7**	**-5.3**	**129.0**	**1.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-6'972.6**	**-5'665.0**	**-6'241.8**	**-576.8**	**-10.2**	**730.8**	**10.5**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1.7	0.0	-121.1	-121.1	0.0	-119.4	...	
Abschreibungen	**-1.7**	**0.0**	**-121.1**	**-121.1**	**0.0**	**-119.4**	**...**	
Betriebsergebnis	**-6'974.3**	**-5'665.0**	**-6'363.0**	**-698.0**	**-12.3**	**611.3**	**8.8**	
34 Finanzaufwand	-21.9	-24.0	-22.8	1.2	5.1	-0.9	-4.2	
44 Finanzertrag	0.2	0.6	0.2	-0.4	-60.9	0.0	4.7	
Finanzergebnis	**-21.6**	**-23.4**	**-22.5**	**0.9**	**3.7**	**-0.9**	**-4.2**	
Gesamtergebnis	**-6'995.9**	**-5'688.4**	**-6'385.5**	**-697.1**	**-12.3**	**610.4**	**8.7**	
davon Funktionen:								
43 Gesundheitsprävention	-3'014.3	-2'497.4	-2'911.9	-414.5	-16.6	102.4	3.4	
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-3'981.6	-3'191.0	-3'473.7	-282.6	-8.9	508.0	12.8	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-99.9	-99.9	0.0	-99.9	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-99.9**	**-99.9**	**0.0**	**-99.9**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**0.0**	**-99.9**	**-99.9**	**0.0**	**-99.9**	**0.0**

Kommentar

1 Durch aktives Management des Personaleinsatzes und Abbau von Zeitguthaben (v.a. Ferien) konnte der Personalaufwand reduziert werden.

2 Das Budget zur Kostendeckung der gesetzlichen Gratisleistungen und Tarifreduktionen wurde um 346'500 Franken überschritten. Erneut ist im Berichtsjahr die Patientengruppe mit den höchsten Tarifreduktionen bei Erwachsenen überdurchschnittlich stark angestiegen.

3 Die realisierten Erträge für zahnmedizinische Behandlungen sind um 129'000 Franken besser ausgefallen im Vergleich zum Vorjahr, wobei die vorgegebenen Werte nicht erreicht werden konnten. Der grösste Teil der Abweichung bei den Mindereinnahmen von 629'700 Franken ist in der Volkszahnklinik entstanden, wo die tieferen Leistungen vor allem durch den überdurchschnittlich hohen Anteil der Assistenz-Zahnärztinnen/-Zahnärzte im ersten Weiterbildungsjahr begründet sind. Zudem besteht weiterhin die Problematik des nicht kostendeckenden Taxpunktwertes (UVG-Tarif) für zahnärztliche Leistungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	94.2	92.4	98.3	99.7	99.1
Anteil Kinder mit Empfehlung Kariesbehandlung MZ/bleib.Z	%	14.4	14.0	11.9	12.2	12.6
Veränderung Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	4.4	-1.0	-11.7	-9.8	2.7
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.7	0.6	0.8	0.7	0.9

Gesundheitsversorgung GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung ist im Sinn eines Regulators und Mitfinanzierers verantwortlich für die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung in denjenigen Sektoren, in denen dem Kanton gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) sowohl Planungskompetenz wie auch Finanzierungsverpflichtung zukommen: die Spitalversorgung und die Langzeitpflege. Hauptaufgaben sind Angebotsplanung, Förderung und Durchführung von Qualitätssicherungsmassnahmen, Aufsicht über die Leistungserbringer, Monitoring der Versorgungsleistung und Sicherstellung sowie Abwicklung der Finanzierung. Der Bereich umfasst folgende drei Abteilungen:

Die Abteilung Langzeitpflege plant, koordiniert und beaufsichtigt die Anbieter von Pflege-, und Spitexangeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Pflegebedarfsabklärung und Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Die Abteilung Spitalversorgung plant die bedarfsgerechte Versorgung der basel-städtischen Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen mittels Spitalliste und Leistungsaufträgen. Die Koordination einer systematischen Qualitätssicherung in den Spitälern und ein Versorgungsmonitoring sind die Instrumente zur Sicherung einer qualitativ hochstehenden medizinischen Versorgung.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von internen und externen Projekten in der Gesundheitsversorgung. Sie deckt die Querschnittsfunktionen des Bereichs (Finanzen, Recht, zentrales Sekretariat) ab und ist zuständig für die Erstellung des Gesundheitsversorgungsberichts über die stationäre Spitalversorgung und die Langzeitpflege im Kanton Basel-Stadt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Gesundheitsversorgungsbericht Der dritte Gesundheitsversorgungsbericht über die Spitäler, Pflegeheime, Tagespflegeheime und Spitex-Einrichtungen des Kantons Basel-Stadt im Jahr 2012 wurde veröffentlicht. Hauptthema dieser Ausgabe war die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung. Der Bericht untersucht die Versorgungsbereiche, in denen dem Kanton gemäss Bundesgesetzgebung sowohl Planungskompetenz wie auch Finanzierungsverpflichtung zukommen: die Langzeitpflege und die stationäre Spitalversorgung. Dargestellt werden quantitative wie qualitative Aspekte aus Angebot, Leistungserstellung, Kosten und Finanzierung sowie der Qualitätssicherung (http://www.gesundheitsversorgung.bs.ch/gsv-bericht_2012.pdf).

Grundlagenbericht zu Fakten und Finanzierung des Gesundheitswesens des Kantons Basel-Stadt Im Rahmen der Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative für «bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt» wurde ein umfangreicher Grundlagenbericht über die Situation des kantonalen Gesundheitswesens und dessen nationale und internationale Einbettung erarbeitet (http://www.gesundheitsversorgung.bs.ch/gsv-bericht_2012.pdf).

Spitalplanung Die komplette Freizügigkeit in der Spitalwahl zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde per 1. Januar 2014 wie geplant umgesetzt. Die Regierungen beschlossen die dazu notwenigen Anpassungen in den kantonalen Spitallisten. Dadurch können Patienten beider Kantone unter sämtlichen Listenspitälern in Basel-Stadt und Basel-Landschaft auch bei einer ausserkantonalen Wahlbehandlung ohne zusätzliche Kostenfolge frei wählen. Die Arbeitsgruppe „Monitoring der Patientenströme in der Nordwestschweiz“ wurde als Folgeprojekt zum gemeinsamen Versorgungsbericht der Nordwestschweizer Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn aus dem Jahr 2010 die Arbeit aufgenommen. Aufgabe ist die Analyse der inner- und ausserkantonalen Patientenströme mit dem Ziel, Handlungsschwerpunkte in Richtung Etablierung eines gemeinsamen Gesundheitsversorgungsraumes zu eruieren. Anträge von Spitälern bezüglich Aufnahme von neuen Leistungsaufträgen (Wirbelsäulenchirurgie und Viszeralchirurgie) auf die baselstädtische Spitalliste kantonaler wurden auf die Bedarfsgerechtigkeit hin überprüft.

Spitalfinanzierung Aufgrund von Art. 12a des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung haben die Kantone ab dem Jahr 2013 einen Anteil von 20% für stationäre Spitalbehandlungen gemäss IVG zu übernehmen. Neu hat der Kanton dadurch rund 280 Fälle mit Mehrkosten von 1.4 Millionen

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-3'891.1	-3'972.1	-3'936.2	35.9	0.9	-45.1	-1.2	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'084.8	-1'974.9	-1'300.6	674.3	34.1	-215.8	-19.9	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.9	0.0	-45.5	-45.5	0.0	-44.6	...	
36 Transferaufwand	-499'317.6	-511'410.0	-502'463.0	8'947.0	1.7	-3'145.4	-0.6	2
Betriebsaufwand	**-504'294.3**	**-517'357.0**	**-507'745.2**	**9'611.8**	**1.9**	**-3'450.9**	**-0.7**	
42 Entgelte	45.8	50.0	47.9	-2.1	-4.1	2.1	4.7	
43 Verschiedene Erträge	47.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-47.5	-100.0	
Betriebsertrag	**93.3**	**50.0**	**47.9**	**-2.1**	**-4.1**	**-45.4**	**-48.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-504'201.0**	**-517'307.0**	**-507'697.3**	**9'609.7**	**1.9**	**-3'496.3**	**-0.7**	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-117.7	-117.7	0.0	-117.7	0.0	
Abschreibungen	**0.0**	**0.0**	**-117.7**	**-117.7**	**0.0**	**-117.7**	**0.0**	
Betriebsergebnis	**-504'201.0**	**-517'307.0**	**-507'815.0**	**9'492.0**	**1.8**	**-3'614.0**	**-0.7**	
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
Finanzergebnis	**-0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**100.0**	
Gesamtergebnis	**-504'201.0**	**-517'307.0**	**-507'815.0**	**9'492.0**	**1.8**	**-3'614.0**	**-0.7**	
davon Funktionen:								
27 Hochschulen	-95'442.0	-90'669.1	-74'266.7	16'402.4	18.1	21'175.3	22.2	
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-319'384.4	-333'832.9	-345'801.9	-11'968.9	-3.6	-26'417.4	-8.3	
42 Ambulante Krankenpflege	-21'597.1	-23'100.0	-22'051.6	1'048.4	4.5	-454.5	-2.1	
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-6'502.3	-7'405.0	-1'423.6	5'981.4	80.8	5'078.7	78.1	
53 Alter + Hinterlassene	-61'275.2	-62'300.0	-64'271.2	-1'971.2	-3.2	-2'996.0	-4.9	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-242.7	-242.7	0.0	-242.7	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-10'385.3	-10'385.3	0.0	-10'385.3	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-10'628.0**	**-10'628.0**	**0.0**	**-10'628.0**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**0.0**	**-10'628.0**	**-10'628.0**	**0.0**	**-10'628.0**	**0.0**

Kommentar

1 Die Budgetunterschreitung beim Sachaufwand ist auf Verzögerungen in verschiedenen Projekten (eHealth, Versorgungsplanung Nordwestschweiz) zurückzuführen.

2 Die Budgetunterschreitung von 8.9 Mio. Franken im Transferaufwand ist zum grössten Teil auf den Minderbedarf bei den gemeinwirtschaftlichen und ungedeckten Leistungen (GWL) der Spitäler von 7.0 Mio. Franken zurückzuführen. Nicht im erwarteten Mass beansprucht wurden insbesondere die GWL für Langzeitpatienten in den Spitälern und der Passerelle des Felix Platter-Spitals (3.7 Mio. Franken). Dies ist darauf zurückzuführen, dass diesen Patienten eine längere Veweildauer in der geriatrischen Rehabilition durch die Krankenkassen gewährt wurden, was entsprechende Kostenzunahmen der Kantonsbeiträge an stationäre Behandlungen in den Geriatriespitälern erklärt. 1.3 Mio. Franken weniger als geplant mussten für GWL in den Tageskliniken aufgewendet werden. Die GWL zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung bis zum eidgenössischen Facharzttitel in den Spitälern wurden um rund 1.0 Mio. Franken weniger beansprucht. Die Kantonsbeiträge für stationäre Behandlungen nach KVG lagen um 0.4 Mio. Franken unter dem Budget. Im Bereich der Langzeitpflege wurden 0.3 Mio. Franken weniger als budgetiert für Beiträge an hauswirtschaftliche Spitex-Leistungen ausgegeben. Ferner wurden die Liegenschaftsbeiträge an Pflegeheime aufgrund der tiefen Hypothekarzinse um 1.3 Mio. Franken unterschritten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.3	22.9	25.3	25.8	26.0	
Stationäre Fälle Privatspitäler	Anz	6'245	7'000	6'739	7'747	8'292	1
Stationäre Spitalfälle mit Kantonsbeitrag	Anz	95'965	93'500	91'678	91'860	87'666	2
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	64.0	67.0	69.2	89.1	87.3	

Kommentar

1 Es handelt sich um innerkantonale Patientinnen und Patienten in der allgemeinen Abteilung.

2 Anzahl Pflegetage von Zusatzversicherten Patienten

Franken finanziert. Für Stationäre Spitalbehandlungen gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) wurden 269.7 Millionen Franken (Budget 269.9 Millionen Franken) ausbezahlt. Das sind 6.9 Millionen Franken mehr als im Vorjahr, was hauptsächlich auf einen Mehrbedarf in den durch Tagespauschalen finanzierten Bereichen (Rehabilitation, Psychiatrie) zurückzuführen ist, während sich die Kosten in der Akutsomatik (Swiss DRG) nur unwesentlich verändert haben. Damit haben sich die Ausgaben im Vorjahresvergleich um im Jahr 2012 um 6.0 Millionen Franken reduziert, was insbesondere mit Effizienzsteigerungen in der Leistungserstellung der Spitäler erklärt werden kann. Die Gesamtbelastung der kantonalen Rechnung durch die Spitalfinanzierung hat sich reduziert. Im Vergleich zum Jahr 2011 (vor Einführung) beträgt die Verbesserung des Finanzierungssaldos 9.3 Millionen Franken.

Zwei Ratschläge betreffend Ausgabenbewilligungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) der baselstädtischen Spitäler in den Jahren 2014 und 2015 wurden erarbeitet. Dem Grossen Rat wurden Ausgaben über 102.4 Millionen Franken und 95.8 Millionen Franken für die Jahre 2014 bzw. 2015 beantragt.

Versorgungsmonitoring Als Grundlage für die Analyse der Versorgungssituation im Kanton Basel-Stadt dienen die Daten der Medizinischen Statistik der Krankenhäuser des Bundesamts für Statistik (BFS). Damit wurden im Rahmen des Versorgungsmonitorings befristete Leistungsaufträge der Spitalliste überprüft und in Rücksprache mit den betroffenen Spitälern zum Teil aufgehoben. Ein wichtiges Ziel in der Weiterentwicklung der kantonalen Spitalliste besteht darin, die Schwerpunktbildung im Leistungsangebot der Spitäler als wichtigen Faktor der Qualitätssicherung zu fördern. In diesem Zusammenhang wurden Vorbereitungen getroffen, um die zwei zusätzlichen Qualitätsindikatoren COMI (Core Outcome Measures Index) in der Orthopädie und EuroSCORE (European System for Cardiac Operative Risk Evaluation) in der Kardiologie in die Leistungsvereinbarungen der Spitalliste 2015 mit aufzunehmen.
Palliative Care Das Umsetzungskonzept zu Palliative Care, welches sich stark an die von Bund und Kantonen lancierte „Nationale Strategie Palliative Care“ anlehnt, wurde im Lauf des Jahres in die operative Phase überführt. Als Bestandteil dieses Konzeptes nahm am 3. Dezember 2013 die Anlauf- und Koordinationsstelle am Palliativzentrum Hildegrad den Betrieb auf. Ebenfalls stehen die neu aufgebauten Palliative Care-Teams von Spitex Basel zur Verfügung. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, die Pflegeheime und im Kanton tätigen Spitex-Betreiber wurden durch Informationsschreiben über die Neuerungen informiert.

Qualitätssicherung in den Spitälern des Kantons Basel-Stadt Im Rahmen der kantonalen Qualitätssicherung wurde zusätzlich zu den national vorgeschriebenen Qualitätsindikatoren wiederum ein kantonales Schwerpunktthema erhoben: Eine Bestandsaufnahme und qualitative Einschätzung der Schnittstellen zwischen den Spitälern und den zuweisenden und nachsorgenden Einrichtungen. Am erstmals durchgeführten Tag der Qualität 2013 wurde das Evaluationsergebnis Vertretern der Spitaldirektionen diskutiert und in der Arbeit am Leitbild Schnittstellenmanagement weiter verdichtet.

Spitaltarife 2013 Im zweiten Jahr der neuen Spitalfinanzierung hat der Regierungsrat 63 Verträge über stationäre Spitaltarife genehmigt. Einige Tarifpartner konnten sich rückwirkend auf das Jahr 2012 vertragliche einigen, wodurch Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen die ursprünglich durch den Regierungsrat festgesetzten Tarife gegenstandslos wurden. Somit

konnten überwiegend vertragliche Lösungen gefunden werden. Derzeit sind noch sechs Beschwerdeverfahren gegen festgesetzte Tarife beim Bundesverwaltungsgericht hängig. Für das Jahr 2014 mussten in drei Fällen provisorische Tarife für die stationäre Behandlung verfügt werden, weil die Tarifpartner keine vertragliche Einigung fanden. Provisorische Festsetzungen waren ebenfalls für den Tarmed Taxpunktwert im ambulanten Spitalbereich gegenüber allen Basler Spitälern notwendig. Für das UKBB mussten auch die übrigen ambulanten Spitaltarife (z.B. Physiotherapie) vorsorglich festgelegt werden.
Pflegeberatung und –bedarfsabklärung Es wurden über eintausend Pflegeberatungen durchgeführt. Diese haben zum Ziel, betagten Menschen durch Vermittlung entsprechender Unterstützungsangebote so lange wie möglich ein Leben in der gewohnten Umgebung zu erhalten. Wird ein Pflegebedarf festgestellt, der einen Heimeintritt notwendig macht, erfolgt die Vermittlung eines geeigneten Heimplatzes. Es wurden 850 Heimeintritte vermittelt.

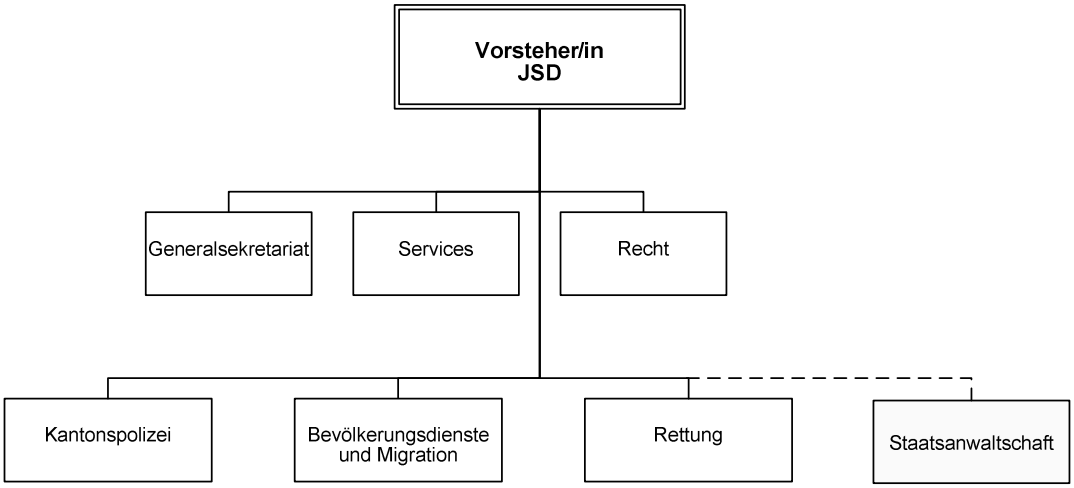
Pflegefinanzierung

Angebotsplanung Langzeitpflege Im Durchschnitt warteten rund 270 Personen auf den Eintritt in ein geeignetes Pflegeheim. Die notwendigen Angebotserweiterungen konnten mit den privaten Trägern weiter vorangetrieben werden. Dem Grossen Rat wurden Investitionsbeiträge für das Demenzheim mit 100 Plätzen der Stiftung Marthastift (9 Millionen Franken) und den Neubau des Pflegeheimes des Adullam in Riehen (6 Millionen Franken) beantragt. Die Planung des Neubauprojekts für das Humanitas an einem neuen Ort in Riehen konnte weiter konkretisiert werden.

Qualität und Aufsicht Langzeitpflege Die Qualitätsüberprüfungen der Pflegeheime wurden mit dem Instrument „Qualivista“ auf eine neue Basis gestellt. Im Rahmen der Aufsichtstätigkeit musste einem Spitex Dienst aufgrund von erheblichen Qualitätsmängeln die Bewilligung entzogen werden. Weil nach dem Entzug eine Fortführung der Tätigkeit ohne Bewilligung festzustellen war, wurde gemäss baselstädtischem Gesundheitsgesetz bei der Staatsanwaltschaft ein Starfantrag auf eine Busse gestellt.

4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	296
JSD-501/2	Services	298
JSD-501/3	Recht	300
JSD-506	Kantonspolizei	303
JSD-509	Rettung	307
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	310
JSD-520	Staatsanwaltschaft	314



Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-216.2	-225.3	-223.2	2.1	0.9	-6.9	-3.2	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-105.3	-100.2	-110.9	-10.7	-10.6	-5.6	-5.4	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.8	-1.4	-1.5	-0.1	-4.1	0.3	17.3	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0	
36 Transferaufwand	-5.2	-5.3	-4.8	0.4	8.4	0.4	7.6	
Betriebsaufwand	**-328.7**	**-332.3**	**-340.4**	**-8.1**	**-2.5**	**-11.7**	**-3.6**	
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
42 Entgelte	99.2	97.8	98.1	0.3	0.3	-1.1	-1.1	
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.1	0.0	-0.1	-100.0	-0.2	-100.0	
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
46 Transferertrag	4.5	4.2	5.7	1.5	37.0	1.2	27.2	
Betriebsertrag	**104.0**	**102.1**	**103.8**	**1.7**	**1.7**	**-0.2**	**-0.1**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-224.7**	**-230.2**	**-236.6**	**-6.4**	**-2.8**	**-11.9**	**-5.3**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.7	-4.6	-4.2	0.4	8.8	0.5	10.0	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0	-0.4	0.0	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.6	0.6	0.0	0.6	0.0	
Abschreibungen	**-4.7**	**-4.6**	**-4.1**	**0.6**	**12.2**	**0.6**	**13.4**	
Betriebsergebnis	**-229.4**	**-234.8**	**-240.7**	**-5.8**	**-2.5**	**-11.2**	**-4.9**	
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.8	-0.5	-178.5	-0.4	-120.0	
44 Finanzertrag	0.5	0.0	0.3	0.3	...	-0.1	-25.2	
Finanzergebnis	**0.1**	**-0.3**	**-0.5**	**-0.2**	**-72.9**	**-0.5**	**-594.2**	
Gesamtergebnis	**-229.3**	**-235.1**	**-241.1**	**-6.0**	**-2.6**	**-11.8**	**-5.1**	
davon Funktionen:								
0 Allgemeine Verwaltung	-18.4	-19.1	-19.4	-0.3	-1.5	-1.0	-5.3	
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-207.2	-212.0	-218.1	-6.1	-2.9	-10.9	-5.3	
4 Gesundheit	-3.7	-4.0	-3.7	0.3	8.2	0.1	1.7	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2.3	0.0	-4.1	-4.1	0.0	-1.8	-80.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	-2.0	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1.8	-1.8	0.0	-1.8	0.0
Nettoinvestitionen	**-2.3**	**0.0**	**-7.8**	**-7.8**	**0.0**	**-5.6**	**-248.4**
Saldo Investitionsrechnung	**-2.3**	**0.0**	**-7.8**	**-7.8**	**0.0**	**-5.6**	**-248.4**

Kommentar

1 Aufgrund der Einführung der neuen eidgenössischen Jugend- und Strafprozessordnungen per 1. Januar 2011 fehlten Erfahrungsgrundlagen für die Budgetierung der Debitorenverluste bei der Staatsanwaltschaft (-5.8 Mio. Fr.). Im Weiteren sind Mehraufwendungen im Strafvollzug aufgrund der steigenden Anzahl Vollzugstage (-1.6 Mio. Fr.) und diverse sicherheitsrelevante Ersatzbeschaffungen bei den Blaulichtorganisationen (-1.8 Mio. Fr.) zu verzeichnen. Zusätzliche Abweichungen ergaben sich aufgrund der grösseren Mengen bei den Ausgaben für Rohmaterialien (Pässe, Identitätskarten) im Einwohneramt, beim Einsatz von Temporärpersonal bei der Sanität und aufgrund steigender Debitorenverluste bei der Kantonspolizei.

Generalsekretariat JSD JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit den Verantwortlichen für Kommunikation und Information, den Verantwortlichen für die Politikvorbereitung und das Beschwerdewesen unterstützt das Generalsekretariat die operativen Bereiche. Das Fachreferat ist zuständig für die Themen Häusliche Gewalt, Prostitution, Menschenhandel, Opferhilfe, Gewalt bei Sport und Extremismus. Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport sowie im Sozialen unterstützt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Politikvorbereitung Im Berichtsjahr bearbeitete das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) 58 (Vorjahr 45) parlamentarische Geschäfte. Diese teilten sich auf in acht (11) Anzüge, zwei (1) Motionen (inhaltlich), 25 (23) Interpellationen, 21 (6) Schriftliche Anfragen; Planungsanzüge (0) hatte das Justiz- und Sicherheitsdepartement im Berichtsjahr nicht zu bearbeiten. Hinzu kamen drei (4) übrige Geschäfte.

Beschwerdewesen 2013 bearbeitete das Beschwerdewesen 76 (2012: 79) Beschwerden; darin sind 33 (31) an den Vorsteher gerichtete Beschwerden sowie die gegen Ordnungsbussen eingereichten Beschwerden, die auf den ordentlichen Rechtsweg geleitet wurden, nicht enthalten. In 45 (54) Fällen beschwerten sich Männer, in 25 (23) Frauen und in sechs (2) Fällen (Ehe-)Paare oder juristische Personen.

Eine (1) Beschwerde richtete sich gegen den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration (unberechtigt) und eine (1) gegen die Rettung (berechtigt).

Die restlichen 74 (77) Beschwerden richteten sich gegen die Kantonspolizei. In elf (13) Fällen wurde die Beschwerde als berechtigt angesehen, in elf (14) Fällen als teilweise berechtigt und in 52 (50) als unberechtigt.

Kommunikation Mit dem elektronischen Versand von rund 530 Medienmitteilungen sowie gut 4000 zu bearbeitenden Medienanfragen bewegte sich die situative und proaktive Medienarbeit im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Zunehmend wurde die Medienstelle des Departementes auch für Anfragen aus der Bevölkerung im Sinne eines Sorgentelefons verwendet. Die bestehenden Dispositive einer Krisen- und Katastrophenkommunikation mussten lediglich in Übungsszenarien umgesetzt werde. Der 24-Stunden-Pikettdienst war jederzeit gewährleistet. Die 2012 lancierten ersten Versuche mit dem Einsatz von Social Media (Medienmitteilungen via Twitter, Facebook-Pilotprojekte der Kantonspolizei Basel-Stadt und Smartphone-Apps) liefen erfolgreich weiter. Die Facebook-Seiten der Rekrutierung sowie der Jugend- und Präventionspolizei werden gut besucht und als dialogisches Kommunikationsmittel genutzt. Ende 2013 hatten rund 14'000 Personen den iPhone-App und rund 4000 Personen den Android-App der Kantonspolizei heruntergeladen.

Fachreferat Im Berichtsjahr wurde im Generalsekretariat das neue Fachreferat geschaffen (Start im Dezember 2013), das die Themen Häusliche Gewalt, Prostitution, Menschenhandel, Opferhilfe, Gewalt bei Sport sowie Extremismus zusammenfasst und die entsprechenden Subventionsverhältnisse (Frauenhaus, Opferhilfe, Männerbüro und Telehilfe) betreut. Die genannten Themen bedürfen allesamt über die operativen Bereiche hinaus (Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft, Migrationsamt etc.) einer koordinativen Stelle auf Departementsleitungsebene, was mit der Ansiedlung im Fachreferat gewährleistet ist.

Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (Halt Gewalt), nun Teil des Fachreferats, wurde somit direkter in die Linie eingebunden. Zu diesem Themenbereich werden weiterhin Runde Tische organisiert, Weiterbildungen durchführt sowie die interdepartementale und interinstitutionelle Vernetzungsarbeit geleistet.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-1'865.1	-1'855.4	-2'087.2	-231.9	-12.5	-222.1	-11.9	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-435.6	-424.9	-448.3	-23.4	-5.5	-12.6	-2.9	
36 Transferaufwand	-1'582.9	-88.4	-92.0	-3.6	-4.1	1'490.9	94.2	
Betriebsaufwand	**-3'883.6**	**-2'368.7**	**-2'627.5**	**-258.8**	**-10.9**	**1'256.2**	**32.3**	
42 Entgelte	379.6	406.5	368.1	-38.4	-9.4	-11.5	-3.0	
43 Verschiedene Erträge	4.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-4.1	-100.0	
Betriebsertrag	**383.7**	**406.5**	**368.1**	**-38.4**	**-9.4**	**-15.6**	**-4.1**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-3'499.9**	**-1'962.2**	**-2'259.4**	**-297.2**	**-15.1**	**1'240.5**	**35.4**	
Betriebsergebnis	**-3'499.9**	**-1'962.2**	**-2'259.4**	**-297.2**	**-15.1**	**1'240.5**	**35.4**	
44 Finanzertrag	12.5	17.0	12.5	-4.5	-26.5	0.0	0.0	
Finanzergebnis	**12.5**	**17.0**	**12.5**	**-4.5**	**-26.5**	**0.0**	**0.0**	
Gesamtergebnis	**-3'487.4**	**-1'945.2**	**-2'246.9**	**-301.7**	**-15.5**	**1'240.5**	**35.6**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-3'487.4	-1'945.2	-2'246.9	-301.7	-15.5	1'240.5	35.6	

Kommentar

1 Die Mehraufwendungen sind vorab durch Fluktuationen begründet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.6	11.1	11.5	11.5	10.8
Eingegangene Beschwerden	Anz	82	75	70	79	76
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	26.8	26.7	31.4	35.4	30.3
Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anz	509	556	530	518	538
- davon bewilligt	%	44.8	43.7	46.4	55.2	50.6
Medienmitteilungen	Anz	604	650	600	500	530

Swisslos-Fonds Der Anteil der ausgeschütteten SWISSLOS-Gelder an den Kanton Basel-Stadt lag im vergangenen Jahr bei rund 10'617 Mio. Franken. Diese Gelder müssen – gemäss Gesetz – in gemeinnützige, wohltätige oder soziale, kulturelle und sportliche Projekte fliessen, die nicht in einer gesetzlichen Aufgabe oder einem entsprechenden Auftrag für die öffentliche Hand definiert sind. Um sicherzustellen, dass diese Kriterien eingehalten werden, müssen die Kantone die Benefiziare mit den unterstützten Projekten der Lotterie- und Wettkommission Comlot (Bewilligungs- und Aufsichtsorgan der Lotterien und Wetten) gemeldet werden.

Im 2013 wurden dem Swisslos-Fonds 538 (Vorjahr 518) Gesuche eingereicht. Es wurden 269 (286) durch den Regierungsrat bewilligt, 175 (224) Gesuche wurden abgelehnt. 22 (6) Anfragen wurden an andere Departemente überwiesen und 15 (18) Gesuchsteller haben ihren Antrag zurückgezogen. 57 Gesuche konnten nicht bearbeitet werden und wurden ins 2014 überführt. In Kulturprojekte flossen 3'806 Mio. Franken, in den Sportbereich inkl. der Abgabe an den Swisslos-Sportfonds für den Jugendsport, für Vereine und Verbände 3'461 Mio. Franken und in Sozial-, Jugend- und Umweltprojekte 1'967 Mio., für Katastrophenhilfe im Ausland wurden 200'000 bewilligt und für nationale Projekte 835'000 Franken.

Services JSD-501/2

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen, Personal, Gebäudemanagement, Logistik und Informatik für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem stellt der Bereich Services die Controllingunterstützung sicher und übernimmt verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Tätigkeiten des Bereichs Services sind geprägt vom Tagesgeschäft und vielen Projekten zugunsten der internen Kunden. Im Jahr 2013 stand das folgende grössere Vorhaben im Vordergrund:

Kreditorenworkflow Im ersten Quartal 2013 wurden im Justiz- und Sicherheitsdepartement bei den Bereichen Generalsekretariat, Recht und Services der Kreditorenworkflow erfolgreich eingeführt. Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration folgt im dritten Quartal, und der Bereich Rettung wurde im vierten Quartal umgesetzt. Die Einführung bei der Kantonspolizei als letzter Departementsbereich wird bis Mitte des Jahres 2014 umgesetzt. Die bisher gemachten Erfahrungen mit dem elektronischen Kreditorenworkflow bei den internen Kunden sind positiv. Trotzdem sollte das SAP Invoice Management, insbesondere das E-Invoicing, eingeführt werden, um den integrierten Workflow in SAP nutzen zu können.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-9'893.5	-10'242.9	-10'355.0	-112.1	-1.1	-461.5	-4.7	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6'591.9	-7'171.2	-7'312.4	-141.2	-2.0	-720.6	-10.9	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-27.5	-27.3	-68.4	-41.1	-150.3	-40.9	-148.6	
Betriebsaufwand	**-16'512.9**	**-17'441.4**	**-17'735.9**	**-294.4**	**-1.7**	**-1'223.0**	**-7.4**	
42 Entgelte	1'765.4	447.0	738.1	291.1	65.1	-1'027.3	-58.2	1
43 Verschiedene Erträge	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0	-100.0	
Betriebsertrag	**1'766.4**	**447.0**	**738.1**	**291.1**	**65.1**	**-1'028.4**	**-58.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-14'746.5**	**-16'994.4**	**-16'997.8**	**-3.4**	**-0.0**	**-2'251.3**	**-15.3**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-189.7	-162.0	-149.9	12.1	7.5	39.8	21.0	
Abschreibungen	**-189.7**	**-162.0**	**-149.9**	**12.1**	**7.5**	**39.8**	**21.0**	
Betriebsergebnis	**-14'936.2**	**-17'156.4**	**-17'147.7**	**8.7**	**0.1**	**-2'211.5**	**-14.8**	
34 Finanzaufwand	-0.6	0.0	-0.4	-0.4	0.0	0.3	44.3	
Finanzergebnis	**-0.6**	**0.0**	**-0.4**	**-0.4**	**0.0**	**0.3**	**44.3**	
Gesamtergebnis	**-14'936.8**	**-17'156.4**	**-17'148.1**	**8.4**	**0.0**	**-2'211.2**	**-14.8**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-14'936.8	-17'156.4	-17'148.1	8.4	0.0	-2'211.2	-14.8	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'054.4	0.0	-552.6	-552.6	0.0	501.8	47.6
Nettoinvestitionen	**-1'054.4**	**0.0**	**-552.6**	**-552.6**	**0.0**	**501.8**	**47.6**
Saldo Investitionsrechnung	**-1'054.4**	**0.0**	**-552.6**	**-552.6**	**0.0**	**501.8**	**47.6**

Kommentar

1 Die Mehrerträge sind mehrheitlich auf Fahrzeugverkäufe zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	70.0	75.1	76.7	77.2	80.2	
Lehrstellen im Departement	Anz	24	25	26	24	23	
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	306	311	302	292	291	
Betreute Mitarbeiterdossiers in der Personalabt. pro Stelle	Anz	200	207	212	223	221	
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	205	223	249	391	405	1

Kommentar

1 Von 2011 auf 2012 Reduktion der Ressourcen im PC-Support um 2 Vollzeitstellen bei gleichbleibender Anzahl betreuter Arbeitsplätze.

Recht JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements ist zum einen eine Stabsstelle des Vorstehers und gewährleistet zum anderen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates. Er setzt sich zusammen aus der Rechtsabteilung sowie dem Handelsregisteramt. Zur Rechtsabteilung gehören zudem diverse Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und die Notariatsprüfungsbehörde.

Zu den juristischen Dienstleistungen beziehungsweise Aufgaben der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die erwähnte juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen und (Staats-)Verträgen sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anzüge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und der Notariatsprüfungsbehörde. Es werden weiter Vernehmlassungen zu Erlassentwürfen des Bundes und anderer Departemente verfasst.

Das Handelsregisteramt ist in seinem Aufgabengebiet für die Umsetzung von Bundesrecht verantwortlich.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Rechtsabteilung Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten zur Totalrevision des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) weiter fortgesetzt. Der Gesetzes- und Ratschlagsentwurf sind bis zum Ende des Berichtsjahres sehr weit vorangeschritten und standen kurz vor der öffentlichen Vernehmlassung. Mit dem Projekt stehen die beiden Teilprojekte „Justizreform zweite Etappe“ und „Neuorganisation der Justizverwaltung gemäss §112 Abs. 2 KV“ im Zusammenhang.

Das Kontrollorgan Staatsschutz hat im Berichtsjahr an sieben Sitzungen ein Gespräch mit dem Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements, zwei Gespräche mit Vertretern der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates sowie je zwei Visitationen bei der Kantonspolizei Basel-Stadt und der kantonalen Staatsschutzbehörde (Fachgruppe 9) durchgeführt.

Zu mehreren eidgenössischen Vorlagen hat die Rechtsabteilung für den Regierungsrat Vernehmlassungsentwürfe zuhanden von Bundesbehörden ausgearbeitet und liess sich auch zu mehreren kantonalen Gesetzesentwürfen anderer Verwaltungsstellen vernehmen. Wegen ihrer besonderen Bedeutung für den Kanton Basel-Stadt ist statt vieler die Vernehmlassung des Regierungsrates zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst hervorzuheben.

Der Grosse Rat hat auf Antrag des Regierungsrates (§13 Gesetz betreffend Initiative und Referendum, IRG, SG 131.100) die kantonale Volksinitiative für ein „kantonales Vermummungsverbot im öffentlichen Raum“ für rechtlich unzulässig erklärt. Gegen diesen Beschluss des Grossen Rates wurde beim kantonalen Verfassungsgericht Beschwerde eingereicht (§16 ff. IRG). Das Verfahren wurde im Berichtsjahr nicht abgeschlossen.

Die Justizkommission nimmt gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben im Bereich der Beaufsichtigung der Staatsanwaltschaft und des Notariatswesens wahr. In diesem Rahmen hat sie im Berichtsjahr zwei ordentliche Sitzungen abgehalten und daneben die Staatsanwaltschaft visitiert. Im Bereich der Aufsicht über das Notariatswesen wurden zwei Beschwerdefälle abschliessend bearbeitet, ein Rekursfall ist hängig.

Die Opferhilfe-Kommission (OHK) beider Basel wurde wie im Vorjahr vom Kanton Basel-Landschaft präsidiert. Die sechs OHK-Mitglieder berieten Anträge der Opfer-Beratungsstelle (respektive der vier Fachbereiche) um längerfristige Finanzierung von Drittleistungen (durch Anwälte, Therapeuten etc.)

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-3'473.7	-3'529.6	-3'569.1	-39.5	-1.1	-95.4	-2.7	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-556.4	-340.9	-262.0	78.8	23.1	294.4	52.9	
36 Transferaufwand	0.0	-1'385.0	-1'507.4	-122.4	-8.8	-1'507.4	0.0	1
Betriebsaufwand	**-4'030.1**	**-5'255.5**	**-5'338.6**	**-83.1**	**-1.6**	**-1'308.5**	**-32.5**	
42 Entgelte	1'863.5	2'022.0	1'744.6	-277.4	-13.7	-118.9	-6.4	2
43 Verschiedene Erträge	43.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-43.1	-100.0	
Betriebsertrag	**1'906.6**	**2'022.0**	**1'744.6**	**-277.4**	**-13.7**	**-162.0**	**-8.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-2'123.5**	**-3'233.5**	**-3'594.0**	**-360.5**	**-11.1**	**-1'470.5**	**-69.2**	
Betriebsergebnis	**-2'123.5**	**-3'233.5**	**-3'594.0**	**-360.5**	**-11.1**	**-1'470.5**	**-69.2**	
34 Finanzaufwand	-1.4	-2.0	-1.3	0.7	36.3	0.2	11.4	
Finanzergebnis	**-1.4**	**-2.0**	**-1.3**	**0.7**	**36.3**	**0.2**	**11.4**	
Gesamtergebnis	**-2'124.9**	**-3'235.5**	**-3'595.2**	**-359.7**	**-11.1**	**-1'470.3**	**-69.2**	
davon Funktionen:								
14 Allgemeines Rechtswesen	-2'124.9	-3'235.5	-3'595.2	-359.7	-11.1	-1'470.3	-69.2	

Kommentar

1 Die Opferhilfe beider Basel musste um 0.12 Mio. Fr. mehr Auszahlungen leisten, was im Wesentlichen auf einen markanten Anstieg der Fälle von Menschenhandel zurückzuführen ist.

2 Die Mindererträge resultieren aus Mindereinnahmen des Handelsregisteramts (HRA). Einflussfaktoren auf die Einnahmen sind die Anzahl (Rückgang um 14% gegenüber 2012) aber auch die Art der Eintragungen der neu gegründeten Unternehmen und der Umstrukturierungen der bereits registrierten Unternehmen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.6	26.4	25.1	21.7	23.8
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	216	197	230	262	168
Gesuche um Namensänderung	Anz	201	192	195	217	189
Formelle Prüfung der Erlasse für Kanton und Gemeinden	Anz		231	224	266	195
Rechtliche Zulässigkeit von Initiativen und Motionen	Anz		29	19	18	25
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	9'838	8'483	7'465	8'586	7'350
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'834	6'554	6'117	5'898	5'197

zugunsten von Opfern von Straftaten und fassten die entsprechenden Beschlüsse. Daneben führte die OHK mit den Ombudsstellen in BS und BL Gespräche zur Frage wie in den Kantonen die Zuständigkeitsfrage (Anlaufstelle) im Zusammenhang mit Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gelöst werden soll. Ferner wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um den nicht mehr zeitgemässen Leitfaden (vom 1. März 2003) zur Abgrenzung der Kostentragung durch Opferhilfe einerseits und Sozialhilfe andererseits zu überarbeiten. Das Verhältnis zwischen den in der Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzgebung (In Kraft seit 1. Januar 2013) statuierten Meldepflichten und der Schweigepflicht/Melderecht nach Opferhilfegesetz im Falle von schutz- und hilfsbedürftigen Personen konnte geklärt werden.

Die bisher von der Rechtsabteilung betreuten Aufgabengebiete im Zusammenhang mit der Opferhilfe-Kommission beider Basel und der Stiftung Frauenhaus beider Basel sind im Berichtsjahr in das neue Fachreferat im Generalsekretariat übergegangen.

Handelsregisteramt Nachdem die Verselbständigung der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsicht auf Grund des Staatsvertrages zwischen den Kantonen BS und BL über die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel vom 08./14. Juni 2011 im Jahre 2012 eine entsprechende Anpassung der Handelsregistereinträge sämtlicher davon betroffenen Stiftungen erforderlich machte, hat sich die Anzahl Handelsregistereinträge im Berichtsjahr mit 7'350 wieder auf dem Niveau der Jahre 2007,

2008 und 2011 eingependelt. Seit 1. Januar 2013 können dem Handelsregisteramt über das Portal juspace.ch Anmeldungen und Belege auch in elektronischer Form eingereicht werden. Wie bereits in Vorjahren sind auch im Berichtsjahr der Umfang der auf der Amts-Website für die Bürgerinnen und Bürger aufgeschalteten Merkblätter und Formulare kontinuierlich erweitert und mit systematischen Bereinigungsverfahren „Registerleichen“ aus dem Handelsregister gelöscht worden. Ebenso hat die seit 2008 bestehende Möglichkeit, unbeglaubigte Handelsregister-Auszüge kostenlos über Internet zu beziehen, zu einem weiteren Rückgang an in beglaubigter Form ausgestellten Auszügen geführt.

Im Berichtsjahr wurde mit der Ausarbeitung einer Auslegeordnung über die Konsequenzen einer möglichen Zusammenführung der Handelsregisterämter der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft begonnen.

Kantonspolizei JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Querschnittsdienstleistungen

Einsatzzentrale Im Berichtsjahr gingen auf der Einsatzzentrale der Kantonspolizei 54'325 Anrufe (2012: 55'488) über die Notrufnummern 117 und 112 ein. Daraus eröffnete die Einsatzzentrale 27'420 (28'267) Fälle. 31'242 (32'949) Mal bot sie aufgrund von Anrufen eine Fahrzeugpatrouille auf.

Alarmierung Im Jahr 2013 wurde das Mannschaftsalarmierungssystem für die Blaulichtorganisationen sowie die KKO mit den Einsatzleitsystemen von Berufsfeuerwehr, Kantonspolizei und Sanität verbunden. Damit ist eine effiziente Alarmierung direkt über das Einsatzleitsystem möglich; Personendaten müssen nur noch an einem Ort mutiert werden, und die Auswertung der Probealarme zur Qualitätssicherung erfolgt automatisch.

Polizeiposten Gundeldingen Am 24. Juni 2013 konnten der Departementsvorsteher und die Polizeileitung den umgebauten Polizeiposten Gundeldingen der Bevölkerung übergeben. In der rund sechsmonatigen Umbauzeit waren eine moderne Kundenzone eingerichtet sowie die Räumlichkeiten auf den neuesten Stand bezüglich Energieverbrauch und Brandschutz gebracht worden. Der Posten ging im Jahre 1966 in Betrieb.

Sicherheitspolizei

Grundversorgung Die Sicherheitspolizei hat auch im Berichtsjahr an 365 Tagen – rund um die Uhr – die polizeiliche Grundversorgung sichergestellt. Insgesamt wurden 17'167 (2012: 17'343) Anzeigen an den Schaltern der Polizeiwachen und -posten entgegengenommen. Dazu kommen 26'782 (28'388) Meldungen.

Ersatz Infomobil Ein neues Infomobil konnte im Dezember beschafft werden. Es ersetzt ein veraltetes Fahrzeug und wird vorab von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dienstes für Prävention sowie des Community Policing eingesetzt.

Community Policing (CP) "Community Policing“ bezeichnet die Partnerschaft zwischen der Polizei und der Bevölkerung in einem permanenten Problemlösungsprozess. Dabei geht es vorwiegend darum, Probleme im Ansatz zu erkennen und korrigierend einzuwirken. Die insgesamt zehn Mitarbeitenden des CP bei der Sicherheitspolizei haben im Berichtsjahr 944 Sachgeschäfte (2012: 929) einer Problemlösung zugeführt.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-107'745.9	-113'502.0	-112'683.6	818.4	0.7	-4'937.7	-4.6	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-24'571.5	-25'206.7	-26'242.7	-1'036.1	-4.1	-1'671.3	-6.8	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1'427.3	-1'120.5	-1'134.6	-14.1	-1.3	292.7	20.5	
Betriebsaufwand	**-133'744.7**	**-139'829.2**	**-140'060.9**	**-231.7**	**-0.2**	**-6'316.2**	**-4.7**	
40 Fiskalertrag	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
42 Entgelte	35'310.7	36'894.4	31'585.6	-5'308.8	-14.4	-3'725.1	-10.5	2
43 Verschiedene Erträge	163.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-163.3	-100.0	
46 Transferertrag	463.0	492.6	754.5	261.9	53.2	291.5	63.0	3
Betriebsertrag	**35'937.0**	**37'387.0**	**32'340.1**	**-5'046.9**	**-13.5**	**-3'596.8**	**-10.0**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-97'807.7**	**-102'442.2**	**-107'720.8**	**-5'278.6**	**-5.2**	**-9'913.1**	**-10.1**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'156.5	-2'407.5	-2'318.9	88.6	3.7	-162.4	-7.5	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	363.8	363.8	0.0	363.8	0.0	
Abschreibungen	**-2'156.5**	**-2'407.5**	**-1'955.2**	**452.3**	**18.8**	**201.4**	**9.3**	
Betriebsergebnis	**-99'964.3**	**-104'849.7**	**-109'675.9**	**-4'826.3**	**-4.6**	**-9'711.7**	**-9.7**	
34 Finanzaufwand	-289.7	-220.0	-261.6	-41.6	-18.9	28.1	9.7	
44 Finanzertrag	30.5	0.0	27.5	27.5	0.0	-3.0	-10.0	
Finanzergebnis	**-259.3**	**-220.0**	**-234.1**	**-14.1**	**-6.4**	**25.1**	**9.7**	
Gesamtergebnis	**-100'223.5**	**-105'069.7**	**-109'910.1**	**-4'840.4**	**-4.6**	**-9'686.6**	**-9.7**	
davon Funktionen:								
11 Öffentliche Sicherheit	-97'872.8	-101'892.9	-107'765.5	-5'872.6	-5.8	-9'892.7	-10.1	
16 Verteidigung	-2'350.8	-3'176.8	-2'144.6	1'032.2	32.5	206.2	8.8	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-722.5	0.0	-1'330.5	-1'330.5	0.0	-607.9	-84.1
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-1'798.3	-1'798.3	0.0	-1'798.3	0.0
Nettoinvestitionen	**-722.5**	**0.0**	**-3'128.7**	**-3'128.7**	**0.0**	**-2'406.2**	**-333.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-722.5**	**0.0**	**-3'128.7**	**-3'128.7**	**0.0**	**-2'406.2**	**-333.0**

Kommentar

1 2013 wurden Ausgaben für diverse dringliche und sicherheitsrelevante Sofortmassnahmen getätigt (bspw. Laserschutzbrillen, Ersatz Videosysteme in Polizeizellen, Umsetzung von betrieblich notwendigen Applikationsanpassungen und Erweiterungen). Im Weiteren fielen erhöhte Sachausgaben im Zusammenhang mit dem Ausbau des Polizeibestands (Umbauten, Mobiliar, Ausrüstungen) an. Die Rechnung wurde zusätzlich belastet durch anhaltend hohe Debitorenverluste resp. Wertberichtigungen, vor allem in der Abteilung Verkehr (-0.2 Mio. Fr.) auch als Folge höherer Erträge aus Gebühren (vgl. Position Entgelte).

2 Die negative Abweichung von 5.3 Mio. Franken begründet sich mehrheitlich durch tiefere Bussenerträge (-6.2 Mio. Fr.) und Mehrerträgen aus Motorfahrzeuggebühren (ohne Steuern; 0.9 Mio. Fr.).

3 Der Mehrertrag stammt aus dem Bundesbeitrag an die Sicherheitskosten für das Asylempfangs- und -verfahrenszentrum.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	842.2	870.3	792.6	792.6	831.5	
Fluktuation	%	2.2%	3.3%	4.3%	4.5%	3.3%	
Gesamtzufriedenheit der Bevölkerung	Wert				7.5		1
Hilfsbereitschaft der Polizei	Wert	8.0			8.2		2
Notrufe bei der Einsatzzentrale (Tel. 112/117)	Anz	51'517	48'621	53'261	55'488	54'325	
Polizeieinsätze	Anz	26'883	25'650	27'549	28'267	27'420	
Requisitionseinträge	Anz	28'142	25'992	28'138	28'394	26'712	
Schwerverletzte im Strassenverkehr	Pers.	107	96	90	81	82	
Tote im Strassenverkehr	Pers.	4	4	3	5	2	

Kommentar

1 2013 fand keine Kundenumfrage statt; die nächste Erhebung ist 2014 geplant.

2 2013 fand keine Kundenumfrage statt; die nächste Erhebung ist 2014 geplant.

Spezialformationen

Fahndungsdienst Das Auftragsvolumen des Fahndungsdienstes verzeichnet im Berichtsjahr einen leichten Rückgang. Es wurden 5122 (2012: 5236) Geschäfte registriert, was einer Abnahme von zwei Prozent entspricht. Die Gesamtzahl der Festnahmen belief sich auf 550 (2012: 638). Die Anzahl der Anzeigen „Vermisste und Entlaufene" war mit 825 (2012: 726) höher als im Vorjahr. Die Anzahl der allgemeinen Aufträge bewegte sich innerhalb der üblichen Schwankungen. Auch in diesem Jahr erhöhte sich beim Fahndungsdienst die Anzahl Aufträge betreffend der vom Strafvollzug Basel-Stadt umgewandelten Bussen um 612 (2013: 1750 / 2012: 1138). Dies entspricht einer Erhöhung von knapp 54 Prozent. Insgesamt wurden 353'330 Franken (2012: 279'309 Franken) eingezogen. Die Zahl der ausserkantonalen Busseneinzüge liegt mit 334 Aufträgen um 25 Prozent tiefer als im Vorjahr (2012: 446). Bei den Ein- und Ausgrenzungen sind die Aufträge mit 393 gegenüber dem Vorjahr (2012: 454) um rund 13 Prozent gesunken. Für das Migrationsamt wurden zwölf Wegweisungen nach AsylG und AuG erfasst (2012: 10). Die Vorführungsbefehle des Militärs haben sich von 17 im Vorjahr auf 33 fast verdoppelt.

Unterstützungen In den Ressorts Haftleitstelle sowie Sicherheit + Transport des Dienstes Unterstützungen blieb die Auslastung konstant. So durchliefen im Berichtsjahr 3668 Personen (2012: 3536) die Haftleitstelle. Die Zahl der Personentransporte pendelte sich im Berichtsjahr auf konstant hohem Niveau der Vorjahre ein. Mit einem Anstieg von über 50 Prozent deutlich zugenommen haben innerhalb der vergangenen fünf Jahre die Bewachungsaufgaben.

Verkehrsmanagement

Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer Die Einführung der ökologisierten Motorfahrzeugsteuer erfolgte planmässig per 1. Januar 2013. Sämtliche Halterinnen und Halter von leichten Motor- und Lieferwagen erhielten eine angepasste Steuerrechnung. Auf der Rechnung wurde ausgewiesen, wie hoch der Bonus in Form eines Steuerrabattes ist, falls die Kriterien erfüllt wurden. Ebenfalls wurde ein allfälliger Malus ausgewiesen, falls das Fahrzeug nicht den in der Verordnung festgelegten Grenzwerten entsprach. Der Rechnung wurde ein neuer Faltprospekt beigelegt. Dieser erläuterte umfassend über die Prinzipien der ökologisierten Motorfahrzeugsteuer.

Parkraumbewirtschaftung Die Abteilung Verkehr der Kantonspolizei stellt seit Juni die neuen Parkierbewilligungen bereit. Alle Parkierbewilligungen können auch elektronisch beantragt und ausgedruckt werden. Es können Halbtages- und Tagesbewilligungen (Besucherparkkarten), Anwohnerparkkarten und Pendlerparkkarten elektronisch beantragt werden, die Besucherparkkarten können zudem an den BVB-Automaten gelöst werden. Diese einfache Ausgabe der neuen Parkkarten kommt gut an und wird vielfach genutzt. Die ersten zusätzlichen, mit der neuen Parkraumbewirtschaftung bewilligten Polizeidienstangestellten konnten im Berichtsjahr rekrutiert und ausgebildet werden.

Verkehr 2012 Mit dem Projekt Verkehr 2012 wurde die Abteilung Verkehr auf ihre Effektivität und Effizienz (Aufbau- und Ablauforganisation) überprüft. Der Fokus richtete sich dabei thematisch auf die Verkehrssicherheit. Im Frühjahr 2013 wurde die definierte flache Hierarchie eingeführt, es gibt neu nur noch drei Hierarchieebenen. Ebenfalls wurde die Umsetzung der neuen Arbeitsprozesse erfolgreich umgesetzt.

Verkehrskonzept Innenstadt Die am 22. September 2012 im Kantonsblatt publizierte und beim kantonalen Verfassungsgericht angefochtene Verordnung über die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt vom 11. September 2012 wurde durch eine Neuauflage dieser Verordnung ersetzt. Die entsprechende Beschlussfassung des Regierungsrates erfolgte am 13. August 2013. Die Verordnung über die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt vom 13. August 2013 ist in Rechtskraft erwachsen und wird am 1. Januar 2014 wirksam. Auf diesen Zeitpunkt wird die Verordnung vom 11. September 2012 aufgehoben.

Rettung JSD-509

Zu den Aufgaben des Bereiches Rettung gehören: Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Personal Sanität Die Departementsleitung hat personelle Massnahmen in der Leitung der Sanität Basel getroffen. Dies diente zur Entkrampfung von teilweise jahrzehntelangen polarisierenden Gruppenbildungen innerhalb des Personals mit den entsprechenden schlechten Auswirkungen auf das Betriebsklima. Zudem wurde der 2012 eingeleitete Personal- und Organisationsentwicklungsprozess (POE) bis Ende 2013 abgeschlossen sowie per 2014 der Personalbestand um vier Festanstellungen erhöht.

Arbeitszeitreglement Berufsfeuerwehr Das Verfassungsgericht des Kantons Basel-Stadt wies mit seinem Urteil vom 17. Juni 2013 die Beschwerde gegen das „Reglement betreffend Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des 24-Stunden-Schichtdienstes der Berufsfeuerwehr Basel“ ab. Das Urteil wurde im Januar 2014 rechtskräftig. Die Regierung hatte das neue Reglement am 20. März 2012 genehmigt.

Polycom Feuerwehr und Sanität Durch ein Update des Funksystems Polycom wurden die Verbindungen vereinfacht und dadurch die Voraussetzungen für eine kantonsübergreifende Ereignisbewältigung massgeben verbessert.

Bereich ABC Die kantonal-hoheitliche Aufgaben bei atomaren, biologischen und chemischen Ereignissen wurden gemeinsam mit der Kontrollstelle für Chemie- und Biosicherheit (KCB) sowie dem Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt geklärt. Zudem konnten Schnittstellen bereinigt und die Voraussetzungen für eine entsprechende Fachstelle geschaffen werden.

Einsatzunterstützung

Zivilschutz und Militär Im Berichtsjahr haben 2102 Schutzdienstpflichtige in 179 Kursen total 8551 Diensttage geleistet. An den Orientierungstagen als Vorbereitung auf die Rekrutierung nahmen in Basel 548 Stellungspflichtige teil. Am 25. und 26. April 2013 konnte die dritte Regierungsrätlichen Konferenz der Territorialregion 2 unter dem Präsidium des Vorstehers des JSD in Lenzburg erfolgreich durchgeführt werden.

Feuerwehr

Einsätze Die Gesamtanzahl liegt mit 2161 im Bereich der Vorjahre.

Kleintanklöschfahrzeuge Für die Milizfeuerwehr konnten Ende 2013 drei Kleintanklöschfahrzeuge bestellt werden; deren Auslieferung erfolgt im Jahr 2014. Sie ersetzen ein veraltetes Tanklöschfahrzeug sowie sechs weitere Löschfahrzeuge, die aus konzeptionellen Gründen veräussert werden. Die Neubeschaffungen erhöhen die Autonomie der drei Milizfeuerwehrkompanien. Diese werden künftig beispielsweise selbständig Sicherheitswachen leisten und so die Berufsfeuerwehr entlasten können.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-33'190.5	-34'020.4	-32'716.0	1'304.4	3.8	474.5	1.4	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-13'207.0	-12'360.3	-14'035.0	-1'674.7	-13.5	-828.0	-6.3	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-201.1	-120.1	-135.6	-15.5	-12.9	65.5	32.6	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-161.0	0.0	0.0	0.0	0.0	161.0	100.0	
36 Transferaufwand	-25.3	-160.0	0.0	160.0	100.0	25.3	100.0	3
Betriebsaufwand	**-46'784.9**	**-46'660.8**	**-46'886.6**	**-225.8**	**-0.5**	**-101.7**	**-0.2**	
42 Entgelte	25'588.4	25'334.8	24'993.6	-341.2	-1.3	-594.8	-2.3	
43 Verschiedene Erträge	19.2	100.0	0.0	-100.0	-100.0	-19.2	-100.0	3
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	25.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-25.3	-100.0	
46 Transferertrag	1'511.8	2'130.6	2'222.5	91.9	4.3	710.7	47.0	
Betriebsertrag	**27'144.7**	**27'565.4**	**27'216.1**	**-349.3**	**-1.3**	**71.4**	**0.3**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-19'640.2**	**-19'095.4**	**-19'670.5**	**-575.1**	**-3.0**	**-30.3**	**-0.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'560.4	-1'499.1	-1'099.2	399.9	26.7	461.3	29.6	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-76.8	-76.8	0.0	-76.8	0.0	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	73.8	73.8	0.0	73.8	0.0	
Abschreibungen	**-1'560.4**	**-1'499.1**	**-1'102.1**	**397.0**	**26.5**	**458.3**	**29.4**	
Betriebsergebnis	**-21'200.6**	**-20'594.4**	**-20'772.6**	**-178.1**	**-0.9**	**428.0**	**2.0**	
34 Finanzaufwand	-13.2	-12.7	-12.1	0.6	4.8	1.1	8.4	
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.8	0.8	0.0	0.7	725.1	
Finanzergebnis	**-13.1**	**-12.7**	**-11.2**	**1.5**	**11.4**	**1.8**	**14.1**	
Gesamtergebnis	**-21'213.7**	**-20'607.1**	**-20'783.8**	**-176.7**	**-0.9**	**429.9**	**2.0**	
davon Funktionen:								
15 Feuerwehr	-6'921.0	-6'039.7	-6'407.8	-368.1	-6.1	513.2	7.4	
16 Verteidigung	-10'572.9	-10'584.0	-10'720.0	-135.9	-1.3	-147.1	-1.4	
42 Ambulante Krankenpflege	-3'719.8	-3'983.4	-3'656.0	327.4	8.2	63.8	1.7	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-133.7	0.0	-1'632.3	-1'632.3	0.0	-1'498.6	...
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-185.6	-185.6	0.0	-185.6	0.0
Nettoinvestitionen	**-133.7**	**0.0**	**-1'817.9**	**-1'817.9**	**0.0**	**-1'684.2**	**...**
Saldo Investitionsrechnung	**-133.7**	**0.0**	**-1'817.9**	**-1'817.9**	**0.0**	**-1'684.2**	**...**

Kommentar

1 Rund 0.4 Mio. Fr. der Budgetabweichung sind auf Fluktuationseinsparungen und weitere 0.3 Mio. Fr. auf den nicht durchgeführten Feuerwehrlehrgang zurückzuführen. Zudem konnten rückständige Zeitguthaben in Höhe von umgerechnet 0.6 Mio. Fr. abgebaut werden.

2 Mit dem Einsatz von temporären Rettungssanitätern (von einer Drittfirma) sind Mehrkosten in der Höhe von -0.4 Mio. Fr. angefallen. Im Weiteren haben dringende Gebäudeunterhalts- und Instandstellungsarbeiten v. a. im Magazin der Milizfeuerwehr von -0.3 Mio. Fr., sicherheitsrelevante Erneuerungen bei Gerätschaften von -0.6 Mio. Fr. und dringliche Ersatzbeschaffungen im Zusammenhang mit Korpsmaterial von -0.2 Mio. Fr. zur Budgetüberschreitung beigetragen. Schlussendlich sind höhere Soldaufwendungen bei der Milizfeuerwehr – aufgrund von höheren Soldansätzen (SG 590.110 - Anpassungen im November 2012) – von -0.1 Mio. Fr. zu verzeichnen.

3 Aufgrund neuen Rechnungslegungsgrundsätze (HRM2) sind Buchungen im Zusammenhang mit Fonds im Fremdkapital in der Rechnung 2013 über die Bilanz abgewickelt worden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	236.1	235.0	230.7	227.4	231.4
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	12'459	13'188	12'729	12'618	12'161
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	1'936	1'943	1'820	1'890	1'913
Interventionszeit der Feuerwehr <=13 Min.	%	94	95	96	96	96
Einsätze von Berufs- und Bezirksfeuerwehr	Anz	2'288	2'158	2'239	2'199	2'161
Interventionszeit der Sanität <=10 Min.	%	92	91	90	91	90
Einsätze der Sanität	Anz	18'879	17'816	17'938	17'827	18'729

Projekt Cambiale Im Projekt Cambiale wurde die bikantonale Ausbildung der Milizfeuerwehr mit Blick auf das gesamtschweizerische Konsenspapier „Feuerwehr 2015“ überprüft und den heutigen Methoden der Erwachsenenbildung angepasst. Das gesamte Kurswesen wurde somit grundlegend überarbeitet. Dies geschah in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft. Die Umsetzung ist für 2014 vorgesehen.

Sanität

Einsätze Die Sanität Basel leistete im Berichtsjahr 18'729 Einsätze. Diese Zahl liegt über dem Vorjahreswert (17'827). Dabei sind die Notfalleinsätze mit total 12'228 gegenüber dem Vorjahr um knapp fünf Prozent angestiegen. Die planbaren Patiententransporte haben mit total 4089 um rund sieben Prozent zugenommen.

Bevölkerungsdienste und Migration JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt vielfältige Aufgaben im Dienste der Öffentlichkeit. Das Einwohner- und Zivilstandsamt regelt das Meldewesen im Einwohnerbereich und führt das Einwohner- und das Personenstandsregister. Es hält Ziviltrauungen ab, stellt Ausweise und Dokumente für die Kundschaft aus und erfasst die dafür nötigen biometrischen Daten. Es verwaltet Fundsachen und ist Kontakt- und Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligungen und ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen. Es ist die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Bei Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es fungiert als Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug betreibt Vollzugsanstalten im Auftrag der zuständigen Behörden und sichert damit die laufenden Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Migrationsamt

Rekordwerte bei Einreisen und Bewilligungen Die weiterhin starke Zuwanderung ausländischer Personen erforderte im Berichtsjahr eine maximale Zahl an Dienstleistungen, die sich auch in steigenden Einnahmen niederschlug. Die 13'808 Zuzügerinnen und Zuzüger mit ausländischer Nationalität (aus dem Ausland und der Schweiz) bilden einen Höchstwert im zehnjährigen Vergleich (2012; 11'650). Einen neuen Spitzenwert war auch beim Total aller zu tätigenden Einträge im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) zu verzeichnen (Zuzüge, Bewilligungsverlängerungen, Adress- und Zivilstandsveränderungen usw.). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen im ZEMIS insgesamt 113'375 Mutationen vor (2012: 99'780).

Wiederanstieg der Einbürgerungen Die Zahl der Einbürgerungen wie auch diejenige der eingereichten Gesuche nahm im Berichtsjahr zu. So erlangten im 2013 insgesamt 799 Personen das Schweizer Bürgerrecht (2012: 666). Ebenfalls ein Anstieg war bei den Gesuchseingängen zu verzeichnen. 621 Einzelpersonen und Familien reichten ein Gesuch um Einbürgerung ein (2012: 420). Die verstärkte Informationsarbeit des Migrationsamtes über die Möglichkeit und Voraussetzungen der Einbürgerung blieb nicht ohne Einfluss. So führte das Migrationsamt zusammen mit den Bürgergemeinden bereits zum zweiten Mal eine gut besuchte Informationsveranstaltung im Rathaus durch. Im Auftrag des Regierungsrates erhielten zudem 22'000 Einwohnerinnen und Einwohner, die bereits längere Zeit in der Schweiz leben, ein Informationsschreiben zur Einbürgerung.

Einwohner- und Zivilstandsamt

Neues Namensrecht Per 1. Januar 2013 ist das neue Namensrecht in Kraft getreten. Insbesondere das Zivilstandsamt ist davon betroffen, am Rande auch das Einwohneramt. Die auf Beginn des Berichtsjahres geänderten Bestimmungen des ZGB betreffend Name und Bürgerrecht konnten beim Zivilstandsamt reibungslos umgesetzt werden. Infolge diverser übergangsrechtlicher Möglichkeiten sind 389 Namenserklärungen(2012: 167) beurkundet worden.

Umbau Empfang Einwohneramt Im Dezember 2013 ist der bestehende Empfangstresen in der Kundenhalle des Einwohneramts durch einen neuen ersetzt worden. Die neue Infrastruktur wurde von Kundschaft wie Mitarbeitenden gut aufgenommen. Der neue Tresen verfügt über einen zusätzlichen Arbeitsplatz und ist insgesamt breiter ausgestaltet worden, was der Kundschaft mehr Diskretion gewährleistet und den Mitarbeitenden eine grössere Arbeitsfläche bietet. Des Weiteren wird dadurch dem Schutz der Mitarbeitenden vor aggressiver Kundschaft verbessert Rechnung getragen und auch die Kasse befindet sich neu in einem geschützten Bereich.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-25'122.8	-26'191.0	-25'965.5	225.5	0.9	-842.7	-3.4	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-47'005.5	-44'746.6	-47'243.5	-2'496.8	-5.6	-238.0	-0.5	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.2	-1.2	-1.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Transferaufwand	-5.6	-108.0	-118.2	-10.2	-9.4	-112.5	...	
Betriebsaufwand	**-72'135.2**	**-71'046.9**	**-73'328.3**	**-2'281.5**	**-3.2**	**-1'193.2**	**-1.7**	
42 Entgelte	17'035.7	19'061.9	21'095.2	2'033.3	10.7	4'059.5	23.8	2
43 Verschiedene Erträge	5.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.7	-100.0	
46 Transferertrag	1'913.7	945.0	2'014.0	1'069.0	113.1	100.2	5.2	3
Betriebsertrag	**18'955.1**	**20'006.9**	**23'109.2**	**3'102.3**	**15.5**	**4'154.1**	**21.9**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-53'180.0**	**-51'039.9**	**-50'219.2**	**820.8**	**1.6**	**2'960.9**	**5.6**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-732.8	-522.7	-596.5	-73.8	-14.1	136.3	18.6	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-359.1	-359.1	0.0	-359.1	0.0	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	155.0	155.0	0.0	155.0	0.0	
Abschreibungen	**-732.8**	**-522.7**	**-800.6**	**-277.9**	**-53.2**	**-67.9**	**-9.3**	
Betriebsergebnis	**-53'912.8**	**-51'562.6**	**-51'019.8**	**542.8**	**1.1**	**2'893.0**	**5.4**	
34 Finanzaufwand	-35.7	-33.1	-38.7	-5.6	-16.8	-3.0	-8.3	
44 Finanzertrag	0.6	0.0	0.3	0.3	0.0	-0.3	-48.1	
Finanzergebnis	**-35.1**	**-33.1**	**-38.4**	**-5.3**	**-15.9**	**-3.2**	**-9.2**	
Gesamtergebnis	**-53'948.0**	**-51'595.7**	**-51'058.2**	**537.6**	**1.0**	**2'889.8**	**5.4**	
davon Funktionen:								
13 Strafvollzug	-44'810.5	-41'426.3	-41'700.2	-274.0	-0.7	3'110.3	6.9	
14 Allgemeines Rechtswesen	-9'137.5	-10'169.5	-9'357.9	811.5	8.0	-220.4	-2.4	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-340.0	0.0	-541.6	-541.6	0.0	-201.6	-59.3
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1'800.0	-1'800.0	0.0	-1'800.0	0.0
Nettoinvestitionen	**-340.0**	**0.0**	**-2'341.6**	**-2'341.6**	**0.0**	**-2'001.6**	**-588.7**
Saldo Investitionsrechnung	**-340.0**	**0.0**	**-2'341.6**	**-2'341.6**	**0.0**	**-2'001.6**	**-588.7**

Kommentar

1 Die Abweichung von -2.5 Mio. Fr. ist zurückzuführen auf a) steigende Fallzahlen im Strafvollzug (-1.3 Mio. Fr.), b) interne Kostgeldverrechnungen für die Ausschaffungshaft gegenüber dem Migrationsamt (-0.4 Mio. Fr.), was im Gegenzug zu einem Mehrertrag in gleicher Höhe beim Gefängnis Bässlergut führte, c) Mehraufwendungen für Pässe und Identitätskarten (-0.6 Mio. Fr.) aufgrund steigender Nachfrage und d) infrastrukturelle Massnahmen zur Bewältigung der Überbelegung des Untersuchungsgefängnisses (-0.3 Mio. Fr.).

2 Die Mehrerträge von 2 Mio. Fr. sind zurückzuführen auf a) den Anstieg der ausgestellten Pässe und Identitätskarten sowie der Beglaubigungen (1.1 Mio. Fr.), b) die steigende Anzahl Bewilligungen im Migrationsamt (0.5 Mio. Fr.) und c) höhere Kostgeldeinnahmen aufgrund des Anstiegs der Vollzugstage (0.4 Mio. Fr.).

3 Die Abweichung ist begründet durch die Gewinnbeteiligung an der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel (0.8 Mio. Fr.). Im Weiteren ergab sich ein Mehrertrag bei den kantonalen Beiträgen an die Unterbringung ausserkantonaler Insassen im Strafvollzug von 0.3 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	200.0	197.8	205.2	207.7	213.9
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	13	22	20	14	14
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	24'965	26'582	25'129	29'735	36'503
Ziviltrauungen	Anz	909	934	919	938	853
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	732	470	1'050	737	688
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	7'396	7'039	7'510	7'952	7'904
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	5	4	7	10	7
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	75'812	82'214	89'093	99'012	104'000

Kundenbefragung Einwohneramt In einer grossangelegten Kundenumfrage Anfang 2013 wurden 1131 Kundinnen und Kunden des Einwohneramtes befragt. Diese stellten dem Einwohneramt insgesamt ein sehr positives Zeugnis aus. 87.4 Prozent der Befragten beurteilten die erbrachten Dienstleistungen mit „gut“ bis „sehr gut". Die positivsten Werte verzeichneten die Kriterien „Freundlichkeit", „Kompetenz“ und „Effizienz“ der Mitarbeitenden. Die Wartezeit erhielt hingegen mit 78 Prozent den geringsten Anteil positiver Bewertungen, obwohl diese dank verschiedener betrieblicher und personeller Massnahmen in den letzten Jahren deutlich gesenkt werden konnten (vgl. Kennzahlen).

Strafvollzug und Gefängnisse

Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt Das Untersuchungsgefängnis verzeichnete im Berichtsjahr einen Anstieg der Hafttage von 52'310 (2012) auf 54'496. Die Belegung war vor allem in den Männerstationen sehr hoch, wobei namentlich die Zahlen der Untersuchungshaft angestiegen sind. Im Tagesdurchschnitt zählte das Untersuchungsgefängnis 149 Inhaftierte, 2012 waren es 143. Die Gesamtauslastung lag bei 108 Prozent (2012: 103%).

Zur Erhöhung der Aufnahmekapazitäten erfolgte ein weiterer Einbau von Notbetten in den Zellen der Gruppenhaftstationen der Männer. Ebenfalls wurde der Umbau der Militärarrestzellen abgeschlossen, die damit neu auch für Untersuchungshaft und Strafvollzug genutzt werden können. Dadurch stehen 6 weitere Zellenplätze dem Gefängnis zur Verfügung, um Engpässe zu überbrücken.

Per 31. Dezember 2013 weist das Untersuchungsgefängnis 139 Zellenplätze und 45 Notbetten aus. Die Bauarbeiten für die Zusatzstation im Untersuchungsgefängnis mit neun Haftplätzen wurden im Herbst 2013 in Angriff genommen. Der neue Zellentrakt soll im Frühjahr 2014 in Betrieb gehen.

Die geplante Sanierung aller Fenster im Insassenbereich wird in den Jahren 2014 und 2015, jeweils April bis Oktober, durchgeführt. Dies bedeutet, dass in dieser Zeit jeweils eine Station (bis 19 Insassen) für drei bis vier Wochen geschlossen werden muss.

Gefängnis Bässlergut Aufgrund der anhaltenden Überbelegung im Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt wurde nebst den bereits vorhandenen zwei Strafvollzugsstationen per August 2013 zusätzlich eine Station der Ausschaffungshaft zu Gunsten des Strafvollzuges (SV) mit 14 Plätzen in Betrieb genommen. Somit verfügt das Gefängnis Bässlergut über eine Aufnahmekapazität von 43 provisorischen Haftplätzen für den Strafvollzug und 30 Haftplätzen für die Ausschaffungshaft. Die vorgeschriebene Trennung zwischen den beiden Regimes ist sichergestellt.

Das Gefängnis Bässlergut verzeichnete inkl. der zusätzlichen SV-Station mit gesamthaft 23'769 Hafttagen eine Zunahme der Auslastung gegenüber dem Vorjahr (2012: 20'294 Hafttage). Davon entfallen 12'594 Hafttage (53%) auf den Straf- und Massnahmenvollzug. Die reduzierten Kapazitäten von Haftplätzen für die Ausschaffungshaft wurden zu 65 Prozent von ausserkantonalen Insassen belegt (2012: 61%).

Die Vorbereitungsarbeiten zur Ausschreibung der Planung und Projektierung des Erweiterungsbaus Strafvollzug konnten abgeschlossen werden. In Anbetracht des starken Anstiegs der zu vollziehenden Strafurteile wurden zwei Varianten ausgearbeitet: ein Anbau mit 40 Plätzen und ein solcher mit 66 Plätzen plus 12 Reserveplätzen. Beide Varianten wurden in der Ausschreibung berücksichtigt, die im Januar 2014 erfolg ist.

Vollzugszentrum Klosterfiechten Im Vollzugszentrum Klosterfiechten waren 2013 insgesamt 29 Personen untergebracht. Dabei wurden total 3620 Hafttage vollzogen. (2012: 29 Personen, 3726 Hafttage).

Aufgeteilt auf die verschiedenen Vollzugsarten ergeben sich folgende Zahlen: Im Arbeitsexternat wurden 1057 Hafttage an zehn Personen vollzogen (2012: 5 Personen, 746 Hafttage, korrigiert), in der Halbgefangenschaft wurden an elf Personen 898 Hafttage vollzogen (2012: 12 Personen, 1122 Hafttage, korrigiert), zwei Personen durchliefen die Progressionsstufe des Wohn- und Arbeitsexternats mit insgesamt 187 Vollzugstagen (2012: 0). Im stationären Massnahmenvollzug kam es zu ersten Austritten und Übertritten, die angestrebte Belegung von fünf Personen blieb jedoch bestehen. So wurden an sieben Personen insgesamt 1567 Hafttage vollzogen (2012: 7 Personen, 1424 Hafttage, korrigiert). Im Normalvollzug wurden schliesslich kurzfristig 163 Hafttage an sechs Personen zur Entlastung des Untersuchungsgefängnisses vollzogen.

Die Umwandlungen in Gemeinnützige Arbeit für Bussen und Geldstrafen betrafen 426 (2012: 505) Personen, diese leisteten insgesamt 12‘567 (2012: 19‘500) Arbeitsstunden. Im Electronic Monitoring Vollzug wurden insgesamt 3640 (2012: 3413) Hafttage mit 33 (2012: 35) Personen vollzogen.

Strafvollzug Am 31. Dezember 2013 standen 205 (31.12.2012: 177) Personen im Strafvollzug bzw. im vorzeitigen Strafvollzug. Die Zahl der Vollzugstage stieg von 66’348 im Vorjahr auf 71’531. Ende 2013 befanden sich 90 (31.12.2012: 88) Personen im Massnahmenvollzug bzw. im vorzeitigen Massnahmenvollzug. Mit 32’664 Vollzugstagen (2012: 32’664) war im Massnahmenvollzug erstmals eine Stabilisierung auf hohem Niveau zu verzeichnen. Gesamthaft überschritt die Zahl der geleisteten Vollzugstage erstmals die 100’000 Grenze (2013: 104’058, 2012: 99’012).

Die Strafvollzugsbehörde erliess im Berichtsjahr 204 (193) Verfügungen zu Entlassungen von verurteilten Personen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug. Den Hauptteil bildeten dabei die 177 (183) Entscheide zu bedingten Entlassungen aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe.

Bewährungshilfe Im Berichtsjahr führte die Bewährungshilfe insgesamt 457 Mandate im Rahmen des gesamten Strafverfahrens, Straf- bzw. Massnahmenvollzugs (Art. 96 StGB) und nach der bedingten Entlassung (Art. 93-95 StGB). Bei 138 Mandaten handelte es sich um Bewährungsauflagen und Weisungskontrollen.

Per Ende 2013 wurden 186 Personen im Strafverfahren und Straf- bzw. Massnahmenvollzug sowie 86 Personen mit Bewährungsauflagen und Weisungskontrollen (Art. 93-95 StGB) von der Bewährungshilfe betreut. 40 Anmeldungen im Rahmen des §37c des Polizeigesetzes Basel-Stadt (Wegweisung bei häuslicher Gewalt) trafen bei der Bewährungshilfe ein. Bei 24 Personen erfolgte eine Gefährderansprache / Erstberatung bzw. Triage zu externen Fachstellen.

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Die Auslastung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel betrug im Berichtsjahr insgesamt 97,7 Prozent (2012: 96,9%), im Normalvollzug 98,6 Prozent (2012: 99,1%) und in der Sicherheitsabteilung 95,3 Prozent (2012: 73,4%). Nur leicht verändert haben sich die Anzahl Gefangene mit lebenslänglicher Strafe 12 (2012: 15) und Gefangene mit Verwahrung 14 (2012: 12). Die Hälfte der Eingewiesenen verbüsst Strafen von mehr als fünf Jahren, Verwahrungen eingeschlossen. Nach wie vor besteht eine Warteliste. Von der Anmeldung bis zum Eintritt dauert es neun bis zwölf Monate. Dringend wären mehr Plätze für den geschlossenen Vollzug zu schaffen. Die Bauarbeiten für die neue Malerei und Ablaugerei sind im Gange; ein Bezug des neuen Gebäudes wird Anfang 2014 erfolgen können. Die Rechnung 2013 schliesst mit einem Überschuss von 1’027’179 Franken (2012: 608‘277 Franken). Dieses wiederum sehr gute Ergebnis ist vor allem auf die hohe Auslastung zurückzuführen.

Staatsanwaltschaft JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen und Untersuchung betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung, eines Strafbefehls, eines Einstellungsbeschlusses oder einer Nichtanhandnahmeverfügung.

Durch eine materiell oder formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen, Strafbefehlen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen nicht Gegenstand der Aufsicht des Regierungsrates. Der Verkehr zwischen Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement vermittelt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Schnittstelle Epsipol Die elektronische Schnittstelle zwischen den EDV-Applikationen Epsipol (Kantonspolizei) und ABI3 (Strafbefehlsdezernat der Staatsanwaltschaft) wurde zwischenzeitlich erfolgreich realisiert und konnte in der ersten Hälfte des Jahres 2013 in Betrieb genommen werden. Da auf diesem Weg Daten und Dokumente elektronisch übermittelt werden können, fällt bei der Staatsanwaltschaft die vollständige Neuerfassung der Daten weg. Ausserdem stehen sämtliche Dokumente sofort elektronisch zur Verfügung, so dass Aufträge an die Kantonspolizei zur Zustellung der kompletten Dossiers wegfallen. Es hat sich somit auf beiden Seiten ein Zeit- und Effizienzgewinn eingestellt. Dieser hat nicht nur namentlich dazu geführt, dass die eingeleiteten Strafverfahren rascher erledigt werden können, sondern man hat unter anderem aufgrund der erwähnten Optimierung in der Kanzlei des Strafbefehlsdezernats eine befristete Stelle abbauen können.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-34'951.0	-35'981.1	-35'806.6	174.5	0.5	-855.6	-2.4	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'888.1	-9'985.3	-15'360.9	-5'375.7	-53.8	-2'472.9	-19.2	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-132.5	-153.6	-140.9	12.7	8.3	-8.4	-6.3	
36 Transferaufwand	-3'612.3	-3'532.0	-3'110.7	421.3	11.9	501.6	13.9	2
Betriebsaufwand	**-51'583.9**	**-49'651.9**	**-54'419.1**	**-4'767.2**	**-9.6**	**-2'835.3**	**-5.5**	
42 Entgelte	17'267.1	13'638.5	17'570.6	3'932.1	28.8	303.4	1.8	3
46 Transferertrag	600.0	600.0	719.1	119.1	19.9	119.1	19.9	4
Betriebsertrag	**17'867.1**	**14'238.5**	**18'289.7**	**4'051.2**	**28.5**	**422.5**	**2.4**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-33'716.7**	**-35'413.4**	**-36'129.5**	**-716.0**	**-2.0**	**-2'412.7**	**-7.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-50.9	-35.6	-55.3	-19.7	-55.2	-4.4	-8.6	
Abschreibungen	**-50.9**	**-35.6**	**-55.3**	**-19.7**	**-55.2**	**-4.4**	**-8.6**	
Betriebsergebnis	**-33'767.7**	**-35'449.1**	**-36'184.8**	**-735.7**	**-2.1**	**-2'417.1**	**-7.2**	
34 Finanzaufwand	-21.1	-18.0	-481.9	-463.9	...	-460.9	...	
44 Finanzertrag	410.4	5.0	298.7	293.7	...	-111.7	-27.2	
Finanzergebnis	**389.4**	**-13.0**	**-183.2**	**-170.2**	**...**	**-572.5**	**-147.0**	
Gesamtergebnis	**-33'378.3**	**-35'462.1**	**-36'368.0**	**-905.9**	**-2.6**	**-2'989.7**	**-9.0**	
davon Funktionen:								
12 Rechtssprechung	-33'378.3	-35'462.1	-36'368.0	-905.9	-2.6	-2'989.7	-9.0	

Kommentar

1 Aufgrund der Einführung der schweizerischen Jugend- und Strafprozessordnungen per 1. Januar 2011 fehlten Erfahrungsgrundlagen für die Budgetierung der Debitorenverluste (-5.8 Mio. Fr.). Hingegen fielen die Aufwendungen für Rechtshilfe und für übrige Dienstleistungen wie Spurenuntersuchungen, Dolmetscher etc. um rund 0.5 Mio. Fr. tiefer aus.

2 Die Position beinhaltet den Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen und ist in Bezug auf die Anzahl, den Umfang und die Komplexität der Jugendstraffälle nicht beeinflussbar.

3 Aufgrund der Einführung der schweizerischen Jugend- und Strafprozessordnungen per 1. Januar 2011 fehlten Erfahrungsgrundlagen, um diese Positionen zu budgetieren. Die grössten Mehreinnahmen betreffen die Positionen Bussen und Geldstrafen (2.1 Mio. Fr.), Gebühren (1.4 Mio. Fr.) sowie Rückerstattungen Dritter (0.4 Mio. Fr.).

4 Der Mehrertrag stammt aus dem Bundesbeitrag an die Sicherheitskosten für das Asylempfangs- und -verfahrenszentrum.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	107.6	106.4	231.4	234.0	241.7	1
Gesamtzahl der Strafanzeigen (Quelle PKS)	Anz	22'672	21'933	24'729	30'900	28'804	
- davon Gewaltdelikte	Anz	2'363	2'366	2'545	2'536	2'495	
- davon Vermögensdelikte	Anz	15'491	14'885	17'647	20'790	18'224	
Ausländeranteil (Auf Basis Gesamtzahl der Strafanzeigen)	%	58	59	67	63	63	
Erlassene Strafbefehle	Anz			9'158	26'327	25'098	2
Rückstände gemäss §14 EG StPO	Anz	440	454	649	832	715	3

Kommentar

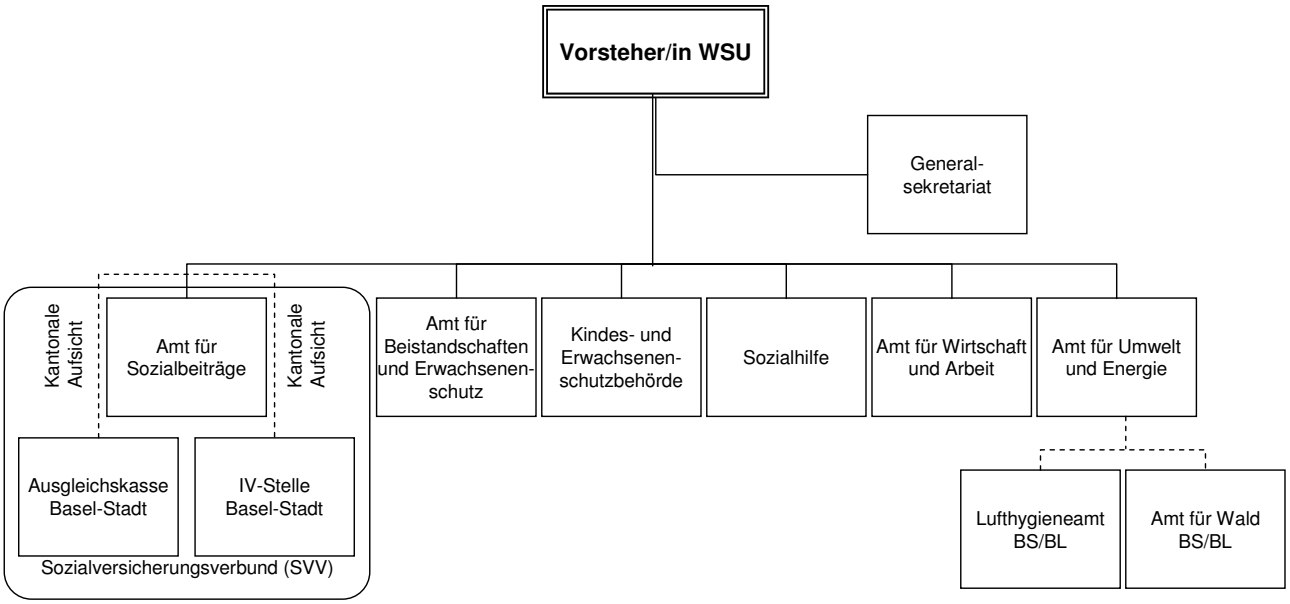
1 Die Erhöhung begründet sich insbesondere durch den Ausbau der Kriminalpolizei (vgl. Grossratsbeschluss vom 15. Mai 2013).

2 Bis 2010 gingen Verzeigungen der Kantonspolizei und anderen Verwaltungsbehörden ans Strafgericht.

3 Verbrechen und Vergehen; ohne Strafbefehlsdezernat. Rückstände sind Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurück liegt und noch nicht abgeschlossen sind.

4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	319
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	322
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	325
WSU-821	Vormundschaftsbehörde (alt)	328
WSU-822	Sozialhilfe	330
WSU-825	Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	334
WSU-826	Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)	336
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	338



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-101.0	-112.5	-106.1	6.4	5.7	-5.1	-5.0	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-57.1	-59.3	-56.8	2.5	4.2	0.3	0.5	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	14.3	-0.0	-30.3	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-23.8	0.0	0.0	0.0	0.0	23.8	100.0	
36 Transferaufwand	-578.3	-572.6	-623.9	-51.3	-9.0	-45.6	-7.9	2
Betriebsaufwand	**-760.2**	**-744.4**	**-786.9**	**-42.4**	**-5.7**	**-26.6**	**-3.5**	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	10.4	10.4	0.0	0.0	10.4	...	
42 Entgelte	88.7	66.9	116.8	49.9	74.6	28.1	31.7	2
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0	
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	15.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-15.3	-100.0	
46 Transferertrag	193.7	190.6	190.2	-0.4	-0.2	-3.6	-1.8	
Betriebsertrag	**297.9**	**267.9**	**317.4**	**49.5**	**18.5**	**19.5**	**6.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-462.3**	**-476.5**	**-469.4**	**7.1**	**1.5**	**-7.1**	**-1.5**	3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.8	-5.2	-5.3	-0.0	-0.7	-2.5	-88.9	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.1	-1.3	-0.9	0.3	27.0	0.2	17.3	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Abschreibungen	**-3.9**	**-6.5**	**-6.2**	**0.3**	**5.1**	**-2.3**	**-57.9**	
Betriebsergebnis	**-466.2**	**-483.0**	**-475.6**	**7.4**	**1.5**	**-9.4**	**-2.0**	
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.0	-0.0	-0.0	-19.6	0.1	75.8	
44 Finanzertrag	1.7	1.1	1.8	0.7	66.4	0.1	7.4	
Finanzergebnis	**1.5**	**1.1**	**1.8**	**0.7**	**68.1**	**0.3**	**18.3**	
Gesamtergebnis	**-464.7**	**-482.0**	**-473.8**	**8.1**	**1.7**	**-9.1**	**-2.0**	
davon Funktionen:								
0 Allgemeine Verwaltung	-9.6	-10.9	-9.7	1.3	11.6	-0.1	-0.8	
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-9.2	-11.5	-11.3	0.3	2.5	-2.1	-22.7	
5 Soziale Sicherheit	-455.1	-457.9	-456.5	1.4	0.3	-1.4	-0.3	
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.2	2.2	-0.5	-2.8	-123.9	-2.7	-124.7	
7 Umweltschutz und Raumordnung	8.0	2.7	5.3	2.6	94.8	-2.7	-33.7	
8 Volkswirtschaft	-0.9	-6.5	-1.1	5.4	82.7	-0.2	-20.6	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.7	0.0	-1.4	-1.4	0.0	0.3	16.1	
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-0.1	-0.3	-0.2	-194.8	-0.3	0.0	
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.5	0.0	-0.9	-0.9	0.0	0.6	39.3	
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-100.0	
Nettoinvestitionen	**-2.8**	**-0.1**	**-2.7**	**-2.6**	**...**	**0.1**	**4.5**	
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0	-100.0	
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**1.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-1.0**	**-100.0**	
Saldo Investitionsrechnung	**-1.8**	**-0.1**	**-2.7**	**-2.6**	**...**	**-0.9**	**-48.3**	4

Kommentar

1 Begründung für die wesentlichen Veränderungen können dem Dienststellenbericht des AWA entnommen werden.

2 Begründung für die wesentlichen Veränderungen können dem Dienststellenbericht des ASB entnommen werden.

3 Das Gesamtergebnis auf Stufe Betriebsaufwand vor Abschreibungen ZBE zeigt eine Unterschreitung des Budgets in der Höhe von 7.1 Mio. Franken. Jedoch basiert dieses Ergebnis nicht auf effektiven betrieblichen Veränderungen, sondern kommt durch Sondereffekte zu Stande. Einerseits wurde im Bereich der Prämienverbilligung die im Vorjahr (2012) vorgenommene Rückstellung für die Uneinbringlichkeit von Prämien um den Betrag von 9 Mio. Franken aufgelöst. Andererseits wird die betriebliche Sicht seit der Umstellung auf HRM2 durch die ergebniswirksame Integration der Fonds im Eigenkapital überlagert. Die starke Reduktion von Projektumsetzungen des Standortförderungsfonds und des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben in der Rechnung des AWA zu einer Budgetunterschreitung auf Ebene ZBE von rund 6.8 Mio. Franken geführt. Werden diese beiden Sonderpositionen addiert (16 Mio. Franken) und aus dem Ergebnis herausgerechnet, ergibt sich bereits eine Budgetüberschreitung von rund 9 Mio. Franken. Dieses Ergebnis entspricht ungefähr der effektiven betrieblichen Entwicklung im Mehrjahresvergleich.

4 Im Gegensatz zur Rechnung erfolgt die Budgetierung der Investitionen zentral in den jeweiligen Investitionsbereichen und wird deshalb nicht bei den Departementen angezeigt.

Generalsekretariat WSU WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des WSU, damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann.

Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschifffahrts-Gesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die IWB Industrielle Werke Basel sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Allgemeine Dienste Die Dienste im Generalsekretariat stellten im Berichtsjahr mit zahlreichen Unterstützungs- und Supportleistungen einen funktionierenden Departementsbetrieb sicher. Neben dem vielfältigen Tagesgeschäft in der Personal- und Lohnadministration, im IT-Servicedesk, im Bereich der Finanz- und Rechnungslegungsprozesse oder im Rekurswesen mussten massgebliche Projektaufgaben getragen werden: Die Personalabteilung begleitete diverse Organisationsveränderungen mit hohen Ansprüchen an das Change-Management und an die Führungsunterstützung der Dienststellen. Parallel dazu wurde mit grossem Engagement und Ressourceneinsatz die Umsetzung der gesamtkantonalen Lohn-Systempflege im WSU vorangetrieben. Für die IT WSU war die Einführung des kantonsweit standardisierten IT-Arbeitsplatzes das dominierende Thema. In der Finanzabteilung wurde zum einen auf Anfang Berichtsjahr der neue Bereich Finanzdienste implementiert, der direkte Unterstützungsmandate für die Dienststellen übernimmt. Zum anderen konnte das departementale Management Informationssystem (MIS) in einen stabilen Betrieb überführt werden. Der departementale Rechtsdienst verkürzte die Bearbeitungsdauer für die Rekursentscheide. Diese Verbesserung ergab sich auch wegen des Wegfalls der Beschwerdefälle aus dem bisherigen Vormundschaftsrecht, die seit 2013 vom kantonalen Verwaltungsgericht entschieden werden. Das Generalsekretariat unterstützt ausserdem das Amt für Umwelt und Energie beim Ausarbeiten des neuen Registraturplans und pflegte diesen in das Geschäftsverwaltungstool CMI Konsul ein. Dieser Schritt unterstützt die systematische Aktenführung im WSU.

Beteiligungen Betriebe Mit rund 105'000 TEU konnten die Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) im Berichtsjahr den Umschlag im schiffsseitigen Containerverkehr erneut steigern. Zusammen mit dem bahnseitigen Im- und Export ergibt sich ein Total von 117'535 umgeschlagenen Containern in den Rheinhafen-Terminals. Gewichtsmässig betrachtet sank der Umschlag gegenüber 2012 zwar um gut 5 Prozent auf 6,8 Mio. t, was aber auf Sonderfaktoren im Bereich Mineralöl zurückzuführen ist. Die Ergebnisse aus den eher vergleichbaren Jahren 2009 bis 2011 werden zum Teil deutlich übertroffen. Im zentralen Entwicklungsprojekt der SRH, dem Bau der neuen Hafeninfrastrukturen in Basel Nord mit einem trimodal ausgelegten Containerterminal, konnte ein wichtiger Meilenstein erreicht werden: Anlässlich der vom Bundesamt für Verkehr geleiteten nationalen Terminalkonferenz haben im Dezember die Vertreter der Schweizer Logistik- und Transportbranche den Bau des Terminals Basel Nord einstimmig befürwortet. Die nationale Bedeutung des Vorhabens wurde damit klar anerkannt.

Die Basler Personenschifffahrt AG (BPG) konnte im Berichtsjahr eine insgesamt gute Saison verzeichnen. Grundlage dafür sind die kontinuierlichen Bemühungen der BPG zur Optimierung von Prozessen, Organisation und Qualität des Angebots. Ausgezahlt haben sich zudem die fokussierten, zielgruppenorientierten Marketing- und Werbemassnahmen mit Zuwächsen im Bereich der Extrafahrten sowie im Gruppenreisesegment und bei Charterfahrten für Firmenkunden. Zulegen konnten damit auch die Gastronomie-Umsätze. Highlight war die Rundumerneuerung der MS Christoph

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-4'991.4	-5'699.1	-5'090.1	608.9	10.7	-98.7	-2.0	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'730.8	-6'152.7	-5'420.9	731.8	11.9	309.9	5.4	2
36 Transferaufwand	-505.0	-475.0	-470.0	5.0	1.1	35.0	6.9	
Betriebsaufwand	**-11'227.1**	**-12'326.7**	**-10'981.0**	**1'345.7**	**10.9**	**246.1**	**2.2**	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	10'395.0	10'395.0	0.0	0.0	10'395.0	0.0	
42 Entgelte	11'299.1	928.3	774.2	-154.0	-16.6	-10'524.9	-93.1	3
46 Transferertrag	2'700.0	2'800.0	5.9	-2'794.1	-99.8	-2'694.1	-99.8	4
Betriebsertrag	**13'999.1**	**14'123.3**	**11'175.1**	**-2'948.1**	**-20.9**	**-2'824.0**	**-20.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**2'772.0**	**1'796.5**	**194.1**	**-1'602.4**	**-89.2**	**-2'577.9**	**-93.0**	
Betriebsergebnis	**2'772.0**	**1'796.5**	**194.1**	**-1'602.4**	**-89.2**	**-2'577.9**	**-93.0**	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.2	-0.1	0.1	63.3	0.0	16.4	
Finanzergebnis	**-0.1**	**-0.2**	**-0.1**	**0.1**	**63.3**	**0.0**	**16.4**	
Gesamtergebnis	**2'771.9**	**1'796.3**	**194.0**	**-1'602.3**	**-89.2**	**-2'577.9**	**-93.0**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-9'784.7	-10'939.4	-9'666.5	1'272.9	11.6	118.2	1.2	
63 Verkehr, übrige	2'161.2	2'240.7	-534.5	-2'775.2	-123.9	-2'695.7	-124.7	
71 Wasserversorgung	2'598.8	2'618.8	2'598.8	-20.0	-0.8	-0.1	-0.0	
73 Abfallwirtschaft	0.1	20.0	0.0	-20.0	-100.0	-0.1	-100.0	
87 Brennstoffe und Energie	7'796.5	7'856.3	7'796.3	-60.0	-0.8	-0.2	-0.0	

Kommentar

1 Die Abweichung resultiert aus diversen personellen Veränderungen wie Pensionierungen und Beschäftigungsgradwechseln. Zudem fallen die zentral budgetierten jedoch in der Rechnung dezentral verbuchten zentralen Reservemittel weg (Verbuchung in den Dienststellen gemäss Bewilligung DV).

2 Der Sachaufwand der IT WSU wurde nicht ausgeschöpft zudem fallen die zentral budgetierten jedoch in der Rechnung dezentral verbuchten zentralen Reservemittel weg (Verbuchung in den Dienststellen gemäss Bewilligung DV).

3 Der IT-Supportaufwand wurde im geringerem Umfang weiterverrechnet als budgetiert.

4 Gemäss HRM2 darf die Gewinnablieferung 2013 der Schweizerischen Rheinhäfen erst nach dem Beschluss des Verwaltungsrats verbucht werden. Dieser Beschluss liegt jedoch nicht vor dem defintiven Abschlusstermin des Kantons vor. Dadurch kommt es zu einem einmaligen Ausfall dieser Ertragsposition in der Rechnung 2013.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.7	28.5	27.7	31.6	28.5	1
Eingegangene Rekurse	Anz	267	247	261	205	144	2
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSU	%	100	97.0	98.0	99.0	99.0	
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN Vorinstanzen	%	71.0	67.0	58.0	48.7	64.5	
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	3.9	4.1	5.1	5.4	5.8	3

Kommentar

1 Die Abweichung resultiert aus diversen personellen Veränderungen wie Pensionierungen und Beschäftigungsgradwechseln.

2 Die Rekurse und Beschwerden aus dem Bereich Vormundschaftsrecht sind Ende 2012 entfallen. Im Durchschnitt der letzten Jahre waren dies gut 40 Fälle.

3 Dank stabiler und durch den starken Franken begünstigter Reisenachfrage sowie dem Angebotsausbau bei easyJet, dem wichtigsten Airline-Partner des EuroAirports, konnte das Passagieraufkommen abermals deutlich zulegen.

Merian, die dank der grosszügigen finanziellen Unterstützung der Christoph Merian-Stiftung möglich wurde. Das umgebaute und modernisierte Schiff wurde Anfang Dezember in Betrieb genommen. Damit ist ein erster Schritt zur Erneuerung der BPG-Flotte erfolgt.

Mit dem Erwerb von weiteren Wind- und Solarkraftwerken in Europa haben die Industriellen Werke Basel (IWB) das im Leistungsauftrag definierte Ziel, bis 2015 500 GWh zusätzliche Produktionskapazität an erneuerbarer Energie aufzubauen, schon nahezu erreicht. Das Berichtsjahr war ausserdem geprägt von einer wachsenden Konkurrenz auf den Energiemärkten. Die IWB hat darum ihren Vertrieb gestärkt und ein modernes Erscheinungsbild entwickelt, das der neuen Identität des Unternehmens gerecht wird. Insgesamt war die Versorgung der Kunden mit Energie- und Trinkwasser auf gewohnt hohem Niveau.

Der EuroAirport setzte die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre weiter fort. Das Passagieraufkommen erreichte mit 5,9 Millionen Fluggästen einen neuen Höchstwert. Haupttreiber war der nochmalige Angebotsausbau v.a. der am EuroAirport stationierten Gesellschaft easyJet sowie die im Passagierverkehr ungebrochen hohe Reisenachfrage in der Region. Demgegenüber blieb der Frachtverkehr mit einem Umschlag von 94’000 Tonnen eher unter den Erwartungen. Im Frühsommer gestartet wurde der Bau des neuen Frachtzentrums im Süden des Flughafens. Per Jahresende waren auf der Plattform EuroAirport total rund 6‘100 Personen beschäftigt, rund 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die im März 2012 zwischen der Schweiz und Frankreich getroffene Vereinbarung zum Arbeitsrecht konnte per Ende des Berichtsjahres detailliert umgesetzt und damit die Rechtssicherheit für die Firmen im Schweizer Sektor des EuroAirport erhöht werden. Während das Passagierwachstum 10 Prozent betrug, blieb die Anzahl der Flugbewegungen (Starts und Landungen) mit 87‘319 Flugbewegungen gegenüber 87’355 im Vorjahr unverändert. Mit einem Wert von 7 Prozent lag die Quote der Südlandungen unter dem Vorjahreswert (7,4 Prozent). Günstig wirkten hier ruhige Wetterlagen in den Monaten Februar bis Juni mit wenig Nordwind.

Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.
Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.
Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.
Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbsmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr fanden die Planungsarbeiten für die Erweiterung des Technologieparks Basel statt. Baubeginn für die Erweiterung war im November 2013. Die neuen Büro- und Laborräumlichkeiten werden im Sommer 2014 bezugsbereit sein. Damit werden weitere 50 Arbeitsplätze für innovative Technologieunternehmen geschaffen.

Arbeitslosigkeit Die Arbeitslosigkeit blieb auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr, die Quote lag im Jahresdurchschnitt bei 3,7 Prozent (2012: 3,7 Prozent). Bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV wurden durchschnittlich pro Monat 5'021 stellensuchende Personen registriert (2012: 4'946). Ende des Berichtsjahres waren rund 50 Personen weniger auf Stellensuche als im Vorjahr. Ausgesteuert wurden im Berichtsjahr insgesamt rund 1'270 Personen, rund 80 Personen mehr als im Vorjahr (Stand Ende Januar 2014). Die Jugendarbeitslosigkeit blieb ebenfalls stabil. Im Jahresdurchschnitt waren monatlich 398 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen (2012: 390). Die Arbeitslosenquote lag im Berichtsjahr im Durchschnitt bei 4,6 Prozent (2012: 4,5 Prozent). Wie erwartet und konjunkturell bedingt ging die Quote im Frühsommer zurück (Juni 2013: 3,6 Prozent) und stieg ab Herbst wieder an (Dezember 2013: 5,2 Prozent). Im Berichtsjahr wurden 13 Massenentlassungsverfahren durchgeführt (2012: 13). Betroffen waren 548 Personen (2012: 916), davon erhielten 409 die Kündigung (2012: 687). Im Rahmen der seit 1. April 2012 übernommenen Kollisionsnorm im Sozialversicherungsrecht der Europäischen Union (VO 883) wurden von Frankreich und Deutschland je zehn Stellensuchende der Fachberatung „Grenzgänger" der RAV zugewiesen. Im Schnitt kam es zu einem Beratungsgespräch pro Stellensuchende. Ein Viertel fand selber eine Stelle, 75 Prozent meldeten sich auf eigenen Wunsch bei der Fachberatung wieder ab. Der Grund liegt vor allem im Umstand, dass die Fachberatung den Grenzgängerinnen und Grenzgänger ausser der arbeitsmarktlichen Beratung und dem Angebot „Job Agent Premium" keine weiteren Dienstleistungen wie Arbeitsmarktliche Massnahmen und Arbeitslosenentschädigung anbieten kann. Zuweisungen auf Stellen konnten mangels Angebot und der kurzen Dauer der Anmeldung (Durchschnitt 27 Tage) mit einer Ausnahme keine getätigt werden.

Tourismus Gegen Ende des Berichtsjahrs wurde das Subventionsverhältnis mit Basel Tourismus für vier Jahre verlängert. Die Organisation erhält weiterhin 1.9 Millionen Franken pro Jahr als Abgeltung für die Leistungen, die sie im Interesse der Destination Basel erbringt. Zusätzlich investiert Basel-Stadt einmalig 100'000 Franken in die Tourismusförderung. Basel Tourismus erschliesst damit neue Märkte. Im Berichtsjahr wurde weiter ein Kongresskonzept ausgearbeitet. Es wird die Akquisition und die Entwicklung von Kongressen besonders in den vom Kanton geförderten Zielbranchen und Technologiefeldern erleichtern. Für vier Jahre stehen hierfür total 2.04 Millionen Franken zur Verfügung. Darin eingeschlossen sind Beiträge, die bis Ende 2013 via BaselArea zur Förderung von Life Sciences-Kongressen eingesetzt worden waren.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-21'249.4	-27'753.3	-21'926.3	5'827.0	21.0	-676.9	-3.2	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'517.3	-16'056.7	-13'953.2	2'103.6	13.1	564.2	3.9	2
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-13'113.6	0.0	0.0	0.0	0.0	13'113.6	100.0	
36 Transferaufwand	-8'805.4	-9'291.5	-8'702.3	589.2	6.3	103.1	1.2	3
Betriebsaufwand	**-57'685.7**	**-53'101.5**	**-44'581.8**	**8'519.8**	**16.0**	**13'103.9**	**22.7**	
42 Entgelte	4'498.2	4'850.8	4'567.2	-283.6	-5.8	69.0	1.5	4
43 Verschiedene Erträge	6.6	0.0	0.0	0.0	0.0	-6.6	-100.0	
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	13'735.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-13'735.4	-100.0	
46 Transferertrag	17'432.9	18'509.4	17'029.7	-1'479.7	-8.0	-403.3	-2.3	5
Betriebsertrag	**35'673.1**	**23'360.1**	**21'596.9**	**-1'763.3**	**-7.5**	**-14'076.3**	**-39.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-22'012.6**	**-29'741.4**	**-22'984.9**	**6'756.5**	**22.7**	**-972.4**	**-4.4**	
Betriebsergebnis	**-22'012.6**	**-29'741.4**	**-22'984.9**	**6'756.5**	**22.7**	**-972.4**	**-4.4**	
34 Finanzaufwand	-1.2	-1.0	-1.5	-0.5	-47.5	-0.3	-28.0	
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.2	0.2	0.0	-0.0	-19.6	
Finanzergebnis	**-0.9**	**-1.0**	**-1.3**	**-0.3**	**-31.0**	**-0.4**	**-38.3**	
Gesamtergebnis	**-22'013.5**	**-29'742.4**	**-22'986.2**	**6'756.2**	**22.7**	**-972.7**	**-4.4**	
davon Funktionen:								
55 Arbeitslosigkeit	-14'066.6	-16'635.0	-15'233.9	1'401.1	8.4	-1'167.3	-8.3	
84 Tourismus	-1'900.0	-2'014.8	-2'012.6	2.2	0.1	-112.6	-5.9	
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-6'046.9	-11'092.7	-5'739.8	5'352.9	48.3	307.2	5.1	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1'000.0	-100.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**1'000.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-1'000.0**	**-100.0**
Saldo Investitionsrechnung	1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1'000.0	-100.0

Kommentar

1 Der Lohnaufwand liegt in der Rechnung deutlich unter Budget, da viel weniger Personen an den durch Fonds finanzierten Projekten teilnahmen. Zudem wurden im Bereich der Arbeitslosenversicherung nicht alle vakanten Stellen besetzt.

2 Da verschiende Projekte des Standortförderungsfonds (Ausbau Technologiepark, etc.) auf das Jahre 2014 verschoben werden mussten, liegt der Aufwand klar unter Budget.

3 Die Kosten mehrerer Projekte, welche aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finanziert werden, fielen tiefer aus als geplant.

4 Aus Bewilligungsgebühren, Bussen und verrechneten Dienstleistungen resultierten tiefere Erträge als budgetiert.

5 Entsprechend dem tieferen Aufwand im Bereich der Arbeitslosenversicherung fiel die Verwaltungskostenentschädigung des Bundes ebenfalls geringer als budgetiert aus.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	180.8	186.5	187.1	191.3	206.4	1
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	55.4	63.1	66.1	65.0	59.4	
Firmengespräche	Anz	13	17	15	15	15	2
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem seco	%	99	100	107	107	folgt	3
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	5'356	5'692	5'021	4'946	5'021	4
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	40	58	58	55	folgt	5
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	1'176	530	530	585	545	6

Kommentar

1 Seit 2012 sind die Lernenden ebenfalls berücksichtigt.

2 Die Kennzahl weist die Anzahl der Besuche der Standortförderung bei Firmen aus, die im Kanton Basel-Stadt tätig sind. Ziel dieser Gespräche ist es, die Anliegen der Firmen zu verstehen und bei Bedarf zur Lösung von standortrelevanten Problemen beizutragen.

3 Gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) wird das angestrebte Ziel einer raschen und dauerhaften Wiedereingliederung der Stellensuchenden mit vier Wirkungsindikatoren gemessen, welche im Gesamtwirkungsindikator zusammengeführt sind. Der schweizerische Durchschnitt ist bei 100 Prozent. Für die Vorjahre wird jeweils der effektive Wert angezeigt. Die Kennzahl für das Jahr 2013 wird vom SECO voraussichtlich im Mai/Juni 2014 veröffentlicht.

4 Die Anzahl der Stellensuchenden entspricht den Erwartungen. Für das Jahr 2014 wird von einer tieferen Arbeitslosenquote ausgegangen, und deshalb die Anzahl der Stellensuchenden im Jahresdurchschnitt auf 4'900 geschätzt.

5 Die Kennzahl zeigt das Unfallrisiko in der Berufsunfallversicherung pro Kanton/Fälle je 1'000 Vollbeschäftigte. Die Zahl für das Berichtsjahr wird gegen Ende 2014, spätestens anfangs 2015 veröffentlicht.

6 Der Kanton Basel-Stadt hat sich dem SECO gegenüber verpflichtet, im Rahmen der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit im Berichtsjahr wieder mindestens 530 Kontrollen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Gemäss der Vereinbarung mit dem SECO zählt als eine Kontrolle u.a. die Überprüfung von zwei meldepflichtigen entsandten Arbeitnehmenden oder die Überprüfung einer meldepflichtigen Person auf den Status als selbstständig erwerbstätig.

Industrie, Gewerbe und Handel Gemäss den Rückmeldungen der Firmen besteht weiterhin ein hoher Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem in der Life Sciences-Branche und im Gesundheitsbereich. Wegen erhöhter Zuwanderung wurden die Daueraufenthaltsbewilligungen für die EU-27 Staaten im Berichtsjahr kontingentiert. Angesichts der hohen Kontingente gab es jedoch keine Einschränkungen. Auch die erforderlichen Arbeitsbewilligungen für Drittstaatsangehörige konnten erteilt werden. Die Arbeitsmarktbeobachtung im Rahmen der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen Schweiz - EU sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung bildeten wiederum einen Schwerpunkt. Die Kontrollvorgaben gemäss den Leistungsvereinbarungen mit dem Bund wurden erfüllt. Die eingeleiteten Verbesserungen in der Zusammenarbeit mit den Paritätischen Kommissionen und der Baustellenkontrolle Basel wurden weitergeführt bzw. die Zusammenarbeit und die Verfahren weiter optimiert. Die Sanktionsverfahren konnten dadurch beschleunigt werden. Wegen Verstössen gegen die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen wurden vom AWA aufgrund von Meldungen der Paritätischen Kommissionen im Berichtsjahr 39 (2012: 58) Firmen sanktioniert bzw. 17 (2012: 32) Bussen, 19 (2012: 23) Sperren und drei (2012: sechs) Verwarnungen ausgesprochen. Ferner wurden 60 (2012: 75) Bussen und 98 (2012: 187) Verwarnungen wegen Verletzung der Meldepflichten verhängt. Im Bereich der Schwarzarbeit kontrollierte das AWA 507 (2012: 473) Betriebe bzw. 1'296 (2012: 1'203) Arbeitnehmende und leitete 254 (2012: 581) Verdachtsmeldungen an die zuständigen Sozialversicherungs-, ausländerrechtliche und Steuerbehörden weiter. Diese sind für allfällige Sanktionen direkt zuständig. In Zusammenhang mit der Baselworld 2013 wurden über 200 Selbstständige auf Scheinselbstständigkeit kontrolliert. Die Abklärungen erwiesen sich als sehr aufwändig und kompliziert. Im Berichtsjahr wurden von der Regionalen Paritätischen Kommission für das Schreinergewerbe dem AWA noch keine Fälle zur Einleitung von Sanktionsverfahren weitergeleitet. Auch bezüglich der per 1. Juli 2013 eingeführten Subunternehmerhaftung waren keine Verfahren zu verzeichnen. Betreffend den Normalarbeitsvertrag (NAV) Hauswirtschaft des Bundes wurden bei 28 (2012: 26) Schweizer Arbeitgebenden Kontrollen durchgeführt. Die Mindestlöhne wurden beachtet. In einem Fall wurde eine Verwarnung ausgesprochen. Im Berichtsjahr führte das AWA 424 (2012: 325) inhaltlich anspruchsvolle Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren durch. Ferner wurde die Arbeitssicherheit in zwölf (2012: 43) Basler Betrieben gemäss den Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) kontrolliert.

Amt für Sozialbeiträge WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die individuelle Prämienverbilligung sowie die Familienmietzinsbeiträge. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.
Im Rahmen des Opferhilfegesetzes berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.
Das ASB ist auch zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung und betreibt auch die kantonalen Wohnheime und Tageszentren.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, hat sich das Kantonale Verbundsystem für Menschen mit einer Behinderung (KVS) für eine Organisationsentwicklung entschieden. Aus vier relativ unabhängigen Institutionen soll eine einheitliche Organisation für unterschiedliche Zielgruppen werden, welche besser auf Veränderungen im Umfeld reagieren kann. Der Veränderungsprozess verläuft schrittweise, Ende des Berichtsjahrs wurde die Geschäftsführerin für das KVS ernannt.

Krankheit und Unfall Im November 2013 konnte trotz sehr ambitioniertem Zeitplan der produktive Betrieb mit Sedex „einheitlicher Datenaustausch zwischen den Durchführungsstellen und den Krankenversicherern“ aufgenommen werden. Neu werden sämtliche Daten für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) einheitlich ausgetauscht und verarbeitet. Bis Ende März 2014 sollte auch die Schnittstelle zwischen den Fachapplikationen Ergänzungsleistungen und IPV fertig gestellt werden.

Bei der Obligatoriumskontrolle KVG wurden diverse Vorarbeiten abgeschlossen, um den vom Bund angeordneten Praxiswechsel zu einer systematischen Kontrolle einschliesslich der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie der Forschenden im Lauf des Jahres 2014 umzusetzen.

Invalidität Die Leistungen der Behindertenhilfe sollen in Zukunft vermehrt subjektorientiert bemessen werden. Ein entsprechender Systemwechsel ist in einem partnerschaftlichen Projekt zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft per 1. Januar 2016 vorgesehen. Die bikantonale Erarbeitung der Gesetzesgrundlagen erforderte etwas mehr Zeit als ursprünglich angenommen, eine entsprechende Parlamentsvorlage wird daher voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte 2014 vorliegen. Aus Gründen der Praktikabilität traf die Projektleitung den Entscheid, zur individuellen Bedarfsermittlung und Leistungsbemessung kein neues Instrument zu entwickeln, sondern das System der Ostschweizer Kantone einschliesslich Zürich zu übernehmen und dieses mit gewissen Verfahrenselementen, welche die Partizipation der Betroffenen stärken, zu ergänzen. Diese Kurskorrektur löste zwar einigen Klärungsbedarf aus, sie öffnet jedoch den Weg zur konkreten Umsetzung.

Alter und Hinterlassene Ab Mai 2013 wurde die neue Fachapplikation AKIS/Net für Ergänzungsleistungen produktiv eingesetzt. Mit dieser neuen, zeitgemässen Software kann das ASB die steigenden Fall- und Belegzahlen besser bewältigen. Die neue Software wurde als gemeinsames Projekt der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Luzern und Basel-Stadt entwickelt.

Familie und Jugend Per 1. Januar 2013 wurden bei den Familienmietzinsbeiträge die Einkommensgrenzen angepasst und die Beiträge erhöht. Entsprechend stieg im Berichtsjahr die Zahl der unterstützten Haushalte auf 1’696 (2012: 1’392). Ebenfalls wurde die Alimentenhilfe (Inkassohilfe und Bevorschussung) auf junge Erwachsene in Erstausbildung im Alter von 18 bis 24 Jahre ausgedehnt. Bisher waren diese Leistungen auf bis 18-Jährige begrenzt. Die Entwicklung bei den jungen Erwachsenen blieb vorerst unter den erwarteten Werten. Gründe dafür sind die grosse Hürde der jungen Erwachsenen, die eigenen Eltern vor Gericht einzuklagen und die zeitlichen Verzögerungen, bis die entsprechenden Gerichtsurteile rechtskräftig sind.

Sozialhilfe und Asylwesen Im Berichtsjahr erfolgte erstmals die Abgeltung für uneinbringliche Prämienausstände der Krankenversicherer gemäss neuem Bundesrecht. Demgemäss übernimmt

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-30'293.1	-31'837.6	-30'774.9	1'062.7	3.3	-481.8	-1.6	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7'408.6	-7'628.7	-8'430.3	-801.6	-10.5	-1'021.8	-13.8	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-14.7	-40.0	-29.4	10.6	26.6	-14.7	-100.0	
36 Transferaufwand	-415'000.6	-411'989.2	-456'390.5	-44'401.3	-10.8	-41'389.9	-10.0	3
Betriebsaufwand	**-452'717.0**	**-451'495.4**	**-495'625.1**	**-44'129.7**	**-9.8**	**-42'908.2**	**-9.5**	
42 Entgelte	20'168.2	18'586.9	68'647.4	50'060.5	269.3	48'479.2	240.4	4
43 Verschiedene Erträge	189.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-189.5	-100.0	
46 Transferertrag	145'508.1	145'821.6	144'998.0	-823.6	-0.6	-510.1	-0.4	5
Betriebsertrag	**165'865.8**	**164'408.4**	**213'645.4**	**49'236.9**	**29.9**	**47'779.5**	**28.8**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-286'851.1**	**-287'087.0**	**-281'979.8**	**5'107.2**	**1.8**	**4'871.4**	**1.7**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-289.0	-425.0	-434.3	-9.3	-2.2	-145.4	-50.3	
Abschreibungen	**-289.0**	**-425.0**	**-434.3**	**-9.3**	**-2.2**	**-145.4**	**-50.3**	
Betriebsergebnis	**-287'140.1**	**-287'512.0**	**-282'414.1**	**5'097.9**	**1.8**	**4'726.0**	**1.6**	
34 Finanzaufwand	-21.8	-30.2	-19.6	10.6	34.9	2.2	9.9	
44 Finanzertrag	14.8	8.0	8.2	0.2	2.3	-6.6	-44.8	
Finanzergebnis	**-6.9**	**-22.2**	**-11.4**	**10.7**	**48.4**	**-4.5**	**-64.7**	
Gesamtergebnis	**-287'147.0**	**-287'534.2**	**-282'425.5**	**5'108.6**	**1.8**	**4'721.5**	**1.6**	
davon Funktionen:								
51 Krankheit und Unfall	-65'786.0	-63'231.0	-65'904.6	-2'673.6	-4.2	-118.5	-0.2	
52 Invalidität	-153'414.1	-151'112.8	-155'793.5	-4'680.7	-3.1	-2'379.5	-1.6	
53 Alter + Hinterlassene	-30'577.2	-33'112.9	-32'370.5	742.4	2.2	-1'793.3	-5.9	
54 Familie und Jugend	-12'603.5	-19'679.3	-17'001.6	2'677.7	13.6	-4'398.1	-34.9	
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-24'766.3	-20'398.2	-11'355.4	9'042.8	44.3	13'410.9	54.1	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-285.7	0.0	-158.1	-158.1	0.0	127.7	44.7
Nettoinvestitionen	**-285.7**	**0.0**	**-158.1**	**-158.1**	**0.0**	**127.7**	**44.7**
Saldo Investitionsrechnung	**-285.7**	**0.0**	**-158.1**	**-158.1**	**0.0**	**127.7**	**44.7**

Kommentar

1 Die Unterschreitung gegenüber Budget 2013 ist v.a. auf Unterbelegungen im Kantonalen Verbundsystem für Menschen mit einer Behinderung (Behindertenwohnheime) und auf die Projektverzögerung bei der partnerschaftlichen Umsetzung des Behindertenkonzepts BS/BL zurückzuführen.

2 Die Überschreitung ergab sich hauptsächlich aufgrund von gleichzeitig laufenden IT-Projekten, welche nicht genauer budgetiert werden konnten oder zu nicht vorhersehbaren Zusatzkosten führten. Zudem fielen die Debitorenverluste um rund 0.2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

3 Bei den Sozialleistungen ergaben sich gegenüber dem Budget wesentliche Mehraufwände bei den Ergänzungsleistungen (rund 4.2 Mio. Franken) und bei der Behindertenhilfe (rund 0.7 Mio. Franken). Wesentliche Minderaufwände ergaben sich bei der Prämienverbilligung (rund 6.2 Mio Franken) aufgrund der einmaligen Auflösung der im Vorjahr getätigten Rückstellung für die Uneinbringlichkeit von Prämien, bei den Familienmietzinsbeiträgen (rund 2.8 Mio. Franken) und bei der Alimentenhilfe (rund 1.1 Mio. Franken). Dieser Kommentar bezieht sich auf die Nettowerte der aufgeführten Leistungen (Saldo aus den FDK-Positionen 33, 36, 42, 43 und 46). Systemtechnisch werden seit der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen im Mai 2013 die Rückforderungen neu nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen. Dadurch erhöhten sich die Positionen 36 und 42 gegenüber dem Budget im gleichen, ergebnisneutralen Umfang (rund 50 Mio. Franken).

4 Die effektiven Mehrerträge stammen v.a. aus Rückforderungen bei den Ergänzungsleistungen und den Prämienverbilligungen. Bei letzteren konnte dank einer Ablaufoptimierung nicht nur die Anzahl der Revisionen erhöht werden, sondern auch die Anzahl der Rückforderungen. Zusätzlich zeigt sich auch hier der systembedingte Umstellungseffekt durch die Einführung der neuen EL-Fachapplikation (Details siehe Begründung zu Pos. 36).

5 Die Bundesbeiträge für Prämienverbilligungen fielen wegen der Neuberechnung der kantonalen Bevölkerungsstatistiken tiefer aus als budgetiert. Bei den Ergänzungsleistungen konnten aufgrund der höheren Leistungen auch höhere Bundesbeiträge vereinnahmt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	196.7	236.3	237.4	239.8	246.4	1
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	13'180	13'339	13'750	14'155	14'506	
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	26'851	26'745	27'011	27'601	27'977	
Max. gutgeheissener Einsprachen EL	Anz	57	75	47	51	59	
Max. vollständig gutgeheissener Einsprachen IPV	Anz	15	12	12	11	19	

Kommentar

1 Mit Budget 2012 wurde der HC für die personalrechtlich notwendige Überführung der temporären Springerarbeitsverältnisse in Festangestellte (HC-relevante Arbeitsverhältnisse) um 12.6 Stellen erhöht. Die Umsetzung begann im Jahre 2012 und wurde 2013 fortgeführt. Trotz der Steigerung des HC gegenüber 2012 lag das ASB 2013 unter der Vorgabe (Plafond).

der Kanton 85 Prozent der belegten Verlustscheinsumme aus dem Jahr 2012. Die Abgeltung lag rund 9 Mio. Franken tiefer als budgetiert, weil die Krankenversicherer nur die Ausstände aus dem Jahr 2012 in Rechnung stellen konnten, welche bereits betrieben wurden. Für das nächste Jahr ist mit dem vollen Ausmass der Abgeltungen zu rechnen.

Vormundschaftsbehörde (alt) WSU-821

Ab 1. Januar 2013 gilt das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Die bisherige Dienststelle „Vormundschaftsbehörde“ wird in zwei Dienststellen aufgeteilt: Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) sowie Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Tätigkeiten und Projekte werden bei den zwei neuen Dienststellen beschrieben.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-5.6	0.0	0.0	0.0	0.0	5.6	100.0
Abschreibungen	**-5.6**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**5.6**	**100.0**
Betriebsergebnis	**-5.6**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**5.6**	**100.0**
Gesamtergebnis	**-5.6**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**5.6**	**100.0**
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-5.6	0.0	0.0	0.0	0.0	5.6	100.0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	59.6	59.2	59.1	75.3	
Vormundschaftliche Mandate der Amtsvormundschaft	Anz	2'194	2'160	2'242	2'247	
Meldungen an die Vormundschaftliche Abteilung	Anz	1'454	1'506	1'548	1'623	
Entscheide VJFR (inkl. Präsidialentscheide)	Anz	116	93	112	147	
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide der VB	%	5.0	11.0	6.3	5.0	
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide des VJFR	%	5	14	0	2	

Sozialhilfe WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie deren Selbstständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit, auch an nicht unterstützte Personen.
Die Sozialhilfe fördert die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Ziel dienen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Aufgrund der Ergebnisse einer vertieften Analyse der Kernprozesse der Sozialhilfe durch die Hochschule für soziale Arbeit Luzern setzte die Geschäftsleitung im Vorjahr einen Reorganisationsprozess in Gang. Im Berichtsjahr konnte die Konzeptionsphase gestartet und zum Jahresende erfolgreich abgeschlossen werden. Mit dem Ergebnis, einem Grundlagenkonzept für die Sozialberatung, liegt die Basis für die weiteren Projektschritte vor.

Fallentwicklung Im Berichtsjahr erreichte die Fallzahl ihren Höchstwert im April mit 5’366 Fällen. Danach sank sie bis September auf 5’241 Fälle. Im November nahmen die Zahlfälle noch einmal deutlich zu auf 5’343. Der Jahresmittelwert liegt somit mit 5’307 Zahlfällen um 1 Prozent über dem Vorjahresmittel.

Mit 50 Prozent ist „Arbeitslosigkeit“ im Berichtsjahr wieder der mit Abstand meistgenannte Unterstützungsgrund, gefolgt von gesundheitlichen Gründen (16 Prozent). An dritter Stelle steht mit knapp 14 Prozent der Unterstützungsgrund „ungenügendes Einkommen“ (aus Arbeit oder Rentenbezug).

Bereich Migration Im Berichtjahr stellten in der Schweiz 21’500 Personen ein Asylgesuch, das sind 25 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zuweisungen an den Kanton Basel-Stadt waren entsprechend tiefer. Der Bestand von Asylsuchenden wie auch von vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen in der Sozialhilfe ist über das Berichtsjahr gesehen weitgehend gleich geblieben wie im Vorjahr. Die leicht rückläufigen Zahlen im ersten Halbjahr stiegen in den Wintermonaten wieder an, vor allem durch die Einreise von syrischen Flüchtlingen, welche von der Möglichkeit einer erleichterten Einreise im Oktober/November Gebrauch gemacht hatten. Weiter sind eine geringe Ablösequote (16 Personen) sowie mehrere Wiedereintritte für die gleichbleibenden Bestandeszahlen massgebend.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-25'044.6	-25'024.1	-26'212.9	-1'188.9	-4.8	-1'168.4	-4.7	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-13'515.3	-12'328.8	-12'714.9	-386.0	-3.1	800.5	5.9	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-1.4	-1.4	0.0	-1.4	0.0	
36 Transferaufwand	-145'258.5	-140'902.6	-149'831.1	-8'928.5	-6.3	-4'572.6	-3.1	3
Betriebsaufwand	**-183'818.4**	**-178'255.5**	**-188'760.3**	**-10'504.8**	**-5.9**	**-4'941.9**	**-2.7**	
42 Entgelte	304.2	255.0	293.7	38.7	15.2	-10.5	-3.5	
43 Verschiedene Erträge	2.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.0	-100.0	
46 Transferertrag	27'936.3	23'154.5	27'813.8	4'659.3	20.1	-122.5	-0.4	4
Betriebsertrag	**28'242.5**	**23'409.5**	**28'107.5**	**4'698.0**	**20.1**	**-135.0**	**-0.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-155'575.9**	**-154'846.0**	**-160'652.8**	**-5'806.8**	**-3.8**	**-5'076.9**	**-3.3**	
Betriebsergebnis	**-155'575.9**	**-154'846.0**	**-160'652.8**	**-5'806.8**	**-3.8**	**-5'076.9**	**-3.3**	
34 Finanzaufwand	-23.4	-3.0	-24.2	-21.2	-706.8	-0.8	-3.5	
44 Finanzertrag	1'692.1	1'099.0	1'833.1	734.1	66.8	141.0	8.3	5
Finanzergebnis	**1'668.7**	**1'096.0**	**1'808.9**	**712.9**	**65.0**	**140.2**	**8.4**	
Gesamtergebnis	**-153'907.2**	**-153'750.0**	**-158'843.9**	**-5'093.9**	**-3.3**	**-4'936.7**	**-3.2**	
davon Funktionen:								
56 Sozialer Wohnungsbau	-1'912.4	-2'469.0	-1'618.1	850.9	34.5	294.3	15.4	
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-151'994.8	-151'281.0	-157'225.8	-5'944.8	-3.9	-5'231.0	-3.4	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-85.1	-85.1	0.0	-85.1	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-85.1**	**-85.1**	**0.0**	**-85.1**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**0.0**	**-85.1**	**-85.1**	**0.0**	**-85.1**	**0.0**

Kommentar

1 Anstelle der budgetierten 5'150 Zahlfälle in der Allgemeinen Sozialhilfe wurden im Jahresschnitt 5'307 (+3 Prozent) unterstützt. In der Migration waren es 1'043 Personen, 16 Prozent mehr als budgetiert. In beiden Bereichen mussten daher mehr Mitarbeitende eingesetzt werden.

2 Die höhere Anzahl betreuter Personen in der Migration führte zu Mehrausgaben im Unterbringungsbereich (Miete, Nebenkosten) sowie zu höheren externen Betreuungskosten (Zivilschutzanlage). In der Allgemeinen Sozialhilfe konnten hingegen die Unterhaltskosten und die Anschaffungen tiefer als budgetiert gehalten werden.

3 Die Zunahme der Zahlfälle sowie der betreuten Personen führen zu Mehrausgaben. Zusätzlich negativ wirkt sich die weiterhin deutliche Abnahme der Rückerstattungen aus Sozialversicherungen aus.

4 Der Anstieg bei den Zahlfällen in der Allgemeinen Sozialhilfe führte auch zu höheren Erträgen bei den interkantonalen Rückerstattungen von Sozialhilfekosten sowie bei den Rückerstattungen für Drogentherapien. Im Bereich Migration fiel die Bundespauschale aufgrund der Anzahl betreuter Personen höher aus. Zudem wurde eine einmalige Sonderausschüttung aus dem Fonds für Nothilfe des Bundes geleistet.

5 Die avisierte Schwankungsreserve bei den Notwohnungen konnte wegen der Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht erreicht werden. Sämtliche Wohnungen waren praktisch durchgehend vermietet. Das Mietzinsniveau wurde entsprechend der Ansätze von Immobilien Basel-Stadt angehoben, was zu zusätzlichen Mehrerträgen führte.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	185.8	184.9	183.3	199.7	200.5	1
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Fälle	4'823	4'888	5'036	5'254	5'307	2
Mittlerer Personenbestand Migration	Pers.	635	633	794	1'023	1'043	3
Rückerstattungen aus Sozialversicherungen	MioFr	32.6	28.5	32.5	30.2	29.6	4
Ablösung aus SH innerhalb der ersten 12 Mte	%		4.0				5

Kommentar

1 Auf Basis der Referenzwertberechnungen (Anzahl Fälle/Personen pro Mitarbeiter/Mitarbeiterin) ergibt sich für die Dienststelle Sozialhilfe ein Wert von insgesamt rund 209 Vollzeitstellen. Mit 200.5 Vollzeitstellen wurde der Referenzwert nicht ausgeschöpft.

2 Die immer restriktivere Praxis der vorgelagerten Sozialleistungen sowie fehlende Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte erschweren nachhaltige Ablösungen und führen zu steigenden Fallzahlen.

3 Im Berichtsjahr verzeichnet das Bundesamt für Migration (BfM) einen Rückgang bei der Anzahl Asylgesuche. Dies widerspiegelt sich auch in der Anzahl betreuter Personen, welche sich nur noch leicht erhöhte.

4 Die Revisionen der vorgelagerten Sozialleistungen, wie z.B. der Invalidenversicherung, führen zu deutlich tieferen Erträgen.

5 Kennzahl wird nicht mehr verwendet.

Sozialhilfe und Asylwesen

Sozialhilfe Im Lohnmodell iJob werden Dauerarbeitsplätze in Sozialfirmen an langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende vermittelt, deren Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt als wenig aussichtsreich erscheint. Im Projekt Passage wird arbeitsfähigen Gesuchstellenden mit dem Ziel, ihre (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, ein entlöhnter, einmonatiger Arbeitseinsatz vermittelt. Aufgrund der Erkenntnisse aus der Evaluation im Vorjahr wurden erste Anpassungen vorgenommen. Beide Projekte konnten im Berichtsjahr nochmals über den Krisenfonds finanziert werden. 2014 wird über die definitive Übernahme ins Budget der Sozialhilfe entschieden.

Die erste Phase des im Vorjahr initiierten Reorganisationsprozesses konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Ende des Berichtsjahrs lag die definitive Fassung eines Grundlagenkonzepts für die Sozialberatung vor. Es fasst Auftrag, Ziele und Leistungen der Sozialhilfe zusammen, regelt die Aufgaben der verschiedenen Fachbereiche teilweise neu und enthält methodische Grundprinzipien für die Sozialarbeit. Das Konzept soll dazu beitragen, das Zusammenspiel zwischen den Ressourcen der zu unterstützenden Personen und der professionellen Hilfe durch die Sozialhilfe zu optimieren. Parallel dazu wird eine verstärkte Differenzierung bei der Beratungsintensität, -methodik und -strategie angestrebt. 2014 können die Folgeprojekte plangemäss auf dieser Grundlage starten.

Asylwesen Die Unterbringungssituation im Asylbereich war im Berichtsjahr unvermindert angespannt. Der Betrieb in der Zivilschutzanlage Grün80 konnte - obwohl als Übergangslösung gedacht - leider noch nicht eingestellt werden. Neu bezogen wurden die Liegenschaften an der Freien Strasse (Wohnhaus für Frauen und Kinder mit 50 Plätzen) sowie an der Dornacherstrasse 239 (gemischte Nutzung Notwohnungen und Asyl mit je 15 Plätzen). Weiter konnten im November unerwartet und kurzfristig mehrere Wohnungen in den Liegenschaften am Burgweg 4-14 belegt werden (rund 50 Plätze). Es handelt sich hierbei um eine befristete Zwischennutzung. Ende des Berichtsjahrs betreute die Sozialhilfe 26 Liegenschaften mit insgesamt 720 Plätzen.

Über die „Schnittstelle Integration von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen“ konnten 16 Personen vollständig von der Sozialhilfe abgelöst und rund 40 Personen in Arbeit vermittelt werden.

Soziales Wohnungswesen

Dieser Bereich umfasst die Notschlafstelle und ca. 130 Notwohnungen an verschiedenen Standorten im Kanton. Die Notschlafstelle bietet obdachlosen Personen eine günstige Übernachtungsmöglichkeit. Die Notwohnungen werden befristet an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet, die ihren Wohnsitz seit mindesten zwei Jahren in Basel-Stadt hatten. Von den 130 Wohnungen sind ca. 25 aufgrund der akuten Notsituation dem Migrationsbereich zur Verfügung gestellt worden.

Sowohl die Notschlafstelle als auch die Notwohnungen sind zur Überbrückung von Notsituationen gedacht. Im Berichtsjahr wurde angesichts der zahlreichen Personen, die die Angebote über einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen müssen, mit einer konzeptionellen Überarbeitung der Praxis begonnen. Eine umfassende Strategie für den Wohnbereich ist für 2014 geplant.

Der Notwohnbereich stösst an seine Kapazitätsgrenzen und bemühte sich auch im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt intensiv um die Akquirierung neuer Liegenschaften. Mit dem Ausbau des Dachstockes mehrerer Liegenschaften an der Theodor Herzl-Strasse und an der Belforterstrasse können bis Ende 2015 insgesamt 50 neue Notwohnungen (auch für Einzelpersonen) geschaffen werden.

Das Pilotprojekt Notwohnungen für Einzelpersonen konnte nicht wie geplant im Sommer gestartet werden, da sich die Akquirierung von geeigneten Liegenschaften äusserst schwierig gestaltete. Per Juni stand eine Liegenschaft mit zehn Einzimmer- und drei Eineinhalbzimmerwohnungen in Aussicht, die von der Sozialhilfe via Immobilien BS hätte angemietet werden sollen. Der Eigentümer entschied sich jedoch schliesslich, die Liegenschaft zu verkaufen, statt sie zu vermieten.

Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) WSU-825

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist die Nachfolgeorganisation der Vormundschaftsbehörde, deren Aufgaben sie gemäss dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht per 1. Januar 2013 übernommen hat. Zusätzlich hat die KESB über ein stark ausgeweitetes Portfolio an Schutzmassnahmen zu entscheiden. Ziel der KESB ist es, dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben, und dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln können. Mit dem neuen Recht gibt es das Institut der Vormundschaft nur noch für Minderjährige. Für Erwachsene kann die KESB verschiedene Arten von Beistandschaften anordnen und dabei die Ausgestaltung der Beistandschaft auf die Bedürfnisse der betroffenen Person ausrichten. Die Selbstbestimmung der betroffenen Person soll so weit wie möglich erhalten und gefördert werden.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Am 1. Januar 2013 trat das neue Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Die neue Organisation der KESB unterscheidet sich grundlegend von ihrer Vorgängerorganisation, der Vormundschaftsbehörde. Die KESB übernahm eine Vielzahl von neuen Aufgaben und musste auch das Entscheidverfahren den bundesrechtlichen Vorgaben anpassen. Im Hinblick auf die Neuerungen war der Personalbestand erhöht worden. Dennoch waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark gefordert. Zur Unterstützung wurde auch zusätzliches Personal temporär eingesetzt. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass viele Rechts- und Praxisfragen erstmalig beurteilt werden müssen, was zusätzlichen Aufwand verursacht. Auch werden in der Rechtslehre verschiedene Fragen noch kontrovers diskutiert. Mit einer gefestigten Praxis und gesicherten Abläufen zwischen Abklärung und Beschlussfassung wird eine gewisse Entspannung eintreten. Trotz dieser grosser Belastung hat die KESB ihren Auftrag im Berichtsjahr erfüllt. Die Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich kontinuierlich erhöht.

Allgemeines Rechtswesen Mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht hat sich das Portfolio der gesetzlichen Schutzmassnahmen stark ausgeweitet. Um auf das individuelle Schutzbedürfnis besser eingehen zu können, werden massgeschneiderte Massnahmen angeordnet. Es ist neu eine parzielle Beschränkung der Handlungsfähigkeit möglich. Auch die Bereiche der Fürsorgerischen Unterbringung, der ambulanten Massnahmen und des Obshutsentzugs bei Kindern fallen neu in die Zuständigkeit der KESB. Massnahmen gegen den Willen einer Person stellen hohe Anforderung an das Verfahren und an die Entscheidkompetenz der Spruchkammern. Die Entscheide, welche an den mündlichen Verhandlungen der Spruchkammer gefällt werden, müssen protokolliert und begründet werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-3'985.2	-5'519.9	-5'521.5	-1.7	-0.0	-1'536.4	-38.6	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-511.5	-483.3	-618.2	-134.8	-27.9	-106.6	-20.8	1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-14.0	-14.0	0.0	-14.0	0.0	
36 Transferaufwand	-388.5	-130.0	-207.6	-77.6	-59.7	181.0	46.6	
Betriebsaufwand	**-4'885.2**	**-6'133.2**	**-6'361.3**	**-228.1**	**-3.7**	**-1'476.1**	**-30.2**	
42 Entgelte	1'393.5	1'038.0	1'314.9	276.9	26.7	-78.6	-5.6	2
46 Transferertrag	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0	0.1	0.0	
Betriebsertrag	**1'393.5**	**1'038.0**	**1'315.0**	**277.0**	**26.7**	**-78.5**	**-5.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-3'491.7**	**-5'095.2**	**-5'046.3**	**48.9**	**1.0**	**-1'554.6**	**-44.5**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	0.0	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	0.0	
Abschreibungen	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-0.0**	**0.0**	**-0.0**	**0.0**	
Betriebsergebnis	**-3'491.7**	**-5'095.2**	**-5'046.3**	**48.9**	**1.0**	**-1'554.6**	**-44.5**	
34 Finanzaufwand	-150.7	0.0	-1.9	-1.9	0.0	148.8	98.8	
44 Finanzertrag	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-7.0	-100.0	
Finanzergebnis	**-143.6**	**0.0**	**-1.9**	**-1.9**	**0.0**	**141.8**	**98.7**	
Gesamtergebnis	**-3'635.4**	**-5'095.2**	**-5'048.2**	**47.0**	**0.9**	**-1'412.8**	**-38.9**	
davon Funktionen:								
14 Allgemeines Rechtswesen	-3'635.4	-5'095.2	-5'048.2	47.0	0.9	-1'412.8	-38.9	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-187.0	-187.0	0.0	-187.0	0.0
Nettoinvestitionen	**0.0**	**0.0**	**-187.0**	**-187.0**	**0.0**	**-187.0**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**0.0**	**0.0**	**-187.0**	**-187.0**	**0.0**	**-187.0**	**0.0**

Kommentar

1 Der Mehraufwand entstand durch zusätzliche Umzugs- und Organisationsentwicklungskosten (neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht), höhere Abschreibungen auf Debitoren sowie dem nicht budgetierten Anteil an den Kosten für die Porte Rheinsprung 16/18.

2 Die Budgetierung der Erträge basierte auf den Werten des Vorjahres. Im Berichtsjahr führte jedoch die Zunahme von Fällen zu mehr gebührenpflichtigen Entscheiden. Zudem resultierten aus der Aufarbeitung von Rückständen aus Vorjahren ebenfalls Mehrerträge.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz				35.3	37.0	1
Meldungen an die KESB	Anz					1'890	
Mündliche Verhandlungen gem. § 3 Abs. 2 KESG	Anz					96	2
Beschwerden an die gerichtliche Beschwerdeinsatz	Anz					26	
Anteil gutgeheissene Beschwerden	%					15	

Kommentar

1 Der HC-Plafond wurde um 1.67 überschritten. Der durch die Reorganisation verursachte Mehraufwand sowie diverse krankheits- oder unfallbedingte Ausfälle wurden durch befristet angestelltes Personal abgedeckt. Ausserdem wurde eine Korrektur aus technischen Gründen von 0.6 HC noch nicht vorgenommen.

2 Die Spruchkammern begannen erst ab Frühjahr mit der Durchführung von Verhandlungen. Deshalb liegen noch keine gesicherten Berechnungen vor.

Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) WSU-826

Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) ist die Nachfolgeorganisation der bisherigen Amtsvormundschaft, welche umfassend reorganisiert und zu einer eigenen Dienststelle ausgestaltet wurde. Das ABES stellt berufliche Mandatstragende zur Verfügung, welche entsprechend dem Beschluss der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Beistandschaften bzw. Vormundschaften (Kinder- und altrechtliche Massnahmen) führen. Es führt den grössten Teil der Erwachsenenschutz-Massnahmen (neben privaten Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Heimbeiständen). Zu den Dienstleistungen einer Berufsbeiständin oder eines Berufsbeistandes gehören je nach beschlossener Massnahme auch die Einkommens- und Vermögensverwaltung für die Klientinnen und Klienten mit Führen der Buchhaltung und Auszahlen von Bargeld an der amtseigenen Kasse. Das ABES ist ausserdem für die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen für die Spitalsozialdienste zuständig.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr stand die Einführung der beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sowie der Aufbau der neuen Dienststelle ABES im Zentrum. Der Aufbau der neuen Dienststelle (Überführung der früheren Amtsvormundschaft) hatte einen intensiven Change Prozess zur Folge: Bisherige Funktionen wie diejenige der Amtsvormundin bzw. des Amtsvormundes wurden mit dem neuen Recht hinfällig. Auch die Umverteilung der Mitarbeitenden in die neue Organisationsstruktur, die neuen gesetzlichen Vorgaben und die Straffung der Arbeitsabläufe, führten zu einem dynamischen Prozess.

Aufgrund der Auftragserteilung der KESB an das ABES besteht zwischen den beiden Dienststellen eine enge Zusammenarbeit. Damit verbunden wurden aus der Praxis heraus eine Vielzahl von neuen Vorgaben, Abläufen und neuen Dokumenten entwickelt. Das ABES-Projekt „Mandatsführungsdokument“ (MFD) konnte erfolgreich eingeführt werden. Das MFD ist eine Eigenentwicklung des ABES mit dem Ziel, eine qualitative, nachvollziehbare und transparente Mandatsführung abzubilden. Mit dem MFD berichtet die Mandatsträgerin und der Mandatsträger der KESB bzw. der Klientin und dem Klienten über die inhaltliche und zeitliche Auftragserfüllung. Zudem dient das MFD der Planung und standardisierten Leistungserfassung (inklusive aufgewendete Stunden) für die Mandatsführung. Auf dieser Grundlage entscheidet die KESB über die Höhe der Entschädigung für die Mandatsführung.

Das ABES hat mit den vertraglich bestimmten Spitälern die Leistungsvereinbarungen für die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitalsozialdienste ausgehandelt. Die Leistungen werden anhand eines Basisleistungskatalogs festgelegt und rapportiert.

Allgemeines Rechtswesen Das ABES war dank einer grundlegenden Optimierung der Organisationsstrukturen, einer ersten Anpassung der Personalressourcen (entsprechend dem anerkannten Fallschlüssel von 90 Fällen pro Berufsbeiständin bzw. Berufsbeistand mit 100%-Pensum) sowie dank qualitätssichernden Organisationsabläufen in der Lage, die Vorgabe des neuen Rechts nach individueller Betreuung adäquat umzusetzen, auch wenn dieses Ziel im Berichtsjahr noch nicht umfassend erfüllt werden konnte. Die Organisationsanpassung wird weitergeführt werden. Grosse Herausforderungen stellen einerseits der zielgerichtete Einsatz der vorhandenen Personalressourcen dar, andererseits die neuen und in der Praxis noch nicht abschliessend bekannten Anforderungen, die mit den massgeschneiderten Massnahmen einhergehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-6'432.2	-7'140.8	-7'684.9	-544.1	-7.6	-1'252.6	-19.5	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-763.4	-684.3	-780.9	-96.6	-14.1	-17.5	-2.3	
Betriebsaufwand	**-7'195.7**	**-7'825.0**	**-8'465.8**	**-640.7**	**-8.2**	**-1'270.1**	**-17.7**	
42 Entgelte	1'662.9	1'380.0	2'255.6	875.6	63.5	592.7	35.6	2
Betriebsertrag	**1'662.9**	**1'380.0**	**2'255.6**	**875.6**	**63.5**	**592.7**	**35.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-5'532.8**	**-6'445.0**	**-6'210.1**	**234.9**	**3.6**	**-677.3**	**-12.2**	
Betriebsergebnis	**-5'532.8**	**-6'445.0**	**-6'210.1**	**234.9**	**3.6**	**-677.3**	**-12.2**	
34 Finanzaufwand	-0.0	-5.0	-0.1	4.9	97.6	-0.1	-442.2	
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
Finanzergebnis	**-0.0**	**-5.0**	**-0.1**	**4.9**	**97.6**	**-0.1**	**-663.9**	
Gesamtergebnis	**-5'532.8**	**-6'450.0**	**-6'210.3**	**239.8**	**3.7**	**-677.5**	**-12.2**	
davon Funktionen:								
14 Allgemeines Rechtswesen	-5'532.8	-6'450.0	-6'210.3	239.8	3.7	-677.5	-12.2	

Kommentar

1 Bei der Schaffung der neuen Dienststelle wurden sowohl die alten als auch die neuen Funktionen im Rahmen der Systempflege überprüft und neu zugewiesen, was teilweise zu höheren Lohnklassen führte.

2 Die Erträge aus verrechneten Dienstleistungen (Entschädigung für Mandatsführung) fallen wegen der nachgereichten, z.T. mehrjährigen Rechenschaftsberichte und der neuen Entschädigungsregelung durch die KESB höher aus.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	%				47.9	50.9	1
Mandate des Amtes für Beistandschaften und Erwachsenenschutz	Anz	2'194	2'160	2'242		2'350	
Fallbelastung pro Vollzeitstelle (FTE)	Anz	n/v	n/v	n/v		107	2

Kommentar

1 Der Plafond wurde überschritten, da bei befristet angestelltem Personal zur Überbrückung von krankheitsbedingte Langzeitausfälle die Dauer von zwölf Monaten überschritten wurde (0.5 HC), und ein Reorganisationsprojekt nicht fristgerecht abgeschlossen werden konnte (1.0 HC). Zusätzlich ist noch ein Austritt per 31. Dezember 2013 (1.0 HC) noch im Headcount berücksichtigt und eine Korrektur aus technischen Gründen von 0.2 HC noch nicht vorgenommen worden.

2 Der Schlüssel beträgt im interkantonalen Benchmark 90 Fälle pro Berufsbeiständin bzw. Berufsbeistand mit 100%-Pensum.

Amt für Umwelt und Energie WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.
Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affiliierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Der Grosse Rat bewilligte am 6. Juni 2012 einen Kredit von 800'000 Franken für die Durchführung eines Projektwettbewerbs und die anschliessende Erarbeitung des Vorprojekts für den Neubau des AUE an der Spiegelgasse 11/15. Anschliessend wurde ein anonymer Projektwettbewerb im selektiven Verfahren (Präqualifikation) durchgeführt. Das Preisgericht wählte in der ersten Stufe aus 48 eingereichten Bewerbungen 15 Teams aus, die zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladen wurden. Im Juni 2013 fand die Jurierung statt. Das Siegerprojekt wird zurzeit überarbeitet. Ende 2014 soll der Ratschlag für den Baukredit dem Grossen Rat eingereicht werden.

Abwasserbeseitigung

Die kommunale Kläranlage soll in den nächsten Jahren für knapp 200 Mio. Franken erweitert werden. Der Grosse Rat bewilligte am 13. Dezember den Projektierungskredit von 13,1 Mio. Franken für die Ausarbeitung des Projektes; der Beschluss des basel-landschaftlichen Landrats erfolgt am 30. Januar 2014. Die ARA Basel soll eine Reinigungsstufe für die Reduktion von Stickstoffverbindungen erhalten. Zusätzlich soll sie mit einer weiteren Stufe zur Reduktion von Mikroverunreinigungen ausgerüstet werden.

Abfallwirtschaft

Die vier Abfallkontrolleure wirken bereits dank ihrer Präsenz präventiv. Zudem haben sie 187 Bussen für illegale Abfallablagerungen, 618 Bussen für unzeitige Bereitstellung der Bebbi-Säcke, 116 Bussen wegen Littering sowie 77 Bussen für die illegale Entsorgung von Haushaltsabfällen in öffentlichen Abfalleimern ausgestellt. Zur Verwertung von Küchen- und Rüstabfällen wurde ein Pilotversuch mit acht Bioklappen durchgeführt. Ab 2014 wird der Betrieb definitiv eingeführt. Der Ratschlag für die Einführung der Mehrwegpflicht und für die Einführung einer flächendeckenden Abfallentsorgung in Unterflur-Containern wird anfangs 2014 dem Grossen Rat vorgelegt. Die ursprünglich für das Berichtsjahr geplante Totalrevision der Verordnung über die Abfallsammlung wurde zurückgestellt, sie wird erst nach der vorgesehenen Änderung des Umweltschutzgesetzes bezüglich der Abfallentsorgung in Containern in Angriff genommen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-8'987.4	-9'492.8	-8'855.0	637.8	6.7	132.4	1.5	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'652.1	-15'939.3	-14'871.7	1'067.6	6.7	-219.6	-1.5	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-62.0	-76.7	-55.2	21.5	28.1	6.9	11.1	
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-10'669.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10'669.0	100.0	
36 Transferaufwand	-8'346.5	-9'782.7	-8'298.2	1'484.5	15.2	48.4	0.6	3
Betriebsaufwand	**-42'717.1**	**-35'291.5**	**-32'080.0**	**3'211.5**	**9.1**	**10'637.0**	**24.9**	
41 Regalien und Konzessionen	17.4	17.0	17.7	0.7	4.3	0.3	1.8	
42 Entgelte	49'401.7	39'885.7	38'973.7	-912.0	-2.3	-10'428.0	-21.1	
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	1'539.6	0.0	0.0	0.0	0.0	-1'539.6	-100.0	
46 Transferertrag	152.7	278.9	330.7	51.8	18.6	178.0	116.5	
Betriebsertrag	**51'111.4**	**40'181.6**	**39'322.1**	**-859.5**	**-2.1**	**-11'789.3**	**-23.1**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**8'394.4**	**4'890.1**	**7'242.1**	**2'351.9**	**48.1**	**-1'152.3**	**-13.7**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'493.4	-4'805.0	-4'833.3	-28.3	-0.6	-2'339.9	-93.8	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'112.3	-1'260.0	-919.6	340.4	27.0	192.7	17.3	
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	30.0	30.0	0.0	30.0	0.0	
Abschreibungen	**-3'605.7**	**-6'065.0**	**-5'723.0**	**342.0**	**5.6**	**-2'117.3**	**-58.7**	
Betriebsergebnis	**4'788.6**	**-1'174.9**	**1'519.1**	**2'694.0**	**229.3**	**-3'269.5**	**-68.3**	
34 Finanzaufwand	-0.7	-0.7	-0.6	0.1	15.7	0.1	18.5	
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.2	0.2	0.0	0.0	7.0	
Finanzergebnis	**-0.6**	**-0.7**	**-0.4**	**0.3**	**39.4**	**0.1**	**25.5**	
Gesamtergebnis	**4'788.1**	**-1'175.6**	**1'518.7**	**2'694.2**	**229.2**	**-3'269.4**	**-68.3**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	194.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-194.7	-100.0	
72 Abwasserbeseitigung	10'683.8	6'716.6	7'629.4	912.8	13.6	-3'054.3	-28.6	
73 Abfallwirtschaft	-1'088.1	-1'618.2	-1'162.8	455.5	28.1	-74.7	-6.9	
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-4'219.8	-5'022.9	-3'779.0	1'244.0	24.8	440.8	10.4	
81 Landwirtschaft	-73.5	-118.0	-81.2	36.8	31.2	-7.7	-10.5	
82 Forstwirtschaft	-255.7	-366.4	-269.7	96.7	26.4	-13.9	-5.4	
83 Jagd und Fischerei	-318.2	-307.9	-330.3	-22.5	-7.3	-12.2	-3.8	
87 Brennstoffe und Energie	-135.1	-458.8	-487.8	-29.0	-6.3	-352.8	-261.2	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'408.2	0.0	-1'262.7	-1'262.7	0.0	145.5	10.3
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-115.0	-66.9	48.1	41.8	-66.9	0.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'514.2	0.0	-919.6	-919.6	0.0	594.5	39.3
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	401.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-401.9	-100.0
Nettoinvestitionen	**-2'520.5**	**-115.0**	**-2'249.3**	**-2'134.3**	**...**	**271.2**	**10.8**
Saldo Investitionsrechnung	**-2'520.5**	**-115.0**	**-2'249.3**	**-2'134.3**	**...**	**271.2**	**10.8**

Kommentar

1 Die Unterschreitung des Personalbudgets ergibt sich aufgrund einer nicht besetzten Stelle im Bereich Energie sowie geringeren PK-Prämien infolge Pensionierungen. Ferner wurde eine Stelle für das Amt für Wald beider Basel budgetiert, die Anstellung erfolgt jedoch nicht durch den Kanton BS.

2 Die an das AUE im Rahmen der RV09 transferierten Budgetmittel im Bereich Abfall mussten wiederum nicht voll ausgeschöpft werden. Aus diesem Grund wurden sie ab Budget 2014 entsprechend reduziert. Projektverzögerungen in einzelnen Fachbereichen führten ebenfalls zu Minderausgaben.

3 Die Betriebskosten der ARA Basel fallen um 0.8 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Minderausgaben von 0.6 Mio. Franken für die 2000 Watt-Gesellschaft ergaben sich da die Umsetzung der vom GR bewilligten Projekte eine grössere Anlaufzeit als angenommen benötigt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	54.1	45.2	45.0	46.5	46.0	
Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche	Anz	153'784	117'560	217'207	–		
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	562	646	754	843	885	
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	26	21	32	25	16	
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	Anz	45.7	45.7	48.8	53.0	52.4	
Anzahl gesamtsanierte Gebäude pro Jahr	Anz			104	131	39	1

Kommentar

1 Der Rückgang hängt mit dem Abschluss der Aktion zusammen, welche Förderbeiträge für gesamtsanierte Gebäude zur Verfügung stellte.

Bekämpfung von Umweltverschmutzung

Luftreinhaltung Das Lufthygieneamt informierte an einer Informationsveranstaltung 78 Betriebe der Chemie- und Pharma-Branche in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über ihre Aufgaben im Zusammenhang mit der Ende 2012 revidierten Verordnung zur Verschärfung der Emissionsbegrenzungen bei stationären Anlagen (VVESA) und stellte ihnen Hilfsinstrumente zur Verfügung. Die notwendigen Sanierungen erfolgen in den nächsten Jahren. Im Bereich Metallverarbeitung sind 62 Betriebe von der Verordnungsrevision betroffen. Diese werden im Folgejahr 2014 ebenfalls über notwendige Sanierungen informiert werden. Bei zehn Betrieben, die über baustellenähnliche Anlagen verfügen, besteht ebenfalls Sanierungsbedarf; die Sanierungen wurden vereinbart.

Insgesamt haben in beiden Kantonen 19 Betriebe einen Massnahmenplan gemäss Art. 9 der eidgenössischen Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) eingereicht. Alle Anträge wurden vom Bundesamt für Umwelt BAFU genehmigt. Die Einhaltung der besten verfügbaren Technik muss periodisch kontrolliert werden.

Der Aktionsplan «Gesunde Luft in Basel» wurde Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltverbänden sowie den politischen Parteien zur Vernehmlassung unterbreitet. Diese führte zu einigen Anpassungen im Schlussbericht, den der Regierungsrat Ende des Berichtsjahrs verabschiedete. Die Federführung bei den Verkehrsmassnahmen geht damit an das Bau- und Verkehrsdepartement über.

Der Immissionskataster für nicht-ionisierende Strahlen wurde anhand der Messdaten 2013 modelliert.Die Feldstärkekarte konnte in der Folge im Januar 2014 im Internet aufgeschaltet werden.

Im Februar gab der Bundesrat bekannt, dass das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation in den nächsten Jahren gesetzliche Grundlagen über Lichtimmissionen erarbeiten wird. Auf kantonaler Ebene wird deshalb die neue Bundesregelung abgewartet.

Lärm Das mit der Hochschule Luzern erarbeitete Beurteilungsinstrument für Veranstaltungen im öffentlichen Raum (BIV) bezüglich des Lärms liegt vor. Die Kommission für Veranstaltungen im öffentlichen Raum (KVöG) begrüsste das Instrument. Im Bereich Strassenlärm erfolgte ein erstes Monitoring des im Morgartenring eingebauten lärmarmen Strassenbelages. Die Reduktion des Schallpegels unmittelbar nach dem Einbau betrug 4 bis 6 Dezibel. Mit dieser Reduktion werden die Immissionsgrenzwerte im Morgartenring unterschritten. Ob dies dauerhaft so bleibt, wird erst das jährliche Monitoring zeigen. Die Bahnlärmsanierung, insbesondere der Einbau von Schallschutzfenstern, ist abgeschlossen.

Gewässerschutz Gestützt auf die neuen Vorgaben der eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung wurde eine konsolidierte Revitalisierungsplanung für den Kanton Basel-Stadt erarbeitet und dem BAFU zur Stellungnahme eingereicht. Um die Nutzungsinteressen für die Wasserkraft und die Schutzinteressen für eine nachhaltige Entwicklung der Gewässer in Einklang zu bringen, liess das AUE zudem eine kantonale Wasserkraftstrategie erstellen. Im Hinblick auf die vermehrte Nutzung von Grundwasser zu Kühlungszwecken wurden in Zusammenarbeit mit der Universität Basel neue Untersuchungen über die Erwärmung der Grundwasserströme sowie über die Ergiebigkeit des Grundwassers initiiert.

Forstwirtschaft

Das Amt für Wald erstellte die Grundlagen und die Prioritätenliste der aus kantonaler Sicht auszuscheidenden Waldreservate. Mit Waldeigentümern wurden erste Gespräche geführt. Im Berichtsjahr gingen die Arbeiten zum GIS-gestützten Waldinformationssystem weiter. Das System wird Mitte 2014 in Betrieb gehen. Das Monitoring zur Überwachung und Bekämpfung des asiatischen Laubholzbockkäfers wurde fortgeführt.

Brennstoffe und Energie

Insgesamt gingen im Berichtsjahr 140 neue Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 2,6 MW ans Netz. Damit wurde das Ziel bezüglich Zubau von Solarstrom übertroffen. In diesem Zusammenhang wurden jedoch weniger Dachflächen saniert als erwartet: Die Beitragsgesuche beliefen sich auf 0,5 Mio. Franken.

Der Grosse Rat stimmte am 9. Januar der Verlängerung der Zusammenarbeit mit der ETH im Bereich 2000-Watt-Gesellschaft - «Praxislabor der Nachhaltigkeitsforschung» zu. Die Projektleitung hat sich konstituiert und mit der Umsetzung der elf Projekte begonnen. Bei den meisten Projekten konnten die Forschungs- und Industriepartner eingebunden werden.

4.2.8 Gerichte

GER-111	Appellationsgericht	343
GER-112	Gericht für Strafsachen	352
GER-113	Zivilgericht	359
GER-114	Sozialversicherungsgericht	362
GER-115	Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen	365

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-38.8	-40.6	-40.2	0.4	1.0	-1.4	-3.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-19.9	-20.5	-24.0	-3.5	-16.8	-4.0	-20.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	74.1	0.0	80.7
Betriebsaufwand	**-58.8**	**-61.1**	**-64.2**	**-3.0**	**-5.0**	**-5.4**	**-9.1**
42 Entgelte	24.3	29.4	25.6	-3.9	-13.1	1.2	5.0
Betriebsertrag	**24.3**	**29.4**	**25.6**	**-3.9**	**-13.1**	**1.2**	**5.0**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-34.4**	**-31.7**	**-38.6**	**-6.9**	**-21.8**	**-4.2**	**-12.1**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.4	-0.3	0.0	0.3	100.0	0.4	100.0
Abschreibungen	**-0.4**	**-0.3**	**0.0**	**0.3**	**100.0**	**0.4**	**100.0**
Betriebsergebnis	**-34.9**	**-32.0**	**-38.6**	**-6.6**	**-20.7**	**-3.7**	**-10.7**
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-6.6	-0.0	-3.3
44 Finanzertrag	0.0	0.1	0.1	-0.0	-12.9	0.1	345.0
Finanzergebnis	**-0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-0.0**	**-108.3**	**0.0**	**97.9**
Gesamtergebnis	**-34.9**	**-32.0**	**-38.6**	**-6.6**	**-20.7**	**-3.7**	**-10.6**
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-34.9	-32.0	-38.6	-6.6	-20.7	-3.7	-10.6

Appellationsgericht GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Personelle Änderungen Anfang 2013 haben die im letzten Jahresbericht als neugewählte Ersatzrichterinnen bzw. Ersatzrichter erwähnten Dr. Annatina Wirz, Prof. Dr. Daniela Thurnherr Keller und Dr. Andreas Traub ihre Tätigkeit beim Appellationsgericht aufgenommen. Ferner ist lic. iur. Barbara Schneider auf Frühjahr 2013 als Nachfolgerin der zurückgetretenen Ersatzrichterin Dr. Sabine Herrmann gewählt worden.

Die seit Herbst 2011 bestehende aushilfsweise Tätigkeit von Prof. Dr. Fritz Rapp als zusätzlicher Ersatzrichter und ausserordentlicher Präsident des Appellationsgerichts ist hingegen, wie vorgesehen, per Ende Juni 2013 beendet worden.

Mitte September 2013 hat das Appellationsgericht in seiner Eigenschaft als Verwaltungsgericht die gesamtschweizerische Verwaltungsrichtertagung organisiert. Es sind über 100 in der Verwaltungsrechtspflege tätige Berufsrichterinnen und Berufsrichter in Basel empfangen worden. Nebst dem von Prof. Dr. Daniela Thurnherr Keller, Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Basel, im Grossratssaal gehaltenen Referat zum Thema: „Die Verwaltungsrechtspflege im Spannungsfeld zwischen kantonaler Autonomie und Vereinheitlichung“ haben anlässlich einer Schifffahrt auf dem Rhein sowie von Besuchen bei den Firmen Hoffmann-La Roche AG und Novartis AG verschiedene Fachpersonen des Kantons und der beiden Unternehmen ihre Projekte als Teil der Areal- und Stadtentwicklung erläutert. Das Programm ist von den aus fast allen Kantonen angereisten Richterkolleginnen und -kollegen mit grossem Interesse aufgenommen worden, so dass von einer erfolgreichen Veranstaltung gesprochen werden kann. Ausserdem ist, wie schon bei den vorangegangenen Verwaltungsrichtertagungen in andern Kantonen, der fachliche und persönliche Erfahrungsaustausch gepflegt worden.

Darüber hinaus bestehen weiterhin Kontakte zu den oberen Gerichten anderer Kantone sowie zu den Gerichten des Bundes im Rahmen der eidgenössischen Justizkonferenz (unter Federführung des Bundesgerichts) mit dem Ziel der Schaffung von vergleichbaren kantonalen Statistiken. Ausserdem haben einige Präsidiumsmitglieder des Appellationsgerichts an einem Programm der Stiftung für die Weiterbildung schweizerischer Richterinnen und Richter teilgenommen, mit welchem die Möglichkeit geboten wird, zwecks Erfahrungsaustausch persönliche Kontakte zu einer Kollegin oder einem Kollegen in einem andern Kanton zu knüpfen. Diese Kontakte zu Richterinnen und Richtern von oberen Gerichten verschiedener Kantone werden zweifellos in Zukunft noch weitergepflegt.

Weitergeführt worden sind im Jahr 2013 die Arbeiten im Zusammenhang mit dem vom Appellationsgericht gemeinsam mit dem Regierungsrat im Herbst 2011 in Auftrag gegebenen Gutachten des Kompetenzzentrums für Public Management (kpm) der Universität Bern. Im Rahmen der Geschäftslasterhebung hat Anfang März 2013 die einjährige Erhebungsphase begonnen, während der beim Appellationsgericht (ebenso wie bei den weiteren involvierten Gerichten und der Staatsanwaltschaft) alle mit dem Kerngeschäft „Rechtsprechung“ befassten Mitarbeitenden, unterschieden nach Kategorien (Präsidium, Gerichtsschreiber/-innen und Kanzlei), ihren Zeitaufwand für jedes Verfahren und jeden Verfahrensschritt sowie für alle administrativen Tätigkeiten erfassen müssen. Daneben haben

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-7'082.7	-6'610.6	-7'157.2	-546.6	-8.3	-74.6	-1.1	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'057.3	-4'639.2	-6'396.8	-1'757.6	-37.9	-1'339.5	-26.5	2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-20.2	-20.2	0.0	20.2	100.0	20.2	100.0	
Betriebsaufwand	**-12'160.2**	**-11'270.0**	**-13'554.0**	**-2'284.0**	**-20.3**	**-1'393.8**	**-11.5**	
42 Entgelte	1'013.1	921.6	1'916.7	995.1	108.0	903.6	89.2	3
Betriebsertrag	**1'013.1**	**921.6**	**1'916.7**	**995.1**	**108.0**	**903.6**	**89.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-11'147.1**	**-10'348.4**	**-11'637.3**	**-1'288.9**	**-12.5**	**-490.2**	**-4.4**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-411.3	-287.9	0.0	287.9	100.0	411.3	100.0	
Abschreibungen	**-411.3**	**-287.9**	**0.0**	**287.9**	**100.0**	**411.3**	**100.0**	
Betriebsergebnis	**-11'558.4**	**-10'636.3**	**-11'637.3**	**-1'001.0**	**-9.4**	**-78.9**	**-0.7**	
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.4	-0.5	-0.1	-17.5	-0.0	-10.5	
44 Finanzertrag	0.3	0.5	0.1	-0.4	-73.7	-0.2	-55.1	
Finanzergebnis	**-0.1**	**0.1**	**-0.3**	**-0.4**	**-438.3**	**-0.2**	**-155.5**	
Gesamtergebnis	**-11'558.5**	**-10'636.2**	**-11'637.6**	**-1'001.4**	**-9.4**	**-79.1**	**-0.7**	
davon Funktionen:								
12 Rechtssprechung	-11'558.5	-10'636.2	-11'637.6	-1'001.4	-9.4	-79.1	-0.7	

Kommentar

1 Die Überschreitung im Personalbereich ist auf die vom Grossen Rat bewilligte verlängerte Einsetzung eines a.o. Präsidenten und Einsätze von a.o. Gerichtsschreiberinnen und Schreibern zurückzuführen. Durch die enorm gestiegene Arbeitslast und Abwesenheit zufolge Mutterschaftsurlaub, sowie unfallbedingter mehrwöchigen Abwesenheit musste mit unterjähriger Personalanstellung Abhilfe geschaffen werden. Die neuen gesetzlichen Fristen erlauben die Anhäufung von Pendenzen nur bedingt.

2 Die Überschreitung im Sachaufwand ist auf das geänderte Abrechnungsverfahren zwischen dem Strafgericht und dem Appellationsgerichts zurückzuführen. Zufolge Neuorganisation des Strafvollzuges, welcher neu für die Inkassobemühungen in Strafverfahren zuständig ist, werden die erstinstanzlichen Kosten des Strafgerichts vom Appellationsgericht beglichen. Die Gesamtforderung (inkl. Gebühren des Appellationsgerichts) wird nach Abschluss des Verfahrens eingefordert. Die Aufwendungen stellen demzufolge eine provisorische Position dar, die bei möglicher Einbringung der Kosten, mit den Gebühreneinnahmen des Appellationsgerichts verrechnet werden. Die Höhe war bei der Budgetierung nicht vollends abschätzbar und ist für die Folgejahre bereits korrigiert, indem durch Einzelposten dem entsprechend entgegen gewirkt wird. Zudem fielen durch neue regulatorische Richtlinien die IT-Dienstleistungen höher aus, da während dem Budgetjahr diese Anforderungen mittels der Lösung FindInfo realisiert wurde.

3 Die Entgelte haben einen Bezug zu den Sachaufwänden (starke Zunahme - siehe Pos. 31) der „Rechtsberatung" und der „Offizialverteidigung" und fallen höher aus als budgetiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.5	24.8	31.3	33.9	34.2	
Hängige Verfahren	Anz	1'469	1'512	1'927	1'968	1'626	
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	5'500	35'277	7'735	123'029	483'224	1

Kommentar

1 Zufolge Änderung der Abrechnungsverfahren ist das Appellationsgericht mit Debitorenverlusten des Strafgerichts konfrontiert worden. Ab Budgetjahr 2015 sollte sich diese Diskrepanz (Budget/Rechnung) verringern, da die neuen strukturellen Anpassungen in Absprache mit der Finanzverwaltung greifen.

die Gutachter zahlreiche Interviews durchgeführt. Die sehr detailliert vorzunehmenden Erfassungsarbeiten sind recht aufwändig und erfordern entsprechende Disziplin von allen betroffenen Mitarbeitenden. Es ist zu hoffen, dass daraus aussagekräftige Ergebnisse des Gutachtens resultieren. Diese sollten im Verlauf des Jahres 2014 vorliegen.

Der erste Teil dieses Gutachtens zur Frage der Umsetzung der Bestimmung von §112 Abs. 2 der Kantonsverfassung, wonach die Justizverwaltung Sache der Gerichte ist, wurde der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates im Verlauf des Berichtsjahrs zugänglich gemacht. Die Schlüsse

und Empfehlungen der Gutachter sollten im Rahmen der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) berücksichtigt werden mit dem Ziel, dass die verfassungmässigen Vorgaben auf den Beginn der nächsten Amtsperiode der Gerichte am 1. Januar 2016 umgesetzt sind. Im Rahmen der Vorbereitung dieser umfassenden Gesetzesrevision hat das mit der Ausarbeitung des Ratschlags zu Handen des Grossen Rates betraute Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) schon einige Inputs der Gerichte zu einzelnen Fragen entgegen genommen. Diesbezüglich hat auch eine Besprechung sämtlicher Präsidiumsmitglieder der Basler Gerichte stattgefunden.

Das Geschäftsverwaltungsprogramm JURIS mit der elektronischen Dokumentenbewirtschaftung hat im vergangenen Jahr optimiert werden können, so dass die Geschwindigkeit der Verarbeitung gesteigert werden konnte. Auch ist es nach einigen Anfangsschwierigkeiten gelungen, dass die vom Strafgericht und Zivilgericht eingescannten Dokumente im Falle der Ergreifung eines Rechtsmittels elektronisch an das Appellationsgericht übermittelt werden können. Dies erlaubt es, dass den Richterinnen und Richtern sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber in zweiter Instanz nun fast alle Akten auch elektronisch zur Verfügung stehen.

Auf Ende des Berichtsjahrs konnte das Vorhaben, die Entscheide des Appellationsgerichts in anonymisierter Form im Internet zu publizieren, umgesetzt werden. Dessen Rechtsprechung ist nun unter www.rechtsprechung.gerichte-bs.ch abrufbar, wobei die betreffende Datenbank natürlich erst im Aufbau begriffen ist. Auch werden im Jahr 2014 noch einige technische Verbesserungen vorgenommen werden müssen.

Seit einigen Jahren zeichnet sich bei den Gerichten eine zunehmende Platznot für die zu archivierenden Akten ab, da diese im Vergleich zu früher länger aufbewahrt werden müssen und – ebenfalls aus Platzgründen – nicht mehr nach wenigen Jahren dem Staatsarchiv abgeliefert werden können. Das Raumproblem akzentuiert sich noch durch die Tendenz, dass die einzelnen Verfahrensakten zunehmend umfangreicher werden. Vor allem beim Appellationsgericht und beim Strafgericht sind die in den Gebäulichkeiten der Gerichte verfügbaren Archivräume restlos belegt, wobei einige davon keine optimalen Bedingungen für die Aufbewahrung von grossen Mengen Papier bieten. Die Gerichte haben daher andere Möglichkeiten evaluieren müssen. Die Variante, dass alte Akten in grossem Umfang eingescannt werden, so dass sie in elektronischer Form aufbewahrt werden könnten, hat sich als sehr teuer erwiesen. Hinzu kommt, dass keine klare gesetzliche Grundlage besteht, unter welchen Voraussetzungen die Akten in Papierform vernichtet werden könnten. Es müssen deshalb externe Archivräume angemietet werden, um die stets anwachsenden Aktenberge unterbringen zu können. Unter Mitwirkung von Immobilien Basel-Stadt ist bereits ein geeignetes Objekt gefunden worden.

Bei den Kosten für die vom Staat zu bezahlenden Anwaltshonorare, insbesondere jene für die Rechtsvertretung von Prozessparteien, die selbst dafür nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, ist über die Jahre hinweg ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2013 hat dafür beim Appellationsgericht erstmals mehr als CHF 1 Mio. aufgewendet werden müssen. Grund dafür ist in erster Linie, dass die Zahl der Verfahren, vor allem im Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsgerichts, in den letzten ca. 10 Jahren (mit gewissen Schwankungen) angestiegen ist und dass die Prozesse generell erheblich umfangreicher und komplizierter geworden sind. Dies wiederum ist teilweise auf die Anfang 2011 in Kraft getretenen eidgenössischen Prozessordnungen zurückzuführen. Im Strafprozessrecht trägt zur Erhöhung der für die Anwaltshonorare aufgewendeten Mittel die Verstärkung der Verfahrensrechte der beschuldigten Person bei, indem z.B. deren Verteidigung nicht nur bei den Einvernahmen von Zeugen und Auskunftspersonen, sondern nun auch bei den Befragungen aller Mitbeschuldigten anwesend sein darf. Das führt zu einem erheblich grösseren Aufwand bei den Ermittlungsbehörden und zu Mehrkosten, denen in vielen Fällen bloss formell prozessuale Vorteile für die betroffene Person gegenüberstehen. Im Weiteren erleichtert es die eidgenössische Strafprozessordnung im Vergleich zum früheren Recht, dass die einer beschuldigten Person, die nicht genügend Geld zur Bezahlung ihrer Verteidigung hat, auf Staatskosten gestellte amtliche Verteidigung im zweitinstanzlichen Verfahren ausgewechselt und somit eine neue Anwältin oder ein neuer Anwalt beigezogen wird. Da sich diese neue Verteidigung erst in den Fall und die allenfalls sehr umfangreichen Akten einarbeiten muss, entsteht durch den Wechsel der amtlichen Verteidigung ein unter Umständen erheblicher Mehraufwand, der aus der Gerichtskasse bezahlt werden muss. Nach

Art. 134 Abs. 2 StPO besteht ein Anspruch auf einen solchen Wechsel, u.a. wenn das Vertrauensverhältnis zwischen der beschuldigten Person und ihrer amtlichen Verteidigung erheblich gestört ist. Auch wenn dafür nach der Praxis des Bundesgerichts (vgl. BGE 138 IV 161) konkrete Hinweise erforderlich sind, welche den Vertrauensverlust als nachvollziehbar erscheinen lassen, so ist doch diese Regelung erheblich grosszügiger als die frühere Rechtsprechung, wonach ein Wechsel der amtlichen Verteidigung nur dann in Frage kam, wenn keine sachgerechte Verteidigung durch die betreffende Anwältin oder den Anwalt mehr gewährleistet war.

Für die Zukunft ist weiterhin mit steigenden Kosten für die vom Staat zu bezahlenden Rechtsvertretungen zu rechnen. Dazu beitragen wird auch, dass das Appellationsgericht auf Anfang 2014 eine Erhöhung des massgeblichen Stundenansatzes von CHF 180.- auf CHF 200.- vorgenommen hat. Vorangegangen war ein Antrag des Basellandschaftlichen Anwaltsverbands und der Basler Advokatenkammer an das Kantonsgericht Basel-Landschaft auf Festsetzung des Stundenansatzes auf CHF 220.- und in der Folge auch ein gleichlautender Antrag an das Appellationsgericht. Da in dieser Frage in den beiden Halbkantonen koordiniert vorgegangen werden sollte und seit der letzten Anpassung immerhin 11 Jahre vergangen waren, erfolgte die erwähnte moderate Erhöhung auf CHF 200.-. Dabei wurde nebst der eingetretenenen (relativ geringen) Teuerung auch berücksichtigt, dass die Löhne für die juristischen Praktikantinnen und Praktikanten in der Zwischenzeit angehoben worden waren, was zu höheren Personalkosten in den Advokaturbüros geführt hat.

Wie in anderen Bereichen ist auch bei Gesetzgebung und Rechtsprechung ein zunehmend schnellerer Wandel zu beobachten. Dies ist insofern problematisch, als die Regelungen einer Gesellschaft von einer gewissen Dauerhaftigkeit sein sollten, damit jedes Individuum weiss, wonach es sich zu richten hat. Als Beispiel kann in diesem Zusammenhang das Vorhaben des Bundesgesetzgebers genannt werden, die Bestimmungen über die Sanktionen im erst 2007 in Kraft getretenen Schweizerischen Strafgesetzbuch in wesentlichen Punkten (im Sinne einer Verschärfung) wieder zu ändern. Dieselbe Erscheinung ist in jüngster Zeit auch bei der Rechtsprechung des Bundesgerichts zu beobachten, indem innert weniger Jahre grundlegend unterschiedliche Entscheide zu bestimmten Fragen gefällt werden. So hat das Bundesgericht z.B. die Frage, ob nach einem erstinstanzlichen Freispruch die Verjährung weiterläuft oder nicht, in zwei publizierten Entscheiden aus den Jahren 2008 und 2013 diametral verschieden beurteilt. Im Schweizerischen Strafgesetzbuch (Art. 97 Abs. 3) ist vorgesehen, dass die Verjährung nicht mehr eintritt, wenn vor Ablauf der Verjährungsfrist ein erstinstanzliches Urteil ergangen ist. Diese Bestimmung soll verhindern, dass eine beschuldigte Person durch die Ergreifung von Rechtsmitteln und der damit zwangsläufig verbundenen Verlängerung des Verfahrens den Eintritt der Verjährung erreicht und nur deshalb einer Bestrafung entgehen kann. Vor der diesbezüglichen Gesetzesrevision per Oktober 2002 war dies der Fall. Die Frage, ob unter dem Begriff „erstinstanzliches Urteil“ auch ein Freispruch zu verstehen ist, hat das Bundesgericht im Jahr 2008 verneint, im Jahr 2013 jedoch bejaht (BGE 134 IV 328 E. 2.1 bzw. 139 IV 62 E. 1.5). Nach dem ersten Entscheid konnte somit eine in erster Instanz freigesprochene Person auf ein Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft hin in zweiter Instanz nicht mehr schuldig gesprochen werden, wenn inzwischen die als Verjährungsfrist geltende Zeit verstrichen war. Nach dem letztgenannten neueren Entscheid ist dies hingegen sehr wohl der Fall.

Die Statistik der im Jahre 2013 eingegangenen Fälle liegt insgesamt im Rahmen des Vorjahres. Stabil geblieben gegenüber dem Vorjahr 2012 sind die in zweiter Instanz zu beurteilenden Zivilsachen (Berufungen), wobei aber im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren bis 2011 weiterhin mehr Eingänge verzeichnet worden sind. Direktklagen, über welche das Appellationsgericht nach der schweizerischen Zivilprozessordnung als erste und einzige kantonale Instanz zu entscheiden hat, sind 2013 relativ wenige erhoben worden, wobei es darunter aber sehr aufwändige Prozesse geben kann.

Die unter der Rubrik „Strafsachen“ erfassten strafrechtlichen Berufungen haben hingegen stark zugenommen. Wie im letzten Jahresbericht erwähnt, war damit zu rechnen. Im ersten Jahr nach Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung waren nämlich die Zahlen der Anklagen der Staatsanwaltschaft und als Folge davon der vom Strafgericht abgeschlossenen Verfahren erheblich zurückgegangen, was beim Appellationsgericht im Jahr 2012 zu weniger Eingängen geführt hat. Diese Situation hat sich nun normalisiert. Der Anstieg der zur Anklage gebrachten und vom Strafgericht erledigten Fälle ist aus dessen Jahresberichten für 2012 und 2013 zu ersehen. Der direkte

Zusammenhang zwischen der Anzahl der beim Appellationsgericht und beim Strafgericht eingehenden Verfahren mit der Anzahl der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Anklagen lässt im Übrigen für die Zukunft einen weiteren Anstieg erwarten, sind doch der Staatsanwaltschaft im Berichtsjahr zusätzliche personelle Ressourcen bewilligt worden.

Im Gegensatz zu den zivilrechtlichen Beschwerden, deren Zahl zurückgegangen ist, sind die strafrechtlichen Beschwerden auf dem ausserordentlich hohen Stand des Vorjahres von gut 140 Eingängen stehen geblieben. Damit liegt diese Zahl weiterhin erheblich über der Annahme von ca. 100 Verfahren, welche vor Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung für die Schätzung des Ressourcenbedarfs beim Appellationsgericht angenommen wurde. Dies ist eine Auswirkung des Umstands, dass nach der neuen Strafprozessordnung im Vergleich zur früheren kantonalen Regelung stark erweiterte Beschwerdemöglichkeiten bestehen, weshalb die Beschwerdeinstanz des Appellationsgerichts eine viel höhere Arbeitslast hat als früher die Rekurskammer des Strafgerichts. Damit hat sich gezeigt, dass zwar der in diesem Zusammenhang erfolgte Ressourcentransfer vom Strafgericht richtig gewesen ist, jedoch darüber hinaus beim Appellationsgericht zusätzliche Kapazitäten für die Bewältigung der Beschwerdeflut eingesetzt werden müssen.

Hinzu kommt, dass auch bei den Haftbeschwerden, welche schon früher vom Appellationsgericht beurteilt worden sind, 2013 ein starker Anstieg zu verzeichnen ist. Da die Gründe hierfür nicht ersichtlich sind, kann auch nicht vorausgesagt werden, ob es sich dabei um einen Trend oder um eine auf das Jahr 2013 beschränkte Erscheinung handelt.

Auf hohem Stand befinden sich weiterhin die eingangenen Verwaltungsrekurse und Verfassungsbeschwerden, wenn auch diese Zahlen leicht unter den Spitzenzahlen von 2012 und 2010 geblieben sind. Gegenüber den Jahren vor 2010 ist die Zunahme aber immer noch erheblich.

Unter der Rubrik „Diverse Eingaben und Geschäfte“ werden seit jeher verschiedene Kategorien von Verfahren zusammengefasst, von denen die grosse Mehrzahl keinen grossen Aufwand beim Appellationsgericht verursacht. Darunter fällt vor allem die Entgegennahme von Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland, die anschliessend ans Zivilgericht weitergeleitet werden, sowie einige Geschäfte der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte, welche administrativ vom Appellationsgericht erledigt werden. Es sind dies die Eintragungen von Anwälten und Anwältinnen im Anwaltsregister, die Erteilung von Substitutionsbewilligungen für Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten, d.h. befristete Bewilligungen für deren Auftreten vor den baselstädtischen Gerichten, sowie die Entbindung von Anwältinnen und Anwälten vom Berufsgeheimnis im Hinblick auf die Geltendmachung ihrer Forderungen gegen die Klientschaft. In dieser Rubrik enthalten sind aber auch einige strittige Verfahrensarten, die keiner der andern Kategorien zugeordnet werden können, jedoch grundsätzlich gleich aufwändig sein können wie die übrigen Prozesse, z.B. Revisionsverfahren, Wiedererwägungen, Vollzugsverfahren nach abgeschlossenen Prozessen oder im Rahmen der internationalen Rechtshilfe, Ausstandsbegehren, Aufsichtsbeschwerden gegen Angehörige der erstinstanzlichen Gerichte oder die Beurteilung von Anwaltsrechnungen nach abgeschlossenen Zivilprozessen. Im Berichtsjahr sind 30 solche Verfahren des Appellationsgerichts sowie 7 disziplinarrechtliche Verfahren der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte zu verzeichnen gewesen. Diese Verfahren werden in der unten stehenden Statistik neu ausgewiesen, wobei die entsprechende Zahl in den letzten 3 Jahren stabil geblieben ist. Die Schwankungen der Gesamtzahl dieser Rubrik ist auf Veränderungen der Eingänge von Rechtshilfegesuchen aus dem Ausland (auf Zustellung von Dokumenten an in Basel-Stadt wohnhafte Adressaten oder auf Erhebung von Beweisen in Basel-Stadt) zurückzuführen.

Für die detaillierte Fassung der hier in gekürzter Form angeführten Statistiken des Appellationsgerichts sowie die Übersicht über dessen Rechtsprechung wird auf die im Internet abrufbare Rubrik „Spezialberichte“ verwiesen.

Die tabellarische Aufstellung über die zahlenmässige Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle in den letzten 10 Jahren präsentiert sich wie folgt:

Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Zivilsachen (alt)	45	39	53	42	65	38	40	42	3	1	0	
Zivilsachen (neu)	-	-	-	-	-	-	-	-	37	56	57	
Direktklagen	-	-	-	-	-	-	-	-	4	14	6	
Schutzschriften									18	7	6	
Strafsachen (alt)	80	83	98	94	102	109	105	144	77	2	0	
Verzeigungssachen (alt)	20	12	18	18	12	23	16	14	5	0	0	
Strafsachen (neu)												
inkl. Verzeigungen	-	-	-	-	-	-	-	-	84	99	125	
Verwaltungs-, Verfassungs- und Lohnrekurse	158	157	178	195	168	174	159	291	217	268	240	
Beschwerden total	136	124	150	152	123	122	113	124	205	255	216	1
davon Beschwerden Zivilrecht									92	110	75	
davon Beschwerden Strafrecht									113	145	141	2
Haftbeschwerden	34	32	27	21	19	19	19	35	40	54	75	
Diverse Eingaben und Geschäfte	610	670	672	727	665	736	923	781	1’160	1’105	818	
davon strittige Verfahren									37	39	37	
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	127	131	149	138	248	192	94	81	77	107	83	
Total	**1’210**	**1’248**	**1’345**	**1’387**	**1’402**	**1’413**	**1’469**	**1’512**	**1’927**	**1’968**	**1’626**	

Kommentar

1 Bis 2010 wurde keine separate Statistik für Beschwerden in Zivilsachen und Beschwerden in Strafsachen geführt.

2 Davon 92 (95) Beschwerden gegen Entscheide der Staatsanwaltschaft und 8 (7) Beschwerden gegen solche der Jugendanwaltschaft

	2012	2013
Zivilsachen altrechtlich	17	3
Zivilsachen neurechtlich	22	27
Direktklagen und Schutzschriften	1	4
Strafsachen altrechtlich	76	14
Strafsachen neurechtlich	73	117
Verzeigungssachen	5	3
Verwaltungs- und		
Verfassungsrekurse	146	167
Beschwerden (nicht unterteilt)	77	0
Beschwerden in Strafsachen		63
Beschwerden in Zivilsachen		34
Haftbeschwerden	0	6
Unerledigte, aus dem Vorjahr übernommene Fälle	**417**	**438**
Im Berichtsjahr gingen ein:		
Zivilsachen altrechtlich	1	0
Zivilsachen neurechtlich	56	57
Direktklagen	14	6
Schutzschriften	7	6
Strafsachen altrechtlich	2	0
Strafsachen neurechtlich	99	125
Verwaltungs- und		
Verfassungsrekurse	268	240
Beschwerden in Strafsachen	145	141
Beschwerden in Zivilsachen	110	75
Haftbeschwerden	54	75

	2012	2013
Diverse Eingaben und Geschäfte	1’105	818
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	107	83
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle	**1’968**	**1626**
Total Fälle	**2’385**	**2064**
Zivilsachen altrechtlich	4	2
Zivilsachen neurechtlich	24	18
Direktklagen und Schutzschriften	2	3
Strafsachen altrechtlich	7	1
Strafsachen neurechtlich	17	18
Verzeigungssachen	0	0
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	106	88
Beschwerden in Strafsachen	52	42
Beschwerden in Zivilsachen	47	44
Haftbeschwerden	8	13
Total zurückgezogene, zurückgewiesene, verglichene, gegenstandslos erklärte, dahingefallene, nicht eingetretene oder sonstwie erledigte Fälle am 31. Dezember 2013	**267**	**229**
Zivilsachen altrechtlich	3	1
Zivilsachen neurechtlich	27	33
Direktklagen und Schutzschriften	4	6
Strafsachen altrechtlich	14	2
Strafsachen neurechtlich	117	140
Verzeigungssachen	3	0
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	167	133
Beschwerden in Strafsachen	63	70
Beschwerden in Zivilsachen	34	19
Haftbeschwerden	6	7
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	0	1
Total unerledigt Fälle am 31. Dezember 2013	**438**	**412**
Zivilsachen altrechtlich	11	1
Zivilsachen neurechtlich	26	33
Direktklagen und Schutzschriften	16	7
Strafsachen altrechtlich	61	11
Strafsachen neurechtlich	37	84
Verzeigungssachen	2	3
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	141	186
Beschwerden in Strafsachen	79	92
Beschwerden in Zivilsachen	55	45
Haftbeschwerden	40	61
Diverse Eingaben und Geschäfte	1’105	818
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	107	82
Total erledigte Fälle am 31. Dezember 2013	**1’680**	**1423**
Total Fälle	**2’385**	**2064**
Erstinstanzliche Urteil bestätigt	7	1
Erstinstanzliche Urteil abgeändert	4	0
Total erledigte Fälle Zivilsachen altrechtlich	**11**	**1**

	2012	2013
Erstinstanzliche Urteil bestätigt	16	20
Erstinstanzliche Urteil abgeändert	10	13
Total erledigte Fälle Zivilsachen neurechtlich	**26**	**33**
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	21	5
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	33	4
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	7	2
Total erledigte Fälle Strafsachen altrechtlich	**61**	**11**
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	22	43
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	11	38
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	4	3
Total erledigte Fälle Strafsachen neurechtlich	**37**	**84**
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	2	2
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	0	1
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	0	0
Total erledigte Fälle Verzeigungssachen	**2**	**3**

Im Berichtsjahr gab es 166 (191) Sitzungshalbtage, wovon 38 (46) auf die drei Kammern, 67 (71) auf den Ausschuss sowie 61 (74) auf die Einzelrichterinnen und Einzelrichter entfielen.

Von den 186 (141) behandelten Rekursen an das Verwaltungsgericht wurden 42 (28) gutgeheissen und 144 (113) abgewiesen.

Von den 92 (79) behandelten Beschwerden in Strafsachen gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 34 (35) gutgeheissen und 58 (44) abgewiesen.

Von den 45 (55) behandelten Beschwerden in Zivillsachen gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 8 (14) gutgeheissen und 37 (41) abgewiesen.

Von den 61 (40) behandelten Haftbeschwerden wurden 4 (2) gutgeheissen und 57 (38) abgewiesen.

Es wurden 6 Schutzschriften entgegengenommen. Unter den 6 zivilrechtlichen Direktklagen befanden sich 1 Gesuch um Erlass einer superprovisorischen Massnahme, 2 materielle Klagen betreffend unlauteren Wettbewerb, Immaterialgüterrechtsverletzung bzw. Verletzung von Fabrikationsgeheimnissen, 1 Begehren um Anordnung einer Sonderprüfung, 1 Begehren betreffend Ernennung eines Schiedsrichters und 1 Gesuch um Erteilung einer Vollstreckbarkeitsbescheinigung für einen Schiedspruch.

Im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden im Jahr 2013 (2012) insgesamt 82 (107) Entscheide getroffen. Davon ergingen 81 (104) in 54 (71) Sitzungen, während 1 (3) Fälle ohne Verhandlung beurteilt wurde.

Insgesamt wurde 51 (59) mal vom Migrationsamt angeordnete Ausschaffungshaft richterlich überprüft. Davon erwiesen sich 47 (56) Fälle als zulässig; in 4 (3) Fällen wurde die Ausschaffungshaft als unzulässig beurteilt. Weiter standen 15 (15) Verlängerungen der Ausschaffungshaft zur Beurteilung, wovon 14 (15) bewilligt und 1 (0) nicht bewilligt wurden. In 7 (14) Fällen wurde Vorbereitungshaft genehmigt. In 1 (1) Fall wurde die Vorbereitungshaft nicht genehmigt. 2 (8) Haftentlassungsgesuche wurden abgewiesen und 0 (0) gutgeheissen. Sodann wurden 4 (3) Rekurse gegen eine Ausgrenzungs- bzw. Eingrenzungsverfügung erhoben. 1 (0) Fall wurde abgewiesen. Auf 1 (1) Fall wurde nicht eingetreten und 2 (2) Fälle wurden gutgeheissen. In 1 (2) Fall wurde Durchsetzungshaft angeordnet, in 1 (3) Fall wurde die Verlängerung der Durchsetzungshaft genehmigt. In 0 (1) Fall wurde die Verlängerung der Vorbereitungshaft nicht genehmigt und in 0 (1) Fall wurde die Verlängerung der Vorbereitungshaft genehmigt. Von den 82 (107) beurteilten Fällen betrafen 76 (94) Männer und 6 (13) Frauen.

Das Bundesgericht hatte im Berichtsjahr 4 (4) öffentlich-rechtliche Beschwerden gegen Entscheide der Einzelrichterin und des Einzelrichters zu beurteilen. Auf zwei Beschwerden wurde nicht eingetreten und zwei Beschwerden wurden gutgeheissen.

Fünfmal (4) tagte im Berichtsjahr die Präsidiumskonferenz, einmal (1) das Plenum zur Erledigung der in ihre Zuständigkeit fallenden Geschäfte.

27 (43) Kandidatinnen und Kandidaten ist nach bestandener Prüfung das Anwaltspatent zur Ausübung der Advokatur im Kanton Basel-Stadt erteilt worden, 37 (22) Kandidatinnen und Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden.

In 59 (67) Fällen wurde die Substitution von Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten registriert und 37 (30) Anwältinnen sowie Anwälte mit Geschäftsadresse in Basel-Stadt wurden in das hiesige Anwaltsregister aufgenommen. Es wurde 3 (3) Gesuchen von Anwältinnen und Anwälten aus dem EU-Raum um Eintragung unter der ursprünglichen Berufsbezeichnung und Anerkennung der Berechtigung zur ständigen Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden in der Schweiz entsprochen. In 7 (8) Verfahren war über Fragen der Zulassung zur anwaltlichen Berufsausübung oder des Disziplinarrechts zu entscheiden.

Bundesgericht

	Beschwerden in Zivilsachen		Beschwerden in Strafsachen		Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten		Verfassungs-beschwerden	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Am 1. Januar 2013 waren pendent	13	15	12	26	15	17	3	5
Im Berichtsjahr gingen ein	26	26	64	62	35	65	5	7
Total	**39**	**41**	**76**	**88**	**50**	**82**	**8**	**12**
Zurückgezogen, nicht eingetreten	6	14	18	13	13	23	3	2
Gutgeheissen	3	4	4	2	7	4	0	0
Abgewiesen	14	12	31	41	15	21	1	4
Unerledigt blieben	16	11	23	32	15	34	4	6
Total	**39**	**41**	**76**	**88**	**50**	**82**	**8**	**12**

Gericht für Strafsachen GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich von der Staatsanwaltschaft überwiesene Anklagen sowie Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und die Schweizerische Strafprozessordnung sowie eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze. Ausserdem entscheidet das Strafgericht als Zwangsmassnahmengericht über die Anordnung und Verlängerung von Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft sowie über Überwachungsmassnahmen (z.B. Telefonüberwachung). Die neun Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb der verschiedenen Abteilungen (ordentliches Verfahren, Einspracheverfahren, Zwangsmassnahmengericht).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

a) Entwicklung der Fallzahlen

Seit die eidgenössische Strafprozessodnung (StPO) in Kraft ist, erörtert das Strafgericht die Entwicklung der Fallzahlen anhand der Statistik. Dabei muss grundsätzlich darauf hingewiesen werden, dass im Unterschied zur Staatsanwaltschaft bei den ordentlichen Verfahren nicht nach Verfahren gegen die einzelnen Personen gezählt wird, sondern nach eingegangenen bzw. beurteilten Gesamtverfahren (= Fälle), die auch mehrere beschuldigte Personen umfassen können. Die Anzahl der im ordentlichen Verfahren beurteilten Personen (2013: 458) ist daher immer höher als diejenige der beurteilten Fälle (2013: 355). Anders ist die Situation bei den Eingängen in den Verfahren auf Einsprache. Da die Strafbefehle von der Staatsanwaltschaft jeweils nur gegen einzelne Beschuldigte ergehen, entsprechen die Zahlen über die eingegangenen Fälle zugleich den beschuldigten Personen, deren Verfahren ans Gericht überwiesen worden sind.

2013 gingen im *ordentlichen Verfahren* 353 Fälle ein. Dies sind 7 Fälle mehr als 2012. Es scheint, dass sich die Anzahl der ans Gericht überwiesenen Verfahren nun bei jährlich ca. 350 Fällen eingependelt hat. Vom Strafgericht erledigt wurden 2013 insgesamt 368 Fälle (2012: 323).

Die eingegangenen *Anklagen auf Einsprache* haben 2013 mit 867 Fällen (2012: 836 Fälle, 2011: 358 Fälle) nochmals etwas zugenommen. Die Zunahme der Falleingänge dürfte darauf zurückzuführen sein, dass der personelle Aufbau des Strafbefehlsdezernats bei der Staatsanwaltschaft abgeschlossen ist und die Verfahren nun im gleichen Umfang bearbeitet werden können, wie dies vor 2011 durch die Strafbefehlsrichterinnen und -richter des Strafgerichts der Fall war. Dank der internen Aufstockung bzw. Verschiebung der Präsidialstellenprozente für die Einsprachefälle auf 200 konnten im Jahre 2013 insgesamt auch mehr Fälle beurteilt werden als 2012 (2013: 867 erledigte Fälle, 2012: 760 erledigte Fälle). Die 200 Präsidialstellenprozente für die Einsprachefälle müssen auch weiterhin beibehalten werden, um die Abwicklung dieser Verfahren innert nützlicher Zeit zu gewährleisten.

Die blosse Registrierung der Fallzahlen eignet sich allerdings sowohl bei den ordentlichen Verfahren wie auch bei den Verfahren auf Einsprache nur bedingt, um die *Entwicklung der Arbeitsbelastung* am Gericht nachzuvollziehen. Diese kann am besten aufgrund der *Anzahl der Sitzungshalbtage* bemessen werden. An deren Zahl wird der Zeitaufwand für die Verhandlungen deutlich, der für die Beurteilung der Verfahren innerhalb eines Jahres erforderlich war.

Bei den *ordentlichen Verfahren* gab es einen Anstieg um 33 Sitzungshalbtage (2013: 627, 2012: 594). Diese Erhöhung ist einerseits auf die höhere Zahl erledigter Verfahren zurückzuführen. Andererseits zeigt sich darin aber auch, dass für die einzelnen Verfahren mehr Zeit aufgewendet werden musste, was auf eine Zunahme des Umfangs wie auch auf eine höhere Komplexität der Verfahren hinweist. Die Entwicklung in den nächsten Jahren wird zeigen, ob diese Tendenz anhält und weiterhin mit einem Anwachsen der Sitzungshalbtage und damit des Aufwands gerechnet werden muss.

Bei den *Anklagen auf Einsprache* erhöhte sich die Anzahl Sitzungshalbtage von 128 (2012) sogar auf 164 Halbtage und wird sich wohl in den nächsten Jahren um diese Zahl herum einpendeln. Damit liegt der Arbeitsaufwand für die Urteile bei den Einspracheverfahren deutlich über dem langjährigen Durchschnitt vor 2011 (Durchschnitt 2000-2010: 125 Halbtage), was wir bereits dem Inkrafttreten der eidg. StPO so prognostiziert haben. In den gerichtlichen Einspracheverfahren sind im Übrigen auch 2013 umfangreiche und komplexe Verfahren zu beurteilen gewesen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-8'983.9	-9'461.9	-9'322.2	139.7	1.5	-338.3	-3.8	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'661.2	-6'481.9	-8'599.9	-2'118.0	-32.7	-2'938.7	-51.9	2
Betriebsaufwand	**-14'645.1**	**-15'943.9**	**-17'922.1**	**-1'978.2**	**-12.4**	**-3'277.0**	**-22.4**	
42 Entgelte	1'610.8	3'957.5	2'186.2	-1'771.3	-44.8	575.4	35.7	3
Betriebsertrag	**1'610.8**	**3'957.5**	**2'186.2**	**-1'771.3**	**-44.8**	**575.4**	**35.7**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-13'034.2**	**-11'986.4**	**-15'735.9**	**-3'749.5**	**-31.3**	**-2'701.6**	**-20.7**	
Betriebsergebnis	**-13'034.2**	**-11'986.4**	**-15'735.9**	**-3'749.5**	**-31.3**	**-2'701.6**	**-20.7**	
34 Finanzaufwand	-8.1	-20.0	-5.2	14.8	73.9	2.9	35.5	
44 Finanzertrag	0.7	1.5	0.2	-1.3	-86.3	-0.5	-69.5	
Finanzergebnis	**-7.4**	**-18.5**	**-5.0**	**13.5**	**72.9**	**2.4**	**32.4**	
Gesamtergebnis	**-13'041.7**	**-12'004.9**	**-15'740.9**	**-3'736.0**	**-31.1**	**-2'699.2**	**-20.7**	
davon Funktionen:								
12 Rechtssprechung	-13'041.7	-12'004.9	-15'740.9	-3'736.0	-31.1	-2'699.2	-20.7	

Kommentar

1 Der Personalaufwand konnte um CHF 139'725 tiefer als budgetiert gehalten werden, weil weniger Aushilfspersonal eingesetzt werden musste als bei der Budgetierung angenommen.

2 Die Mehrausgaben beim Sach- und Betriebsaufwand von CHF 2,1 Mio. gegenüber dem Budget sind auf die Konti Betreibungsgebühren, Debitorenverluste und Umwandlung Bussen zurückzuführen und haben alle die gleiche Ursache: Die Abteilung Inkasso beim JSD konnte dank eines optimierten Systems 2013 enorm viele Fälle aus den Jahren vor 2011 aufarbeiten. Es handelt sich bei diesen Mehraufwendungen also um „Altlasten" aus früheren Jahren, als das Strafgericht noch rund 25'000 Strafbefehle pro Jahr ausstellte. Mit dem Inkrafttreten der eidg. StPO im Jahre 2011 ging die Strafbefehlskompetenz an die Staatsanwaltschaft über, aber das Inkasso der Forderungen aus den vor 2011 erlassenen Strafbefehlen lief auch 2012 und 2013 noch weiter. Auch im laufenden Jahr gehen diese Inkassobemühungen noch weiter, aber sowohl die Betreibungskosten als auch die Debitorenverluste werden in diesem Jahr und erst recht 2015 deutlich zurückgehen, da die alten noch offenen Fälle immer weniger werden.

3 Dass die Einnahmen des Strafgerichts um knapp CHF 1,8 Mio. tiefer lagen als im Budget angenommen, ist vor allem auf Mindereinnahmen bei den Urteils- und Staatsgebühren sowie bei den Bussen und Geldstrafen zurückzuführen. Dass viel weniger Erträge aus Urteilsgebühren eingegangen sind als budgetiert, ist darin begründet, dass seit dem Inkrafttreten der eidg. StPO die Strafbefehle nicht mehr durch das Strafgericht, sondern durch die Staatsanwaltschaft erlassen werden (s. auch oben 2). Dass die Gebühreneinnahmen deswegen erheblich zurückgehen werden, war zwar voraussehbar, die Höhe der Mindereinnahmen war allerdings mangels Erfahrungszahlen im Voraus nur sehr schwierig abschätzbar und offensichtlich wurde zu optimistisch budgetiert. Für das laufende Jahr wurden deshalb im Budget deutlich weniger Einnahmen eingestellt. Für die Bussen und Geldstrafen gilt grundsätzlich das Gleiche; dort kommt aber noch hinzu, dass die Summe der 2013 ausgefällten Bussen und Geldstrafen eigentlich viel höher war als dies in der Rechnung zur Geltung kommt, da mit den Einnahmen aus dem laufenden Jahr Stornierungen verrechnet werden, die auf vor 2011 ausgestellte Strafbefehle zurückgehen, die nie zugestellt werden konnten und im Jahre 2013 verjährt sind.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.1	54.7	46.8	46.0	46.4	
Total Fälle (Klagen, Verzeigungen, Einsprachen)	Anz	30'828	30'000	769	1'077	1'210	1
Halbtagessitzungen (ohne Haftrichter)	Anz	1'072	1'009	795	723	791	
Betreibungen für Bussen u. Geldstr.,Verf.kosten, Urteilsgeb.	Anz	1'386	1'565	1'326	0	0	2
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	MioFr	5.7	5.1	3.6	1.8	4.7	

Kommentar

1 Seit 2011 erlässt nicht mehr das Strafgericht, sondern die Staatsanwaltschaft die Strafbefehle, die bis 2010 den mit Abstand grössten Anteil bei den Fallzahlen ausgemacht haben. Ausserdem sind seit 2011 das Privatklage- und das Rekurskammerverfahren weggefallen (bis Ende 2010 eingegangene Fälle wurden 2011 noch behandelt).

2 Seit 2011 ist für das Inkasso von Forderungen aus Strafverfahren nicht mehr das Strafgericht, sondern die Inkassostelle beim JSD zuständig. Die Anzahl der Betreibungen kann deshalb nicht mehr durch das Strafgericht ausgewiesen werden.

Zusammenfassend ist 2013 im ordentlichen wie im Einspracheverfahren eine Zunahme der ans Strafgericht überwiesenen Fälle festzustellen, wobei die Zunahme bei den Einspracheverfahren höher ausfällt als bei den ordentlichen Verfahren. Der Anteil der ordentlichen Verfahren, bei denen sich die beschuldigten Personen in Haft befanden, hat sich gegenüber 2012 geringfügig erhöht. In etwas mehr als 2/5, also beinahe der Hälfte der Fälle, waren die Beschuldigten in Haft.

b) Entwicklung bei den einzelnen Sanktionen

Da seit dem Inkrafttreten der eidg. StPO im Jahre 2011 keine Strafbefehle mehr durch das Strafgericht verfügt werden, haben sich seither die Anzahl und Art der verschiedenen ausgesprochenen Sanktionen verändert.

Insgesamt überwogen 2013 – wie schon 2011 und 2012 – die Freiheitsstrafen (bedingte und unbedingte) mit 311 Verurteilungen (2012: 306 Verurteilungen). Es folgen die Geldstrafen mit 204 Verurteilungen (2012: 178 Verurteilungen). Ausschliesslich Geldbussen wurden 2013 in 128 Fällen ausgesprochen (2012 in 79 Fällen), wobei diese überwiegend in Verfahren auf Einsprache ausgefällt wurden, welche ausschliesslich Übertretungen zum Gegenstand hatten.

Nach wie vor nur geringe Bedeutung unter den möglichen Sanktionen hatte die gemeinnützige Arbeit. Da sie nur auf Antrag der Beurteilten angeordnet wird, kommt sie in der Regel als Hauptstrafe erst dann zum Einsatz, wenn keine bedingte Strafe ausgesprochen wird.

Keine wesentlichen Veränderungen zeigen sich auch bei den Verurteilungen zu Massnahmen. Während eine Verwahrung generell nur vereinzelt ausgesprochen wird – nur je einmal 2008 und 2013 – bewegen sich die Zahlen für stationäre Massnahmen ziemlich konstant zwischen 14 Anordnungen (2013) und 18 Anordnungen (2009). Da ein grosser Teil der stationären Massnahmen jedoch nach 5 Jahren nicht beendet werden kann, dürfen die Verlängerungsentscheide im selbständigen nachträglichen Verfahren nach Art. 363 ff. StPO nicht vernachlässigt werden. Für die Statistik von 2014 ist denn auch vorgesehen, diese Verfahren gesondert auszuweisen.

Bei den ambulanten Massnahmen fällt auf, dass weder 2012 noch 2013 eine ambulante Massnahme unter Aufschub des Vollzugs ausgesprochen wurde. Gründe sind nicht auszumachen. Es könnte sich daher sowohl noch um zufällige Zahlen oder auch um eine längerfristige Entwicklung handeln.

c) Entwicklung der unbed. Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen

Die Zunahme der unbedingten Freiheitsstrafen und der freiheitsentziehenden Massnahmen wird im Zusammenhang mit dem Mangel an Vollzugsplätzen regelmässig in den Medien und in den politischen Gremien diskutiert. Anzüge im Grossen Rat haben Anfang 2014 zu einem Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat geführt (Bericht vom 29.1.2014 betr. Regierungsratsbeschluss vom 28.1.2014 zu den Anzügen Brigitta Gerber und Jöel Thüring), in welchem der Anstieg der Vollzugstage dokumentiert und verschiedene Massnahmen zur Erweiterung der Vollzugsmöglichkeiten vorgeschlagen werden.

Im Bericht des Regierungsrates wird ausgeführt, dass der steigende Bedarf an Vollzugsplätzen einerseits auf die steigende Zahl von Urteilen mit unbedingten Freiheitsstrafen und andererseits auf eine restriktivere Entlassungspraxis inhaftierter Straftäter zurückzuführen sei. Während die Anzahl der Strafurteile insgesamt stabil geblieben sei, seien die Vollzugskosten überproportional gestiegen. Abgesehen von den kurzen unbedingten Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten seien in den letzten fünf Jahren im Kanton Basel-Stadt auch die unbedingten Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und 1 Jahr um beinahe das Dreifache angestiegen.

Aus den Statistiken des Strafgerichts ist ersichtlich, dass in den letzten Jahren 2010 mit 168 am meisten unbedingte Freiheitsstrafen ausgefällt wurden. 2013 betrug die Anzahl der unbedingten Freiheitsstrafen (Einsprachen und ordentliche Verfahren) 143 Verurteilungen, 2012 158 Verurteilungen, 2011 130 Verurteilungen, 2009 137 Verurteilungen und 2008 141 Verurteilungen. Eine Zunahme von Verurteilungen durch das Strafgericht zu unbedingten Freiheitsstrafen ist demnach nicht zu erkennen; vielmehr bewegen sich diese sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten der eidg. StPO immer etwa in der gleichen Bandbreite. Dies bezieht sich allerdings nur auf Zahl der unbedingten Freiheitsstrafen; nicht statistisch erhoben wird von uns bis jetzt deren Dauer.

d) Amtliche Verteidigungen

374 der beurteilten 458 Personen waren 2013 unentgeltlich verteidigt (2012: 352 Perso-nen). Trotzdem sind die Kosten für amtliche Verteidigungen mit CHF 2,19 Mio. um rund CHF 200'000.– niedriger ausgefallen als im Vorjahr, was wohl damit zu erklären ist, dass die Verteidigungen 2013 insgesamt etwas weniger zeitaufwändig waren als 2012. Ob sich aus dem Rückgang gegenüber 2012 bereits eine Tendenz ableiten lässt, dass die Kosten für amtliche Verteidigungen nach dem steten Anstieg von Jahr zu Jahr – seit 2000 haben sich die ausgerichteten Honorare mehr als verdoppelt – nun einen Plafond erreicht haben, kann jetzt noch nicht gesagt werden. 2014 werden die Kosten auf jeden Fall nochmals ansteigen, da das Stundenhonorar für unentgeltliche Verteidigungen per 1. Januar von CHF 180.– auf CHF 200.– erhöht wurde. Grundsätzlich bleibt jedenfalls festzustellen, dass die Verteidigungskosten in der überwiegenden Anzahl der Verfahren vom Staat getragen werden müssen, da die betroffenen Personen finanziell nicht in der Lage sind, für die Honorare der Verteidigung aufzukommen.

e) Administratives

Die laufenden Geschäfte wurden in einer Plenargerichtssitzung und sieben Präsidentenkonferenzen, durch Zirkulationsbeschlüsse sowie durch die vorsitzende Prä-sidentin und den Verwaltungschef erledigt.

Per 1. April 2013 trat der bisherige Strafrichter lic. iur. André Equey sein Amt als Präsident an. Er ersetzte Dr. Lukas Faesch, der per 31. März 2013 seinen Rücktritt gab.

Statistiken

1. Strafgericht (ordentliches Verfahren)

	2012	2013
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	97	120
Im Berichtsjahr neu eingegangene Fälle	346	353
Total Fälle	**443**	**473**
Im Berichtsjahr erledigte Fälle	309	355
davon in abgekürzten Verfahren erledigt Fälle	3	7
Mit einem andern Fall zusammengelegte Fälle	14	13
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	120	105
Total	**443**	**473**
Einzelrichter/in	153	170
Dreiergericht	124	156
Kammer	32	29
Total Verhandlungen	**309**	**355**
Sitzungshalbtage	**594**	**627**
Erledigungsarten		
Bedingte Freiheitsstrafen	111	127
Teilbedingte Freiheitsstrafen	35	40
Unbedingte Freiheitsstrafen	148	140
Bedingte Geldstrafen	59	70
Teilbedingte Geldstrafen	0	1
Unbedingte Geldstrafen	8	10
Nur Geldbussen	2	4
Bedingte gemeinnützige Arbeit	0	1
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	1	3
Umgangnahme von Strafe	0	0
Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe	1	0
Stationäre Massnahmen	17	14
Ambulante Massnahmen	0	0
Verwahrung	0	1
Freisprüche	11	18
Einstellungen	9	7
Selbständige Konfiskations-, Vollzugs-, Widerrufs- und Bussenumwand-lungsverfahren etc.	20	22
Total zur Beurteilung gekommene Personen	**422**	**458**
Unentgeltliche Verteidigungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen	**352**	**374**

2. Einsprachen

	2012	2013
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	150	226
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle	836	867
Total	**986**	**1'093**
Erledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	760	855
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	226	238
Total	**986**	**1'093**
Sitzungshalbtage	128	164
Erledigungsarten		
Bedingte Freiheitsstrafen	2	1
unbedingte Freiheitsstrafen	10	3
Bedingte Geldstrafen	103	110
Teilbedingte Geldstrafen	0	3
Unbedingte Geldstrafen	8	10
Nur Geldbussen	77	124
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	5	2
Bedingte gemeinnützige Arbeit	0	1
Umgangnahme von Strafe	3	8
Freisprüche	56	88
Einstellung, Abtretung usw.	491	499
Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen (Bussen)	15	6
Total zur Beurteilung gekommene Personen	**770**	**855**

3. Zwangsmassnahmengericht

a) Untersuchungs-/Sicherheitshaft	2012	2013
Anordnung von Untersuchungshaft	294	328
Anordnung von Sicherheitshaft	4	5
Anordnung von Untersuchungshaft Zoll	0	0
Verlängerung der Untersuchungshaft	13	5
Verlängerung der Sicherheitshaft	1	0
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	32	14
Entlassung aus der Untersuchungshaft	0	2
Entlassung aus der Sicherheitshaft	1	0
Gutheissung Entlassungsgesuch	5	3
Ablehnung Entlassungsgesuch	30	4
Total mündliche Verhandlungen	**380**	**361**
Anordnung von Untersuchungshaft	40	31
Anordnung von Sicherheitshaft	179	150
Verlängerung der Untersuchungshaft	119	115
Verlängerung der Sicherheitshaft	48	33
Entlassung aus Polizeigewahrsam	1	3
Entlassung aus Untersuchungshaft	6	7
Entlassung aus der Sicherheitshaft	0	0
Gutheissung Entlassungsgesuch	3	0
Ablehnung Entlassungsgesuch	22	27
Rückzüge Entlassungsgesuch	0	0
Total schriftliche Verfahren	**418**	**366**
Anordnung von Untersuchungshaft	334	359
Anordnung von Sicherheitshaft	183	155
Anordnung von Untersuchungshaft Zoll	0	0

a) Untersuchungs-/Sicherheitshaft	2012	2013
Verlängerung der Untersuchungshaft	132	120
Verlängerung der Sicherheitshaft	49	33
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	33	17
Entlassung aus der Untersuchungshaft	6	9
Entlassung aus der Sicherheitshaft	1	0
Gutheissung Entlassungsgesuch	8	3
Ablehnung Entlassungsgesuch	52	31
Rückzüge Entlassungsgesuch	0	0
Total	**798**	**727**

b) Bewilligung von Überwachungen etc.	2012	2013
Gesuche um Bewilligung der Post- und Telefonüberwachung usw.	23	68
Gesuche um Verlängerung der Telefonüberwachung	2	4
Gesuche um Bewilligung der Überwachung mittels GPS	14	19
Gesuche um Verlängerung der Überwachung mittels GPS	4	2
Gesuche um Bewilligung eines V-Manneinsatzes	8	9
Gesuche um Bewilligung der Verlängerung eines V-Manneinsatzes	0	3
Gesuche um Bewilligung von Randdatenerhebungen	71	72
Gesuche um Bewilligung der Standortbestimmung	0	6
Gesuche um Bewilligung der Videoüberwachung	4	2
Gesuche um Verlängerung der Videoüberwachung	1	0
Gesuche um Audioüberwachung	0	2
Gesuche um Bewilligung der Verwendung nachträglicher Erkenntnisse/		
Zufallsfunde	32	14
Gesuche um Bewilligung der Notsuche (Standortbestimmung)	0	4
Gesuche um Entsiegelung	1	5
Total	**160**	**210**

4. Weitere wichtige Zahlen

in Franken	2012	2013
Durch das Strafgericht	81’890.0	67’445.0
Durch den/die Einzelrichter/in Privatklagesachen (alte StPO)	0.0	500.0
Im Einspracheverfahren	90’910.0	69’380.0
Total der ausgesprochen Geldbussen	**172’800.0**	**137’325.0**
Durch das Strafgericht	120’130.0	74’950.0
Durch den/die Einzelrichter/in Privatklagesachen (alte StPO)	300.0	6’100.0
Im Einspracheverfahren	195’460.0	122’810.0
Total der ausgesprochenen unbedingten Geldstrafen	**315’890.0**	**203’860.0**
Ausgerichtet wurden:		
Unentgeltliche Verteidigungen / Opfervertretungen	2’412’525.6	2’194’373.6
Parteientschädigungen	149’881.5	230’812.3

Zivilgericht GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften, Kauf-, Miet- und Arbeitsverträge, Werkverträge und Aufträge sowie gesellschafts- und handelsrechtliche Fragestellungen. Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) den Richter für zuständig erklärt.

Nach Massgabe von Art. 197 ff. der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) geht dem Entscheidverfahren ein Schlichtungsverfahren voraus (ausgenommen summarisches Verfahren, Scheidungsverfahren, Klagen nach SchKG; vgl. ZPO Art. 198). Das Zivilgericht führt darum seit 2011 für die in seine Zuständigkeit fallenden Verfahren eine Schlichtungsbehörde.

Dem Zivilgericht angegliedert sind das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen und Versteigerungen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung mit.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Allgemein Das Jahr 2013 ist mit Blick auf die Umsetzung der neuen ZPO als Jahr der Konsolidierung zu bezeichnen. Die organisatorischen Abläufe wurden weiter optimiert und es zeichnet sich in verschiedenen Teilbereichen bereits die Entwicklung einer Praxis ab. Inzwischen konnten auch erste Entscheide des Bundesgerichts, die auf der neuen ZPO beruhen, die Rechtsanwendung festigen.

Schlichtung Gemäss der schweizerischen Zivilprozessordnung ersetzt seit 2011 das obligatorische Schlichtungsverfahren im Wesentlichen das in den früheren Forderungsstreitigkeiten bekannte Vermittlungsverfahren gemäss §45a der alten kantonalen Zivilprozessordnung. Die Zahl der eingegangenen Schlichtungsgesuche bleibt stabil: 2012 waren 1’317 Schlichtungsgesuche zu verzeichnen, 2013 deren 1’286. Von den im Jahr 2013 eingereichten Verfahren konnten bis Ende Berichtsjahr 993 Verfahren abgeschlossen werden; 519 Verfahren sind per 31. Dezember 2013 noch hängig, davon stammen 226 Verfahren aus den Jahren 2011 und 2012 (in der Regel sistierte Verfahren). Bei den abgeschlossenen Verfahren liegt die Quote der definitiven Fallerledigung durch das Schlichtungsverfahren bei nach wie vor hohen 77%. Bei den Erledigungsarten steht der Vergleich im Vordergrund (rund 40% der Fälle). Auf eine hohe Akzeptanz stösst auch das mit der neuen ZPO eingeführte Instrument des Urteilsvorschlags (möglich für Fälle mit einem Streitwert bis CHF 5’000). Bei den Fällen aus dem Jahr 2012 blieben von 40 Urteilsvorschlägen von den Parteien deren 39 unangefochten und wurden zum rechtskräftigen Entscheid; im Jahr 2013 wurden aus 41 Urteilsvorschlägen 38 rechtskräftige Entscheide.

Übrige Abteilungen In der Abteilung Einzelgericht in Zivilsachen wurden im Berichtsjahr 2’275 Fälle erledigt (Vorjahr 2’269), die Neueingänge sind von 2’021 im Vorjahr auf 2’039 leicht angestiegen.

Beim Arbeitsgericht sind im Berichtsjahr 67 Fälle neu eingegangen, 32 Klagen wurden vom Vorjahr übernommen. 52 Verfahren konnten 2013 abgeschlossen werden. Am häufigsten waren Fälle aus den Gewerbegruppen 1 – 3 zu behandeln (Bau, Holz, Gewerbe, Industrie, Gastgewerbe, Nahrungs- und Genussmittel, Handel, Verkauf, Chemie). Keine Fälle waren zu behandeln aus der Gruppe 5 (Körper-, Gesundheitspflege, Spital, Erziehung).

In der Abteilung Familienrecht bleibt die Zahl der behandelten Begehren inklusive Scheidungen weitgehend konstant. Die Veränderung (631 im Berichtsjahr gegenüber 672 im Vorjahr) liegt im Rahmen

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-20'320.9	-21'138.5	-20'559.0	579.5	2.7	-238.2	-1.2	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'657.1	-8'367.7	-8'235.1	132.7	1.6	422.1	4.9	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-13.5	-4.9	-6.5	-1.6	-31.6	7.0	51.9	
Betriebsaufwand	**-28'991.5**	**-29'511.1**	**-28'800.6**	**710.6**	**2.4**	**190.9**	**0.7**	
42 Entgelte	21'492.0	24'152.8	21'259.5	-2'893.3	-12.0	-232.6	-1.1	1
Betriebsertrag	**21'492.0**	**24'152.8**	**21'259.5**	**-2'893.3**	**-12.0**	**-232.6**	**-1.1**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-7'499.5**	**-5'358.3**	**-7'541.1**	**-2'182.8**	**-40.7**	**-41.7**	**-0.6**	
Betriebsergebnis	**-7'499.5**	**-5'358.3**	**-7'541.1**	**-2'182.8**	**-40.7**	**-41.7**	**-0.6**	
34 Finanzaufwand	-55.2	-41.0	-60.2	-19.2	-46.7	-4.9	-8.9	
44 Finanzertrag	13.5	72.5	64.5	-8.0	-11.0	51.1	378.9	
Finanzergebnis	**-41.8**	**31.5**	**4.4**	**-27.1**	**-86.1**	**46.1**	**110.5**	
Gesamtergebnis	**-7'541.2**	**-5'326.8**	**-7'536.7**	**-2'209.9**	**-41.5**	**4.5**	**0.1**	
davon Funktionen:								
12 Rechtssprechung	-10'384.5	-10'048.1	-10'201.5	-153.4	-1.5	183.0	1.8	
14 Allgemeines Rechtswesen	2'843.3	4'721.3	2'664.8	-2'056.5	-43.6	-178.5	-6.3	

Kommentar

1 Seit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung musste ein Trend zu reduzierten Gebühreneinnahmen festgestellt werden. Dieser hat sich nun auch in der Rechnung niedergeschlagen und führt bei den Einnahmenpositionen zu einer Abweichung von 12% gegenüber der Budgetvorgabe. Erheblich unter den Erwartungen lagen die Gebühreneinnahmen beim Erbschaftsamt. Der bereits in den Trimesterberichten angesprochene Rückstau bei der Verarbeitung mit der neu eingeführten Software Juris konnte bis Rechnungsabschluss erst teilweise wieder aufgeholt werden. Insgesamt gilt aber vor allem beim Erbschaftsamt, dass die Einnahmen zuweilen nur schwer planbar sind und in direktem Zusammenhang mit den jeweiligen Nachlässen stehen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	134.0	138.4	145.1	144.7	144.7
Hängige Verfahren	Anz	5'435	5'714	5'943	6'619	6'644
Schlichtungsverfahren neu ab 2011	Anz					
Zahlungsbefehle	Anz	69'327	72'940	72'353	73'479	72'673
Konkurseröffnungen	Anz	422	524	501	755	603
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	319'324	1'200'556	147'560	687'823	347'168

normaler Schwankung. Dies gilt auch für die Neueingänge (646 gegenüber 661 im Vorjahr). Vom Vorjahr übernommen wurden 269 Klagen; insgesamt waren im Berichtsjahr also 915 Klagen hängig.

Die Zahl der Rechtshilfeersuchen (Requisitionen) auswärtiger schweizerischer Gerichte oder ausländischer Gesuchsteller beträgt im Berichtsjahr 701 (Vorjahr 1'084). In den beiden letzten Jahren führten Rechtshilfeersuchen im Zusammenhang mit Anlagegeschäften im Bankensektor zu einer Massierung von Gesuchen, die auf einem analogen Sachverhalt basierten. Die Gesuchszahlen haben sich nun wieder auf dem Niveau der Vorjahre (vor 2012) eingependelt.

Im Berichtsjahr wurden 290 Ausweisungsbegehren gestellt, es wurden 160 Räumungen verlangt, in 114 Fällen musste eine amtliche Räumung durchgeführt werden (Vorjahr 112).

Die Betreibungsstatistik weist mit 72'673 für das Berichtsjahr (Vorjahr 73'479) eine leichte Abnahme bei den ausgestellten Zahlungsbefehlen aus. Mit einer Forderungssumme von CHF 9,69 Mia. liegt diese Zahl rund 1 Mia. über der Vorjahreszahl von CHF 8,73 Mia. Die Zahl der Verlustscheine liegt mit 34'216 ebenfalls höher als im Vorjahr (33'545). Rückläufig ist dagegen die Zahl Konkurseröffnungen (603, Vorjahr 755). Im Jahr 2013 wurden 23 Ganten durchgeführt; fünf mehr als im Vorjahr.

Das Erbschaftsamt weist für 2013 mit 2'027 obligatorischen Inventarisationen (gem. Art. 553 ZGB) eine gegenüber dem Vorjahr (2'097) leicht tiefere Zahl aus. Zugenommen haben dagegen die öffentlichen Inventare von 12 im Vorjahr auf 17. Jährlich werden mehr als 1'000 letztwillige Verfügungen dem Erbschaftsamt zur Aufbewahrung gegeben, im Berichtsjahr waren es 1'091.

Verwaltung und Rechtsprechung Das oberste Leitungsgremium des Zivilgerichts ist die Präsidentenkonferenz, bestehend aus den neun Präsidentinnen und Präsidenten (7 x 100%, 2 x 50 %, vorübergehend mit einer Umlagerung von 20% von einem Vollpensum auf die beiden Teilpensen) sowie beisitzend dem Verwaltungschef des Zivilgerichts, dem Vorsteher des Betreibungs- und Konkursamts sowie der Vorsteherin des Erbschaftsamts. Zur Erledigung der Leitungsaufgaben wurden im Berichtsjahr 11 Sitzungen abgehalten, wovon zwei Sitzungen als ganztägige Klausuren.

Personelles Der Personalbestand war im Berichtsjahr bei wenigen Mutationen stabil. Zu Engpässen kam es immer wieder bei den vier Gerichtskanzleien. Auch sind die Stellenprozente bei den Schlichtern nach wie vor zu eng bemessen, sodass hier immer wieder Kapazitäten zu Lasten anderer Ressourcen eingesetzt werden müssen. Bei den Gerichtspräsidien sind keine Veränderungen eingetreten. Als neue Richter durfte das Gericht Herrn lic. iur. Leonhard Müller (ordentlicher Richter) und Herrn lic. iur. Markus Frey (Ersatzrichter) begrüssen.

Räumliches Schlichtungskanzlei Die organisatorischen und personellen Veränderungen im Zusammenhang mit der Justizreform haben sich auch auf die räumliche Situation ausgewirkt. Auch im Berichtsjahr mussten nochmals Anpassungen vorgenommen werden. So wurde die Kanzlei der Schichtungsbehörde ins Parterre der Liegenschaft Bäumleingasse 5 gezügelt. Dieser neue Standort bietet dem rechtssuchenden Publikum einen besseren Zugang; gleichzeitig konnten auch die internen Abläufe damit optimiert werden. Die räumlichen Verhältnisse beim Zivilgericht sind sehr beengt; es besteht insbesondere Zusatzbedarf an Verhandlungs- und Büroraum sowie an weiterem Archivraum.

Fallverwaltungssoftware Die Fallverwaltungssoftware „Juris", mit welcher inzwischen sämtliche Gerichte sowie das Erbschaftsamt arbeiten, weist heute eine im Vergleich zum letzten Jahr etwas verbesserte Stabilität auf. Auch bei der Geschwindigkeit des Systems sind Verbesserungen erfolgt; sie entspricht aber noch nicht vollständig den betrieblichen Erwartungen.

Geschäftslaststudie Im Rahmen der vom Regierungsrat und dem Appellationsgericht in Auftrag gegebenen Geschäftslaststudie für die Gerichte wurde im März des Berichtsjahrs mit den Erhebungsarbeiten für die dossierbezogene und die nichtdossierbezogene Arbeitszeit begonnen. Die Erhebungsarbeiten werden per Ende Februar 2014 abgeschlossen und im Anschluss daran ausgewertet werden.

Elektronische Eingaben Neu soll es im Frühjahr 2014 für Anwälte möglich sein, Eingaben an die Gerichte auf elektronischem Weg zu tätigen. Im Berichtsjahr wurden unter der Leitung des Appellationsgerichtes die dafür nötigen Vorbereitungen getroffen.

Sozialversicherungsgericht GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

1. Im Berichtsjahr 2013 gingen die Falleingänge gegenüber dem Vorjahr um rund 13% zurück. Der Rückgang betrifft zur Hälfte Verfahren gegen die Invalidenversicherung, daneben auch Verfahren gegen die Arbeitslosen- und gegen die Krankenversicherung.
   Die Zahl der erledigten Fälle blieb mit 410 weitgehend gleich wie im Vorjahr. Die Jahresendpendenzen haben sich von 203 Fällen Ende 2012 auf aktuell 173 Fälle redu-ziert. Darunter befindet sich je ein Fall aus den Jahren 2004 und 2007. Die durch-schnittliche Verfahrensdauer betrug 6,5 Monate (195 Tage) und hat damit etwas zugenommen.
   Rund 70% der Fälle wurden durch die drei Kammern des Sozialversicherungsgerichts erledigt, rund 30% einzelrichterlich. Die Kammern haben knapp 45% der Beschwerden und Klagen (ganz oder teilweise) gutgeheissen und rund 55% abgewiesen.
2. Trotz des Rückgangs der Eingänge umfassen die IV-Beschwerden nach wie vor mit 52% mehr als die Hälfte aller Verfahren. Die Fälle erweisen sich zunehmend sowohl als aktenmässig umfangreicher als auch inhaltlich komplexer. Die strenge Bundesge-richtspraxis zur somatoformen Schmerzstörung wird umgesetzt und von den Versicherten vermehrt akzeptiert. Noch nicht geklärt ist jedoch, welche anderen syndromalen Beschwerdebilder ebenfalls nach dieser Praxis beurteilt werden müssen. Zudem werfen andere medizinische Diagnosen, wie zum Beispiel Persönlichkeitsstörungen,
   öfter neue Fragen auf. Im Vergleich zu früheren Jahren stellen sich auch vermehrt neue rechtliche Probleme. Offen ist unter anderem nach wie vor der Umgang mit ad-ministrativen und gerichtlichen Gutachten, so das Verfahren zur Gutachtenvergabe, die Würdigung der Gutachten, die Gutachterhonorare und die Auswirkungen von
   BGE 137 V 210 auf mono- oder bidisziplinäre Gutachten.
   Die ALV-Fälle unterliegen einerseits Konjunkturschwankungen und andererseits ent-fallen auch hier zunehmend die eher einfachen Fälle.
   Im Berichtsjahr waren 24 (Vorjahr: 10) Fälle aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung hängig. Auch diese Fälle erweisen sich teilweise als komplex.
   In allen Verfahren stellen sich vermehrt Fragen mit internationalem Zusammenhang unter anderem der Auslegung der bilateralen Verträge.
   Durch die zunehmende Komplexität der Fälle gelangen die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber immer wieder an die Grenze ihrer Kapazitäten.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-2'423.9	-2'633.5	-2'408.8	224.7	8.5	15.1	0.6	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-565.8	-724.1	-557.6	166.5	23.0	8.2	1.5	1
Betriebsaufwand	**-2'989.7**	**-3'357.6**	**-2'966.4**	**391.2**	**11.7**	**23.3**	**0.8**	
42 Entgelte	221.1	366.1	192.9	-173.2	-47.3	-28.2	-12.8	2
Betriebsertrag	**221.1**	**366.1**	**192.9**	**-173.2**	**-47.3**	**-28.2**	**-12.8**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-2'768.6**	**-2'991.5**	**-2'773.6**	**218.0**	**7.3**	**-5.0**	**-0.2**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.7	-1.9	0.0	1.9	100.0	2.7	100.0	
Abschreibungen	**-2.7**	**-1.9**	**0.0**	**1.9**	**100.0**	**2.7**	**100.0**	
Betriebsergebnis	**-2'771.3**	**-2'993.5**	**-2'773.6**	**219.9**	**7.3**	**-2.2**	**-0.1**	
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.5	-0.2	0.3	69.8	-0.0	-1.8	
44 Finanzertrag	0.2	0.1	0.1	-0.0	-21.0	-0.1	-48.4	
Finanzergebnis	**0.0**	**-0.4**	**-0.1**	**0.3**	**82.0**	**-0.1**	**...**	
Gesamtergebnis	**-2'771.3**	**-2'993.9**	**-2'773.6**	**220.2**	**7.4**	**-2.3**	**-0.1**	
davon Funktionen:								
12 Rechtssprechung	-2'771.3	-2'993.9	-2'773.6	220.2	7.4	-2.3	-0.1	

Kommentar

1 Die positive Abweichung beruht im Wesentlichen auf der Abweichung in der Position Kostenerlasse (Kto. 318115). In diesem Punkt war der Aufwand für zu Lasten des Staates gehende Gerichtsgebühren tiefer als bei der Budgetierung erwartet. Ebenso waren entgegen den Erwartungen keine Auslagen für Gerichtsgutachten vom Staat zu tragen, sondern diese konnten den Vorinstanzen weiterbelastet werden.

2 Die negative Abweichung ist hauptsächlich auf den Ertrag Gerichts- Urteilsgebühren (Kto. 421020) zurückzuführen. Es sind im Rechnungsjahr 2013 weniger Urteile in kostenpflichtigen Fällen gefällt worden, als im Budgetprozess prognostiziert. Die Schätzung der Gebühreneinnahmen beruhte auf Erfahrungszahlen aus früheren Jahren (insb. ab 2008). Anzufügen ist, dass der sich in der jüngsten Vergangenheit entwickelnden Tendenz mit niedrigeren Fallzahlen bei kostenpflichtigen Fällen im Budget 2014 Rechnung getragen wurde (Konto 421020: CHF 140'000).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.1	10.9	11.7	11.7	11.7
Hängige Verfahren	Anz	690	561	611	616	583
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	80'007	193'500	2'175	87'930	53'178

3. Die administrativen Belange wurden an 10 Konferenzen des Präsidiums bespro-chen.
   Wir befassten uns unter anderem mit dem Vorentwurf des neuen GOG und damit auch mit unserer Stellung in der kantonalen Gerichtsorganisation als oberes kantonales Gericht.
   Die elektronische Arbeit nimmt ebenfalls zu. Vermehrt reichen die Vorinstanzen ihre Akten auf CD ein. Dies bedeutet eine Umstellung unserer Arbeitsweise, vor allem der Kanzlei. Im Gerichtsaal und im Sitzungszimmer wurden neu Bildschirme eingerichtet. Damit können einerseits elektronische Akten abgebildet und andererseits Verhandlungen auf Audiodateien aufgenommen werden.
   Für alle Mitarbeitenden des Gerichts wurde im Januar eine Weiterbildungsveranstal-tung in Bellikon und im Oktober ein von der Kanzlei organisierter Nothilfekurs zur Be-dienung des Defibrillators durchgeführt.
   Eine interne Arbeitsgruppe traf sich dreimal zu einem fachlichen Austausch.

4. Für die auf den 31. Dezember 2012 zurückgetretenen Richterinnen Susanne Af-heldt, parteilos (nom. durch LDP), und Dr. Daniela V. Jabornigg, FDP, wurden neu Anina Lesmann, LDP, und Christian Müller, FDP, gewählt. Der zurückgetretene Ersatzrichter Daniel Pfefferli, SP, wurde durch Dr. med. Peter Flubacher, SP, ersetzt. Damit verfügen wir über einen zweiten Arzt unter den Richterinnen und Richtern.
   Auf den 31. März 2014 tritt die Ersatzrichterin Samantha Fedeli Reisch, CVP, von ih-rem Amt zurück. Die Ersatzwahl wird durch den Grossen Rat erfolgen.

Finanzen Im Berichtsjahr wurden Gebühren im Gesamtbetrag von Fr 122'100.– (Berichtsperiode 2012: Fr. 128'958.–) gesprochen. Im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege gelangten in der Berichtsperiode Honorare von total Fr. 146'317.70 (Berichtsperiode 2012: Fr. 146'232.05) zur Auszah-lung.

Erledigungsstatistik 2013

	Pendent per 1.1.2013	Eingänge 2013	Total hängig	Total Erledigungen 2013	Total Pendenzen per 31.12.2013
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	7	16	23	21	2
Arbeitslosenversicherung (AL)	14	39	53	40	13
Berufliche Vorsorge (BV)	23	27	50	23	27
Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen (EL)	3	6	9	8	1
Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, EO)	0	1	1	1	0
Familien- und Kinderzulagen (FZ)	0	3	3	2	1
Invalidenversicherung (IV)	100	203	303	212	91
Obligatorische Krankenversicherung; Prämienbeiträge (KV)	13	17	30	26	4
Militärversicherung (MV)	0	0	0	0	0
Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (SG)	0	0	0	0	0
Obligatorische Unfallversicherung (UV)	34	52	86	61	25
Zusatzversicherung zur Krankenversicherung (ZV)	9	15	24	15	9
Keinem Rechtsgebiet zuordbare Fälle bei Falleingang (D)	0	1	1	1	0
Total	**203**	**380**	**583**	**410**	**173**

Erledigungsstatistik 2013 Details Erledigungsarten

Gremium und Entscheidart	AHV	AL	BV	EL	EO	FZ	IV	KV	MV	SG	UV	ZV	D	Total
Kammer														
Gutheissung	1	9	7	1	0	1	46	3	0	0	6	4	0	78
Teilweise Gutheissung	2	1	3	0	0	0	4	1	0	0	3	3	0	17
Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	0	0	0	0	0	0	28	1	0	0	6	0	0	35
Abweisung	12	11	6	4	1	0	82	6	0	0	32	2	0	156
Nichteintreten	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	4
Einzelrichter/-in														
Gutheissung	0	2	0	0	0	0	12	0	0	0	2	1	0	17
Teilweise Gutheissung	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	3
Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	0	0	0	0	0	0	6	0	0	0	0	0	0	6
Abweisung	3	9	1	0	0	0	1	4	0	0	0	1	0	19
Abschreibung zufolge Vergleichs	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	2
Nichteintreten	1	4	2	3	0	1	18	3	0	0	5	1	0	38
Abschreibungen zufolge Wiedererwägung des angefochtenen Entscheides durch die Vorinstanz oder Rückzugs von Beschwerde/Klage	2	2	4	0	0	0	12	6	0	0	4	2	0	32
Sonstige Erledigungen	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	3
Total	**21**	**40**	**23**	**8**	**1**	**2**	**212**	**26**	**0**	**0**	**61**	**15**	**1**	**410**

Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen GER-115

Jugendgericht Das Jugendgericht ist erstinstanzliche kantonale Gerichtsbehörde für Personen, die zum Zeitpunkt der Begehung einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben und deren Beurteilung nicht in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft (JUGA) fällt. Es handelt sich um ein interdisziplinär zusammengesetztes Fachgericht, bestehend aus Fachleuten aus dem medizinischen, psychosozialen und pädagogischen Bereich. Zuständigkeit und Kompetenzen des Jugendgerichts ergeben sich aus den Bestimmungen der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (JStPO) und dem kantonalen Gesetz über die Einführung der JStPO vom 13. Oktober 2010 (EG JStPO). Das Jugendgericht gehört seit dem 1. Januar 2013 organisatorisch zu den Gerichten. Die Wahlvoraussetzungen und die Wählbarkeit sind seit 2013 im Gerichtsorganisationsgesetz geregelt (früher im Gesetz über die Vormundschaftsbehörde und den behördlichen Jugendschutz).

Fürsorgerische Unterbringung Rekurskommission (FU-Rekurskommission) Die Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen (FU-Rekurskommission) ist eine unabhängige vom Regierungsrat gewählte Instanz. Sie entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde im Zusammenhang mit einer fürsorgerischen Unterbringung (Art. 450 und 450 e Zivilgesetzbuch (ZGB)) und gegen Entscheide der Medizinisch-pharmazeutischen Dienste oder der Einrichtung (Art. 439 ZGB). Die Entscheide der FU-Rekurskommission erfolgen jeweils in interdisziplinär zusammen-gesetzten Spruchkammern (Dreiergremium) und sind kantonal letztinstanzlich. Die FU-Rekurskommission löste die auf den 1. Januar 2013 aufgehobene Psychiatrierekurs-kommission ab. Da die FU-Rekurskommission zum Teil andere Zuständigkeiten hat als ihre Vorgängerin, lassen sich keine direkten Vergleiche zum Vorjahr ziehen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Jahresstatistik Jugendgericht

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Durch das Jugend(straf)gericht beurteilte Personen/Sachentscheide	42	38	31	24	23	15
Durch das Jugendgericht behandelte Beschwerde gegen einen Vollzugsentscheid der Jugendanwaltschaft				1	3	
Präsidialentscheide	33	32	36	9	5	0
Mit Präsidialentscheid beurteilte Beschwerde gegen einen Vollzugsentscheid der Jugendanwaltschaft				1	0	2
Als Mitglied des Zwangsmassnahmegerichts beurteilte Personen				4	14	13
Total	**75**	**70**	**67**	**39**	**45**	**30**

Insgesamt wurden in 11 Verhandlungen (2012: 12) 11 Personen beurteilt (2012: 13), wobei in 2 Fällen 2 Stunden, in 4 Fällen einen ½ Tag, in 3 Fällen den ganzen Tag (2012: 8) und in 2 Fällen 1½ Tage (2012: 2) verhandelt wurde. Bei den Verurteilungen wurden insgesamt 5 unterschiedliche Sanktionen (2012: 7) ausgesprochen. 2 Personen wurden mit einem Freiheitsentzug sanktioniert (2012: 4), gegen 2 Personen wurden Schutzmassnahmen und Strafen (Dualismus) ausgesprochen (2012: 7) und in 2 Fällen wurde bei der Verhängung einer Schutzmassnahme von einer Strafe abgesehen (2012: 1). In 2 Fällen wurde über die Änderung einer Schutzmassnahme entschieden, in 1 Fall die persönliche Leistung in einen Freiheitsentzug umgewandelt und in 1 Fall nach einer Beschwerde gegen den Strafbefehl der Juga deren Entscheid bestätigt. 1 Fall wurde ausgestellt. In 1 Fall (2012: 9) wurde über die Honorarrechnung der Rechtsvertretung ein Kostenentscheid gefällt. 3 Mal wurde in der Verhandlung eine Sicherheitshaft bzw. eine vorsorglichen Massnahme angeordnet.

Bei 2 Beschwerden gegen einen Vollzugsentscheid der Jugendanwaltschaft wurde per Präsidialentscheid entschieden (2012: 3).

Gegen einen Entscheid des Jugendgerichts wurde 2013 eine Berufung erhoben, welche beim Appellationsgericht noch hängig ist. Das Appellationsgericht hiess die 2012 eingegangene Berufung 2013 gut.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	0.0	-727.4	-729.8	-2.4	-0.3	-729.8	0.0	
31 Sach- und Betriebsaufwand	0.0	-308.4	-186.8	121.6	39.4	-186.8	0.0	1
Betriebsaufwand	**0.0**	**-1'035.8**	**-916.7**	**119.1**	**11.5**	**-916.7**	**0.0**	
42 Entgelte	0.0	20.4	3.0	-17.4	-85.1	3.0	0.0	
Betriebsertrag	**0.0**	**20.4**	**3.0**	**-17.4**	**-85.1**	**3.0**	**0.0**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**0.0**	**-1'015.4**	**-913.6**	**101.8**	**10.0**	**-913.6**	**0.0**	
Betriebsergebnis	**0.0**	**-1'015.4**	**-913.6**	**101.8**	**10.0**	**-913.6**	**0.0**	
Gesamtergebnis	**0.0**	**-1'015.4**	**-913.6**	**101.8**	**10.0**	**-913.6**	**0.0**	
davon Funktionen:								
12 Rechtssprechung	0.0	-1'015.4	-913.6	101.8	10.0	-913.6	0.0	

Kommentar

1 Das Jugendgericht und die FU-Rekurskommission nahmen am 1. Januar 2013 ihre Tätigkeit auf. Aus diesem Grund konnten bei der Budgetierung nicht auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz					2.4	1

Kommentar

1 Das Jugendgericht und die FU-Rekurskommission nahmen am 1. Januar 2013 ihre Tätigkeit auf. Allfällige weitere Kennzahlen werden in den kommenden Jahren zu definieren sein.

Mitglieder des Jugendgerichtspräsidiums entschieden im Rahmen des Zwangsmassnahme-gerichts in 9 Fällen (2012: 14) über die Anordnung einer Untersuchungshaft von insgesamt 6 Jugendlichen (2012: 10). Weitere Verfügungen als Mitglied des Zwangsmassnahmerichts erfolgten in 4 Fällen.

2013 wurden 9 Personen (2012: 14) von der Jugendanwaltschaft an das Jugendgericht zur Beurteilung angeklagt und 2 mit einem Antrag auf Änderung der Schutzmassnahme überwiesen.

Jahresstatistik Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringung

Beschwerden gegen Verfügungen der Medizinisch-pharmazeutischen Dienste und gegen Anordnungen der Universitären Psychiatrischen Kliniken

Insgesamt sind 164 Beschwerden eingegangen. Über 121 Beschwerden wurde von den Spruchkammer in 74 Verhandlungen entschieden. Dabei wurden 103 abgewiesen (88 Entscheide betreffend fürsorgerische Unterbringungen, 15 betreffend Behandlung ohne Zustimmung), 6 wurden dahingestellt oder ausgestellt, 12 wurden gutgeheissen (9 Beschwerden gegen eine Anordnung einer fürsorgerischen Unterbringung, 3 betreffend einer Behandlung ohne Zustimmung). 43 Entscheide wurden mittels Präsidialentscheid gefällt.

7 Entscheide der FU-Rekurskommission wurden an das Bundesgericht weitergezogen. Davon wurden 4 abgewiesen soweit einzutreten war, auf 3 Entscheide wurde nicht eingetreten.

	2013
Abweisung einer Beschwerde gegen eine fürsorgerische Unterbringung (FU)	78
Abweisung einer Beschwerde gegen FU - Ansetzen einer kürzeren Frist	4
Abweisung einer Beschwerde gegen Nichtentlassung	6
Abweisung einer Beschwerde gegen eine Behandlung ohne Zustimmung	15
Dahinstellen wegen Übertritt in einen freiwilligen Aufenthalt	1
Dahinstellen wegen Rückzugs der Beschwerde	4
Ausgestelltes Verfahren	1
Gutheissen einer Beschwerde gegen eine FU	9
Gutheissen eine Beschwerde gegen eine Behandlung ohne Zustimmung	3
Total Spruchkammerentscheide	**121**
Dahinstellen wegen Entlassung/Verlegung	16
Dahinstellen wegen Rückzugs der Beschwerde	26
Nichteintreten wegen Nichtentlassung	1
Total Präsidialentscheide	**43**

Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Insgesamt wurden 6 Beschwerden gegen einen Entscheid der KESB beurteilt. 5 davon wurden in der Hauptsache abgewiesen, wovon in 2 Fällen die Beschwerden betreffend Unterbringungsort gutgeheissen wurden, 1 Beschwerde wurde gut geheissen. 2 Fälle wurden am 1.Januar 2013 wegen veränderter Zuständigkeit vom Verwaltungsgericht übernommen (1 Beschwerde wurde gutgeheissen, 1 abgewiesen). Mit 1 Präsidialentscheid wurde das Verfahren wegen Rückzugs der Beschwerde dahingestellt. 2 Fälle wurden an das Bundesgericht weitergezogen, wobei in 1 Fall die Beschwerde gutgeheissen wurde.

	2013	
Abweisung der Beschwerde	4	[1]
Abweisung der Beschwerde in der Hauptsache/Gutheissung betr. Unterbringungsort	2	
Gutheissen der Beschwerde	2	[1]
Total Spruchkammerentscheide	**8**	

Kommentar

1 Je ein Fall am 1. Januar 2013 zuständigkeitshalber vom Verwaltungsgericht übernommen.

4.2.9 Behörden und Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	369
PARL-410	Ombudsstelle	371
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	377
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	379

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5.5	-8.4	-7.0	1.4	17.0	-1.5	-27.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2.9	-2.1	-2.4	-0.3	-13.5	0.5	17.9
Betriebsaufwand	**-8.4**	**-10.5**	**-9.4**	**1.2**	**10.9**	**-1.0**	**-11.7**
42 Entgelte	0.0	0.0	0.0	-0.0	-2.3	-0.0	-7.3
Betriebsertrag	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-2.3**	**-0.0**	**-7.3**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-8.4**	**-10.5**	**-9.3**	**1.1**	**11.0**	**-1.0**	**-11.8**
Betriebsergebnis	**-8.4**	**-10.5**	**-9.3**	**1.1**	**11.0**	**-1.0**	**-11.8**
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-1.3	0.0	0.0
Finanzergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-1.3**	**0.0**	**0.0**
Gesamtergebnis	**-8.3**	**-10.5**	**-9.3**	**1.1**	**11.0**	**-1.0**	**-11.8**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-6.7	-8.6	-7.6	1.0	11.4	-1.0	-14.5
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-1.7	-1.9	-1.7	0.2	9.1	-0.0	-1.1

Finanzkontrolle PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons. Sie ist fachlich unabhängig und selbständig und in ihrer Prüfungstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle führt ihre Tätigkeit nach den Bestimmungen des Finanz- und Verwaltungskontrollgesetzes (FVKG) vom 17. September 2003 und nach anerkannten Prüfungsgrundsätzen durch. Ihre Aufgaben gehen über jene der privatrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der konsolidierten Rechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle betreffen die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen sowie Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen informiert.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-2'453.7	-3'075.5	-2'757.2	318.3	10.3	-303.4	-12.4	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-333.5	-505.9	-494.8	11.1	2.2	-161.2	-48.3	
Betriebsaufwand	**-2'787.3**	**-3'581.4**	**-3'251.9**	**329.4**	**9.2**	**-464.7**	**-16.7**	
42 Entgelte	34.7	31.0	30.7	-0.3	-1.0	-4.0	-11.6	
Betriebsertrag	**34.7**	**31.0**	**30.7**	**-0.3**	**-1.0**	**-4.0**	**-11.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-2'752.5**	**-3'550.4**	**-3'221.3**	**329.1**	**9.3**	**-468.7**	**-17.0**	
Betriebsergebnis	**-2'752.5**	**-3'550.4**	**-3'221.3**	**329.1**	**9.3**	**-468.7**	**-17.0**	
44 Finanzertrag	2.7	2.7	2.7	-0.0	-1.3	0.0	0.0	
Finanzergebnis	**2.7**	**2.7**	**2.7**	**-0.0**	**-1.3**	**0.0**	**0.0**	
Gesamtergebnis	**-2'749.9**	**-3'547.7**	**-3'218.6**	**329.1**	**9.3**	**-468.7**	**-17.0**	
davon Funktionen:								
01 Legislative und Exekutive	-2'749.9	-3'547.7	-3'218.6	329.1	9.3	-468.7	-17.0	

Kommentar

1 Der Personalaufwand ist aufgrund der budgetierten, jedoch noch nicht besetzten vakanten Stelle sowie aufgrund der budgetierten, aber nur teilweise gutgeheissenen Lohnerhöhungen um rund 318'300 Franken unter dem Budget 2013.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	14.1	13.9	13.9	13.9	13.1

Ombudsstelle PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

In den letzten 3 Jahren veränderte sich nicht sehr viel in Bezug auf die Eröffnung neuer Dossiers und ihre Verteilung auf verschiedene Dienststellen. Diese Konstanz bei der Anzahl neu eröffneter Fälle erstaunt doch eher, da wir keinen Einfluss auf die Eröffnung neuer Dossiers nehmen können und die Differenz sich im Rahmen von weniger als 10 Fällen bewegt. Seit Oktober 2013 ist die Ombudsstelle gemäss Verordnung betreffend Meldung von Missständen (Whistleblowing-Verordnung) zuständige Anlaufstelle für Whistleblowing. Konkret bedeutet dies, dass Mitarbeitende des Kantons Basel-Stadt berechtigt sind, Missstände an ihrem Arbeitsplatz der kantonalen Ombudsstelle zu melden, ohne Verstoss gegen die Schweigepflicht und die Verletzung des Amtsgeheimnisses.

Im Frühjahr 2013 gab Dieter von Blarer, Ombudsmann im Jobsharing zu 50%, bekannt, dass er sein Amt auf Ende Jahr niederlegt. Dieser Rücktritt löste auf der Stelle grosses Bedauern und auch Verunsicherung aus. Bis anfangs September war nicht klar, ob der Grosse Rat das Pensum von Beatrice Inglin auf 100% erhöht oder eine neue Person zu 50% einsetzen will. Am 11. September hat der Grosse Rat dann beschlossen, das Pensum von Beatrice Inglin bis zum Ende ihrer Amtszeit auf 100% zu erhöhen.

Statistisches zur Arbeit der Ombudsstelle

Im Jahr 2013 wurden 522 neue Dossiers eröffnet (2012: 526). Mit den telefonischen und schriftlichen Anfragen und den Dossiers aus den Vorjahren wurden total 657 Anfragen bearbeitet. Diese Zahl liegt leicht unter der Vorjahrszahl (684), weil die telefonisch bearbeiteten und die per Mail oder Brief eingegangenen Anfragen zurück gingen auf 91 (2012: 126). Die Zahl der erledigten Dossiers aus dem Laufenden und den Vorjahren hat sich dagegen von 514 im Jahre 2012 auf 542 im Jahre 2013 erhöht. Ende Dezember 2013 waren 24 Dossiers noch offen.

Wir unterteilen unsere Tätigkeit grundsätzlich in drei Bereiche: Überprüfen der Verwaltungstätigkeit, Vermitteln zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung und Beraten von Personen im Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Verwaltung. Zwischen diesen drei Bereichen gibt es jedes Jahr leichte Verschiebungen. So haben wir im Vergleich zum Vorjahr etwas öfter die Verwaltungstätigkeit überprüft (24% im 2013, 22% im 2012), öfter vermittelt (bei 19% der Dossiers, 2012: 14%), dafür weniger beraten (2013: 51%, 2012: 56%).

Beim Überprüfen der Verwaltungstätigkeit (24% unserer Arbeit) stellten wir in 77% der Fälle fest, dass das Handeln der Verwaltung korrekt ist. Dies stellt der Verwaltung ein gutes Zeugnis aus. Vor allem im Bereich des Sozialhilfegesetzes stellen wir immer wieder fest, dass die Erwartungen an die Sozialhilfe, was diese alles bezahlen, nicht mit der gesetzlichen Realität übereinstimmen. Auch im Zusammenhang mit Steuern vermuten die Leute immer wieder, dass z.B. die Steuerverwaltung nicht einfach eine amtliche Einschätzung machen darf, obwohl sie die Steuerunterlagen nicht einreichten und auf keinerlei Post der Steuerverwaltung reagiert haben. Erst wenn die Betreibung für die amtliche Einschätzung kommt, wenden sie sich an die Ombudsstelle. In diesen Fällen ist das Handeln der Verwaltung absolut korrekt und die Ombudsstelle hat keinen Handlungsbedarf. Selbstverständlich können auch bei der Verwaltung Fehler passieren. So wurde bei der Überprüfung des Vorgehens der Verwaltung bei 18% aller Überprüfungen ein Fehler gefunden, welcher korrigiert wurde und bei 5% führte die Überprüfung dazu, dass das Vorgehen der Verwaltung grundsätzlich geändert werden musste.

Bei unserer Vermittlungstätigkeit (19% unserer Arbeit) waren wir bei 93% der Dossiers ganz oder teilweise erfolgreich. Nur bei 7% der Fälle blieb unsere Vermittlungstätigkeit erfolglos.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-594.0	-597.7	-623.8	-26.1	-4.4	-29.8	-5.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-120.1	-182.1	-121.1	61.0	33.5	-1.1	-0.9
Betriebsaufwand	**-714.0**	**-779.8**	**-744.9**	**34.9**	**4.5**	**-30.9**	**-4.3**
42 Entgelte	1.6	3.6	1.7	-1.9	-52.9	0.1	4.1
Betriebsertrag	**1.6**	**3.6**	**1.7**	**-1.9**	**-52.9**	**0.1**	**4.1**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-712.4**	**-776.2**	**-743.2**	**33.0**	**4.3**	**-30.8**	**-4.3**
Betriebsergebnis	**-712.4**	**-776.2**	**-743.2**	**33.0**	**4.3**	**-30.8**	**-4.3**
Gesamtergebnis	**-712.4**	**-776.2**	**-743.2**	**33.0**	**4.3**	**-30.8**	**-4.3**
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-712.4	-776.2	-743.2	33.0	4.3	-30.8	-4.3

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	2.5	2.5	2.5	2.7	2.7
Neue Dossiers	Anz	515	524	529	526	522
Dossiers aus den Vorjahren	Anz	55	47	71	32	44
Telefonisch bearbeitete Anfragen	Anz	65	66	76	81	62
Per Mail oder Brief eingegangene Anfragen	Anz	54	33	44	45	29
Weiterverweisungen	Anz	225	203	202	234	192

Die Beratung von Personen über ihre Rechte und Pflichten beansprucht am meisten unserer Arbeitszeit (51%). Darunter fallen auch die Beratungen von Angestellten des Kantons in personalrechtlicher Hinsicht. Alle Personen, die öffentlich-rechtlich angestellt sind, können sich nicht an die Beratungsstelle des Amts für Wirtschaft und Arbeit wenden, da diese nur Personen in privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen berät. Die Fragen rund um personalrechtliche Belange können meistens in einer einmaligen Beratung geklärt werden.

Bei 30 Dossiers (6% unserer Arbeit) war die Ausgangslage so komplex, dass wir in verschiedenster Hinsicht aktiv wurden: wir haben überprüft, vermittelt und beraten.

Kontakte zum Parlament, zu Kommissionen und nach aussen

- Die Ombudsleute standen einer Vertreterin des Kantons Genf für Fragen rund um die konkrete Ausgestaltung einer Ombudsstelle im Kanton Genf zur Verfügung.
- Die Ombudsfrau beteiligte sich an der Vorbereitung der gemeinsamen Weiterbildungsveranstaltung der Vereinigung der parlamentarischen Ombudsstellen der Schweiz. Die Ombudsfrau und die juristische Mitarbeiterin nahmen an der zweitägigen Weiterbildung zum Thema „Macht der Sprache und Sprache der Macht“ teil.
- Die juristische Mitarbeiterin absolvierte eine Weiterbildung im Bereich von Schuldbetreibung und Konkurs.
- Die Sicherheitspolizei demonstrierte den Ombudsleuten und der juristischen Mitarbeiterin neues Schutz- und Sicherungsmaterial für Personen in Polizeigewahrsam.
- Die Hochschule für Wirtschaft, Standort Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz, hat die Ombudsfrau ins Mittagsforum zum Vorstellen der Ombudstätigkeit eingeladen.
- Die Abteilung Materielle und Persönliche Hilfe der Sozialhilfe Basel-Stadt hat die Ombudsleute zu einem Austausch eingeladen.
- Die Ombudsfrau hat eine Weiterbildung in Mediation absolviert.

- Einige neue Kaderpersonen des Kantons sind im Rahmen ihrer Einarbeitung auch bei der Ombudsstelle vorbei gekommen, um die Aufgaben und Arbeitsweise der Ombudsstelle kennenzulernen.
- Die Ombudsfrau hat am Nationalseminar des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten teilgenommen.
- Die Ombudsleute haben an zwei Treffen der Vereinigung der Parlamentarischen Ombudsleute teilgenommen, wobei die Ombudsstelle Basel-Stadt einmal die Gastgeberfunktion übernommen hat.
- Es fanden verschiedene Gespräche mit der Geschäftsprüfungskommission, dem Büro des Grossen Rates und der Wahlvorbereitungskommission statt. Zudem wurden die Ombudsleute auf die Grossratsreise eingeladen, um den Kontakt mit den Parlamentarierinnen und Parlamentarier am Anfang der Legislatur vertiefen zu können.
- Die Ombudsfrau nahm an verschiedenen Treffen im Zusammenhang mit einer Anlaufstelle für Verdingkinder teil. Die juristische Mitarbeiterin vertrat die Ombudsfrau an einer nationalen Zusammenkunft.
- Die Ombudsleute trafen sich mit dem Datenschützer, dem Leiter der Finanzkontrolle und dem Leiter des Parlamentsdienstes, um gemeinsame Anliegen zu besprechen.
- Der Ombudsmann hat an Sitzungen des Beirats des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) teilgenommen.
- Der Ombudsmann hat an einem Austausch von Expertinnen und Experten über die periodische Überprüfung der Schweizerischen Verpflichtungen im Rahmen der Kinderrechtskonvention teilgenommen. Der Fokus lag auf die Auswirkung von akzeptierten Empfehlungen des Berichtes auf die Kantone.

Dank

Auch im Jahr 2013 hat die Bevölkerung der Ombudsstelle ihr Vertrauen geschenkt und unsere Dienste in Anspruch genommen. Für das uns entgegengebrachte Vertrauen bedanken wir uns herzlich. Es ist uns ein grosses Anliegen, allen Personen, die sich bei uns melden, innert 10 Tagen einen Termin zu geben. Dies ist in 81% der Fälle auch möglich gewesen.

In den letzten 8 Jahren konnten wir zu vielen Verwaltungsstellen einen auf gegenseitigem Respekt basierenden Kontakt aufbauen, der die Arbeit auf beiden Seiten erleichtert. Dafür sind wir sehr dankbar.

Durch den Beginn der neuen Legislaturperiode des Grossen Rates im Februar 2013 haben viele neue Personen ihre Arbeit als Grossrätinnen und Grossräte aufgenommen. Dies war für uns vor allem in der Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission spürbar, sind doch 8 von 13 Personen neu in dieser Kommission. Wir schätzen den Kontakt zum Parlament sehr, ergeben sich doch immer wieder spannende Diskussionen über unsere Arbeit.

Ohne die ausgezeichnete Unterstützung unserer juristischen Mitarbeiterin, Helen Eschenmoser, unserer beiden Mitarbeiterinnen im Sekretariat, Marianne Röthlisberger und Jacqueline Zeuggin, und unserer beiden Volontäre, Kadir Akdas und Ivana Milutinovic, wäre es uns nicht möglich gewesen, den grossen Arbeitsaufwand zu leisten. Vielen herzlichen Dank.

Persönlicher Rückblick von Dieter von Blarer auf acht Jahre Ombudstätigkeit

Beatrice Inglin und ich haben unser Amt am 1. Januar 2006 angetreten. Dank sehr guter Vernetzung von Beatrice Inglin im politischen und sozialen Basel und meiner Erfahrung als in der Region tätiger Anwalt ist es uns bald gelungen, auf der Ombudsstelle “unsere Kultur” einzuführen. Das Frau/Mann-Team im Jobsharing hat für die Ombudsstelle sicher einen zusätzlichen Gewinn gebracht. Dieser sollte nicht unterschätzt, aber auch nicht überbewertet werden. Wir haben uns im Jobsharing gegenseitig ergänzt, was für mich, und so hoffe ich, für uns beide, und für die Ombudsstelle ein Gewinn war. Damit ist nicht gesagt, dass Jobsharing immer die beste oder die bessere Lösung für die Besetzung der Position der Ombudsperson ist. Ich erlaube mir hier die Bemerkung, dass auch eine

Situation eintreten kann, in welcher die Besetzung der Ombudsstelle mit einer Persönlichkeit einem Jobsharing vorzuziehen ist. Der Wunsch aus der Politik nach einer Verankerung des Jobsharings auf der Ombudsstelle als gesetzliche "Vorschrift" schiesst meiner Ansicht nach, über das Ziel hinaus. Falls der Wunsch nach einem gesetzlich verankerten Jobsharing einer positiven Wahrnehmung unserer Arbeit auf der Ombudsstelle in den letzten acht Jahren entspricht, fühlen wir uns in unserer Arbeit bestätigt. Meine Skepsis gegenüber einem festgeschriebenen Jobsharing für die Position der Ombudsperson ist damit nicht ausgeräumt. Die Frage, ob die Ombudssfrau oder der Ombudsmann von „BeschwerdeführerInnen" angesprochen wird, hat sich in den acht Jahren vielleicht dreimal insgesamt gestellt. Bei mir ist nicht der Eindruck entstanden, ein Fehlen dieser „Wahlmöglichkeit" würde einen messbaren Einfluss auf den Zugang zur Ombudsstelle haben.

Ein paar Schwerpunkte

- Bis zum Januar 2008 hat uns die Polizei sehr beansprucht. Es gab vermehrt Beschwerden über die Handhabung der sogenannten Effektenkontrolle (strip-search). Beim strip-search muss sich eine festgenommene Person auf dem Polizeiposten, in einem dafür vorgesehenen Raum, nackt ausziehen und die Kleider den anwesenden Polizisten, bei Frauen den Polizistinnen, zur Kontrolle überreichen. Vor allem Jugendliche und junge erwachsene Männer haben sich über die aus ihrer Sicht teilweise entwürdigende Vorgehensweise der Mitarbeitenden der Polizei beschwert. Bei einem gewissen Verständnis für unsere immer drängenderen Fragen nach den Praktiken auf den Polizeiposten und den damit verbundenen Fragen der Verhältnismässigkeit des jeweiligen Vorgehens, begründete die Polizei ihre Vorgehensweise mit Selbst- und Fremdschutz. Aufforderungen zur generellen Überprüfung der teilweise fragwürdigen Praxis zeigten keine Resultate. Anlässlich einer von der Polizei vermuteten Vorbereitung zu einer Anti-WEF-Demonstration in Basel wurden Ende Januar 2008 mehrere Dutzend Personen vorläufig festgenommen. Einige mussten sich einem strip search unterziehen, andere nicht. Eltern von Jugendlichen wurden nicht informiert. Die Festnahmen erfolgten teilweise aufgrund von stereotypen Profilen. Die Ombudsstelle wurde kurz nach diesen Festnahmen von Betroffenen und von Eltern betroffener Jugendlicher aufgesucht und hat deren Schilderungen aufgenommen. Aufgrund der grossen Zahl von Betroffenen und einem Proteststurm in der Öffentlichkeit, hat der damalige Vorsteher des JSD, Regierungsrat Hanspeter Gass, eine interne Untersuchung eingeleitet. Die Ombudsstelle wurde für die Vervollständigung des Sachverhaltes beigezogen und während der Untersuchung regelmässig konsultiert. Die Untersuchung hat sich unter anderem ausführlich und grundsätzlich mit den Fragen der Zulässigkeit von Effektenkontrollen und dem in diesem Zusammenhang wichtigen Prinzip der Verhältnismässigkeit befasst. Es wurde insbesondere klar, das von der Polizei immer wieder ins Feld geführte Polizeireglement und die internen Weisungen sind zwar im Alltag wichtig, sie sind jedoch so zu formulieren und anzuwenden, dass verfassungsmässige Rechte Betroffener und der Menschenrechtsschutz gewährleistet bleiben. Der Bericht hatte eine nachhaltige Wirkung. Die internen Weisungen der Polizei wurden entsprechend angepasst. Beschwerden wegen unverhältnismässigen Eingriffen in die Persönlichkeitsrechte Betroffener durch die Polizei sind zuerst massiv und über die Zeit erheblich zurückgegangen.
- Mit dem Migrationsamt habe ich mich verschiedentlich über die Frage der Anwendung von Art. 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und Art. 3 (Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung) der Europäischen Menschrechtskonvention auseinandergesetzt. Dabei standen Fälle von drohenden Ausschaffungen und von Familiennachzug bzw. von Aufenthaltsrechten für Eltern von Kindern, die einen gesicherten Aufenthalt in der Schweiz haben, im Vordergrund. Aus meiner Sicht waren diese „Auseinandersetzungen" immer von der Suche nach menschlichen und rechtlich vertretbaren Lösungen geprägt.
- Die Sozialhilfe hat uns seit Beginn der Tätigkeit auf der Ombudsstelle mit teilweise komplexen Sachverhalten und schwierigen Situationen beschäftigt. Für die meisten
  Anliegen von Betroffenen konnten Lösungen gefunden werden, die Kommunikation
  wurde wieder hergestellt oder es ist uns gelungen, erfolgreich für die Richtigkeit des Behördenentscheides zu „werben". Zwei Aspekte aus den vielfältigen Fällen betreffend die Sozialhilfe sind bemerkenswert:
  Die Sozialhilfe weigert sich seit Jahren, das Organisationsgesetz und einen wesentlichen Verfahrensgrundsatz des Verwaltungsrechtes zu respektieren. Bei Beschwerden gegen Verfügungen, die

eine Reduktion oder Verweigerung der Sozialhilfe-Unterstützung zum Gegenstand haben, wurde und wird automatisch die aufschiebende Wirkung entzogen. Die aufschiebende Wirkung ist jedoch gemäss Gesetz und Rechtsprechung die Regel und deren Aufhebung die Ausnahme. Die Ombudsstelle hat verschiedentlich, schriftlich, im Gespräch und auch in einem Jahresbericht (2011) auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Natürlich gelingt es, in der Regel in Einzelfällen, über eine Intervention beim Rechtsdienst des WSU oder auch bei der Sozialhilfe, die aufschiebende Wirkung wieder herstellen zu lassen. Die Sozialhilfe ist zu recht sehr strikt beim Einfordern der Mitwirkungspflicht von Unterstützungsberechtigten. Ihre Glaubwürdigkeit aber wird vermindert, wenn sie, penetrant und unbelehrbar, grundsätzliche Verfahrensregeln nicht einhält. Dies gegenüber Menschen, die sozial besonders verletzlich sind. Diese Praxis stellt nicht nur eine Gesetzesverletzung dar, vielmehr widerspricht sie auch den Grundsätzen guter Regierungsführung. Weigert sich die Sozialhilfe, die Zulässigkeit der Aufhebung der aufschiebenden Wirkung korrekt zu überprüfen, führt dies dazu, dass entweder das Departement eine eigene Prüfung vornimmt, wobei die Sozialhilfe vorweg zu einer Stellungnahme aufgefordert wird, oder die Betroffenen verlangen, dass die aufschiebende Wirkung während des Verfahrens wieder hergestellt wird. In beiden Fällen entsteht aus meiner Sicht zusätzlicher Aufwand, der bei einer korrekten Überprüfung der Zulässigkeit der Aufhebung durch die Sozialhilfe selber nicht oder weniger anfallen würde. Zudem wird die Aufhebung der aufschiebenden Wirkung bei einer Beschwerde in der Regel nicht begründet, was schon an sich eine Verletzung des auf Verfassungsebene geschützten Rechts auf rechtliches Gehör darstellt.

Sozialhilfeempfänger haben ihre „Bedürftigkeit“ glaubhaft zu machen. Dazu gehört die Glaubhaftmachung von Mittellosigkeit. Bei mir ist der Eindruck entstanden, die Sozialhilfe verliere in diesem Zusammenhang gelegentlich den Sinn für die Lebenswirklichkeit. Lange berufliche Erfahrung lehrt mich, es gibt sie, die „Schlitzohren“, Lügner und Betrüger. Sie sind jedoch unter den „Kunden und Kundinnen“ der Sozialhilfe eine kleine Minderheit. Hingegen gibt es auch die, die sich durch Unkenntnis, Unbeholfenheit, Scham oder aus anderen Gründen in Situationen bringen, die sie selber als unglaubwürdig erscheinen lassen. Die Unterscheidung mag nicht immer einfach sein, kann aber Betroffene in ihrer Existenz treffen. In einzelnen Fällen hat die Sozialhilfe von Bedürftigen über Monate Beweise für die Nichtexistenz von Vermögenswerten verlangt, oder sie verlangt Dokumente über Grundstücke in fernen Ländern, die bei etwas nüchterner Betrachtung entweder für die Familie vor Ort von sozial existenzieller Bedeutung sind oder einen Vermögenswert darstellen, der die Bedürftigkeit der „Bittsteller“ nicht vom Tisch bringt. Der Beweis der Nichtexistenz einer Tatsache ist bekanntlich schwierig bis unmöglich. Das Beharren auf diesem Beweis über Monate kann existenzbedrohend werden. Wenn die Familiensolidarität in einer bestimmten Konstellation funktioniert und z.B. ältere Geschwister die Eltern und die jüngeren Geschwister unterstützen, obwohl sie nicht unterstützungspflichtig sind, kann die Dynamik ins Bizarre kippen. Dank einem nicht existenzsichernden Einkommen und Zustupf von unabhängigen Familienmitgliedern, können die Bedürftigen, trotz Aufhebung der aufschiebenden Wirkung, existieren. Das kann verhängnisvoll werden, denn nun vermutet die Sozialhilfe zusätzliches Einkommen.

Die Sozialhilfe hat eine schwierige und anspruchsvolle Aufgabe. Sie steht unter Beobachtung und muss sich rechtfertigen. Fliegt ein Betrug auf, wird sie durch Medien und gewisse VertreterInnen der Politik kritisiert. Es werden Untersuchungen verlangt. Andererseits muss auch in diesem Bereich die Unschuldsvermutung gelten. Menschen in sozialer Not steht der gleiche Umgang zu wie Mandatsträgern, die unsicher sind, ob ihre Bezüge aus Nebeneinkünften ihnen oder dem Staat gehören.

Gesetzesstaat, Rechtsstaat und Fairness

Die Schweiz ist zum Glück für ihre Einwohner ein funktionierender Rechtsstaat. Der Rechtsstaat schützt unter anderem die Bürger vor Willkür der Verwaltung. Wie die Einwohner selber hat sich auch die staatliche Verwaltung an Recht und Gesetz zu halten. Es lassen sich allerdings nicht alle Beziehungen zwischen Einwohner und Verwaltung bis ins Einzelne und für jeden möglichen Fall regeln. Deshalb sind die allgemeinen Grundsätze der Verwaltungsführung wie Verhältnismässigkeit, Fairness, Gleichbehandlung etc. in den alltäglichen Beziehungen zwischen Verwaltung und Einwohner zentral, damit diese menschlich bleiben. Aus meiner Wahrnehmung erfüllt die Verwaltung diese Anforderungen in der Regel. Der wirkliche Test zeigt sich allerdings im Umgang mit sogenannten schwierigen Fällen. Mit Fällen, die sich vielleicht aufgrund der Gesetzeslage nicht befriedigend lösen

lassen. Menschen können in ihrer Biografie durch eigenes Verschulden, durch Dritte, durch Fehlerhaftigkeit oder Sturheit der staatlichen Verwaltung oder ganz einfach durch Pech in Situationen geraten, die sie in ihrer Existenz bedrohen oder ihnen das Gefühl geben, in ihrer Existenz bedroht zu sein. Die zunehmende Regeldichte und die Meinung der Gesetzesstaat, im Gegensatz zum Rechtsstaat, könne alle Probleme zwischen Menschen und Staat lösen, gibt zu denken. Als Beispiel mag die kürzlich vom Grossen Rat verabschiedete Regelung des Steuererlasses dienen. Diese übernimmt weitgehend die bisherige Praxis der Steuerverwaltung und des Bundesgerichtes bezüglich formeller und materieller Zulässigkeit von Steuererlassen.
Bis vor nicht allzu langer Zeit war der Steuererlass ein Gnadenakt. Die zuständigen Personen in der Steuerverwaltung haben die Gesuche zum Teil ohne grosse Formalitäten entgegen genommen. Sie haben unter Ausübung ihres Ermessensspielraums in der Regel mit einer gewissen Grosszügigkeit entschieden. Hingegen gab es keine Einsprachemöglichkeit. Dies war aus meiner Sicht rechtlich nicht korrekt. Die Ombudsstelle musste sich jedoch nur mit wenigen Fällen beschäftigen. Seit der Steuererlass verrechtlicht wurde, entspricht das Verfahren zwar den rechtsstaatlichen Anforderungen. Es wurde auch transparenter. Trotzdem haben die Fälle auf der Ombudsstelle massiv zugenommen, da die Anforderungen an die Begründung gestiegen sind. Seit der jüngsten gesetzlichen Präzisierung ist das Gesuch schriftlich einzureichen und muss begründet werden. Für viele Betroffene bedeutet schon dies eine erhebliche Hürde. Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen bei der Steuerverwaltung war immer gut bis sehr gut und in der Regel können Lösungen gefunden werden oder wir einigten uns, dass die Betroffenen noch gewisse Unterlagen einreichen sollen. Der Beratungsaufwand der Ombudsstelle ist hier erheblich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass nicht alle Betroffenen, die mit dem Entscheid über ein Steuererlassgesuch nicht einverstanden sind, auch in der Lage sind, eine gut begründete Einsprache mit Aussicht auf Erfolg einzureichen oder es ihnen in den Sinn kommt, sich an die Ombudsstelle zu wenden. Sie machen vielleicht die Faust im Sack.

Dank

Trotz und auch wegen der oben beschriebenen Herausforderungen war die Zeit auf der Ombudsstelle immer spannend und ich hatte den Eindruck sowohl für den Einzelnen als auch für die Verwaltung einen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung und beidseitigem Verständnis leisten zu können. Dazu gehört die meist sehr offene Haltung der Verwaltung und die Bereitschaft, sich in einen Dialog einzulassen, um gemeinsam vertretbare und auch vermittelbare Lösungen zu finden, die, selbst bei kreativem Ansatz, noch gesetzmässig sind. Ich bin dankbar für diese Erfahrung.
Dieter von Blarer

Grosser Rat und Parlamentsdienst PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen wurden im Jahr 2013 folgende wichtigen Projekte und Tätigkeiten abgewickelt:

Parlamentsdienst

- Relaunch des Internetauftritts des Parlamentes (www.grosserrat.bs.ch) als Content-Management-System (CMS)
- Zweitägige Reise des Grossen Rates (einmal pro Legislatur) nach Zürich und Rapperswil
- Organisatorische Anpassungen bezüglich der auf Beginn der Amtsdauer 2013-2017 veränderten Grösse der Kommissionen

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-1'602.5	-3'908.3	-2'785.4	1'122.9	28.7	-1'182.9	-73.8	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'326.0	-1'170.6	-1'642.2	-471.6	-40.3	683.8	29.4	1
Betriebsaufwand	**-3'928.5**	**-5'078.9**	**-4'427.6**	**651.3**	**12.8**	**-499.1**	**-12.7**	
42 Entgelte	7.9	8.3	7.5	-0.8	-9.6	-0.4	-4.6	
Betriebsertrag	**7.9**	**8.3**	**7.5**	**-0.8**	**-9.6**	**-0.4**	**-4.6**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-3'920.7**	**-5'070.6**	**-4'420.1**	**650.5**	**12.8**	**-499.5**	**-12.7**	
Betriebsergebnis	**-3'920.7**	**-5'070.6**	**-4'420.1**	**650.5**	**12.8**	**-499.5**	**-12.7**	
Gesamtergebnis	**-3'920.7**	**-5'070.6**	**-4'420.1**	**650.5**	**12.8**	**-499.5**	**-12.7**	
davon Funktionen:								
01 Legislative und Exekutive	-3'920.7	-5'070.6	-4'420.1	650.5	12.8	-499.5	-12.7	

Kommentar

1 Durch die Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) im Jahre 2013, werden die nicht AHV-pflichtigen Entschädigungen neu im FDK 31 statt wie bisher im FDK 30 verbucht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.3	7.9	7.9	7.9	8.2
Halbtagessitzungen Plenum	Anz	42	46	45	35	41
Kommissionssitzungen	Anz	371	418	407	396	422
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	114	134	119	101	115
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	277	315	278	311	395

Datenschutzbeauftragter PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte übt seine Aufsichtstätigkeit in völliger Unabhängigkeit aus. Er hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und allen Gemeinden beim Umgang mit Informationen;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über den Umgang mit Informationen nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audit);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten, insb. bei IT-Projekten, beim Erlass und der Verlängerung von Videoüberwachungsreglementen und bei der Einräumung von Online-Zugriffen auf Personendaten eines anderen öffentlichen Organs;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der von behördlichen Datenbearbeitungen betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- Stellungnahme zu Erlassen, die für den Umgang mit Informationen oder den Datenschutz relevant sind;
- Information von Bevölkerung, Medien und öffentlichen Organe;
- Zusammenarbeit mit den Organen der anderen Kantone, des Bundes und des Auslandes, welche die gleichen Aufgaben erfüllen;
- Berichterstattung;

Mit der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) wurde das Aufgabenfeld des Datenschutzbeauftragten erweitert, indem seine Beratungs- und Aufsichtstätigkeit über die Bearbeitung von Personendaten hinaus auf den Umgang mit Informationen generell ausgeweitet wird.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die im Jahr 2012 erarbeitete Standardisierung der Audits konnte praktisch umgesetzt werden und hat sich bewährt. Die Zahl der abgeschlossenen Datenschutz-Audits konnte verdoppelt werden.

Die Beratungstätigkeit wurde erneut stärker in Anspruch genommen; die Zahl der neu eröffneten Geschäftsfälle stieg wiederum um 10 Prozent, der Anteil komplexer Beratungen noch stärker. Unterschiedlich konsequent erscheint die Vorlage von Projekten zur Vorabkontrolle und von Erlassen zur Vernehmlassung durch die Departemente zu erfolgen.

Die Zahl der Schulungen für öffentliche Organe hat sich auf dem erwarteten Niveau eingependelt, nachdem sie in den beiden Vorjahren aufgrund der Einführung des IDG deutlich höher lag.

Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im separaten Tätigkeitsbericht (§50 IDG).

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-835.3	-842.9	-823.3	19.7	2.3	12.0	1.4	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-137.3	-252.7	-137.5	115.2	45.6	-0.3	-0.2	1
Betriebsaufwand	**-972.5**	**-1'095.7**	**-960.8**	**134.9**	**12.3**	**11.7**	**1.2**	
42 Entgelte	5.7	4.5	6.4	1.9	42.3	0.7	12.2	
Betriebsertrag	**5.7**	**4.5**	**6.4**	**1.9**	**42.3**	**0.7**	**12.2**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-966.8**	**-1'091.2**	**-954.4**	**136.8**	**12.5**	**12.4**	**1.3**	
Betriebsergebnis	**-966.8**	**-1'091.2**	**-954.4**	**136.8**	**12.5**	**12.4**	**1.3**	
Gesamtergebnis	**-966.8**	**-1'091.2**	**-954.4**	**136.8**	**12.5**	**12.4**	**1.3**	
davon Funktionen:								
14 Allgemeines Rechtswesen	-966.8	-1'091.2	-954.4	136.8	12.5	12.4	1.3	

Kommentar

1 Weniger Ausgaben im Bereich der extern Beratungs- und IT-Dienstleistungen (Verschiebung eines extern durchgeführten Datenschutzaudits ins Jahr 2014, Migration der Website in WebBS aufgrund der Projektverzögerung erst im Jahr 2014).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	2.9	3.1	4.3	4.7	4.8	
Geschäftsfälle	Anz			341	366	403	1
Komplexe Beratungen (gemessen an der Anzahl Beratungen)	%			7	9	11	
Abgeschlossene Datenschutz-Audits	Anz			2	2	4	
Durchgeführte Schulungen für öffentliche Organe	Anz			12	11	7	
Innert 14 Tagen abgeschlossene nicht komplexe Beratungen	%			61	50	54	

Kommentar

1 Kennzahlen werden seit 2011 erhoben.

4.2.10 Regierungsrat und Übriges

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	27.1	-16.1	22.9	38.9	242.5	-4.2	-15.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-88.5	-59.8	-71.5	-11.7	-19.5	17.1	19.3
36 Transferaufwand	-0.8	-0.9	-0.9	-0.0	-4.5	-0.0	-5.7
Betriebsaufwand	**-62.3**	**-76.7**	**-49.5**	**27.2**	**35.5**	**12.8**	**20.6**
42 Entgelte	112.3	104.5	107.8	3.3	3.1	-4.5	-4.0
43 Verschiedene Erträge	2.1	0.0	11.3	11.3	0.0	9.2	449.1
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	8.3	8.8	7.7	-1.1	-12.4	-0.6	-7.8
Betriebsertrag	**122.8**	**113.2**	**126.7**	**13.5**	**11.9**	**3.9**	**3.2**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**60.5**	**36.5**	**77.3**	**40.7**	**111.5**	**16.7**	**27.7**
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-45.6	-57.5	-94.1	-36.6	-63.6	-48.5	-106.4
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1.0	-1.0	0.0	-1.0	0.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	4.8	4.8	0.0	4.8	0.0
Abschreibungen	**-45.6**	**-57.5**	**-90.3**	**-32.8**	**-57.0**	**-44.7**	**-97.9**
Betriebsergebnis	**14.9**	**-21.0**	**-13.0**	**8.0**	**38.1**	**-27.9**	**-187.1**
34 Finanzaufwand	-6.6	-6.0	-6.3	-0.3	-5.0	0.3	4.3
44 Finanzertrag	63.4	60.0	58.2	-1.8	-3.0	-5.2	-8.3
Finanzergebnis	**56.8**	**53.9**	**51.8**	**-2.1**	**-3.9**	**-5.0**	**-8.7**
Gesamtergebnis	**71.7**	**33.0**	**38.8**	**5.9**	**17.8**	**-32.9**	**-45.8**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	107.5	33.0	75.9	42.9	130.3	-31.6	-29.4
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-5.7	0.0	-6.6	-6.6	0.0	-0.9	-16.3
2 Bildung	-16.3	0.0	-16.7	-16.7	0.0	-0.5	-2.8
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-9.6	0.0	-9.2	-9.2	0.0	0.4	4.1
4 Gesundheit	-1.9	0.0	-1.1	-1.1	0.0	0.8	43.2
5 Soziale Sicherheit	-0.5	0.0	-0.2	-0.2	0.0	0.3	57.2
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.5	0.0	-0.9	-0.9	0.0	-0.3	-62.9
7 Umweltschutz und Raumordnung	-0.8	0.0	-1.4	-1.4	0.0	-0.6	-76.3
8 Volkswirtschaft	-0.3	0.0	-1.3	-1.3	0.0	-1.0	-278.4
9 Finanzen und Steuern	-0.2	0.0	0.3	0.3	0.0	0.5	252.2

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-143.0	-174.3	-145.3	28.9	16.6	-2.3	-1.6
Einnahmen Grossinvestitionen	6.8	0.0	7.6	7.6	0.0	0.9	12.8
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	24.8	12.3	12.6	0.4	3.1	-12.2	-49.0
Nettoinvestitionen	**-111.4**	**-162.0**	**-125.0**	**37.0**	**22.8**	**-13.6**	**-12.2**
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	52.6	52.6	0.0	52.6	0.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**0.0**	**0.0**	**52.6**	**52.6**	**0.0**	**52.6**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-111.4**	**-162.0**	**-72.5**	**89.5**	**55.3**	**38.9**	**35.0**

Regierungsrat RR-410

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Bestätigung an der Urne Die Politik des Regierungsrates fand Zustimmung: Die Stimmberechtigten haben das neue Wohnraumfördergesetz und die Zonenänderung und Festsetzung eines Bebauungsplanes im Bereich Clarastrasse, Riehenring und Drahtzugstrasse ("Claraturm") gutgeheissen. Zudem haben sie entsprechend der Empfehlung des Regierungsrates die drei Initiativen „Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!", „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!“ und „CentralParkBasel“ abgelehnt.

Das mit über 60 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissene Wohnraumfördergesetz (WRFG) wurde den Stimmberechtigten als Gegenvorschlag zur Initiative „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!“ unterbreitet. Entgegen der Initiative trägt das neue Gesetz den Wohnbedürfnissen der ganzen Bevölkerung Rechnung. Es basiert auf der vom Regierungsrat entwickelten kantonalen Wohnraumentwicklungsstrategie mit einem umfangreichen Massnahmenpaket. Damit wird das Angebot an preisgünstigen Wohnungen durch die Unterstützung von Wohngenossenschaften und anderen Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus mittels Darlehen und Bürgschaften, durch die Abgabe von Grundstücken im Baurecht und durch Steuererleichterungen gefördert. Zusätzlich zur bereits bestehenden finanziellen Unterstützung für Familien mit tieferen Einkommen kann der Kanton zudem besonders benachteiligten Personen preisgünstigen Mietwohnraum bereitstellen. Um langfristig eine nachhaltige Wohnraumentwicklung zu gewährleisten, werden auch die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau verbessert. So wird das Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern aus den 1970er Jahren an die heutigen Erfordernisse angepasst und ins WRFG überführt. Das Gesetz und die entsprechende Verordnung werden im Jahr 2014 in Kraft gesetzt.

Die Zonenänderung und Festsetzung eines Bebauungsplanes im Bereich Clarastrasse, Riehenring und Drahtzugstrasse, die durch ein Referendum an die Urne gezogen wurden, machen den Weg frei für den Bau eines Hochhauses mit 170 Wohnungen im mittleren Preissegment, einem Boulevardrestaurant im Erdgeschoss und einem Quartiersaal im obersten Stockwerk. Der sogenannte Claraturm bildet die städtebaulich veränderte Situation des Messeplatzes ab. Die Tatsache, dass durch den Neubau benötigter Wohnraum entstehen kann, ohne dass zusätzliche Fläche verbaut wird oder gar Grünfläche verloren geht, hat 30’000 Stimmberechtigte überzeugt, was 53 Prozent der abgegebenen Stimmzettel entspricht.

Die Ablehnung der Änderung des Gesetzes über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (RLG) wird nicht als Korrektur der regierungsrätlichen Politik an der Urne verstanden, da der Gesetzestext, der den Stimmberechtigten vorgelegt wurde, durch den Grossen Rat so verändert wurde, dass die regierungsrätliche Absicht, eine austarierte Lösung einzuführen, offensichtlich nicht mehr zu erkennen war: Heute gibt es im Kanton Basel-Stadt zwei verkaufsoffene Sonntage vor Weihnachten, die auf einer jahrelangen Tradition beruhen. Bis anhin fehlte jedoch eine ausreichende gesetzliche Grundlage. Die Grossverteiler, die Warenhäuser und Einkaufszentren setzten sich für vier verkaufsoffene Sonntage ein, der Regierungsrat beantragte deren drei. Doch nach der Meinung des Grossen Rates sollte der Sonntag seinen Charakter als Ruhetag nicht durch zu viele Ausnahmen verlieren. Der Grosse Rat hat daher bloss die gesetzliche Verankerung der zwei heutigen Weihnachtsverkäufe beschlossen. Gleichzeitig hat der Grosse Rat die geltenden Ladenöffnungszeiten entgegen dem Antrag des Regierungsrates am Samstag um zwei Stunden, das heisst bis 20.00 Uhr, verlängert. Die Stimmberechtigten konnten sich entweder mit der Beschränkung auf zwei Sonntagsverkäufe oder mit den verlängerten Öffnungszeiten am Samstag nicht anfreunden. Die Ablehnung mit beinahe 60 Prozent Nein-Stimmen war die Folge.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	Abw. R13/B13 abs.	Abw. R13/B13 %	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %	
30 Personalaufwand	-2'830.2	-2'772.8	-3'165.2	-392.3	-14.1	-335.0	-11.8	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7.3	-18.9	-6.0	12.9	68.2	1.2	17.0	
Betriebsaufwand	**-2'837.4**	**-2'791.8**	**-3'171.2**	**-379.4**	**-13.6**	**-333.7**	**-11.8**	
42 Entgelte	2.8	3.4	2.6	-0.8	-23.9	-0.2	-8.4	
Betriebsertrag	**2.8**	**3.4**	**2.6**	**-0.8**	**-23.9**	**-0.2**	**-8.4**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-2'834.6**	**-2'788.4**	**-3'168.6**	**-380.2**	**-13.6**	**-334.0**	**-11.8**	
Betriebsergebnis	**-2'834.6**	**-2'788.4**	**-3'168.6**	**-380.2**	**-13.6**	**-334.0**	**-11.8**	
Gesamtergebnis	**-2'834.6**	**-2'788.4**	**-3'168.6**	**-380.2**	**-13.6**	**-334.0**	**-11.8**	
davon Funktionen:								
01 Legislative und Exekutive	-2'834.6	-2'788.4	-3'168.6	-380.2	-13.6	-334.0	-11.8	

Kommentar

1 Die Nebeneinkünfte fielen um 140'000 Franken tiefer aus als budgetiert. Rund 250'000 Franken resultieren aus Mehrkosten infolge Wechsel im Regierungsrat.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

Mitsprache durch Vernehmlassung Fünf kantonale Gesetze sind den interessierten Kreisen zur Vernehmlassung zugestellt worden: das Taxigesetz, ein neues Kinder- und Jugendgesetz, das Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin, aber auch die Totalrevision des Kantonalbankgesetzes und des Pensionskassengesetzes.

Während die Auswertung der gesetzlichen Grundlagen zur Regelung des Taxiwesens und der Ersatz des Jugendhilfegesetzes noch nicht vorliegen, haben die anderen drei Gesetzesnovellen bei den Vernehmlassungsteilnehmenden die erwarteten Kontroversen ausgelöst:

Das Projekt, ein universitäres Zentrum für Zahnmedizin zu schaffen, das die Öffentlichen Zahnkliniken (ZKB) mit den Universitätskliniken für Zahnmedizin (UZM) des Departements Zahnmedizin der Medizinischen Fakultät der Universität Basel zusammenlegt, wurde grundsätzlich begrüsst. Die neue Einheit wird nun analog zu den öffentlichen Spitälern als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestaltet. Allerdings musste der Regierungsrat aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung nun verbindlich vorsehen, dass im Sinne einer Gleichbehandlung zu den Staatsangestellten des Kantons Basel-Stadt sowie zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IWB, der BVB und der öffentlichen Spitäler auch das UZB gemäss dem neu eingefügten §13 Abs. 2 UZBG verpflichtet werden soll, das Personal zu den gleichen Bedingungen zu versichern wie das Staatspersonal.

Die Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse des Gesetzes über die Kantonalbank zeigt, dass die konsequente Umsetzung der Public Corporate Governance politisch anspruchsvoll sein wird. Der Regierungsrat hat aufgrund der Rückmeldungen nicht nur eine engere Definition des Eigenhandels vorgenommen und Tochtergesellschaften im Ausland gestrichen, sondern musste bei der Bestellung des Bankrates von der Wahl durch den Regierungsrat abweichen. Im Sinne eines Kompromisses schlägt er nun dem Parlament die Wahl durch den Grossen Rat vor, verknüpft diese aber an den bindenden Wahlvorschlag des Regierungsrates.

In der Vernehmlassungsvorlage zum neuen Pensionskassengesetz wurde unter anderem die Primatsfrage (Leistungs- oder Beitragsprimat) gestellt. Aufgrund der Vernehmlassungsantworten sieht der Regierungsrat keine Möglichkeit für einen Wechsel zum Beitragsprimat. Insbesondere die Stellungnahmen zur Risikoaufteilung im Beitragsprimat zeigen, dass sich keine sozialpartnerschaftlich verträgliche Lösung finden lässt. Da der Regierungsrat den sozialpartnerschaftlichen Frieden höher einschätzt als die Vorteile eines Primatwechsels, schlägt er vor, beim Leistungsprimat zu bleiben.

Übriges: Finanzen Liegenschaften

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-55'413.8	-56'372.2	-55'781.0	591.2	1.0	-367.2	-0.7	
Betriebsaufwand	**-55'413.8**	**-56'372.2**	**-55'781.0**	**591.2**	**1.0**	**-367.2**	**-0.7**	
42 Entgelte	107'371.9	103'614.1	106'433.3	2'819.3	2.7	-938.5	-0.9	1
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
46 Transferertrag	3.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.9	-100.0	
Betriebsertrag	**107'375.8**	**103'614.1**	**106'433.3**	**2'819.3**	**2.7**	**-942.5**	**-0.9**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**51'962.0**	**47'241.9**	**50'652.3**	**3'410.4**	**7.2**	**-1'309.7**	**-2.5**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-45'103.0	-57'506.5	-93'503.7	-35'997.2	-62.6	-48'400.7	-107.3	2
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	4'847.8	4'847.8	0.0	4'847.8	0.0	3
Abschreibungen	**-45'103.0**	**-57'506.5**	**-88'655.9**	**-31'149.4**	**-54.2**	**-43'552.9**	**-96.6**	
Betriebsergebnis	**6'859.0**	**-10'264.6**	**-38'003.6**	**-27'738.9**	**-270.2**	**-44'862.6**	**-654.1**	
34 Finanzaufwand	-6'622.9	-6'037.9	-6'341.3	-303.3	-5.0	281.6	4.3	4
44 Finanzertrag	42'647.3	40'377.1	38'575.9	-1'801.2	-4.5	-4'071.4	-9.5	5
Finanzergebnis	**36'024.4**	**34'339.1**	**32'234.6**	**-2'104.5**	**-6.1**	**-3'789.8**	**-10.5**	
Gesamtergebnis	**42'883.4**	**24'074.5**	**-5'769.0**	**-29'843.5**	**-124.0**	**-48'652.4**	**-113.5**	
davon Funktionen:								
01 Legislative und Exekutive	-350.3	0.0	-696.3	-696.3	0.0	-346.0	-98.8	
02 Allgemeine Dienste	79'032.3	24'074.5	31'007.8	6'933.3	28.8	-48'024.5	-60.8	
11 Öffentliche Sicherheit	-2'621.1	0.0	-3'435.5	-3'435.5	0.0	-814.4	-31.1	
12 Rechtssprechung	-1'263.8	0.0	-941.1	-941.1	0.0	322.7	25.5	
13 Strafvollzug	-546.5	0.0	-375.7	-375.7	0.0	170.8	31.3	
14 Allgemeines Rechtswesen	-749.6	0.0	-1'000.9	-1'000.9	0.0	-251.3	-33.5	
15 Feuerwehr	-320.5	0.0	-259.7	-259.7	0.0	60.8	19.0	
16 Verteidigung	-157.3	0.0	-568.9	-568.9	0.0	-411.6	-261.7	
21 Obligatorische Schule	-9'330.8	0.0	-9'641.2	-9'641.2	0.0	-310.4	-3.3	
22 Sonderschulen	-811.8	0.0	-1'373.0	-1'373.0	0.0	-561.2	-69.1	
23 Berufliche Grundbildung	-3'117.7	0.0	-3'516.2	-3'516.2	0.0	-398.4	-12.8	
25 Allgemeinbildende Schulen	-2'984.4	0.0	-2'232.7	-2'232.7	0.0	751.8	25.2	
27 Hochschulen	454.6	0.0	326.9	326.9	0.0	-127.7	-28.1	
28 Forschung	-274.2	0.0	-143.3	-143.3	0.0	130.9	47.7	
29 Übriges Bildungswesen	-201.6	0.0	-142.9	-142.9	0.0	58.7	29.1	
31 Kulturerbe	-2'766.9	0.0	-2'569.3	-2'569.3	0.0	197.6	7.1	
32 Kultur, übrige	-1'312.9	0.0	-1'492.2	-1'492.2	0.0	-179.3	-13.7	
34 Sport und Freizeit	-5'550.5	0.0	-5'163.8	-5'163.8	0.0	386.7	7.0	
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-1'243.9	0.0	-526.2	-526.2	0.0	717.7	57.7	
43 Gesundheitsprävention	-220.9	0.0	-275.0	-275.0	0.0	-54.1	-24.5	
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-446.0	0.0	-285.1	-285.1	0.0	160.9	36.1	
54 Familie und Jugend	-83.6	0.0	-31.3	-31.3	0.0	52.3	62.6	
55 Arbeitslosigkeit	-170.3	0.0	-103.5	-103.5	0.0	66.8	39.2	
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-212.0	0.0	-64.6	-64.6	0.0	147.5	69.6	
61 Strassenverkehr	-542.6	0.0	-883.9	-883.9	0.0	-341.4	-62.9	
72 Abwasserbeseitigung	-184.3	0.0	-86.0	-86.0	0.0	98.3	53.3	
74 Verbauungen	0.0	0.0	-71.9	-71.9	0.0	-71.9	0.0	
77 Übriger Umweltschutz	-595.7	0.0	-1'217.3	-1'217.3	0.0	-621.6	-104.4	
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-345.7	0.0	-308.2	-308.2	0.0	37.5	10.9	
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-198.6	0.0	302.1	302.1	0.0	500.7	252.2	

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-137'333.5	-174'250.0	-145'305.4	28'944.6	16.6	-7'971.9	-5.8
Einnahmen Grossinvestitionen	6'773.3	0.0	7'642.5	7'642.5	0.0	869.1	12.8
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	24'787.7	12'250.0	12'629.9	379.9	3.1	-12'157.8	-49.0
Nettoinvestitionen	**-105'772.4**	**-162'000.0**	**-125'033.0**	**36'967.0**	**22.8**	**-19'260.5**	**-18.2**
Saldo Investitionsrechnung	**-105'772.4**	**-162'000.0**	**-125'033.0**	**36'967.0**	**22.8**	**-19'260.5**	**-18.2**

Kommentar

1 Die intern verrechneten Mieterträge liegen 2.8 Mio. Franken über dem Budget.

2 Die Abschreibungen der Hochbauten im Verwaltungsvermögen liegen infolge der Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell der Kantone (HRM2) um 34.7 Mio. Franken über Budget. Die Auswirkungen auf die Abschreibungen durch die Umstellung auf HRM2 waren vor dem Restatement nicht abschätzbar.

3 Diese Erträge stehen ebenfalls im Zusammenhang mit der Neubewertung (Restatement) der Hochbauten im Verwaltungsvermögen nach HRM2.

4 Es handelt sich beim Finanzaufwand um Liegenschaftsaufwand bei von Dritten genutzten Objekten. Der Finanzaufwand liegt aufgrund erhöhten Unterhalt um 300'000 Franken über Budget.

5 Analog zum Finanzaufwand handelt es sich beim Finanzertrag um Mieterträge von Dritten. Der Finanzertrag liegt aufgrund der nach der Budgeterstellung erfolgten Umwidmungen vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen unter Budget. Die Erträge fehlen dem Kanton nicht, sie fielen im Finanzvermögen an.

Übriges: Allgemeine Verwaltung

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	29'907.3	-13'288.0	26'049.9	39'337.9	296.0	-3'857.4	-12.9	1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-33'104.9	-3'392.5	-15'665.7	-12'273.2	-361.8	17'439.2	52.7	2
36 Transferaufwand	-841.0	-850.0	-888.7	-38.7	-4.5	-47.6	-5.7	
Betriebsaufwand	**-4'038.7**	**-17'530.5**	**9'495.6**	**27'026.1**	**154.2**	**13'534.3**	**335.1**	
42 Entgelte	4'903.0	850.0	1'319.6	469.6	55.2	-3'583.4	-73.1	
43 Verschiedene Erträge	2'058.2	0.0	11'302.0	11'302.0	0.0	9'243.8	449.1	3
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	159.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-159.9	-100.0	
46 Transferertrag	8'307.0	8'750.0	7'663.0	-1'087.0	-12.4	-644.0	-7.8	
Betriebsertrag	**15'428.1**	**9'600.0**	**20'284.6**	**10'684.6**	**111.3**	**4'856.5**	**31.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**11'389.5**	**-7'930.5**	**29'780.2**	**37'710.7**	**475.5**	**18'390.8**	**161.5**	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-500.7	0.0	-602.7	-602.7	0.0	-101.9	-20.4	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	-1'000.0	0.0	4
Abschreibungen	**-500.7**	**0.0**	**-1'602.7**	**-1'602.7**	**0.0**	**-1'101.9**	**-220.1**	
Betriebsergebnis	**10'888.7**	**-7'930.5**	**28'177.6**	**36'108.1**	**455.3**	**17'288.8**	**158.8**	
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
44 Finanzertrag	20'752.0	19'600.0	19'584.0	-16.0	-0.1	-1'168.0	-5.6	
Finanzergebnis	**20'752.0**	**19'600.0**	**19'584.0**	**-16.0**	**-0.1**	**-1'168.0**	**-5.6**	
Gesamtergebnis	**31'640.7**	**11'669.5**	**47'761.6**	**36'092.1**	**309.3**	**16'120.8**	**50.9**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	31'640.7	11'669.5	48'761.6	37'092.1	317.9	17'120.8	54.1	
85 Industrie, Gewerbe, Handel	0.0	0.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	-1'000.0	0.0	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-5'642.1	0.0	0.0	0.0	0.0	5'642.1	100.0
Nettoinvestitionen	**-5'642.1**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**5'642.1**	**100.0**
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	52'560.0	52'560.0	0.0	52'560.0	0.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**0.0**	**0.0**	**52'560.0**	**52'560.0**	**0.0**	**52'560.0**	**0.0**
Saldo Investitionsrechnung	**-5'642.1**	**0.0**	**52'560.0**	**52'560.0**	**0.0**	**58'202.1**	**...**

Kommentar

1 Infolge guter Performance 2013 konnte die Rückstellung betreffend der PKBS Deckungslücke im Bereich Staat von 70.8 Mio. Franken auf 30.8 Mio. Franken reduziert werden.

2 Nach HRM2 müssen die Buchungen für Eigenversicherungen neu über die Erfolgsrechnung geführt werden. Für Sach-, Haftpflicht- und Personenschäden wurden Zahlungen in der Höhe von rund 14.95 Mio. Franken ausgeführt. Als Gegenposition werden die fakturierten Versicherungsprämien im FDK 43 ausgewiesen.

3 Die Rimas Insurance Broker AG hat an die Dienststellen des Kantons Versicherungsprämien in der Höhe von 11.3 Mio. Franken fakturiert, welche nach HRM2 neu in der Erfolgsrechnung gezeigt werden (s. auch FDK 31).

4 Der Investitionsbeitrag an die MCH Messe Schweiz AG in der Höhe von 20 Mio. Franken wurde im Restatement per Auszahlungsdatum aktiviert (bisher 100% abgeschrieben). Die Abschreibung beträgt neu jährlich 1 Mio. Franken.

4.3 Konsolidierung Stammhaus

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	1'746.9	1'428.8	1'689.3	260.5	18.2	-57.6	-3.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	179'270.1	164'983.4	182'871.3	17'888.0	10.8	3'601.2	2.0
36 Transferaufwand	58'144.3	40'185.2	56'514.4	16'329.2	40.6	-1'630.0	-2.8
Betriebsaufwand	**239'161.4**	**206'597.4**	**241'075.0**	**34'477.7**	**16.7**	**1'913.6**	**0.8**
39 Interne Verrechnungen	-240'007.1	-211'037.4	-241'796.3	-30'758.9	-14.6	-1'789.2	-0.7
Betriebsaufwand inkl. interne Verrechnungen	**-845.7**	**-4'440.0**	**-721.3**	**3'718.7**	**83.8**	**124.4**	**14.7**
42 Entgelte	-176'367.1	-165'489.2	-182'076.6	-16'587.5	-10.0	-5'709.5	-3.2
43 Verschiedene Erträge	-4'650.0	-923.0	-2'484.0	-1'561.0	-169.1	2'165.9	46.6
46 Transferertrag	-58'144.3	-40'185.2	-56'514.4	-16'329.2	-40.6	1'630.0	2.8
Betriebsertrag	**-239'161.4**	**-206'597.4**	**-241'075.0**	**-34'477.7**	**-16.7**	**-1'913.6**	**-0.8**
49 Interne Verrechnungen	240'007.1	211'037.4	241'796.3	30'758.9	14.6	1'789.2	0.7
Betriebsertrag inkl. interne Verrechnungen	**845.7**	**4'440.0**	**721.3**	**-3'718.7**	**-83.8**	**-124.4**	**-14.7**
Betriebsergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
34 Finanzaufwand	845.7	4'440.0	721.3	-3'718.7	-83.8	-124.4	-14.7
44 Finanzertrag	-845.7	-4'440.0	-721.3	3'718.7	83.8	124.4	14.7
Finanzergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
Gesamtergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**

Kommentar

Die Erfolgsrechnung der einzelnen Dienststellen und Departemente enthält aufwand- wie ertragsseitig interne Leistungsverrechnungen. Auf Stufe Kanton erfolgt die Umgliederung dieser Umsätze in die Kontengruppen 39 „Interne Verrechnungen Ausgaben“ und 49 „Interne Verrechnungen Einnahmen". Ebenso werden die Kontokorrente zwischen den Dienststellen konsolidiert.

4.4 Jahresrechnung Nichtzweckgebundene Positionen

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-77.0	-45.1	-49.1	-4.0	-8.9	27.9	36.3
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-153.1	-168.8	-172.0	-3.2	-1.9	-18.9	-12.3
Betriebsaufwand	**-230.1**	**-213.8**	**-221.0**	**-7.2**	**-3.4**	**9.0**	**3.9**
40 Fiskalertrag	2'511.9	2'518.0	2'481.4	-36.7	-1.5	-30.5	-1.2
41 Regalien und Konzessionen	16.4	16.5	15.7	-0.8	-4.6	-0.7	-4.5
42 Entgelte	0.0	4.0	4.3	0.3	6.3	4.3	...
43 Verschiedene Erträge	49.0	0.0	0.3	0.3	0.0	-48.7	-99.4
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
46 Transferertrag	226.5	217.7	247.2	29.5	13.6	20.7	9.1
Betriebsertrag	**2'803.9**	**2'756.2**	**2'748.8**	**-7.4**	**-0.3**	**-55.1**	**-2.0**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**2'573.9**	**2'542.3**	**2'527.8**	**-14.6**	**-0.6**	**-46.1**	**-1.8**
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	-2.5	-2.5	0.0	-2.5	0.0
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	-10.3	-10.3	0.0	-10.3	0.0
Abschreibungen	**0.0**	**0.0**	**-12.8**	**-12.8**	**0.0**	**-12.8**	**0.0**
Betriebsergebnis	**2'573.9**	**2'542.3**	**2'514.9**	**-27.4**	**-1.1**	**-58.9**	**-2.3**
34 Finanzaufwand	-102.9	-141.3	-166.1	-24.9	-17.6	-63.3	-61.5
44 Finanzertrag	233.7	230.8	322.2	91.5	39.6	88.6	37.9
Finanzergebnis	**130.8**	**89.5**	**156.1**	**66.6**	**74.4**	**25.3**	**19.3**
Gesamtergebnis	**2'704.7**	**2'631.8**	**2'671.0**	**39.2**	**1.5**	**-33.6**	**-1.2**
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	36.4	-0.1	0.1	0.2	385.0	-36.3	-99.6
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6.4	6.3	15.3	9.1	144.9	9.0	140.8
8 Volkswirtschaft	0.0	0.0	3.0	3.0	0.0	3.0	0.0
9 Finanzen und Steuern	2'661.9	2'625.6	2'652.6	26.9	1.0	-9.3	-0.4

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-367.9	-61.9	-185.7	-123.8	-200.0	182.2	49.5
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3.1	0.0	42.1	42.1	0.0	39.0	...
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**-364.8**	**-61.9**	**-143.6**	**-81.7**	**-132.0**	**221.2**	**60.6**
Saldo Investitionsrechnung	**-364.8**	**-61.9**	**-143.6**	**-81.7**	**-132.0**	**221.2**	**60.6**

4.4.1 Finanzdepartement

Finanzverwaltung Allgemein

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-39'085.0	-70.0	951.5	1'021.5	...	40'036.5	102.4	1
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-15.0	0.0	0.0	0.0	0.0	15.0	100.0	
36 Transferaufwand	-153'070.1	-168'761.8	-171'972.7	-3'210.9	-1.9	-18'902.5	-12.3	2
Betriebsaufwand	**-192'170.2**	**-168'831.8**	**-171'021.2**	**-2'189.4**	**-1.3**	**21'149.0**	**11.0**	
40 Fiskalertrag	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.3	100.0	
41 Regalien und Konzessionen	16'434.8	16'450.0	15'687.5	-762.5	-4.6	-747.3	-4.5	3
43 Verschiedene Erträge	49'031.8	0.0	293.6	293.6	0.0	-48'738.2	-99.4	4
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	24.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-24.0	-100.0	
46 Transferertrag	68'805.2	69'673.4	73'922.4	4'249.0	6.1	5'117.2	7.4	5
Betriebsertrag	**134'295.5**	**86'123.4**	**89'903.5**	**3'780.1**	**4.4**	**-44'392.1**	**-33.1**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**-57'874.7**	**-82'708.4**	**-81'117.7**	**1'590.7**	**1.9**	**-23'243.0**	**-40.2**	
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	-2'500.0	-2'500.0	0.0	-2'500.0	0.0	6
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	-10'322.0	-10'322.0	0.0	-10'322.0	0.0	7
Abschreibungen	**0.0**	**0.0**	**-12'822.0**	**-12'822.0**	**0.0**	**-12'822.0**	**0.0**	
Betriebsergebnis	**-57'874.7**	**-82'708.4**	**-93'939.7**	**-11'231.3**	**-13.6**	**-36'065.0**	**-62.3**	
34 Finanzaufwand	-60'219.0	-69'638.1	-57'701.6	11'936.5	17.1	2'517.4	4.2	8
44 Finanzertrag	128'818.2	102'679.7	117'857.9	15'178.2	14.8	-10'960.3	-8.5	9
Finanzergebnis	**68'599.3**	**33'041.6**	**60'156.3**	**27'114.7**	**82.1**	**-8'442.9**	**-12.3**	
Gesamtergebnis	**10'724.5**	**-49'666.8**	**-33'783.4**	**15'883.4**	**32.0**	**-44'508.0**	**-415.0**	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	36'409.4	-50.0	142.5	192.5	385.0	-36'266.9	-99.6	
85 Industrie, Gewerbe, Handel	0.0	0.0	3'004.9	3'004.9	0.0	3'004.9	0.0	
91 Steuern	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.3	100.0	
93 Finanz- und Lastenausgleich	-97'074.4	-111'269.4	-110'853.6	415.8	0.4	-13'779.3	-14.2	
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	10'299.1	12'031.0	12'803.4	772.4	6.4	2'504.2	24.3	
95 Ertragsanteile, übrige	2'534.3	200.0	293.6	93.6	46.8	-2'240.7	-88.4	
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	58'556.4	49'421.6	60'825.9	11'404.3	23.1	2'269.5	3.9	

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-367'912.8	-61'900.0	-72'616.3	-10'716.3	-17.3	295'296.5	80.3
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3'129.8	0.0	41'009.8	41'009.8	0.0	37'880.0	...
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	**-364'783.1**	**-61'900.0**	**-31'606.6**	**30'293.4**	**48.9**	**333'176.5**	**91.3**
Saldo Investitionsrechnung	**-364'783.1**	**-61'900.0**	**-31'606.6**	**30'293.4**	**48.9**	**333'176.5**	**91.3**

Kommentar

1 Die Abweichung von rund 1 Mio. Franken gegenüber Budget entstammt aus den Rückstellungen für das Projekt Rückbau und Neugestaltung des Hafen St. Johann. In der Rechnung des Vorjahres enthalten sind rund 26 Mio. Franken für das Projekt Rückbau und Neugestaltung des Hafen St. Johann sowie rund 13 Mio. Franken Abwertungsverlust infolge der Ausgliederung der UPK.

2 Der Finanz- und Lastenausgleich der Gemeinden Riehen und Bettingen fiel um 3.2 Mio. Franken höher als budgetiert aus, die Veränderung gegenüber Vorjahr ist auf den Anstieg des NFA-Ressourcenausgleichs zurückzuführen.

3 Der SNB-Gewinnanteil fiel aufgrund eines neuen Verteilschlüssels aufgrund einer neu verwendeten Bevölkerungsdefinition etwa 0.7 Mio. Franken tiefer als budgetiert aus.

4 In der Rechnung 2012 sind Aufwertungsgewinne infolge Ausgliederung der Spitäler in Höhe von rund 33 Mio. Franken und einer Wertberichtigung des Dotationskapitals der Schweizerischen Rheinhäfen von rund 16 Mio. Franken enthalten.

5 Die Erträge der zentralörtlichen Leistungen für die Gemeinden fielen um 3.8 Mio. Franken und der Anteil an der Eidg. Verrechnungssteuer um rund 0.8 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Dagegen werden die Nachlässe und Schenkungen von 0.3 Mio. Franken aufgrund des neuen Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) auf FDK43 ausgewiesen.

6 Das Hypothekardarlehen für die MCH Messe Schweiz (Basel) AG wurde um 2.5 Mio. Franken abgeschrieben.

7 Die Wertberichtigung über 10.3 Mio. Franken resultiert aus dem Anlagetransfer des Neubaus des Universitätskinderspitals (UKBB).

8 Die Abweichung von Total 11.9 Mio. Franken setzt sich wie folgt zusammen: Rund 14 Mio. Franken Minderaufwand im Bereich der kurzfristigen Zinsen, Staatsanleihen sowie Festgelder. Im Gegensatz dazu fielen die Zinsen auf Darlehen von Banken und Versicherungen rund 2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

9 Von der Novartis Pharma AG wurde wiederum eine Teilzahlung über 2 Mio. Franken zu Gunsten des Projekts Campus Plus geleistet. Die Gewinnablieferung der BKB liegt mit 73 Mio. Franken um 9.3 Mio. Franken und der IWB Ertragsanteil um 3.5 Mio. Franken über Budget.

Steuern Steuerverwaltung

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-37'883.2	-45'000.0	-49'991.6	-4'991.6	-11.1	-12'108.5	-32.0	1
Betriebsaufwand	**-37'883.2**	**-45'000.0**	**-49'991.6**	**-4'991.6**	**-11.1**	**-12'108.5**	**-32.0**	
40 Fiskalertrag	2'480'014.4	2'483'900.0	2'447'546.1	-36'353.9	-1.5	-32'468.3	-1.3	
42 Entgelte	0.0	4'000.0	4'252.9	252.9	6.3	4'252.9	0.0	
46 Transferertrag	157'714.6	148'000.0	173'262.1	25'262.1	17.1	15'547.5	9.9	
Betriebsertrag	**2'637'729.0**	**2'635'900.0**	**2'625'061.1**	**-10'838.9**	**-0.4**	**-12'667.9**	**-0.5**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**2'599'845.8**	**2'590'900.0**	**2'575'069.4**	**-15'830.6**	**-0.6**	**-24'776.4**	**-1.0**	
Betriebsergebnis	**2'599'845.8**	**2'590'900.0**	**2'575'069.4**	**-15'830.6**	**-0.6**	**-24'776.4**	**-1.0**	
34 Finanzaufwand	0.0	-9'500.0	-4'164.6	5'335.4	56.2	-4'164.6	0.0	2
44 Finanzertrag	0.0	19'000.0	18'920.6	-79.4	-0.4	18'920.6	0.0	
Finanzergebnis	**0.0**	**9'500.0**	**14'755.9**	**5'255.9**	**55.3**	**14'755.9**	**0.0**	
Gesamtergebnis	**2'599'845.8**	**2'600'400.0**	**2'589'825.4**	**-10'574.6**	**-0.4**	**-10'020.4**	**-0.4**	
davon Funktionen:								
91 Steuern	2'599'845.8	2'600'400.0	2'589'825.4	-10'574.6	-0.4	-10'020.4	-0.4	

Kommentar

1 Anpassung Delkredere.

2 Erstmaliger separater Ausweis der Gutschrifts- und Belastungszinsen. Der Aufwand für Gutschriftszinsen wurde zu hoch budgetiert.

Parkhäuser Finanzvermögen

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
31 Sach- und Betriebsaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
Betriebsaufwand	**-0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**100.0**	
42 Entgelte	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
Betriebsertrag	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-100.0**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-100.0**	
Betriebsergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-100.0**	
34 Finanzaufwand	-7'939.8	-7'109.8	-10'588.5	-3'478.8	-48.9	-2'648.7	-33.4	1
44 Finanzertrag	14'300.3	13'364.5	25'904.1	12'539.6	93.8	11'603.8	81.1	2
Finanzergebnis	**6'360.4**	**6'254.7**	**15'315.5**	**9'060.8**	**144.9**	**8'955.1**	**140.8**	
Gesamtergebnis	**6'360.4**	**6'254.7**	**15'315.5**	**9'060.8**	**144.9**	**8'955.1**	**140.8**	
davon Funktionen:								
61 Strassenverkehr	6'360.4	6'254.7	15'315.5	9'060.8	144.9	8'955.2	140.8	
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-100.0	

Kommentar

1 Die Abweichung resultiert aus den Abschreibungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar. Bei den Erträgen resultieren entsprechend die Aufwertungsgewinne. Netto konnten auch dieses Jahr wieder Aufwertungen des Immobilienportfolios verbucht werden.

2 Analog zum Finanzaufwand stammen die höheren Finanzerträge aus Aufwertungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar.

Liegenschaften Finanzvermögen

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
31 Sach- und Betriebsaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
Betriebsaufwand	**-0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**100.0**	
42 Entgelte	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	
43 Verschiedene Erträge	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	
Betriebsertrag	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-100.0**	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-100.0**	
Betriebsergebnis	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**-0.0**	**-100.0**	
34 Finanzaufwand	-34'716.0	-55'009.3	-93'685.6	-38'676.3	-70.3	-58'969.6	-169.9	1
44 Finanzertrag	90'562.1	95'723.3	159'562.1	63'838.8	66.7	68'999.9	76.2	2
Finanzergebnis	**55'846.2**	**40'714.0**	**65'876.5**	**25'162.4**	**61.8**	**10'030.3**	**18.0**	
Gesamtergebnis	**55'846.2**	**40'714.0**	**65'876.5**	**25'162.4**	**61.8**	**10'030.3**	**18.0**	
davon Funktionen:								
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	55'846.2	40'714.0	65'876.5	25'162.4	61.8	10'030.3	18.0	

Kommentar

1 Die Abweichung resultiert aus den Abschreibungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar. Bei den Erträgen resultieren entsprechend die Aufwertungsgewinne. Netto konnten auch dieses Jahr wieder Aufwertungen des Immobilienportfolios verbucht werden.

2 Analog zum Finanzaufwand stammen die höheren Finanzerträge aus Aufwertungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Die Wertänderungen sind nicht im Voraus budgetierbar.

4.4.2 Gesundheitsdepartement

Hundesteuer

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	0.0	0.0	-26.9	-26.9	0.0	-26.9	0.0
Betriebsaufwand	**0.0**	**0.0**	**-26.9**	**-26.9**	**0.0**	**-26.9**	**0.0**
40 Fiskalertrag	649.0	632.0	644.8	12.8	2.0	-4.2	-0.6
Betriebsertrag	**649.0**	**632.0**	**644.8**	**12.8**	**2.0**	**-4.2**	**-0.6**
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**649.0**	**632.0**	**617.9**	**-14.1**	**-2.2**	**-31.1**	**-4.8**
Betriebsergebnis	**649.0**	**632.0**	**617.9**	**-14.1**	**-2.2**	**-31.1**	**-4.8**
Gesamtergebnis	**649.0**	**632.0**	**617.9**	**-14.1**	**-2.2**	**-31.1**	**-4.8**
davon Funktionen:							
92 Steuerabkommen	649.0	632.0	617.9		-14.1		-31.1

4.4.3 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motorfahrzeugsteuer

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%	
40 Fiskalertrag	31'247.2	33'500.0	33'189.5	-310.5	-0.9	1'942.3	6.2	
Betriebsertrag	**31'247.2**	**33'500.0**	**33'189.5**	**-310.5**	**-0.9**	**1'942.3**	**6.2**	1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	**31'247.2**	**33'500.0**	**33'189.5**	**-310.5**	**-0.9**	**1'942.3**	**6.2**	
Betriebsergebnis	**31'247.2**	**33'500.0**	**33'189.5**	**-310.5**	**-0.9**	**1'942.3**	**6.2**	
Gesamtergebnis	**31'247.2**	**33'500.0**	**33'189.5**	**-310.5**	**-0.9**	**1'942.3**	**6.2**	
davon Funktionen:								
92 Steuerabkommen	31'247.2	33'500.0	33'189.5	-310.5	-0.9	1'942.3	6.2	

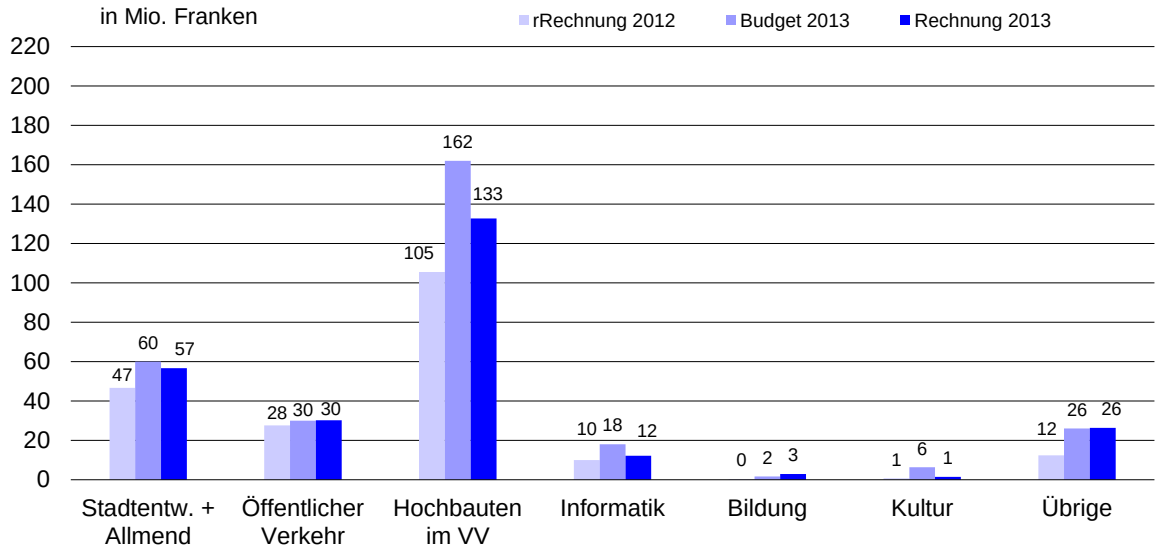
Kommentar

1 Die Erträge aus Motorfahrzeugsteuern werden im Budget 2013 mit 33.5 Mio. Fr. veranschlagt, dies entspricht einer Erhöhung um 2.7 Mio. Fr., was auf vorübergehende Effekte aus der sog. Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer zurück zu führen ist.

5 Die Investitionen

5.1 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben

5.1.1 Investitionsplafonds



Ab 2013 werden sieben Investitionsbereiche dargestellt. Neu werden Ausgaben für die Bereiche Hochbauten Verwaltungsvermögen, Informatik und Kultur als separate Investitionsbereiche dargestellt. Um einen Vergleich mit den Vorjahren zu gewährleisten, wurden die einzelnen Investitionsvorhaben rückwirkend den neuen Bereichen zugeordnet (rRechnung 2012).

Der Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen hat für das Jahr 2013 mit 132.7 Mio. Franken die höchsten Ausgaben sämtlicher Bereiche realisiert. Dies entspricht einem Anteil von 50.6% an den Gesamtausgaben von 262.2 Mio. Franken. Der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur investierte im Jahr 2013 56.6 Mio. Franken, was einem prozentualen Anteil von 21.6% an den Gesamtausgaben entspricht. Des Weiteren haben die Bereiche Öffentlicher Verkehr mit 30.2 Mio. Franken (11.5%), Übrige mit 26.3 Mio. Franken (10.0%), Informatik mit 12.1 Mio. Franken (4.6%), Bildung 2.9 Mio. Franken (1.1%) und Kultur 1.4 Mio. Franken (0.5%) investiert. Im Jahr 2013 wird ein Ausschöpfungsgrad von 86.3% erreicht. Im Jahr 2012 lag dieser bei 81.8%.

5.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben, für die im Jahr 2013 die höchsten Ausgaben getätigt wurden.

Vorhaben in Mio. Franken		Investitionsbereich	Brutto	Drittmittel	Netto
1	HGK FHNW Dreispitz Neubau	Hochbauten im VV Teil Bildung	39.0	2.6	36.4
2	Rahmenausgaben Gleisanlagen	Öffentlicher Verkehr	19.5		19.5
3	Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	Hochbauten im VV Teil Bildung	15.6	8.4	7.2
4	Rahmenausgaben Strassen	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	13.3		13.3
5	Verlängerung Tram Nr. 8	Stadtentw+Allmendinfr. / Öff. Verkehr	10.5	2.8	7.7
6	Umgestaltung Luzerner-/Wasgenring	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	9.7	1.8	8.0
7	Brunnmattschulhaus Sanierung	Hochbauten im VV Teil Bildung	8.2		8.2
8	Rahmenausgaben Schulharmonisierung	Hochbauten im VV Teil Bildung	7.5		7.5
9	Workplace BS	Informatik	6.5		6.5
10	Rahmenausgaben Abwasserabl.	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	5.7		5.7
Total			**135.6**	**15.5**	**120.1**

5.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur schliesst 2013 mit Ausgaben von netto 56.6 Mio. Franken ab. Davon entfallen 2.3 Mio. Franken auf Ausgaben zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, die nicht an das Budget des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur anzurechnen sind. Die anrechenbaren Ausgaben von netto 54.3 Mio. Franken liegen damit um 5.7 Mio. Franken unter dem Budget von 60.0 Mio. Franken, bzw. 7.6 Mio. Franken über dem Wert von 2012 (46.7 Mio. Franken).

Die Rahmenausgaben zur Erhaltung der Infrastruktur (Strassen, Umgestaltung, Kunstbauten, Wasserbau, Abwasserableitungsanlagen und Lichtsignalanlagen) schliessen 2013 mit 23.0 Mio. Franken ab und liegen damit 6.8 Mio. Franken oder 23% unter dem Budget (29.8 Mio. Franken), bzw. 1.0 Mio. Franken über dem Wert von 2012 (22.0 Mio. Franken). Die Rahmenausgaben zur Erhaltung der Infrastruktur stellen einen Anteil von 42% an den an das Budget des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur anrechenbaren Ausgaben (2012: 47%). Wird die Rahmenausgabe zur Wiederbeschaffung von Fahrzeugen mit Ausgaben von 2.2 Mio. Franken zusätzlich berücksichtigt, beträgt der Anteil der gebundenen Rahmenausgaben 46% der anrechenbaren Ausgaben.

Neben den Rahmenausgaben gehören 2013 die Vorhaben Umgestaltung Luzerner- /Wasgenring mit Ausgaben von netto 7.9 Mio. Franken und einem Anteil von 14.5 % der anrechenbaren Ausgaben, Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von netto 4.9 Mio. Franken (Anteil von 9% der anrechenbaren Ausgaben), die Rahmenausgabe Langsamverkehr mit 2.8 Mio. Franken (Anteil von 5.2% der anrechenbaren Ausgaben) sowie die Gestaltung der Rheinuferpromenade vom St. Johanns-Park bis zur Landesgrenze mit 2.5 Mio. Franken (Anteil von 4.6% der anrechenbaren Ausgaben) zu den grössten Projekten.

Weitere grössere Projekte waren das Vorhaben Anpassung Knoten Elsässer- /Kohlenstrasse mit 1.3 Mio. Franken und die Internationale Bauausstellung 2020 (IBA) mit 0.8 Mio. Franken.

Neu begonnen wurde 2013 unter anderem mit den Vorhaben Erweiterung der Tempo-30-Zonen und dem zweiten Teil der Baumassnahmen an der Äusseren Baselstrasse in Riehen sowie dem Projekt Erlenmatt Erschliessung West, Westschollenstrasse.

5.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr schliesst 2013 mit netto 30.2 Mio. Franken ab und liegt mit 0.2 Mio. Franken geringfügig über dem Budget von 30.0 Mio. Franken bzw. 2.6 Mio. Franken über dem Wert von 2012 (27.6 Mio. Franken).

Die Rahmenausgabe Gleisanlagen weist Ausgaben von 19.5 Mio. Franken aus und liegt damit 2.0 Mio. Franken über dem Budget resp. 0.1 Mio. Franken über dem Wert von 2012. Die Rahmenausgaben Gleisanlagen stellt im Jahr 2013 einen Anteil von 65% am Gesamtergebnis des Investitionsbereichs Öffentlicher Verkehr (2012: 70%).

Zu den grössten Vorhaben gehört, wie auch im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von netto 2.6 Mio. Franken und einem Anteil von 9% am Gesamtergebnis, die Anpassung der Trams im Rahmen der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes mit Ausgaben von 3.2 Mio. Franken und einem Anteil von 11% am Gesamtergebnis sowie die Lärmminderungsmassnahmen mit Ausgaben von 1.8 Mio. Franken und einem Anteil von 6% am Gesamtergebnis.

Weitere grössere Projekte waren die Planungsarbeiten für die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint Louis mit 1.0 Mio. Franken, die Gleisanpassungen in der St. Johanns-Vorstadt mit 0.9 Mio. und die Erstellung von Normwartehallen mit 0.4 Mio. Franken.

Neu begonnen wurde mit der Projektierung von Infrastrukturmassnahmen zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, mit den Arbeiten zur Sanierung der Grundwasserwanne bei der Tramschlaufe Eglisee und den Arbeiten am Knoten Elsässerstrasse Kohlenstrasse, der Endhaltestelle des Trams 11.

5.1.5 Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Der Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen schliesst 2013 mit netto 132.7 Mio. Franken ab und liegt mit 29.3 Mio. Franken unter dem Budget 2013 von 162.0 Mio. Franken.

Die Gründe für die Abweichung zum Budget sind die optimistische Budgetierung vor der Planung von im Berichtsjahr beginnenden Projekten, insbesondere bei den Rahmenausgabenbewilligungen der Schulen sowie Einsprachen, langwierige Bewilligungsprozesse und Bauverzögerungen, insbesondere beim Bauen unter Betrieb.

Vom budgetierten Betrag 2013 von 162.0 Mio. Franken waren 139.8 Mio. Franken vorgesehen im Bereich Bildung (davon 15.8 Mio. Franken für den Teil Kultur) und 22.2 Mio. Franken im Bereich Übrige.

Bildung Die wichtigsten Vorhaben der Hochbauten im Bereich Bildung 2013 waren der Um- und Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW im Kunstfreilager Dreispitz mit netto 36.4 Mio. Franken, die temporären Schulbauten für Provisorien an diversen Schulstandorten mit 5.3 Mio. Franken, die Sanierung des Sportplatzes Buschweilerhof mit 1.6 Mio. Franken und die Sanierungen 2013 der St. Jakobshalle mit 1.4 Mio. Franken.

Die grössten Umbau- und Sanierungsvorhaben 2013 bei den Schulen betrafen das Brunnmatt-Schulhaus mit 8.2 Mio. Franken, das Hebelschulhaus und das Hirzbrunnen-Schulhaus mit je 4.4 Mio. Franken, sowie das Bläsischulhaus mit 2.8 Mio. Franken.

Aus den Rahmenausgabenbewilligungen für die Baumassnahmen zur Harmonisierung der Schulen und für die Tagesstrukturen wurden 2013 5.4 Mio. Franken und 1.2 Mio. Franken ausgegeben.

Für die Projektierungsarbeiten der Gesamtsanierung des Bäumlihof-Gymnasiums wurden 3.8 Mio. Franken im Jahr 2013 aufgewendet, für die Projektierung des neuen Sekundarschulhauses Sandgrube 3.0 Mio. Franken.

Im Teil Kultur waren die wichtigsten Vorhaben der Mieterausbau für das externe Lager des Naturhistorischen Museums mit 3.1 Mio. Franken und die Sanierungen der Haus- und Bühnentechnik am

Stadttheater mit 2.9 Mio. Franken. Für die laufenden Sanierungsprojekte für die Naturhistorische Museen Basel (NMB) an der Augustinergasse wurden 2013 insgesamt 1.2 Mio. Franken ausgegeben. Für die Erweiterung des Kunstmuseums wurden 15.6 Mio. Franken im Jahr 2013 aufgewendet, die Laurenz-Stiftung hat daran einen Beitrag von 8.4 Mio. Franken geleistet.

Übrige Die grössten Vorhaben 2013 bei den Hochbauten waren der Ausbau des Brückenkopfs Breite für die Werkstätten der Allmendverwaltung mit 4.3 Mio. Franken, das Magazinkonzept für die Stadtreinigung mit 3.4 Mio. Franken, der Ausbau des Polizeipostens Gundeldingen mit 1.3 Mio. Franken und die Zellenerweiterung im Waaghof mit 1.2 Mio. Franken.

Aus der Rahmenausgabe für die Massnahmen zur Erreichung der Ziele der klimaneutralen Verwaltung wurden Ausgaben von 3.9 Mio. Franken, für die Massnahmen für die Behindertengerechtigkeit der öffentlichen Bauten Ausgaben von 0.9 Mio. Franken sowie für die Innensanierung des Clarahofs Ausgaben in Höhe von 0.2 Mio. Franken getätigt.

5.1.6 Informatik

Der Investitionsbereich Informatik schliesst im 2013 mit 12.1 Mio. Franken ab und liegt mit 5.9 Mio. Franken unter dem Budget von 18 Mio. Franken.

Die grössten Ausgaben 2013 wurden für das Standardisierungs- und Zentralisierungsvorhaben WorkplaceBS mit 6.5 Mio. Franken sowie für das Projekt Systempflege mit 0.9 Mio. Franken getätigt.

Des Weiteren wurden für die Erneuerung der zentralen Anlagekomponenten 0.8 Mio. Franken, für die Hochrüstung der Telefonie Vermittlungsanlage 0.7 Mio. Franken und für die Umsetzung des Impulsprogramms E-Government 0.6 Mio. Franken ausgegeben.

5.1.7 Bildung

Für den Investitionsbereich Bildung wurden im 2013 insgesamt Ausgaben in der Höhe von 2.9 Mio. Franken getätigt und liegen mit 1.2 Mio. Franken über dem Budget von 1.7 Mio. Franken.

Von Betrag von 2.9 Mio. Franken entfallen 2.6 Mio. Franken auf Mobiliaranschaffungen im Zusammenhang mit den beiden Rahmenausgabenbewilligungen Schulharmonisierung und Tagesstrukturen, welche jedoch im 2013 im Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen budgetiert wurden.

Weil auf die geplante Erneuerung der Eintrittssysteme bei den Bädern und Eisbahnen verzichtet worden ist, wurde der budgetierte Betrag von 1.7 Mio. Franken bereinigt effektiv um 1.4 Mio. Franken nicht ausgeschöpft.

5.1.8 Kultur

Für den Investitionsbereich Kultur wurden im 2013 insgesamt Ausgaben von 1.4 Mio. Franken getätigt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 6.3 Mio. Franken um 4.9 Mio. Franken unterschritten.

Die grössten Vorhaben im 2013 waren die Ankäufe von Kunstwerken beim Kunstmuseum mit 1.2 Mio. Franken, bei welchen die Stiftung des Kunstmuseums daran einen Beitrag von 0.9 Mio. Franken geleistet hat.

Des Weiteren zählen zu den grössten Vorhaben das externe Lager Mieterausbau beim Naturhistorischen Museum mit 0.6 Mio. Franken sowie der Ausbau provisorisches Lager Lyonstrasse beim Staatsarchiv mit 0.2 Mio. Franken. Weitere wesentliche Vorhaben im 2013 waren die Wiedereröffnung beim Museum der Kulturen mit 0.1 Mio. Franken sowie der Ersatz Schranksysteme beim Historischen Museum mit 0.1 Mio. Franken.

5.1.9 Übrige

Für den Investitionsbereich Übrige wurden im 2013 insgesamt Ausgaben in der Höhe von 26.3 Mio. Franken getätigt. Damit liegen sie um 0.3 Mio. geringfügig über dem Budget 2013 von 26.0 Mio. Franken.

Für den allgemeinen, betrieblichen Teil wurden 10.7 Mio. Franken und für die baulichen Investitionsbeiträge wurden 15.5 Mio. Franken ausgegeben.

Die grössten Ausgaben 2013 wurden im allgemeinen Bereich für die Erweiterung der Strafanstalt Bostadel mit 1.8 Mio. Franken, für den maschinellen Teil der Abwasserreinigungsanlage mit 1.1 Mio. Franken, für den Ersatz der Drehleiter 32 der Berufsfeuerwehr mit 0.9 Mio. Franken, für Lärmschutzmassnahmen 0.7 Mio. Franken, für ein Mobilisierungssystem 0.6 Mio. Franken sowie für die Betriebseinrichtungen des Clarahofs mit 0.6 Mio. Franken getätigt.

Die grössten Vorhaben im Bereich der baulichen Investitionsbeiträge waren im 2013 der Beitrag des Kantons Basel-Stadt an die Neubauten der Alters- und Pflegeheime Burgfelderhof und Bethesda mit jeweils 5.2 Mio. Franken, an den Denkmalschutz in der Höhe von 2.4 Mio. Franken, der Beitrag an die Allgemeine Bibliotheken der GGG in der Höhe von 1.1 Mio. Franken, der Beitrag an die Instandstellung der St. Alban Kirche mit 0.9 Mio. Franken sowie der Beitrag für Tagesheimplätze mit 0.5 Mio. Franken.

5.2 Investitionsübersichtsliste

5.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der nachfolgenden Investitionsübersichtsliste werden die Ausgaben im 2013 für die einzelnen Vorhaben der jeweiligen Investitionsbereiche gezeigt.

Dabei ist zu beachten, dass die in der Investitionsübersichtsliste budgetierten Vorhaben zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten 100%-Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. Die Ausschöpfung selbst hingegen ist strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist auch als Pauschale im Generalsekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements budgetiert.

Die nachfolgende Grafik zeigt einerseits den budgetierten Betrag 2013 (100%-Plafond), die Ausgaben im 2013 (Rechnung 2013, Total der Investitionsübersichtsliste) sowie die prozentuale Ausschöpfung des budgetierten Betrags im Jahr 2013.

Investitionsbereiche in Franken	Budget 2013	Rechnung 2013	Ausschöpfung 2013	
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	60’000’000	56’650’195	94%	1
Öffentlicher Verkehr	30’000’000	30’151’916	101%	
Hochbauten im Verwaltungsvermögen	162’000’000	132’675’471	82%	
Informatik	18’000’000	12’141’064	67%	
Bildung	1’650’000	2’862’297	173%	
Kultur	6’300’000	1’417’279	22%	
Übrige	26’000’000	26’285’581	101%	
Total Investitionsübersichtsliste	**303’950’000**	**262’183’803**	**86%**	

Kommentar

1 Ohne Berücksichtigung der Vorhaben, welche durch den MWA-Fonds (über die Bilanz) finanziert werden, beträgt die Ausschöpfung 90.6%.

5.2.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird beim Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die Bauvorhaben im Bereich der Bildung (Teil Bildung) und für die allgemeinen Bauvorhaben (Teil Übrige) gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben dem Teilsaldo für die allgemeinen Investitionen (Teil Allgemeines) zusätzlich den Teilsaldo für die baulichen Investitionsbeiträge (Teil Investitionsbeiträge) aus.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm.

Bei den Investitionen sind kreditrechtlich die Plafonds für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich relevant. Reicht ein Plafonds nicht aus, muss das Budget für Investitionen erhöht werden. Die einzelnen Vorhaben auf der Investitionsübersichtsliste sind somit nicht eigene Budgetkredite, ihre Auflistung dient vielmehr der transparenten Darlegung der geplanten Ausgaben, der bereits ausgeschöpften Beträge und der budgetierten Jahrestranchen. Der Grosse Rat bewilligt die finanzrechtlich neuen Ausgaben grösser 300'000 Franken (auf der Investitionsübersichtsliste mit „neu“ bezeichnet) aufgrund eines Ausgabenberichts oder Ratschlags. Die finanzrechtlich neuen Vorhaben grösser 1'500'000 Franken unterstehen dem fakultativen Referendum.

Legende

Finanzrechtlicher Status

- **geb** Die Abkürzung geb steht für gebundene Investitionsausgabe grösser 300'000 Franken.
- **neu ohne Datum** Neu ohne Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat noch nicht aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.
- **neu mit Datum** Neu mit Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.

Ausschöpfung

- **Total** Diese Spalte beinhaltet die insgesamt bewilligten Ausgaben pro Investitionsvorhaben sowie die erwarteten Drittmittel.
- **Ausschöpfung bis 2012** Die Spalte beinhaltet alle bis 2012 getätigten Ausgaben bzw. die bis 2012 erhaltenen Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.
- **Ausschöpfung Budget 2013** Diese Spalte zeigt den budgetierten Investitionsbetrag sowie die Drittmittel für das Jahr 2013.
- **Ausschöpfung Rechnung 2013** Die Spalte beinhaltet alle im 2013 getätigten Ausgaben bzw. die im Jahr 2013 erhaltenen Drittmittel.
- **Ausschöpfung ab 2014** Diese Spalte umfasst alle ab 2014 geplanten Ausgaben und Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

				Bruttoausgaben				
		finanzrechtl.			Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
350	**Kantons- u. Stadtentwickl.**			**600**	**386**	**195**	**90**	**124**
501000001	APS Projekt Kasernenareal	neu	17.11.99	600	386	195	90	124
601	**Generalsekretariat BVD**			**28'405**	**0**	**2'302**	**2'307**	**26'098**
001020207	MWA Nachtigallenwäldli Parkanlage	neu	16.02.11	7'200	97	380	269	6'834
	... davon Drittmittel			-97	-97	0	0	0
001020211	MWA Liestaleranlage Umgestaltung	neu	13.03.13	1'610	0	70	15	1'595
001020214	MWA DB-Areal Reinigung/Gestaltung	neu	17.10.07	14'960	7'748	500	367	6'844
	... davon Drittmittel			-7'748	-7'748	0	0	0
001020216	MWA DB-Areal Reinigung	neu	17.10.07	1'000	352	0	34	613
	... davon Drittmittel			-352	-352	0	0	0
001020217	MWA Voltamatte Neugestaltung	neu	19.05.10	4'436	2'032	500	857	1'547
	... davon Drittmittel			-2'032	-2'032	0	0	0
001020221	MWA St. Johanns-Park	neu	20.10.10	2'599	2'052	250	220	327
	... davon Drittmittel			-2'052	-2'052	0	0	0
001020222	MWA Heuwaage Umgestaltung	neu	16.02.11	3'960	54	178	107	3'799
	... davon Drittmittel			-54	-54	0	0	0
001020223	MWA Schwarzpark sanfte Öffnung	neu	22.01.13	3'100	0	0	163	2'937
001020224	MWA Bläsiring-Müllheimerstr.	neu	20.10.10	415	24	44	275	116
	... davon Drittmittel			-24	-24	0	0	0
001020225	MWA Klingentalweglein Öffnung	neu	08.02.12	1'485	0	380	0	1'485
614	**Stadtgärtnerei**			**5'300**	**3'838**	**650**	**556**	**906**
030050502	Sicherheit auf Kinderspielplätzen	neu	17.01.07	5'300	3'838	650	556	906
617	**Tiefbauamt**			**581'934**	**196'946**	**64'336**	**47'126**	**337'862**
010020002	Horburgstrasse Begrünung	neu	14.10.09	1'488	1'556	0	-1	Abschluss
010020007	Elsässer-/Kohlenstr. Knoten Anpassung	neu	14.04.10	8'100	549	2'000	1'313	6'239
010020010	Neugestaltung Lichtstrasse	neu	19.05.10	988	311	350	168	509
010020013	Spalen-Gems-Heuberg Trillergässlein	neu	13.10.10	1'715	1'751	50	39	Abschluss
	... davon Drittmittel			-109	-109	0	0	0
010020014	Chrischonarain Abschn. Leimgrube	neu	09.06.10	2'900	2'347	50	61	492
010020015	Grosspeteranlage (Erschliess.)	neu	11.05.11	872	13	500	0	859
	... davon Drittmittel			0	0	-279	0	0
010020017	Veloweg Lange Erlen	neu	16.10.13	1'630	0	400	0	1'630
010020019	Wielandplatz Umgestaltung	neu		3'500	0	100	0	3'500
010020020	Wiesenplatz Verkehrsflächen Um.	neu	15.02.12	3'750	22	50	0	3'728
010020023	Elsässerstr. Hüningerstr. Umg.	neu	06.04.11	3'700	170	500	444	3'086
010020027	St. Jakobs-Strasse Veloweg	neu		1'000	0	200	0	1'000
010020029	Steinentorberg Gestaltung Ber.	neu	16.12.10	840	801	10	4	Abschluss
010020030	Tempo 30 Zonen Erweiterung	neu	09.01.13	3'000	0	300	194	2'806
010020032	Hegenheimerstr. - Belforterstr.	neu	05.06.13	1'520	0	115	0	1'520
010020033	Rheinuferpromenade Schaffhauser	neu		13'200	0	150	0	13'200
011021051	St. Johann Verkehrsinfrastruk.	neu	19.01.05	22'000	20'280	0	14	Abschluss
	... davon Drittmittel			-1'163	-1'163	0	0	0
011021061	Rahmenkredit neu Velo/Mofa	neu	18.01.06	8'000	5'508	1'400	743	1'749
	... davon Drittmittel			-228	-228	0	0	0
011021062	Rahmenkredit Förd. des Fussverk.	neu	19.02.03	5'000	5'048	0	3	Abschluss
011021063	Grenzacherstr. Landauerstr.	neu	06.04.11	1'440	0	700	30	1'410
011021072	Elisabethenstr. Umgestaltung	neu	19.01.11	9'381	10	500	141	9'230
011021077	Predigerhofstrasse	geb	11.07.06	440	312	10	0	128
011021078	Erlenmatt Erschliessung Mitte	neu	17.10.07	4'868	3'678	150	8	1'182
	... davon Drittmittel			0	0	0	0	0
011021083	Luzerner-/Wasgenring Umgestalt.	neu	10.12.08	29'950	4'502	9'500	9'706	15'742
	... davon Drittmittel			-2'340	-585	-890	-1'755	0
011021084	Erlenmatt Erschliessung Ost	neu	09.12.09	9'570	2'853	800	151	6'566
011021086	Reinacherstr.Süd/Jakobsberger.	neu	09.01.13	1'020	0	100	0	1'020
011021088	Aeussere Baselstr. Riehen Str.	neu	02.03.11	12'000	108	500	170	11'722
011021090	MorgartenringIm langen Loh-Ge.	neu	20.10.10	3'420	3'145	50	68	208
	... davon Drittmittel			-199	-104	0	-95	0

				Bruttoausgaben					
		finanzrechtl.			Ausschöpfung				
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
012120001	N2 Projekt und Bauleitung	geb				350	0		1
012140001	N2 Projekt und Bauleitung	geb				0	-86		2
012220002	N2 Landerwerb	geb				1'080	0		2
012240002	N2 Landerwerb	geb				0	62		2
012320003	N2 Bauausführung	geb				2'080	0		2
012320400	N2 Einnahmen und Rückerstattung	geb				0	0		3
	... davon Drittmittel					-2'475	-465		
012320003	N2 Bauausführung	geb					1'818		2
020020001	Rheinuferpromenade St. Johann	neu	29.06.11	27'970	1'996	5'000	2'453	23'521	
	... davon Drittmittel			0	0	-500	0	0	
020020005	Fussgängersteg inkl. Abgänge 2.	neu	20.10.10	2'700	1'444	400	470	787	
020020006	Hafenentwicklung Klybeckquai	neu	11.01.12	900	280	150	737	-118	4
020020007	Wiese Revital. Flussbett Unterlauf	neu	08.05.12	7'000	31	1'000	5	6'964	
	... davon Drittmittel			0	0	-250	0	0	
021028002	IB1 Tramverl. Nr.8 K. Hüningen	neu	16.01.08	32'736	17'808	7'000	6'158	8'770	
	... davon Drittmittel			-8'840	-7'560	-2'800	-1'280	0	
022056001	Rheinuferböschung/Bermewegsan.	geb	12.07.05	9'000	9'787	Abschluss	Abrechn.		
	... davon Drittmittel			-3'589	-3'589	0	0	0	
025020001	Aeschengraben Veloverbind. Umg.	neu		3'230	0	500	0	3'230	
025020002	Platz am Depot Dreispitz Proj.	neu		4'280	0	280	0	4'280	
025020003	Rheinuferpromenade Fabrikstr.	neu		3'000	0	100	0	3'000	
025020004	RAB Gest. Innenstadt stab. Räume	neu		30'000	0	500	0	30'000	
025020005	Grosspeteranlage Erschliessung.	geb	04.09.12	1'630	0	300	17	1'613	
025020006	Baselstr.-Lörracherstrasse Umg.	neu		21'160	0	500	0	21'160	
025020008	Wettsteinallee Umgestaltung			1'030	0	150	0	1'030	
025020009	Grenzacherstr. Peter Rot-St.	neu	23.10.13	2'830	0	200	1	2'829	
025020010	Erlenmatt Erschl. West Westschollenstr.	geb	04.09.12	3'700	0	700	117	3'583	
025120567	Tempo 30 Basel Ost/Süd/West	neu	12.11.97	2'310	2'219	30	62	Abschluss	
025120767	Tempo 30 Basel Nord	neu	16.02.94	1'930	1'112	100	0	818	
025150756	Aeussere Baselstrasse Riehen	geb	30.06.92	2'640	2'694	Abschluss	Abrechn.		
030051000	OT 7: A2-ABAC GP-AP Anschl. BS-	geb	29.03.11	2'750	0	1'500	0	2'750	
	... davon Drittmittel			0	0	-975	0	0	
030055002	OT 7: A2-ABAC Projektst. An.	geb	06.07.04	1'700	1'932	0	245	-477	
	... davon Drittmittel			-1'398	-1'246	0	-152	0	
040050001	RAB Fahrzeuge + Geräte 2013-2016	geb	04.09.12	18'580	0	3'770	2'213	16'367	
060020001	Containerentsorgung Pilotproj.	neu		590	0	100	0	590	
070020002	Novartis Campus + Entwässerung.	neu	14.10.09	19'860	11'540	150	2'937	5'383	
	... davon Drittmittel			-10'999	-8'224	-2'700	-2'775	0	
070020557	Kanalinformationssystem	neu	14.12.95	1'880	369	200	98	1'413	
070050677	Erlenmatt/DB Areal Kanal. Erlen	neu	17.10.07	580	0	280	4	576	
070050709	Anschlussleitung auf Allmend 3	geb	01.09.09	5'000	2'568	1'250	587	1'845	
099990001	WUV Wohnumfeldaufwertung	neu	17.11.99	22'500	20'420	500	917	1'163	
010052001	**RAB Erh. Infr. Strassen 2009-2012**	**geb**	**09.09.08**	**37'600**	**48'570**		**9'973**	**-20'943**	5
010052002	Sammelposition Proj. Strassen	geb	09.09.08		8'629		2'969		
010052003	Gärtnerstrasse (Inselstr.-Bände)	geb	09.09.08		530		0	Abschluss	
010052004	Im tiefen Boden (Wasserturm-Bat.)	geb	09.09.08		361		0	Abschluss	
010052005	Kannenfeldplatz	geb	09.09.08		700		0	Abschluss	
010052006	Dornacherstr. (Reinacher-Münch.)	geb	09.09.08		13		12		
010052007	Klybeckstrasse (Gärtner-Kleinh.)	geb	09.09.08		399		0	Abschluss	
010052008	Schwarzwaldallee	geb	09.09.08		182		0	Abschluss	
010052009	Baselstr. Riehen (Bettingerstr.)	geb	09.09.08		509		-66		
010052010	Grenzacherstr. (Allmendstr.)	geb	09.09.08		0		36		
010052011	Inzlingerstrasse	geb	09.09.08		1'387		137		
010052012	Morgartenring	geb	09.09.08		0		0	Abschluss	
010052014	Strassburgerallee (Kannenfeld-H.)	geb	09.09.08		15		0	Abschluss	
010052015	Tödistrasse	geb	09.09.08		0		16		
010052019	Allschwilerstrasse	geb	09.09.08		1'507		529		
010052020	Blotzheimerstrasse	geb	09.09.08		903		-8		
010052021	Dufourstrasse	geb	09.09.08		8		577		
010052022	Klingelbergstrasse	geb	09.09.08		19		0	Abschluss	

		finanzrechtl.		Bruttoausgaben					
					Ausschöpfung				
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
010052023	Missionsstrasse	geb	09.09.08		455		0	Abschluss	
010052025	Zürcherstrasse	geb	09.09.08		1'005		26		
010052027	Lehenmattstrasse	geb	09.09.08		14		0	Abschluss	
010052029	Redingstrasse	geb	09.09.08		5		0	Abschluss	
010052030	Reinacherstrasse Nord	geb	09.09.08		4		1330		
010052031	St. Johanns-Ring	geb	09.09.08		7		80		
010052032	Aeschengraben	geb	09.09.08		0		0		
010052033	Riehenstrasse Süd	geb	09.09.08		0		24		
010052034	Rümelinsplatz	geb	09.09.08		0		7		
010052035	Giornicostrasse	geb	09.09.08		42		114		
010052036	Gotthelfstrasse	geb	09.09.08		280		-1		
010052037	Thürkheimerstrasse	geb	09.09.08		9		0	Abschluss	
010052038	Elsässerstrasse	geb	09.09.08		22		422		
010052040	Feldbergstrasse	geb	09.09.08		25		274		
010052041	Grosspeterstrasse / Nauenstrasse	geb	09.09.08		37		46		
010052042	Hauptstrasse Bettingen	geb	09.09.08		417		210		
010052044	Riehenstrasse	geb	09.09.08		15		854		
	... davon Drittmittel			-51	0		-51		
010052045	Aeussere Baselstrasse/Riehenstr.	geb	09.09.08		56		74		
010052046	Bundesstrasse/Bundesplatz	geb	09.09.08		9		702		
010052052	In den Schorenmatten	geb	09.09.08		0		78		
010052053	Lothringerstrasse	geb	09.09.08		40		398		
010052054	Viaduktstrasse	geb	09.09.08		14		282		
010052055	Neuhausstr./Grenzstr. Beton-Kr.	geb	09.09.08		0		9		
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		7'138		859		[6]
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		3'753		0		[6]
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		12'310		4		[6]
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		5'936		0		[6]
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		1'811		30		[6]
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		2		0		[6]
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		11		0		[6]
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb	12.07.05		9		0		[6]
	... davon Drittmittel			-18	-18		0		
091050001	Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke	geb	09.09.08		0		0	Abschluss	
010053001	**RAB Erh.Infr. Umgest.Allmend 2009-2012**	**geb**	**16.09.08**	**6'000**	**2'146**	**0**	**190**	**3'664**	[7]
010053002	Sammelposition Projekte Umgest.	geb	16.09.08	0	12	0	-9		
010053002	Sammelposition Projekte Umgest.	geb	16.09.08	0	158	0	69		
010053002	Sammelposition Projekte Umgest.	geb	16.09.08		433		32		
010053002	Sammelposition Projekte Umgest.	geb	16.09.08		1'544		98		
020054001	**RAB Erh. Infr. Kunstbauten 2009-2012**	**geb**	**09.09.08**	**8'800**	**5'990**		**1'628**	**1'182**	[8]
020054002	Margarethentalbrücke 201	geb	09.09.08		71			Abschluss	
020054003	Sammelposition Projekte Kunstbauten	geb	09.09.08		9				
020054003	Sammelposition Projekte Kunstbauten	geb	09.09.08		2'983		408		
020054004	3 Viaduktstrasse	geb	09.09.08					Abschluss	
020054004	3 Viaduktstrasse	geb	09.09.08		115		425		
020054005	4 Birskopfsteg Anteil Gebunden	geb	09.09.08		232			Abschluss	
020054005	... davon Drittmittel			-113	-113				
020054007	Eiserner Steg Obj. 805	geb	09.09.08		30			Abschluss	
020054008	Erlenparksteg Obj. 806	geb	09.09.08		16			Abschluss	
020054009	Luzernerringbrücke Sofortmassnahmen	geb	09.09.08		217		792		
023056001	Markthallenbrücke: Instandsetzung	geb	12.04.05		2'258		4		
091050001	Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke Dorenbach	geb	09.09.08		176				
020055001	**RAB Erh. Infr. Wasserbau 2009-2012**	**geb**	**09.09.08**	**10'240**	**2'128**		**80**	**8'032**	[9]
020055002	Sammelposition Projekte Wasserbau	geb	09.09.08		1'362				
020055002	... davon Drittmittel			-315	-285		-30		
020055003	Birsigrinne	geb	09.09.08		788		17		
020055003	... davon Drittmittel			-6			-6		
020055004	Gewährleistung Grossschifffahrt	geb	09.09.08		197			Abschluss	
020055005	Hochwasserschutz Birsig	geb	09.09.08		66		188		
020055005	... davon Drittmittel			-89			-89		

				Bruttoausgaben				
		finanzrechtl.			Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
025052000	**RAB Erh. Infr. Strassen 2013-2016**	**geb**	**25.09.12**	**50'000**		**12'500**	**3'343**	**46'657** [10]
025052001	Sammelposition Infr. Strassen	geb	25.09.12				1'448	
025052002	General Guisan-Strasse	geb	25.09.12				37	
025052003	Schützenmattstrasse	geb	25.09.12				7	
025052004	Falkensteinerstrasse	geb	25.09.12				280	
025052005	Messeplatz	geb	25.09.12				194	
025052006	Schwarzwaldallee Abschn. Wettsteinallee	geb	25.09.12				18	
025052007	Maulbeerstrasse	geb	25.09.12				500	
025052008	St. Jakobs-Str./Münchensteinerstr.	geb	25.09.12				354	
025052009	Gärtnerstrasse	geb	25.09.12				64	
025052010	Steinenring	geb	25.09.12				119	
025052012	Eisenbahnweg	geb	25.09.12				1	
025052013	Bettingerstrasse	geb	25.09.12				10	
025052015	Rütimeyerstrasse	geb	25.09.12				3	
025052019	Wettsteinallee	geb	25.09.12				7	
025052020	Hermann Albrecht-Strasse	geb	25.09.12				7	
025052022	Hegenheimerstrasse West	geb	25.09.12				12	
025052025	Reservoirstrasse	geb	25.09.12				1	
025052026	Friedrich Miescher-Strasse	geb	25.09.12				8	
025052027	Thiersteinerrain	geb	25.09.12				5	
025052029	Walkeweg	geb	25.09.12				2	
025052030	Auf dem Wolf	geb	25.09.12				1	
025052031	Göschenenstrasse West	geb	25.09.12				3	
025052032	Petersgraben Leonhardsgraben	geb	25.09.12				214	
025052033	Engelgasse	geb	25.09.12				48	
025053000	**RAB Erh. Infr. Umgest. Allmend 2013-2016**	**geb**	**25.09.12**	**4'000**		**750**	**454**	**3'546** [11]
025053001	Sammelposition Infr. Umgestaltung	geb	25.09.12				454	
025054000	**RAB Erh. Infr. Kunstbauten 2013-2016**	**geb**	**25.09.12**	**8'960**		**2'240**	**60**	**8'900** [12]
025054001	Sammelposition Infr. Kunstbauten	geb	25.09.12				34	
025054002	Fussgängerbrücke Brüglingerstrasse	geb	25.09.12				26	
025055000	**RAB Erh. Infr. Wasserbau 2013-2016**	**geb**	**25.09.12**	**10'240**		**2'560**	**190**	**10'050** [13]
025055001	Sammelposition Infr. Wasserbau	geb	25.09.12				289	
025055001	... davon Drittmittel			-32			-32	
025055001	... davon Drittmittel			-67			-67	
025055002	Revitalisierung Mühletych (Zollfrei)	geb	25.09.12				27	
025055002	... davon Drittmittel			-27			-27	
025056000	**RAB Erh. Infr. Abwasserabl. 2013-2016**	**geb**	**25.09.12**	**42'000**		**10'500**	**424**	**41'576** [14]
025056001	Sammelposition Infr. Abwasserleitungen	geb	25.09.12				158	
025056008	AW Burgfelderstrasse	geb	25.09.12				28	
025056011	AW Rümelinsplatz	geb	25.09.12				178	
025056012	AW Pumpwerk Birskopf	geb	25.09.12				46	
025056014	AW Pumpwerk Giessliweg	geb	25.09.12				6	
025056015	AW General Guisan-Strasse	geb	25.09.12				8	
070056001	**RAB Abwasserableitungsanl. 2009-2012**	**geb**	**09.09.08**	**47'610**	**33'756**		**5'235**	**8'619** [15]
070050130	Allg. Sanierung Kanalisation	geb	18.10.78		887		19	
070050130	Allg. Sanierung Kanalisation	geb	18.10.78		117			
070050455	Abflusssimulationsrechnung Kanalnetz BS	geb	26.08.97		1			Abschluss
070050636	Kanalisation Spalenberg	geb	27.05.03		1'463		17	
070050655	Projektierung Kanalisation	geb	30.08.05		94			Abschluss
070050661	Kanalisation im Langen Loh	geb	07.02.06		62	Abschluss	Abrechn.	
070050679	Kanalisation Elsässerstrasse	geb	10.07.07		459			Abschluss
070050680	Kanalistation Utengasse / Lindenberg	geb	10.07.07		1'600		3	Abschluss
070050682	Gasstrasse Pro Volta	geb	10.07.07		658	Abschluss	Abrechn.	
070050685	Kanalisation Breisacherstrasse Süd	geb	10.07.07		3'234			Abschluss
070050689	Kanal. Wasgen-/Luzernerring	geb	12.08.08		761		50	
070050689	... davon Drittmittel			-66	-16		-50	
070050692	Kanalisation Dornacherstrasse	geb	27.05.08		533			Abschluss
070050693	Hochbergerstrasse	geb	27.05.08		46			Abschluss
070050694	Kan. Münsterhügel 2. Etappe	geb	27.05.08		3'033		429	
070050697	Tramverl. L 8 Kanalisation	geb	12.08.08		1'118			Abschluss

		finanzrechtl.		Bruttoausgaben				
					Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
070050699	Kan. Markircherstrasse	geb	12.08.08		463			
070050699	Kan. Markircherstrasse	geb	12.08.08		1			Abschluss
070050700	Kanalisation Giessliweg	geb	12.08.08		268			
070050701	Kan. Kleines Klingental	geb	12.08.08		662			
070050703	Kanalisation Gärtnerstrasse	geb	12.08.08		596			
070050704	Kanalisation Wiesenschanz	geb	12.08.08		594			
070050706	Kan. Münsterhügel 3. Etappe	geb	12.08.08		16			
070050708	Kanal. Strassburgerallee	geb	12.08.08		1'015			
070050710	Kanal. Ryffstrasse	geb	12.08.08		263			
070056002	SE Kleinprojekte Diverses	geb	09.09.08		466		303	
070056713	AW Schönaustr.	geb	09.09.08		382			
070056715	AW Elisabethenstr.	geb	09.09.08				57	
070056716	AW Klybeckstr.	geb	09.09.08		123			
070056717	AW Schönbein-/Hebelstr.	geb	09.09.08		133			
070056718	AW Allschwilerstr.	geb	09.09.08		582			
070056719	AW Schorenweg	geb	09.09.08		2'200		7	
070056720	AW Leimgruben-/Walkenweg	geb	09.09.08		8'072		56	
070056723	AW Neubadstrasse	geb	09.09.08		70			
070056724	AW Bachletten	geb	09.09.08		638			
070056724	... davon Drittmittel			-591	-486		-105	
070056725	AW Morgartenring	geb	09.09.08		322		21	
070056725	... davon Drittmittel			-48			-48	
070056726	AW Furkastrasse	geb	09.09.08		178		1	
070056727	AW Redingstrass/Steinenschanze	geb	09.09.08		273			
070056728	AW Schwarzwaldallee/Beuggenstrasse	geb	09.09.08		7		6	
070056729	AW Giornicostrasse	geb	09.09.08		57		1'599	
070056729	... davon Drittmittel			-6			-6	
070056730	AW Lehenmattstrasse	geb	09.09.08		659		211	
070056731	AW Oekolampad	geb	09.09.08		3		72	
070056732	AW Engelgasse	geb	09.09.08				333	
070056734	AW Gundeldingerstrasse West	geb	09.09.08		160		172	
070056735	AW St. Johanns-Ring	geb	09.09.08		52		354	
070056736	AW Allschwilerstrasse Ost	geb	09.09.08		50		102	
070056737	AW Viaduktstrasse/Antilopenweg	geb	09.09.08		108		29	
070056738	AW Pelikanweg	geb	09.09.08		431			
070056739	AW Missionsstrasse	geb	09.09.08		11		50	
070056740	AW Kleinhüningerstrasse	geb	09.09.08		4			
070056741	AW Röschenzerstrasse	geb	09.09.08				16	
070056742	AW Dittingerstrasse	geb	09.09.08				16	
070056746	AW Pfarrgasse	geb	09.09.08				27	
070056749	AW Friedensgasse	geb	09.09.08		20		238	
070056750	AW Gotthelfstrasse	geb	09.09.08				559	
070056751	AW Grenzstrasse	geb	09.09.08		12		301	
070056752	AW Gundeldingerstrasse Mitte	geb	09.09.08				396	
070056753	AW Amerbachstrasse	geb	09.09.08		5			
091050002	Dornacherstr. (Reinacher-Münchensteiner)	geb	09.09.08		309			
651	**Städtebau + Architektur**			**17'045**	**7'147**	**3'360**	**2'141**	**7'757**
030020005	APS Stadtentwicklung St. Johann	neu	17.11.99	2'200	1'372	100	208	620
030020014	Zonenplanrevision Basel-Stadt	neu	09.11.05	3'250	1'867	300	134	1'249
030020014	... davon Drittmittel			-50	-50	0	0	0
030020016	Innenstadt-Qualität im Zentrum Projekt	neu	16.04.08	950	1'027	Abschluss	Abrechn.	
030020021	Hochbergerplatz Umgestaltung Projekt	neu	16.01.08	300	0	50	0	300
030020022	Rheinuferpromenade Kl.BS Schaffhauserr.	neu	18.11.09	400	332	0	0	68
030020023	Bad Bhf Siedlungsstruktur, Konzepterarb.	neu	08.12.10	465	237	100	203	25
030020024	Lörracherstrasse Riehen Umgestaltung	neu	23.06.10	300	51	100	40	209
030020025	Dreispitz Entwicklungsplanung	neu	08.12.10	1'900	415	400	242	1'243
030020027	Hafenentwicklung Klybeck Kleinh. Planung	neu		1'500	0	500	0	1'500
030020028	Erlenmatt Wettbewerb Stadtplätze	neu	16.12.10	650	362	100	273	15
030020028	... davon Drittmittel			-4	0	0	-4	0
030020029	Grenzacherstr Peter Rot Schwarzwaldallee	neu	08.06.11	350	73	150	97	181

				Bruttoausgaben				
		finanzrechtl.			Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
030020031	Innenstadt Qualität im Zentrum 2. Proj.	neu	16.12.10	725	418	200	107	200
030020032	Birsig - Birsigparkplatz Entwickl. Proj.	neu	12.01.11	600	0	400	0	600
030020033	RAB Gest. Innenstadt dyn. Räume	neu		2'000	0	375	0	2'000
030026000	Internat. Bauausst. 2020 (IBA)	neu	09.09.09	1'881	1'415	585	841	-375
030026000	... davon Drittmittel			-372	-372	0	0	0
661	**Mobilität**			**29'116**	**8'937**	**4'830**	**4'436**	**15'743**
010020003	RAB Langsamverkehr	neu	23.06.10	10'000	2'468	2'200	2'790	4'743
010020003	... davon Drittmittel			-49	-49	0	0	0
010050000	GVM Gesamtverkehrsmodell	geb	01.09.09	1'300	196	460	185	918
010050000	... davon Drittmittel			-17	-17	-230	0	0
020020005	Aeschenplatz Planung	neu		400	0	100	0	400
020020009	Burgfelder-Missions-Spalenvorstadt	neu	16.10.13	350	0	150	0	350
020020012	Veloparking Bhf SBB Planung	neu		300	0	150	0	300
020020013	Heuwaage-Binningerstrasse Planung	neu		450	0	100	0	450
030020003	Verkehrsregime Innenstadt	neu	12.01.11	1'350	294	700	30	1'026
030051070	Rahmenkredit Lichtsignalanlagen (LSA)	geb	04.11.08	8'000	6'213	0	1'431	356 [16]
030051070	... davon Drittmittel			-168	-168	0	0	0
030057000	RAB Erh. Infr. Lichtsignalanl. 2013-2016	geb	25.09.12	7'200	0	1'200	0	7'200 [17]
	Total inkl. Drittmittel			**705'714**	**250'931**	**86'772**	**63'688**	**390'591**
	... davon Drittmittel			-43'085	-36'741	-11'099	-7'038	0
	Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur			**662'629**	**250'931**	**75'673**	**56'650**	**390'591**

Kommentar

1 Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des Regierungsrates vom 28. Februar 1961(vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 50. Rate (Bundesrechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen).

2 siehe Text Auftrag 617012120001

3 Bundesanteil an Nationalstrassenbauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.

4 Das Vorhaben ist noch am Laufen, Weiterverrechnung ist noch ausstehend.

5 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind Ausgaben von 9'973'023 Franken der Position 617025052000 RAB Erhaltung Infrastruktur Strassen 2013-2016 zuzuordnen.

6 Die Ausschöpfung bis 2012 ist der RAB Gleisanlagen 2009-2012 zuzuordnen. Das Projekt wird in der RAB Gleisanlagen 2013-2016 weitergeführt.

7 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind Ausgaben von 189'261 Franken der Position 617025053000 RAB Erhaltung Infrastruktur Umgestaltung Allmend 2013-2016 zuzuordnen.

8 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind Ausgaben von 1'628'346 Franken der Position 617025054000 RAB Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2013-2016 zuzuordnen.

9 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind Ausgaben von 80'199 Franken der Position 617025055000 RAB Erhaltung Infrastruktur Wasserbau 2013-2016 zuzuordnen.

10 Dieser Position sind Ausgaben von 9'973'023 Franken der Position 617010052001 zuzuordnen, für Projekte, die in der RAB Erhaltung Infrastruktur Strassen 2009-2012 begonnen und im 2013 fortgeführt wurden.

11 Dieser Position sind auch die Ausgaben in der Höhe von 189'261 Franken der Position 617010053001 zuzuordnen, für Projekte, die in der RAB Erhaltung Infrastruktur Umgestaltung Allmend 2009-2012 begonnen und im 2013 fortgeführt wurden.

12 Dieser Position sind Ausgaben von 1'628'346 Franken der Position 617020054001 zuzuordnen, für Projekte, die in der RAB Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2009-2012 begonnen und im 2013 fortgeführt wurden

13 Dieser Position sind Ausgaben von 80'199 Franken der Position 617020055001 zuzuordnen, für Projekte, die in der RAB Erhaltung Infrastruktur Wasserbau 2009-2012 begonnen und im 2013 fortgeführt wurden.

14 Dieser Position sind Ausgaben von 5'234'495 Franken der Position 617070056001 zuzuordnen, für Projekte, die in der RAB Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2009-2012 begonnen und im 2013 fortgeführt wurden.

15 Aufgrund Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind Ausgaben von 5'234'495 Franken der Position 617025056000 RAB Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2013-2016 zuzuordnen.

16 Die im 2013 getätigten Ausgaben wurden dieser, anstelle der Position 661830057000 RAB Erhaltung Infrastruktur Lichtsignalanlagen 2013-2016 belastet. Die effektive Ausschöpfung der RAB Erhaltung Infrastruktur Lichtsignalanlagen 2009-2012 beträgt 6'212'705 Franken.

17 Die im 2013 getätigten Ausgaben wurden der Position 661830051070 RAB Erhaltung Infrastruktur Lichtsignalanlagen 2009-2012 belastet.

Öffentlicher Verkehr

				Bruttoausgaben					
		finanzrechtl.			Ausschöpfung				
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
617	**Tiefbauamt**			**217'325**	**15'914**	**6'150**	**108**	**201'303**	
010020008	Elsässerstr./Kohlenstr. Knoten	neu	14.04.10	4'900	44	700	24	4'832	
010020024	Elsässerstr./Hüningerstr. Umg.	neu	06.04.11	5'700	44	200	21	5'634	
010020025	Tram 2020 Margarethenstich Bau	neu		17'000	0	300	0	17'000	
	... davon Drittmittel			0	0	-150	0	0	
010020034	Tram 2020 Erlenmatt Projekt	neu	23.10.13	67'091	0	4'000	0	67'091	
011021056	Erschliessung St. Johann	neu	19.01.05	18'200	13'597	100	0	4'603	
	... davon Drittmittel			-6'798	-6'798	-50	0	0	
011021079	Erlenmatt ÖV 1. Etappe	neu	09.12.09	970	694	100	-30	305	
011021089	Aeussere Baselstr. Riehen Gleis	neu	02.03.11	4'223	45	50	69	4'109	
021028003	Tram 8 Kl. Hüningen-Weil am Rhein	neu	16.01.08	17'329	13'777	500	24	3'528	
	... davon Drittmittel			-5'490	-5'490	-200	0	0	
025020007	Tram 2020 Linie 3 Basel-Bhf S.	neu		94'200	0	4'200	0	94'200	
	... davon Drittmittel			0	0	-3'600	0	0	
651	**Städtebau + Architektur**			**2'460**	**790**	**1'000**	**108**	**1'562**	
030020003	Erlenmatt ÖV 2. Etappe Projektier.	neu	09.12.09	1'000	790	200	73	137	
030020030	BehiG Projektierung Infrastruk.	neu	14.11.12	1'460	0	800	35	1'425	
661	**Mobilität**			**123'991**	**81'455**	**30'505**	**29'936**	**44'384**	
820020001	Margarethenstich Tram Vorproj.	neu	16.12.10	640	144	200	69	427	
	... davon Drittmittel			0	0	-100	0	0	
820020004	Tramnetz Basel 2020 Planung	neu	16.12.10	600	387	9	4	208	
	... davon Drittmittel			0	0	-3	0	0	
820020008	BehiG Tram Bruderholz Projektier.	neu		450	0	150	0	450	
820020011	Tram 2020 Erlenmatt-Kleinhüningen	neu		1'200	0	100	0	1'200	
820040104	Tram 8 Weil Beteil. Planung	neu	16.01.08	3'330	1'091	200	273	1'966	
820040105	Tram 8 Weil Planung	neu	16.01.08	1'825	1'202	250	0	623	
820040108	Tram 3 St. Louis Planung	neu	08.12.10	4'000	613	1'700	987	2'399	
820040110	Tramverläng. Weil am Rhein Zinsen	neu	16.01.08	1'560	0	500	0	1'560	
830020001	Pauschale ÖV-Behinderungen	neu	18.01.06	1'500	367	200	69	1'063	
850025601	ÖV Erlenmatt Planung	neu	09.06.04	200	120	150	0	80	
850027319	Normwartehallen BVB Sammelkre.	neu	09.04.08	3'000	2'465	100	414	121	
850027325	Trolley Fahrleitung Rückbau	geb	14.08.07	3'500	1'494	500	28	1'978	
	... davon Drittmittel			-105	-105	0	0	0	
850028310	St. Johann-Vorstadt Gleisanp.	neu	22.04.09	1'100	3	1'100	937	160	
850028321	Tramverläng. Weil am Rhein Bahnbau	neu	16.01.08	13'466	8'028	4'659	4'072	1'365	
	... davon Drittmittel			-5'005	-3'505	-1'800	-1'500	0	
850051307	BehiG Versuchshaltestelle Tram	neu	14.11.12	300	0	150	0	300	
850051404	BehiG Anpassung von Fahrzeugen	neu	14.11.12	6'000	193	2'800	3'158	2'649	
850052312	Lärmminderungsmassnahmen BVB	neu	17.10.12	8'300	719	1'700	1'753	5'828	
850052318	Grundwasserwanne Tramschlaufe Eglisee	geb	04.09.12	2'000	0	50	100	1'900	
851020002	Elektr. Hochrheinstrecke Planung	neu		1'500	0	300	0	1'500	
851040013	Regio S-Bahn Bahnhaltestelle	neu	17.10.07	3'800	4'103	0	-81	-222	[1]
851040016	Regio S-Bahn Herzstück Projektier.	neu	14.10.09	830	561	90	118	151	
850029001	**RAB Gleisanlagen 2013-2016**	**geb**	**04.09.12**	**70'000**	**0**	**17'500**	**19'535**	**18'678**	[2]
850026304	IA Riehen Aeussere Baselstr.	geb	04.09.12	0	0	0	8		
850027308	IA Steinenring Fahrleitung	geb	04.09.12	0	1'117	0	300		
850027317	St. Alban-Graben	geb	04.09.12	0	0	0	466		
850028302	IA Elisabethenstr. 15-62	geb	04.09.12	0	232	0	0		
850028308	IA Allschwilerstr. 2-120 Fahr.	geb	04.09.12	0	1'535	0	42		
850028309	IA Spalenring Fahrleitung Sch.	geb	04.09.12	0	1'352	0	747		
850029305	IA SEK-05 Burgfelder Rückbau HS	geb	04.09.12	0	1'514	0	1'772		
850029312	IA Diensträume	geb	04.09.12	0	810	0	169		
850029602	IA S-POS Anteil Infrastruktur	geb	04.09.12	0	2'892	0	5		
850050302	IA Baselstr. (Bettinger-Schm.)	geb	04.09.12	0	2'119	0	4		
850050305	IA Gärtnerstrasse	geb	04.09.12	0	783	0	13		
850051302	IA Zürcherstrasse	geb	04.09.12	0	5'812	0	37		
850051304	IA Ersatz Zungenvorrichtungen	geb	04.09.12	0	986	0	152		

				Bruttoausgaben				
		finanzrechtl.			Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
850052305	IA Viaduktstrasse	geb	04.09.12	0	14	0	2'140	
850052314	IA Fahrkopfvergütung	geb	04.09.12	0	4'046	0	5'461	
850052316	Depot Dreispitz Einfahrt u. Ab.	geb	04.09.12	0	0	0	1'123	
850052317	IA Riehenstr. Schlaufe Eglisee	geb	04.09.12	0	45	0	45	
850052319	Aeschengraben Centralbahnplatz	geb	04.09.12	0	0	0	2'678	
850052321	IA Elisabethenanlage	geb	04.09.12	0	287	0	84	
850052322	IA Greifengasse (Ob. Rheinweg-R.)	geb	04.09.12	0	331	0	25	
850052323	IA Äussere Baselstr. (Burgstr.)	geb	04.09.12	0	1'160	0	179	
850053304	IA Schifflände (Marktgasse Mitt.)	geb	04.09.12	0	3'283	0	90	
850053307	Wolfsschlucht	geb	04.09.12	0	0	0	314	
850053308	Bundesplatz	geb	04.09.12	0	0	0	426	
850053309	Centralbahnplatz	geb	04.09.12	0	0	0	477	
850053310	Jakobsberg	geb	04.09.12	0	0	0	43	
850053314	Bruderholzallee	geb	04.09.12	0	0	0	754	
850053321	Gärtnerstrasse	geb	04.09.12	0	0	0	1'306	
850053327	Allschwilerplatz	geb	04.09.12	0	0	0	431	
850054301	IA Allschwilerstr. (A.Platz-Sp.)	geb	04.09.12	0	3'470	0	137	
850055300	Hechtliacker	geb	04.09.12	0	0	0	17	
850055302	Bruderholzweg	geb	04.09.12	0	0	0	90	
	Total inkl. Drittmittel			**361'174**	**114'056**	**43'558**	**31'652**	**247'248**
	... davon Drittmittel			-17'398	-15'898	-5'903	-1'500	0
	Öffentlicher Verkehr			**343'776**	**98'158**	**37'655**	**30'152**	**247'248**

Kommentar

1 Die Überschreitung ist teuerungsbedingt.

2 Die Ausschöpfung bis 2012 von Total 31'787'063 Franken der einzelnen RAB-Positionen ist dem Vorhaben RAB Gleisanlagen 2009-2012 zuzuordnen.

Hochbauten im Verwaltungsvermögen

				Bruttoausgaben					
		finanzrechtl.			Ausschöpfung				
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
420	**Liegenschaften VV**			**392'208**	**281'243**	**31'462**	**21'473**	**89'345**	
010026002	Grossratssaal techn. Aufrüstung	neu	02.03.11	1'400	1'378	0	9	Abrechn.	
010026003	Rathaus Mehrzweckraum	neu		750	0	250	0	750	
013026001	Öffentl. Bauten Behindertenger.	neu	04.06.08	7'000	5'850	400	893	257	
013026002	Erdbebenmassnahmen Risikoanalyse	neu	18.11.09	600	341	170	-8	267	
013026003	RAB Klimaneutrale Verwaltung BS	neu	25.06.08	33'500	3'061	3'300	3'935	26'504	
016026000	Appellationsgericht Dachstock	neu	08.09.10	2'900	2'556	0	8	Abrechn.	
016056000	Appellationsgericht Bäumleing.	geb	01.11.11	380	230	0	35	Abrechn.	
119456001	Erlenmatt Erlkönig Gesamtsanierung	neu	19.10.11	1'000	936	Abschluss	Abrechn.		
	... davon Drittmittel			-24	0	0	-24	0	
124056007	Stadttheater Obermaschinerie	geb	10.01.12	850	841	0	39	Abschluss	
126056000	AGS Sanierung Kanalisation	geb	01.09.09	1'560	1'156	0	406	-2	
126456000	AGS Sanierung Fassade und HLK	geb	11.09.07	32'840	32'505	0	12	Abrechn.	
	... davon Drittmittel			-3'516	-2'452	0	-1'064	0	
140256000	Brunnmatt-Schule Projektierung + Sofortm.	geb	01.09.09	1'950	2'802	0	-847	Abschluss	
177226001	Klosterfiechten Wohnheim Ersatz	neu		3'200	0	2'100	0	3'200	
184029000	Sportanlage St.Jakob Mehrzweckgebäude	neu	13.10.10	850	1'245	0	45	Abschluss	1
189456000	Spalentor Gesamt-Aussensanierung	geb	26.06.12	2'155	398	1'000	894	864	
320056000	Waaghof Ersatz Zellenfenster	geb	10.08.10	3'140	620	1'350	50	2'470	
350026000	Voltamatte Verlegung und Neubau	neu	19.05.10	1'894	2'664	50	364	-1'134	2
	... davon Drittmittel			-1'450	-1'450	0	0	0	
510026001	Spiegelhof Einbau Zwischeng.	geb	01.11.11	1'850	0	200	0	1'850	
510029000	Spiegelhof Umbau+Instandsetzung	neu	19.10.11	700	31	350	248	421	
512056002	Waaghof Untersuchungsgefängnis	geb	06.11.12	2'300	0	800	1'245	1'055	
516056000	Hebelstr. 51/53 Sanität San./Erdb.	geb	04.09.12	14'000	0	400	179	13'821	
517056000	Autobahnpolizeistützpunkt Umbau	geb	01.09.09	2'020	10	900	764	1'246	
522056001	Polizeiausbildungszentrum Gen. Guisan	geb	06.11.12	4'160	0	500	0	4'160	
525056000	Clarahof SID II Innensanierung	geb	06.09.11	3'180	2'697	30	181	301	
525056002	Gundeldingen Polizeiposten M.	geb	04.09.12	1'300	0	1'200	1'294	6	
	... davon Drittmittel			-19	0	0	-19	0	
526029001	Bässlergut Anbau + Neubau D.	neu	12.09.12	1'000	0	700	0	1'000	
526056000	Ausschaffungsgefängnis prov. Au.	geb	01.11.11	1'100	1'384	0	66	-350	3
531056000	Zeughaus Instandsetzung Dach	geb	11.09.07	1'700	330	34	1'150	220	
610056000	Münsterplatz 10-12 Rittergasse	geb	06.11.12	3'750	0	2'200	0	3'750	
614056000	Rittergasse 4 Brandschutzmassnahmen	geb	06.11.12	980	0	700	0	980	
615026001	Spiegelgasse AUE Neub.Proj.	neu	06.06.12	800	30	400	265	505	
617026003	Friedhof Hörnli Neubau Krematorium	neu	08.02.12	1'250	290	900	690	271	
617056002	Friedhof Hörnli San. Kanalisation	geb	29.08.06	1'350	1'206	0	4	Abschluss	
626029000	Brüssel-Str. Montagehalle Neubau	neu	11.05.11	500	1	400	0	499	
627026000	TBA Stadtreinigung neues Magazin	neu	16.04.08	450	464	0	264	Abschluss	4
627026001	TBA Stadtreinigung neues Magazin	neu	11.05.11	5'625	1'184	3'000	3'350	1'091	
627026002	Hagenaustrasse 40A TBA Instand.	neu		8'680	0	800	0	8'680	
630026001	Stadtgärtnerei neues Magazinkonzept	neu	10.04.13	7'300	0	1'000	0	7'300	
630026002	Liestaleranlage Neubau Unterstand	neu	13.03.13	530	0	30	0	530	
634026000	Öffentliche neue Toilettenanlagen	neu		640	0	320	0	640	
634026003	Neue öffentliche WC-Anlagen	neu	09.06.04	7'460	5'379	1'000	617	Abschluss	5
634056001	Andreasplatz WC-Anlage Sanier.	geb	30.08.11	390	129	140	49	212	
660056000	Breite Allmendverw. Brückenkopf	neu	11.05.11	6'900	2'369	3'400	4'254	277	
710056000	GD Departementssekretariat Fenster	geb	04.09.12	440	0	400	0	440	
718056000	Spitalstrasse 2 Vorderhaus San.	geb	01.09.09	3'750	3'508	138	0	Abrechn.	
	... davon Drittmittel			-26	0	0	-26	0	
719026001	Dreispitz Kontakt- + Anlaufstelle	neu	06.06.12	2'650	130	2'000	1'647	873	
750026002	Kantonsspital Klinikum 1-West G	neu	16.02.94	206'481	208'914	0	-11	Abschluss	
	... davon Drittmittel			-2'561	-2'561	0	0	0	
780056014	UPK Gebäude B/J Anpassungen/Erw.	geb	04.11.08	9'700	3'067	Abschluss	Abrechn.		6
812056001	Lyonstrasse 41 Ausbau für prov.	geb	06.11.12	900	0	900	516	384	
	... davon Drittmittel			-1	0	0	-1	0	

				Bruttoausgaben				
		finanzrechtl.			Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
422	**Liegenschaften VV**			**11'000**	**9'902**	**0**	**1'164**	**Abrechn.**
170526001	Neubau Biozentrum Spitalstrasse	neu	24.06.09	11'000	9'902	0	1'164	Abrechn.
	Total inkl. Drittmittel			**410'805**	**297'606**	**31'462**	**23'855**	**89'345**
	... davon Drittmittel			-7'597	-6'463	0	-1'135	0
	Hochbauten im VV - Teil Übrige			**403'208**	**291'143**	**31'462**	**22'720**	**89'345**
420	**Liegenschaften VV**			**668'674**	**146'059**	**147'099**	**96'554**	**427'510**
100026000	RAB Tagesstrukturen	neu	09.11.11	39'000	933	10'001	1'193	36'874
100026001	RAB Schulharmonisierung	neu	09.11.11	93'000	859	17'809	5'375	86'766
100026002	Brandschutzmassnahmen in Schulen	geb	01.09.09	4'500	4'001	716	72	427
	... davon Drittmittel			-63	-40	0	-24	0
100029001	Schulstrukturen (Harmonisierung)	neu	05.05.10	2'400	603	700	287	1'510
100056000	Schulhäuser Brandschutzmassnahmen	geb	30.08.11	2'705	931	905	357	1'417
	... davon Drittmittel			-23	0	0	-23	0
100056002	Temporäre Schulbauten, diverse	geb	01.11.11	29'500	12'251	6'000	5'333	11'916
100526000	Dreispitz FHNW HGK Neubau	neu	22.04.09	121'600	38'114	35'000	38'976	44'510
	... davon Drittmittel			-4'238	-1'659	0	-2'579	0
117026000	Archäolog. Bodenforschung Depot	geb	09.09.08	2'500	2'502	0	6	Abrechn.
118256000	St. Jakobsdenkmal Renovation	geb	16.06.09	360	313	Abschluss	Abrechn.	
119456002	Kaserne Reithalle Tribüne u.D.	geb	30.08.11	800	329	450	452	20
119456003	Kaserne Unterer Rossstall Brandschutz	geb	04.09.12	1'050	0	1'000	541	509
119459000	Kaserne Hauptbau Gesamtsanierung	neu	20.03.13	1'900	0	1'000	208	1'692
124026000	Theaterpassage Nutzungsanpassungen		18.12.13	2'500	0	500	0	2'500
124056002	Theater Basel Ersatz Drehsch.	geb	12.08.08	1'500	2'013	0	6	Abrechn.
124056005	Theater Basel Ersatz Handaufz.	geb	10.08.10	1'250	738	365	182	330
124056006	Stadttheater + Schauspielhaus	geb	30.08.11	4'870	2'077	2'470	2'630	163
128056001	BFS Steinenbachgässlein San.Th.	neu		2'280	0	1'680	0	2'280
128456000	BFS Kohlenberggasse 10 Innensa.	geb	01.09.09	3'000	1'994	800	669	336
128856001	BFS Kohlenberggasse 11 Kapazität	neu	14.11.12	586	0	145	0	586
131059000	Gymnasium Kirschgarten Projekt	geb	01.11.11	1'800	0	1'200	102	1'698
134656000	Holbein WBS I Fassadenrenovat.	geb	10.08.10	1'800	946	736	701	153
	... davon Drittmittel			-30	0	0	-30	0
136056002	Bäumlihof-Gymnasium Gesamtsanierung	neu	08.09.10	4'000	1'926	1'800	3'757	-1'683
139429000	Bläsi-Schule Sanierung+Erw.	neu	09.11.11	910	11	810	48	851
139826000	Bruderholz-Schule Umbau/Erw.	neu	14.01.09	4'545	4'463	0	2	Abrechn.
	... davon Drittmittel			-3	-3	0	0	0
139856000	Bruderholz Schule WC-Anlagen	geb	12.08.08	1'620	1'511	0	7	Abschluss
140056000	Diverse Schulhäuser Kanalisation	geb	30.08.11	5'900	16	2'200	740	5'143
140256003	Brunnmatt-Schule Gesamtsanierung	geb	02.11.10	24'985	6'210	11'000	8'198	10'576
140629000	Christoph Merian-/Gellert-Schule	neu	09.11.11	680	36	150	3	642
141456000	Dreirosen-Schule Altbau Dach	geb	01.09.09	1'700	1'918	0	-130	Abrechn.
	... davon Drittmittel			-60	-60	0	0	0
141456001	Dreirosen-Schulhaus Teilsan.	geb	03.09.13	1'731	0	0	96	1'635
141729000	Erlenmatt-Schule Projektierung/	neu	09.11.11	1'960	28	1'000	979	953
142856002	Gotthelf-Schule TH Fassaden-San.	geb	01.09.09	600	611	44	27	Abrechn.
	... davon Drittmittel			-38	0	0	-38	0
144429000	Isaak Iselin-Schule San./Erw.	geb	04.09.12	750	0	600	0	750
146456000	Peters-Schule Gesamtsanierung	geb	29.08.06	2'100	146	500	137	1'817
147626000	Sandgruben-Schule Neubau	neu	09.11.11	60'000	1'222	10'000	2'986	55'792
148429000	Schoren-Schule Neubau Projektier.	neu	09.11.11	1'340	41	1'008	663	636
148856001	Sevogel-Schule Teilsanierung	geb	03.09.13	738	0	0	36	702
149659000	Theobald Baerwart-Schule San.	geb	01.11.11	1'100	0	850	708	392
151829000	Volta-Schule Erweiterung Projektier.	neu	09.11.11	1'370	0	1'220	0	1'370
152029000	Wasgenring Bachgraben Isaak Iselin	neu	09.11.11	1'460	12	660	15	1'433
160056000	KG Belforterstr. 126a San. Geb.	geb	01.09.09	500	0	450	0	500
176459000	Heim gute Herberge Sanierung	neu		400	0	300	0	400
181056001	Kasernenstrasse Turnhalle San.	geb	01.09.09	600	406	180	0	194
181056004	Theaterturnhalle Sanierung Dach	geb	04.09.12	850	0	50	0	850
182056000	St. Johann-Schule SH/TH Sanierung	geb	01.11.11	3'600	2'651	850	214	735
	... davon Drittmittel			-16	0	0	-16	0
182056002	Rittergasse TH + SA Innen-/Dach	geb	01.11.11	7'900	6'108	1'800	1'153	639

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben Total	Ausschöpfung bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
	... davon Drittmittel			-83	0	0	-83	0	
183029001	St. Jakobshalle Sanierung/Ausb.	neu	09.11.11	4'800	125	2'400	2'026	2'649	
183056006	St. Jakobshalle Sanierungen	geb	01.11.11	3'700	2'249	500	1'392	59	
184026001	St. Jakob Sportanlage Tribüneng.	neu	10.04.13	22'100	0	5'850	694	21'406	
184026005	Schorenmatte Sportanlage Inst.	neu		4'315	0	1'300	0	4'315	
184029005	Bachgraben Sportanlage Erw.	neu		1'200	0	800	0	1'200	
184056003	Schützenmatte Sportanlage Trib.	geb	01.09.09	1'200	1'184	0	292	Abrechn.	
	... davon Drittmittel			-47	0	0	-47	0	
184056007	Buschweilerhof Sportplatz Rest.	geb	01.09.09	2'970	2'318	325	1'571	-919	8
184056008	Rankhof Sportanlage Tennenplatz	geb	28.01.14	325	0	15	0	325	
185156000	Bachgraben Gartenbad Restaurant	geb	29.08.06	1'500	0	200	0	1'500	
185256002	St. Jakob Gartenbad Eingangsbe.	geb	03.11.09	1'100	1'091	0	11	Abschluss	
185256003	St. Jakob Gartenbad Sprungturm	geb	04.09.12	600	0	600	381	219	
185256004	St. Jakob Gartenbad Kästligeb.	geb	06.11.12	4'125	0	400	0	4'125	
185356000	Hallenbad Rialto Badewasserauf.	geb	06.11.12	1'800	0	1'800	1'865	-65	
185926000	Eglisee Kunsteisbahn Sanierung	neu	18.09.13	1'100	0	1'200	101	999	
185956000	St. Margarethen KEB Sofortm./Projektier.	geb	10.08.10	2'600	898	1'380	71	1'632	
216026000	Kunstmuseum Erweiterungsbau B.	neu	17.11.10	100'000	12'451	18'400	15'628	71'921	
	... davon Drittmittel			-14'100	-5'700	-9'200	-8'400	0	
216029001	Kunstmuseum/Laurenzbau Projekt	geb	31.08.10	2'900	1'066	1'380	1'790	44	
216056000	Kunstmuseum Vorgezogene Sanierung	geb	04.09.12	24'215	0	500	1'012	23'203	
220056002	HMB San Hauptverteilung/Brandschutz	geb	03.11.09	660	618	0	16	Abrechn.	
	... davon Drittmittel			-33	-33	0	0	0	
222056000	NMB Sanierungen III	geb	01.11.11	7'500	0	500	0	7'500	
222056001	NMB Präparatorien + Werkstätten	geb	21.09.10	9'500	8'606	100	130	764	
222056002	NMB Externes Lager Mieterausbau	geb	06.11.12	3'350	0	1'250	3'072	278	
224056000	Museum der Kulturen Vischer-Bau	geb	12.08.08	8'600	8'235	0	444	Abrechn.	
	... davon Drittmittel			-17	0	0	-17	0	
226026075	NMB Augustinergasse Sanierung	neu	20.01.05	11'000	11'511	0	84	Abrechn.	9
226026076	NMB Augustinergasse Sanierung	geb	12.08.08	9'100	7'282	450	440	1'378	
638026000	Kaserne Abbruch Zwischenbau Neu	neu	08.02.12	3'775	0	0	59	3'716	
812026001	NMB und Staatsarchiv Neubau	neu	26.06.13	3'150	0	0	3	3'147	
423	**Liegenschaften VV**			**54'430**	**11'340**	**31'150**	**13'398**	**29'690**	
130056001	Schulen am Münsterplatz Umbau	geb	04.09.12	8'110	0	1'500	1'394	6'716	
139456002	Bläsi-Schule Gesamtsanierung	geb	01.11.11	8'150	545	4'150	2'819	4'787	
143656000	Hirzbrunnen-Schule Instandsetzung/	geb	06.09.11	15'925	3'456	13'800	4'383	8'085	
145256000	Kleinhüninger-Schule Sanierung	geb	31.08.10	3'000	241	1'700	411	2'347	
154856000	Hebel-Schule Gesamtsan. Umbau TH	geb	02.11.10	19'245	7'098	10'000	4'391	7'755	
	Total inkl. Drittmittel			**741'855**	**164'895**	**187'449**	**121'212**	**455'748**	
	... davon Drittmittel			-18'750	-7'493	-9'200	-11'257	0	
	Hochbauten im VV - Teil Bildung + Kultur			**723'105**	**157'402**	**178'249**	**109'955**	**455'848**	
	Total inkl. Drittmittel			**1'152'660**	**462'501**	**218'911**	**145'067**	**545'192**	
	... davon Drittmittel			-26'348	-13'956	-9'200	-12'392	0	
	Hochbauten im VV			**1'126'312**	**448'544**	**209'711**	**132'675**	**545'092**	

Kommentar

1 Ausgabenüberschreitung gem. RRB 12/25/47 vom 28.08.2012 über Franken 300'000.00

2 Finanzierung des Hauptbaus durch ASTRA (1'450'000.00 Franken).

3 Ausgabenüberschreitung gem. RRB 12/30/11 vom 16.10.2012 über Franken 360'000.

4 Die die Nominalausgaben übersteigenden Planerkosten hätten richtig auf die Ausführungsausgabe verbucht werden sollen (4206.270.26001). Diese wird daher um den entsprechenden Betrag unterschritten.

5 Nominalausgabe gem. GRB vom 10.04.2013 um 280'000 Franken erhöht (Budgetpostulat D. König-Lüdin)

6 Doppelt verrechnete Liftanlage, Gutschrift auf Abrechnungskonto „Aufträge für Dritte" verbucht.

7 Ausgabenüberschreitung gem. RRB 10/06/23 vom 02.03.2010 über Franken 450'000.00 Mehrkosten der Elektroinstallation sowie der Anlagensteuerung.

8 Ausgabenüberschreitung gem. RRB 12/17/8 vom 05.06.2012 über Franken 800'000.00.

9 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung kompensiert.

Informatik

				Bruttoausgaben					
		finanzrechtl.			Ausschöpfung				
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
271	**Hochschulen**			**5'751**	**0**	**2'212**	**175**	**5'576**	
878000100	ICT Volksschule Erweiterung	neu	18.04.12	5'751	0	2'212	175	5'576	
330	**Staatskanzlei**			**815**	**0**	**515**	**16**	**799**	
501000000	Kantonsblatt online	neu		500	0	200	0	500	
502000000	Konsul Aktualisierung	geb	06.11.12	315	0	315	16	299	
376	**Staatsarchiv**			**1'346**	**10**	**265**	**262**	**1'074**	
500000000	StaBS Mikroverfilm.Digit.Sich.	neu	27.06.12	1'346	10	300	262	1'074	
	... davon Drittmittel			0	0	-35	0	0	
401	**Generalsekretariat FD**			**10'600**	**52**	**8'500**	**6'535**	**4'013**	
000000002	WorkplaceBS	geb	01.11.11	10'600	52	8'500	6'535	4'013	
403	**Finanzverwaltung**			**3'900**	**492**	**1'000**	**562**	**2'846**	
010000022	Impulsprogramm E-Government	neu	07.12.11	3'500	96	900	562	2'842	
835000004	Erneuerung bestehende SAP Infr.	geb	06.09.11	400	396	Abschluss	Abrechnung		
404	**Steuerverwaltung**			**2'000**	**1'559**	**290**	**435**	**5**	
001000059	Erneuerung Steuerlösung NEST	geb	03.11.09	2'000	1'559	290	435	Abschluss	
406	**ZID**			**23'883**	**18'941**	**3'600**	**2'461**	**2'481**	
000000720	ZID-MoveIT (Ers. Informatik)	geb	30.08.11	3'980	3'401	0	399	180	
000000743	IT TVA-Hochrüstung Telefoniekn.	geb	01.09.09	2'200	1'168	600	769	262	
000000750	IK-WebBS Ablösung	geb	03.07.12	1'559	1'038	0	405	116	
0P0000003	IK-WLANBS	neu		711	0	0	0	Abschluss	
0P0000004	IK-ZevoBS-Zentrales Vorlagenm.	geb	30.08.11	433	251	0	57	126	
A10100718	Zentrale Anlagekomponenten Ern.	geb	10.08.10	15'000	13'082	3'000	831	1'086	
409	**Zentraler Personaldienst**			**4'942**	**2'105**	**1'670**	**897**	**1'940**	
004000001	Systempflege Überführung 1	geb	07.11.06	2'090	2'105	225	0	Abschluss	
004000002	Systempflege Überführung 2	geb	06.09.11	2'852	0	1'445	897	1'955	
510	**Bevölk.dienste/ Migration**			**4'933**	**356**	**178**	**542**	**4'036**	
001020000	Ablösung eFiles	geb	01.11.11	533	356	178	428	Abschluss	[1]
001020001	PaRIS Personenauskunfts-Reg.	geb	16.04.13	4'400	0	0	114	4'286	
614	**Stadtgärtnerei**			**352**	**0**	**247**	**46**	**306**	
030020301	IMS-Avanti SF Phase I- III; SWI	geb	25.09.12	352	0	247	46	306	
651	**Städtebau + Architektur**			**1'100**	**0**	**550**	**0**	**1'100**	
051020002	Software kundenorient. Denkmalpflege	neu		1'100	0	550	0	1'100	
702	**Gesundheitsdienste**			**650**	**599**	**0**	**51**	**Abschluss**	
050500002	Dossiermanagement	geb	29.08.06	650	599	0	51	Abschluss	
730	**Gesundheitsversorgung**			**750**	**0**	**400**	**0**	**750**	
001000001	eHealth	neu		750	0	400	0	750	
807	**Amt für Sozialbeiträge**			**1'350**	**1'192**	**144**	**158**	**0**	
812Z20003	Ersatzbeschaff. SW Ergänzungsl.	geb	04.11.08	1'350	1'192	144	158	Abrechnung	
	Total inkl. Drittmittel			**62'372**	**25'305**	**19'606**	**12'140**	**24'471**	
	... davon Drittmittel			0	0	-35	0	0	
	Informatik			**62'372**	**25'305**	**19'571**	**12'140**	**24'471**	

Kommentar

1 Die Zusatzkosten resultieren aus der Datenmigration

Bildung

				Bruttoausgaben					
		finanzrechtl.			Ausschöpfung				
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
201	**Zentrale Dienste**			**950**	**297**	**200**	**2'862**	**-2'209**	
862000021	Brunnmatt-Schule Mobilien	geb	02.11.10	297	297	200	0	0	
862000032	Brunnmatt-Schule Mobilien	geb	02.11.10	653	0	0	282	371	
862010001	RAB Schulharmonisierung Mobilien	neu	09.11.11	(93'000)	0	0	2'149	-2'149	1
862010002	RAB Tagesstrukturen Mobilien	neu	09.11.11	(39'000)	0	0	431	-431	2
290	**Jugend Familie und Sport**			**1'450**	**0**	**1'450**	**0**	**1'450**	
061500000	Bäder/Eisb. Eintrittssysteme E.	neu		1'450	0	1'450	0	1'450	
	Total inkl. Drittmittel			**2'400**	**297**	**1'650**	**2'862**	**-759**	
	... davon Drittmittel			0	0	0	0	0	
	Bildung			**2'400**	**297**	**1'650**	**2'862**	**-759**	

Kommentar

1 Ausgaben zulasten Vorhaben 420100026001 RAB Schulharmonisierung über 93 Mio. Franken

2 Ausgaben zulasten Vorhaben 420100026000 RAB Tagesstrukturen über 39 Mio. Franken

Kultur

				Bruttoausgaben				
		finanzrechtl.			Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
370	**Kultur**			**1'700**	**0**	**500**	**0**	**1'700**
821000022	Proberäume für Bands	neu	12.01.11	1'700	0	500	0	1'700
371	**Kunstmuseum**			**1'269**	**2'897**	**700**	**303**	**-1'931**
503000015	KMB Ank. Kunstwerke 2010-2013	neu	10.03.10	3'200	3'876	700	0	-676
	... davon Drittmittel			-979	-979	0	0	0
503000016	KMB Ank. Kunstwerke 2010-2013	neu	10.03.10	0	0	0	1'255	-1'255
	... davon Drittmittel			-952	0	0	-952	0
373	**Historisches Museum**			**320**	**0**	**130**	**107**	**213**
502000006	HMB Schranksysteme Genuastrasse	geb	04.09.12	320	0	130	107	213
374	**Naturhistorisches Museum**			**4'868**	**281**	**2'711**	**623**	**3'964**
500000000	NMB Sanierungen III Projektkoor.	geb	01.11.11	168	0	84	0	168
500000001	NMB Externes Lager Mieterausbau	geb	06.11.12	1'950	0	1'500	613	1'337
830000000	NMB Dauerausst. + Betriebseinr.	geb	03.11.09	2'750	281	1'127	10	2'459
375	**Museum der Kulturen**			**5'390**	**2'353**	**2'282**	**197**	**2'840**
830000000	MKB Neue perm. Ausstellungen Einr.	neu		1'580	0	1'000	41	1'539
835000000	MKB Museum der Kulturen Wieder.	neu	03.02.10	3'810	2'353	1'282	156	1'301
376	**Staatsarchiv**			**258**	**0**	**200**	**187**	**71**
103000000	StaBS Prov. Lager Lyonstr. 41	geb	06.11.12	258	0	200	187	71
377	**Archäolog. Bodenforschung**			**4'740**	**0**	**341**	**0**	**4'740**
501000003	Grabungen ABBS für Novartis-C.	geb	14.08.07	4'740	0	341	0	4'740
	Total inkl. Drittmittel			**20'476**	**6'510**	**6'864**	**2'369**	**11'597**
	... davon Drittmittel			-1'931	-979	0	-952	0
	Kultur			**18'545**	**5'531**	**6'864**	**1'417**	**11'597**

Übrige

				Bruttoausgaben					
		finanzrechtl.			Ausschöpfung				
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014	
350	**Kantons- u. Stadtentwickl.**			**400**	**0**	**200**	**0**	**400**	
500000001	Welcome-Fussgängerleitsystem	neu		400	0	200	0	400	
376	**Staatsarchiv**			**534**	**210**	**214**	**213**	**111**	
500000001	StaBS Ers.nicht-arch. Verp. Urk.	geb	10.08.10	534	210	214	213	111	
403	**Finanzverwaltung**			**1'085**	**444**	**200**	**208**	**432**	
831000000	HRM2 in Anbindung an IPSAS	geb	02.11.10	1'085	444	200	208	432	
501	**Stabsbereiche JSD**			**1'370**	**1'120**	**0**	**553**	**-302**	
105520000	Clarahof Innensanierung 2.-5.OG	geb	06.09.11	1'370	1'120	0	553	Abschluss	[1]
506	**Kantonspolizei**			**2'940**	**723**	**430**	**1'330**	**887**	
555520001	O.Fahrzeug Ersatz	geb	01.11.11	480	34	180	441	Abschluss	
559020000	Erdbebenvorsorge(partnerschaftl. Geschäft)	neu	07.12.11	870	285	250	174	411	
559020001	Mobilisierungssystem	geb	02.11.10	1'090	404	0	594	92	
582020000	Autobahnpolizeistützpunkt Umb.	geb	09.09.08	500	0	0	121	379	
509	**Bereich Rettung**			**3'041**	**285**	**1'820**	**1'632**	**1'123**	
020020010	Drehleiter „32" Feuerwehr; Ers.	geb	01.11.11	1'200	0	400	914	Abschluss	
027020000	Löschfahrzeuge Bezirksfeuerwehr	geb		0	0	1'080	0	0	[2]
027021300	Löschfahrzeuge Bezirksfeuerwehr	geb	06.11.12	1'161	0	0	387	774	[3]
030020008	Rettungswagen Sanität (2012/13)	geb	01.11.11	680	285	340	331	Abschluss	
510	**Bevölk.dienste/ Migration**			**4'146**	**715**	**1'825**	**1'800**	**1'630**	
094020001	Risk Assessment	neu	16.04.08	1'200	715	25	0	Abschluss	
097020000	Strafanstalt Bostadel Erweiterung	neu	09.05.12	2'946	0	1'800	1'800	1'146	
614	**Stadtgärtnerei**			**5'038**	**4'133**	**780**	**1'270**	**-366**	
030020101	Schredder Kompostieranlage Erw.	geb	10.08.10	460	0	0	394	66	
030020304	RAB Freizeitgartenareale	geb	03.09.13	2'500	0	0	16	2'484	
030020307	Grünflächenkataster Aktualisierung	geb	06.11.12	1'328	0	130	112	1'216	
030020603	Baumpflanzungen laut Richtplan	neu	23.06.99	0	3'620	500	592	-4'212	
030020951	Förderung der Wohnlichkeit	neu	07.01.09	750	514	150	155	81	
617	**Tiefbauamt**			**2'500**	**1'464**	**650**	**216**	**820**	
60050001	Öffentl. Toilettenanlagen II	geb	01.09.09	2'500	1'464	650	216	820	
651	**Städtebau + Architektur**			**3'707**	**4'554**	**250**	**133**	**-979**	
20020001	Projekt- und Kostenkontrollsys.	neu	13.11.02	2'807	3'086	0	23	Abschluss	
30020020	Hafen St.Johann Campus Novartis	neu	18.01.06	900	1'468	250	110	Abschluss	[4]
661	**Mobilität**			**4'660**	**3'281**	**660**	**425**	**954**	
001020001	Parkraumbewirtschaftung	neu	21.09.11	1'560	144	660	422	994	
830054003	Verkehrsrechner Ersatz	geb	12.08.08	3'100	3'137	0	2	Abschluss	
706	**Gesundheitsschutz**			**840**	**0**	**840**	**779**	**61**	
15020131	LC/MS-System KL 2013	geb	04.09.12	500	0	500	439	Abrechn.	
24020131	IRM Genetic Analyser 2013/1	geb	04.09.12	340	0	340	340	Abrechn.	
831	**Amt für Umwelt u. Energie**			**10'193**	**7'154**	**3'630**	**2'182**	**857**	
080004009	2000-Watt-Gesellschaft	neu	22.04.09	2'080	1'016	500	91	973	
081002007	Kataster Altlastenstandorte Erw.	geb	11.09.07	1'345	1'181	0	82	Abschluss	[5]
	... davon Drittmittel			-255	-255	0	0	0	
081022005	Abwasserreinigungsanl. BS bau.	neu	25.06.75	0	0	0	56	0	
081022006	Abwasserreinigungsanl. BS mas.	neu	25.06.75	0	0	2'300	1'106	0	
081104007	Kataster Altlastenstandorte Erw.	geb	11.09.07	0	0	70	0	Abschluss	[6]
083004003	Lärmschutzmassn. Strassenab.	neu	15.12.04	3'600	2'048	700	162	1'390	
	... davon Drittmittel			-668	-668	-160	0	0	
083004004	Lärmschutzmassn. Strassenab.	neu	15.12.04	5'000	4'758	300	667	-425	
	... davon Drittmittel			-1'259	-1'259	-80	0	0	
085002002	Aktionsplan gesunde Luft in W.	neu	09.09.09	350	333	0	18	Abschluss	
	Total inkl. Drittmittel			**42'636**	**26'266**	**11'739**	**10'742**	**5'628**	
	... davon Drittmittel			-2'182	-1'514	-240	0	0	
	Übrige Teil Allgemein			**40'454**	**24'752**	**11'499**	**10'742**	**5'628**	

				Bruttoausgaben				
		finanzrechtl.			Ausschöpfung			
Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		Status		Total	bis 2012	B 2013	R 2013	ab 2014
290	**Jugend Familie und Sport**			**3'750**	**2'338**	**750**	**455**	**957**
039000001	Tagesheimplätze I Invest.-Beit.	neu	03.06.09	3'750	2'338	750	455	957
370	**Kultur**			**10'296**	**186**	**346**	**1'080**	**9'030**
821300008	Allgemeine Bibliotheken der GGG	neu	07.12.11	10'296	186	346	1'080	9'030
401	**Generalsekretariat FD**			**2'570**	**600**	**1'000**	**870**	**1'100**
001000001	St. Alban Kirche Instandstellung	neu	14.03.12	2'570	600	1'000	870	1'100
641	**Inakt. Denkmalpflege**			**23'500**	**16'093**	**2'000**	**0**	**7'407**
001020004	Denkmalschutz 2003-2007 Invest.	neu	12.02.03	11'000	9'947	Abschluss	Abrechn.	
001020005	Denkmalschutz 2008-2012 Invest.	neu	12.09.07	12'500	6'146	2'000	0	6'354
650	**S+A HBA/Baukostenbeiträge**			**1'562**	**1'151**	**30**	**0**	**411**
004040006	Bürgerliches Waisenhaus Invest.	neu	16.09.09	1'562	1'151	30	0	411
651	**Städtebau + Architektur**			**27'300**	**2'342**	**300**	**2'753**	**22'205**
051020001	Denkmalschutz 2013-2017 Invest.		09.01.13	14'800	0	300	390	14'410
051020099	Denkmalschutz 2008-2012 Invest.	neu	12.09.07	12'500	2'342	0	2'363	7'795
730	**Gesundheitsversorgung**			**21'045**	**0**	**10'862**	**10'385**	**10'660**
072000001	Alterszentrum Burgfelderhof Invest.	neu	19.10.11	10'431	0	5'431	5'170	5'261
072000002	Pflegezentrum Bethesda Invest.	neu	17.10.12	10'614	0	5'431	5'216	5'399
	Total inkl. Drittmittel			**104'823**	**22'709**	**15'288**	**15'544**	**66'570**
	... davon Drittmittel			0	0	0	0	0
	Übrige Teil Investitionsbeiträge			**104'823**	**22'709**	**15'288**	**15'544**	**66'570**
	Total inkl. Drittmittel			**147'459**	**48'975**	**27'027**	**26'286**	**72'198**
	... davon Drittmittel			-2'182	-1'514	-240	0	0
	Übrige			**145'277**	**47'461**	**26'787**	**26'286**	**72'198**

Kommentar

1 Verschiebung von rund 300'000 Franken vom Investitionsbereich Hochbau im VV zum Investitsionbereich Übrige. Bewilligte Nominalausgabe für das Vorhaben (4.55 Mio. Franken) wurden in Summe eingehalten.

2 Ausgaben 2013 unter Position 509027021300

3 Budgettranche 2013 unter Position 509027020000

4 Mehrausgaben werden per Projektende über den „Campus-Kredit“ abgerechnet.

5 Budgettranche 2013 unter Position 83181104007

6 Ausgaben 2013 unter Position 83181002007

6 Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen

6.1 Beiträge an eigene Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags-periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Globalbeitrag Uni	2010-2013	599'800	442'500	157'300	157'300	0
Globalbeitrag für Studienberatung an UNI	2010-2013	1'932	1'449	483	483	0
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	2010-2013	4'427	3'320	1'107	1'107	0
Globalbeitrag FHNW	2012-2014	126'138	39'494	40'784	40'784	45'860
Rententeuerung ex FHBB/HPSA-BB Anteil BS	jährlich		0	300	0	0
Volkshochschule BB	2013-2016	2'765		692	692	2'074
Ressort Hochschulen			**486'763**	**200'665**	**200'365**	
Erziehungsdepartement			**486'763**	**200'665**	**200'365**	
BVB RPV	jährlich		3'681	3'650	3'667	
Abgeltung Ortsverkehr BVB	jährlich		53'712	54'913	52'592	
SBB Stadion St. Jakob	jährlich		37	37	37	
SBB Shuttle St. Jakob	jährlich		107	133	128	
SBB Bahnhof St. Johann	jährlich		55	60	119	
SBB Haltestelle Dreispitz	jährlich		84	85	84	
SBB/BLT RPV	jährlich		2'897	2'850	2'879	
U-Abo Beiträge	jährlich		20'212	20'100	20'160	
Mobilität	jährlich		**80'787**	**81'828**	**79'667**	
Bau- u. Verkehrsdepartement			**80'787**	**81'828**	**79'667**	
USB - Beiträge KVG stationär	jährlich		106'769	108'000	101'935	
FPS - Beiträge KVG stationär	jährlich		26'012	30'000	27'734	
UPK - Beiträge KVG stationär	jährlich		25'378	26'000	28'076	
UKBB - Beiträge KVG stationär	jährlich		6'688	11'030	8'296	
Abgeltung amb öffentl. Spitäler	2012-2013	42'213	27'929	18'550	18'550	-4'266
Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	2012-2013	8'902	2'720	4'500	2'952	3'230
Weiterbildung FMH Facharzt	2012-2013	25'880	12'961	13'000	12'492	427
L + F Diff.Abzug	2012-2013	113'045	54'795	55'000	54'795	3'455
Übrige GWL	2012-2013	20'785	3'725	1'960	648	16'412
Versorgung LzPf-Bereich Spitäler	2012-2013	6'000	4'247	6'000	3'186	-1'433
Spital Sozialdienst	2012-2013	4'000	3'959	4'000	3'959	-3'918
Gesundheitsversorgung			**275'182**	**278'040**	**262'622**	
Gesundheitsdepartement			**275'182**	**278'040**	**262'622**	
Defizit Basl. Personenschiff. BPG	2010-2014	2'350	1'410	470	470	470
Generalsekretariat WSU			**1'410**	**470**	**470**	
Risikobeiträge an Krankenversicherer	2009-2012	39'100	39'100	0	0	0
Amt für Sozialbeiträge			**39'100**	**0**	**0**	
Lufthygieneamt beider Basel	jährlich		1'217	1'215	1'034	
Amt für Wald beider Basel	jährlich		188	229	321	
Amt für Umwelt und Energie			**1'405**	**1'444**	**1'355**	
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			**41'915**	**1'914**	**1'825**	
Entschädigungen/Beiträge an eigene Institutionen			**884'647**	**562'448**	**544'479**	

6.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags-periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Schweizer Schule Sao Paulo	2008-2012	125	125			0
Schweizer Schule Sao Paulo	2013-2017	125		25	25	100
Musikakademie der Stadt Basel	2012-2016	65'000	13'000	13'000	13'000	39'000
Bim Buur in d'Schuel	jährlich		20	20	20	
Projekt AKEP	2012-2015	140	35	35	35	70
Leitung Bildung			**13'180**	**13'080**	**13'080**	
Lukasclubs			43	43	43	
Allgemeinb. weiterführende Schulen			**43**	**43**	**43**	
Handelsschule KV Basel „Defizitabdeckung" (Budgetdach 16.5 Mio. p.a. zuz	2010-2014	73'127	42'309	14'245	14'318	16'500
HKV „PK-Kosten" gemäss eff. Aufwand	2010-2014	11'842	6'990	2'293	2'202	2'650
überbetr. Kurse an Partnerfirmen LW AGS	jährlich		15	20	15	
Berufsbildende Schulen			**49'314**	**16'558**	**16'535**	
Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	jährlich		26	30	19	
Lehrabschlussprüfungen LAP	jährlich		2'437	2'714	2'490	
Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	jährlich		2'396	2'520	2'906	
Beiträge Sitzkanton Basel: WB	jährlich		77	80	162	
Beiträge Überkantonal: ÜK	jährlich		779	840	1'138	
Beiträge Überkantonal: WB	jährlich		69	40	112	
Overall Basel Lehrverbund	2012-2014	420	140	140	115	165
Lehrbetriebe LBB	2010-2013	8'100	6'119	2'025	1'968	13
Berufsberatung, Berufs-u.Erw.Bildung			**12'043**	**8'389**	**8'909**	
Swiss Tropical and Public Health Institute	2012-2016	9'400	1'600	1'800	1'800	6'000
Preis der Stadt Basel für w. Forschung	jährlich		20	20	20	
Histor.-/Antiquar.Gesellschaft: Publikation	jährlich		20	20	20	
Geogr.-ethnologische Gesellschaft Basel	jährlich		15	15	15	
Archäologie Schweiz	jährlich		20	20	20	
Wildt'sches Haus „Defizitdeckung" (Staatsbeitrag max. Fr. 85'000.– p.a.	2012-2016	313	55	85	3	255
Zschokkehaus Engelberg	jährlich		8	12	12	
Hochschulen			**1'738**	**1'972**	**1'890**	
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung	2012-2015	7'200	1'800	1'800	1'800	3'600
Begleitete Besuchstage	2012-2015	260	65	65	65	130
Mütter- und Väterberatung	2011-2014	3'160	1'380	890	890	890
Verein Elternhilfe beider Basel	2013-2016	40		10	10	30
PEB Programm für Elternbildung	2012-2015	126	32	32	32	63
Familienpass	2013-2014	45		23	23	23
Pflegefamiliendienst	2013-2016	800		200	200	600
Bürgerliches Waisenhaus	jährlich		3'113	2'700	3'323	
Kinderheim Lindenberg	jährlich		1'547	1'650	1'499	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'168	1'300	1'184	
Schifferkinderheim	jährlich		1'124	1'250	1'279	
Kinderhaus Holee	jährlich		1'512	1'500	1'285	
AHBasel	jährlich		217	200	196	
Durchgangsheim im Vogelsang	jährlich		684	1'000	1'177	
Erlenhof	jährlich		731	800	524	
Wohnheim Schlössli	jährlich		331	300	307	

in 1'000 Franken	Beitrags-periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Foyer Neubad	jährlich		49	150	194	
Foyer in den Ziegelhöfen	jährlich		445	400	345	
Foyer Rütimeyerstrasse	jährlich		311	300	337	
Jugendstrafrechtliche Massnahmen	jährlich				49	
JuAr Basel	2012-2015	13'064	3'266	3'266	3'266	6532
Verein Robi-Spiel-Aktionen	2012-2015	5'375	1'344	1'344	1'344	2'687
Verein Mobile Jugendarbeit	2012-2015	1'519	380	380	380	759
Spielwerkstatt Kleinhüningen	2012-2015	921	230	230	230	461
Jugendzentrum Dalbeloch	2012-2015	900	225	225	225	450
Freizeitzentrum Dreirosen	2013-2015	675		225	225	450
Spilruum Elsässerstrasse	2012-2015	509	127	127	127	254
Verein Eulerstrooss nüün	2012-2015	379	95	95	95	190
Basler Kindertheater	2012-2015	400	100	100	100	200
Off. Kinderarbeit oberes Kleinbasel	2012-2015	171	43	43	43	85
Robi-Spiel-Aktionen Ackermatte Container				150	150	
Verein zum Burzelbaum	2012-2015	102	25	25	25	51
Pro Juventute - Beratung und Hilfe 147	2013-2015	60		20	20	40
Stiftung Idée Sport	2012-2015	102	25	26	25	51
Familea Tagesheime	jährlich		13'748	13'500	13'883	
Kinderkrippen Gundeldingen	jährlich		1'616	1'550	1'580	
Kinderkrippe Bläsisitift	jährlich		2'342	2'300	2'343	
Verein für Basler Tagesfamilien	jährlich		1'692	1'620	1'701	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'606	1'575	1'610	
Krippe St. Peter	jährlich		920	815	970	
Tagesheim Verenahof	jährlich		1'016	960	961	
Generationenhaus Neubad	jährlich		1'008	835	1'036	
Krippe St. Leonhard	jährlich		510	400	527	
Spanische Krippe	jährlich		597	435	566	
Tagesheim Rhy-Spatze	jährlich		343	300	389	
Tagesheim Fourmi	jährlich		505	470	513	
Kindernest Gundeli	jährlich		282	260	266	
KITA vagalume	jährlich		553	500	583	
Tagesheim Kids + Co. Petersgraben	jährlich		258	180	402	
Kopfquotenbeiträge Sportvereine	jährlich		119	130	121	
Betriebsbeiträge Sportvereine	jährlich		32	30	32	
Basler Stiftung für Ferienkolonien	2013-2014	120		60	60	60
Verein Fanprojekt	2012-2014	240	80	80	80	80
Jugend, Familie und Sport			**47'596**	**46'825**	**48'598**	
Erziehungsdepartement			**123'914**	**86'866**	**89'056**	
Beratung Frauenverein	2011-2013	1'520	1'140	380	380	0
Medien-/Theaterfalle	2012-2015	600	150	150	150	300
Gleichstellung Frauen und Männer			**1'290**	**530**	**530**	
Reg. Basiliensis	2011-2014	1'372	686	343	343	343
N. Projekte im Regiobereich	jährlich		5	6	1	
Gem. Sekr. ORK	2011-2014	120	56	30	46	18
Del.-Sekr. ORK	2011-2014	240	116	60	58	66
Einm. Proj. Regio unbe	jährlich		0	110	0	
Eurodistrict TEB	2011-2013	270	172	90	88	9
Infobest Palmrain	2011-2013	218	43	52	44	131
NRP/ETZ Interreg IV	2007-2013	1'750	703	250	249	798

in 1'000 Franken	Beitrags-periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Aussenbez. und Standort-Marketing			**1'781**	**941**	**830**	
GGG	2011-2014	1'207	518	345	345	344
Budgetpostulat_Helen Schai-Zigerlig (JuKiBu)	2013		0	0	60	0
V. Treffpunkt Breite	2011-2013	270	180	90	90	0
QTP LoLa	2011-2013	270	180	90	90	0
V. Famzentr. Gundeli	2011-2013	270	180	90	90	0
V.KS Elt. + Kinder BW	2011-2013	270	180	90	90	0
V. QT Kasernenareal	2011-2013	270	180	90	90	0
V. Burg am Burgweg	2011-2013	270	180	90	90	0
Trägerverein QuBa	2011-2013	270	180	90	90	0
V. QTP Kleinhüningen	2011-2013	270	180	90	90	0
Stadtteilsekr.Kl'basel	2011-2013	360	240	120	120	0
V. QT Hirzbrunnen	2011-2013	270	180	90	90	0
V. ElternC.Hirzbrunnen	2011-2013	150	100	50	50	0
TS Eltern-Kind-Z.MaKly	2011-2013	270	180	90	90	0
V. Beg.zentr.KB Union	2011-2013	270	180	90	90	0
V. ATD Vierte Welt, pendent	2011-2013	120	80	40	40	0
Stadtteilsekr.Basel-W	2011-2013	270	180	90	90	0
QTP Bruderholz	2011-2013	150	100	50	50	0
KT Eltern+Kinder	2011-2013	150	100	50	50	0
Proj. Quartiertreffp.	2011-2013	200	100	100	80	20
QTP Rosental	2011-2013	150	100	50	50	0
Quartierk.Gundeldingen	2011-2013	90	60	30	30	0
Kantons- und Stadtentwicklung		**5'817**	**3'558**	**1'915**	**1'955**	
Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	jährlich		42	42	42	
Statistisches Amt		**0**	**42**	**42**	**42**	
Kulturpauschale	2011-2014	1'200	605	300	302	-5
Augusta Raurica	jährlich		100	100	100	0
Stift. BS Papiermühle	2012-2015	1'040	260	260	260	260
Kulturbüro	2011-2014	200	100	50	50	0
Kulturprojekte	jährlich		194	63	212	0
Jugendkulturpauschale	2014-2018	1'000	5'800	0		800
Zolli Basel	2013-2016	5'800		1'450	1'450	2'900
Stift. Basler Orch.	2011/12-2014/15	27'460	6'940	6'840	6'840	3'683
SBO Pers.fürsorge	2011/12-2014/15	4'328	1'190	1'082	1'119	475
Knabenmusik Basel	2014-2017	648	336	112	112	374
Musikverband b. Basel	2014-2017	440	480	160	160	170
Knabenkantorei Basel	2014-2017	300	120	60	60	165
Musikwerkstatt Basel	2014-2017	800	510	170	170	430
Freunde alter Musik	-	-	28	28	28	0
Kammerorchester Basel	2014-2015	1'010	1'065	355	355	150
Int.Ges.f.neue Musik	-	-	150	50	50	0
Mädchenkantorei	2014-2017	300	150	50	50	175
Ensemble Phoenix	2014-2015	260	282	94	94	36
Basel Sinfonietta	2014-2015	668	702	234	234	100
Ver. Jazz-Live Basel	2014-2017	240	180	60	60	120
Orch.-leist. Theater	2012/13-2014/15	19'724	6'575	6'575	6'575	3'835
Rockförderverein	2012-2015	1'560	390	390	390	390

in 1'000 Franken	Beitrags-periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Theater Basel (Strukturbeitrag)	2012/13-2014/15	3'000	1'269	1'000	1'000	538
Theater Basel	2012/13-2014/15	90'974	29'864	30'162	30'162	16'491
Theater PK	2012/13-2014/15	7'350	2'364	2'450	2'569	1'319
Gen. BS Kleintheater	2011-2014	400	200	100	100	0
Vorstadt-Theater	2011-2014	960	480	240	240	0
Kulturwerkst.Kaserne	2013-2016	8'436	0	2'109	2'104	4'218
IG-Tanz/Tanzbüro Basel	2011-2014	112	56	28	28	0
Beyeler Museum AG	2012-2015	7860	1'965	1'965	1'965	1'965
Basler Kunstverein	2012-2015	3'420	855	855	855	855
Ausstl.raum Klingental	2012-2015	516	129	129	129	129
Kaskadenkondesator	2011-2014	100	50	25	25	0
dock:akt. Kunst aus Basel	2011-2014	100	50	25	25	0
Allg. Biblioth. GGG	2012-2015	20187	5'047	5'047	5'047	5'047
Verein Literatur	2012-2015	1'400	350	350	350	350
Stadt-/Landkino	2011-2014	1'160	540	310	310	0
Haus der elektron. Künste	2011-2014	880	440	220	220	0
Jüdisches Museum	2012-2015	320	80	80	80	80
Sportmuseum Schweiz	2013-2015	450	0	150	150	150
Schw.Architekturmuseum	2014-2017	320	240	80	80	160
FA Musik BS/BL	2014-	pendent	270	90	90	0
FA Theater, Tanz BS/BL	2013-2016	2'260	0	565	0	1'695
Kunstkredit	2011-2014	2'080	1'040	520	520	0
Cité Paris	jährlich		50	50	55	
Atelierkredit	2013-2015	225	238	75		75
FA Literatur BS/B	2011-2014	480		160	81	-7
FA Audiov.+Multimed.	2011-2014	1'600	167	500	161	-7
Kulturpreis der Stadt Basel	jährlich		607	20	500	
Preise BaKa_FORUM	-	-	20	10	20	
Kultur Förderpreis Nachwuchs	jährlich		10	0	0	
Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A+L	jährlich		440	430	430	
Kultur			**72'977**	**66'228**	**65'966**	
Publikationsfonds			5	5	5	
Staatsarchiv			**5**	**5**	**5**	
Präsidialdepartement			**79'653**	**69'661**	**69'328**	**0**
Telehilfe,dargebotene Hand	2010-2012	145	145			0
Telehilfe,dargebotene Hand	2013-2015	148		48	50	98
Neustart	2010-2012	150	150	0		0
Neustart	2013-2014	110			60	50
Opferberatungsstelle	2011-2012	1'976	1'976		0	0
Opferberatungsstelle	2013-2014	1'890		945	1'067	823
Stiftung Frauenhaus	2011-2012	880	880		0	0
Stiftung Frauenhaus	2013-2014	880		440	440	440
Männerbüro Region Basel	2011-2014	152	72	40	40	40
Departementssekretariat/Recht			**3'223**	**1'473**	**1'657**	
Justiz- und Sicherheitsdepartement			**3'223**	**1'473**	**1'657**	
Pro Infirmis (Vertrag)	2011-2015	250	100	50	50	100
Bauinspektorat			**100**	**50**	**50**	
Beitrag Erlenverein BS	2012-2015	1380	385	345	385	610

in 1'000 Franken	Beitrags-periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Beitrag Verein Beirat Natur	2012-2014	450	150	150	150	150
Stadtgärtnerei			**535**	**495**	**535**	
Feste Betriebsbeiträge Münster	jährlich		450	825	447	
Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen	jährlich		40	40	40	
Wanderwege BS/BL RRB 30.05.00			6	0	0	
Städtebau + Architektur S+A			**496**	**865**	**487**	
Wanderwege BS/BL ab 2013	2013-2018	42		7	7	35
KBB Behinderten Transport	jährlich		1'280	1'535	1'163	
Mobilität			**1'280**	**1'542**	**1'170**	
Bau- u. Verkehrsdepartement			**2'411**	**2'952**	**2'242**	
Toxikologisches Infozentrum	jährlich	33	33	34	33	
Generalsekretariat GD			**33**	**34**	**33**	
Alkoholzehntel	jährlich		0	175	0	
Spielsucht	jährlich		0	98	0	
Diabetesgesellschaft	2012-2014	270	85	90	90	95
Krebsregister			205	0	0	
GWL-Leitender Notarzt (Beitrag an USB)	2012 ff.	500	350	0	0	150
Gsünder Basel	2013-2014	240	0	120	120	120
Verein für Suchtprävention	2012-2014	720	160	240	240	320
Band Jugendhilfe	jährlich		40	40	40	
SSJ: JoBShop	2012-2013	100	54	50	50	-4
FrauSuchtGesundheit	2011-2013	570	380	190	190	0
Blaues Kreuz	2010-2012	210	210			0
Blaues Kreuz	2013	385	0	385	435	-50
Multikulturelle Suchtberatungsstelle b. Basel	2010-2013	1'400	400	350	350	650
Suchthilfe Region Basel SRB	2010-2013	12'620	9'465	3'155	3'155	0
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2010-2013	1'392	696	348	348	348
HIV-Teststelle AHbB	2010-2013	120	30	30	30	60
Stiftung Sucht	2012-2015	1'580	395	395	395	790
Gesundheitsdienste			**12'470**	**5'666**	**5'443**	
Patientenstelle Basel	2011-2013	177	118	59	59	0
Selbsthilfezentrum Hinterhuus	2013-2014	600	0	300	300	300
Selbsthilfezentrum Hinterhuus	2011-2012	600	600	0	0	0
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2012-2013	200	100	100	100	0
St. Claraspital Beiträge KVG stationär	jährlich		31'281	31'000	32'057	
Merian Iselin - Beiträge KVG stationär	jährlich		13'797	15'000	14'066	
Bethesda - Beiträge KVG stationär	jährlich		8'370	5'000	8'580	
Adullam Spital - Beiträge KVG stationär	jährlich		8'294	8'750	10'739	
Sonnenhalde - Beiträge KVG stationär	jährlich		2'858	2'900	2'921	
REHA Chrischona - Beiträge KVG stationär	jährlich		4'230	4'200	4'215	
Rehab Basel - Beiträge KVG stationär	jährlich		4'008	4'600	4'583	
Hildegard Hospiz - Beiträge KVG stationä	jährlich		1'560	1'900	1'958	
Schmerzklinik - Beiträge KVG stationär	jährlich		576	500	659	
Ausserkantonale Spitäler - Beitr KVG sta	jährlich		22'731	21'000	23'653	
Geburtsstätte - Beiträge KVG stationär	jährlich		15	20	36	
Ungedeckte gemeinwirtschaftliche Leistungen Tageskliniken	2012-2013	1126	673	600	871	-418
Weiterbildung FMH Facharzt	2012-2013	3'240	1'484	1'700	1'252	504
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2012-2013	8'532	4'493	4'500	4'493	-454

in 1'000 Franken	Beitragsperiode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2012-2013	100	177	310	1	-78
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitäler	2012-2013	0	731	1'750	903	-1'634
Spital Sozialdienst	2012-2013	500	468	500	468	-436
Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	jährlich		3'427	4'400	3'120	
Pflegeheim-Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		27'296	34'500	33'458	
Akut- und Übergangspflege in PH	jährlich		0	100	1	
Härtefälle in der Langzeitpflege	jährlich		0	100	0	
Pro Senectute	2010-2013	2'415	1'610	805	805	0
Spitex Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		2'149	1'950	2'429	
Spitex BS Subventionen HW	2012-2014	13'197	4'197	4'500	4'145	4'855
Akut- und Übergangspflege Spitex	jährlich		0	50	18	
Spitex-Restfinanzierung mit bes. LA	2012-2014	32'544	10'144	11'500	10'381	12'020
Tagespflegeheime	2011-2015/jährlich		2'664	2'800	2'768	
Gesundheitsversorgung			**158'051**	**165'394**	**169'037**	
Gesundheitsdepartement			**170'554**	**171'094**	**174'513**	
BTG	jährlich		28	19	14	
SAFFA	jährlich		0	15	11	
Beitrag an Alpeninitiative 2011 bis 2013	2011-2013	8	3	3	5	-1
Basel Tourismus	2010-2013	7'693	1'900	1'900	1'900	3'893
Basel Area	2010-2013	3'538	883	883	883	1'773
Beitrag an Schweiz. Innov.park	2013-2015	250	0	0	90	160
Basler Gewerkschaftsbund Beitrag	jährlich		0	20	20	
Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)			**2'814**	**2'839**	**2'923**	
Wohnhilfe für Körperbehinderte	2011-2012	100	100	50	0	0
Bildungsclub Regio	2011-2013	150	95	50	50	5
Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	jährlich		48	157	0	
Beratungsstelle PSAG			0	290	0	
FZZ insieme	2011-2014	80	20	20	40	20
Amt für Sozialbeiträge			**263**	**567**	**90**	
Winterhilfe Basel-Stadt	2012-2015	120	30	30	30	60
Verein Budget- und Schuldenberatung	2011-2012	459	459			0
Verein Budget- und Schuldenberatung	2013-2016	960		240	240	720
Konsumentenvereinigung NW	2011-2013	18	12	6	6	0
Beratungsstelle für Asylsuchende	2011-2014	250	80	50	50	120
Kontaktstelle für Arbeitslose	2010-2014	90	54	18	18	18
Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	2011-2012	282	282	0		0
Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	2013-2016	608		152	152	456
IG-Wohnen	2011-2013	210	140	70	70	0
Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	2011-2012	480	480			0
Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	2013-2016	1'040		260	260	780
Verein „Gassenküche“	2011-2012	148	148			0
Verein „Gassenküche“	2013-2016	444		148	148	297
Verein „Soup+Chill	2010-2013	120	139	30	100	-119
Sozialhilfe Basel SHB			**1'824**	**1'004**	**1'074**	
Stiftung Umwelt-Einsatz Schweiz	jährlich		1	2	0	
Finanzierungsbeitrag Gentech-Dossier	jährlich		2	2	2	
Betriebskosten ARA BS	jährlich		6'896	7'650	6'820	
Beiträge Tierzucht Kanton	jährlich		1	5	1	

in 1'000 Franken	Beitrags-periode	Total	Rechnung bis 2012	Budget 2013	Rechnung 2013	(Noch) nicht ausgeschöpft
Abgeltungsbeitrag Öko-Flächen Landwirt.	jährlich		28	30	29	
Amt für Umwelt und Energie			**6'927**	**7'689**	**6'852**	
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			**11'828**	**12'098**	**10'939**	
Entschädigungen/Beiträge an private Institutionen			**391'583**	**344'143**	**347'734**	

7 Die gesonderten Berichte

7.1 Staatsanwaltschaft

7.1.1 Allgemeines

Waren die Jahre 2011 und 2012 besonders von der Implementierung, Optimierung und Konsolidierung im Zusammenhang mit der vereinheitlichten Strafprozessordnung geprägt, so rückten im Berichtsjahr 2013 Themen wie Lohnsystempflege und die im 2010 durch den Regierungsrat in Auftrag gegebene Organisations- und Geschäftslastanalyse in den Vordergrund.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Projekt „Lohnsystempflege“ haben die Geschäftsleitung sowie das mittlere Kader in der ersten Hälfte des Jahres zeitlich sehr in Anspruch genommen. Im Zusammenhang mit der Organisations- und Geschäftslastanalyse durch das Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) mussten - mit Ausnahme der Jugendanwaltschaft - sämtliche Mitarbeitenden vom 4. März 2013 bis 28. Februar 2014 täglich Rechenschaft über ihre verfahrensbezogenen und nicht-verfahrensbezogenen Tätigkeiten ablegen und in einer Datenbank die Zeitdauer vorgängig genau definierter Verfahrenssequenzen festhalten.

Ein besonderes Augenmerk wurde auch im dritten Jahr nach Einführung der Strafprozessordnung (StPO) und der Jugendstrafprozessordnung (JStPO) auf das Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren sowie die Sicherstellung der Einheitlichkeit in juristischer, administrativer und organisatorischer Hinsicht gelegt. Entsprechend wurden sämtliche administrativen, organisatorischen und verfahrenstechnischen Abläufe überprüft und Feinjustierung vorgenommen.

Die elektronische Schnittstelle zwischen den EDV-Applikationen Epsipol (Kantonspolizei) und ABI3 (Staatsanwaltschaft) wurde erfolgreich realisiert und konnte wie geplant im 1. Quartal 2013 in Betrieb genommen werden. Da auf diesem Weg Daten und Dokumente elektronisch übermittelt werden, entfällt bei der Staatsanwaltschaft deren vollständige Neuerfassung. Ausserdem stehen sämtliche Dokumente sofort elektronisch zur Verfügung, so dass Aufträge an die Kantonspolizei zur Zustellung der kompletten Dossiers wegfallen. Daraus ergibt sich für beide Seiten ein Zeit- und Effizienzgewinn. Eingeleitete Strafverfahren können so rascher erledigt werden.

Auf der Erledigungsseite wurde im 2013 eine nochmalige Outputsteigerung gegenüber dem Vorjahr erreicht. Es gelang zudem, die Zahl der am Jahresende hängigen Verfahren erstmals seit 2009 wieder spürbar zu verringern. Dazu beigetragen haben die seit Ende 2012 bzw. Anfang 2013 in der Allgemeinen Abteilungen eingesetzten drei ausserordentlichen Staatanwältinnen mit einem Pensum von 230 Stellenprozenten. Dank einem zusätzlichen IT-Ermittler konnten die Pendenzen bei der computergestützten Kriminalität merklich reduziert, die Verfahrensdauer generell verkürzt und mehr Verfahren abgeschlossen werden.

Erledigungen

ohne Jugendanwaltschaft	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Abw. R13/R12 abs.	Abw. R13/R12 %
Anklagen	400	440	40	10.0
Strafbefehle	26’320	25’100	-1’220	-4.6
Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Abtretungen	2’770	3’030	260	9.4
IT-Ermittlungen, abgeschlossen	80	105	25	31.3
Rückstände, d.h. Verfahren deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt	830	715	-115	-13.9

Die leichte Abnahme im Bereich der Strafbefehle erklärt sich durch technische Probleme bei der Einführung von Epsipol zu Beginn 2013. Das führte zu mehreren Wochen Rückstau von Antrags-Überweisungen an das Strafbefehlsdezernat.

7.1.2 Abteilungen

Kriminalpolizei

Allgemeines Die Belastung der Kriminalpolizei war im Berichtsjahr unvermindert hoch. Dies durch die starke Formalisierung des Strafverfahrens sowie dem Ausbau der Parteirechte im Zusammenhang mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung. Entgegen ursprünglichen Hoffnungen ist es offenbar nicht möglich, die sich daraus ergebenden, teilweise wenig sinnvollen und verfahrensverzögernden Folgen kurzfristig durch eine entsprechende Gerichtspraxis zu korrigieren. Es entsteht der Eindruck, dass die StPO den in Art. 6 erteilten Auftrag zur Wahrheitsermittlung durch unnötige Formalismen selber relativiert.

Die im Vorjahr 2012 verzeichnete Kriminalitätsentwicklung zeigt Folgen. Aus der damaligen Zunahme der Anzeigen um 23 Prozent resultierte ein Überhang an pendenten Verfahren, der sich bis zum Ende des Berichtsjahres und darüber hinaus auswirkt. Obwohl die Zahl der Anzeigen wieder zurückgegangen ist, waren zum Beginn des vergangenen Geschäftsjahres bei der Kripo noch 5014 (5475) Verfahren hängig. Dies sind sieben Prozent mehr als 2011 (4676) und 27 Prozent mehr als 2010 (3934).

Relevant für diese Entwicklung ist auch der Umstand, dass sich in Bezug auf die prioritär zu bearbeitenden Verfahren, bei denen sich eine beschuldigte Person in Untersuchungshaft befand, kaum etwas geändert hat. Betrug der Durchschnitt solcher bei der Kripo hängiger (sogenannter) Haftfälle 2009 und 2010 noch 22, stieg er 2011 auf 35, sank 2012 leicht auf 28, um im Berichtsjahr wieder auf 37 zu steigen.

Bei Spitzenbelastungen von bis zu 56 Haftfällen ist es schwer möglich, die übrigen Verfahren ebenfalls beförderlich zu behandeln und zusätzlich Pendenzen nachhaltig abzubauen. Dass im Rahmen der Prioritätensetzung Bagatellfälle in der Bearbeitung zurückzustellen sind, mag noch hingenommen werden. Nicht hinnehmbar sein sollte allerdings, dass einerseits die Schwelle zum Bagatellfall stetig angehoben werden muss und andererseits insbesondere die Klärung von Delikten mit unbekannter Täterschaft unter diesen Umständen leidet.

Wenn Straftäter nicht mehr damit rechnen müssen, mit hoher Wahrscheinlichkeit ermittelt und einer Strafe zugeführt zu werden, verliert das Strafrecht einen wichtigen Teil seiner präventiven Wirkung. Gerade für Kriminaltouristen kann dies falsche Anreize schaffen.

Als Signal, dass man nicht gewillt ist, diese Konsequenz zu akzeptieren, lässt sich der vom Regierungsrat im Berichtsjahr getroffene Beschluss werten, den Bestand der Kripo um sechs Ermittlerinnen und Ermittler zu erhöhen. Daraus ergibt sich eine gewisse Entlastung. Allerdings hat sich gezeigt, dass die Rekrutierung von qualifiziertem Personal schwierig ist. Trotz verschiedenen Personalabgängen war es trotzdem möglich, den Personalbestand per Ende Jahr auf das neue Niveau zu heben und verschiedene Ermittlungsgruppen sowie die Abteilung Kriminaltechnik leicht aufzustocken.

Gerade die Aufstockung des Bestandes der Kriminaltechnik ist angesichts der durch die Schweizerische StPO gemachten Vorgaben wichtig. Wenn sich Personalbeweise und Geständnisse immer mehr beeinflussen lassen und an Bedeutung verlieren, gewinnt der Sachbeweis an Relevanz. Die möglichst umfassende und qualitativ hochstehende Spurensicherung und Auswertung ist daher ein wichtiges Element zur Wahrheitsfindung.

Nicht reduzieren liess sich die Belastung im Büro für Datenverarbeitung (BDV). Zwar wurden die Probleme im Zusammenhang mit den erforderlichen Archivkapazitäten durch den Entscheid, grosse Teile der rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren nur noch elektronisch abzulegen, gelöst. Nach wie vor unbefriedigend ist allerdings, dass die von der Kantonspolizei gelieferten Verfahrensdaten nicht ohne weitere Bearbeitung übernommen werden können.

Beschwerlich blieb die Bewirtschaftung der wichtigen DNA-Löschfristen, da dies zu einem wesentlichen Teil von der Kooperationsbereitschaft externer ausserkantonaler und kantonaler Behörden abhängt. Diese ist teilweise mangelhaft und erfordert unverhältnismässigen Zusatzaufwand. Das

Problem dürfte sich verschärfen, wenn mit der per 1. September 2014 in Kraft tretenden Bundesverordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten diese analog der DNA-Daten zu bearbeiten sein werden.

Seit Längerem nehmen die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Pikettdienst der Kriminalkommissäre zu. Zu den Problemstellungen, die rund um die Uhr bearbeitet werden und die auch wegen den Vorgaben der Schweizerischen StPO stets komplexer werden, nimmt die Dringlichkeit der Erledigung zu. Es zeigt sich zudem, dass Partner-organisationen schneller die Entscheidkompetenz des Pikett-Kriminalkommissärs in Anspruch nehmen, um sich damit zu entlasten.

Auf Stufe der Pikett-Staatsanwälte Kripo ist dieser Mechanismus weniger festzustellen. Hier ergeben sich jedoch Zusatzbelastungen aus der von der Schweizerischen StPO erteilten Kompetenz zum Erlass von Strafbefehlen, sowie der Streichung des im alten Recht geltenden Fristenstopps an Wochenenden bei Haftfällen.

Die Folge davon ist, dass vor allem festgenommenen Kleinkriminellen, derer man nach der Entlassung aus dem polizeilichen Gewahrsam nicht mehr oder nur noch schwer habhaft werden kann und die sich daher der Strafverfolgung entziehen könnten, auch an Wochenenden innerhalb von 48 Stunden ein Strafbefehl zu eröffnen und auszuhändigen ist.

Wegen den dadurch zu erbringenden Überstunden ergibt sich zwar eine Mehrbelastung, in Bezug auf die kriminalpolizeilich zu erwartenden Präventivwirkung aber ein Mehrwert. So war es im Berichtsjahr in 822 (2012: 841; 2011: 604) Fällen möglich, das Strafverfahren mittels Strafbefehls nach Abschluss der Ermittlungen bereits auf Stufe Kripo zu erledigen. In 618 (2012: 642; 2011: 472) Fällen wurde dieser den Beschuldigten noch vor der Entlassung aus dem Gewahrsam ausgehändigt.

Kriminalitätslage Weil seit 2009 jeweils im März die Schweizerische Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) veröffentlicht wird, die ein Lagebild über die Kriminalitätsentwicklung in der gesamten Schweiz gibt, bedarf es an dieser Stelle im Gegensatz zu früher keiner detaillierten Analysen mehr. Es werden nur noch wenige Schlüsselentwicklungen dargestellt. Alle weiteren Aspekte sind der PKS zu entnehmen.

Relevant ist, dass nach der signifikanten Zunahme der Anzeigen im Vorjahr um 23 Prozent nun wieder ein Rückgang von elf Prozent zu verzeichnen ist. Dieser war zu erwarten, denn in der Mehrzahl der betroffenen Kantone haben nicht nur die Polizei, sondern auch die Gerichte teilweise sehr konsequent auf gewisse Entwicklungen reagiert. Insbesondere Kriminaltouristen müssen vermehrt damit rechnen, vergleichsweise hart bestraft zu werden. Zudem hat eine konsequente Spurensicherung und Auswertung dazu geführt, dass sich reisenden Delinquenten bei Aufgriffen oft ganze Serien von Straftaten nachweisen lassen.

Wenn Einzelpersonen oder Gruppen, die pro Tour durch die Schweiz eine Vielzahl von Taten, namentlich Einbruch- oder Taschendiebstähle begehen, plötzlich inhaftiert werden, muss sich dies auf die Zahl der Straftaten auswirken. Dies so lange, bis die Lücken durch neue Gruppierungen gefüllt werden. Deshalb darf die Intensität bisheriger Bemühungen nicht reduziert werden, denn erfahrungsgemäss wird dies sehr schnell registriert und ausgenutzt. Dies gilt auch für die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum. Nur so lässt sich etwa die als Folge der 24-Stundengesellschaft ergebende Gewalt im Rahmen halten; und nur so – gekoppelt mit einer entsprechenden Strafpraxis – können reisende Trick- und Taschendiebe abschreckt oder gar gefasst werden.

Ursächlich für den Rückgang der Anzeigen in verschiedenen Bereichen ist auch, dass die Welle von im Rahmen des „arabischen Frühlings“ migrierten Personen, die sich nur schwer oder gar nicht an unser Rechtssystem gewöhnen konnten oder wollten, abgeflacht ist.

Kaum Änderungen haben sich bei der Betäubungsmittelkriminalität ergeben. Zwar ist auch in diesem Bereich die Zahl der Verfahren leicht rückläufig. Das Konsumverhalten ist aber nach wie vor politoxikoman – und wird es angesichts des breit gefächerten Angebots und der gesellschaftlichen Wertung von Drogenkonsum wohl auch bleiben. Die Versorgung der Konsumenten stellen vor allem Ausländer oder Personen mit Migrationshintergrund sicher, wobei hier im Wesentlichen die alten Muster zu beobachten sind: Westafrikaner handeln vorzugsweise mit Kokain, Albaner bzw. Personen aus dem

ehemaligen Jugoslawien sowie Türken mit Heroin und Personen unterschiedlichster Provenienz mit Cannabisprodukten, die teilweise aus Eigenproduktion stammen.

Allgemeine Abteilung

Im Berichtszeitraum waren auf der Allgemeinen Abteilung (AA) insgesamt 2'068 (Vorjahr 1849) neu eingehende Verfahren (+11,8%) zu verzeichnen. Erledigt werden konnten 2'183 (1859) Verfahren (+17,4%). Am Jahresende waren noch 656 (779) Verfahren pendent (–15.8%).

Die erledigten Verfahren wurden wie folgt abgeschlossen: 14 Prozent Anklagen (wie Vorjahr), 52 Prozent Strafbefehle (55%), 31 Prozent Einstellungen (29%) sowie drei Prozent Andere (2%).

Auf der Erledigungsseite, welche bereits im Berichtsjahr 2012, (damals allerdings noch bei einem Rückgang der Eingänge um 3,7%), um 4,7 Prozent gesteigert werden konnte, wurde somit im Berichtszeitraum trotz eines sehr viel höheren Fallaufkommens eine nochmalige Outputsteigerung um 12,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht.

Es gelang zudem, die Zahl der am Jahresende hängigen Verfahren erstmals seit 2009 wieder spürbar zu verringern.

Diese erfreuliche Entwicklung resultiert einerseits aus dem Umstand, dass mit Blick auf die im Jahr 2011 in Kraft getretene Schweizerische Strafprozessordnung nach der gerichtlichen Klärung vieler wichtiger Rechtsfragen nun eine Phase der fachlichen Konsolidierung eingetreten ist und eingespielte Verfahrensabläufe bestehen, welche zudem laufend auf mögliche Rationalisierungsmassnahmen überprüft und angepasst werden. Andererseits haben die beiden seit 1. Dezember 2012 bzw. 1. Januar 2013 mit bis Ende 2014 befristeten Arbeitsverträgen angestellten ausserordentlichen Staatsanwältinnen die Abteilung spürbar entlastet und zur geschilderten erfreulichen Entwicklung der Fallerledigung beigetragen.

In personeller Hinsicht gab es im Berichtsjahr auf der Allgemeinen Abteilung keine Veränderungen. In die Genugtuung über das vom juristischen Personal Erreichte mischt sich die Sorge über die mittlerweile an ihre Grenzen gestossenen Kapazitäten des Sekretariatspersonals. Dieses wurde aufgrund mehrerer im Berichtsjahr ergangener verbindlicher Gerichtsentscheide im Zusammenhang mit formellen Fragen bei der Aktenausfertigung mit einem erneuten, auch mit technischen Massnahmen nicht mehr zu optimierenden Mehraufwand konfrontiert. Das erhöhte die Verweildauer der juristisch abgeschlossenen, in den Sekretariaten auf die administrative Erledigung wartenden Verfahren massiv. Eine Änderung dieser formalen Zwängen geschuldete Situation ist nicht absehbar.

Abteilung Wirtschaftsdelikte

Die Abteilung Wirtschaftsdelikte (WA) führte im Berichtsjahr 2013 Ermittlungshandlungen in zahlreichen Verfahren durch, welche ein gewisses Publikumsinteresse nach sich zogen und damit den Fokus der Öffentlichkeit auf die Abteilung richteten. In einem Fall verunglimpfte eine beschuldigte Person den verfahrensleitenden Staatsanwalt in einer monatelangenKampagne persönlich. Es wurde damit versucht, die Leistungen und die solide, gesetzeskonforme Arbeit der Staatsanwaltschaft als Organ der Rechtspflege des Kantons Basel-Stadt als Gesamtes dauerhaft zu beschädigen. Die von Teilen der hiesigen Presse aufgenommene Kampagne scheiterte indes dank klarer und eindeutiger Entscheide weiterer involvierter Stellen.

Nachdem die WA im Jahre 2012 Dutzende in anderen Abteilungen hängige Fälle der Bereiche Sozialversicherungsrecht sowie Konkurs- und Betreibungsverbrechen oder -vergehen übernommen und erledigt hatte, pendelte sich Zahl der im Berichtsjahr 2013 neu eröffneten Fälle bei 293 ein: Dies sind immer noch über 100 Fälle mehr als im letzten „ordentlichen" Jahr 2011, als ohne Übernahme von Fällen 185 Neueingänge zu verbuchen waren.

Eine auffallende Häufung erfuhren im Berichtsjahr prioritär zu behandelnde Haftfälle, welche die sorgfältige Fallorganisation und -planung der 7 StaatsanwältInnen und 10 KriminalistInnen vor grosse

Herausforderungen stellte. Entsprechend mussten Prioritäten bei der Fallbearbeitung gesetzt und Verfahren ohne Untersuchungshaft zurückgestellt werden.

Punkto Sozialfälle, deren Erledigung im Jahre 2013 innerhalb der Staatsanwaltschaft erstmals in die alleinige Zuständigkeit der WA fiel, stehen über 70 Strafbefehle und 7 Anklagen mit einem Gesamtdeliktsbetrag von über 1.8 Mio. Franken zu Buche. Dass es sich dabei - insbesondere in den Fällen des Betrugs zu Lasten der Sozialhilfe Basel-Stadt - nicht um ein schnell zu erledigendes „Massengeschäft“ handelt, zeigt sich an der steigenden Zahl von Beschuldigten, welche sich anwaltschaftlich vertreten lassen, sowie der zunehmenden Tendenz des die Anzeige flankierenden Einsatzes von Zwangsmassnahmen aller Art wie namentlich Kontosperren, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen.

Die Behandlung der (gegenüber 2012 gleichbleibenden Fallzahl von) 55 internationalen Rechtshilfeersuchen im Jahre 2013 erwies wie im Vorjahr wiederum als sehr zeit- und personalaufwändig. So mussten Ermittler und Staatsanwälte der WA an zahlreichen Zwangsmassnahmehandlungen teilnehmen und wiederum überdurchschnittlich viele Einvernahmen für die ersuchenden ausländischen Behörden durchführen. Wie in den Vorjahren betrifft die überwiegende Zahl der Rechtshilfeersuchen solche aus der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von denjenigen aus den Benelux-Staaten.

Wie bereits in den Vorjahren kam es in personeller Hinsicht zu einem Wechsel in der Wirtschaftsabteilung: Dabei konnte die Stelle eines Detektiv-Wachtmeisters, dessen bisheriger Inhaber in eine deutlich besser besoldete Anstellung in die Privatwirtschaft wechselte, mit einem erfahrenen Mitarbeiter der Fachgruppe 7 des Kriminalkommissariats besetzt werden.

Im Zusammenhang mit der Aus- und Weiterbildung von MitarbeiterInnen bestand ein weiterer Ermittler den vom Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik der HSW Luzern durchgeführten berufsbegleitenden Weiterbildungskurs für Polizeibeamte in Financial Investigation, die Revisorin den Diplomstudiengang Wirtschaftskriminalität. In Kürze wird der auf den Sozialversicherungsbereich spezialisierte WA-Staatsanwalt den Kurs CAS Sozialversicherungsrecht in Luzern abschliessen.

Schliesslich wird innerhalb der Staatsanwaltschaft dank der Initiative der WA auf die juristisch heiklen Fragen rund um die Vermögenseinziehung fortan mehr Gewicht gelegt. Dazu stellt die Abteilung ein Kompetenz-Team, bestehend aus einer Staatsanwältin und der Revisorin zur Verfügung, welches sich abteilungsübergreifend solcher Fälle annehmen wird.

Strafbefehlsdezernat

Nachdem das Strafbefehlsdezernat in der Vorberichtsperiode die Anzahl Verfahrenserledigungen gegenüber dem Jahr 2011 mehr als verdoppeln konnte, hat sich der Betrieb im Berichtsjahr auf gleich hohem Niveau etabliert. Ein wesentlicher Grund hierfür war, dass das erfahrene, eingespielte und im Bereich des Massengeschäfts den Überblick bewahrende Team des Strafbefehlsdezernats, bestehend aus vier Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (375 Stellenprozenten) und neun Kanzleimitarbeiterinnen (800 Stellenprozenten), im Berichtsjahr ohne Personalfluktuation unverändert beibehalten werden konnte.

Trotz der im Berichtsjahr begonnenen Expertisierung der Geschäftslast der Staatsanwaltschaft und dem damit zusammenhängenden, signifikanten zusätzlichen Aufwand für jegliche Funktionen hat sich die Zahl der erledigten Verfahren dank der effizienten Arbeitsweise erfreulicherweise nur leicht reduziert (vgl. oben Ziffer 1, am Ende).

Es wurden gesamthaft 22’809 Strafbefehle erlassen (2012: 23’600), wovon 368 (321) an Personen ergingen, welche sich in Haft befanden. Ausserdem wurden 279 (240) Einstellungs- und Nichtanhandnahmeverfügungen sowie 245 (303) Nachentscheide gefällt.

Gegen 1980 (1560) Strafbefehle wurde Einsprache erhoben, was teilweise zu weiteren Ermittlungen führte. In insgesamt 660 (633) Verfahren hielten die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte am Strafbefehl fest und überwiesen das Verfahren zur Beurteilung ans Strafgericht, wobei das Strafgericht in ca. vierzig Prozent der Fälle ausschliesslich über die Gültigkeit der (zumeist verspätet eingereichten) Einsprache zu befinden hatte. 1141 (870) Einsprachen erledigte das Strafbefehlsdezernat selber,

indem nach Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme die Einsprache durch die beschuldigte Person zurückgezogen, ein neuer Strafbefehl erlassen oder das Verfahren eingestellt wurde.

Das Strafbefehlsdezernat überwies zudem insbesondere aufgrund des seit dem 1. Januar 2013 in Kraft getretenen „Rasertatbestandes“ fünf Anklagen ans Strafgericht. Die Kanzlei des Strafbefehlsdezernats bot darüber hinaus dafür Gewähr, dass auch an Wochenenden, Frei- und Feiertagen Strafbefehle an in Haft befindliche Personen ausgefertigt und zugestellt werden konnten.

Des Weiteren ist in der Kanzlei des Strafbefehldezernats die VOSTRA-Koordinationsstelle des Kantons Basel-Stadt integriert, welche insbesondere für die Eintragung sämtlicher im Kanton rechtskräftigen Urteile im Strafregister verantwortlich ist.

Die Zusammenarbeit mit den Behörden, welche Verfahren ans Strafbefehlsdezernat überweisen (Kantonspolizei und Verwaltungsbehörden mit Ermittlungsbefugnis, welche sich in allen Departementen der kantonalen Verwaltung, beim Appellationsgericht, bei den Landgemeinden Riehen und Bettingen sowie ausserhalb der Verwaltung [z.B. Grenzwachtkorps, Zollverwaltung, Schweizerische Rheinhäfen, Schweizerische Bundesbahnen SBB] finden), funktionierte gut. Durch das Erteilen von Weisungen und Auskünften im Einzelfall sowie durch das Wahrnehmen der Aufsicht im Allgemeinen konnte sichergestellt werden, dass die Ermittlungen von diesen Behörden nach einer permanent konsolidierten unité de doctrine durchgeführt wurden.

Die zwischen den EDV-Applikationen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft errichtete elektronische Schnittstelle zur Übermittlung von Daten und Dokumenten im Bereich nicht bezahlter Ordnungsbussen reduzierte den Erfassungsaufwand in der Kanzlei des Strafbefehlsdezernats. Diese Optimierung sowie die Tatsache, dass die Basler Verkehrsbetriebe im Berichtsjahr auf die strafrechtliche Verfolgung von Schwarzfahrern verzichteten und bislang keine Praxisänderung angekündigt wurde, führte schliesslich zum Entscheid, dass per 1. Januar 2014 auf eine der zwei befristeten Vollzeitstellen in der Kanzlei mindestens vorläufig verzichtet werden kann.

Jugendanwaltschaft

Allgemeines Auch das Jahr 2013 stand im Zeichen der Konsolidierung der seit Einführung der eidgenössischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung notwendigen Abläufe und Formalien. Erfreulicherweise gab es keine personelle Fluktuation, so dass die Aufgaben mit dem bewährten und gut eingespielten Team von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet werden konnten.

Im Jahr 2013 feierte die Jugendanwaltschaft das 75-jährige Bestehen mit zwei Anlässen im Herbst. Dazu gab sie sich ein Leitbild, an welchem sich ihre Arbeit orientiert.

Die Erledigungszahlen bewegten sich im Rahmen des Vorjahres. Deutlich zugenommen (um fast 50%) haben allerdings die Fälle, in denen Jugendliche festgenommen werden mussten, wobei fast die Hälfte dieser Jugendlichen keinen Wohnsitz in der Schweiz hatte.

Unmündige als Beschuldigte Erledigt wurden im Berichtsjahr 927 (Vorjahr: 916) Verfahren. Davon wurden 222 (198) Verfahren an andere Kantone oder ins Ausland abgetreten. Gegen 531 (489) Jugendliche sind Strafbefehle ergangen, wogegen in sieben (6) Fällen Einsprache erhoben wurde.

Die Jugendanwältinnen und die Jugendanwälte führten 160 (170) einzelrichterliche Verhandlungen mit 184 (198) Kindern und Jugendlichen durch. Der Sozialbereich leitete 60 (50) vertiefte Abklärungen zur Person ein. Dem Jugendgericht wurden zehn (12) Beschuldigte zur Beurteilung überwiesen.

Unerledigt waren zum Jahresende 123 (141) Verfahren mit 216 (Vorjahr 223) Anzeigen.

Vorläufige Festnahmen/Untersuchungshaft Im Berichtsjahr wurden in Basel-Stadt 191 Jugendliche im Rahmen eines hängigen Strafverfahrens festgenommen. Nur 67 davon, d.h. 35 Prozent waren im Kanton Basel-Stadt wohnhaft, weitere 37 kamen aus anderen Kantonen. 94 der Festgenommenen hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. Aus Frankreich kamen 64 der Festgenommenen, von welchen 43 dort ebenfalls nur vorübergehend wohnhaft waren.

Insgesamt knapp 18 Prozent der Festgenommen waren weibliche Jugendliche; bei den in Basel-Stadt wohnhaften beträgt dieser Anteil rund neun Prozent. Untersuchungshaft wurde in 36 Fällen angeordnet; bei 17 Jugendlichen wurde sie durch das Zwangsmassnahmegericht nach Ablauf von sieben Tagen verlängert. Bei den in Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen wurde in 16 Fällen Untersuchungshaft angeordnet; bei 9 Jugendlichen dauerte sie länger als sieben Tage.

Unmündige als Opfer von Sexualdelikten und Kindsmisshandlungen Die Opferbefragungsgruppe befragte 51 (Vorjahr 42) mögliche Opfer und 32 (24) Auskunftspersonen. Davon waren es in Strafverfahren wegen sexueller Belästigung / Exhibitionismus 20 (22), wegen sexueller Handlungen / Vergewaltigung / sexueller Nötigung 29 (27) und wegen innerfamiliären Gewaltdelikten zwölf (4) Befragungen. Hinzu kamen 22 (11), bei denen sich ein Verdacht nicht bestätigte. Es wurden 38 (30) Einvernahmen mit Videoaufzeichnungen durchgeführt.

Insgesamt wurden 69 (65) Aufträge der Staatsanwaltschaft sowie drei (0) der Gerichte erledigt.

Vollzug Im stationären Massnahmevollzug befanden sich Ende 2013 16 (Vorjahr 17) Personen; bei drei (4) Personen war die Unterbringung sistiert. Wie im Vorjahr werden bei 32 Personen ambulante Massnahmen durchgeführt. Wie im Vorjahr waren im Jahr 2013 insgesamt 16 Personen zur Verbüssung von kurzen Freiheitsentzügen resp. im stationären Massnahmevollzug in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

Der finanzielle Aufwand für den Massnahmevollzug bewegte sich ungefähr in der Grössenordnung des vergangenen Jahres.

Entwicklungen im Jugendbereich Im Zuge der hohen Mobilität gehen vermehrt Straftaten auf nicht in der Schweiz wohnhafte Jugendliche zurück, welche oft keine verlässlichen Ausweise mit sich führen. Die konsequente Vorgehensweise dagegen führte zu einer deutlich höheren Zahl von Festnahmen. Die damit verbundene erkennungsdienstliche Behandlung dient einerseits der Ermittlung möglicher Straftaten, andererseits als Warnung, künftig in der Schweiz Straftaten zu begehen.

Mit dem eigentlichen Sinn des Jugendstrafrechts als Erziehungsstrafrecht haben diese Verfahren jedoch relativ wenig zu tun, entfällt doch nach der Entlassung der Jugendlichen jegliche Einflussmöglichkeit.

Vermehrt feststellbar ist auch in Basel-Stadt das so genannte Sexting, wo Jugendliche intime Fotos von sich via Internet, Whatsapp oder Textnachrichten versenden, welche nachher durch die Empfänger missbraucht werden. Für die betroffenen Opfer können dadurch sehr schwierige persönliche Situationen entstehen. Hier wurden seitens der Kantonspolizei durch Informationsanlässe in Schulen Präventionsmassnahmen ergriffen, um weitere traumatisierte Opfer möglichst zu verhindern.

Ausblick

Die Staatsanwaltschaft setzt seit 2005 als elektronische Geschäftskontrolle und Datenverarbeitungssystem (NISSTA) das Produkt INPOS/ABI3 ein, welches bei den Kantonspolizeien in 21 Kantonen Standard ist und etliche wichtige Schnittstellen zu Bundesapplikationen bietet. Dieses primär polizeiliche System deckt die Anforderungen einer Staatsanwaltschaft mit der Schweizerischen StPO hingegen nur teilweise ab.

In den vergangenen drei Jahren haben die Gerichte, das Amt für Justizvollzug und das zentrale Finanzwesen im JSD das System JURIS eingeführt. Auch die Staatsanwaltschaft setzt dieses System seit 2011 für die Rechnungsstellung und das Inkassowesen ein.

Die Geschäftsleitung der Staatsanwaltschaft hat sich bereits Ende 2012 entschieden, die Situation eingehend zu analysieren und ihre strategische Ausrichtung der zukünftigen elektronischen Geschäftsverwaltung inkl. Digitalisierung der Verfahrensakten und elektronische Dossierführung zu analysieren.

In der Strafverfolgung wird das Produkt JURIS bei zahlreichen Staatsanwaltschaften, Gerichten in der Schweiz sowie bei der Bundesstaatsanwaltschaft und beim Bundesstrafgericht verwendet und hat sich bisher bewährt. Zu diesem Zweck hat die Staatsanwaltschaft im 2013 eine umfangreiche Machbarkeitsstudie durchgeführt, um eine mögliche Ablösung des bestehenden Systems INPOS durch JURIS oder eine Integration von JURIS mit INPOS/ABI3 zu prüfen. Als Grundlage für die

Machbarkeitsstudie diente ein Anforderungskatalog, welcher durch ein internes Projektteam erarbeitet wurde. Die Bedürfnisse der Gerichten und anderer Dienststellen des JSD wurden auch eingeholt. Die Resultate der Machbarkeitsstudie werden im 1. Quartal 2014 vorliegen.

Das Projekt verfolgt das Ziel, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Strafvollzug IT-mässig zu vernetzen und zu harmonisieren, und eine durchgängige Prozesskette von Kriminalpolizei bis zum Strafvollzug zu bilden. Mit einem Wechsel auf JURIS würden in der Verfahrenskette „Ermittlung und Untersuchung, Gerichtsverfahren durch Straf- und Appellationsgericht wie auch Strafvollzug und CEFIS“ viele Medienbrüche im Datenverkehr und Fehlerfassungen vermieden und damit die Effizienz wiederum signifikant verbessert.

7.2 Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen

Rechtsgrundlagen In Anwendung von Art. 202 Abs. 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung und §3 EG GlG besteht eine dem Zivilgericht bzw. der Personalrekurskommission vorgeschaltete Schlichtungsstelle. Sie berät die Parteien und versucht, eine Einigung herbeizuführen, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann.

Konstituierung und Zusammensetzung der Schlichtungsstelle Die Schlichtungsstelle ist doppelt paritätisch zusammengesetzt (Vertreter-/innen von Arbeitnehmenden, Arbeitgebenden, kantonaler Verwaltung / Personen beider Geschlechter). Sie tagt in Dreierbesetzung unter dem Vorsitz der Präsidentin oder der Vizepräsidentin in Anwesenheit der Schreiberin.

Verhandlungen und Beratungen Zu Jahresbeginn waren zwei sistierte Verfahren und zwei laufende Verfahren pendent (2012: zwei sistierte Verfahren). Hinzu kamen Ende Jahr zwei neue Fälle (2012: sechs Fälle).

Sistiert sind die beiden Fälle 2/08 und 3/10 betreffend sexuelle Belästigung, beide wegen eines hängigen Strafverfahrens.

Beide im Jahr 2013 eingereichten Fälle waren am Jahresende noch hängig und werden Anfang 2014 verhandelt.

Die Schlichtungsstelle hat wiederum Ratsuchende in Gleichstellungsfragen beraten.

Erfahrungsaustausch Die Mitglieder der Schlichtungsstelle wurden per 1. Juli 2013 für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

Der Erfahrungsaustausch zwischen den Schlichtungsstellen und den Gleichstellungsfachstellen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde auch in diesem Jahr fortgeführt.

7.3 Rekurskommissionen

7.3.1 Baurekurskommission

Im Berichtsjahr gingen 108 neue Rekurse ein (2012: 154). Die Anzahl der total bearbeiteten Rekurse beläuft sich auf 158 (194). Die Baurekurskommission (BRK) fällte 49 (54) begründete Kommissionsentscheide. In 13 (16) Fällen erhoben Nachbarn Rekurs. 36 (38) Entscheide entfielen auf Rekurse der Bauherrschaft.

Die BRK befasste sich wie im Vorjahr mit dem Basel Tattoo, zudem kamen Rekurse in Zusammenhang mit Sexbetrieben zum Entscheid. Das Thema Brandschutz stand im Zentrum mehrerer Verfahren und erstmals bearbeitete die BRK einen Rekurs zum Fahrtenmodell.

Im Berichtsjahr konnten alle Verfahren abgeschlossen werden, die seit 2012 oder noch länger hängig waren. Dabei gab es mehr Gutheissungen als Abweisungen, wobei zu beachten ist, dass auch teilweise Gutheissungen auch zu den Gutheissungen zählen – selbst wenn nur ein untergeordneter Teil gutgeheissen wird.

9 (11) der im Jahr 2013 gefällten Entscheide wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Von den 5 (12) durch das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr entschiedenen Verfahren wurden zwei Rekurse abgewiesen und drei ganz oder teilweise gutgeheissen. Zurzeit sind 3 (6) Rekursverfahren am Verwaltungsgericht hängig. Die einzige im Berichtsjahr durch das Bundesgericht entschiedene Beschwerde wurde abgewiesen.

Die Dauer von Rekursverfahren ist von verschiedenen Faktoren abhängig und lässt sich nur beschränkt beeinflussen. Dies kommt auch beim Jahresvergleich zum Ausdruck. So dauerten die abgeschlossenen Rekursverfahren im Berichtsjahr durchschnittlich 3 (2.9) Monate. Dabei wurden die Verfahren ohne Entscheid durchschnittlich nach 5.6 (1.5) Monaten abgeschlossen. Die lange Dauer von Verfahren, die ohne begründeten Entscheid abgeschlossen wurden, ist damit zu erklären, dass im Berichtsjahr verschiedene ältere Verfahren abgeschlossen werden konnten. Die Verfahren mit Entscheid dauerten durchschnittlich 6.7 (6.1) Monate von der Rekursanmeldung bis zum Versand des Entscheids. Zwischen Entscheid und Versand des begründeten Entscheids lagen durchschnittlich 1.8 (2) Monate. Dieser Zeitraum konnte im Vergleich zum Vorjahr etwas verkürzt werden, eine weitere Verkürzung wird angestrebt.

7.3.2 Steuerrekurskommission

Im Berichtsjahr sind bei der Steuerrekurskommission 264 Rekurse und Beschwerden eingegangen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine leichte Reduktion, aber im langjährigen Vergleich ist es eine Stabilisierung der Eingänge auf hohem Niveau. Auffallend ist, dass es bei den Steuererlassverfahren einen erheblichen Rückgang gab, was auf die gefestigte Praxis zurückzuführen ist.

	Berichtsjahr 2010	Berichtsjahr 2011	Berichtsjahr 2012	Berichtsjahr 2013	
Kategorie A	168 (23)	200 (58)	282 (90)	264 (45)	[1]

Kommentar

1 Kategorie A : Anzahl der eingegangenen Rekurs- und Beschwerdeverfahren in der Berichtsperiode (davon Anzahl Erlassverfahren).

Die Steuerrekurskommission fällte im Berichtsjahr 168 Rekurs- und Beschwerdeentscheide (Vorjahr 140), wovon 64 als Präsidialentscheide ergingen. 30 Entscheide mussten nicht schriftlich motiviert werden, da die Parteien keine Begründung verlangt haben. Zudem konnten im Berichtsjahr 112 Verfahren mit einem Abschreibebeschluss (infolge Rückzugs, Wiedererwägung durch die Steuerverwaltung, Nichtleistung des Kostenvorschusses und dergleichen) erledigt werden.

Aufgrund einer höheren Sitzungskadenz im Berichtsjahr und einer Erhöhung der Anzahl der Präsidialentscheide konnte die Anzahl der Fälle, in denen der Schriftenwechsel abgeschlossen ist, aber der Entscheid der Steuerrekurskommission noch aussteht, gesenkt werden (siehe Kategorie B).

Die Anzahl bereits entschiedener aber noch zu motivierender Fälle konnte im Berichtsjahr nochmals leicht auf 36 Verfahren reduziert werden (siehe Kategorie C). Zwischen dem Entscheid und dessen Begründung vergehen in praktisch allen Fällen weniger als 6 Monate. Die Anzahl der Präsidialentscheide konnte nochmals (von 52 auf 64) gesteigert werden. Die eingeführten Massnahmen zur Effizienzsteigerung haben sich bewährt und haben dazu beigetragen, dass die Anzahl der bei der Steuerrekurskommission hängigen Verfahren gegenüber dem Vorjahr um gut einen Viertel auf noch 227 Verfahren reduziert werden konnte (siehe Kategorie D). Es ist das erklärte Ziel, diese Zahl in den kommenden Jahren noch weiter zu reduzieren).

Das juristische Sekretariat war im Berichtsjahr mit zwei Festanstellungen von insgesamt 150 Stellenprozenten und einer Vollzeit Volontariatsstelle besetzt.

Per 1. Januar 2014 gab es bei der Steuerrekurskommission folgende Pendenzen (zum Vergleich die Zahlen aus den Vorjahren):

	Berichtsjahr 2010 per 31.12.2010	Berichtsjahr 2011 per 31.12.2011	Berichtsjahr 2012 per 31.12.2012	Berichtsjahr 2013 per 31.12.2013	
Kategorie B	89	93 (40)	113 (39)	96 (36)	2
Kategorie C	88	76	39	36	3
Kategorie D	222	238	297	227	4

Kommentar

2 Kategorie B : Rekurse / Beschwerden mit abgeschlossenem Schriftenwechsel, über welche die Steuerrekurskommission noch nicht entschieden hat (davon als Präsidialentscheide vorgesehene Verfahren, welche noch entschieden und redigiert werden müssen).

3 Kategorie C : Rekurse / Beschwerden, welche von der Steuerrekurskommission entschieden worden sind jedoch noch schriftlich motiviert werden müssen.

4 Kategorie D : Anzahl der insgesamt bei der Steuerrekurskommission hängigen Verfahren (Zeitraum vom Eingang bis zur Erledigung des Rekurs bzw. Beschwerdeverfahrens).

7.3.3 Personalrekurskommission

Im Berichtsjahr 2013 sind bei der PRK 16 neue Rekurse eingegangen. Die Rekurse betrafen Kündigungen während der Probezeit (2), Kündigungen (4), fristlose Kündigungen (2), Verweise (2), Versetzungen (3) und Freistellungen (3). Aus dem Jahr 2011 war noch ein Rekurs pendent und aus dem Jahr 2012 waren noch 4 Rekurse pendent. Von den insgesamt 21 Rekursen konnten 14 wie folgt erledigt werden:

	2013
Gutheissung	2
Teilweise Gutheissung	1
Abweisung	3
Abschreibung	6
Nichteintreten	2

Bis anhin wurden von den im Berichtsjahr 2013 eingegangenen und beurteilten Rekursen 4 Entscheide an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Aus den Vorjahren sind keine Fälle vor dem Verwaltungsgericht hängig.

7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen

Definition Gemäss Finanzhaushaltgesetz sind jene Liegenschaften dem Verwaltungsvermögen zuzuordnen, die unmittelbar der Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungs- bzw. Staatsaufgaben auf längere Zeit dienen. Im Finanzvermögen befinden sich demzufolge diejenigen Liegenschaften, die nicht unmittelbar und auf längere Zeit der Erfüllung einer staatlichen Aufgabe dienen.

Bewertung Das Portfolio wird zum Fair Value bewertet. Der Fair Value wird entweder anhand von Vergleichswerten (zonenabhängige Landwerte, Transaktionspreise) oder mittels der Schätzwertmethode Discounted Cash Flow (DCF) ermittelt. Im Finanzvermögen wird auf den Einsatz von Anlagen im Bau (AiB) verzichtet, weil die Buchwerte nicht abgeschrieben werden, sondern jeweils Ende Jahr zu Fair Value bewertet werden. Die Wertkorrektur wird dabei nicht auf der Anlage selbst, sondern über ein eigenes Wertberichtigungskonto verbucht. Der Gesamtportfoliowert für die Immobilien im Finanzvermögen beträgt per Ende 2013 1'688.1 Mio. Franken und ist damit 111.6 Mio. Franken höher als per Ende 2012 vor Restatement. Diese Aufwertung ist auf Bewertungsveränderungen von bislang zu abgeschriebenen Restbuchwerten bewerteten und neu zu Marktwerten bilanzierten Objekten, auf Neuzugänge in das Portfolio (Umwidmungen, Heimfälle und Akquisitionen), auf Investitionen in den Bestand und neue Baurechte zurückzuführen. Der Wert der Kategorie Baurechte steigt insbesondere aufgrund von Bewertungsveränderungen von bislang zu abgeschriebenen Restbuchwerten bewerteten und neu zu Marktwerten bilanzierten Objekten sowie neu abgeschlossenen Baurechten auf 735.7 Mio. Franken. Der Wert der Liegenschaften stieg per Ende 2013 primär aufgrund von Neuzugängen und aufgrund von Sanierungen um 34.6 Mio. Franken auf total 865.0 Mio. Franken an. Die Grünflächen sind aufgrund von Neubewertungen um 8.2 Mio. Franken auf 87.4 Mio. Franken gestiegen.

	Marktwert	Marktwert	Abw. R13/R12	
in Mio. Franken	31.12.2012	31.12.2013	abs.	%
Baurechte	666.9	735.7	68.8	10.3
Liegenschaften	830.4	865.0	34.6	4.2
Grünflächen	79.2	87.4	8.2	10.4
Total	**1'576.5**	**1'688.1**	**111.6**	**7.1**

Bestandesveränderungen Eine Gewerbeliegenschaft auf dem Wolf ist im 2013 heimgefallen. Die Parzelle 1197 im Grundbuch Blauen wurde der Gemeinde Blauen verkauft.

Nachfolgend sind die im 2013 erfolgten Käufe und Umwidmungen tabellarisch aufgeführt.

Käufe	Fläche (m^2)	Kommentar
Riehen, Parz. RE-2313 Bockrainweg 4	1'416	Arrondierung zur Inzlingerstrasse 230 (Humanitas)
Areal beim Bhf. St. Johann	4'211	Grundstück für Infrastruktur (Staatsarchiv, Naturhistorisches Museum)
Basel, Parz. 7-3136 Baufeld B5/B6 auf dem Erlenmatt	3'786	Grundstück für Infrastruktur (Primarschule)
Basel, Parz. 1-2741 Neudorf-strasse 91	4'316	Aus Bereinigung Nordtangente / Zur Abgabe an Gewerbe vorgesehen
Basel, Parz. 1-0674 Neudorf-strasse 2	1'296	Aus Bereinigung Nordtangente
Basel, Parz. 3-2515 Innere Margarethenstrasse 24/24A	816	Arrondierung zum Gefängnis Waghof

Im 2013 wurde zudem ein Kaufvertrag über die Parzelle 1-2741 in Basel (Coop Areal Lysbüchel mit 34'314 m2) abgeschlossen. Es handelt es sich dabei um eine Verpflichtung zur Übernahme des Areals anfangs 2016.

Umwidmungen ins Finanzermögen	Fläche (m^2)	Kommentar
Basel, Luzernerring 83 (nur Gebäude)	–	Bereinigung zwischen Verwaltungs- und Finanzvermögen
Basel, Roggenburgstrasse 7, 17 (nur Gebäude)	–	Bereinigung zwischen Verwaltungs- und Finanzvermögen
Basel, Parz. 2-2413 Reussstrasse 34	600	Ehemaliger Werkhof TBA
Basel, Parz. 4-2889 Bruderholzstrasse 90	1'932	Ehemaliger Werkhof TBA
Basel, Parz. 8-0820 Riehen- ring 3	3'095	Ehemaliger Werkhof TBA

Liegenschaftserfolg Die Tabelle unten gibt einen Überblick über den Erfolgsausweis der Immobilien im Finanzvermögen.

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R13/B13		Abw. R13/R12	
in 1'000 Franken	2012	2013	2013	abs.	%	abs.	%
Einnahmen Brutto-Soll	92'499	88'810	96'050	7'240	8.2	3'551	3.8
Leerstände	1'747	1'755	1'217	-537	-30.6	-530	-30.3
Ertragsausfälle	377	303	307	3	1.1	-70	-18.7
Brutto-Ist-Ertrag	**90'375**	**86'752**	**94'526**	**7'774**	**9.0**	**4'151**	**4.6**
Betriebskosten	14'110	12'922	14'179	1'257	9.7	69	0.5
Ordentlicher Unterhalt	5'356	7'324	5'940	-1'384	-18.9	584	10.9
Werterhaltende Investitionen	13'191	41'203	12'148	-29'055	-70.5	-1'043	-7.9
Immobilienerfolg	**57'718**	**25'303**	**62'260**	**36'957**	**146.1**	**4'542**	**7.9**
Realisierte Verkaufsgewinne	8'949	0	3	3		-8'946	-100.0
Cashflow vor Wertvermehrung	**66'667**	**25'303**	**62'263**	**36'959**	**146.1**	**-4'404**	**-6.6**
Netto-Cashflow-Rendite	**4.4%**	**3.3%**	**3.9%**	**0.6%**		**-0.5%**	
Wertvermehrende Investitionen	14'359	23'056	15'693	-7'362	-31.9	1'334	9.3
Wertänderung	**9'394**		**17'585**				
Wertänderungsrendite	**0.6%**		**1.0%**				
Total Return	**5.0%**		**4.9%**				
Total Investitionen	**27'550**	**64'258**	**27'841**	**-36'417**	-56.7	291	1.1

Die Einnahmen Brutto-Soll liegen um 7.2 Mio. Franken höher als budgetiert. Der Grund besteht vor allem in neuen Baurechtsverträgen und Neuzugängen von Liegenschaften (Umwidmungen und Akquisitionen).

Bei den werterhaltenden und wertvermehrenden Investitionen handelt es sich in der Summe um die gesamten Investitionen. Die Gesamtinvestitionen liegen deutlich unter dem budgetierten Wert. Die Hauptabweichung in Höhe von 19.9 Mio. Franken resultiert aus einer zeitlichen Verzögerung und generierten Einsparungen bei der Altlastensanierung Rüchligweg 121-143, Riehen.

Verglichen mit dem Budget fällt der Immobilienerfolg aufgrund der höheren Einnahmen und der tiefer ausgefallenen Investitionen um 37.0 Mio. Franken höher aus. Gemessen am Vorjahresergebnis resultiert der um 4.5 Mio. Franken höhere Immobilienerfolg.

Die Wertänderung beträgt rund 17.6 Mio. Franken. Der Total Return beläuft sich auf 4.9%.

8 Die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt

8.1 Stand des Beteiligungsmanagements

Der Regierungsrat hat im Jahre 2010 zur Steuerung der Beteiligungen des Kantons die Public Corporate Governance-Richtlinien (PCG-Richtlinien) erlassen. In diesen Steuerungsgrundsätzen legte er auch fest, dass der Regierungsrat den Grossen Rat jährlich im Rahmen des Jahresberichts über die wichtigsten Fakten und Entwicklungen orientiert. Mit vorliegendem Jahresbericht erfolgt nun zum ersten Mal diese ausführliche Berichterstattung zuhanden des Parlaments und einer breiten Öffentlichkeit.

Drei Beteiligungsreports zuhanden des Regierungsrates Seit Erlass der PCG-Richtlinien unternahmen die zuständigen Departementen einiges zur Umsetzung der Vorgaben. Auf Basis der Faktenblätter erstellte die Fachstelle Beteiligungen als Umsetzungshilfe für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 der Beteiligungen drei Beteiligungsreports zuhanden des Regierungsrates. Diese drei Berichte gaben dem Regierungsrat detailliert einen Überblick über alle Beteiligungen des Kantons. Neben der eher deskriptiven Bestandsaufnahme waren die Berichte relativ ausführlich, weil sie aufzeigten, bei welchen Beteiligungen die Vorgaben zur Public Corporate Governance vollständig umgesetzt werden und bei welchen diese nur in beschränktem Ausmass gelten sollen. Des Weiteren wurde dem Regierungsrat von Bericht zur Bericht aufgezeigt, wo (noch) Handlungsbedarf besteht bzw. wie weit die Umsetzungsarbeiten fortgeschritten sind. Mit Kenntnisnahme dieser Berichten wurde unter anderem folgende in den Richtlinien ausstehenden Punkte vom Regierungsrat beschlossen: das Konzept zur Risikoanalyse von Beteiligungen aus Sicht des Eigners, ein Muster eines Mandatsvertrags, ein allgemein gültiges Anforderungsprofil für Mandatsträger sowie die Beteiligungsstrategie des Kantons.

Einteilung der Beteiligungen und beschränkte Gültigkeit der Richtlinien Da der Kanton bei vielen Beteiligungen nur einen kleinen Anteil besitzt und diese Beteiligungen somit nur in sehr beschränktem Ausmass beeinflussen kann, wurden die Beteiligungen in Anlehnung an das Konsolidierungskonzept in fünf Gruppen eingeteilt:

1. Beherrschte Beteiligungen,
2. Beteiligungen mit gemeinschaftlicher Führung,
3. Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss,
4. weitere Minderheitsbeteiligungen und
5. abzustossende Beteiligungen (falls vorhanden).

Dabei beschloss der Regierungsrat, dass die Richtlinien in ihrem vollen Umfang nur für die ersten drei Kategorien von Beteiligungen (1. bis 3.) gelten, sofern sie auch wesentlich sind. Für die weiteren Beteiligungen (4.) sollen sie in beschränktem Ausmass und für die abzustossenden Beteiligungen (5.) gar nicht wirksam sein.

Konkret bedeutet das, dass der Regierungsrat nur bei Beteiligungen, die beherrscht und/oder wesentlich sind, Eignerstrategien erlassen und Risikoanalysen durchführen lassen wird. Das betrifft folgende Beteiligungen:

- Beherrschte Beteiligungen: Basler Kantonalbank, Basler Verkehrs-Betriebe, Felix Platter-Spital, Industrielle Werke Basel, Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut, Universitäre Psychiatrische Kliniken und Universitätsspital Basel
- Beteiligungen mit gemeinschaftlicher Führung: Fachhochschule Nordwestschweiz, Flughafen Basel-Mulhouse, Schweizerische Rheinhäfen, Universität beider Basel, Universitäts-Kinderspital beider Basel
- Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss: MCH Group AG.

Arbeiten im Gesundheitsdepartement weit fortgeschritten Das Gesundheitsdepartement trieb die Umsetzung dieser beiden Vorgaben der Public Corporate Governance im Jahre 2013 am weitesten voran: Es konnte die Eignerstrategie des Universitäts-Kinderspitals beider Basel im Herbst 2013 von den Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft genehmigen lassen. Die Eignerstrategien der drei weiteren öffentlichen Spitäler wurden ebenfalls im Herbst vom Regierungsrat Basel-Stadt genehmigt. Des Weiteren wurden alle vier Risikoanalysen vom Regierungsrat Basel-Stadt im Herbst 2013 zur Kenntnis genommen.

Alle anderen ausstehenden Eignerstrategien und Risikoanalysen befinden sich zurzeit in Ausarbeitung und sollen im Verlaufe des Jahres 2014 fertiggestellt werden. Die Eignerstrategie und Risikoanalyse aus Sicht des Eigentümers für die Basler Kantonalbank soll erst bis Mitte 2015 erstellt werden, da sich der Ratschlag zur Totalrevision des Gesetzes dieser Beteiligung derzeit zur Behandlung in den beiden Oberaufsichtskommissionen des Grossen Rates befindet.

Prüfung der Kompetenzen zwischen Parlament und Regierung Ein zentraler Punkt der Public Corporate Governance ist die Entpolitisierung und Professionalisierung der obersten Leitungs- und Verwaltungsorgane von Beteiligungen. Dazu legen die Richtlinien fest, dass der Regierungsrat die Mitglieder der obersten Leitungs- und Verwaltungsorgane von Beteiligungen wählen und der Grosse Rat gemäss seinen verfassungsmässigen Kompetenzen die Oberaufsicht über die Beteiligungen ausüben soll (vgl. §6 und 7 der PCG-Richtlinien).

Bei einem Grossteil der kantonalen Beteiligungen werden die staatlichen Delegierten bereits durch die Exekutive abgeordnet. Jedoch bestimmt der Grosse Rat bei den finanziell gewichtigen Beteiligungen Basler Kantonalbank, Basler Verkehrs-Betriebe und Industrielle Werke Basel die Kantonsvertreterinnen und -vertreter ganz oder teilweise.

Der Regierungsrat beauftragte mit Kenntnisnahme des ersten Beteiligungsreports im Frühjahr 2012 die zuständigen Fachdepartemente, die Ausgestaltung der Aufsicht und die Wahl der Leitungs- und Verwaltungsorgane bei diesen drei Beteiligungen insbesondere auf Einhaltung der Public Corporate Governance-Richtlinien zu überprüfen und dem Regierungsrat bis Mitte 2013 erneut zu berichten. Dabei ging es darum, abzuklären, ob es das Ziel ist, bei diesen drei Beteiligungen mittel- bis langfristig die Rollen- und Aufgabenteilung zwischen Parlament und Regierung zu ändern und entsprechende Schritte in diese Richtung zu unternehmen.

Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank Das Finanzdepartement hat aufgrund dieses Auftrags und aufgrund von vier politischen Vorstössen des Grossen Rats im Herbst 2013 dem Regierungsrat eine nach der Vernehmlassung überarbeitete Gesetzesvorlage für ein total revidiertes Gesetz über die Basler Kantonalbank unterbreitet. Aufgrund des Widerstands der politischen Parteien in der Vernehmlassung hat der Regierungsrat die PCG-Richtlinien nicht konsequent umgesetzt. Vielmehr schlägt er vor, dass der Regierungsrat den Bankrat aussucht und der Grosse Rat auf den gebundenen Vorschlag des Regierungsrates entgegen den Richtlinien dennoch wählt. Die Vorlage befindet sich - wie bereits erwähnt - bei den beiden Oberaufsichtskommissionen in Behandlung.

Aufgrund des politischen Widerstands im Rahmen der Vernehmlassung der total revidierten Gesetzesvorlage zur Basler Kantonalbank im Sommer 2013 hat der Regierungsrat beschlossen, zuerst den Ausgang der Diskussionen und Debatten im Grossen Rat abzuwarten. Erst dann wird er je nach Ausgang der Debatten auch bei den Basler Verkehrs-Betrieben und den Industriellen Werken Basel dem Grossen Rat dahingehende Änderungen unterbreiten, so dass die Grundsätze der Public Corporate Governance erfüllt werden.

Vollständige Offenlegung bei den beherrschten Beteiligungen In Zusammenhang mit den Vorkommnissen bei den Basler Verkehrs-Betrieben gab es eine Reihe von politischen Vorstössen, die mehr Transparenz bei den Beteiligungen fordern. Der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang versprochen, die geltende Regelung für Entschädigungen für Zusatzaufwand von Mitglieder vom obersten Leitungs- und Verwaltungsorgan der Beteiligungen des Kantons zu prüfen. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Im vorliegenden Bericht werden die Vergütungen der Kantonsvertretungen aber vollständig offengelegt. Damit aber der Datenschutz und das Persönlichkeitsrecht eingehalten wird, wird nur die Summe

der Vergütungen, die von Grossem Rat und Regierungsrat gewählten Kantonsvertreterinnen und -vertreter erhalten haben, für die Jahre 2012 und 2013 pro Beteiligung abgebildet.

8.2 Beteiligungsspiegel

Der Kanton Basel-Stadt hält kleine Beteiligungen ab einem Anteilschein bishin zu beherrschenden Positionen von 100%. Ende 2013 ist der Kanton an 37 Institutionen beteiligt. Davon sind zwölf beherrschte Beteiligungen, zehn Beteiligungen werden gemeinschaftlich mit anderen Kantonen geführt, bei zwei Beteiligungen hat der Kanton einen massgeblichen Einfluss und dreizehn gehören zu den weiteren Minderheitsbeteiligungen. Vier zusätzliche Minderheitsbeteiligungen wurden im Jahre 2013 abgestossen, weil sie keine kantonale Aufgabe erfüllen. Davon sind zwei reine Finanzbeteiligungen, für die die vom Regierungsrat beschlossenen Richtlinien eh nicht gegolten haben. Dazu die Anteile an der UBS AG und an Novartis AG zählen. Von der Betrachtung ausgeschlossen sind alle Unterbeteiligungen (z.B. Kraftwerksbeteiligungen der Industriellen Werke Basel).

Die folgenden zwei Spiegel geben einen Überblick über die gehaltenen Beteiligungen.

Beteiligungsspiegel Verwaltungsvermögen

in 1'000 Franken	Buchwert per 31.12.2012	Buchwert per 31.12.2013	Anteil Kanton Basel-Stadt in % per 31.12.2012	Anteil Kanton Basel-Stadt in % per 31.12.2013	Anschaffungswert	Dotations-/Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	[1]
Beherrschte Beteiligungen									
AG zum Storchen	800	800	33.3	33.3	800	-	160	NA	
Basler Kantonalbank	204'000	204'000	80.3	80.3	204'000	204'000	-	-	[2]
Basler Verkehrs-Betriebe	315'196	334'170	100.0	100.0	315'196	334'170	-	-	
Felix Platter-Spital	108'000	108'000	100.0	100.0	108'000	108'000	-	-	
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	0	0	0.0	0.0	0	-	-	-	
Industrielle Werke Basel	530'000	530'000	100.0	100.0	530'000	530'000	-	-	
Rimas Insurance Broker AG	200	200	100.0	100.0	200	-	200	NA	
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut	0	0	100.0	100.0		-	-	-	
Universitäre Psychiatrische Kliniken	83'620	83'620	100.0	100.0	83'620	83'620	-	-	
Universitätsspital Basel	489'167	489'167	100.0	100.0	489'167	489'167	-	-	
Total beherrschte Beteiligungen	**1'730'983**	**1'749'957**			**1'730'983**	**1'748'957**			
Gemeinschaftliche Beteiligungen									
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	1'000	1'000	66.7	66.7	1'000	1000	-	-	
Fachhochschule Nordwestschweiz	0	0	25.0	25.0		-	-	-	[3]
Flughafen Basel-Mulhouse	0	0	56.4	55.29	-	-	-	-	[4]
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	0	0	11.6	12.2		-	-	-	
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	0	0	80.0/75.0	80.0/75.0	0	-	-	-	[5]
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	0	0	50.0	50.0	0	-	-	-	
Schweizerische Rheinhäfen	54'594	54'594	60.03	59.79	54'594	54594	-	-	[6]
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	0	0	50.0	50.0		-	-	-	
Universität beider Basel	30'000	30'000	50.0	50.0	0	-	-	-	[7]

in 1'000 Franken	Buchwert per 31.12.2012	Buchwert per 31.12.2013	Anteil Kanton Basel-Stadt in % per 31.12.2012	Anteil Kanton Basel-Stadt in % per 31.12.2013	Anschaffungswert	Dotations-/Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	[1]
Universitäts-Kinderspital beider Basel	0	31'007	50.0	50.0	31'007	31007	-	-	[8]
Total gemeinschaftliche Beteiligungen	**85'594**	**116'601**			**86'601**	**86'601**			
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss									
MCH Group AG	39'316	39'316	33.5	33.5	39'316	-	2'013'650	NA	[9]
ProRheno AG	21	21	42.0	42.0	21	-	42	NA	
Total Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss	**39'337**	**39'337**			**39'337**	**0**			
Weitere Beteiligungen									
BAK Basel Economics AG	40	40	2.3/3.8	2.3/3.8	40		75	NA	[10]
BLT Baselland Transport AG	125	125	7.8	7.8	125	-	3'847	NA	
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	0	0	0.0	0.0	0	-	16	AS	
Schweizer Rheinsalinen AG	521	521	12.4/13.8	12.4/13.8	521	-	1'388	NA	[11]
Schweizerische Nationalbank	407	407	1.4	1.4	407	-	1'356	NA	
Swisslos	0	0	3.4	3.4	-	-	-	-	
Wohngenossenschaft Burgfelderstrasse	4	4	1.0	1.0	4	-	35	AS	
Total weitere Beteiligungen	**1'096**	**1'095**			**1'096**	**0**			
145 Beteiligungen VV	**1'857'010**	**1'906'990**			**1'858'017**	**1'835'558**			

Kommentar

1 NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine, IA = Inhaberaktien, VZ = Vorzugsaktien

2 Das anteilige Eigenkapital beträgt 2'263'017 Tausend Franken.

3 Das anteilige Eigenkapital beläuft sich auf 5'688 Tausend Franken. Beim Anteil handelt es sich um den Stimmrechtsanteil.

4 Das anteilige Eigenkapital macht 126'415.8 Tausend Franken aus.

5 Die Betriebskosten werden von den beiden Kantonen Basel-Stadt und Zug im Verhältnis von 80% und 20% getragen. Abzüglich des Bundesbeitrags übernimmt der Kanton Basel-Stadt 75% und der Kanton Zug 25% der Errichtungskosten.

6 Das anteilige Eigenkapital beträgt 59'273 Tausend Franken.

7 Das anteilige Eigenkapital beträgt 141'699 Tausend Franken.

8 Das anteilige Eigenkapital macht 37'108 Tausend Franken aus.

9 Das anteilige Eigenkapital beläuft sich auf 119'189 Tausend Franken.

10 Die Beteiligungsquote beträgt 2.3%. Der Stimmenanteil ist mit 3.8% höher.

11 Die Beteiligungsquote beträgt 12.4%. Der Stimmenanteil ist mit 13.8% höher.

Beteiligungsspiegel Finanzvermögen

in 1'000 Franken	Buchwert per 31.12.2012	Buchwert per 31.12.2013	Anteil Kanton Basel-Stadt in % per 31.12.2012	Anteil Kanton Basel-Stadt in % per 31.12.2013	Anschaffungswert	Dotations-/Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ [1]
Beherrschte Beteiligungen								
AG zum Storchen	12'000	12'000	33.3	33.3	12'000	-	80	NA
Basler Personenschifffahrts-Gesellschaft AG	100	100	100.0	100.0	100	-	600	NA
Technologie Park Basel AG	0		100.0				1000	NA
Total beherrschte Beteiligungen	**12'100**	**12'100**			**12'100**	**0**		
Weitere Beteiligungen								
Ecole d'humanité Hasliberg Goldern	0	0	0.0	0.0	0	-	1	AS
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	0	0	0.0	0.0	0	-	1	AS
Gesellschaft Hasliberghaus AG	225	225	30.0	30.0	225	-	450	VZ
Gundeldinger-Casino Basel AG	134	335	20.3	20.3	335	-	670	NA
Jakobsberg AG	0	0	1.3	1.3	0	-	2	NA
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	28	28	3.3	3.3	28	-	60	NA
Total weitere Beteiligungen	**387**	**588**			**588**	**0**		
Verkaufte Minderheitsbeteiligungen								
Bergbahnen Destination Gstaad AG	1	-	0.1	-	55	-	12'495	NA
Biofarm Genossenschaft Kleindietwil	1	-	0.0	-	1	-	1	AS
General Aviation Genossenschaft Basel	10	-	4.0	-	10	-	20	AS
Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld AG	100	-	0.3	-	100	-	4'872	NA
Novartis AG	2'843	-	0.0	-	331	-	3'758	NA
UBS AG	54	-		-	48	-	49'480	NA
Total verkaufte Minderheitsbeteiligungen	**3'008**	**-**			**545**			
145 Beteiligungen FV	**15'495**	**12'688**			**13'233**			

Kommentar

1 NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine, IA = Inhaberaktien, VZ = Vorzugsaktien

8.3 Rechtsform und öffentliche Aufgabe der Beteiligungen

Unter den Institutionen befinden sich selbständige Anstalten im öffentlichen Recht (sAöR), Aktiengesellschaften (AG), Genossenschaften (G) und spezialgesetzliche Aktiengesellschaft (sAG). Neben der Rechtsform zeigt die folgende Tabelle den Sitz und die öffentliche Aufgabe der kantonalen Beteiligungen.

Öffentliche Aufgaben aller Beteiligungen

	Sitz	Rechts-form	Öffentliche Aufgabe
Beherrschte Beteiligungen			
AG zum Storchen	Basel-Stadt	AG	Zurverfügungstellung und Verwaltung der Büroräumlichkeiten im Liegenschaftskomplex Zum Storchen für die kantonale Verwaltung
Basler Kantonalbank	Basel-Stadt	sAöR	Universalbank zur sicheren Anlage der Ersparnisse und anderer Gelder und zur Befriedigung der Kredit- und Geldbedürfnisse der Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons
Basler Personenschifffahrts-Gesellschaft AG	Basel-Stadt	AG	Betrieb der Personenschifffahrt auf dem Ober- und Hochrhein und damit zusammenhängende Geschäfte sowie Beitraggeber zum guten Image und zur touristischen Attraktivität von Basel
Basler Verkehrs-Betriebe	Basel-Stadt	sAöR	Errichtung und Betrieb der Linien des öffentlichen Orts- und Regionalverkehrs
Felix Platter-Spital	Basel-Stadt	sAöR	Gewährleistung der altersmedizinische Gesundheitsversorgung
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	Basel-Stadt	sAöR	Versicherung sämtliche Gebäude gegen Feuer- und Elementarschäden
Industrielle Werke Basel	Basel-Stadt	sAöR	Gewährleistung der Versorgung des Kantons Basel-Stadt mit leitungsgebundener Energie und mit leitungsgebundenem Trinkwasser
Rimas Insurance Broker AG	Basel-Stadt	AG	Versicherungsbroker und Dienstleister für das Versicherungswesen des Kantons
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut	Basel-Stadt	sAöR	Erbringung von tropen- und reisemedizinische Dienstleistungen sowie Forschungs- und Beratungsleistungen auf nationaler Ebene
Technologie Park Basel AG	Basel-Stadt	AG	Wirtschaftsförderung durch die Bereitstellung von Geschäftsräumen und anderen Infrastrukturen zur Förderung von Gründung und Wachstum von Technologieunternehmungen
Universitäre Psychiatrische Kliniken	Basel-Stadt	sAöR	Gewährleistung der psychiatrisch-psychotherapeutischen Grund- und ausgewählten Spezialversorgung von Erwachsenen sowie Kindern und Jugendlichen
Universitätsspital Basel	Basel-Stadt	sAöR	Gewährleistung einer hochstehenden medizinischen Gesundheitsversorgung inkl. universitären Lehre und Forschung
Gemeinschaftliche Beteiligungen			
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	Basel-Stadt	sAöR	Erfüllung der den Kantonen nach Art. 61 ff. des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge obliegenden Aufgaben
Fachhochschule Nordwestschweiz	Windisch, Aargau	sAöR	Führung einer ausgezeichneten Fachhochschule mit den anderen Trägerkantonen Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn
Flughafen Basel-Mulhouse	Blotzheim, Frankreich	sAöR	Bau und der Betrieb eines Flughafens und Beitraggeber zur Erschliessung bzw. Anbindung von Basel
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Hitzkirch, Luzern	sAöR	Errichtung und Betrieb einer gemeinsamen Polizeischule durch die Konkordatsmitglieder für die deutschsprachige Grundausbildung und Weiterbildung von Angehörigen ihrer Polizeikorps sowie Forschung im Bereich des Polizeiwesens
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	Menzingen, Zug	sAöR	Strafvollzug

	Sitz	Rechts-form	Öffentliche Aufgabe
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	Münchenstein, Basel-Landschaft	sAöR	Durchführung der amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen
Schweizerische Rheinhäfen	Birsfelden, Basel-Landschaft	sAöR	Sicherstellen einer logistischen Plattform des Güterverkehrs an der Schnittstelle zwischen Wasser, Schiene und Strasse sowie Förderung der Grossschifffahrt als ökologischen Verkehrsträger
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Münchenstein, Basel-Landschaft	sAöR	Umfassende Schulung, Therapie und Betreuung von der Früherziehung bis zur Berufsvorbereitung für Kinder und Jugendliche mit Sehschädigung, Körperbehinderung und Mehrfachbehinderung
Universität beider Basel	Basel-Stadt	sAöR	Führung einer qualitativ hochstehende Universität, Beitraggeber zum Wissens- und Wirtschaftsstandort
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Basel-Stadt	sAöR	Gewährleistung einer regionalen bzw. überregionalen Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss			
MCH Group AG	Basel-Stadt	AG	Durchführung von Messen, Kongressen und weiteren Veranstaltungen in den vorhandenen Infrastrukturen an den Standorten in Basel und Zürich sowie an anderen Orten
ProRheno AG	Basel-Stadt	AG	Sicherstellung der Klärung der kommunalen Abwässer von Basel-Stadt sowie Beitraggeber zum Schutz des Rheins vor Verschmutzung
Weitere Beteiligungen			
BAK Basel Economics AG	Basel-Stadt	AG	Erarbeitung und Vertrieb von Wirtschaftsanalysen und Prognosen sowie Beratung in Fragen der Standortqualität und in wirtschaftspolitischen Belangen sowie im regionalen Benchmarking
BLT Baselland Transport AG	Oberwil, Basel-Landschaft	AG	Sicherstellung und Förderung des Öffentlichen Verkehrs
Ecole d'humanité Hasliberg Goldern	Hasliberg, Bern	G	keine
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	Basel-Stadt	G	keine
Gesellschaft Hasliberghaus AG	Hasliberg, Bern	AG	keine
Gundeldinger-Casino Basel AG	Basel-Stadt	AG	Förderung von Aktivitäten in den öffentlichen Räumen des Gundeldinger-Casinos Basel zum Gemeinwohl der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt
Jakobsberg AG	Basel-Stadt	AG	keine
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Pratteln, Basel-Landschaft	AG	keine
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	Basel-Stadt	G	Förderung und Erhaltung des öffentlichen Medienangebots unter den Kriterien des Service Public
Schweizer Rheinsalinen AG	Pratteln, Basel-Landschaft	AG	Sicherstellung der Versorgung mit Salz
Schweizerische Nationalbank	Zürich	sAG	Führung der Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes
Swisslos	Basel-Stadt	G	Durchführung von und die Beteiligung an gemeinnützigen oder wohltätigen Lotterien sowie Verteilung des Reingewinns auf die Kantone für gemeinnützige, wohltätige oder soziale, kulturelle und sportliche Zwecke
Wohngenossenschaft Burgfelderstrasse	Basel-Stadt	G	keine

Über zwei Drittel der Beteiligungen erfüllt eine öffentliche Aufgabe. Für die Beteiligungen, die keine öffentliche Aufgabe erfüllen, gilt Folgendes:

Ecole d'humanité Hasliberg Goldern und Gesellschaft Hasliberghaus AG Der Kanton hat diese Beteiligung 1969 im Rahmen des Ausbaus dieser Schule als eine Art Spende erworben. Die bereits 1969 deutlich abgeschriebene Beteiligung soll aus Unterstützungsgründen weiterhin gehalten werden. Der Imageschaden durch einen Verkauf könnte grösser sein als der möglicherweise zu realisierende Gewinn.

Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park Der Kanton hat durch seinen Anteil an dieser Genossenschaft Mitspracherecht, was vor allem beim Thema Sicherheit ein wichtiger Faktor ist. Deshalb soll diese Beteiligung weiterhin gehalten werden.

Jakobsberg AG Der Kanton ist bei dieser Institution mit zwei Kindergärten eingemietet, weshalb diese Beteiligung gehalten werden muss, solange die beiden Mietverträge bestehen.

Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG Ein Verkauf dieser Beteiligung befindet sich derzeit in Prüfung.

Wohngenossenschaft Burgfelderstrasse Der Kanton ist bei dieser Institution mit einem Kindergarten eingemietet, weshalb diese Beteiligung gehalten werden muss, solange der Mietvertrag besteht.

8.4 Zahlungsströme zwischen Kanton und Beteiligungen

Die folgende Tabelle behandelt die Zahlungsströme zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Beteiligungen. Sowohl auf der Ertrags- als auch Aufwandseite fallen über 80% der Beträge auf nur wenige Beteiligungen.

Zahlungsströme zwischen dem Kanton und den Beteiligungen aus Sicht Kanton

	Rechnung 2011		Rechnung 2012		Rechnung 2013		
in 1'000 Franken, ohne Leistungseinkauf	Einnahme	Ausgabe	Einnahme	Ausgabe	Einnahme	Ausgabe	[1]
Beherrschte Beteiligungen							
Verzinsung Fremdkapital	387		318		304		
Gewinnablieferung	720		720		offen		
AG zum Storchen	**1'107**		**1'038**		**304**		
Verzinsung Dotationskapital	4'421		3'775		2'996		
Ordentliche Ablieferung	48'750		42'600		47'400		
Gewährsträger-Abgeltung	31'091		21'036		25'627		
Basler Kantonalbank	**84'262**		**67'411**		**76'023**		
Laufende Beiträge		470		470		470	
Basler Personen-Schifffahrtsgesellschaft AG		**470**		**470**		**470**	
Laufende Beiträge		56'214					
(Abgeltung)				57'393		56'259	
Investitionsbeiträge		13'600		23'500		20'371	
Verzinsung Fremdkapital	300		828		711		
Basler Verkehrs-Betriebe	**300**	**69'814**	**828**	**80'893**	**711**	**76'630**	
Beiträge stationäre Leistungen				27'172		27'734	
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen				9'041		8'426	
Felix Platter-Spital				**36'213**		**36'160**	
Beitrag an die Kosten des Löschwesens (15.5% der Prämieneinkünfte)	4'580		4'735		4'844		
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	**4'580**		**4'735**		**4'844**		
Konzession	11'000		11'000		11'000		

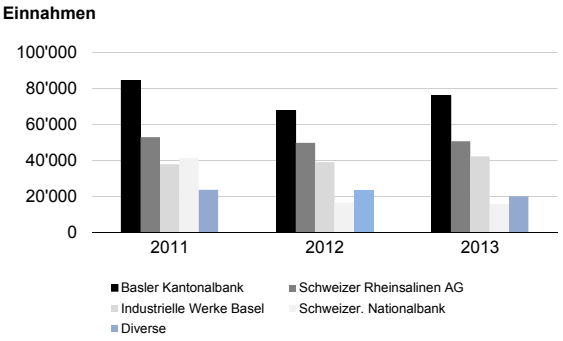
in 1'000 Franken, ohne Leistungseinkauf	Rechnung 2011 Einnahme	Rechnung 2011 Ausgabe	Rechnung 2012 Einnahme	Rechnung 2012 Ausgabe	Rechnung 2013 Einnahme	Rechnung 2013 Ausgabe	[1]
Verzinsung Fremdkapital	4'300		3'775		3'430		
Gewinnablieferung	22'400		24'100		27'650		
Industrielle Werke Basel	**37'700**		**38'875**		**42'080**		
Subvention		700		1'600		1'800	
Schweizerisches Tropen-, Public Health-Institut		**700**		**1'600**		**1'800**	
Beiträge stationäre Leistungen				25'303		28'076	
Beiträge JSD BS für forensische Klinik				9'600		5'456	
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen				18'425		18'569	
Universitäre Psychiatrische Kliniken				**53'328**		**52'101**	
Beiträge stationäre Leistungen				98'094		101'935	
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen				72'861		65'832	
Universitätsspital Basel				**170'955**		**167'767**	
Gemeinschaftliche Beteiligungen							
Trägerbeiträge Basel-Stadt		36'916		39'494		40'784	
Fachhochschule Nordwestschweiz		**36'916**		**39'494**		**40'784**	
Laufende Beiträge		1'549		1'562		1'590	
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch		**1'549**		**1'562**		**1'590**	
Laufende Beiträge	401		487		618		
Investitionsbeiträge			256			1'800	[2]
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	**401**		**743**		**618**	**1'800**	
Gewinnablieferung	2'920		2'700		2'800		
Schweizerische Rheinhäfen	**2'920**		**2'700**		**2'800**		
Aufwand Leistungsabgeltung		2'900		2'750		2'741	
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche		**2'900**		**2'750**		**2'741**	
Globalbeiträge		148'400		152'900		157'300	
Sonderbeiträge		1'600		21'600		1'600	
Universität beider Basel		**150'000**		**174'500**		**158'900**	
Beiträge stationäre Leistungen				6'688		8'296	
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen				7'962		6'919	
Laufende Beiträge		13'513					
Universitäts-Kinderspital beider Basel		**13'513**		**14'650**		**15'215**	
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss							
Dividende	1'007			1'007		1'007	
MCH Group AG	**1'007**			**1'007**		**1'007**	
Laufende Beiträge		6'640		6'900		6'823	
Investitionsbeiträge		990		1'092		1'163	
Pro Rheno AG		**7'630**		**7'992**		**7'986**	
Weitere Beteiligungen							
Abgeltungsbeiträge Basel-Landschaft an Basel-Stadt	2'788		2'534		offen		
Abgeltungsbeiträge Basel-Stadt an BLT Baselland Transport AG		96		250		offen	
BLT Baselland Transport AG	**2'788**	**96**	**2'534**	**250**	**0**	**0**	
Dividende	6		3		2		
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	**6**		**3**		**2**		
Dividende	2'290		1'110		1'110		
Regalgebühren	50'472		48'480		49'380		
Schweizer Rheinsalinen AG	**52'762**		**49'590**		**50'490**		
Gewinnablieferung	41'033		16'386		15'638		

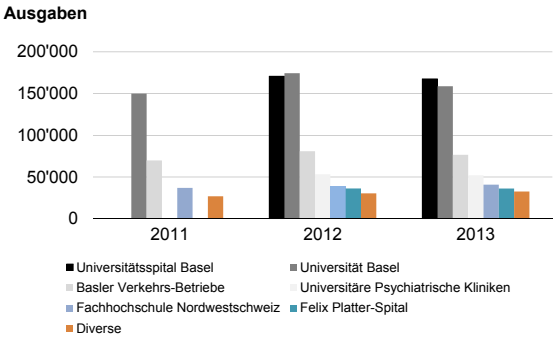
in 1'000 Franken, ohne Leistungseinkauf	Rechnung 2011 Einnahme	Ausgabe	Rechnung 2012 Einnahme	Ausgabe	Rechnung 2013 Einnahme	Ausgabe [1]
Dividende	20		20		20	
Schweizerische Nationalbank	**41'053**		**16'407**		**15'658**	
Gewinnablieferung	10'629		10'782		10'617	
Swisslos	**10'629**		**10'782**		**10'617**	
Verkaufte Beteiligungen						
Dividende	0			0		0
Biofarm Genossenschaft Kleindietwil	**0**			**0**		**0**
Gewinnablieferung	4			4		4
Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld AG	**4**			**4**		**4**
Total	**239'519**	**283'588**	**195'646**	**585'668**	**204'147**	**564'955**

Kommentar

1 Hier bildet das Jahr der Rechnung des Kantons die Basis und nicht das Geschäftsjahr der Beteiligung, weshalb es zu Differenzen zwischen publizierten Werten des Kantons und der Beteiligungen kommen kann. Unter Ausgaben sind sowohl Aufwand der Erfolgsrechnung als auch Ausgaben der Investitionsrechnung gefasst.

2 Bei den 256 Tausend Franken handelt es sich um zuviel bezahlte Akonto-Zahlungen für Investitionsbeiträge.





Die Einnahmen des Kantons aus den Beteiligungen beliefen sich im Jahre 2013 auf 204 Millionen Franken ab. Die Einnahmen nahmen damit um 8.5 Millionen Franken im Vergleich zum Vorjahr zu, was vor allem auf die höhere Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank und der Industriellen Werke Basel zurückzuführen ist. 83 % der gesamten Beteiligungseinnahmen wurden mit drei Beteiligungen erwirtschaftet: der Basler Kantonalbank (37%), der Schweizer Rheinsalinen AG (25%) und den Industriellen Werken Basel (21%).

Im Jahre 2013 hatte der Kanton mit den Beteiligungen Ausgaben in Höhe von 565 Millionen Franken zu verzeichnen. Grundsätzlich ist eine Dominanz von vier Beteiligungen festzustellen. 81% der Unterstützungen des Kantons fliessen an nur vier Beteiligungen: *Das Universitätsspital Basel* erhält mit 168 Millionen Franken den grössten Kantonsbeitrag (30%), gefolgt von der Universität beider Basel mit 159 Millionen Franken (28%), den Basler Verkehrs-Betrieben mit 77 Millionen Franken (14%) und den Universitären Psychiatrischen Kliniken mit 52 Millionen Franken (9%).

8.5 Wahlorgan und Vergütung der Kantonsvertretungen

Der Grosse Rat hat bei drei Beteiligungen das Recht, Mitglieder des Leitungs- und Verwaltungsorgans zu bestimmen. Nur bei der bilanziell gewichtigsten Basler Kantonalbank wählt der Grosse Rat alleine den Bankrat. Bei den Industriellen Werken Basel ist er zusammen mit dem Regierungsrat für die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates zuständig. Bei den Basler Verkehrs-Betrieben wählt er zusammen mit dem Regierungsrat und Dritten den Verwaltungsrat.

Der Regierungsrat demgegenüber kann bei 24 Beteiligungen das oberste Leitungs- und Verwaltungsorgan mitbestimmen. Nur in sieben Fällen ist der Regierungsrat alleinig für die Wahl der Mitglieder der obersten Gremien zuständig. In allen übrigen 17 Fällen wählt er zusammen mit Dritten (dem Grossen Rat, anderen Kantonen, ausländischen Behörden, etc.) die Mitglieder des obersten Organs der Beteiligungen.

Bei 12 der 37 betrachteten Beteiligungen hat der Kanton wenig bis kein Mitsprachrecht in Bezug auf die Zusammensetzung, vielmehr sind Dritte (Generalversammlung, Genossenschaftsversammlung oder andere Kantone) für die Wahl des obersten Leitungs- und Verwaltungsorgan zuständig. Einzig bei vier dieser 12 Beteiligungen nominiert der Regierungsrat einen Teil der Mitglieder (ProRheno AG), nimmt er im Verwaltungsrat Einsitz (Schweizer Rheinsalinen AG) und/oder ist er indirekt durch Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung im Verwaltungsrat (Basler Personen-Schifffahrtsgesellschaft AG und Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park) vertreten.

Oberstes Leitungs- und Verwaltungsorgan aller Beteiligungen: Anzahl, Wahlbehörde und Vergütung

		Wahlbehörde			Total Vergütung Kantonsvertretung [1]	
	Total	Grosser Rat	Regierungsrat	Dritte	2012	2013
Beherrschte Beteiligungen						
AG zum Storchen	3		2	1	5'500	3'000
Basler Kantonalbank	13	13			778'237	797'457
Basler Personenschifffahrts-Gesellschaft AG	4			4	6'000	6'000
Basler Verkehrs-Betriebe	8	3	3	2	165'000	179'976
Felix Platter-Spital	5		5		140'000	140'000
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	7		7		39'800	42'900
Industrielle Werke Basel	7	3	4		372'400	377'200
Rimas Insurance Broker AG	3		3		11'400	11'400
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut	10		10		keine	keine
Technologie Park Basel AG	3		3		keine	keine
Universitäre Psychiatrische Kliniken	6		6		311'240	303'584
Universitätsspital Basel	7		7		310'000	339'000
Gemeinschaftliche Beteiligungen						
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	5		2	2	80'000	80'000
			1			[2]
Fachhochschule Nordwestschweiz	10		10		282'797	288'896 [2]
Flughafen Basel-Mulhouse	16		4	12	28'200	25'317
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	10		1	9	keine	keine
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	8		4	4	1'900	2'000
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	6		3	3	2'400	3'150

		Wahlbehörde			Total Vergütung Kantonsvertretung		[1]
	Total	Grosser Rat	Regie-rungsrat	Dritte	2012	2013	
Schweizerische Rheinhäfen	5		1	1	55'000	60'000	
				3			[2]
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	7		3	3	38'028	27'300	
				1			[2]
Universität beider Basel	11		5	5	177'964	183'463	
				1			[2]
Universitäts-Kinderspital beider Basel	8			8	183'500	273'300	[3]
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss							
MCH Group AG	11		2	9	66'160	67'244	[4]
ProRheno AG	7			7	1'050	750	[5]
Weitere Beteiligungen							
BAK Basel Economics AG	4			4	-	-	
BLT Baselland Transport AG	9		1	8	10'000	offen	
Ecole d'humanité Hasliberg Goldern	9			9	-	-	
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	12			12	-	-	
Gesellschaft Hasliberghaus AG	6			6	-	-	
Gundeldinger-Casino Basel AG	4			4	-	-	
Jakobsberg AG	6			6	-	-	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	5		1	4	1'200	1'200	
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	15		2	13	960	960	
Schweizer Rheinsalinen AG	27			27	7'031	10'219	
Schweizerische Nationalbank	11			11	-	-	
Swisslos	7			7	3'824	3'091	
Wohngenossenschaft Burgfelderstrasse	7			7	-	-	
Total					**3'079'591**	**3'227'407**	

Kommentar

1 Unter Kantonsvertretungen sind alle vom Grossen Rat und Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt gewählten Mitglieder in den obersten Leitungs- und Verwaltungsorganen der Beteiligungen Basel-Stadt zu verstehen. Die Vergütung (inklusive Spesen) wird netto, also abzüglich Lohnnebenkosten ausgewiesen.

2 Diese Kantonsvertretungen werden gemeinsam mit anderen Trägern gewählt. Bei der Vergütung sind die Vergütungen dieser gemeinsam gewählten Kantonsvertretungen enthalten.

3 Im Jahre 2012 gab es nur vier Vertretungen des Kantons Basel-Stadt. Seit 2013 werden neu alle acht Mitglieder des Verwaltungsrates gemeinsam mit Basel-Landschaft gewählt, weshalb der Vergütungsbetrag in der Rechnung 2013 entsprechend höher ausfällt.

4 Der Regierungsrat hätte das Recht, drei Sitze des Verwaltungsrates zu bestimmen. Er hat das Wahlrecht für einen Sitz vorübergehend der Generalversammlung zur Verfügung gestellt.

5 Zwei Mitglieder des Verwaltungsrates werden vom Regierungsrat Basel-Stadt nominiert.

8.6 Weitere Informationen

Detailinformationen über die vollkonsolidierten und weiteren namhaften Beteiligungen 2013

in 1'000 Franken	Gesamt-kapital	Eigen-kapital, Reserven	Anteiliges Eigen-kapital	Rechnungslegung	Börsen-kotierung	Eventual-verpflichtungen
Vollkonsolidierte Beteiligungen						
Basler Verkehrs-Betriebe	641'182.1	438'863.2		SR 742.221	nein	keine
Felix Platter-Spital	130'604.8	115'127.1		Swiss GAAP FER	nein	keine
Industrielle Werke Basel	2'231'848.4	1'378'504.6		Swiss GAAP FER	nein	ja
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut	38'367.0	7'457.7		Swiss GAAP FER	nein	keine
Universitäre Psychiatrische Kliniken	132'298.6	91'048.7		Swiss GAAP FER	nein	keine
Universitätsspital Basel	738'165.0	509'167.0		Swiss GAAP FER	nein	keine
Nach anteiligem Eigenkapital bewertete Beteiligungen						
Basler Kantonalbank	39'192'513.7	3'183'931.6	2'263'017.0	FINMA-RS 2008/2	ja	ja
Fachhochschule Nordwestschweiz	134'547.7	22'752.8	5'688.0	BBT/SBFI	nein	keine
Flughafen Basel-Mulhouse	438'250.3	240'145.2	126'415.8	Nach französischem Recht	nein	ja, unbeschränkt
MCH Group AG	929'967.1	356'298.1	119'189.0	Swiss GAAP FER	ja	ja
Schweizerische Rheinhäfen	102'510.8	97'472.4	59'273.0	OR	nein	keine
Universität beider Basel	709'247.4	276'133.1	141'699.0	Swiss GAAP FER	nein	keine
Universitäts-Kinderspital beider Basel	195'994.4	74'217.3	37'108.0	Swiss GAAP FER	nein	keine

9 Die konsolidierte Jahresrechnung

9.1 Konsolidierte Jahresrechnung

9.1.1 Überblick

Der vom Regierungsrat beschlossene Konsolidierungskreis umfasst neben dem Stammhaus die Basler Verkehrsbetriebe (BVB), die Industriellen Werke Basel (IWB), das Universitätsspital (USB), das Felix Platter-Spital (FPS), die Universitäre Psychiatrische Klinik Basel (UPK) und das Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut. Diese Einheiten werden vollkonsolidiert. Daneben werden die Basler Kantonalbank (BKB) und wesentliche Minderheitsbeteiligungen, auf welche der Kanton einen massgeblichen Einfluss ausübt, mit ihrem anteiligen Eigenkapital (Equity-Methode) bewertet.
Das Gesamtergebnis für den Konzern liegt bei 251.6 Millionen Franken. Davon entfällt grob je ein Drittel auf das Stammhaus, die IWB und die Wertsteigerung bei den Equity-bewerteten Beteiligungen.
In Vollzeitäquivalenten gemessen, liegt der Personalbestand des Konzerns bei rund 17'100 Stellen, gegenüber rund 8'850 Stellen im Stammhaus.
Die Bilanz des Konzerns beträgt rund 14.8 Milliarden Franken, gegenüber rund 10.5 Milliarden Franken im Stammhaus, das Eigenkapital 7.1 Milliarden Franken gegenüber 3.7 Milliarden Franken.

9.1.2 Erfolgsrechnung Konsolidierte Jahresrechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2013
Personalaufwand	-2'169.1
Sach- und Betriebsaufwand	-880.6
Abschreibungen	-367.1
Einlagen Fonds	-11.2
Transferaufwand	-1'784.9
Übriger Aufwand	-92.5
Finanzaufwand (betrieblich)	-4.0
Betriebsaufwand	**-5'309.3**
Fiskalertrag	2'481.4
Regalien und Konzessionen	22.4
Entgelte/Erträge aus Betriebstätigkeit	2'123.1
Verschiedene Erträge	16.9
Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	3.7
Transferertrag	531.1
Übriger Ertrag	97.9
Aktivierte Eigenleistungen	34.0
Finanzertrag (betrieblich)	0.6
Betriebsertrag	**5'311.2**
Betriebsergebnis	**1.9**
Ergebnis assoziierte Einheiten	76.6
Finanzaufwand	-195.7
Finanzertrag	367.8
Finanzergebnis	**248.7**
Steuern	-2.4
Ausserordentliches Ergebnis	4.1
Minderheitsanteile am Ergebnis	-0.6
Gesamtergebnis	**251.6**

9.1.3 Bilanz Konsolidierte Jahresrechnung

in Mio. Franken	per 31.12.2013
Flüssige Mittel	896.7
Forderungen	681.4
Kurzfristige Finanzanlagen	4.2
Aktive Rechnungsabgrenzung	1'976.0
Vorräte (und angefangene Arbeiten)	67.8
Total Umlaufvermögen	**3'626.2**
Langfristige Finanzanlagen	76.9
Sachanlagen	1'688.1
Forderungen ggü. Fonds im Fremdkapital (Stammhaus)	20.8
Nichtbetriebsnotwendiges Anlagevermögen (Stammhaus)	**1'785.7**
Langfristige Finanzanlagen	349.7
Sachanlagen	5'267.0
Immaterielle Anlagen	66.1
Darlehen	807.0
Beteiligungen	2'756.0
Investitionsbeiträge (Stammhaus)	134.2
Betriebsnotwendiges Anlagevermögen	**9'380.0**
Total Anlagevermögen	**11'165.7**
Total Aktiven	**14'791.9**
Laufende Verbindlichkeiten	-2'819.6
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	-28.9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1'033.5
Passive Rechnungsabgrenzung	-425.2
Kurzfristige Rückstellungen	-145.2
Kurzfristiges Fremdkapital	**-4'452.4**
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'716.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-98.0
Langfristige Rückstellungen	-347.6
Fonds im Fremdkapital (Stammhaus)	-116.9
Langfristiges Fremdkapital	**-3'279.3**
Total Fremdkapital	**-7'731.7**
Fonds im Eigenkapital (Stammhaus)	-120.8
Reserven	-3'104.6
Minderheitsanteile	-1.6
Aufwertungs- und Neubewertungsreserve	-1'385.2
Übriges Eigenkapital	-32.1
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre/Gewinnvortrag	-2'164.3
Jahresergebnis	-251.6
Total Eigenkapital	**-7'060.2**
Total Passiven	**-14'791.9**

9.1.4 Eigenkapitalnachweis Konsolidierte Jahresrechnung

in Mio. Franken	Jahres-ergebnis	Fonds im Eigen-kapital (Stamm-haus)	Reserven	Neu-bewer-tungsre-serven (Stamm-haus)	Kumu-lierte Ergeb-nisse Vorjahre	Kumm. Wäh-rungsdif-ferenzen	Minder-heits-anteile	Übriges Eigen-kapital	**Total Eigen-kapital**
Bestand 1.1.2013	**-292.8**	**-109.1**	**-3'039.2**	**-1'385.3**	**-1'951.6**	**0.2**	**-1.0**	**-32.1**	**-6'810.9**
Zuweisung Ergebnis 2012	292.8	0.0	-67.9	0.0	-224.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Jahresergebnis	-251.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6	0.0	-252.2
Veränderung Reserven	0.0	0.0	2.5	0.1	1.7	0.0	0.0	0.0	4.3
Veränderung Fonds	0.0	-3.7	0.0	0.0	2.3	0.0	0.0	0.0	-1.4
Sonstige Transaktionen	0.0	-8.0	0.0	0.0	8.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Bestand 31.12.2013	**-251.6**	**-120.8**	**-3'104.6**	**-1'385.2**	**-2'164.5**	**0.2**	**-1.6**	**-32.1**	**-7'060.2**

9.1.5 Anhang zur Konsolidierten Jahresrechnung

Rechnungslegungsgrundsätze

Rechtliche Grundlagen Die vorliegende konsolidierte Rechnung beruht auf dem revidierten Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz; FHG) (SG 610.100), welches am 14.03.2012 durch den Grossen Rat verabschiedet wurde.

Die Ausführungsbestimmungen zum FHG sind in der Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltverordnung; VFHG) (SG 610.110) geregelt. Darin sind die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung sowie die Abweichungen zu den anwendbaren Internationalen Rechnungslegungsstandards festgelegt.

Das gemäss §34 Abs. 2 FHG vom Regierungsrat als anwendbar bezeichnete Regelwerk sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS; vgl. §31 Abs. 1 VFHG). Diese bilden die Grundlage für das kantonale Handbuch für Rechnungslegung und somit auch für die konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt. Die VFHG sieht jedoch explizit einige Ausnahmen vor, bei welchen die kantonale Rechnung von den Regeln gemäss IPSAS abweicht.

Abweichungen von IPSAS (im Zusammenhang mit der konsolidierten Rechnung) Die vorliegende konsolidierte Rechnung enthält zusätzlich zu denjenigen in der Jahresrechnung des Kantons folgende Abweichungen zu den IPSAS (vgl. Anhang zur VFHG):

- IPSAS 1: Darstellung des Abschlusses: Die konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt ist nach den Grundsätzen der IPSAS erstellt, enthält im Anhang jedoch lediglich eine Auswahl der verlangten Offenlegungen. Während nach IPSAS eine konsolidierte Jahresrechnung vollständig mit sämtlichen Anhangsangaben zu erstellen ist, enthält die konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt nur jene Informationen im Anhang, die besonders relevant für die Interpretation der konsolidierten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons Basel-Stadt sind.
- IPSAS 6: Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Die zu konsolidierenden Einheiten werden grundsätzlich nach dem Control-Principle gemäss IPSAS festgelegt, der Regierungsrat kann aber einzelne Einheiten von der Konsolidierung ausschliessen.

Konsolidierungs- und Bewertungsmethoden

Konsolidierte Einheiten (Konsolidierungskreis) Die in der konsolidierten Rechnung einbezogenen Organisationen werden grundsätzlich gemäss den IPSAS-Kriterien festgelegt. Nach IPSAS 6 sind alle Einheiten zu konsolidieren, die beherrscht werden und aus denen ein Nutzen gezogen werden kann (oder Verluste getragen werden müssen). Im Einzelfall ist es zweckmässig, dass der Regierungsrat in Übereinstimmung mit §46 FHG Organisationen von der Konsolidierungspflicht ausnimmt. Dies ist bei sehr kleinen Organisationen der Fall (Grundsatz der Wesentlichkeit). Ein anderer Anwendungsfall betrifft Organisationen, welche die Rechnung des Kantons so stark verzerren würden, dass keine sinnvolle Interpretation der Zahlen mehr möglich wäre.

Der vom Regierungsrat beschlossene Konsolidierungskreis umfasst nebst Stammhaus (sämtliche Dienststellen der kantonalen Verwaltung, kantonale Gerichte und Behörden) folgende Einheiten:

- Basler Verkehrsbetriebe BVB
- Industrielle Werke Basel IWB
- Felix Platter-Spital
- Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel
- Universitätsspital Basel
- Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut

Konsolidierungs- und Bewertungsmethoden von nahmhaften Beteiligungen Die wesentlichen Mehrheitsbeteiligungen, welche dem beherrschenden Einfluss des Kantons unterliegen, werden grundsätzlich mittels Vollkonsolidierung in die konsolidierte Rechnung miteinbezogen. Sofern allerdings die Jahresrechnung solcher Beteiligungen aufgrund ihrer Dimension die Aussagekraft der konsolidierten Rechnung in Frage stellen würde (immense Grössenunterschiede), erfolgt der Einbezug in die konsolidierte Rechnung mittels der Equity-Methode. Derzeit trifft dies ausschliesslich für die Basler Kantonalbank (BKB) zu. Bezüglich deren Finanzzahlen wird auf den publizierten Geschäfts- bzw. Finanzbericht der BKB verwiesen.

Wesentliche Minderheitsbeteiligungen, auf welche der Kanton einen massgeblichen Einfluss ausüben kann, werden in der konsolidierten Rechnung mit ihrem anteiligen Eigenkapitalwert (Equity-Methode) bewertet. Dies sind folgende Einheiten:

- Basler Kantonalbank
- MCH Group AG
- EuroAirport Basel-Mulhouse
- Fachhochschule Nordwestschweiz
- Universität beider Basel
- Universitäts-Kinderspital beider Basel
- Schweizerische Rheinhäfen

Minderheitsbeteiligungen, auf die der Kanton keinen massgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie aufgrund ihrer Zahlenwerte einzeln und insgesamt unwesentliche Beteiligungen darstellen, werden in der konsolidierten Rechnung zu Anschaffungskosten übernommen.

Abschlusstermin Der Abschlusstermin für alle in die konsolidierte Rechnung einbezogenen Einheiten ist der 31. Dezember.

Rechnungslegung Die zu konsolidierenden Einzelabschlüsse werden grundsätzlich nach den vom Kanton Basel-Stadt erlassenen Rechnungslegungs- und Bewertungsrichtlinien erstellt. Sofern die zu konsolidierenden Einzelabschlüsse basierend auf einem True & Fair View Rechnungslegungsstandard (z.B. Swiss GAAP FER) erstellt wurden, wird auf eine Anpassung der Einzelabschlüsse an die Rechnungslegung des Kanton Basel-Stadt verzichtet.

Die konsolidierten Einheiten konsolidieren ihrerseits weitere Organisationen, wenn die Erfordernisse von §46 Abs. 2 FHG erfüllt sind.

Herleitung der kapitalmässigen Anteile an den zum Equity-Wert bewerteten Beteiligungen

Der kapitalmässige Anteil wird zur Berechnung des Equity Wertes bei der Erstellung der konsolidierten Rechnung des Kantons Basel-Stadt verwendet. Da insbesondere bei den Joint Ventures keine nominelle Beteiligungsquote vorhanden ist, soll nachfolgend die Berechnung der jeweiligen kapitalmässigen Anteile aufgezeigt werden.

Grundsätzlich erfolgt die Bestimmung des kapitalmässigen Anteils des Kantons Basel-Stadt an einer assoziierten Gesellschaft oder einem Joint-Venture nach folgender Reihenfolge:

1. Nominelle Beteiligungsquote (Anteil des Kantons Basel-Stadt am Nominalkapital)
2. Annäherung an nominelle Beteiligungsquote durch die Analyse des Eigenkapitals der Beteiligung sowie entsprechende Berechnung des Kapitalanteils Kanton Basel-Stadt
3. Stimmrechtlicher Anteil (gemäss vertraglicher Vereinbarung)

MCH Group AG Bei der MCH Group AG besteht eine nominelle Beteiligungsquote von 33.5%.

Basler Kantonalbank Bei der Basler Kantonalbank besteht eine nominelle Beteiligungsquote von 80.3%.

Schweizerische Rheinhäfen Bei den Schweizerischen Rheinhäfen besteht keine nominelle Beteiligungsquote. Unter Berücksichtigung der eingebrachten Werte gemäss Eröffnungsbilanz der Schweizerischen Rheinhäfen ergibt sich ein Dotationskapital-Anteil des Kanton Basel-Stadt zum Zeitpunkt der Fusion per 1. Januar 2008 von 54.6 Mio. Franken. Zusätzlich erhält der Kanton Basel-Stadt gemäss §26 Rheinhafen-Vertrag 40% des Jahresgewinns. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren ergibt sich ein kapitalmässiger Anteil per 31.12.2013 von 59.79%.

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Bei der FHNW besteht keine nominelle Beteiligungsquote. Es wird auf den Stimmenanteil von 25% (gemäss §1 und §16 Staatsvertrag FHNW) für die Berechnung des Equity-Wertes abgestellt.

Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) Bei der UKBB wird aufgrund des Anteils von 50% am Dotationskapital von insgesamt 62.0 Mio. Franken (Anteil des Kanton Basel-Stadt 31.0 Mio Franken) von einer Beteiligungsquote von 50% ausgegangen.

Universität beider Basel Bei der Universität beider Basel wird aufgrund des Anteils von 50% an einem Darlehen mit Eigenkapitalcharakter von 60.0 Mio. Franken (Anteil des Kanton Basel-Stadt 30.0 Mio. Franken) von einer Beteiligungsquote von 50% ausgegangen.

EuroAirport Basel-Mulhouse Beim EuroAirport Basel-Mulhouse besteht keine nominelle Beteiligungsquote. Für die Berechnung der Beteiligungsquote werden Darlehen des Kantons Basel-Stadt an den EuroAirport sowie Investitionsbeiträge berücksichtigt. Ausserdem können dem Kanton Basel-Stadt Anteile am Reservefonds sowie an Gewinnvorträgen zugewiesen werden. Diese Zuweisung erfolgt unter Berücksichtigung der Verteilung der Flugverkehrsrechten Schweiz/Frankreich. Dies ergibt einen prozentualen Anteil von 55.29% des Kantons Basel-Stadt am EuroAirport Basel-Mulhouse per 31.12.2013.

Erläuterungen zur konsolidierten Jahresrechnung

Risikomanagement Das Risikomanagement erfolgt nach den vom Regierungsrat mit Beschluss vom 14. September 2010 verabschiedeten Public Corporate Governance-Richtlinien. Sie dienen der Steuerung und Überwachung der Beteiligungen des Kantons. Dabei werden alle wesentlichen Gefahren und möglichen Risiken aufgezeigt, die für den Kanton Basel-Stadt durch das Halten von Beteiligungen von Bedeutung sind. Details hierzu sind im Kapitel 8 (Die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt) beschrieben. Für weitere Ausführungen bezüglich Risikomanagement verweisen wir auf den Anhang der Stammhausrechnung Kapitel 3 (Die Jahresrechnung).

Weitere Erläuterungen Auf den Ausweis von Vorjahreszahlen, einer Geldflussrechnung sowie der Anhangsangabe Finanzielle Zusicherung wird per 31. Dezember 2013 verzichtet. Die zur Verfügung stehende Datenbasis ermöglicht es per 31. Dezember 2013 nicht, eine Geldflussrechnung zu erstellen. Da die konsolidierte Rechnung 2013 die erste erstellte konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt darstellt, ist der Ausweis von Vorjahreszahlen nicht möglich.

Die Elimination von Intercompany-Transaktionen konnte per 31. Dezember 2013 aufgrund fehlender Datengrundlage insbesondere seitens Stammhaus nicht vollständig und ohne Differenzen durchgeführt werden.

Entwicklung des Personalbestandes

in Vollzeitäquivalenten	Stamm-haus	Basler Verkehrs-Betriebe	Indu-strielle Werke Basel	Felix Platter-Spital	Univer-sitäts-spital Basel	Universi-täre Psy-chiatr-trische Kliniken	Schweiz. Tropen- und Public Health-Institut	**Total**	
Stand 1. Januar 2013	**8'746.0**	**1'015.5**	**770.0**	**560.1**	**4'359.0**	**839.9**	**340.0**	**16'630.5**	
Frauen	4'013.9	107.0	85.0	378.7	2'865.0	484.5	176.3	8'110.4	
Männer	4'732.1	908.5	685.0	181.4	1'494.0	355.4	163.8	8'520.2	
Zugänge	**101.9**	**111.6**	**68.0**	**143.3**	**925.0**	**259.8**	**93.3**	**1'702.9**	1
Frauen	54.8	25.2	18.0	110.6	603.0	186.9	52.9	1'051.4	
Männer	47.1	86.4	50.0	32.7	322.0	72.9	40.5	651.6	
Abgänge	**0.0**	**-57.0**	**-69.0**	**-109.0**	**-694.0**	**-218.0**	**-66.8**	**-1'213.8**	
Frauen	0.0	-3.9	-11.0	-82.3	-456.0	-146.5	-38.0	-737.7	
Männer	0.0	-53.1	-58.0	-26.7	-238.0	-71.5	-28.8	-476.1	
Stand 31. Dezember 2013	**8'847.9**	**1'070.1**	**769.0**	**594.3**	**4'590.0**	**881.7**	**366.5**	**17'119.5**	
Frauen	4'068.7	128.3	92.0	407.0	3'012.0	524.9	191.1	8'424.0	
Männer	4'779.2	941.8	677.0	187.4	1'578.0	356.8	175.4	8'695.6	

Kommentar

1 Die Zugänge von 101.9 Personen beim Stammhaus entsprechen der Nettobetrachtung. Bei den Zugängen von 54.8 Frauen sowie 47.1 Männer sind Zu- wie auch Abgänge berücksichtigt.

Vorsorgeverpflichtungen

in Mio. Franken	Über-/Unter-deckung per 31.12.2013	Wirtschaftlicher Anteil per 31.12.2012	Wirtschaftlicher Anteil per 31.12.2013	Abw. R13/R12 abs.	Auf die Periode abgegrenzte Beiträge 2013	Vorsorge-aufwand im Personal-aufwand 2013
Stammhaus, Pensionskasse Basel-Stadt	-61.6	-70.8	-30.8	-39.9	-152.2	-112.3
Basler Verkehrsbetriebe, Pensionskasse Basel-Stadt	16.5	0.0	0.0	0.0	-12.8	-12.8
Industrielle Werke Basel, Pensionskasse Basel-Stadt	15.4	0.0	0.0	0.0	-10.5	-10.5
Felix Platter-Spital, Pensionskasse Basel-Stadt und Vorsorgestiftung VSAO	-5.3	-3.8	-2.7	-1.2	-7.8	-6.7
Universitätsspital Basel, Pensionskasse Basel-Stadt und Vorsorgestiftung VSAO	-12.7	-23.0	-23.0	0.0	-63.1	-63.1
Universitäre Psychiatrische Kliniken, Pensionskasse Basel-Stadt und Vorsorgestiftung VSAO	-9.1	-4.6	-4.6	0.0	-12.1	-12.1
Schweiz. Tropen- und Public Health-Institut, Helvetia Sammelstiftung	0.0	-0.9	-0.9	0.0	-2.1	-2.0
Total	**-56.9**	**-103.0**	**-61.9**	**-41.1**	**-260.7**	**-219.5**

Eventualforderungen und -verbindlichkeiten

Eventualforderungen und -verbindlichkeiten stellen Positionen dar, die zwar die Bilanzierungskriterien nicht erfüllen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons dennoch wichtig sind.

Per 31. Dezember 2013 sind keine Eventualforderungen auszuweisen.

Die folgende Tabelle zeigt die Eventualverbindlichkeiten per 31. Dezember 2013:

Eventualverbindlichkeiten Stammhaus und vollkonsolidierte Einheiten

in Mio. Franken	Rechnung 2013	
Staatsgarantie	30.8	1
Bürgschaften	0.0	
Garantieverpflichtungen	6.0	2
Pfandbestellungen für Verpflichtungen Dritter	0.0	
Vereinbarte Konventionalstrafen	0.0	
Rechtsfälle	0.0	
Übrige Eventualverbindlichkeiten	13.8	3
Eventualverbindlichkeiten	**50.6**	

Kommentar

1 Staatsgarantie gegenüber der Pensionskasse Basel-Stadt für den Arbeitnehmeranteil an der Unterdeckung.

Beim Stammhaus besteht eine unbeschränkte subsidiäre Staatsgarantie gegenüber der Basler Kantonalbank gemäss §2 des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 30.06.1994.

Beim Stammhaus besteht eine unbeschränkte Staatsgarantie (gemäss Anteil BS) gegenüber dem Euroairport Basel-Mühlhausen gemäss §14 der Vereinbarung zwischen der Schweiz. Eidgenossenschaft sowie den Kantonen BS und BL.

2 Es handelt sich um Garantieverpflichtungen des Stammhauses (1.3 Mio. Franken) und der IWB (4.9 Mio. Franken). Details dazu können im Anhang des jeweiligen Einzelabschlusses entnommen werden. Die Garantieverpflichtung des Stammhauses für die Vermögenswerte der ABES-Klienten (Betriebs- und Anlagekonten sowie Wertschriftendepots) ist nicht quantifizierbar.

3 Es handelt sich um übrige Eventualverbindlichkeiten des Stammhauses (5.5 Mio. Franken) und der IWB (8.3 Mio. Franken). Details dazu können im Anhang des jeweiligen Einzelabschlusses entnommen werden.

Keine Eventualverbindlichkeiten auszuweisen haben: Basler Verkehrsbetriebe BVB, Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken UPK

Eventualverbindlichkeiten assoziierte und gemeinschaftlich geführte Gesellschaften

in Mio. Franken	per 31.12.2013	
Bürgschaften		
Garantieverpflichtungen	548.3	1
Pfandbestellungen für Verpflichtungen Dritter	7.3	2
Vereinbarte Konventionalstrafen		
Rechtsfälle		
Übrige Eventualverbindlichkeiten	8.5	3
Eventualverbindlichkeiten	**564.1**	

Kommentar

Details zu den Eventualverbindlichkeiten können dem Anhang des jeweiligen Einzelabschlusses entnommen werden.

1 Es handelt sich um Eventualverbindlichkeiten der BKB (545.3 Mio. Franken) und der MCH Group AG (3.0 Mio. Franken).

2 Es handelt sich um Eventualverbindlichkeiten der MCH Group AG (7.3 Mio. Franken).

3 Es handelt sich um Eventualverbindlichkeiten der BKB (7.6 Mio. Franken) und der MCH Group AG (0.9 Mio. Franken).

Segmentberichterstattung konsolidierte Jahresrechnung 2013

Erfolgsrechnung in Mio. Fr.	Stamm-haus	Veränderung anteiliges Eigen-kapital	Basler Verkehrs-Betriebe	Industrielle Werke Basel	Felix Platter-Spital	Universitäts-spital Basel	Universitäre Psychiatrische Kliniken	Schweiz. Tropen- und Public Health-Institut	Elimination	**Konzern**	
Personalaufwand	-1'126.1	0.0	-122.6	-108.6	-67.5	-597.6	-102.5	-47.3	3.1	-2'169.1	
Sach- und Betriebsaufwand	-451.0	0.0	-71.4	-356.1	-19.8	-302.8	-28.1	-7.5	356.0	-880.6	
Abschreibungen	-166.0	0.0	-27.8	-110.6	-2.3	-54.4	-5.1	-1.0	0.0	-367.1	
Einlagen Fonds	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.1	-5.7	-5.2	0.0	0.0	-11.2	
Transferaufwand	-1'859.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	74.8	-1'784.9	
Übriger Aufwand	0.0	0.0	0.0	-87.6	0.0	0.0	0.0	-16.2	11.4	-92.5	
Finanzaufwand (betrieblich)	0.0	0.0	-1.1	-3.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	-4.0	
Betriebsaufwand	**-3'602.9**	**0.0**	**-222.9**	**-666.7**	**-89.7**	**-960.4**	**-140.8**	**-72.1**	**446.2**	**-5'309.3**	
Fiskalertrag	2'481.4	0.0		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2'481.4	
Regalien und Konzessionen	33.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-11.0	22.4	
Entgelte/Erträge aus Betriebstätigkeit	419.0	0.0	152.1	647.8	84.7	974.4	106.8	70.3	-332.0	2'123.1	
Verschiedene Erträge	15.0	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	1.7	0.0	16.9	
Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	3.4	0.0	0.0	3.7	
Transferertrag	530.5	0.0	65.8	0.0	9.2	0.0	0.0	0.0	-74.3	531.1	
Übriger Ertrag	0.0	0.0	3.1	90.9	0.0	0.0	31.8	0.0	-27.9	97.9	
Aktivierte Eigenleistungen	0.0	0.0	10.7	23.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	34.0	
Finanzertrag (betrieblich)	0.0	0.0	0.3	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.6	
Betriebsertrag	**3'479.4**	**0.0**	**231.9**	**762.0**	**94.5**	**974.4**	**142.1**	**72.0**	**-445.2**	**5'311.2**	
Betriebsergebnis	**-123.4**	**0.0**	**9.0**	**95.3**	**4.8**	**14.0**	**1.2**	**-0.1**	**0.9**	**1.9**	
Ergebnis assoziierte Einheiten	0.0	74.5	0.0	2.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	76.6	1
Finanzaufwand	-176.1	0.0	0.0	-17.7	0.0	-5.5	-0.1	-0.3	4.2	-195.7	
Finanzertrag	384.9	0.0	0.0	12.9	0.0	2.6	0.0	0.1	-32.8	367.8	
Finanzergebnis	**208.8**	**74.5**	**0.0**	**-2.6**	**0.0**	**-3.0**	**-0.1**	**-0.3**	**-28.6**	**248.7**	
Steuern	0.0	0.0	0.0	-2.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.4	
Ausserordentliches Ergebnis	0.0	0.0	2.4	1.6	-0.2	0.0	0.0	0.2	0.0	4.1	
Minderheitsanteile am Ergebnis	0.0	0.0	0.0	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.6	
Gesamtergebnis	**85.4**	**74.5**	**11.4**	**91.3**	**4.6**	**11.0**	**1.1**	**-0.1**	**-27.6**	**251.6**	

Kommentar

1 Die Position „Veränderung anteiliges Eigenkapital“ von Mio. Franken 74.5 beihaltet die Veränderung des anteiligen Eigenkapitals der Basler Kantonalbank, MCH Group AG, EuroAirport Basel-Mulhouse, Fachochschule Nordwestschweiz, Universität beider Basel, Universitäts-Kinderspital beider Basel sowie den Schweizerischen Rheinhäfen.

Bilanz in Mio. Fr.	Stamm-haus	Anteiliges Eigen-kapital	Basler Verkehrs-Betriebe	Indu-strielle Werke Basel	Felix Platter-Spital	Univer-sitäts-spital Basel	Universi-täre Psy-chiat-trische Kliniken	Schweiz. Tropen- und Public Health-Institut	Elimi-nation	**Konzern**	
Umlaufvermögen	2'825.0	0.0	140.9	332.5	34.4	314.2	48.9	27.6	-97.5	3'626.2	
Anlagevermögen	7'713.8	2'393.5	500.2	1'899.4	96.2	423.9	83.4	10.7	-1'955.4	11'165.7	
Total Aktiven	**10'538.8**	**2'393.5**	**641.2**	**2'231.8**	**130.6**	**738.2**	**132.3**	**38.4**	**-2'052.9**	**14'791.9**	
Kurzfristiges Fremdkapital	-4'064.4	0.0	-71.8	-243.0	-10.7	-102.2	-32.8	-25.0	97.5	-4'452.4	
Langfristiges Fremdkapital	-2'802.9	0.0	-130.5	-610.4	-4.7	-126.8	-8.4	-5.9	410.4	-3'279.3	
Eigenkapital	-3'671.5	-2'393.5	-438.9	-1'378.5	-115.1	-509.2	-91.0	-7.5	1'545.0	-7'060.2	1
Total Passiven	**-10'538.8**	**-2'393.5**	**-641.2**	**-2'231.8**	**-130.6**	**-738.2**	**-132.3**	**-38.4**	**2'052.9**	**-14'791.9**	

Kommentar

1 Die Position „Anteiliges Eigenkapital" von Mio. Franken 2'393.5 beinhaltet das anteilige Eigenkapital per 31.12.2013 der Basler Kantonalbank, MCH Group AG, EuroAirport Basel-Mulhouse, Fachhochschule Nordwestschweiz, Universität beider Basel, Universitäts-Kinderspital beider Basel sowie den Schweizerischen Rheinhäfen.

Nahestehende Personen und Einheiten

Als nahestehende Personen gelten im Stammhaus Mitglieder des Regierungsrates, Vertreter des obersten Kaders und Familienmitglieder der genannten Personen. Aus Sicht der vollkonsolidierten Einheiten umfassen nahestehende Personen Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder.

Die Definition der nahestehenden Einheiten ist bei den Tochtergesellschaften und dem Stammhaus unterschiedlich und kann dem Anhang der jeweiligen Einzelabschlüssen entnommen werden.

Bei den Transaktionen mit nahestehenden Personen und Einheiten werden nur jene ausgewiesen, die nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden und deren bessere Konditionen auch nicht durch eine Rechtsgrundlage (Gesetz, Grossrats- oder Regierungsratsbeschluss) legitimiert wurden.

Im Gegensatz dazu werden unter Forderungen und Verbindlichkeiten alle Transaktionen bzw. deren Saldi per Ende Berichtsjahr aufgeführt. Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Details:

Transaktionen, Forderungen und Verbindlichkeiten nahestehende Personen und Einheiten

in Mio. Franken	per 31.12.2013	
Keine	0.0	
Transaktionen nahestehende Personen	**0.0**	
Keine	0.0	
Transaktionen nahestehende Einheiten	**0.0**	
Total Transaktionen Nahestehende	**0.0**	
Keine	0.0	
Forderungen und Verbindlichkeiten nahestehende Personen	**0.0**	
Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	-0.6	
Universität beider Basel	-17.7	
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	2.5	
Basler Kantonalbank	0.2	
MCH Group AG	0.9	
Schweizerische Rheinhäfen	0.1	
Forderungen und Verbindlichkeiten nahestehende Einheiten	**-14.6**	1
Total Forderungen und Verbindlichkeiten Nahestehende	**-14.6**	

Kommentar

1 Forderungen und Verbindlichkeiten der vollkonsolidierten Einheiten sind hier nicht aufgeführt.

Vergütung an Führungskräfte

in Franken	pro Person	Anzahl Personen	**Total Rechnung 2013**
Regierungsratsmitglieder	307’912	7	**2’155’383**
Oberstes Kader Verwaltung Basel-Stadt	191’382	51	**9’760’466**
Geschäftsleitungsmitglieder	217’894	46	**10’023’139**
Verwaltungsräte	41’483	33	**1’368’948**

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind Ereignisse, die nach dem Bilanzstichtag und vor der Genehmigung des Jahresabschlusses durch das entsprechende Gremium (Regierungsrat, Verwaltungsrat) eintreten.

Für den Jahresabschluss 2013 gibt es keine wesentlichen Ereignisse im Anhang offen zu legen.

9.2 Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Jahresrechnung

Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Zusammenfassender Bericht der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt zur konsolidierten Jahresrechnung 2013 an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Als Revisionsstelle gemäss Finanz- und Verwaltungskontrollgesetz (FVKG) vom 17. September 2003 (SG 610.200) haben wir die beiliegende **konsolidierte Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt** bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Rechnungsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates:

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der konsolidierten Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse) verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer konsolidierten Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Finanzkontrolle:

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die konsolidierte Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (FVKG) und den Grundsätzen des Berufsstandes vorgenommen. Nach diesen Grundsätzen haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die konsolidierte Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die - nach §1 des FVKG unabhängige - Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der konsolidierten Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der konsolidierten Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der konsolidierten Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Existenz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der konsolidierten Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil:

Wie im Anhang zur konsolidierten Jahresrechnung dargelegt, wurde aufgrund der erstmaligen Erstellung einer konsolidierten Jahresrechnung und infolge unzureichender Datenbasis auf den Ausweis von Vorjahreszahlen sowie auf die Erstellung einer Geldflussrechnung verzichtet. Aus demselben Grund konnte zudem keine vollständige Eliminierung der Transaktionen innerhalb des Konsolidierungskreises vorgenommen werden. Eine Quantifizierung der möglichen Auswirkungen dieses Sachverhaltes ist nicht möglich, da Transaktionen innerhalb des Konsolidierungskreises nicht lückenlos als solche erfasst werden.

Eingeschränktes Prüfungsurteil:

Nach unserer Beurteilung vermittelt die konsolidierte Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Rechnungsjahr mit Ausnahme der möglichen Auswirkungen der im Absatz „Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil" dargelegten Sachverhalte ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse).

Trotz der im Absatz „Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil" dargelegten Einschränkung empfehlen wir, die vorliegende konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

Basel, 26. Mai 2014

FINANZKONTROLLE DES KANTONS BASEL-STADT

Daniel Dubois
Revisionsexperte
Leitender Revisor

Dieter von Allmen
Revisionsexperte

10 Das Glossar

Abschreibungen

Abschreibungen bilden den Werteverzehr von Sachgütern und Positionen des immateriellen Vermögens ab. Es wird zwischen planmässigen und ausserplanmässigen Abschreibungen unterschieden. Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt. Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

Accrual Accounting

Unter Accrual Accounting ist der Grundsatz zu verstehen, dass Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst werden, wenn sie auftreten (und nicht im Zeitpunkt wenn der Mittelzufluss bzw. Mittelabfluss stattfindet).

Anhang

Der Anhang ist ein integraler Bestandteil der Jahresrechnung. Er enthält alle jene Angaben, die in Ergänzung zu den übrigen Elementen notwendig sind, um eine zuverlässige Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons vornehmen zu können. Beispielsweise können erst mit der Angabe des angewendeten Regelwerks und der Rechnungslegungsgrundsätze die anderswo präsentierten Zahlen interpretiert werden.

Anlagen

Anlagen sind langfristig investierte Sachmittel, die dem dauernden Geschäftsbetrieb für die Erzeugung von Leistungen dienen und nicht unmittelbar in die Erzeugung eingehen, wie z.B. Verbrauchsmaterial.

Anlagespiegel

Der Anlagespiegel ist eine detaillierte Information im Anhang zur Entwicklung wesentlicher Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens (Sachgüter, Darlehen, Beteiligungen).

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.

Artengliederung

Artengliederung bezeichnet die Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

Aufwand

Als Aufwand werden Ausgaben der Erfolgsrechnung bezeichnet wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 300’000 Franken betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Erfolgsrechnung über die Abschreibungen.

Aufwertungsreserve

Das Konto Aufwertungsreserve dient im Fall der Bewertung nach dem True and Fair View-Prinzip und bei einem überhöhten Stand der Reserven nach Neubewertung dazu, in den Folgejahren die - allfällig überhöhten - Abschreibungen darüber zu verbuchen, so dass diese Abschreibungen in den Folgejahren nicht erfolgswirkam sind.

Beiträge für eigene Rechnung

Beiträge für eigene Rechnung sind eingehende laufende Beiträge, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.

Benchmarking

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten.

Betriebsergebnis (= Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit)

Das Betriebsergebnis ist der betriebliche Ertrag abzüglich des betrieblichen Aufwands.

Bilanz

Die Bilanz zeigt Vermögen, Verpflichtungen und das Eigenkapital am Stichtag 31.12.. Im FHG §39 sind die grundsätzliche Struktur und die Inhalte der Bilanz dargelegt. Gemäss FHG enthält die Bilanz auf der Aktivseite das Umlauf- und das Anlagevermögen, auf der Passivseite das Fremd- und das Eigenkapital. Das Umlaufvermögen umfasst das kurzfristig realisierbare Finanzvermögen. Das Anlagevermögen ist in das nicht kurzfristig realisierbare Finanzvermögen und das Verwaltungsvermögen gegliedert.

Die international übliche (und von IPSAS vorgeschriebene) Obergliederung der Aktivseite in Umlauf- und Anlagevermögen wird somit übernommen. Damit kann die Realisierbarkeit der Vermögenspositionen dargelegt werden. Die zweite Gliederungsstufe ist die in der Schweiz übliche Aufteilung in Finanz- und Verwaltungsvermögen.

Bilanzfehlbetrag

Unter Bilanzfehlbetrag (= negatives Eigenkapital) sind durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Erfolgsrechnung zu verstehen. Ein Bilanzfehlbetrag kann nur durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Umbewertungs- oder Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.

Bonität

Die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners wird als Bonität bezeichnet. Sie umfasst die Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldners eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

Bruttoprinzip

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot). Ziel des Bruttoprinzips ist das Erreichen einer Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

Bruttoschulden

Die Bruttoschulden entsprechen dem Fremdkapital, d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital.

Buchführungsgrundsätze

Buchführungsgrundsätze sind allgemeine Handlungsanleitungen für die Buchführung. Der Zweck von Buchführungsgrundsätzen ist die Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

Buchwert

Als Buchwert wird der nach den Grundsätzen der Vermögensbewertung in der Bilanz eingestellte Wert eines Vermögensbestandteiles (Finanz- und/oder Sachanlagen) bezeichnet.

Budget

Das Budget ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.

Cash Flow

Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung stehen, werden als Cash Flow bezeichnet. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.

Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)

Dabei handelt es sich um Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.

Dienststelle

Die Dienststelle ist die kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

Diskontierung

Mittels Diskontierung wird der heutige Barwert eines zukünftigen Betrages ermittelt.

Eigene Beiträge

Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist die Residualgrösse der Vermögenswerte (Aktiven) abzüglich der Schulden.

Eigenkapitalnachweis

Der Eigenkapitalnachweis dient dem vollständigen Nachweis der Bewegungen im Eigenkapital. Damit werden auch erfolgsneutral verbuchte Transaktionen (via Eigenkapital) transparent offen gelegt.

Einnahmen

Einnahmen sind Zahlungen von Dritten einschliesslich Debitoren-Guthaben (= an Dritte fakturierte und abgegrenzte transitorische Beträge).

Entgelte

Entgelte beinhalten Gebühren (Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren sowie Konzessionsgebühren), Verkaufserträge, Rückerstattungen sowie Bussen.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung zeigt die Werteflüsse des ganzen Jahres. Sie ist nach Arten der Aufwände und Erträge gegliedert und zeigt somit eine kantonsweite Sicht.

Eventualforderung

Eine Eventualforderung wird als mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis definiert, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Eventualverbindlichkeit

Eine Eventualverbindlichkeit ist entweder eine mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien) aus einem vergangenen Ereignis, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden. Oder eine Eventualverbindlichkeit ist eine gegenwärtige Verbindlichkeit aus einem vergangenen Ereignis, die auf Grund der geringeren Wahrscheinlichkeit oder mangels zuverlässiger Messbarkeit nicht

bilanziert werden konnte.

Es findet keine Bilanzierung statt. Der Ausweis erfolgt im Anhang.

Fair Presentation

Die Jahresrechnung gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Lage des Vermögens, der Finanzen und des Ertrags wieder. Synonym von true and fair view.

Finanzielle Zusicherungen (Commitments)

Finanzielle Zusicherungen sind künftige Verpflichtungen, die im Moment noch nicht zu Zahlungen führen, aber in Zukunft eine Zahlung auslösen werden, welche den Nutzenzufluss in der Zukunft entschädigt. Finanzielle Zusicherungen werden nicht bilanziert (Offenlegung im Anhang).

Finanzierungsfehlbetrag

Der durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) nicht gedeckte Teil an den Nettoinvestitionen wird als Finanzierungsfehlbetrag bezeichnet. Der Fehlbetrag kann durch kurzfristige überschüssige Liquidität oder aber durch Geldaufnahme am Kapitalmarkt (Neuverschuldung) ausgeglichen werden.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo ist die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

Finanzierungsüberschuss

Der Finanzierungsüberschuss ist ein positiver Finanzierungssaldo. Der Finanzierungsüberschuss umfasst die für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigten eigenen Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldenrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).

Finanzinstrument

Ein Finanzinstrument ist definitionsgemäss ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Vertragspartner zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Vertragspartner zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Finanzplan

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Erfolgsrechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen drei und fünf Jahren (im Kanton Basel-Stadt vier Jahre).

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Der Entscheid über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

Flüssige Mittel

Flüssige Mittel sind Gelder, die jederzeit zur Verfügung stehen und die sofort als Zahlungsmittel eingesetzt werden können (Kassa-, Post- und Bankguthaben).

Fonds

Fonds sind zweckgebundene Mittel zur Sicherstellung der Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Die Schaffung von Fonds sowie die Zuweisung und Verwendung der Mittel bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

Fortführung der Tätigkeiten

Bei der Rechnungslegung wird davon ausgegangen, dass die Tätigkeiten der Einheiten des Kantons Basel-Stadt fortbestehen. Somit ist die Bilanzierung grundsätzlich zu Fortführungswerten und nicht zu Veräusserungswerten vorzunehmen.

Fremdkapital

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfristschulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven/passiven Rechnungsabgrenzungen, den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.) sowie den im Fremdkapital geführten Fonds.

Funktionale Gliederung

Die Funktionale Gliederung ist eine statistische Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben. Sie gewährt einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenstrukturen (z.B. Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit etc.) eines Gemeinwesens. Die funktionalen Bereiche sind gesamtschweizerisch einheitlich für alle Gemeinwesen verbindlich vorgegeben.

Geldflussrechnung

Geldflussrechnung wird auch Mittelflussrechnung genannt. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt.

Globalbudget

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktegruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktegruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit

einem Leistungsauftrag verknüpft.

Im Kanton Basel-Stadt arbeiten die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergleiche auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

Grossinvestitionen

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes mehr als 300'000 Franken betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

Guthaben

Guthaben sind kurzfristig realisierbare Forderungen, die auf einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Anspruch des Kantons gegenüber anderen öffentlichen Körperschaften oder Privaten beruhen und entsprechend ihrer Fälligkeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können, also kurzfristig realisierbar sind.

Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM)

HRM = Harmonisiertes Rechnungsmodell für die öffentlichen Haushalte. 1970 nahm die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FdK) das Nebeneinander der verschiedenen Rechnungslegungen der Kantone zum Anlass, einen neuen Anlauf für eine Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung einzuleiten. 1977 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (heute HRM). 1981 wurde eine zweite, erweiterte Auflage publiziert.

HRM2

Im 2008 hat die FdK die Fachempfehlungen, die eine von ihr eingesetzte Fachkommission ausgearbeitet hat, verabschiedet und den Kantonen und Gemeinden empfohlen, diese so rasch wie möglich, d.h. innerhalb von zehn Jahren, umzusetzen. HRM2 soll das HRM ablösen und orientiert sich an den gängigsten, auch international anerkannten Rechnungslegungsstandards sowie nach dem neuen Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

Impairment

Vermögensgegenstände sind neben der „Abnutzung" durch Gebrauch oder Zeit auch anderen meist nicht planbaren Wertschwankungen unterzogen. Der vorhersehbaren „Abnutzung" wird mit der Abschreibung der Vermögenswerte Rechnung getragen. Um sicherzustellen, dass ein Gegenstand noch den in der Bilanz eingesetzten Wert hat, ist mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob nicht Umstände vorliegen, welche den Wert dieses Gegenstandes nachhaltig beeinträchtigen. Ist dies der Fall, handelt es sich um eine dauernde Wertminderung beziehungsweise eben um ein Impairment.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Die IFRS sind eine Sammlung von Regeln für die Rechnungslegung betriebswirtschaftlicher Unternehmen. Sie umfassen die Standards, wie sie vom International Financial Accounting

Standards Board (IASB) herausgegeben werden. Aktuell sind über 40 Empfehlungen publiziert, die laufend den neusten Entwicklungen und Bedürfnissen angepasst werden. Die IFRS sollen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse kapitalmarktorientierter Unternehmen erleichtern, den Schutz der Anleger verbessern und das Vertrauen in die Finanzmärkte und den freien Kapitalverkehr im Binnenmarkt stärken, um nur die wichtigsten Ziele zu nennen. In der Schweiz hat die Zulassungsstelle der Schweizer Börse (SWX) am 11. November 2002 entschieden, dass alle inländischen börsennotierten Nichtbanken des Hauptsegmentes ab 2005 die IFRS oder die US-GAAP, das amerikanische Regelwerk für dort börsenkotierte Unternehmen, einzuhalten haben.

Indikatoren

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

Institutionelle Gliederung

Die institutionelle Gliederung ordnet die Jahresrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle). Sie gilt nur für grössere Gemeinwesen.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Das Interne Kontrollsystem bezeichnet Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

Interne Verrechnungen (IVR)

Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

Investitionsausgaben

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsauflagen (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

Investitionsbeiträge (erhaltene und gegebene)

Investitionsbeiträge sind monetäre Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakater begründet werden. Vermögenswerte mit Investitionscharakter werden als Investitionsgüter bezeichnet und beinhalten oder ermöglichen eine mehrjährige, neue, erweiterte oder verlängerte Nutzung und zwar in quantitativer oder qualitativer Art. Der Kanton Basel-Stadt kann sowohl Investitionsbeiträge ausrichten oder als Begünstigter von Investitionsbeiträgen auftreten.

Investitionseinnahmen

Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter, an die Finanzierung von Investitionsvorhaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenbau und -unterhalt der Privatbeiträge an Kulturinvestitionen).

Investitionsrechnung

Als Investitionsrechnung wird die Rechnung bezeichnet, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind. Andere Kantone kennen andere Betragsuntergrenzen.

International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)

Es handelt sich bei IPSAS um Rechnungslegungsstandards für öffentliche Haushalte. Die IPSAS werden durch das IPSAS-Board (IPSASB) der IFAC, der International Federation of Accountants, einer internationalen Vereinigung von Wirtschaftsprüfern erlassen. Sie basieren auf den IFRS (früher IAS genannt) und sind auf die spezifischen Bedürfnisse von Organisationseinheiten des öffentlichen Sektors angepasst. Seit 1. Januar 2007 orientiert sich die Rechnung des Bundes an IPSAS. Auch das von der FdK anfangs 2008 verabschiedete neue Rechnungsmodell HRM2 orientiert sich an diesem Regelwerk. Vergleiche auch die Ausführungen zu IFRS und HRM2.

Jährlichkeitsprinzip

Das Jährlichkeitsprinzip bedeutet, dass nicht beanspruchte Kredite auf Ende eines Rechnungsjahres verfallen.

Percentage of Completion-Methode (PoC)

Mittels der Percentage of Completion-Methode (PoC) wird der anteilsmässige Fertigstellungsgrad eines (Bau)projektes ausgewiesen.

Kalkulatorische Positionen

Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Produkts erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Anderseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorischen Mieten enthalten.

Kameralistik

Kameralistik (lateinisch: camera „fürstliche Schatztruhe") ist ein Verfahren der Buchführung. Im Gegensatz zur Doppik, der doppelten Buchführung werden bei der Kameralistik kassenwirksame Einnahmen (Einzahlungen) und Ausgaben (Auszahlungen) betrachtet, dies jedoch nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne und auch ohne Erträge und Aufwendungen zu ermitteln. Der Fokus der Kameralistik liegt daher eher auf Finanzzielen als auf Sachzielen.

Kapitalkosten

Als Kapitalkosten werden Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital bezeichnet.

Kennzahlen

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden. Kennzahlen ermöglichen rasche Vergleiche (siehe auch Benchmarking).

Kleininvestitionen

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Investitionen im Bereich Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen und Informatik gezählt, die einen Anschaffungswert von mindesten 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für „geringwertiges Wirtschaftsgut“ steht. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet. Im Bereich Hoch- und Tiefbau kennt der Kanton Basel-Stadt keine Kleininvestitionen. Beträge bis 300'000 Franken im Bereich der Hoch- und Tiefbauten werden direkt der Erfolgsrechnung belastet.

Kurzfristige Schulden

Kurzfristige Schulden sind Kontokorrent-Schulden bei Banken und kurzfristige Darlehens-Schulden, die zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe benötigt werden. Kurzfristige Schulden sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die auf einer vertraglichen Vereinbarung basieren. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Zahlung fällig und deshalb kurzfristiges Fremdkapital.

Legislaturplan

Der Legislaturplan bietet einen Überblick über die mittelfristige politische Planung des Regierungsrats und umfasst einen Legislaturzeitraum. Er stützt sich auf die Analysen und Studien der Departemente und auf Zahlen und Fakten, die beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung laufend aktualisiert werden. Er definiert die Stossrichtung der (baselstädtischen) Politik und entwickelt entsprechende Zielsetzungen. In den Berichterstattungen des Regierungsrates zu Budget und Rechnung wird jeweils auf die Legislaturziele Bezug genommen.

Leistungsverrechnung

Unter Leistungsverrechnung wird die Intern Verrechnung und die kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten verstanden (siehe auch Abschnitt zu den internen Verrechnungen).

Mittel- und langfristige Schulden

Mittel- und langfristige Schulden werden zur Finanzierung der Bedürfnisse der Investitionsrechnung und des Finanzvermögens benötigt. Mittelfristige Schulden haben eine Restlaufzeit zwischen zwei und fünf Jahren, Langfristschulden eine solche von über fünf Jahren.

Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)

Der Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen (z.B. Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen wird als Nettoinvestition in das Verwaltungsvermögen bezeichnet. Die Aufnahme bzw. Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sind darin nicht enthalten. Neben dem ZBE und NZBE ist das NIV eine der finanziellen Steuerungsgrössen im Kanton Basel-Stadt.

Nettoschuld

Die Nettoschuld ist der Saldo zwischen dem Total Fremdkapital und dem Finanzvermögen.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrumskantone für ihre Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt. Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag gelten z.B. der allgemeine Steuerertrag, der Vermögensertrag, die Liegenschaftserträge, der Anteil an Bundessteuern, der Nationalbankgewinn, der Zinsaufwand auf den Staatsschulden oder der Aufwand im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Nicht zweckgebundene Aufwand- und Ertragspositionen werden in einem separaten Buchungskreis dargestellt und sind für die Steuerung der betroffenen Dienststellen nicht relevant.

In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Nichtzweckgebunden Betriebsergebnis (NZBE) gesprochen.

Nutzungsdauer

Synonyme zu Nutzungsdauer sind Lebensdauer oder Lebenszyklus. Dabei handelt es sich um die Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Abschreibungsdauer in der Finanzbuchhaltung entspricht der geschätzten Nutzungsdauer des Objektes.

Passivzinsen

Als Passivzinsen werden Zinsen bezeichnet, die für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital) bezahlt werden müssen.

Periodengerechtigkeit

Die periodengerchte Verbuchung von Geschäftsvorfällen wird auch Accrual Accounting genannt (siehe entsprechenden Abschnitt).

Personalaufwand

Personalaufwand umfasst Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Anwerbung, Ausbildung und Information, Naturalleistungen, Zulagen, Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördemitglieder und das aktive Personal sowie an temporäre Arbeitskräfte. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter, Teuerungszulagen an Pensionierte, für deren Lohnzahlungen das Gemeinwesen zuständig war.

Produkte

Produkte sind mess- und kalkulierbare Leistungen der Verwaltungsstelle zuhanden externer Dritter. Über die Produkte löst die Verwaltungsstelle ihren gesellschaftlichen Auftrag ein und deckt den Bedarf der Zielgruppe.

Rechnung

Die Rechnung ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr, wobei den Ist-Werten die für die Rechnungsperiode budgetierten Werte sowie die Vorjahreswerte gegenübergestellt werden.

Rechnungsabgrenzung (aktive und passive)

Rechnungsabgrenzungen dienen der Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

Rechnungslegungsgrundsätze

Gemäss §33 FHG folgt die Rechnungslegung den Grundsätzen der Verständlichkeit, der Wesentlichkeit, der Zuverlässigkeit, der Vergleichbarkeit, der Fortführung, der Bruttoverbuchung und der Periodengerechtigkeit (ordnungsgemässe Rechnungslegung). Die Rechnungslegungsgrundsätze gelten für die Erstellung der Jahresrechnung und der konsolidierten Rechnung sowie sinngemäss auch für die Erstellung des Budgets und der Finanzplanung.

Regalien und Konzessionen

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen.

Restatement

Unter Restatement versteht man die Neubwertung von Aktiven und Passiven aufgrund von geänderten Rechnungslegungsgrundsätzen auf den Zeitpunkt der Erstanwendung der Grundsätze.

Rücklagen

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen ist ein Anreiz für eine effiziente Leistungserbringung der globalgesteuerten Dienststellen. Rücklagen stellen Reserven (Eigenkapital) dar. im Unterschied zu Rückstellungen stehen den Rücklagen keine Verpflichtungen oder Ansprüche Dritter gegenüber. Sie können vom Kanton jederzeit aufgelöst werden.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen, deren Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt, ein Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist und dessen Höhe zuverlässlig ermittelt werden kann. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt.

Sach- und Betriebsaufwand

Zum Sach- und Betriebsaufwand gehört der gesamte Aufwand für die konsumativen Güter, die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht. Ferner gelten als Sachaufwand sämtliche Kosten für Dienstleistungen (wie Telefongebühren, Unterhaltsarbeiten, Reparaturen, usw.).

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse war der Titel einer Verfassungsänderung in der Schweiz, die am 22. Juni 2001 durch die Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Durch diese Verfassungsregelung sollte der Bund verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse ist seit 2003 in Kraft. Im Kanton Basel-Stadt ist die Schuldenbremse als Nettoschuldenquote in Artikel 4 des Finanzhaushaltsgesetzes definiert und seit Mitte 2006 wirksam. Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 7.5 Promille betragen. Im Juni 2010 hat der Grosse Rat die Schuldenbremse angepasst und den Satz auf 6.5 Promille gesenkt.

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung ist die Veröffentlichung zusätzlicher Informationen zu einzelnen Geschäftsbereichen. Für den Anhang des Stammhauses gliedern sich diese in die einzelnen Departemente sowie die Gerichte und Behörden.

Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens und ist dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen ähnlich.

Selbstfinanzierungsgrad

Die Selbstfinanzierung wird berechnet als die Selbstfinanzierung in Prozent des Saldos der Investitionsrechnung (Nettoinvestition). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

Stetigkeit

Als Stetigkeit wird die Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum bezeichnet. Stetigkeit ist Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

Transferaufwand

Der Transferaufwand beinhaltet Entschädigungen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte (siehe entsprechender Abschnitt), Aufwand im Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Ertragsanteile, welche an Dritte weitergeleitet werden, sowie Wertberichtigungen von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen.

Transferertrag

Zum Transferertrag zählen Entschädigungen und Beiträge von anderen Gemeinwesen (namentlich des Bundes), Erträge im Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Anteile an Erträgen von Dritten (siehe entsprechender Abschnitt) sowie Erträge im Zusammenhang mit erhaltenen Investitonsbeiträgen.

Transitorische Aktiven oder aktive Rechnungsabgrenzungen

Transitorische Aktiven sind kurzfristige Geldforderungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Ertrag geworden sind, aber erst im neuen Jahr vereinnahmt werden.

Transitorische Passiven oder passive Rechnungsabgrenzungen

Transitorische Passiven sind kurzfristige Verpflichtungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Aufwand geworden sind, aber erst im neuen Jahr verausgabt (in Rechnung gestellt oder bezahlt) werden.

Umlageschlüssel

Ein Umlageschlüssel ist ein möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Querschnittsprodukt zugunsten eines Produkts erbracht werden, dem entsprechenden Produkt zuzuteilen.

Vergleichbarkeit

Die Vergleichbarkeit ist gewährleistet, wenn die gewählten Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch die Strukturen der Jahresrechnung über einen längeren Zeitraum beibehalten werden und damit vergleichbar sind (Stetigkeit). Insbesondere die präsentierten Vorjahres- oder Budgetzahlnen sind nach gleichen Grundsätzen zu erstellen und in gleicher

Struktur offen zu legen.

Vermögenserträge

Vermögenserträge sind Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inklusive Gewinnablieferung von selbstständigen und unselbstständigen Anstalten oder Dritter sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen. Darunter fallen insbesondere Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sowie Darlehen und Beteiligungen. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

Vollkostenrechnung

Unter Vollkostenrechnung werden alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung verstanden, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

Wertberichtigung

Eine Wertberichtigung ist eine Bewertungskorrektur von Aktivpositionen (beispielsweise Korrektur von Forderungen, Darlehen, Beteiligungen, Gebäude) für eingetretene Wertminderungen.

Wesentlichkeit

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die einen Adressaten in der Entscheidungsfindung beeinflussen können. Über die Wesentlichkeit wird somit immer im konkreten Kontext zu entscheiden sein. Die präsentierten Angaben müssen eine ausgewogene Beurteilung ermöglichen. Unwesentliche Beträge können mit sachlich ähnlichen Beträgen aggregiert werden.

Informationen sind wesentlich, wenn ihr Weglassen oder ihre fehlerhafte Darstellung ein falsches Bild der Jahresrechnung vermitteln.

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz verankert.

Zuverlässigkeit

Die veröffentlichten Informationen müssen verlässlich sein. Sie dürfen keine wesentlichen Fehler, Verzerrungen oder Manipulationen enthalten.

Zweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Zweckgebundener Aufwand und Ertrag gilt der in den Dienststellen anfallende Aufwand und Ertrag.

In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Zweckgebundenen Betriebsergebnis (ZBE) gesprochen, das für die Dienststellen die verbindliche Budgetvorgabe darstellt.

11 Die weiteren Berichte zum Jahresbericht im Internet

Diesen und auch weitere Berichte zur Jahresrechnung (und Budget) können im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

http://www.regierungsrat.bs.ch/dokumente

Inhaltsverzeichnis

1	Kostenartengliederung
1.1	Kanton (Stammhaus)
1.2	Grobübersicht Departemente
1.3	Detailübersicht Departemente
1.4	Detailübersicht Dienststellen
1.5	Instutionelle Gliederung
2	Spezialberichte
2.1	Langsamverkehr
2.2	Statistik Gerichte
2.3	Rechtsprechung
2.4	Strafgericht

Impressum

Herausgeber:

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Basel, im Frühjahr 2014

www.bs.ch